

Deutsche EU-Rats- und G8-Präsidentschaft

## Gewerkschaften dringen auf Kurswechsel

Nicht erst seit der Übernahme der EU-Rats- und der G8-Präsidentschaft durch Deutschland am 1. Januar steht internationale und europäische Politik auch beim DGB oben auf der Agenda. Die Gewerkschaften wollen darauf dringen, dass die Bundesregierung 2007 nutzt, sowohl auf europäischer Ebene wie auch in der globalen Zusammenarbeit einen Kurswechsel hin zu einer sozialeren Politik einzuläuten. Es gelte, „durch die Verknüpfung beider Präsidentschaften nachhaltige Impulse für einen erfolgreichen Fortgang des europäischen Einigungsprozesses und für die sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung zu setzen“, forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Mitte November 2006 in einer gemeinsamen Erklärung mit dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.

Zwar hat die Bundesregierung in ihrem Programm zur EU-Ratspräsidentschaft unter anderem erklärt, dass sie sich für eine Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells und eine soziale Folgenabschätzung europäischer Gesetze einsetzen wolle. Dennoch bleibt bei den Gewerkschaften Skepsis, wie ernst es der Bundes-



„Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit“ – so lautet das Motto des DGB für die 1. Mai-Veranstaltungen 2007.

regierung damit ist, die soziale Dimension der EU zu stärken. „Die im Präsidentschaftsprogramm vorhandenen zarten Hinweise werden für einen Kurswechsel nicht ausreichen“, urteilt der DGB-Europaexperte Thorben Albrecht.

Ähnliches gilt für die G8-Präsidentschaft. Auch wenn die Bundesregierung in ihrem Programm den Anspruch formuliert hat, die Globalisierung politisch und sozial zu gestalten, überwiegen aus Sicht der Gewerkschaften wirtschaftsli-

berale Elemente. Die Rolle der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft bei der sozialen Gestaltung der Globalisierung wird nicht mal erwähnt.

Was die Gewerkschaften vom G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm erwarten, stellen die Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der G8-Staaten sowie die Generalsekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD (TUAC) vor dem Gipfel Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem hochrangigen G8-Gewerkschaftertreffen vor.

Darüberhinaus werden die Gewerkschaften die internationale und europäische Politik der großen Koalition mit zahlreichen Veranstaltungen und Initiativen intensiv begleiten und für ihre Vorstellungen werben – von der Forderung nach europäischen Mindeststeuersätzen bis hin zu einer neuen Initiative für eine europäische Verfassung, die das europäische Sozialmodell stärkt (einblick 20/2006).

Ende Dezember hat sich der DGB zudem einer Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) angeschlossen, die die EU-Kommission auffordert, europäische Gesetzesvorschläge zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen auf den Weg zu bringen. „Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle BürgerInnen leicht, ohne Einschränkungen und möglichst preiswert zugänglich sein und dürfen nicht der Marktlogik unterworfen werden“, so der DGB-Vorsitzende. Die Petition kann online unter [www.petitionpublicservice.eu](http://www.petitionpublicservice.eu) unterzeichnet werden. •

Seite 3

**Ende der Bescheidenheit?**

**Die Wirtschaft brummt wie seit dem Fall der Mauer nicht mehr – die Tarifrunde 2007 verspricht spannend zu werden**

Seite 5

**Regierung bringt Private ins Geschäft**

**Public Private Partnership-Projekte boomen. Einen Ausweg aus der Finanzkrise von Ländern und Kommunen bieten sie nicht**

Seite 7

**Plädoyer für einen neuen Arbeitsmarkt**

**Mit Wachstum allein ist der Arbeitslosigkeit nicht mehr beizukommen, meint der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt**

## plusminusBERLIN

**+** Die Grünen-Abgeordnete **Ulrike Höfken** fordert von der Bundesregierung, die Kürzungen der Fördermittel für Bio-Produzenten zurückzunehmen. Die boomende Nachfrage müsse mit einheimischen Produkten gedeckt werden.

**-** Mit einer einfachen Formel spricht sich **Otto Fricke** (FDP), Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bundestags, trotz Aufschwung für Nullrunden bei Löhnen und Gehältern aus: Jeder Prozentpunkt mehr bedeute „entsprechend mehr Arbeitslose“.



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)  
Am 18. Januar öffnet die Online-Kartenstelle der Ruhrfestspiele 2007

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Modernisierung der Unternehmensmitbestimmung: Die Empfehlungen der wissenschaftlichen Mitglieder der Biedenkopf-Kommission

## Negative Einkommenssteuer

### DGB für Vorschläge offen

Den Überlegungen der SPD, Geringverdiener durch Steuergutschriften bei den Sozialabgaben zu entlasten, steht der DGB grundsätzlich offen gegenüber. „Wir begrüßen die Absicht der SPD, Existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung auch im Niedriglohnbereich zu fördern“, erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Priorität bei den geplanten Entlastungen für Geringverdiener müsse aber haben, „dass der Niedriglohnbereich nicht ausgeweitet, sondern neu geordnet und der Druck auf Niedriglöhne nicht weiter erhöht wird“. Dazu gehöre die Einführung von Mindestlöhnen von wenigstens 7,50 Euro. Nicht Existenzsichernde Minijobs dürften nicht weiter vom Staat gefördert werden. Zudem muss nach Mei-

nung des DGB bei der weiteren Konkretisierung des SPD-Konzepts sichergestellt sein, dass durch die Erstattung der Sozialabgaben für Geringverdiener das Lohnniveau nicht nach unten gezogen wird und sich die Einkommenssituation von Hartz IV-Beziehern gegenüber der heutigen Situation nicht verschlechtert. •

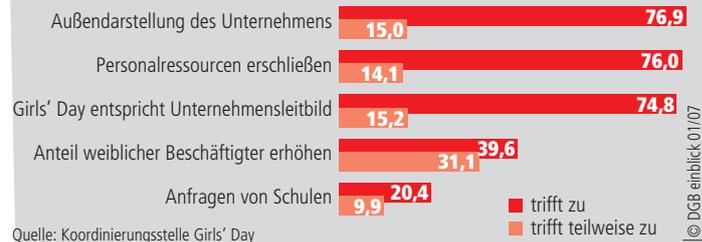
## Institut Arbeit und Qualifikation

### IAT-Nachfolger nimmt Arbeit auf

Nur drei Monate nach dem Beschluss der CDU/FDP-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Zerschlagung des international renommierten Instituts Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen in zwei eigenständige Institute (ein-

## Gut fürs Image

Gründe für die Teilnahme von Unternehmen am Girls' Day (in Prozent)



Ein positives Image in der Öffentlichkeit war 2006 der wichtigste Grund für Unternehmen, sich am Girls' Day zu beteiligen. Rund 70 Prozent sehen den Girls' Day außerdem als ein Mittel, den Frauenanteil im Unternehmen zu erhöhen. Nächster Girls' Day: 26. April.

schaffterInnen des ehemaligen IAT an. Die Forschungsarbeit ist in vier Abteilungen gebündelt: Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, Bildung und Erziehung im Strukturwandel, Flexibilität und Sicherheit sowie Entwicklungstrends des Erwerbssystems. Das IAQ ist der Universität Duisburg-Essen angegliedert, der Sitz des Instituts ist vorläufig noch in Gelsenkirchen. •

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  - Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

## Eine Herausforderung

Die Tarifrunde 2007 verspricht spannend zu werden: Die Wirtschaft brummt wie seit dem Fall der Mauer nicht mehr; die Arbeitslosigkeit schrumpft und die Erwerbstätigkeit wächst – der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt tatsächlich erfasst. Dennoch glauben die Menschen nicht, dass sie davon profitieren – eine Herausforderung für die Gewerkschaften.

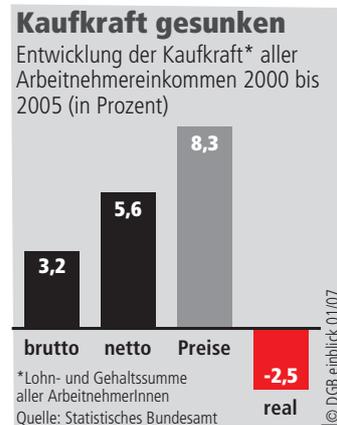
Laut ARD-Deutschlandtrend von Januar erwarten zwar 70 Prozent der Befragten 2007 eine gute Konjunkturlage, aber nur 22 Prozent eine angemessene Lohnsteigerung. Dabei bewerten die Industrieunternehmen ihre Lage so gut wie seit 15 Jahren nicht mehr, hat der DIHK herausgefunden. Und der ifo-Geschäftsklimaindex, eines der wichtigsten Konjunkturbarometer in Deutschland, stieg im Dezember unerwartet um zwei auf 108,7 Punkte. Die Wirtschaft befindet sich „in einem außerordentlich starken Boom wie zuletzt 1990“, sagte ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, die Lage sei „phantastisch“. Der Maschinenbau verdoppelte seine Prognose für 2007 und rechnet jetzt mit einem Produktionszuwachs von vier Prozent: „Eine solche Dynamik hatten wir nicht erwartet“, sagte VDMA-Präsident Dieter Brucklacher. Viele Firmen stießen an ihre Kapazitätsgrenzen und müssten Aufträge ablehnen.

Nach Einschätzung von Spitzenmanagern startet Deutschland als das wettbewerbsfähigste Land der Euro-Zone ins neue Jahr. Das hat eine *Handelsblatt*-Umfrage unter 1175 Führungskräften aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz ergeben. Noch wettbewerbsfähiger als Deutschland seien nur China und die Schweiz.

Skeptisch ist das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Vor allem die Mehrwertsteuererhöhung berge „hohe Risiken für Binnennachfrage, Konjunktur und Beschäftigung“, sagte IMK-Direktor Gustav Horn. Der „Mehrwertsteuerschock“, so DGB-Vorstand Claus Matecki, könne jedoch über-

wunden werden – durch „kräftige Lohnzuwächse“.

Dafür wollen alle Gewerkschaften sorgen. Als erste die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Ihr Vorsitzender Hubertus Schmoltd berichtete, die Situation der Branche sei besser als beim letzten



**Die Arbeitnehmer haben erheblichen Nachholbedarf: Ihre Kaufkraft ist in den vergangenen fünf Jahren gesunken.**

Abschluss 2005 – und das müsse sich „im Tarifvertrag widerspiegeln“. Auch die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) will eine kräftige Lohnerhöhung fordern, erklärte der Bundesvorsitzende Klaus Wiese-hügel, denn der Aufschwung am Bau werde auch 2007 nicht abebben. Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, hat den anstehenden Metallabschluss bereits als richtungsweisend bezeichnet; zu erwarten ist er Anfang Mai, die Friedenspflicht in der Metallindustrie endet am 28. April.

Die IG Metall beschließt ihre Tarifforderung am 26. Februar. Wie hoch sie ausfallen soll, wird zurzeit diskutiert. Fest steht: Sie wird höher sein als 2006 (fünf Prozent). Zumal die Inflation wegen der Mehrwert-

steuererhöhung um bis zu 1,4 Prozentpunkte in die Höhe schnellen könnte, wie das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat. Aber letztlich ist die Forderungshöhe relativ uninteressant. NRW-Bezirksleiter Detlef Wetzel: „Entscheidend ist nicht, was wir fordern, sondern was wir durchsetzen.“ Das Wirtschafts-magazin *Capital* glaubt zu wissen, dass die IG Metall „noch mehr als sonst“ unter Erfolgsdruck stehe: „Einen Abschluss unter vier Prozent Plus würden die Mitglieder kaum akzeptieren.“ Realistischer kommentiert die *Süddeutsche Zeitung*: „Mehr Geld wird es 2007 vor allem dort geben, wo die Geschäftslage gut ist – und die Gewerkschaften stark sind.“

Die Mehrheit der Bürger hält Lohnerhöhungen von fünf Prozent für angemessen, hat eine *stern*-Umfrage ergeben.

Läutet die Tarifrunde 2007 das Ende der Bescheidenheit ein? Mit diesem Gerede räumt *Die Zeit* dankenswerterweise auf: „So wie die Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren weniger ein Akt freiwilliger Bescheidenheit als vielmehr eine Reaktion auf reale Probleme in den Unternehmen war, so dürfte die zum Teil sensationell verbesserte Lage in einigen Branchen jetzt auch höhere Lohnforderungen hervorrufen.“

Dafür zeigten sogar die schwarze Kanzlerin und der rote Vizekanzler Verständnis. Dahinter stecke „der Instinkt von Politprofis“, vermutet IG Metall-Chefstrategie Hans-Jürgen Urban. Es gelte, der nur allzu plausiblen Erwartungshaltung der Beschäftigten „durch ihre scheinbare Anerkennung die Wucht zu nehmen und sie in ‚verträgliche‘ Bahnen zu lenken“.

## Blick nach vorn

Schon die Tarifabschlüsse 2006 sind höher ausgefallen als die im Jahr davor. Die Abschlüsse in der Metallindustrie (3 %) und in der Stahlindustrie (3,8 %) signalisierten sogar „eine Tarifwende“, bilanziert Reinhard Bispinck, Tarifexperte der Hans-Böckler-Stiftung.

In diesem Jahr werden die Löhne und Gehälter für 11,5 Millionen Beschäftigte neu verhandelt. Den Anfang macht die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), denn bis Ende Januar laufen elf der dreizehn regionalen Tarifverträge aus, die für knapp 520 000 Beschäftigte gelten. Ende März folgen die Metall- und Elektroindustrie (3,2 Millionen Beschäftigte), das Bauhauptgewerbe und die Druckindustrie, anschließend der Einzelhandel (1,7 Millionen Beschäftigte) sowie der Groß- und Außenhandel.

Ende Juni, Juli und August laufen die Tarifverträge für die Bahn, die Telekom und das Versicherungsgewerbe aus. Ende des Jahres verhandelt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die fast 1,6 Millionen Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden (die Länder-Tarife laufen erst Anfang 2008 aus).

[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

**AiBplus**

## Mehr Information

Mit erweitertem Informationsangebot ist die Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB) ins Jahr 2007 gestartet. Ab sofort erscheint *AiBplus* nicht mehr als Beilage, sondern achtmal im Jahr als eigenständige Ausgabe. Für die Abonnenten ist das auf 24 Seiten erweiterte Heft kostenlos. Schwerpunkt der im Januar erscheinenden ersten Ausgabe des neuen *AiBplus* ist das Thema „Erbarmen, die Berater kommen!“. Dabei geht es um die Frage, wie sich Betriebsräte verhalten können, wenn Unternehmensberater im Betrieb auftauchen. • [www.aib-web.de](http://www.aib-web.de)

**Konferenz**

## Soziales Europa

Die EU-Ratspräsidentschaft ist mit dem Jahresbeginn auf die Bundesregierung übergegangen. Mit einer Internationalen Konferenz zum Europäischen Sozialmodell greift die Otto-Brenner-Stiftung vom 30. Mai bis zum 1. Juni in Budapest eine der zentralen Herausforderungen der deutschen Ratspräsidentschaft auf. Schwerpunktthemen der Veranstaltung sind die steigende Konkurrenz europäischer Unternehmensstandorte und die Debatte um die erforderlichen Arbeits- und Sozialstandards in Europa. Als

Quintessenz dieser Themenblöcke wird die Frage erörtert, wie viel Konkurrenz sich die europäischen Staaten angesichts des globalen Wettbewerbs überhaupt noch erlauben können. • [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

**werden 2007**

## Eine bessere Politik ist möglich

Wie sieht eine Politik aus, die den Menschen tatsächlich in den Mittelpunkt stellt? Was kann, was muss an der aktuellen Politik geändert werden? Antworten auf diese Fragen versuchen die AutorInnen von *werden 2007*, dem Jahrbuch für die Gewerkschaften, zu geben. Im Zentrum stehen Vorschläge zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Schaffung neuer. Das „Rezeptbuch“ reicht von der Forderung nach höheren Einkommen zur Stärkung der Konjunktur (Norbert Reuter, ver.di) bis zur radikalen Umgestaltung unserer Energieversorgung, die uns auf einer Konjunkturwelle ins Solarzeitalter tragen soll (Hermann Scheer, SPD-MdB). Die Gestaltung der Arbeit, die Schaffung eines gerechten Steuersystems, die Bewegungen in der Parteienlandschaft (Arno Klönne, Ottmar Schreiner, Albrecht Müller), die Trendwende in der Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften sind weitere Themen, die mit dem Blick nach vorn behandelt werden. *werden 2007*

zeigt: Eine bessere Politik ist möglich. Das Buch liefert Denkanstöße, die die Diskussionen in den Parteien beleben können, die gerade an neuen Programmen arbeiten. Einzelexemplare von werden können gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro beim einblick Verlag bestellt werden. • [Tel. 030/30 88 24 0](tel:0303088240)  
[redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info)

**Bildungsurlaub**

## Jugend lernt

In den meisten Bundesländern haben Auszubildende und ArbeitnehmerInnen Anspruch auf Bildungsurlaub. Ein speziell auf Jugendliche zugeschnittenes Seminarprogramm bietet Arbeit und Leben an. Die Angebote 2007 reichen von Hilfestellungen für den Einstieg ins Arbeitsleben über die angeleitete Austragung von Konflikten bis zu den Themen Interkultureller Dialog, Globale Entwicklungen und Geschlechterrollen. Programme und Informationen über die Teilnahmebedingungen gibt es beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben sowie bei den jeweiligen Gliederungen auf Länder- und Kommunalebene. • [www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)



**ver.di-Projekt**

## „in balance“

Mit dem Elektronikkonzern IBM konnte ver.di einen Tarifvertrag abschließen, der helfen soll, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Mit der Karstadt-Warenhaus AG wurde eine Gesamtbetriebsvereinbarung ausgehandelt, die die Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten festschreibt. Das sind nur zwei von vielen Beispielen, die die Ziele des ver.di-Projektes „in balance“ illustrieren. An einer vernünftigen Balance zwischen Arbeits- und Privatleben für alle Beschäftigten mitzuwirken, sei gewerkschaftliche Kernaufgabe, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane. • [www.inbalance-projekt.de](http://www.inbalance-projekt.de)

**DGB-Bildungswerk**

## Spaß an IT

Wie lassen sich die unendlichen Informationen sinnvoll erschließen, die das Internet bietet? Wie gestalte ich meine persönliche Homepage? Oder wie finde ich als politisch interessierter älterer Mensch Zugang zum Medium Computer? Antworten auf diese und andere Fragen gibt es bei den Bildungsveranstaltungen „Computer und Medien“ des Forums Politische Bildung innerhalb des DGB-Bildungswerks. Mit gesellschaftspolitischen Themen wie Steuerrecht für ArbeitnehmerInnen, Suchtproblematik oder der Funktionsweise der EU befasst sich eine weitere Seminarreihe. Einen Überblick über das gesamte Seminarangebot gibt der neu gestaltete Internet-Auftritt. Die Mehrzahl der Seminare findet im Tagungszentrum des Bildungswerks in Hattingen (NRW) statt. Für alle Veranstaltungen kann – je nach Bundesland – Bildungsurlaub beantragt werden. • [www.forum-politische-bildung.de](http://www.forum-politische-bildung.de)

## interregio

••• Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof hat der **DGB Hamburg** in Kooperation mit dem Museum der Arbeit **zwei Ausstellungen** konzipiert. „100 Jahre Gewerkschaftshaus“ wird ab dem 21. März für ein halbes Jahr auf allen Stockwerken des Hauses zu sehen sein. Die Ausstellung „Gewerkschaftshäuser in Deutschland“ wird im ver.di-Center gezeigt. Füh-

rungen werden am 21. März um 10, 14 und 17 Uhr angeboten. Öffnungszeiten: montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr. Der Eintritt ist frei. Infos: H.-J. Schumann, Tel. 030/28 58 246.

••• Der **DGB** und die **GEW Nordrhein-Westfalen** laden am 22. Februar zum **Berufskollegtag 2007** nach Bochum ein. Unter dem Motto „Neue Anforderungen

in der beruflichen Bildung in NRW“ werden die aktuelle Berufsbildungspolitik und die Reform des Berufsbildungsgesetzes beleuchtet. In 19 Foren rund um Themen wie Ausbildung, Lehrberuf und lebenslanges Lernen sollen NRW-spezifische Bildungsfragen diskutiert werden. Anmeldung bis zum 15. Januar. Infos: Ingrid Zender, Tel. 0201/294 03 35, E-Mail: [ingrid.zender@gew-nrw.de](mailto:ingrid.zender@gew-nrw.de)

## Kein Ausweg aus der Finanzkrise

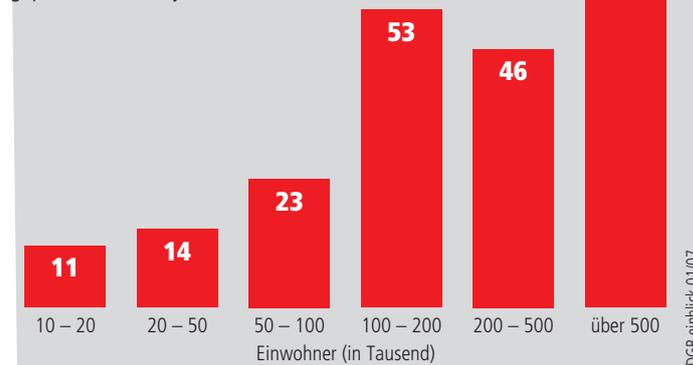
Public Private Partnership (PPP) – die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit Hilfe privater Unternehmen – spielt in Deutschland bislang eine untergeordnete Rolle. Nach Plänen der Bundesregierung soll der Anteil von PPP-Projekten in den kommenden Jahren allerdings massiv steigen. Zu Lasten der BürgerInnen – wie ver.di befürchtet.

Vier Prozent aller öffentlichen Investitionen in Deutschland werden mit Hilfe von PPP-Projekten realisiert. Die Palette der Projekte ist breit gestreut. Mal übernimmt ein Privatunternehmen anstelle des städtischen Hochbauamtes Planung, Bau und Finanzierung eines kommunalen Schulzentrums, um es anschließend langfristig an die Stadt zu vermieten, wie zum Beispiel im niedersächsischen Langelshem, mal geht es um Sanierung, Bewirtschaftung und Bauunterhaltung einer Feuerwache, wie in Freiburg, oder um den Bau einer privat finanzierten Verkehrsverbindung, wie beim 2003 eröffneten mautpflichtigen Warnowtunnel in Rostock. Weil Bund, Länder und Gemeinden finanziell klamm sind und sich in den letzten zehn Jahren ein riesiger Investitionsstau aufgebaut hat, will die Koalition den Anteil von PPP-Projekten in den kommenden Jahren massiv erhöhen. Er soll „auf das Niveau anderer Industrieländer“ von „bis zu 15 Prozent“ steigen, fordert Finanzminister Peer Steinbrück (SPD).

Um Vorbehalte gegen PPP-Projekte zu überwinden, hatte bereits die rot-grüne Vorgängerregierung 2004 eine eigene „PPP Task Force“ eingesetzt. Deren Leiter, Jörg Christen, argumentiert, dass private Unternehmen kostengünstiger arbeiten könnten, weil sie zum Beispiel bei der Planung öffentlicher Gebäude von vornherein neben den Bau- „auch die langfristigen Unterhaltskosten mit in den Blick nehmen können“. Für die an die jährlichen Haushaltszuweisungen gebundene öffentliche Verwaltung sei das schwieriger. Zudem könnten Private durch die Bündelung vergleichbarer Projekte bei unter-

### Jede zweite Großstadt experimentiert bereits damit

Anteil der Kommunen mit laufenden oder geplanten PPP-Projekten (in Prozent)



Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, Kommunale PPP-Umfrage 2005

**Bislang ist der Anteil von PPP-Projekten in Deutschland mit vier Prozent des öffentlichen Investitionsvolumens niedrig. Aber bereits jede zweite Großstadt hat zumindest bei einzelnen Investitionsvorhaben PPP-Instrumente genutzt oder plant deren Einbeziehung.**

schiedlichen Gebietskörperschaften „Synergieeffekte erzielen“.

Ob PPP am Ende billiger ist, ist bei Experten allerdings umstritten. Zum einem sind PPP-Projekte mit erheblichen Transaktionskosten belastet. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien müssen exakt definiert, ihre Einhaltung muss kontinuierlich überprüft werden. Zum anderen lässt sich privates Kapital nur dann mobilisieren, wenn für die Investoren ein Gewinn erlöst wird.

Auch die PräsidentInnen der Rechnungshöfe von Bund und Ländern mahnen zur Vorsicht. Die Chancen und Risiken von PPP müssten sorgfältig bewertet werden, heißt es in einem im Mai 2006 veröffentlichten Positionspapier. Insbesondere dürfe PPP nicht als Ausweg für Finanzierungengpässe angesehen werden, um sonst „nicht finanzierbare Investitionen realisieren zu können“. Voraussetzung für die Nutzung von PPP muss „ein Effizienzvorteil gegenüber der Eigenerstellung der Leistung durch die öffentliche Hand

sein“, so Tilmann Schweisfurth, Präsident des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, Mitte November 2006 bei einer ver.di-Veranstaltung in Berlin.

Kritik kommt auch von den Gewerkschaften. „Bei PPP-Prozessen gehen oft Arbeitsplätze und Know-how im öffentlichen Dienst verloren“, warnt Birgit Ladwig, PPP-Expertin der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Zudem würden Arbeits-, Sozial- und Einkommensbedingungen häufig „spürbar abgesenkt“. Dennoch gebe es Situationen, „in denen Personal- und Betriebsräte PPP-Prozesse nicht verhindern können oder wollen“, zum Beispiel um eine vollständige Privatisierung abzuwenden. „Wir müssen deshalb Kriterien entwickeln, wie die Interessen der Beschäftigten und der BürgerInnen in PPP-Projekten abgesichert werden können“, fordert Ladwig. Wie die aussehen können, soll auch auf dem ver.di-Kongress im Oktober in Berlin diskutiert werden. ●

## Klare Definition fehlt

**Public Private Partnership (PPP), auf Deutsch: öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP), ist ein schillernder Begriff. Wie die Partnerschaft zwischen beiden Seiten konkret ausgestaltet werden soll, darüber sagt der Begriff PPP nichts aus. Denn unter Public Private Partnership wird in der öffentlichen Debatte sowohl die institutionelle Zusammenarbeit von öffentlicher Hand mit einem Privatunternehmen verstanden, bei der beide Seiten für bestimmte Aufgaben eine gemeinsame Gesellschaft gründen, als auch eine Vertrags-PPP, bei der der Staat die Erbringung einer Leistung für einen bestimmten Zeitraum an einen Privaten vergibt.**

**Damit bei der von der Politik gewollten Ausweitung von PPP-Projekten keine neuen, unbeherrschbaren Haushaltsrisiken entstehen, für die am Ende die BürgerInnen geradestehen müssten, fordern die Rechnungshöfe klare Regeln für die PPP-Vergabe. Dazu gehören neben einer soliden Finanzierungsbasis auch eine „angemessene Risikoverteilung“ und eine Ausweisung der Kosten von PPP-Verträgen im öffentlichen Haushalt „während der gesamten Vertragslaufzeit“. Sonst könnte es am Ende sein, dass die Unternehmen hohe Gewinne einstreichen, während BürgerInnen für die überbezahlten Dienstleistungen aufkommen müssen.**

## kurz & bündig

**NGG** *NGG und GdP fordern die Einrichtung einer Bundesfinanzpolizei. In ihr sollen alle Vollzugsbereiche des Zolls sowie die Finanzkontrolle Schwarzarbeit zusammengefasst werden. Notwendig seien neben effizienteren Kontrollen außerdem härtere Strafen, um eine umfassende Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu gewährleisten.*

**IG BAU** *Ebenso wie ihre Kolleginnen im Baugewerbe sind jetzt auch die Beschäftigten im Garten- und Landschaftsbau besser vor Winterarbeitslosigkeit geschützt. IG BAU und Arbeitgeber haben Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit vereinbart, mit denen Winterentlassungen verhindert werden können. Die Regelungen treten am 1. April in Kraft.*

**TRANSNET** *TRANSNET fordert, die Lkw-Maut für Autobahnen und stark frequentierte Bundesstraßen auch auf nachgelagerte Straßen auszuweiten. Dadurch soll der Güterverkehr auf anderen Verkehrsträgern, wie Wasser und Schiene, gestärkt werden.*

**ver.di** *ver.di begrüßt den zum 1. Januar von der Bundesregierung aufgelegten „Deutschen Filmförderfonds“, fordert aber, die Mittelvergabe an soziale Mindeststandards zu binden. Um von einer Strukturförderung sprechen zu können, müssten zudem Innovation und Originalität der Produktionen berücksichtigt werden.*

## Internationaler Frauentag

### Zwei Schritte vor

„Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück“, das Motto des diesjährigen internationalen Frauentags (8. März), ist auch der Titel der aktuellen Ausgabe des Info-Briefs *Frau geht vor* des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik im DGB-Bundesvorstand. Als „Reader“ zum Frauentag 2007 greift die Ausgabe diverse gleichstellungspolitische Themen auf: von der beruflichen Bildung für Frauen über Porträts weiblicher Beschäftigter im Niedriglohnssektor bis zur medialen Darstellung der ersten



deutschen Kanzlerin Angela Merkel oder einem Interview mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Elke Ferner.

Anlässlich des internationalen Frauentags kündigen die DGB-Frauen außerdem eine „Frauenbilder-Kampagne“ an. „Frauenbilder“ stünden für „die konsequente Suche nach einem selbstbestimmten Leben“, so Claudia Menne,

Bereichsleiterin für Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB.

Im Vorfeld des internationalen Frauentags findet am 5. und

6. März in Berlin eine frauenpolitische Konferenz des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) statt, in deren Rahmen auch der DGB am 5. März eine Veranstaltung plant.

Einzelhefte von *Frau geht vor* (Nr. 6/2006) gibt es für einen mit 0,77 Euro frankierten Rückumschlag (DIN C4) beim DGB-Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin. ●

## Junge Gruppe

### Gegen Gewalt an Kindern

Die Junge Gruppe, Jugendorganisation der GdP, will sich verstärkt gegen Gewalt an Kindern einsetzen. In einem Themenpapier mit dem Titel „Schlag auf Schlag wird keiner erwachsen“ stellen die jungen PolizistInnen sechs konkrete Forderungen an gesellschaftliche Gruppen und politische Entscheidungsträger: So müsse etwa die Bundesregierung Länder und Kommunen bei der Umsetzung neuer Regelungen im Sozialgesetzbuch unterstützen, die die Jugendämter auffordern, betroffenen Familien gewaltfreie Wege zur Lösung von Konflikten aufzuzeigen.

Die Medien fordert die Junge Gruppe auf, sich stärker für die Ächtung von Gewalt als Erziehungsmittel einzusetzen, statt mit tragischen Einzelschicksalen die vermeintliche Sensationslust der Öffentlichkeit zu befriedigen.

Außerdem solle die Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder Schwerpunkt der polizeilichen Präventionsarbeit werden. Die Polizei müsse sich stärker mit Institutionen der Jugendarbeit vernetzen. ●

[www.gdp-junge-gruppe.de](http://www.gdp-junge-gruppe.de)

## 2007: Das Gewerkschaftsjahr auf einem Blick

1.1. - 30.6.	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
1.1. - 31.12.	Deutsche G8-Präsidentschaft
20. - 25.1.	Weltsozialforum, Nairobi
10./11.2.	IG BAU, Bundesjugendkonferenz, Steinbach/Taunus
23. - 25.2.	IG BAU, Bundesfrauenkonferenz, Steinbach/Taunus
1. - 3.3.	IG Metall, Bundeshandwerkskonferenz, Sprockhövel
5./6.3.	EGB, Frauenpolitische Konferenz, Berlin
8.3.	„Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück“, Internationaler Frauentag
13./14.3.	DGB, Europäischer Sozialstaatskongress, Berlin
22. - 24.3.	IG Metall, Bundesmigrationskonferenz, Sprockhövel
21.4.	IG BAU, außerordentlicher Gewerkschaftstag, Frankfurt/M.
1.5.	DGB, Zentrale 1. Mai-Kundgebung, Gelsenkirchen
21. - 24.5.	EGB-Kongress, Sevilla
6. - 8.6.	G8-Gipfel, Heiligendamm
22. - 26.7.	Weltkongress der Bildungsinternationalen, Berlin
30.9. - 6.10.	ver.di, Bundeskongress, Leipzig
26./27.10.	NGG, Bundesfrauenkonferenz, Erkner
4. - 10.11.	IG Metall, Gewerkschaftstag, Leipzig

*Im Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht auch bei den Gewerkschaften Europa ganz oben auf der Agenda. Am 13. und 14. März lädt der DGB zu einem Europäischen Sozialstaatskongress nach Berlin, in der vierten Maiwoche findet dann der EGB-Kongress in Sevilla statt. Vorstandswahlen stehen in diesem Jahr bei den beiden größten DGB-Gewerkschaften an. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di macht vom 30. September bis zum 6. Oktober auf ihrem Bundeskongress in Leipzig den Anfang, der Gewerkschaftstag der IG Metall findet Anfang November statt – ebenfalls in Leipzig. Bereits in der ersten Jahreshälfte treffen sich die Delegierten der IG BAU am 21. April zu einem außerordentlichen Gewerkschaftstag. Weitere Termine: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)*

## Arbeitsmarktpolitik

### Plädoyer für einen neuen Arbeitsmarkt

*Mit Wachstum allein ist der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen. Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoltdt fordert deshalb eine offene, ehrliche Debatte darüber, wie verhindert werden kann, dass immer mehr Menschen dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden.*

Auf dem Arbeitsmarkt lässt sich das neue Jahr gut an. Bereinigt um saisonale Einflüsse sinkt die Zahl der arbeitslosen Menschen. Im Verlaufe eines Jahres sind über 300 000 zusätzliche und vor allem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Viel spricht derzeit dafür, dass die Wirtschaft 2007 auf Wachstumskurs bleibt und sich der Aufbau an Beschäftigung fortsetzt.

In der Folge zeichnet sich ein Stimmungsumschwung ab, den miesepetrigem Standort-Unken vom Schlage Henkel oder Rogowski zum Trotz. Die Menschen fassen wieder Mut, genauso ist in der Politik Erleichterung spürbar, dass die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt endlich geschafft scheint.

**Es wäre aber falsch, sich mit dem Erreichten zufrieden geben zu wollen.** Nach wie vor suchen in Deutschland vier Millionen Menschen Arbeit – und das ist nur die offiziell registrierte Zahl, tatsächlich fehlen deutlich mehr Arbeitsplätze.

Was wir gegenwärtig erleben, ist eine typische konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarktes. Mit dem Auf und Ab der Wachstumsraten steigt und fällt die Nachfrage nach Arbeit. Seit Mitte der 70er Jahre ist jedoch festzustellen, dass sich in jeder wirtschaftlichen Schwächephase die so genannte Sockelarbeitslosigkeit erhöht.

Diesen Sockel an Arbeitslosigkeit bilden insbesondere jüngere sowie ältere Menschen mit geringeren Qualifikationen. Einmal ohne Arbeit haben sie kaum noch eine Chance, in Beschäftigung zurückzufinden.

Zweifelsohne macht es einen entscheidenden Unterschied, ob jemand zwei bis drei Monate oder zwei bis drei Jahre und länger ohne Arbeit bleibt. Unser größtes Problem ist daher nicht die konjunkturelle, sondern die strukturelle Arbeitslosigkeit. Ein echter Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt ist erst geschafft, wenn die Zahl derjenigen, die viel zu lange schon ohne Stelle sind, deutlich abnimmt. Davon sind wir nach wie vor noch weit entfernt.

Deshalb müssen wir in aller Klarheit feststellen: **Mit Wachstum allein ist der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen.** Selbst ein lang anhaltender, phänomenaler Aufschwung würde die Massenarbeitslosigkeit zwar verringern, nicht aber beseitigen.

Genauso klar ist: Echte Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit sind eine wesentliche Voraussetzung zur Sanierung der Staatsfinanzen und unabdingbar, um unsere Systeme der sozialen Sicherung nachhaltig zu stabilisieren.

Auch deshalb **müssen wir über neue Wege nachdenken**, wie zu verhindern ist, dass eine immer größer werdende Zahl an Menschen auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt wird. Das ist zunächst die Aufgabe der Politik, aber auch die Gewerkschaften sind gefragt.

Die IG BCE hält es für erforderlich, als erstes die überfällige Diskussion über die Wirklichkeit am Arbeitsmarkt anzustoßen und konstruktiv zu begleiten. Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, den einzig gangbaren Weg aus der strukturellen Beschäftigungskrise zu kennen. Wir werden uns auch davor hüten, mit allzu einfachen Antworten auf schwierige Fragen unerfüllbare Erwartungen zu wecken. Enttäuschte Hoffnungen führen zum Entzug von Vertrauen, dem wird die IG BCE nicht Vorschub leisten.

**Wir brauchen eine ehrliche Debatte:** Was bedeutet es, wenn die Formel, nach der die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind, nicht mehr aufgeht? Wir dürfen nicht zulassen, dass diese entscheidende Frage in der politischen Debatte weitgehend ignoriert wird.

Ebenso dürfen wir auch die Menschen nicht länger glauben machen, dass jeder einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden und bis zur Rente behalten kann. Wahr ist ebenfalls, dass das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit mit den gängigen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten offensichtlich nicht zu lösen ist.

Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen und **einen neuen Arbeitsmarkt schaffen**, der nicht den Produktivitäts- und Qualifikationsanforderungen des ersten Arbeitsmarktes unterliegt. Wir brauchen neue Formen, die den Menschen Beschäftigung sowie Ein- und Auskommen jenseits des ersten Arbeitsmarktes mit seinen Wettbewerbs- und Produktivitätsanforderungen ermöglichen. Dazu werden sicherlich Kombinationen aus Arbeitseinkommen und Transferleistungen gehören. Denn eines geht nicht auf: Von Arbeitslosen immer mehr zu fordern, um sie zugleich auf Stellen zu verweisen, die im Zuge des Aufschwungs eben nicht ausreichend entstehen – insbesondere keine Arbeitsplätze von geringer Qualifikation. ●



Hubertus Schmoltdt, 62, ist seit der Fusion von IG Chemie-Papier-Keramik, IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Leder zur IG Bergbau, Chemie, Energie im Oktober 1997 deren Vorsitzender.

### Langzeitarbeitslose profitieren nicht

*Der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt hat 2006 die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen um 0,7*

*Prozent auf fast 39,1 Millionen Menschen ansteigen lassen, so das Statistische Bundesamt. Ging 2005 die Erwerbstätigkeit noch um*

*0,1 Prozent zurück, war die Beschäftigungszunahme im vergangenen Jahr die stärkste seit dem Jahr 2000.*

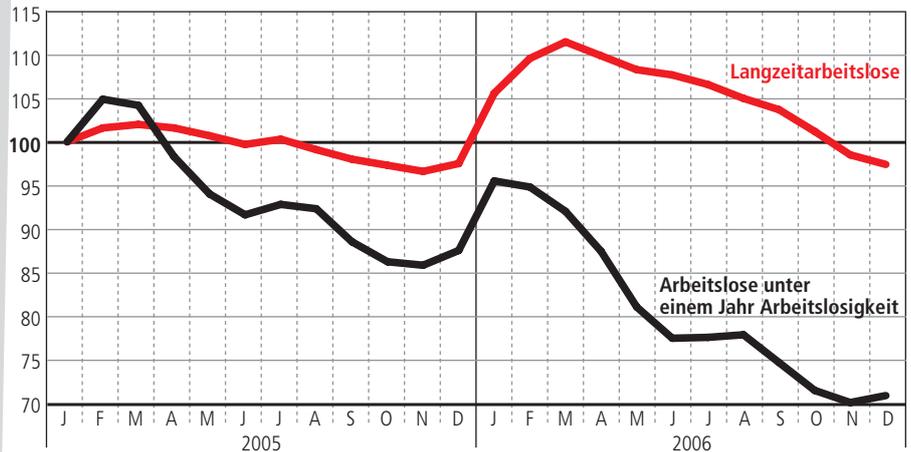
*Doch Langzeitarbeitslose profitieren nicht vom Aufschwung. 2006 ist ihr Anteil an allen Arbeitslosen sogar noch gestiegen. Unter den vier Millionen Arbeitslosen ist fast jeder zweite länger als ein Jahr arbeitslos.*

*Um diese nicht dauerhaft aus dem Erwerbsleben auszugrenzen, fordern DGB und Gewerkschaften seit längerem einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt“. Der Staat soll sozialversicherte Beschäftigung über mehrere Jahre fördern: insbesondere im gemeinnützigen Bereich und vor allem für ältere Langzeitarbeitslose und gesundheitlich angeschlagene, deren Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt unwahrscheinlich ist.*

### LANGZEITARBEITSLOSE: Aufschwung kaum spürbar

**Trotz Wirtschaftsaufschwung geht die Entspannung am Arbeitsmarkt weitgehend an den Langzeitarbeitslosen vorbei. Zwar sank ihre Zahl in 2006, allerdings war der Rückgang wesentlich schwächer als bei den übrigen Arbeitslosen. Noch deutlicher ist die Auseinanderentwicklung, wenn man die letzten beiden Jahre in den Blick nimmt: Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit 2005 nur um knapp drei Prozent gesunken ist, ging die Zahl der übrigen Arbeitslosen um fast 30 Prozent zurück.**

Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Index: Januar 2005 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 01/07

### personalien

••• **Heike Lehmann**, 31, Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin, von 2002 bis 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Josef Göppel (CSU), danach Vorstandreferentin beim Ärzteverband Hartmannbund, ist seit dem 1. Januar persönliche Referentin der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock.

••• **Christoph Hahn**, 28, Ausbildung zum Industriekaufmann, von 2001 bis 2006 Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, ist seit dem 1. Dezember persönlicher Referent von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki.

••• **Lisa Hoffmann**, 27, Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, ist seit dem 1. Januar politische Referentin im Bereich Öffentlicher Dienst/Beamte des DGB, mit den Arbeitsschwerpunkten Versorgung, Beihilfe und Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst.

••• **Claudia Falk**, 40, von 1987 bis 1993 zunächst Volontärin dann Redakteurin bei der Zeitschrift *TV Hören und Sehen*, anschließend Studium der Sozialpädagogik in Hamburg sowie freiberufliche journalistische Tätigkeit, seit 2002 Pressesprecherin des DGB Hamburg, ist ab dem 1. Februar Pressesprecherin beim DGB-Bundesvorstand. Neuer

Pressesprecher des DGB Hamburg ist **Hans-Jürgen Arlt**, 58, von 1991 bis 2002 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

••• **Rolf Büttner**, 57, seit März 2001 als Leiter des Fachbereichs Postdienste, Spedition, Logistik Mitglied des Bundesvorstands der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie seit April 2006 einer ihrer vier stellvertretenden Vorsitzenden, scheidet zum 31. Januar aus dem ver.di-Vorstand aus. Neue Leiterin des Fachbereichs soll **Andrea Kocsis**, 41, werden, bislang Fachbereichsleiterin beim ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Das hat der zuständige Fachbereich vorgeschlagen.

### 21 TAGE

- 17.1.** Neujahrspressekonferenz des DGB, Berlin
- 20./21.1.** ver.di Rheinland-Pfalz, Landesbezirksjugendkonferenz, Kirkel
- 20.-25.1.** Weltsozialforum 2007, Nairobi
- 22.-24.1.** Klausurtagung des DGB-Bundesvorstands, Neuhausen
- 24.-27.1.** IG Metall, Jugendkonferenz „Freiheit ist mehr“, Sprockhövel
- 26.-28.1.** ver.di Niedersachsen/Bremen, Jugendkonferenz „Organizing 2007“, Springe
- 6./7.2.** Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Europäisches Gespräch, Brüssel

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. **Der nächste einblick erscheint am 5. Februar 2007.**



### Schlusspunkt.

**„Männer, die noch ein klassisches Rollenbild haben, können oft nicht verstehen, dass Frauen auf gleicher Ebene mit gleicher Kompetenz mitreden.“**

Die Fürther Landrätin Gabriele Pauli (CSU) in der Berliner Zeitung vom 4. Januar über den Hintergrund ihres Streits mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber

### Betriebsrat

#### Mobbing-Schulung kann nötig sein

Nimmt ein Betriebsratsmitglied an einer Schulungsveranstaltung teil, so hat der Arbeitgeber die Kosten zu erstatten, wenn dort Kenntnisse vermittelt werden, die für die Arbeit des Betriebsrates erforderlich sind. Eine Schulung zum Thema Mobbing kann erforderlich sein, wenn im Betrieb eine aktuelle Konfliktlage besteht.

*Landesarbeitsgericht Hamm,  
Beschluss vom 7. Juli 2006 – 10 TaBV 114/05*

### Arbeitszeit

#### Im Schnitt nicht mehr als 48 Stunden

Eine Vereinbarung über die wöchentlich Arbeitszeit von durchschnittlich mehr als 48 Stunden ist nichtig. Wird mit einem Schulhausmeister ein Bereitschaftsdienst von bis zu 40 Stunden zusätzlich zu seiner Haupttätigkeit von 47 Stunden vereinbart, so ist diese Abmachung unwirksam. Die Haupttätigkeit bleibt aber bestehen. Bereitschaftsdienst liegt auch dann vor, wenn der Schulhausmeister sich während der Dienstzeiten in seiner Dienstwohnung auf dem Schulgelände aufhalten darf.

*Arbeitsgericht Berlin,  
Urteil vom 21. Juni 2006 – 86 Ca 26096/05*

### Existenzgründungszuschuss

#### Keine Anrechnung aufs Einkommen

Der Existenzgründungszuschuss (EGZ) ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und zur Förderung der Selbstständigkeit. Er dient also einem anderen Zweck als das Arbeitslosengeld II und muss bei dessen Berechnung unberücksichtigt bleiben. Der EGZ würde seinen Sinn verlieren, wenn er als Einkommen angerechnet würde. Sonst bliebe keine Aufstockungsleistung zur Gründung und Erhaltung eines Betriebes übrig. Der Aufbau einer selbstständigen Tätigkeit wäre gefährdet.

*Hessisches Landessozialgericht,  
Beschluss vom 4. Dezember 2006 – L 7 AS 168/06 ER*

### Krankenversicherung

#### Kassen-Wahl übers Arbeitsamt

Wird im Antrag auf Arbeitslosengeld die Krankenkasse gewählt und leitet das Arbeitsamt diese Angaben an die Krankenkasse weiter, ist das als Anmeldung ausreichend. Die Krankenkasse kann die Aufnahme nicht mit der Begründung verweigern, der oder die Erwerbslose müsse persönlich erscheinen.

*Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 23. November 2006 – L 1 KR 308/04*

### Berufsunfähigkeitsversicherung

#### Nur bei erlerntem Beruf

Wer keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, kann grundsätzlich keine Berufsunfähigkeits-, sondern nur eine Erwerbsunfähigkeitsversicherung abschließen.

*Saarländisches Oberlandesgericht,  
Urteil vom 21. Juni 2006 – 5 U 720/05-105*

### Arbeitslosengeld II

#### Arbeit mit Ausländern ist zumutbar

Einem rechtsradikalen Arbeitslosen darf das Arbeitslosengeld II gekürzt werden, wenn er sich weigert mit Ausländern zusammenzuarbeiten.

Der Fall: Dem Bezieher vom Arbeitslosengeld II wurde vom Leistungsträger eine Arbeit in einem multikulturellen Forum angeboten. Dabei handelt es sich um einen Verein, der die Integration von Ausländern befürwortet und von Ausländern geleitet wird. Der Arbeitslose lehnte das Angebot ab. Er begründete dies damit, dass er sich als Sympathisant einer rechten Partei wegen seiner politischen Einstellung nicht in der Lage sehe, für eine Institution zu arbeiten, die die Integration von Ausländern befürwortet. Daraufhin senkte der Leistungsträger das Arbeitslosengeld II für drei Monate um 30 Prozent, weil der Arbeitslose für seine Weigerung keinen wichtigen Grund hatte. Die dagegen erhobene Klage blieb erfolglos.

Das Sozialgericht: Das Arbeitsangebot beim Multikulturellen Forum war dem Arbeitslosen zumutbar. Eine Tätigkeit dort verletzte ihn nicht in seiner Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit. Dieses Grundrecht des Einzelnen hat seine Grenzen in dem verfassungsrechtlichen Verbot der Diskriminierung. Das im Grundgesetz verankerte Verbot der Benachteiligung wegen der Herkunft, der Heimat, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauung verbietet es in jedem Fall, die vom Arbeitslosen hier vorgetragene Gesinnung gegenüber Ausländern anzuerkennen.

*Sozialgericht Dortmund,  
Urteil vom 9. Oktober 2006 – S 32 AS 214/06*

### Scheinselbstständigkeit

#### Paketdienstfahrer sind Arbeitnehmer

Fahrer des Paketdienstes German Parcel sind keine selbstständigen Unternehmer, sondern abhängig Beschäftigte.

Der Fall: Die AOK forderte für einen Transportfahrer von German Parcel Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von knapp 110 000 Euro nach. Der Paketdienst erhob Widerspruch gegen die Nachforderung und argumentierte, dem Fahrer habe es freigestanden, die vereinbarten Fahrdienste selbst oder durch Dritte ausführen zu lassen, er habe sich seinen Urlaub nicht genehmigen lassen müssen und habe auch eigene Kunden im System von German Parcel bedienen dürfen. All dies weise ihn als selbstständigen Unternehmer aus. Mit diesem Argument scheiterte der Paketdienst in zwei Instanzen.

Das Landessozialgericht: Vorliegend überwiegen die Merkmale abhängiger Beschäftigung. Der Fahrer hat sein Auto mit dem Schriftzug von German Parcel lackieren lassen und bei der Arbeit die Imagekleidung des Paketdienstes tragen müssen. Sein Tages- und Arbeitsablauf wurde vollständig vom Arbeitgeber strukturiert. Bei einer täglichen Arbeitszeit von zehn bis zwölf Stunden hat er keinerlei eigenen Gestaltungsspielraum bei der Arbeits- und Toureneinteilung gehabt. Darüber hinaus hat er einer umfassenden Kontrolle durch German Parcel unterlegen. Seine zeitliche Beanspruchung und vertragliche Reglementierung haben es ihm unmöglich gemacht, einer weiteren unternehmerischen Tätigkeit nachzugehen. Insofern ist er als abhängig und sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zu betrachten und zu behandeln.

*Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 19. Oktober 2006 – L 8/14 KR 1188/03*

Rente mit 67

## DGB fordert: Rente mit 67 stoppen!

Ungeachtet aller Proteste hält die große Koalition an ihrem Vorhaben fest, die Rente mit 67 im März unter Dach und Fach zu bringen. Am 9. März soll der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Altersgrenzenanpassungsgesetz beschließen, am 30. März geht es in den Bundesrat, und bereits am 1. Mai soll das Gesetz in Kraft treten.

Derweil werden DGB und Gewerkschaften nicht müde, für ihre Alternativen zu werben und ihre grundsätzliche Kritik an der Heraufsetzung des Rentenalters zu bekräftigen. Anlässlich der für den 26. Februar geplanten Bundestagsanhörung bereiten sie am Berliner Reichstag eine „alternative Anhörung“ vor (Seite 6). Die Rente mit 67 sei nichts anderes als eine reine Rentenkürzung, solange die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen kaum eine Chance habe, tatsächlich zwei Jahre länger zu arbeiten.

Die Rente mit 67 belastet außerdem den Arbeitsmarkt und erhöhe das Risiko, im Alter noch Hartz IV-Empfänger zu werden. So bringt Annelie Buntenbach, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständig, die Kritik der Gewerkschaften auf



Foto: Werner Bachmeier

**Mehr als zweihunderttausend ArbeitnehmerInnen sind Ende Januar den Aufrufen von IG Metall und ver.di gefolgt und haben mit Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen gegen die Rente mit 67 protestiert. „In den Betrieben rumort es, die Empörung bei den Arbeitnehmern über diese Pläne der großen Koalition ist enorm“, so Jürgen Peters, der Erste Vorsitzende der IG Metall.**

den Punkt. „Bevor über eine Anhebung des Renteneintrittsalters entschieden werden kann, muss zuerst der Arbeitsmarkt in Ordnung gebracht werden.“ Nach den Plänen der Bundesregierung soll ab 2012 die Altersgrenze angehoben

werden. Diese Zeitspanne sei viel zu kurz, um die Arbeitsmarktsituation, insbesondere für ältere ArbeitnehmerInnen, deutlich zu verbessern. Der DGB fordert deshalb, die Rente mit 67 zu stoppen. Stattdessen müsse mehr reguläre Beschäftigung gefördert und müssen die sozialen Sicherungssysteme so reformiert werden, dass sie den Anforderungen einer längeren Lebensarbeitszeit gerecht werden.

Dazu gehören aus Sicht des DGB zum Beispiel gesetzliche Regelungen für flexible Übergänge. Deshalb drängt der DGB auf eine Nachfolgeregelung für die 2009 auslaufende Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit. Außerdem müsse die Erwerbsminderungsrente verbessert werden, damit diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, nicht zusätzlich durch Rentenabschläge bestraft werden.

Im Übrigen hat der DGB gemeinsam mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) und der Volkssolidarität mit dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung eine Alternative zur Rente mit 67 vorgelegt ([www.dgb.de](http://www.dgb.de)). Das Konzept sieht vor, langfristig alle Berufstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Im ersten Schritt sollen geringfügig Beschäftigte, Selbstständige ohne Pflichtversicherung sowie PolitikerInnen aufgenommen, langfristig auch Beamte und Freiberufler einbezogen werden. Ein solches Konzept werde nicht nur den veränderten Erwerbsbiografien gerecht, es stärke auch die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung. •

Seite 3

**Keine der Reformen löst die Probleme**

**Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer über die Reformalternativen der Gewerkschaften und den europäischen Sozialstaatskongress im März**

Seite 5

**Rückgang deutlich verlangsamt**

**2006 haben die Gewerkschaften ihren Mitgliederverlust weiter verringert. In wichtigen Bereichen konnten sie sogar zulegen**

Seite 7

**Von der Erziehungs- in die Pflegefalle?**

**Bei der geplanten Pflegereform muss die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege verbessert werden. Sonst geht die Reform zu Lasten der Frauen, meint DGB-Vize Ingrid Sehrbrock**

## plusminusBERLIN

**+ KMK-Präsident Jürgen Zöllner (SPD) fordert zusätzlich zum deutschen auch muttersprachlichen Unterricht für Migranten. Die Gesellschaft dürfe „nicht das Potenzial vernachlässigen, das in anderen Sprachen und Kulturen steckt“.**

**- CDA-Vorsitzender Karl-Josef Laumann will „eine offene Diskussion“ zum Kündigungsschutz. Es sei „etwas daran, wenn viele Arbeitgeber klagen, mit dem jetzigen Arbeitsrecht könnten sie nicht schnell genug auf den schärferen Wettbewerb reagieren“.**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**[www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)  
Materialien zur Woche gegen Rassismus vom 17. – 25. März**

**Hintergrund**

**[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Vorschläge des DGB zur Stärkung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen**

## ? ...nachgefragt



**Im Streit der Großkoalitionäre um den Mindestlohn hat Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) vorgeschlagen, das Entsendegesetz auf alle Branchen auszudehnen, die unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie fallen. Ist das ein Erfolg versprechender Weg, um in Deutschland Löhne durchzusetzen, von denen die Menschen leben können? Das hat einblick Axel Brower-Rabinowitsch gefragt. Brower-Rabinowitsch, 62, ist seit Januar Leiter des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit des DGB.**

*Es ist überfällig, dass Arbeitsminister Franz Müntefering Mindestlöhne auf breiter Front erreichen will. Es ist skandalös, dass die Union sich bisher verweigert. Und ob sie kommen, falls die Union ihren Widerstand aufgibt, ist höchst fraglich. Das liegt an den komplizierten politischen und rechtlichen Voraussetzungen, die kaum öffentlich diskutiert werden.*

*Bleibt es beim geltenden Koalitionsvertrag, dann könnte ausschließlich das Gebäudereinigerhandwerk verbindliche Mindestlöhne bekommen. Müntefering will darüber hinausgehen und praktisch alle Branchen in das Entsendegesetz einbeziehen, die von der EU-Dienstleistungsrichtlinie erfasst sind. Er will zudem die bereits vereinbarten*

*Mindestlöhne für die Zeitarbeit für allgemeinverbindlich erklären. Sie müssen dafür allerdings erst noch gesetzlich unter die Dienstleistungsrichtlinie gestellt werden.*

*In allen anderen Branchen müssten noch flächendeckende und repräsentative Tarifverträge über Mindestlöhne geschlossen werden. Das aber geht in den meisten Fällen nicht, weil entweder die Arbeitgeber nicht ausreichend organisiert sind oder sich generell verweigern. In einigen Fällen reicht dafür auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften nicht aus. Die Chance, auf diesem Weg zumindest in den Branchen mit Dumpinglöhnen Mindestlöhne durchzusetzen, ist also gering.*

*Fazit: Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro oder mehr geht es nicht.*

## in eigener Sache

Seit Mitte Januar präsentiert sich der *einblick* online im neuen Gewand. Freundlicher, mit mehr Weißraum, aktueller, weil die Redaktion bei besonderen Gelegenheiten die Vorzüge des Internets im Vergleich zum Printmedium nutzen will. Und mit neuen Angeboten wie etwa einer Jahresübersicht aller Gewerkschaftstermine. Ein Forum, RSS-Feeds und Chats sind in Vorbereitung, damit die Seite noch vielfältiger wird. Bedingt durch die Software, mit der der alte Auftritt gepflegt worden ist, ließen sich bei der Datenübernahme Fehler nicht ganz ausschließen. Anregungen, Lob und Kritik sind hoch willkommen unter [internet@einblick.info](mailto:internet@einblick.info).

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

### Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

#### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

Michael Sommer im Interview

## „Keine Reform löst die Probleme!“

Mit einem europäischen Sozialstaatskongress im März will sich der DGB verstärkt in die Debatte um die Zukunft des Sozialstaates einmischen und Alternativen zu den Sozialreformen der großen Koalition entwickeln. Im einblick-Interview dazu: der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

■ Trotz Ablehnung durch die Bevölkerung, Protesten von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften hält die große Koalition an der Rente mit 67 fest.

■ Wir werden trotzdem weiterhin der Politik sagen, dass wir bessere Vorschläge haben. Das heißt bei der Rente mit 67: Dieses Vorhaben muss gestoppt werden! Statt jetzt das Rentenalter zu erhöhen, müssen zunächst der Arbeitsmarkt – vor allem für Ältere – in Ordnung gebracht und die soziale Sicherung im Alter so reformiert werden, dass auch diejenigen ohne finanzielle Sorgen in Rente gehen können, die vor dem 67. Lebensjahr zum Beispiel wegen gesundheitlicher Probleme nicht mehr arbeiten können.

■ Statt sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen, wirft die Politik den Gewerkschaften vor, politische Auseinandersetzungen regelwidrig in die Betriebe zu tragen.

■ Wer Massendemonstrationen wie die am 21. Oktober ignoriert, darf sich nicht wundern, wenn wir dann die Auseinandersetzung in die Betriebe tragen. Schließlich sind es vor allem die Beschäftigten, die die Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderung tragen müssen. Und es waren ja ihre Arbeitgeber, die die Politik gedrängt haben, das gesetzliche Rentenalter anzuheben. Im Übrigen werden wir die Aktionen im Rahmen der Spielregeln einer sozialstaatlichen Demokratie weiterführen. Die Zeiten, in denen jemand basta sagte und der Protest verstummte, sind vorbei.

■ Man sagt den Gewerkschaften nach, Blockierer zu sein. Doch zurzeit scheint die Politik eher taub und wenig gesprächsbereit bei Alternativen zu ihrer Politik zu sein.

■ Die aktuellen Reformvorhaben wird die Koalition vermutlich erst einmal nach dem Motto „Augen zu und durch“ umsetzen – egal wie problematisch sie sind. Ich bin überzeugt: Die Gesundheitsreform etwa löst keine Probleme und wird – wie die letzte „Jahrhundertreform“ – eine Halbwertzeit von maximal drei Jahren haben. Ich hoffe, dass die Politik spätestens dann erkennt, dass wir die besseren Alternativen haben.

■ Fürchtest du nicht, mit den Aktionen das Image der Gewerkschaften als „Nein-Sager“ zu befördern?

■ Anders als uns immer unterstellt wird, gab und gibt es kein Politikfeld, in dem die Gewerkschaften kategorisch Nein sagen und keine Alternativen präsentieren. Die mögen vielleicht den Politikern nicht gefallen oder nicht dem Mainstream entsprechen. Andererseits gilt aber auch: Zu einer Politik, die wir grundsätzlich für falsch halten, äußern wir uns auch eindeutig. Das erwarten nicht zuletzt unsere Mitglieder.

■ Die Sozialstaatskonferenz soll der Abschluss der Aktivitäten zu den Reformen der großen Koalition sein...

■ ...und der Auftakt für eine neue Diskussion. Keine der so genannten Reformen löst ja wirklich die Probleme. Gleichzeitig debattieren beide großen Volksparteien zurzeit über ihre Grundsatzprogramme. Die SPD will ihres im Oktober ver-

abschieden, die Union will im November diskutieren. Zumindest bei der SPD zeichnet sich ab, dass sie in dem Programm den Sozialstaat neu definieren will als Miteinander von vor- und nachsorgendem Sozialstaat. Es geht aber auch darum, wie man das dann finanziert. Um die Antwort auf diese Frage drücken sich alle Parteien herum. Manchmal bisher leider auch die Gewerkschaften.

■ Mit dem Kongress wollen sich die Gewerkschaften also stärker in die Debatte um die Zukunft des Sozialstaates einmischen?

■ Ja. Wir haben aber nicht den Anspruch, dass wir schon alle endgültigen Antworten haben. Zum Beispiel haben wir in der Finanzierungsfrage auch durchaus unterschiedliche Auffassungen in den Gewerkschaften – etwa was das Verhältnis von Sozialabgaben und Steuern betrifft oder welche Steuern für eine stärkere Finanzierung der sozialen Aufgaben angehoben werden sollen. Wir haben genügend Referenten eingeladen, sei es aus der Wissenschaft oder den Kirchen, die uns den Spiegel vorhalten, wo wir an unseren Vorschlägen noch arbeiten müssen.

■ Eine Diskussion auf dem Kongress steht unter dem Motto „Was ist schief gelaufen?“ Was ist denn schief gelaufen?

■ Zum einen, dass die deutsche Einheit zum großen Teil aus den Sozialkassen finanziert wurde. Zum anderen ist Ursache für die Krise der sozialen Sicherungssysteme der Misserfolg der Regierungen und der

Wirtschaft bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Spannend finde ich, dass mit dem ehemaligen Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und dem SPD-Sozialexperten Rudolf Dreßler sich zwei Protagonisten der Sozialreformen der Vergangenheit ihrer Verantwortung auf dem Kongress stellen.

■ Der Kongress hat auch eine europäische Dimension.

■ Und das nicht nur, weil derzeit Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Alle Politiker reden vom europäischen Sozialmodell, doch was das konkret heißt, bleibt vage. Schon heute sind die europäischen Sozialstaaten mehr als die Summe ihrer Sozialversicherungssysteme. Auf dem Kongress wollen wir die Gelegenheit nutzen, von den Modellen anderer Länder zu lernen, angefangen vom spanischen sozioökonomischen Rat, der fast eine Art institutionalisiertes Bündnis für Arbeit ist, bis zum vorbildlichen finnischen Bildungssystem.

■ Stellt der DGB auch konkrete Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft?

■ Ganz klar – ein Kernpunkt für die Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells ist die Verfassungsfrage. Es mehren sich die Hinweise, dass die Konservativen in Europa lediglich den dritten Teil des Verfassungsentwurfs, die Verfahrensregeln, in Kraft setzen und den Rest – wie die EU-Charta der Grundrechte – weglassen wollen. Wir erwarten von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auch auf dem Kongress sprechen wird, dass sie ihre Amtszeit nutzt, um eine EU-Verfassung voranzubringen, die die soziale Dimension der EU und den Stellenwert der Grundrechtecharta stärkt. ●

### Kongress: Europa sozial gestalten!

Mit einem Sozialstaatskongress unter dem Motto „Europa sozial gestalten!“ wollen DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 13. und 14. März in Berlin die Debatte um die Weiterentwicklung des Sozialstaates im europäischen Kontext fortführen. Zu den vielen renommierten ReferentInnen aus ganz Europa gehören Poul Nyrup Rasmussen, Vorsitzender der SPE, Prof. Stefan Collignon von

der „London School of Economics and Political Science“, Präses Nikolaus Schneider vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der katholische Bischof Dr. Franz Kamphaus. Diskutiert wird in den Foren über Themen wie moderne Beschäftigungspolitik, Gesundheitswesen, Bildung oder familienfreundliche Arbeitswelt.

Mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Ruhrfestspiele

## Recklinghausen als Weltbühne

„A world stage“ – eine „Weltbühne“ sollen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen in diesem Jahr vom 1. Mai bis 17. Juni werden. In seiner dritten Spielzeit als Festspiel-leiter präsentiert Frank Hoffmann „neue Autoren, neue Themen, neue Stoffe: Das sind die Ruhrfestspiele 2007“, so Hoffmann. Sechs Welt-uraufführungen und mehrere Europa- und Deutschlandpremierer holt der gebürtige Luxemburger ins Ruhrgebiet. Eröffnet werden die Bühnenwochen mit dem Stück „A disappearing number“ des eng-



lischen Star-Regisseurs Simon McBurney (3. Mai), weiteres Highlight ist das Schauspiel „Lampedusa“ des schwedischen Krimi-Autors Henning Mankell (15. – 19. Mai).

Auch das Who's who der deutschen Schauspielerszene ist in Recklinghausen dabei: von Fritz Haberlandt über Ben Becker bis Otto Sander. Beste Voraussetzungen, um an die erfolgreiche Spielzeit 2006 anzuschließen. Ein neuer Superlativ



ist für 2007 bereits erreicht: 248 Veranstaltungen zählt das Festival – so viele wie noch nie.

Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es auch weiterhin diverse Vergünstigungen. •

Infos und Tickets: [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

Neuaufgabe

## Tipps zu ALG II

Seit dem Start von Hartz IV Anfang 2005 ist das Gesetz bereits mehr als hundertmal geändert worden. In der Neuaufgabe des Ratgebers „111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld“ (Rolf Winkel/Hans Nakielsiki, ISBN 978-3-7663-3722-1, 9,80 Euro) sind die Änderungen berücksichtigt, etwa die Neuregelungen des zulässigen Zuverdienstes von ALG-II-BezieherInnen, der Vermögensfreibeträge sowie die Anrechnung der Einkommen eines/ir Mitbewohners/in. •

[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

Fachtagung

## Mobil arbeiten

„Dank“ Notebooks, Internet und Handys üben immer mehr Beschäftigte ihren Beruf vom heimischen Arbeitszimmer oder von unterwegs aus. Experten prognostizieren für 2010 einen Anteil von 20 Prozent mobil Arbeitender. Mit den Folgen dieser Arbeitsform befasst sich die Fachtagung „Mobile Arbeit – kompetent und gesund?“, am 26. und 27. Februar, gemeinsam von TBS NRW und ver.di-Innotec für Mitglieder betrieblicher Interessenvertretungen in der Deutschen Arbeitsschutzausstellung in Dortmund veranstaltet. Teilnahmegebühr 390 Euro. •

[ulrike.henseleit@tbs-nrw.de](mailto:ulrike.henseleit@tbs-nrw.de)

Frauentag

## Es geht weiter

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Positionen in Arbeitswelt und Gesellschaft ist noch immer keine Selbstverständlichkeit. Deshalb hat der DGB seine diesjährige Veranstaltung zum Frauentag unter das Motto „Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.“ gestellt. Sie findet am 5. März ab 18.30 Uhr in der Britischen Botschaft in Berlin, Wilhelmstr. 70-71, statt. Zum Auftakt wird die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock sprechen. Für den unterhaltsamen Teil des Abends sorgen der ver.di-

Chor und die Damenband „Les Belles du swing“. Aus Sicherheitsgründen dürfen nur angemeldete Gäste in die Botschaft. Anmeldungen bis zum 21. Februar bei den jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften. •

Gesundheitsreform

## Alternativkonzepte

Trotz anhaltender Kritik soll die Gesundheitsreform durchgesetzt werden. Dabei würde sich die Diskussion über Alternativen nach wie vor lohnen. In der Buchreihe Forschung der Hans-Böckler-Stiftung sind zwei Bände erschienen, die

sich mit einer Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung auseinandersetzen: Um eine solide Finanzierungsbasis und die Beseitigung verteilungspolitischer Widersprüche geht es in „Modelle einer integrierten Krankenversicherung“ (Hg. Martin Albrecht, Wilhelm F. Schröder, Stephanie Sehlen, ISBN 3-8360-8673-5, 15,90 Euro). Die zweite Veröffentlichung befasst sich mit „Finanzierungsalternativen der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (Anita B. Pfaff et. al., ISBN 3-8360-8676-X, 21,90 Euro). Die AutorInnen zeigen die fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkungen der Reformansätze auf. •

[www.edition-sigma.de](http://www.edition-sigma.de)

## interregio

••• Die **Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)** Hessen plant eine **Untersuchung** der sozialen Lage von JournalistInnen in Hessen. Anlass ist die Zunahme von prekären redaktionellen Arbeitsverhältnissen. Neueinstellungen geschähen nur noch unterhalb bisheriger tariflicher Standards, so der hessische dju-Geschäftsführer

Manfred Moos. Auch die Lage der freien JournalistInnen sei schlecht, da die hessischen Zeitungsverleger sich weigerten, bundesweite Tarifregelungen zu übernehmen.

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** hat zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit den Ländern Berlin und Brandenburg und weiteren Wirtschafts- und Sozialpartnern ein **EU-Koordinierungsbüro** eingerichtet. Die Aufgabe des Koordinierungsbüros besteht in der Informationsvermittlung und dem Erfahrungsaustausch der Länder und der EU-Ebene zur Vergabe der europäischen Fördermittel. Dazu wurde ein Internet-Portal eingerichtet und ein Newsletter konzipiert. Im Januar 2007 hat die neue Förderperiode der europäischen Struktur-

beginnen, in der europäische Länder und Regionen finanzielle Mittel der Europäischen Kommission in Anspruch nehmen können. Der DGB hat sich für einen sinnvollen Einsatz der Fördermittel ausgesprochen. Ziel müsse die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und von Innovationen sein, um dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. [www.kbs-dgb.de](http://www.kbs-dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Mitgliederentwicklung

## Rückgang weiter verlangsamt

2006 hat sich der Mitgliederrückgang in den Gewerkschaften erneut verlangsamt. Das Minus lag bei 193 000 Mitgliedern. In wichtigen Bereichen konnten die Gewerkschaften sogar zulegen.

Auch wenn keine Gewerkschaft einen echten Mitgliederzuwachs erzielen konnte, fiel der Rückgang 2006 in sechs der acht DGB-Gewerkschaften geringer aus als im Jahr zuvor. Nur bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und bei TRANSNET ist der Mitgliederverlust wegen der restriktiven Einstellungspolitik der Länder bzw. wegen des Personalabbaus bei der Bahn leicht gestiegen. Dennoch lag der Mitgliederrückgang der GdP mit 2,3 Prozent 2006 erneut unterhalb des Durchschnitts aller DGB-Gewerkschaften (-2,8 Prozent). Bei TRANSNET war der Rückgang mit 10 972 Mitglieder geringer als im Schnitt der vergangenen vier Jahre (-12 000).

Den geringsten Mitgliederrückgang – absolut und prozentual – hatte im vergangenen Jahr die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie gewann in neun ihrer zehn westdeutschen Landesverbände sogar Mitglieder hinzu. Insgesamt verlor die GEW allerdings 2124 Mitglieder (-0,8 Prozent) wegen der negativen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern – dort werden aufgrund des bereits spürbaren Bevölkerungsrückgangs zunehmend Schulen und Kindertagesstätten geschlossen.

Größere Konsolidierungserfolge konnten 2006 auch die IG Metall und die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) erzielen. Bei der IG Metall sank der Mitgliederrückgang auf 1,8 Prozent. 2003 musste sie noch ein Minus von 4,5 Prozent hinnehmen. Am erfolgreichsten waren die Bezirke Bayern und Nordrhein-Westfalen: Etliche Verwaltungsstellen konnten dort ein echtes Plus bei der Mitgliederentwicklung melden. Zudem ist es der IG Metall gelungen, bei wichtigen

Mitgliedsgruppen zuzulegen. So stieg zum Beispiel im Bezirk Bayern die Zahl der erwerbstätigen Mitglieder in den vergangenen zwei Jahren von 248 300 auf 249 600. Auch bei den Frauen und bei der Jugend gab es Zuwächse.

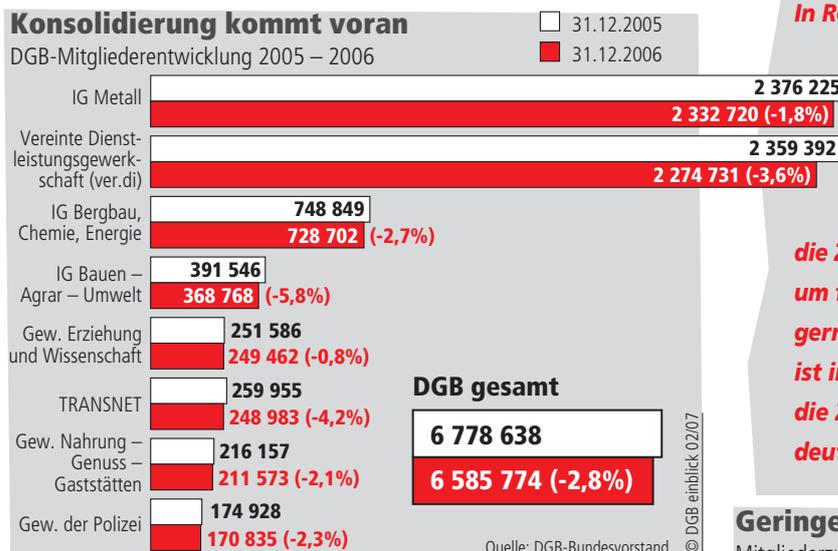
Bei der NGG ging der Mitglieder-rückgang ebenfalls deutlich zurück, er sank im vergangenen Jahr von 4,1 Prozent auf 2,1 Prozent. Auch

zung von Kampagnen unterstützt, wenn die notwendigen Ressourcen vor Ort fehlen. Zudem hat die Gewerkschaft ihre Verwaltungsabläufe gestrafft, um Mittel für die Mitgliederbetreuung frei zu bekommen, und ein Service-Telefon für potenzielle Mitglieder eingerichtet.

Die GEW hat zwei Millionen aus dem Arbeitskampffonds bereitgestellt, mit denen Projekte der Landesverbände kofinanziert werden. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde dadurch die Präsenz an den Pädagogischen

### Konsolidierung kommt voran

DGB-Mitgliederentwicklung 2005 – 2006



**2006 lag der Mitgliederrückgang der acht DGB-Gewerkschaften erneut unter dem Vorjahresniveau. Den geringsten Rückgang – absolut und prozentual – gibt es bei der GEW. Sie verlor 2006 lediglich 2124 Mitglieder (-0,8 Prozent).**

bei der IG BAU (-5,8 Prozent), der IG BCE (-2,7 Prozent) und ver.di (-3,6 Prozent) war der Mitglieder-rückgang 2006 geringer als in den beiden Jahren zuvor.

Die positiven Trends in der Mitgliederentwicklung sind keine Einzelfälle, sondern das Ergebnis einer Vielzahl unterschiedlicher, auf die einzelnen Branchen zugeschnittener, langfristiger Strategien zur Mitglieder-gewinnung. So gibt es zum Beispiel in der NGG seit Mai 2005 ein mobiles Werbeteam, das die Regionen punktuell bei der Planung und Umset-

zung von Kampagnen unterstützt, wenn die notwendigen Ressourcen vor Ort fehlen. Zudem hat die Gewerkschaft ihre Verwaltungsabläufe gestrafft, um Mittel für die Mitgliederbetreuung frei zu bekommen, und ein Service-Telefon für potenzielle Mitglieder eingerichtet. Die GEW hat zwei Millionen aus dem Arbeitskampffonds bereitgestellt, mit denen Projekte der Landesverbände kofinanziert werden. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde dadurch die Präsenz an den Pädagogischen

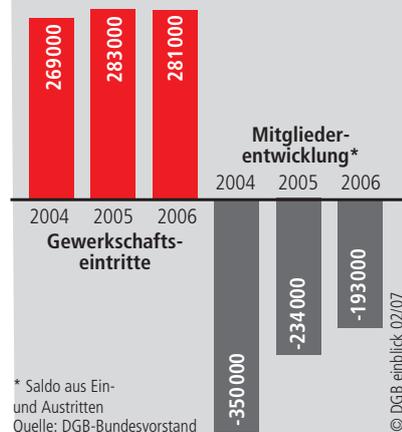
## Wachsende Bindekraft

281 340 ArbeitnehmerInnen sind im vergangenen Jahr einer der acht DGB-Gewerkschaften beigetreten, mehr als jeder anderen politischen Organisation in Deutschland. Die meisten neuen Mitglieder konnten ver.di (108 599) und die IG Metall (91 938) gewinnen. Allerdings musste ver.di wegen der noch nicht erreichten Bindekraft ihrer Vorläuferorganisationen 2006 erneut höhere Mitgliedsverluste hinnehmen als die IG Metall. In Relation zur Mitglieder-

zahl war die NGG mit 16 767 neuen Mitgliedern am erfolgreichsten. Gegenüber 2005 konnte sie die Zahl ihrer Neuaufnahmen um fast 2000 Mitglieder steigern (12,5 Prozent). Zudem ist in allen Gewerkschaften die Zahl der Austritte deutlich zurückgegangen.

## Geringere Verluste

Mitgliederzuwächse und -verluste der DGB-Gewerkschaften 2004 – 2006



**Der Mitgliederrückgang der Gewerkschaften hat sich im vergangenen Jahr erneut abgeschwächt. Während der DGB 2004 noch einen Verlust von 350 000 Mitgliedern hinnehmen musste, lag das Minus 2006 nur noch bei 193 000.**

## kurz & bündig



**Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat sich für eine strikte**

**Trennung militärischer und polizeilicher Aufgaben bei Auslandseinsätzen ausgesprochen. Die US-Linie in Afghanistan, die Polizei „quasi paramilitärisch“ einzusetzen, sei inakzeptabel. Unter diesen Voraussetzungen dürfe kein größeres deutsches Polizeikontingent entsandt werden.**



**Die GEW kritisiert die von der KMK und dem Bundesbildungsminister**

**gezogenen Schlussfolgerungen aus dem ersten nationalen Bildungsbericht als „unverbindlich und banal“. Eine kritische Bilanz sei von den Auftraggebern nicht gewünscht. Die GEW sieht ihre Befürchtungen bestätigt, dass der Bericht nur der Beruhigung der Öffentlichkeit dienen soll.**



**ver.di hat gemeinsam mit dem bankenkritischen Netzwerk**

**„Bankwatch“ mit Aktionen in London, Bukarest und Berlin erfolgreich gegen eine Kreditvergabe durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an den Schwarz-Konzern (Lidl) demonstriert. Der Konzern habe besonders in Osteuropa gegen Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz verstoßen.**



**TRANSNET und GDBA planen über 50**

**„Tarif-Dialoge“, um die Vorstellungen der Basis zu anstehenden Tarifverhandlungen abzufragen. Anschließend werden die Tarifkommissionen konkrete Forderungspakete beschließen.**

## Rente mit 67

### Protest geht weiter

Der Protest der Gewerkschaften gegen die geplante Rente mit 67 ist in den Betrieben angekommen: Bundesweit demonstrierten zum Beispiel weit über hunderttausend MetallerInnen Ende Januar gegen die Erhöhung des Rentenalters. In der bayerischen Metall- und Elektroindustrie legten rund 20 000 Beschäftigte für eine Stunde die Arbeit nieder, und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte sich im Braunschweiger VW-Werk in der Nachtschicht ans Band, um sich davon zu überzeugen, dass



ein Bandarbeiter nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten kann.

In diesem Monat werden DGB und Gewerkschaften den Protest ins „politische Berlin“ tragen. Geplant sind diverse Aktionen anlässlich der Anhörung zur Rente mit 67 am 26. Februar im Bundestag. Kolleginnen und Kollegen werden in typischer Arbeitskleidung als Zu-

**Mit neuen Plakatmotiven macht der DGB gegen die Rente mit 67 mobil. Tenor: „Rente mit 67 ist Betrug am Leben.“**

schaauer an der Anhörung teilnehmen. In der Nähe des Reichstags werden sich danach in einem

Aktionszelt bei einer „Anhörung verkehrt“ Betriebs- und Personalräte sowie betroffene ArbeitnehmerInnen zu Wort melden.

Infos zu den geplanten Aktionen zur Bundestagsanhörung und den Alternativen zur Rente mit 67 gibt es auf der Kampagnen-Homepage des DGB. ●

[www.das-geht-besser.dgb.de](http://www.das-geht-besser.dgb.de)

## EU-Grünbuch Arbeitsrecht

### Diskussion über „Flexicurity“

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht auf europäischer Ebene ein gewerkschaftliches Kernthema auf der Agenda: Im November hat die EU-Kommission ihr Grünbuch zum Arbeitsrecht vorgelegt, jetzt läuft der Konsultationsprozess an. Die Mitgliedsstaaten sind zu einer Stellungnahme aufgefordert, auch die Sozialpartner werden sich an der Diskussion beteiligen.

Ein Element des Grünbuchs mit dem Titel „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ ist die so genannte „Flexicurity“ – also die Verbindung von größerer Flexibilität auf den europäischen Arbeitsmärkten mit sozialer Sicherung der ArbeitnehmerInnen. Wie hoch dieses Sicherheitsniveau künftig sein soll, wird im Konsultationsprozess zwischen Kommission und Sozialpartnern eine der kontroversten Fragen sein.

Der DGB wird sich mit einer Tagung am 13. Februar in Berlin in die Diskussion einbringen. Auf Einladung des DGB-Bundesvorstands werden VertreterInnen von

Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik über die Risiken sprechen, die die Veränderung geltender arbeitsrechtlicher Normen mit sich bringen könnte.

Möglichen Änderungsbedarf hat die EU-Kommission selbst im Grünbuch in insgesamt 14 Punkten ausgemacht – von Regelungen zu grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnissen bis zu Vorschlägen zu einem flexibleren Kündigungsschutz.

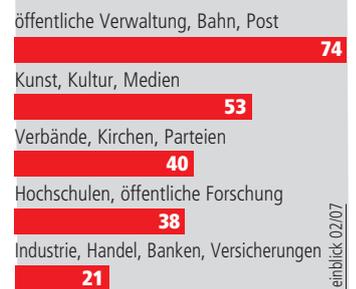
Wie sich die Kommission diese Veränderungen vorstellt, zeigt etwa das Thema Arbeitszeit. Noch immer ist die Kontroverse über eine Novellierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie nicht beigelegt. Ganz bewusst hat die Kommission deshalb die Frage der Organisation der Arbeitszeit mit ins Grünbuch aufgenommen und will nach „Mindestanforderungen“ suchen, die zu „mehr Flexibilität für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer führen“. Ob das etwa zu einer Aufweichung der deutschen Arbeitszeitregelungen führt, werden die nächsten Monate zeigen: Der Abschluss des Konsultationsprozesses ist für März angesetzt, Bundesar-

beitsminister Franz Müntefering (SPD) rechnet allerdings erst ab Juni mit weiteren konkreten Vorschlägen der Kommission. ●

DGB-Veranstaltung zum EU-Grünbuch Arbeitsrecht, 13. Februar, Berlin, Landesvertretung des Saarlandes, Infos und Anmeldung: [helga.jahn@dgb.de](mailto:helga.jahn@dgb.de)

### Oft ohne Bezahlung

Anteil der Praktika ohne Vergütung (in Prozent)



Quelle: DGB-Jugend, Studie „Generation Praktikum“

**Fast jedes zweite Praktikum in Deutschland (47 Prozent) ist unbezahlt – in manchen Branchen arbeiten sogar drei Viertel der Praktikanten ohne Vergütung. So ein Ergebnis der ersten empirischen Studie zur „Generation Praktikum“, die die DGB-Jugend in Kooperation mit der Freien Universität Berlin und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat.**

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

## Von der Erziehungs- in die Pflegefalle?

Bei der anstehenden Pflegereform soll die ambulante Pflege gestärkt werden. Doch das darf nicht zu Lasten der pflegenden, zumeist weiblichen Angehörigen gehen, meint DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

In der Diskussion zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie stand bislang die Kindererziehung im Vordergrund. In einer älter werdenden Gesellschaft gewinnt aber auch die Vereinbarkeit für Beschäftigte mit Pflegeaufgaben zunehmend an Bedeutung. Die Pflegebedürftigkeit von Angehörigen ist mit gravierenden Veränderungen für die gesamte Familie verbunden. Die Angehörigen müssen ihren Tagesablauf neu planen, um den Alltag der Pflegebedürftigen organisieren zu können. **Eine längerfristige Freistellung analog der Elternzeit mit Wiedereinstiegsgarantie greift für pflegende Angehörige nicht.** Eine solche Regelung widerspräche den Interessen erwerbstätiger Frauen, den Wünschen von vielen Pflegebedürftigen und wird vor allem der Problemlage nicht gerecht.

Pflege ist nicht planbar – weder in ihrer Dauer noch in ihrem Verlauf. Pflegebedürftigkeit kann durch Unfall, Krankheit oder altersbedingt entstehen. Oft beginnt Pflege mit geringem Aufwand, der sich bis zu einer extremen Abhängigkeit rund um die Uhr steigern kann. Die durchschnittliche Pflegedauer beträgt acht Jahre.

Von den derzeit 2 Millionen Pflegebedürftigen werden 1,4 Millionen in Privathaushalten gepflegt. Meist sind es Frauen, die diese schwierige Rolle übernehmen. Die Pflege von Angehörigen hat oft keinen Bezug zum erlernten Beruf oder der Ausbildung, und eine längerfristige Freistellung bedeutet in vielen Fällen das sichere Ende der eigenen Erwerbsbiographie. Außerdem ist die Pflege psychische und physische Dauerbelastung, die häufig im Zeitverlauf zunimmt und nicht selten mit der Sterbebegleitung endet. Diese Belastung kann nur durch ausreichende professionelle Begleitung und Unterstützung verringert werden. **Auch deshalb ist der Ausbau professioneller Dienstleistungen erforderlich.**

Alle Studien belegen, dass die Pflege von Angehörigen insbesondere in der häuslichen Pflege künftig zunehmen wird. Während sich die Anzahl der zukünftig Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 auf 3,4 Millionen erhöhen soll, verringert sich die Anzahl derer, die diese Aufgabe im familiären Rahmen übernehmen könnten. Familienangehörige wollen

zwar Verantwortung für ihre Pflegebedürftigen übernehmen, aber dafür ihre Erwerbsarbeit nicht aufgeben und können es vielfach aus existenzieller Notwendigkeit heraus auch nicht. Außerdem ist für pflegende Angehörige auch der Außenkontakt durch den Beruf wichtig.

Zweifelsohne entspricht es überwiegend dem Wunsch älterer Menschen, im Bedarfsfall in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt zu werden. Dies



**Ingrid Sehrbrock, 58, ist seit Mai 2006 stellvertretende DGB-Vorsitzende und unter anderem für den Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik zuständig.**

trägt zum Erhalt der Lebensqualität bei. Das bedeutet aber nicht, dass sie unbedingt von ihren Familienangehörigen gepflegt werden wollen.

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Problemlage strebt der DGB Regelungen an, die den **Erhalt des Arbeitsplatzes sichern und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglichen.** Eine Parallelität von Beruf und Pflege erfordert bessere Arbeitszeitregelungen und ein ausreichendes Angebot an professionellen Dienstleistungen. Der DGB fordert einen Rechtsanspruch auf kurzzeitige und -fristige Freistellungen, um den Pflegealltag zu organisieren. Außerdem ist ein Freistellungsanspruch für Notfälle und für die Begleitung des Sterbeprozesses erforderlich.

Pflegende Angehörige brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz greift in dieser Hinsicht zu kurz. So sind zum Beispiel mehrmonatige Ankündigungsfristen für pflegende Angehörige nicht einhaltbar. Wenn überhaupt eine gültige gesetzliche Regelung für ein Pflegezeitgesetz Pate stehen kann, dann ist es die Qualität des Rechtsanspruchs bei den Elternzeitregelungen.

Wenn die häusliche Pflege gestärkt werden soll, ist der Ausbau der professionellen Pflegedienste unabdingbar. **Gute Pflegedienstleistungen und gute Arbeitszeitregelungen müssen ein stimmiges Konzept ergeben.** Das muss in der anstehenden Pflegereform beachtet werden, sonst wird diese Reform zu Lasten der Angehörigen von Pflegebedürftigen, sprich zu Lasten von Frauen gehen. Und das wollen wir nicht. ●

## Pflegezeit

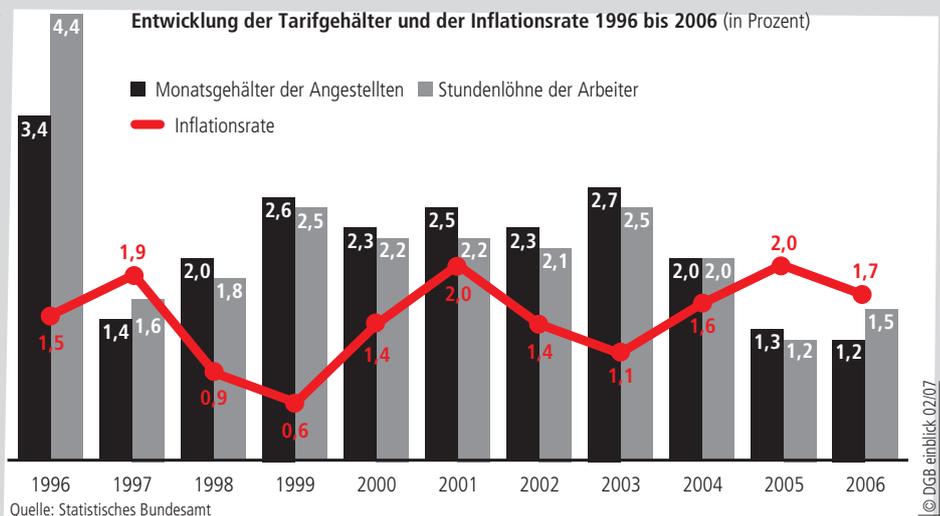
*Nach der Gesundheitsreform will die große Koalition den Umbau der gesetzlichen Pflegeversicherung in Angriff nehmen. Das Konzept werde vom Gesundheitsministerium in diesem Jahr in enger Abstimmung mit anderen Ressorts entworfen und dann an die Fraktionen weitergereicht, so Klaus Vater, Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums. Die Reform könne somit „zum 1. Januar 2008 oder kurz dahinter“ in Kraft treten.*

*Ein Ziel der Reform soll sein, die ambulante Pflege und damit die Versorgung zu Hause auszuweiten. Dazu wird nach Angaben aus Regierungskreisen die Einführung einer Pflegezeit erwogen. ArbeitnehmerInnen sollen danach künftig über einen längeren Zeitraum mit einem Rückkehrrecht von der Arbeit freigestellt werden oder Teilzeit arbeiten können, wenn sie Angehörige pflegen. Bereits Mitte 2006 hatte das Saarland einen Entschließungsantrag zur Einführung einer Pflegezeit in den Bundesrat eingebracht.*

**[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**  
*Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Positionen und Hintergründe, herausgegeben vom Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand (August 2006), als pdf-Datei zum Download*

### ARBEITNEHMEREINKOMMEN: 2006 erneut real weniger

2006 ist die Einkommensentwicklung der ArbeitnehmerInnen zum zweiten Mal in Folge hinter der Inflationsrate zurückgeblieben. Während die Verbraucherpreise um 1,7 Prozent stiegen, lag der Zuwachs bei den Angestellten nur bei 1,2 Prozent, bei den ArbeiterInnen bei 1,5 Prozent. In einzelnen Branchen waren die Tarifierhöhungen noch niedriger. Im Bergbau gab es lediglich 0,8 Prozent mehr, im Druckgewerbe 0,5 Prozent. Im öffentlichen Dienst (-0,2 Prozent) und im Baugewerbe (-0,8 Prozent) sind die Einkommen sogar nominal gesunken.



### personalien

- **Axel Brower-Rabinowitsch**, 62, zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn Redakteur der Nachrichtenagenturen dpa und AP, von 1976 bis 1983 zunächst Redakteur, dann Büroleiter der Hauptstadredaktion der *Bild-Zeitung* in Bonn, seitdem freier Journalist für Sozial- und Wirtschaftspolitik unter anderem für den *Deutschlandfunk* und die *Neue Osnabrücker Zeitung*, ist seit dem 22. Januar Leiter des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit des DGB.
- **Ingrid von Dahlen**, 60, seit 1997 zuständig für die Pflege des Internetauftritts des DGB-Bundesvorstands, davor Mitarbeiterin in der Grundsatzabteilung, geht nach über 40 Jahren hauptamtlicher Tä-

- tigkeit für die Gewerkschaften am 15. Februar in Altersteilzeit.
- **Jenny Huschke**, 31, Diplom-Pädagogin, ist seit dem 1. November 2006 Referatsleiterin im Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB. Zuvor war sie seit 1999 Teamerin in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit sowie von 2002 bis 2006 Koordinatorin eines XENOS-Projektes in Brandenburg.
- **Willi Dzielak**, 57, Bundesvorstandssekretär der IG BAU, geht am 1. März in Altersteilzeit. Seine Tätigkeit bei der Stiftung Berufshilfe und die Vertretung der IG BAU im Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung wird er fortführen. Seine Funktion als Bundesvorstandssekretär teilen sich

- Gregor Asshoff**, 43, Leiter der Abteilung Politik und Grundsatzfragen, und **Jörg Herpich**, 53, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation der IG BAU.
- **Markus Fuß**, 39, Vorstandsekretär der Gewerkschaft TRANSPORT, ist seit dem 1. Januar Leiter des Verbindungsbüros der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zur Bundesregierung.

- für Arbeit und Soziales, EQUAL-Fachkonferenz „Den demografischen Wandel in der Arbeitswelt gestalten“, Rheine/Westfalen
- 8.2.** Hans-Böckler-Stiftung und Deutsche Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung, Jahrestagung „Im Dickicht der Reformen“, Bonn
- 10./11.2.** IG BAU, Bundesjugendkonferenz, Steinbach/Taunus
- 12.-14.2.** ver.di-innotec, Open-Space-Veranstaltung „Innovatives Arbeiten im Betriebs- und Personalrat“, Gladenbach
- 12.-16.2.** DGB-Jugend, Workshop „G8, IWF, WB, WTO – wie hängt das alles zusammen? Und was hat das eigentlich mit mir zu tun?“, Hattingen
- 13.2.** DGB, Diskussion zum EU-Grünbuch Arbeitsrecht, Berlin
- 8.2.** Bundesministerium

### 14 TAGE

- 6./7.2.** Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Europäisches Gespräch, Brüssel
- 6.-23.2.** DGB Hamburg, Praxistage in Betrieben und Verwaltungen mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten, Hamburg
- 8.2.** Bundesministerium

### Schlusspunkt.

„Auch die evangelischen Krankenhäuser lassen ihre Wäsche in Polen waschen.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer am 26. Januar in einem einblick-Interview über Anspruch und Wirklichkeit in der Sozialpolitik

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Ausbildungspakt

## Praktika ohne Perspektive

Der Ausbildungspakt wirke – kaum hatten Wirtschaft, Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit (BA) Ende Januar diese positive Bilanz für 2006 gezogen, hagelte es massiv Kritik. Nicht nur von den Gewerkschaften. Das Einstiegsqualifizierungsjahr (EQJ), ein staatlich gefördertes Berufspraktikum für Jugendliche ohne Lehrstelle, eröffne ihnen nur selten den Weg in eine Ausbildung, bemängelte der Bundesrechnungshof.

Grundsätzlich nehmen renommierte BerufsbildungsforscherInnen, wie Martin Baethge und Heike Solga aus Göttingen, in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung den derzeitigen Zustand des Ausbildungsmarktes ([www.fes.de](http://www.fes.de)) ins Visier. Die duale Ausbildung sei in einer tiefen Krise und verliere ihre „dominante Position“. 2004 hätten nur noch 43 Prozent der Jugendlichen, die dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung standen, eine reguläre Ausbildung begonnen. Weitere 40 Prozent gingen in das Übergangssystem, in schulische und überbetriebliche Ersatzmaßnahmen wie das Berufsgrundschuljahr, sowie in Praktika. Für immer mehr Jugendliche gebe es aus diesem Übergangssystem

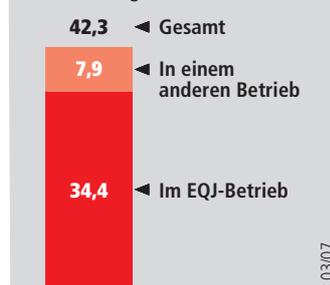
kaum ein Entkommen. Es führe zu „keinem beruflichen Abschluss“ und entlasse SchulabgängerInnen in die Unsicherheit. Besonders Haupt- und SonderschülerInnen, aber auch bereits 25 Prozent der RealschülerInnen, müssen in das Übergangssystem ausweichen. Selbst AbiturientInnen und AkademikerInnen nehmen bereits an EQJ-Maßnahmen teil. Die Studie warnt vor einer „Vertiefung der sozialen Spaltung“ sowie einem Mangel an Fachkräften in Deutschland und fordert eine grundlegende Überprüfung des Übergangssystems.

Die Schwäche des Berufsbildungssystems belegen auch aktuelle Zahlen. Offiziell suchten in Deutschland im Januar 2007 noch 17 500 Jugendliche einen Ausbildungsplatz – rechnet man die Altbewerber hinzu, sind es fast zehnmal so viele: 160 000. Nur noch ein Viertel der Betriebe bildet überhaupt aus, und im Westen ist die Zahl der regulären Lehrstellen 2006 erneut um drei Prozent gesunken.

Statt dessen boomen Ersatzmaßnahmen wie das EQJ, von den Partnern im Ausbildungspakt als „erfolgreiche Brücke in die Berufsausbildung“ gelobt. Dagegen stellt der Bundesrechnungshof fest, dass

### Ausbildungsplatz für knapp jeden Zweiten

Übernahmequote von TeilnehmerInnen an von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Betriebspraktika zur Einstiegsqualifizierung (EQJ) in ein Ausbildungsverhältnis (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Abfrage über den Verbleib der EQJ-TeilnehmerInnen in 20 ausgewählten Arbeitsagenturen, September 2005

© DGB einblick 03/07

**Staatlich geförderte Berufspraktika, das so genannte Einstiegsqualifizierungsjahr (EQJ), führen nur selten in eine Ausbildung. Nur jeder zweite Jugendliche erhält danach einen Ausbildungsplatz, der zu einem qualifizierten Berufsabschluss führt.**

die „Integrationserfolge in betriebliche Ausbildungsverhältnisse eher gering“ seien. Zudem würde die BA nur unzureichend kontrollieren, ob das EQJ ordnungsgemäß durchgeführt werde, beispielsweise Sozialabgaben für die Jugendlichen abgeführt und die Praktikumsentgelte überhaupt ausgezahlt würden.

Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ist es ein „Skandal, dass es offenbar Firmen gibt, die mit Hilfe des Förderinstrumentes der Einstiegsqualifizierung die Not der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz schamlos zu ihrem Vorteil ausnutzen“. Es beweise einmal mehr, dass die Wirtschaft ihrer Verantwortung für die duale Berufsausbildung nicht mehr gerecht werde und der Ausbildungspakt weitgehend versage. „Auch dieses Beispiel zeigt: Ohne Ausbildungsumlage geht es nicht“.

### Seite 3

**Beobachten reicht nicht**  
**Die Vereinbarung der G7-Finanzminister, Hedge-Fonds künftig genauer unter die Lupe zu nehmen, reicht bei weitem nicht. Meint DGB-Vorstand Claus Matecki im einblick-Interview**

### Seite 5

**Miniförderung reicht nicht aus**  
**Die Koalition will das Bildungssparen fördern. Wer wenig verdient oder keine Berufsausbildung hat, wird davon nicht profitieren**

### Seite 7

**Mehr Gerechtigkeit durch Kapitalpartnerschaft**  
**Die Gewerkschaften sehen den Investivlohn kritisch. CDA-Vize Gerald Weiß begründet, warum er trotzdem für die Beschäftigten attraktiv sein könnte**

## plusminusBERLIN

**+ Friedbert Pflüger, Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU, hat seine Partei vor einem „Rütteln am Atomausstieg“ gewarnt. Das Problem der Endlagerung und des Restrisikos technischer Unfälle sei zu groß.**

**- FDP-Generalsekretär Dirk Niebel hat einen Verzicht auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer gefordert. Vermögende würden dann weniger Kapital in Ländern mit niedrigerer Erbschaftssteuer investieren.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.soziale-arbeit-ist-mehr-wert.verdi.de](http://www.soziale-arbeit-ist-mehr-wert.verdi.de)  
Initiative der Gewerkschaft ver.di zur Aufwertung der Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
WSI-Tarifbericht 2006

# Sie studiert! Wir zahlen.



→ **Wir fördern junge Frauen und Männer, deren Eltern kein Studium finanzieren können. Sie bekommen von uns ein Stipendium, das sie nicht zurückzahlen müssen. Das ist unser Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung.**

→ **Infos: [www.boeckler.de/stipendium](http://www.boeckler.de/stipendium)**

**Böckler-Aktion Bildung: Mut machen. Perspektiven schaffen**

**Hans Böckler Stiftung**

einblick <sup>3/07</sup>

## POLITIK

Altersteilzeit

### DGB begrüßt SPD-Vorstoß

Innerhalb der SPD-Fraktion mehren sich die Stimmen, die die staatliche Förderung zur Altersteilzeit nicht, wie im Gesetzentwurf zur Rente mit 67 geplant, 2009 auslaufen lassen wollen. Verschiedene Parlamentarier haben bereits angekündigt, einen entsprechenden Entschließungsantrag in den Bundestag einzubringen.

SPD-Rentenexperte Anton Schaaf etwa fordert, am geltenden Altersteilzeitgesetz festzuhalten und es an das geplante höhere Renteneintrittsalter von 67 Jahren anzupassen. Auch der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Brandner, sieht weiter eine Notwendigkeit für staatliche Zuschüsse. Ältere Beschäftigte müssten auch künftig die Chance auf einen gleitenden Übergang in den Ruhestand haben – auch mit finanziellen Hilfen von Bund und Bundesagentur für Arbeit.

DGB-Vorstand Annelie Buntenbach begrüßt den Vorstoß. Aus Sicht des DGB müsse die Altersteilzeit

als „Mittel der Generationensolidarität“ weiterentwickelt werden. Dafür sei eine ausreichende Förderung unabdingbar. Gleichzeitig warnte Buntenbach aber davor, die notwendigen flexiblen Regelungen für den Übergang in den Ruhestand durch ein höheres Renteneintrittsalter zu erschweren. Die Rente mit 67 müsse gestoppt werden. Die große Koalition solle stattdessen ein „Gesamtkonzept für Beschäftigung, Flexibilität und Sicherheit im Alter“ entwickeln. •



**Altes Motiv, neuer Slogan: „Oma und Opa gehören mir!“ – nicht nur samstags. Mehr zu den Aktionen des DGB gegen die Rente mit 67 auf Seite 6.**

Arbeitsmarkt

### Europäer willkommen

ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Staaten genießen in Deutschland eine hohe Akzeptanz, das belegt eine repräsentative Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). 64 Prozent aller Befragten halten es für gerecht, dass ArbeitnehmerInnen aus einem anderen Mitgliedsstaat in Deutschland arbeiten dürfen. Kommen die ArbeitnehmerInnen aus einem EU-Land, das wie zum Beispiel Frankreich über einen gleich hohen Lebensstandard wie Deutschland verfügt, liegt die Zustimmung sogar bei 74 Prozent. Generell steigt die Zustimmung mit dem eigenen Bildungsabschluss.

Aber selbst bei ArbeitnehmerInnen, die nur eine betriebliche Ausbildung haben und deshalb am ehesten befürchten müssen, durch Arbeitskräfte aus einem anderen EU-Land aus dem Job verdrängt zu werden, sieht die Mehrheit (56 Prozent) die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU positiv.

Trotz der EU-freundlichen Grundeinstellung würden die meisten Deutschen (74 Prozent) allerdings eher eine deutsche als zum Beispiel eine polnische Firma beauftragen, wenn sie privat Handwerksleistungen vergeben sollen. Das ändert sich erst, wenn die polnische Firma deutlich billiger ist. Liegt die Differenz bei 50 Prozent, würde sogar die Hälfte der Befragten (53 Prozent), die die Arbeitnehmerfreizügigkeit kritisch bewerten, eine polnische Firma bevorzugen. •

DGB-Vorstand Claus Matecki im Interview

## Arbeitnehmer brauchen Vetorecht

Finanz- und steuerpolitische Themen stehen in den nächsten Monaten ganz oben auf der politischen Agenda. Einblick sprach mit DGB-Vorstand Claus Matecki über die anstehende Unternehmenssteuerreform und die Regulierung von Hedge-Fonds.

■ Der Referentenentwurf zur Unternehmenssteuerreform liegt jetzt vor. Die Bundesregierung rechnet mit Steuermindereinnahmen von rund fünf Milliarden Euro, der DGB sogar mit zehn Milliarden.

■ Steinbrück selbst sagt, im ersten Jahr seien fünf Milliarden nicht gegenfinanziert, im zweiten vielleicht sieben, aber langfristig sei die Rechnung ausgeglichen. Das ist bei Herrn Steinbrück aber aus meiner Sicht eher eine Frage des Glaubens als eine des Wissens.

■ Sieht der DGB in der Reform denn gar keine positiven Aspekte?

■ Doch. Grundsätzliche Zustimmung haben wir etwa bei der Ausweitung der Bemessungsgrenze für die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist ungemein wichtig, um vor Ort Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Grundsätzlich aber gilt: Die Gewerkschaften stellen bei Vorhaben wie der Unternehmenssteuerreform immer die Frage: Ist das gerecht? Man kann nicht mit dem Verweis auf Haushaltszwänge den Leuten in die Tasche greifen und gleichzeitig Unternehmen entlasten. Das empfinden die Menschen als wenig glaubwürdig, und verteilungspolitisch ist es ungerecht.

■ Die Bundesregierung will mit der Unternehmenssteuerreform die Position deutscher Unternehmen im „brutalen Steuerwettbewerb in der EU“ verbessern. Sieht es für die deutschen Unternehmen wirklich so schlecht aus?

■ Eindeutig nicht. Nicht der Eingangsteuersatz ist entscheidend, sondern die Höhe der tatsächlich gezahlten Steuern – und da liegen wir innerhalb der EU am unteren Ende. Die Frage muss lauten: Was ist notwendig, was ist leistbar. Und das heißt für die deutschen Unter-

nehmen: Sie können mehr aufbringen als zurzeit.

Im Übrigen macht es wenig Sinn, in der EU in einen Steuersenkungswettbewerb einzutreten. Die niedrigen Steuersätze etwa in den neuen EU-Ländern werden sich bald negativ auf deren Entwicklung auswirken. Sie nehmen sich mit den niedrigen Steuern die Chance, notwendige Infrastrukturmaßnahmen aufzulegen. Aus Tschechien und Ungarn gibt es inzwischen Signale, die Unternehmenssteuer wieder anzuheben, weil sie genau dieses Problem erkannt haben.

■ Inwiefern ist es notwendig, die Unternehmenssteuern in der EU zu harmonisieren?

■ Wir können nicht sagen: Der Steuersatz muss europaweit überall gleich sein – das muss in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder stehen. Die Frage muss sein: Was ist in den einzelnen Ländern notwendig, um Infrastrukturmaßnahmen und Daseinsvorsorge abzusichern? Harmonisierung muss also heißen, die Steuersätze in den jeweiligen Ländern an diesen gemeinsamen Zielen zu orientieren.

■ Im Bereich Private Equity gab es im letzten Jahr erste Erfolge für gewerkschaftliche Positionen. DGB und andere Verbände haben etwa bei den REITs, den privaten Immobilienfonds, erfolgreich auf eine Änderung des entsprechenden Gesetz-



Claus Matecki, 57, wurde im Mai 2006 in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt und ist dort unter anderem für die Bereiche Wirtschafts- und Finanzpolitik, Struktur- und Regionalpolitik sowie für Finanzen des DGB zuständig.

entwurfs gedrängt. Setzt sich in der Bundesregierung langsam die Erkenntnis durch, dass man den Private Equity-Bereich regulieren muss?

■ Beim Gesetzentwurf zu REITs sollten zunächst auch Wohnimmobilien den privaten Immobilienfonds zugänglich gemacht werden. Das konnten wir verhindern, weil es in diesem Punkt fraktionsübergreifend Vorbehalte gab – vor allem bei Kollegen aus der SPD. Die Diskussion um Private Equity erinnert mich ansonsten an die um die so genannte New Economy vor einigen Jahren: ein aufgeblasenes System, hinter dem keine echte Wirtschaftskraft steckt – und irgendwann bricht das Ganze in sich zusammen. Diese Befürchtung habe ich auch im Bereich Private Equity und Hedge-Fonds. Wir stellen häufig fest: Unternehmen werden gekauft, filetiert, die Mitarbeiter werden zum Lohnverzicht gezwungen, Arbeitsbedingungen werden verschlechtert, mit Schulden finanzierte Übernahmen und kurzfristige Renditeziele gefährden Unternehmen in ihrer Substanz. Kurz: Für die Menschen in den Unternehmen hat das System keine Vorteile. Deswegen muss hier regulierend eingegriffen werden.

■ Auf dem G7-Finanzministertref-

fen wurde auf Initiative von Peer Steinbrück vereinbart, die bislang weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit operierenden Hedge-Fonds genauer unter die Lupe zu nehmen. Reicht das aus?

■ Sicherlich nicht. Die jetzt getroffenen Vereinbarungen der G7 entsprechen nicht mal unseren minimalen Anforderungen. Das ganze System Private Equity muss viel transparenter werden, denn hier sind Arbeitsplätze bedroht. Die Bundesregierung hat angekündigt, die deutsche G8-Präsidentschaft zu nutzen, um die Regulierung der Private Equity-Märkte international anzuschieben. Das ist vom Grundsatz her gut, wenn dieser Vorstoß die Interessen der Beschäftigten im Auge behält und konkretere Regelungen als bisher vereinbart werden. Es kann auch ein Vorteil sein, wenn eine solche Initiative von Deutschland ausgeht – weil wir dann ein Wort mitzureden haben.

■ Was fordern die Gewerkschaften?

■ Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für eine bessere Regulierung und Kontrolle der Hedge-Fonds eintritt. So sollte die Kreditvergabe heimischer Banken an Hedge-Fonds an Mindestbedingungen wie eine umfangreiche Mindesteigenkapitalausstattung, eine Offenlegung ihrer Beteiligungen sowie ihrer Geschäftspolitik geknüpft werden. Um spekulativ getriebene Firmenzerschlagungen zu verhindern, brauchen wir ein Vetorecht der Arbeitnehmerbank in den Aufsichtsräten bei Übernahmen und zentralen Restrukturierungen. ●

### Unternehmenssteuerreform: Der Fahrplan

Seit dem 6. Februar ist der von der Bund-Länder-Gruppe von Union und SPD unter Leitung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) erarbeitete Referentenentwurf zur Reform öffentlich, am 14. März soll das Bundeskabinett den Gesetzentwurf beschließen. Spätestens bis zur Sommerpause des Bundestags, also bis zum 6. Juli 2007, soll die Reform das Parlament passieren und dann zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Die Langfassung des Interviews mit den zusätzlichen Themen Mindestlohn und Finanzsituation des DGB online: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Böckler-Stipendien

### Talente ermutigen

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) will mehr begabte junge Menschen aus ärmeren Familien zu einem Studium ermutigen. Dazu stockt sie ihr Stipendienprogramm deutlich auf. Die Stiftung, die bisher vor allem Studierende mit Berufserfahrung gefördert hat, wendet sich nun auch direkt an Abiturienten, Fachabiturienten und Schülerinnen und Schüler kurz vor dem Abschluss. Damit will die HBS auf die soziale Ungleichheit beim Hochschulzugang reagieren. Derzeit verschickt die HBS zehntausende Plakate und Flyer an Schulen in ganz Deutschland. Sie informieren unter dem Slogan „Du studierst, wir zahlen“ über das neue Angebot. Infos und Bewerbungsunterlagen gibt es im Internet. • [www.boeckler.delstipendium](http://www.boeckler.delstipendium)

## Arbeitspapier

### Soziales Europa?

Ein Element des Lissabon-Prozesses in der EU ist die Sozialentwicklung. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung haben die Gesellschaftswissenschaftler Jochen Schulz zur Wiesch und Jeppe Fisker Jörgensen die aktuelle Situation untersucht. Dabei zogen sie u.a. die Einkommensverteilung und soziale Sicherung, Bildungschancen und Arbeitsmarktsituation verschiedener europäischer Länder vergleichend heran. Ihre – zum Teil ernüchternden – Ergebnisse sind als Arbeitspapier 131 der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel „Wie sozial ist Europa?“ erschienen. Erhältlich unter der Bestellnummer 11131 zum Preis von 12 Euro. •

Der Setzkasten, Tel. 0211/40 80 09 00, [mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de)

## Seminarprogramm

### Bildung kompakt

Im Doppelpack haben DGB-Bildungswerk und IQ-Consult ihre Jahresbildungsprogramme für 2007 im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes „Equal“ veröffentlicht. IQ-Consult verantwortet das Teilprojekt Interkulturelle Kompetenz und bietet

ein- bis dreitägige Trainings zu diesem Thema für Beschäftigte an. Das DGB-Bildungswerk wiederum bietet Seminare, Workshops, Tagungen und Fachgespräche zur Förderung der beruflichen Qualifizierung von MigrantInnen an. Beide Teilprojekte kooperieren mit dem DGB-Bildungszentrum Hattingen. •

[www.pro-qualifizierung.de](http://www.pro-qualifizierung.de)  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)  
[www.equal.de](http://www.equal.de), [www.intqua.de](http://www.intqua.de)

## interregio

••• „Mit Angies Geisterbahn in die Sackgasse“ ist das Motto einer **Protestaktion** der **Hamburger DGB-Gewerkschaften** am 23. Februar. Sie bildet den Abschluss einer Reihe betrieblicher Aktivitäten gegen die Rente mit 67, gegen die Gesundheitsreform und gegen Billiglöhne. Insbesondere die „Praxistage“ Hamburger Bun-

destagsabgeordneter der CDU und der SPD – auf einer Werft, bei der Stadtreinigung und bei einer Zeitungsdruckerei – sorgten für Aufmerksamkeit. „Angies Geisterbahn“ ist ein echtes Kooperationsprojekt: Die Gespenster wurden von IG Metall-Kollegen handgesägt, die Waggons von ver.di-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

### Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

#### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

## Miniförderung reicht nicht aus

398 Stunden bilden sich die Beschäftigten in Deutschland im Schnitt während ihres Berufslebens weiter. Zu wenig angesichts des rasanten technologischen Wandels. Noch in diesem Jahr will die Koalition deshalb ein Konzept zur Weiterbildungsförderung vorlegen. Geplant ist aber nur eine Miniförderung. Bildungsferne Schichten ohne Schul- und Berufsabschluss werden von ihr kaum profitieren.

Bei der Weiterbildung schneidet Deutschland schlecht ab. Nach OECD-Berechnungen nehmen nur 12 Prozent der 25- bis 64-Jährigen an beruflicher Weiterbildung teil. In Finnland sind es 36 Prozent, in Dänemark 39 Prozent und in Schweden 40 Prozent. Zudem ist der Zugang zu Weiterbildung ungleich verteilt. Zwei Drittel aller Erwerbstätigen, die über keine Berufsausbildung verfügen, haben sich noch nie weitergebildet. Dabei sind deren Arbeitsplätze durch den technologischen Wandel besonders bedroht. Denn Jobs für Ungelernte wird es bald kaum noch geben.

Wie das Weiterbildungskonzept, das Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) in Kürze präsentieren will, im Detail aussieht, steht noch nicht fest. Aber seine Konturen zeichnen sich bereits deutlich ab. Denn Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag zwar darauf verständigt, dass die berufliche Weiterbildung besser gefördert werden soll, aber die zusätzliche Förderung soll haushaltsneutral sein. Auf Deutsch: Die zusätzlichen Kosten sollen vor allem die ArbeitnehmerInnen aufbringen.

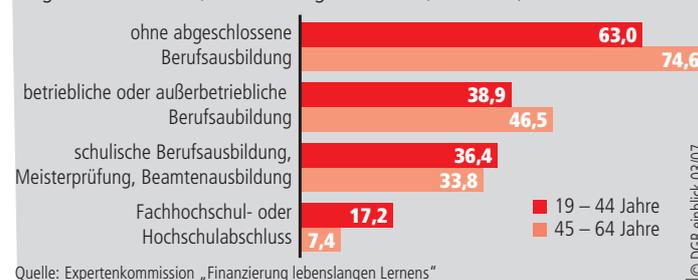
Schavan will ihr Konzept auf drei Elemente stützen, die bereits in einem in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegten Gutachten der „Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens“ enthalten sind: dem Bildungssparen, bei denen die ArbeitnehmerInnen über mehrere Jahre hinweg Geld für die spätere Weiterbildung zurücklegen, einem ergänzenden Bildungskredit, der zinsgünstige Darlehen für die Finanzierung längerfristiger Maßnahmen sicherstellen soll, und

einem eng begrenzten staatlichen Zuschuss als dritte Säule.

Zu den Details hat Schavan Ende Januar zwei neue Gutachten vorgestellt. Danach liegen die Weiterbildungskosten in gut der Hälfte aller Fälle unter 500 Euro. Bei weiteren 13 Prozent sind es

### Keine Berufsausbildung – keine Weiterbildung

Anteil der Bevölkerungsgruppen, die noch nie an einer Weiterbildung teilgenommen haben, nach Bildungsabschluss (in Prozent)



**Die Teilnahme an Weiterbildung ist in Deutschland stark vom Bildungsabschluss abhängig. 63 Prozent aller unter 45-Jährigen, die über keine Berufsausbildung verfügen, haben noch nie an einer Weiterbildung teilgenommen.**

zwischen 500 und 1000 Euro. Nur im restlichen Drittel müssen die TeilnehmerInnen mehr aufbringen. Die Gutachter schlagen deshalb vor, kein eigenes System für das Bildungssparen zu entwickeln. Stattdessen soll das Vermögensbildungsgesetz so verändert werden, dass die ArbeitnehmerInnen auch vor Ablauf der siebenjährigen Sperrfrist aus den bereits angesparten Beträgen Geld für Weiterbildung entnehmen können. Zudem soll eine Weiterbildungsprämie von maximal 154 Euro eingeführt werden. Die restlichen Kosten sollen die TeilnehmerInnen über ein zinsgünstiges Weiterbildungsdarlehen abdecken.

Ob das Drei-Säulenmodell aus Bildungssparen, Bildungskredit und beschränktem staatlichen Zuschuss reicht, um den massiven Weiterbildungsrückstand in Deutschland aufzuholen, ist umstritten. Das Bildungssparen, fürchten nicht nur die Gewerkschaften, führt auf ein Nebengleis. Denn zum einen können die Beschäftigten ihr Geld nur einmal ausgeben. „Wer immer mehr für die private Altersvorsorge zurücklegen muss, kann nicht gleichzeitig für die eigene Weiterbildung sparen“, warnt DGB-Vize Ingrid

Sehrbrock. In einer Stellungnahme zu den beiden Gutachten weist der DGB zudem darauf hin, dass gering Qualifizierte durch das Bildungssparen zusätzlich diskriminiert werden. „Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sind auch bei einer staatlichen Förderung nicht in der Lage, zusätzlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts für Bildung zu sparen.“ Der DGB fordert deshalb eine „wesentlich weitergehende Novellierung der gesamten beruflichen Weiterbildung“. Dazu gehört auch das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen im Erwachsenenalter. Immerhin leben in Deutschland vier Millionen Analphabeten.

Welche Forderungen sich daraus an die Politik ableiten, will der DGB auf einem gemeinsam mit der HBS organisierten Bildungspolitischen Forum am 11. und 12. Mai in Berlin diskutieren. ●

## Unternehmen in die Pflicht nehmen

**35 Milliarden Euro fließen pro Jahr in die berufliche Weiterbildung. 13,8 Milliarden Euro (39 %) bringen die TeilnehmerInnen selbst auf, 4,2 Milliarden Euro (12 %) kommen vom Staat. Die übrigen 16,7 Milliarden (48 %) tragen die Unternehmen. Ihr Anteil liegt real allerdings erheblich niedriger. Denn in die Bildungsinvestitionen der Unternehmen fließen allein sieben Milliarden Euro Personalausfallkosten ein. Zudem können sie sämtliche Weiterbildungskosten steuermildernd geltend machen. Trotzdem haben viele Unternehmen in den vergangenen Jahren ihre Weiterbildungsaktivitäten erheblich reduziert.**

**Die Gewerkschaften wollen das ändern. In einem Positionspapier fordern GEW, IG Metall und ver.di die Einrichtung branchenspezifischer Weiterbildungsfonds. In die sollen alle Unternehmen, auch die öffentlichen, abhängig von Umsatz oder Lohnsumme einzahlen. Die Fonds sollen der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen dienen, die nicht unmittelbar am eigenen Arbeitsplatz stattfinden. Teile der Fonds sollen benachteiligten Beschäftigtengruppen vorbehalten sein.**

**[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Impulse für die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung. Gemeinsames Positionspapier von GEW, IG Metall und ver.di**

## kurz&bündig



**Die GEW hat anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine Liste mit Europa-Links zusammengestellt. Der Online-Service umfasst Unterrichtsmaterialien sowie Links zu europäischen Organisationen und deutschen Einrichtungen mit Europa-Schwerpunkt.**  
[www.gew.de/Europa-Linksammlung\\_der\\_GEW.html](http://www.gew.de/Europa-Linksammlung_der_GEW.html)



**ver.di startet gemeinsam mit der Stiftung Männergesundheit und der Universität Ulm einen „Männer-TÜV“. In der Studie wird die berufliche Belastung männlicher Arbeitnehmer aus den Branchen Banken und Versicherungen, Einzelhandel sowie Ver- und Entsorgung untersucht. Erste Ergebnisse sollen Ende April vorgestellt werden.**



**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) will mit der Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ ein neues NDP-Verbotsverfahren anstoßen. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören etliche Bundes- und Landesvorstände von DGB und Gewerkschaften.**



**Die IG BAU hat sich anlässlich des Valentinstags für fair produzierte Blumen stark gemacht. Das Qualitätssiegel „Fair Flowers – Fair Plants“ garantiert Verbrauchern eine umweltschonende und faire Produktionsbedingungen in den Herkunftsländern – meist in Afrika und Südamerika.**  
[www.fairflowersfairplants.com](http://www.fairflowersfairplants.com)

## Bundesagentur für Arbeit

### 200 Millionen für Weiterbildung

Mit einem neuen Sonderprogramm fördert die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Qualifizierung von zwei Beschäftigtengruppen, an denen die betriebliche Weiterbildung bisher weitgehend vorbei gegangen ist. Für „Weiterbildung Geringqualifizierter sowie älterer Arbeitnehmer in Unternehmen“ (WeGebAU) werden in diesem Jahr 200 Millionen Euro aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt. Ein beträchtlicher Erfolg für den DGB – denn die Initiative zu dem Sonderprogramm ging von den gewerkschaftlichen VertreterInnen im Verwaltungsrat der BA aus.

Mit der Maßnahme reagiert die Bundesagentur auf die Versäumnisse von Politik und Wirtschaft der letzten Jahre: Die Auswirkungen des permanenten Ausbildungsplatzmangels zeigen sich inzwischen auch in der Arbeitswelt. Junge Menschen ohne Berufsausbildung sind, wenn überhaupt, als un-

gelernte Hilfskräfte tätig – die für sie dringend notwendige Weiterbildung bieten die Arbeitgeber in den seltensten Fällen an. Auch für ältere ArbeitnehmerInnen bleiben trotz der geplanten Rente mit 67 entsprechende Qualifizierungsangebote häufig aus.

Um die Situation zu verbessern, entlastet das Sonderprogramm Betriebe vorübergehend bei der

## Rente mit 67

### Alternative Anhörung

Anlässlich der Bundestagsanhörung zum geplanten Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze organisiert der DGB am 26. Februar in Berlin eine alternative Anhörung unter dem Motto „Rente mit 67: Im Namen des Volkes?“.

Das Programm steht: Um 13 Uhr eröffnet der DGB-Vorsitzende Mi-

chael Sommer im Maritim proArte Hotel (Friedrichstraße 151, Berlin-Mitte) die Veranstaltung, anschließend präsentieren GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und Betriebsräte Alternativen zur geplanten Reform – darunter der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Um 15 Uhr endet die DGB-Anhörung mit einem Schlusswort von DGB-Vorstand Annelie Buntentbach. •

chael Sommer im Maritim proArte Hotel (Friedrichstraße 151, Berlin-Mitte) die Veranstaltung, anschließend präsentieren GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und Betriebsräte Alternativen zur geplanten Reform – darunter der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Um 15 Uhr endet die DGB-Anhörung mit einem Schlusswort von DGB-Vorstand Annelie Buntentbach. •

Aktuelle Materialien und Infos zum 26. Februar: [www.das-geht-besser.dgb.de](http://www.das-geht-besser.dgb.de)

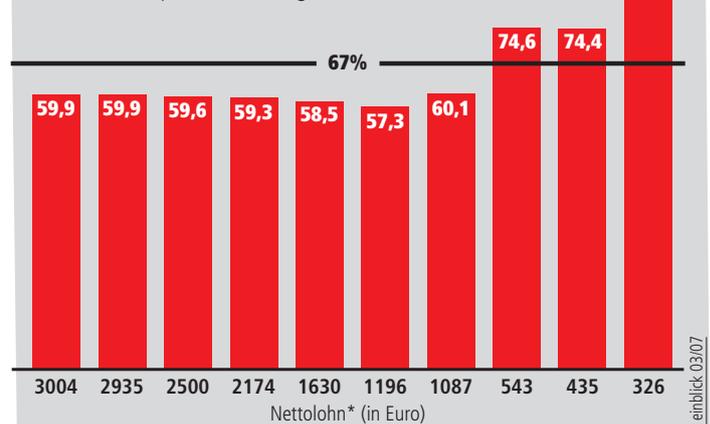
**Das neue Elterngeld fällt in der Regel niedriger aus und wird kürzer gezahlt als vom Bundesfamilienministerium dargestellt. Das zeigt eine Analyse der vom DGB herausgegebenen Fachzeitschrift Soziale Sicherheit. Im Schnitt gibt's nur 58 Prozent für 10 Monate statt bis zu einem Höchstbetrag von 1800 Euro 67 Prozent des Nettoverdienstes für 12 bzw. 14 Monate. Der Grund: Zum einen wird bei der Bemessungsgrundlage vom Nettoeinkommen die Werbungskosten-Pauschale in Höhe von 76,67 Euro monatlich abgezogen – selbst wenn keine Werbungskosten anfallen. Zum anderen werden Einmalzahlungen wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, Prämien sowie Nacht- und Spätzuschläge nicht berücksichtigt. Zudem fällt die Bezugsdauer des Elterngeldes in der Regel kürzer aus, weil das Mutterschaftsgeld, das der Mutter für zwei Monate zusteht, angerechnet wird. Damit setzt die neue Leistung erst zwei Monate später ein. „Spätestens, wenn die Evaluierung des Gesetzes in**

**2008 ansteht, muss nachgebessert werden – gerade im Hinblick auf den Einkommensbegriff“, fordert DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Zu den Neuregelungen in Sachen Elterngeld und Elternzeit hat der Bereich Arbeits- und Sozialrecht des DGB-Bundesvorstandes eine**

**umfassende Broschüre herausgegeben. Sie richtet sich insbesondere an haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen sowie Betriebs- und Personalräte und kostet einen Euro (plus Versandkosten). Bestellungen: [bestellservice@toennes-bestellservice.de](mailto:bestellservice@toennes-bestellservice.de)**

### Elterngeld: Zu viel versprochen

Nettolohnersatzquote des Elterngeldes (in Prozent)



\* einschließlich Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld)  
 Quelle: Soziale Sicherheit 1/2007, AiB-Verlag

Investivlohn

## Mehr Gerechtigkeit durch Kapitalpartnerschaft

Geht es nach den Spitzen der großen Koalition, der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, soll es schon bald in Deutschland einen flächendeckenden Investivlohn geben. WirtschaftswissenschaftlerInnen, Gewerkschaften und Journalisten sehen den Investivlohn kritisch (einblick 22/2006). CDA-Vize Gerald Weiß begründet, warum er trotzdem für die Beschäftigten attraktiv sein könnte.

Die CDA setzt sich seit Jahrzehnten für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein. Zwar ist es trotz vieler positiver Beispiele bisher nicht gelungen, der Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand flächendeckend zum Durchbruch zu verhelfen, **aber das könnte sich jetzt ändern**. Denn nach dem Bekenntnis des CDU-Parteitages Ende November zum Investivlohn hat auch die SPD das Thema entdeckt.

Deshalb müssen sich jetzt alle Interessierten auf die Detailfragen konzentrieren. Die Mitarbeiterbeteiligung kennt unterschiedliche Formen. Sie reicht von der Übertragung von Aktien auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zu eigentumsrechtlich geschützten Arbeitnehmerkrediten an das eigene Unternehmen. Welche Form soll gefördert werden? Zu klären ist zudem, wie die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziert werden soll. Denn eines ist klar: Man kann den Euro nicht zweimal verteilen. Was in Aktienpakete fließt, fließt nicht unmittelbar in den Geldbeutel der Beschäftigten. Aber damit geht den Kolleginnen und Kollegen nichts verloren, im Gegenteil: Die CDA tritt deshalb so strikt für eine Arbeitnehmerbeteiligung ein, weil wir glauben, dass wir nur auf diesem Weg die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den in den letzten Jahren stark gewachsenen Kapitaleinkommen beteiligen können. Und weil durch die Beteiligung ein Mitspracherecht entsteht. Ein Unternehmen ohne Mitarbeiterbeteiligung **kann seine Produktion relativ schnell in die Ukraine verlegen**. Halten die Arbeitnehmer hingegen 30 Prozent des Grundkapitals, dürfte dies kaum möglich sein.

Zu Recht wird von den Kritikern des Investivlohns auf das so genannte doppelte Risiko hingewiesen: Im Insolvenzfall könnte nicht nur der Arbeitsplatz, sondern auch die Kapitalanlage verloren gehen. Deshalb fordert die CDU eine Insolvenzversicherung. Dazu könnten die bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften genutzt werden, wie sie etwa zur Absicherung von Mitarbeiterdarlehen sowie für Lohn-

und Gehaltsansprüche aus Altersteilzeit bestehen. Darüber hinaus müssten schuldrechtliche Beteiligungen (z. B. Genussrechte), wenn sie nach dem Vermögensbildungsgesetz gefördert werden, im Insolvenzfall bis zu mindestens dreiviertel der Eigenleistung abgesichert werden. Gesellschaftsrechtliche Beteiligungen hingegen sind voll haftendes Eigenkapital – und damit Risikokapital. Sie können nicht abgesichert werden.

Neben der Behandlung des Risikoaspektes **entscheidet die Höhe der aktiven Förderung durch den Staat** über die Akzeptanz der Mitarbeiterbeteiligung. In einem ersten Schritt müsste die bisherige Förderung nach Paragraph 19a des Einkommenssteuergesetzes sowie durch das Vermögensbildungsgesetz großzügiger ausgestaltet werden. Denkbar wären eine Anhebung der Höchstgrenze des Einkommenssteuergesetzes von 135 auf 1200 Euro sowie die Einführung einer nachgelagerten Besteuerung, durch die Mitarbeiterbeteiligungen bis zu einer Höhe von 1200 Euro pro Jahr abgabenfrei gestellt werden. Die entsprechenden Einkommensbestandteile würden erst dann besteuert, wenn die Beteiligungswerte ausbezahlt oder verkauft werden. Weil eine nachgelagerte Besteuerung bei einem niedrigen Einkommen nur eine geringe Steuerersparnis bringt, sollte die Mitarbeiterbeteiligung zusätzlich durch das Vermögensbildungsgesetz gefördert werden. Dazu müsste die Sparzulage von heute 72 Euro auf mindestens 400 Euro erhöht und die bisherige Einkommensgrenze angehoben werden. In einem zweiten Schritt sollte zudem der in eine Mitarbeiterbeteiligung umgewandelte Teil des Bruttolohnes bis zu einer Höhe von 1200 Euro pro Jahr ebenfalls nachgelagert besteuert werden.

Begründen lassen sich die entsprechenden Steuererleichterungen auch ökonomisch, denn Unternehmen mit Mitarbeiterbeteiligung sind produktiver. Die Einführung einer flächendeckenden Mitarbeiterbeteiligung **würde einen beachtlichen Wachstumsimpuls bringen und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze führen**. •



Gerald Weiß, 61, ist Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie stellvertretender CDA-Vorsitzender.

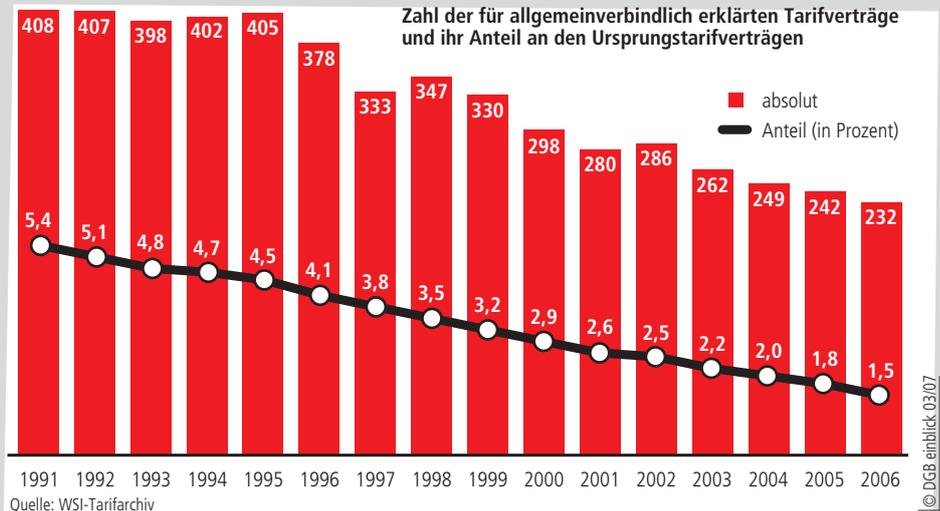
## Kapitalismus fürs Volk

Weniger als drei Prozent der Unternehmen beteiligen in Deutschland ihre Beschäftigten am Betriebsvermögen. Für die Union und für Teile der SPD ist der Investivlohn trotzdem eine gute Sache. „Die soziale Kapitalpartnerschaft stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland und ist damit ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze“, heißt es in einem Ende 2006 vom Dresdner CDU-Parteitag beschlossenen Leitartikel, den der Arbeitnehmerflügel eingebracht hatte. Auch der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sieht das so. Ende Januar hatte er ein eigenes Modell der Mitarbeiterbeteiligung in die Diskussion gebracht.

Die Gewerkschaften haben zwar ihre grundsätzliche Gesprächsbereitschaft erklärt, bewerten die aktuellen Initiativen von CDU und SPD aber skeptisch. „Wenn es nur um eine Alternative zu Lohnerhöhungen geht, ist ein Investivlohn für uns nicht akzeptabel“, hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bereits Ende des vergangenen Jahres erklärt. DGB-Vorstand Dietmar Hexel warnte gar vor einem „Trojanischen Pferd zu Lasten der Tarifpolitik“.

### ALLGEMEINVERBINDLICHKEIT: Für Mindestlöhne ungeeignet

Weil die Arbeitgeber ihre Zustimmung verweigern, können immer weniger Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. 2006 galt sie nur noch für 1,5 Prozent aller Tarifverträge. Ein Großteil der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen betrifft zudem nur Einzelaspekte wie zum Beispiel den Urlaubsanspruch. Hinzu kommen nur die über das Arbeitnehmerentsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge über Mindestlöhne, etwa im Bauhauptgewerbe.



### personalien

••• **Christian Lauschke**, 29, Studium der Soziologie an der FU Berlin, von 2004 bis 2005 mehrmonatige Tätigkeit im Bundesbüro der Jusos sowie in der Pressestelle der Berliner SPD, seit Oktober 2005 Juniorberater der Kommunikationsagentur Johannssen und Kretschmer, ist ab dem 1. März Projektkoordinator für die Initiative Trendwende des DGB.

••• **Gunter Lange**, 57, seit der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verantwortlicher Redakteur des Infodienstes ver.di News sowie stellvertretender Chefredakteur der Mitgliederzeitschrift ver.di Publik, geht am 1. März zunächst in einen längeren Resturlaub

und dann in Altersteilzeit. Lange war bis zur ver.di-Gründung 25 Jahre lang Redakteur beim Vorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), seit 1997 Chefredakteur der Zeitschrift DAG Journal.

### 14 TAGE

- 21.2.** DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachforum „Öffentlich geförderte Beschäftigung in der Diskussion“, Hannover
- 22./23.2.** ver.di, Bundeskonferenz Migration, Berlin
- 22./23.2.** ver.di, Bundeserwerbslosenkonferenz, Berlin

**22./23.2.** IG Metall, ver.di, IG BCE und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung des gewerkschaftlichen Gutachternetzwerkes, „Berufsfähigkeit als Maßstab der Ingenieurausbildung“, Wiesbaden

**23.2.** DGB-Jugend, Finale des Bandwettbewerbs „Gib dir eine Stimme“, Berlin

**23.-25.2.** IG BAU, Bundesfrauenkonferenz, Steinbach/Taunus

**26.2.** DGB, Aktionen „Nein zur Rente mit 67“, Berlin

**27.2.** ver.di, Fachtagung „Neue Arbeitsteilung in der Gesundheitsversorgung – neue Berufe?“, Berlin

**27.2.** ver.di, Fachtagung „Psychische Belastungen und Gender im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz“, Berlin

**27.2.** IG Metall und attac, Diskussion „Globale soziale Rechte

– Perspektiven einer anderen Globalisierung“, Frankfurt/M.

**28.2.** DGB Bremen und Arbeit und Leben, Arbeitsschutzkonferenz „Demografischer Wandel – Bedeutung für die Arbeitswelt“, Bremen

**1.3.** DGB-Bildungswerk, Konferenz „Arbeitsrecht in der Betriebsratspraxis – Beendigungskündigung, Änderungskündigung und alternative Beendigungsformen des Arbeitsverhältnisses“, Lüneburg

**1.-3.3.** IG Metall, Bundeshandwerkskonferenz „Gerechter Lohn für gute Arbeit“, Sprockhövel

**2.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Chancen für Ältere? Neue Forschungsergebnisse zur Arbeitsmarktsituation Älterer“, Berlin

**5./6.3.** EGB, Frauenpolitische Konferenz, Berlin

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt.

„Eine hochbegabte Diva geht“

Die Süddeutsche Zeitung am 7. Februar über den angekündigten Rückzug des früheren CDU-Politik-Stars Friedrich Merz aus dem Bundestag

Bekämpfung des Klimawandels

## DGB unterstützt EU-Strategie

Am 8. März wollen die EU-Regierungschefs auf ihrem Frühjahrgipfel in Brüssel den bislang umfassendsten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Klimawandels verabschieden. Das Ziel: Europa soll zum Vorreiter eines energieeffizienten, CO<sub>2</sub>-armen Wachstums werden. In ihrem Entwurf für die neue europäische Energiestrategie fordert die EU-Kommission, dass die Klimagasemissionen bis 2020 EU-weit um 20 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Folgen die anderen Industrieländer dem Vorbild Europas, soll das Reduktionsziel auf 30 Prozent steigen. Bis 2050 müssten die Treibhausgasemissionen weltweit sogar um 50 Prozent zurückgehen.

Damit die Reduzierung der Treibhausgasemissionen kein leeres Versprechen bleibt, hat die EU-Kommission in ihrem Entwurf für eine neue Energiestrategie eine Vielzahl konkreter Einzelmaßnahmen vorgeschlagen. So sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen, der Anteil der Biokraftstoffe soll auf mindestens 10 Prozent steigen. Zudem will die

EU den Energieverbrauch bis Ende des kommenden Jahrzehnts um 20 Prozent reduzieren. Dazu sollen vor allem bereits entwickelte Technologien genutzt werden.

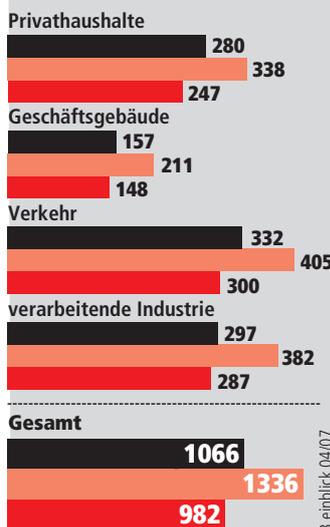
Unterstützung für Ihre Klimaziele erhält die EU-Kommission von den Gewerkschaften. Der Klimawandel schreite schneller voran, als bisher angenommen, heißt es in einer Ende Februar vorgelegten Stellungnahme des DGB zum Kommissions-Entwurf. Die Temperaturzunahme der letzten 50 Jahre sei doppelt so hoch, wie in den vergangenen 100 Jahren. Der Meeresspiegel sei seit Beginn des 20. Jahrhunderts bereits um mehr als 17 Zentimeter gestiegen. Der DGB hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, noch weitergehende Schritte einzuleiten: Sie müsse sich zu einer Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 verpflichten, falls die EU ihr Reduktionsziel auf 30 Prozent festlegt.

Trotz des grundsätzlichen Bekenntnisses zum Klimaschutz übt der DGB auch Kritik am EU-Konzept: Ohne eine energiepolitische Unterfütterung sei die EU nicht in der Lage, ökonomisch mit den führenden Industrieregionen der Welt

### 20 Prozent weniger reicht nicht

Entwicklung des Energieverbrauchs in der EU bis 2020 (in Millionen Tonnen Rohöleinheiten\*)

■ Energieverbrauch 2005  
 ■ Energieverbrauch 2020  
 ■ ohne Energiesparmaßnahmen  
 ■ bei Nutzung des Energiesparpotenzials



\*1 kg ROE entspricht 11,63 kWh Strom  
 Quelle: EU-Kommission

**Ohne konsequente Maßnahmen zu mehr Ressourceneffizienz wird der Energieverbrauch in der EU bis 2020 auf 1066 auf 1336 Millionen Tonnen Rohöleinheiten steigen. Die EU hält deshalb eine Steigerung der Energieeffizienz um mehr als 20 Prozent für erforderlich.**

Schritt zu halten. Der EU würde dann die Wirtschaftskraft fehlen, um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Auch Einzelmaßnahmen der EU, wie die geplante Entflechtung der Strom- und Gasnetze, werden von den Gewerkschaften abgelehnt. Dagegen war kürzlich ver.di auf die Straße gegangen, was allerdings gewerkschaftsintern zu einer heftigen Debatte geführt hatte. Auch die weitere Nutzung der Kernenergie lehnt der DGB ab. Sie sei zwar CO<sub>2</sub>-frei, aber keineswegs nachhaltig. ●

## plusminusBERLIN

**+** **Petra Sitte, forschungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, fordert eine Umschichtung des EU-Forschungsetats. Dass nur 15 Prozent der Mittel auf die Geisteswissenschaften entfallen, sei angesichts des gesellschaftlichen Wandels zu wenig.**

**-** **Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat mit Rücktritt gedroht, falls die Unternehmenssteuerreform aufgeschnürt wird. Der SPD-Parteirat hatte eine Überprüfung der Reform gefordert, weil sie zu höheren Steuer ausfällen als geplant führt.**

Seite 3

### Einbahnstraße für Langzeitarbeitslose

**Im fünften Jahr nach Einsetzen der Hartz-Kommission ziehen Politik und Wissenschaft eine kritische Bilanz**

Seite 5

### Wir sind eine lernende Organisation

**Mit welchen Strategien die IG BAU auch in Zukunft schlagkräftig bleiben will, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel im Interview**

Seite 7

### Ein Umerziehungsprogramm für Männer und Frauen?

**Der Publizist Thomas Gesterkamp über die neue Medien-Kampagne gegen die Gleichstellungspolitik**

### Voneinander lernen

**Beilage zum Europäischen Sozialstaatskongress des DGB am 13. und 14. März**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.petitionpublicservice.eu**  
**Online-Petition des EGB**  
 „Für erstklassige öffentliche Dienste, die allen zugänglich sind“

### Hintergrund

**www.einblick.dgb.de**  
**Stellungnahme des DGB zur geplanten Energiestrategie der EU**

## NGG Stark in Zukunft – mit engagierten Menschen

### STELLENAUSSCHREIBUNG

Unsere Gewerkschaft NGG braucht Verstärkung. Wir suchen Frauen und Männer, die sich aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen. Wir suchen Frauen und Männer, die mit ihrem politischen und sozialen Engagement ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen besser geht. Und wir suchen Frauen und Männer, die unserer NGG ein Gesicht geben, die unseren Weg in die Zukunft begleiten und tragen.

Daher bieten wir zum 01.09.2007 mehrere Stellen zum/zur

### Gewerkschaftssekretär/in zur Ausbildung an.

Wir erwarten:

- Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft
- Politisches und soziales Engagement
- Abgeschlossenes Studium und/oder eine vergleichbare Ausbildung
- Berufserfahrung
- Erfahrungen in der betrieblichen Interessenvertretung
- Die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv und zielorientiert zu lösen
- Die Bereitschaft, im Team zu arbeiten
- Interesse an juristischen Zusammenhängen
- Ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz. Für uns stehen unsere Mitglieder im Mittelpunkt
- Bereitschaft, aktiv auf Menschen zuzugehen
- Bundesweite Mobilität und Flexibilität (Führerschein Kl. 3)
- Sichere Anwendungskennntnisse in MS-Office
- Fremdsprachenkenntnisse sind erwünscht

Die Ausbildung umfasst insgesamt bis zu 2 Jahre. Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die NGG-Beschäftigten gültigen Bedingungen.

**Wir freuen uns über jede geeignete Bewerbung.**

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 31.03.2007 an:

**Gewerkschaft NGG**  
**Personalabteilung**  
**Stichwort: „S.z.A.“**  
**Haubachstr. 76**  
**22765 Hamburg.**

[www.ngg.net](http://www.ngg.net)

### Verstoß gegen Europarecht

Die von der Bundesregierung geplante Neuregelung zur befristeten Einstellung Älterer ist laut einem vom DGB in Auftrag gegebenen Gutachten nicht mit europäischem Recht vereinbar. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass ArbeitnehmerInnen ab dem 52. Lebensjahr bis zu fünf Jahre „sachgrundlos“ befristet beschäftigt werden können, und entspricht damit weitgehend den seit 2002 geltenden Bestimmungen. Die Neuerungen: Bisher gab es keine zeitliche Obergrenze für die befristete Beschäftigung. Weitere Voraussetzung für die Befristung soll außerdem neben dem Lebensalter künftig sein, dass die oder der Betroffene vorher mindestens vier Monate ohne Beschäftigung gewesen sein muss.

Generell können in Deutschland alle Beschäftigten für bis zu zwei Jahren befristet angestellt werden, bei Existenzgründungen von Unternehmen bis zu vier Jahren. Die Höchstgrenze von bis zu

fünf Jahren für ältere Beschäftigte verstößt mit Blick auf diese beiden anderen Befristungsmöglichkeiten gegen die EU-Befristungs- und die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie, so das Gutachten.

Bereits die aktuelle Gesetzesregelung wurde vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) für europarechtswidrig gehalten: Hauptkritik war, dass neben dem Alter als Voraussetzung für die Befristung sowohl die jeweilige Arbeitsmarktlage als auch die persönliche Situation der Betroffenen unberücksichtigt blieben. Das jetzt geplante zusätzliche Kriterium der viermonatigen Beschäftigungslosigkeit trage dieser Kritik nicht Rechnung, meint der DGB.

Vor allem bleibt auch bei der Neuregelung fraglich, ob die Beschäftigungschancen der ab 52-Jährigen durch die Möglichkeit zur längeren Befristung tatsächlich verbessert werden. Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Evaluation der Hartz-Gesetze hatte keine positiven Beschäftigungseffekte der Maßnahme feststellen können. „Wir erwarten nicht, dass dieser Effekt nun bei einer nur leicht modifizierten Regelung eintritt“, so DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. ●



#### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**Gutachten zur Neuregelung der befristeten Einstellung älterer Menschen**

#### Rentennachzahlung

### Koalition trickst Karlsruhe aus

Wenn das Bundesverfassungsgericht eine Regelung im Rentenrecht für nichtig erklärt, sollen die Betroffenen in Zukunft keine rückwirkende Entschädigung mehr erhalten, wenn sie nicht persönlich Widerspruch eingelegt haben. Die bislang geltende vierjährige Nachzahlungspflicht bei verfassungswidrigen Bestimmungen soll ersatzlos wegfallen. Das sieht eine neue Bestimmung vor, die

die Bundesregierung im Zuge der geplanten Einführung der Rente mit 67 in das Sozialgesetzbuch einschleusen will.

„Die Neuregelung könnte den Gesetzgeber leichtsinnig machen, im Rentenrecht die Grenzen der Verfassung auszutesten, weil die Rentenversicherung für die Folgen verfassungswidriger Regelungen nicht mehr gerade stehen müsste“, warnt DGB-Vorstand Annelie Buntentbach. Sollte die Koalition an ihren Plänen festhalten, werde der DGB „mit Sicherheit in Karlsruhe prüfen lassen, ob diese Regelung nicht selbst verfassungswidrig ist“. ●

### Einbahnstraße für Langzeitarbeitslose

Im fünften Jahr nach Einsetzen der Kommission für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ durch Bundeskanzler Gerhard Schröder ziehen Politik und Wissenschaft in diesem Jahr Bilanz des Reformpakets.

Mit „Fordern und Fördern“ hatten die Reformen unter dem Namen des Schröder-Vertrauten und VW-Arbeitsdirektors Peter Hartz gewichtige Ziele. So sollte die Arbeitsmarktpolitik effizienter, die Bundesanstalt für Arbeit (BA) komplett umgekrempelt werden. Von damals über vier Millionen sollten die Arbeitslosenzahlen binnen drei Jahren halbiert werden. Eine Entlastung der öffentlichen Haushalte um runde zwanzig Milliarden Euro wurde versprochen.

Doch was in der vergangenen Legislaturperiode, der Phase der Hartz-IV-Gesetzgebung, als ausbalanciertes Verhältnis des „Forderns und Förderns“ dargestellt wurde, hat sich inzwischen zu einer „umfangreichen Liste an sozialen Einschnitten und sanktionierenden Regularien“ entpuppt, so Hartmut Seifert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung. Dem stehe ein vergleichsweise bescheidenes Repertoire an Förderaktivitäten gegenüber, schreibt der Wissenschaftler im *Monitor Arbeitsmarktpolitik* ([www.monapoli.de](http://www.monapoli.de)). Dabei sollten die Hartz-Gesetze vor allem den Schwächeren am Arbeitsmarkt helfen: Sie sollten perspektivisch wieder selbst ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

„Genau dieses Versprechen ist nicht eingelöst worden“, beklagt Johannes Jakob, Referent im Bereich Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstandes. „Im Gegenteil: Die Schwächeren werden eher noch mehr ausgegrenzt als zuvor. Das neue System wirkt hoch selektiv. „Tatsächlich“, so der Experte weiter, „haben wir heute den alten Verschiebeparkplatz – allerdings nur noch in eine Richtung: nach unten.“ Die Erklärung für diese Ent-

wicklung liegt auf der Hand. Die Prioritätensetzung, weg vom sozialen Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit hin zur schnellstmöglichen und kostengünstigen Vermittlung durch die Bundesagentur, hat dazu geführt, dass Bestenauslese zum Prinzip der Arbeitsvermittlung



**Das Haushaltsplus der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr geht zu einem großen Teil zu Lasten der Schwächsten. So wurden die genehmigten Ausgaben um gut sechs Milliarden Euro unterschritten. 3,5 Milliarden davon entfielen auf Minderausgaben beim Arbeitslosengeld I, rund 2 Milliarden Euro sind auf nicht genutzte Fördermittel für Arbeitslose zurückzuführen.**

wurde. BewerberInnen mit Vermittlungsproblemen sind dabei Sand im Getriebe der Bundesagentur.

Nach Auffassung der Arbeitsmarktpolitikexperten des DGB verstößt die Bundesagentur damit gegen die Ziele des § 1 Sozialgesetzbuch III (SGB III). Dort heißt es unter anderem, „die Leistungen der Arbeitsförderung sollen insbesondere

die individuelle Beschäftigungsfähigkeit durch Erhalt und Ausbau von Kenntnissen, Fertigkeiten sowie Fähigkeiten fördern.“ Sie sollen unterwertiger Beschäftigung entgegen wirken und zu einer Weiterentwicklung der regionalen Beschäftigungs- und Infrastruktur beitragen.

Weitgehend unbestritten ist, dass die Förderung von ALG-II-Empfängern bis heute völlig unzureichend ist. Dabei sind nicht fehlende finanzielle Mittel die Ursache, vielmehr ist es die völlige Konzeptionslosigkeit. Statt auf den Einzelfall zugeschnittene Förderung dominiert das Gießkannenprinzip bei der Einrichtung und Verordnung von sogenannten 1-Euro-Jobs.

Beinahe 750 000 Arbeitslose kamen im Jahr 2006 in den nicht ganz zweifelsfreien Genuss von 1-Euro-Jobs, während die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf gerade noch 80 000 zurückgingen. Besonderes Augenmerk verdient dabei die Feststellung des Bundesrechnungshofes, der zufolge bei den 1-Euro-Jobs nicht alles läuft wie geplant. Er stellte „zahlreiche, teilweise gravierende Fehler“ fest, bemerkte dass „bei fast einem Viertel der geprüften Maßnahmen mit Arbeitsgelegenheiten die Fördervoraussetzungen nicht vorlagen, weil die Tätigkeiten nicht im öffentlichen Interesse, nicht zusätzlich oder nicht wettbewerbsneutral waren.“ Bei weiteren knapp 50 Prozent hätten keine Kenntnisse über Art und Umfang der auszuübenden Tätigkeiten vorgelegen. Die Förderungsfähigkeit sei damit zumindest zweifelhaft. Soll wohl heißen: 1-Euro-Jobs haben Normalarbeit verdrängt. Und werden das wohl weiterhin tun. •

Bilanz der Hans-Böckler-Stiftung: Über „Hartz“ hinaus – Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik? 29. / 30. März 2007, Berlin Info: Christian-Baum@boeckler.de

### Folgen des Forderns

**Am 1. Januar 2003 traten die ersten beiden der inzwischen vier Gesetzespakete in Kraft. Seitdem sind vier Jahre verstrichen. Der Kanzler, der Erfolg oder Misserfolg seiner Regierung am Abbau der Arbeitslosigkeit messen wollte, ist Geschichte:**

- ✘ **Die Arbeitslosigkeit liegt dennoch im Jahresdurchschnitt um 300 000 höher als vor der Reform. Noch diskutieren die ExpertInnen, ob die Verbesserungen der letzten Monate auf Hartz oder schlicht auf die Konjunktur zurückzuführen sind.**
- ✘ **Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt.**

**Daneben drohen Betroffenen erhebliche Konsequenzen:**

- ✘ **Langjährig Beschäftigte mit überdurchschnittlichem Einkommen müssen bei längerer Arbeitslosigkeit mit deutlichen Abstrichen rechnen.**
- ✘ **Die Einkommen in Paar-Haushalten brechen wegen restriktiver Anrechnung von Partner-Einkommen massiv ein.**

**Die Umstellung von lohnabgeleiteten auf bedarfsorientierte Sozialleistungen hat zu einer deutlichen Einschränkung der Autonomie der Betroffenen geführt. Dazu wurde eine erhebliche Bürokratie zur Verwaltung – und Kontrolle der Betroffenen – aufgebaut.**

<http://www.dgb.de/themen/hartz/umsetzung/hartz4>

**Bilanz**

## 5 Jahre Hartz-Reformen

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) nimmt das Jahr Fünf der ersten Arbeitsmarktreformen nach Peter Hartz zum Anlass, Zwischenbilanz zu ziehen und lädt für den 29. und 30. März nach Berlin zur Fachtagung „Über Hartz hinaus – Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik?“ ein. Die ReferentInnen kommen vorwiegend aus wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der HBS, dem Wissenschaftszentrum Berlin oder aus Hochschulen und werden sich vor allem mit den bisherigen Evaluationen der Hartz-Gesetze und der folgenden Nachbesse-

rungen befassen. Anmeldeschluss ist der 16. März. Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei. •

Tel. 0211/7778123  
Christian-Baum@boeckler.de

**Frauen-Infobrief**

## Mehr fördern

Das Schwerpunktthema Frauen und Weiterbildung greift der aktuelle Info-Brief des DGB „Frau geht vor!“ auf. Er befasst sich unter anderem mit den Möglichkeiten von BerufsberaterInnen, die Berufswahl von Mädchen zu unterstützen, mit Sinn und Nutzen des Girls' Day sowie möglichen Ansätzen, Frauen zu Weiterbildung, Lernchancen im Beruf und damit letztlich zu Spitzenpositionen zu verhelfen. Außerdem weist der

**Privatisierungs-Reporte**

## Schule im Ausverkauf?

Mit dem zunehmenden Einfluss von Unternehmen auf staatliche Schulen befassen sich die Privatisierungsreporte der GEW. Bisher sind drei jeweils rund 60 Seiten starke Ausgaben erschienen. Schwerpunktthemen: „Vom Rückzug des Staates aus der Bildung“, „Vom Durchmarsch der Stiftungen und Konzerne“ sowie „Unternehmen Schule: Von Billig-Lehrern, Schülerfirmen und Public-

Private-Partnership“. Die Broschüren können in der gedruckten Fassung zum Stückpreis von 1,50 Euro (Mindestabnahme: 10 Exemplare), zzgl. Versand- und Verpackungskosten bestellt oder kostenlos im Internet heruntergeladen werden. •

[www.gew.de/Publikationen\\_aus\\_dem\\_Vorstandsbereich\\_Schule.html](http://www.gew.de/Publikationen_aus_dem_Vorstandsbereich_Schule.html)  
Bestellungen unter: [www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de),  
[gew-shop@callagift.de](mailto:gew-shop@callagift.de), Fax 06103/3033220

Frauen-Infobrief auf das bevorstehende Treffen der EGB-Frauen Anfang März in Berlin hin und erinnert an das Prinzip der Entgeltgleichheit. „Frau geht vor!“ erscheint alle zwei Monate und kostet im Abonnement 13 Euro. •

Probeexemplare und Abos bei [lilo.collm@dgb.de](mailto:lilo.collm@dgb.de) •

Verlagsgesellschaft“. Das Jahresabonnement kostet 89,40 Euro. •  
BDK Bücherdienst, Tel. 02203/100266  
[bundverlag@b-d-k.de](mailto:bundverlag@b-d-k.de)

**Buchpräsentation**

## Widerstand gegen Nazis

Hans-Rainer Sandvoß ist der Behauptung nachgegangen, die Nationalsozialisten hätten das „rote Berlin“ mundtot gemacht. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass es auch nach 1933 im politischen Untergrund noch starke Kräfte aus der Arbeiterschaft gab. Die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit stellt der Autor am 8. März, 19 Uhr, bei der Buchpräsentation „Die ‚andere‘ Reichshauptstadt – Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945“ vor. Die Veranstaltung findet in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße, statt. •

**Fachzeitschrift**

## Mehr Übersicht

Mit der ersten Ausgabe 2007 hat die Redaktion der Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit“ zwei Neuerungen eingeführt: Das Erscheinungsbild ist übersichtlicher geworden, ab sofort liegt in jedem Heft die Beilage „SoSi plus“. Das achtseitige Extra bietet aktuelle Fakten, Zahlen und Schaubilder, Hinweise zu Gesetzen, Verordnungen und Urteilen sowie die neue Rubrik Personalien. Monatszeitschrift und Beilage erscheinen in der „Arbeitsrecht-im-Betrieb-

**Der Film „Strajk. Die Heldin von Danzig“ schildert die Ereignisse auf der Danziger Lenin-Werft in den 60er und 70er Jahren, die in der Gründung der politischen Gewerkschaft Solidarnosc mündeten. Im Mittelpunkt steht die Kranführerin Agnieszka Walentynowicz, die sich mit ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn gegen katastrophale Arbeitsbedingungen auf der Werft einsetzt und fast gegen ihren Willen zur Mutter Courage der Streikbewegung wird. Regisseur Volker Schlöndorff ist ein eindrucksvolles Porträt einer starken Frau (herausragend: Katharina Thalbach in der Hauptrolle) gelungen. Ohne falsches Pathos zeigt der Film eindringlich die Zustände, die zur Gründung der Solidarnosc führten. Ein Film, der unter die Haut geht. Kinostart: 8.März.**



**Mehr Infos: [www.strajk-derfilm.de](http://www.strajk-derfilm.de)**

## interregio

••• Anlässlich des internationalen Frauentages (8.März) bietet die **DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen** am 10. März wieder **historische Frauenspaziergänge** an. Die Touren durch die Essener Innenstadt sind Reisen durch Geschichte und Geschichten verschiedener Essenerinnen. Die

Streifzüge beginnen am 10. und am 18. März jeweils um 13 und 16 Uhr sowie am 18. März um 11.30 Uhr am Essener Burgplatz. Neben den historischen Aspekten sollen sie Anliegen im Bereich der Frauenpolitik öffentlich machen. Anmeldung erforderlich. Infos und Anmeldung: DGB Mülheim-Essen-

Oberhausen, Tel. 0201 / 63 24 70  
••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** lädt am 22. März zur **Fachtagung** „Unsicherheit und Armut trotz Arbeit – Prekäre Beschäftigung und gewerkschaftliche Alternativen“ an die Freie Universität Berlin ein. An der Veranstaltung mit Workshops zum Phänomen der

Prekarisierung in verschiedenen Branchen, von Reinigungsdiensten bis zum akademischen Umfeld, beteiligen sich vier DGB-Landesverbände und -Bezirke sowie die Kooperationsstellen von DGB und Freier Universität und Technischer Universität Berlin. Infos: [www.berlin-brandenburg.dgb.de](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Interview mit dem IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel

## Wir sind eine lernende Organisation

Mit welchen Strategien die IG BAU auch in Zukunft schlagkräftig bleiben will, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel im einblick-Interview.

■ In der Bauwirtschaft geht es wieder aufwärts, doch erst jetzt scheint die Krise die IG BAU voll erreicht zu haben. Wie kommt das?

■ Wir haben die Krise auch in den letzten Jahren gespürt. Immerhin sind im Bauhauptgewerbe über 600 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Zwar haben wir nicht im gleichen Maße Mitglieder in dieser Branche verloren, aber natürlich hatte es Auswirkungen auf unsere Mitgliederzahlen. Wir haben uns dagegen gestemmt, wir haben Veränderungsprozesse innerhalb der Organisation eingeleitet. Letztendlich ist es tragischerweise so, dass wir jetzt, wo es in der Bauwirtschaft wieder aufwärts geht, handeln müssen, um die IG BAU nicht in schlechtes Fahrwasser zu bringen.

■ Steht die IG BAU vor der Pleite?

■ Nein, keinesfalls. Wir wollen schlicht rechtzeitig handeln. Mit Mitgliederrückgängen sinken auch die Beitragseinnahmen. Wir wollen keinesfalls die für einen Arbeitskampf notwendigen Rücklagen gefährden. Deswegen haben wir die Reißleine gezogen. Mit den eingeleiteten Maßnahmen werden wir 2007 hoffentlich mit einer schwarzen Null abschließen. Das heißt, wir haben Einnahmen und Ausgaben wieder in die Balance gebracht.

■ Zu den eingeleiteten Maßnahmen gehört aber auch Personalabbau.

■ Ja, das ist sehr bitter. Wir haben uns bemüht, die Zahl der Kündigungen so gering wie möglich zu halten. Wir müssen rund hundert Arbeitsplätze abbauen, letztendlich kündigen wir aber nur ungefähr zwanzig MitarbeiterInnen. Das konnte zum einen dadurch erreicht werden, dass die gesamte

Belegschaft begrenzt auf zwei Jahre auf Bestandteile des Gehaltes verzichtet. Zum anderem aber auch beispielsweise durch das Angebot einer Abfindungszahlung für alle, die von sich aus kündigen. Davon haben einige Gebrauch gemacht. Wir bemühen uns außerdem weiterhin, auch für die gekündigten Mitarbeiter Ersatzarbeitsplätze zu finden.

■ Wie ist angesichts der Kündigungen die Stimmung?

■ Die Stimmung ist jetzt besser als in der Zeit, als wir mit dem Betriebsrat über den Sozialplan verhandelten. In dieser Zeit hatten viele Angst. Keiner kannte die Größen-



**Klaus Wiesehügel, 54, ist seit dem Zusammenschluss der IG Bau, Steine, Erden und der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten zur IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) im Januar 1996 deren Vorsitzender.**

ordnung des Arbeitsplatzabbaus. Natürlich war die Motivation im Keller. Nachdem jetzt klar ist, wie wenig Kündigungen es tatsächlich sind, steigt die Motivation wieder. Vor allem weil auch alle spüren, dass wir ernsthaft Veränderungen angehen und versuchen, die Zukunft zu packen.

■ Wie wollt ihr die IG BAU zukunftsfest machen?

■ Dazu hat der Bundesvorstand im Dezember einen Vorschlag vorgelegt, der jetzt auf allen Ebenen breit diskutiert wird, an vielen Stellen noch verändert und am 21. April auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag zur Abstimmung vorgelegt wird. Ich bin zurzeit jedes Wochenende unterwegs und arbeite mit ehrenamtlichen Kollegen daran, wie wir das Konzept verbessern können. Der wesentliche Punkt ist, dass wir unsere Kräfte bündeln und auch unsere Ausrichtung verändern.

■ In welche Richtung?

■ Bisher stützte sich unsere Organisationsstruktur auf die Ortsgruppenarbeit, weniger auf den Betrieb. Betriebliche Vertrauensleute beispielsweise kannten wir bei der IG BAU bis vor wenigen Jahren gar nicht. Unsere Strategie ist nun, Gewerkschaftsarbeit in den Betrieb hinein zu verlagern, die Verankerung und das Vertrauen dort zu stärken und damit neue Stärke in der Tarif-, aber auch in der Mitgliederpolitik zu gewinnen.

■ Wie wirkt sich das auf die Strukturen aus?

■ Es läuft darauf hinaus, dass künftig die Ehrenamtlichen die örtliche Arbeit in einer Art Selbst-

verwaltung gestalten.

Natürlich immer noch stark unterstützt von den hauptamtlichen politischen Sekretären, aber die politische Leitung in den Bezirken soll nicht nur formal, sondern auch tatsächlich in den Händen der ehrenamtlichen Kollegen liegen. Auch die Arbeit der Hauptamtlichen wird sich massiv ändern. Sie sollen in regionalen Branchengruppen zusammengeschlossen werden, um in diesen Gruppen die Betriebe zu erschließen.

■ Ist die neue Linie eine Konkretisierung des Konzeptes einer Mitmachgewerkschaft, das ihr auf dem Gewerkschaftstag 2005 beschlossen habt?

■ Richtig. Wir wollen das ehrenamtliche Element stärken. Für uns ist von großer Bedeutung, dass wir eine lernende Organisation sind. Und eine Mitmachgewerkschaft, bei der tatsächlich jede und jeder mitmachen kann. Deshalb ist es ganz wichtig, dass die Argumente aus dem zurzeit stattfindenden Diskussionsprozess aufgenommen werden. Wir wollen auf dem Gewerkschaftstag im April ein Konzept vorstellen, von dem die Organisation das Gefühl hat: Das haben wir gemeinsam erarbeitet. •

## IG BAU baut um

Über zehn Jahre Krise im Bauhauptgewerbe, der wichtigsten Branche der IG BAU, sind auch an der Gewerkschaft nicht spurlos vorübergegangen. Aufgrund des massiven Stellenabbaus in dieser Branche musste die IG BAU in den letzten Jahren große Mitgliederverluste hinnehmen. Zwar sind 2006 die Austritte gegenüber dem Vorjahr um 10000 gesunken und die Eintritte gestiegen, dennoch ist insgesamt die Zahl der Mitglieder im vergangenen Jahr erneut um 5,8 Prozent auf rund 370 000 zurückgegangen.

Eine Konsequenz, um die Substanz der Gewerkschaft nicht zugefährden: Ende 2006 beschloss die IG BAU, Personal abzubauen. Gleichzeitig legte der Vorstand ein umfassendes Konzept für die organisationspolitische Weiterentwicklung der Gewerkschaft vor und leitete einen umfassenden Diskussionsprozess in der Organisation ein.

Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 21. April in Frankfurt/Main will die IG BAU eine Reihe organisationspolitischer Maßnahmen beschließen, um auch mit einer geringeren Anzahl von Beschäftigten leistungsfähig zu bleiben und eine positive Mitgliederentwicklung zu erreichen.

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Langfassung des Interviews

## kurz & bündig



Die GEW-Broschüre „Schaffen wir die Arbeit oder schafft sie uns?“ beschäftigt sich mit den physischen und psychischen Belastungen des Lehrerberufs und zeigt Möglichkeiten, Stresserkrankungen zu verhindern.

[www.gew.de/Stressberuf\\_Lehrer.html](http://www.gew.de/Stressberuf_Lehrer.html)



Der BundesFilmVerband in ver.di (BFV) führt gemeinsam mit connexx.av noch bis zum 31. März eine Online-Umfrage unter Film- und Fernsehproduzenten durch, um die Arbeitsbedingungen der Branche transparent zu machen.

[www.connexx-av.de](http://www.connexx-av.de)

## Konferenz

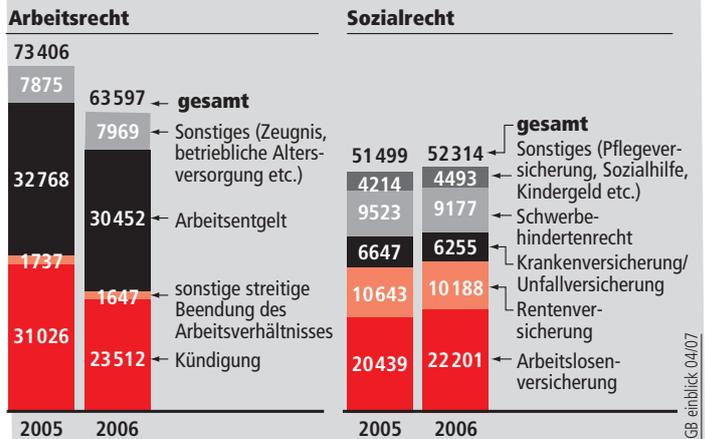
### Gewerkschaften gegen Rechts

Rechtsextreme Denkmuster gehören in vielen Bereichen immer noch zum gesellschaftlichen Mainstream. Eine von der Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Studie hat unlängst gezeigt, dass rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern fast ebenso verbreitet sind wie bei Nicht-Mitgliedern. Auf der Konferenz „Rechtsextremismus und Gewerkschaften“ sollen deshalb vom 16. bis 18. März im Bildungszentrum Hattingen gewerkschaftliche Handlungsoptionen gegen Rechtsextremismus entwickelt und die Zusammenarbeit bereits bestehender gewerkschaftlicher Netzwerke intensiviert werden. •

Dirk Neumann, DGB-Bundesvorstand, Bereich Jugend, Tel. 030/240 60 503

### Wachsender Streit ums Arbeitslosengeld

Streitgegenstand bei Verfahren der DGB Rechtsschutz GmbH (I. Instanz)



Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH

2006 hat die **DGB Rechtsschutz GmbH** 386 Millionen Euro für klagende Gewerkschaftsmitglieder erstritten. 265 Millionen Euro entfielen auf arbeitsrechtliche Verfahren, 121 Millionen Euro auf das Sozialrecht. Einen deutlichen Rückgang gab es bei den Kündigungsschutzklagen. Sie gingen von 31 000 Verfahren in 2005 auf 23 500 Verfahren in 2006 zurück. Die Zahl der Klagen auf Arbeitslosengeld ist hingegen als Folge der Hartz-Reformen im vergangenen Jahr erneut gestiegen, auf mehr als 22 000. Allein im Bereich Arbeitslosengeld II hat die DGB Rechtsschutz GmbH 2006 mehr als 12 000 neue Verfahren aufgenommen.

© DGB einblick 04/07

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  - Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

Gender Mainstreaming in der Kritik

## Kampagne gegen Gleichstellungspolitik

Vom „Spiegel“ bis zu rechtsextremen Zeitungen: Eine neue Medien-Kampagne gegen Gleichstellungspolitik hat der Publizist Thomas Gesterkamp ausgemacht.

Den publizistischen Alpha-Tieren der Republik war das spröde Wortpaar Gender Mainstreaming in der Vergangenheit höchstens ein Witzchen am Stammtisch wert. Der schwer übersetzbare Anglizismus klingt nicht nach Emanzen-Kampfgesang. Schon deshalb war er bisher bestenfalls Anlass zur Be-



**Thomas Gesterkamp, 49, ist Journalist und Autor in Köln. Sein letztes Buch „Die Krise der Kerle – Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft“ (Lit Verlag, Münster 2004) erscheint demnächst in einer Neuauflage.**

lustigung. Plötzlich aber scheint aus Spaß Ernst zu werden: **Männliche Meinungsführer treten aus der Deckung und greifen die Gleichstellungspolitik an.** Worüber regen sich die Schreiber auf und was bezwecken sie?

Im Jahr 2005 verspottete der *Stern* die „neue Geschlechtergefühligkeit“ und lästerte darüber, wie „Bürokraten angestrengt über den kleinen Unterschied nachdenken“. Die ironische Schlagzeile „Ich Mann, du Frau“ war damals illustriert mit Johnny Weismüller als „Tarzan, der Affenmensch“. Weniger humorvoll nimmt es Volker Zastrow von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Bereits mehrfach wettete er gegen ein „angewandtes Kaderprinzip der feministischen Lobby“, die angeblich eine „politische Geschlechtsumwandlung“ plane.

Da mögen die Herren vom *Spiegel*, die sich zum sechzigsten Geburtstag des Magazins auf Fotos als rein männliche Konferenzrunde präsentierten, nicht nachstehen. **Gender Mainstreaming**, lautet ihr Vorwurf, **sei ein „Umerziehungsprogramm für Männer und Frauen“**. Mit Rundumschlägen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zeichnete René Pfister Anfang des Jahres ein düstres Bild autoritärer Pädagogik, das Jungen „früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts“ mache.

Ins Visier des Gender-Bashing geriet vor allem das Berliner Forschungsinstitut Dissens, das in den letzten Jahren eine moderne und in Fachkreisen anerkannte Jungenarbeit entwickelt hat. Vereinfacht ausgedrückt, wollen die Pädagogen verunsicherten

Jugendlichen aufzeigen, wie sie auch ohne Gewalt und Sexismus richtige Männer sein können. Dieses Ziel hält Familienministerin Ursula von der Leyen für förderungswürdig – was sie zur bevorzugten Angriffsfläche der Anti-Gender-Polemiker macht. Die rechte *Junge Freiheit* wirft der CDU-Politikerin vor, einer „totalitären Ideologie“ anzuhängen, die „durch eine auserwählte Truppe Linientreuer von oben nach unten durchgesetzt werden soll“.

Es fällt auf, wie sehr rechtsradikale Publikationen und bürgerliche Leitmedien in Sprache wie Inhalt übereinstimmen. **Hier geht es keineswegs um ein Vermittlungsproblem**, um eine lediglich missverständliche Interpretation eines in der Tat nicht besonders eingängigen Begriffes. Es handelt sich um eine Kampagne, um beharrliches Trommeln, das Gleichstellungspolitik pauschal diskreditieren soll. Die Einschüchterung funktioniert: Schon fürchten Gender-ForscherInnen an den Hochschulen einen Imageschaden und Mittelkürzungen. Ministeriale UnterstützerInnen halten sich in der Öffentlichkeit zurück und setzen darauf, dass der Sturm vorüber zieht – eine trügerische Hoffnung.

In einer Zeit, in der eine Frau Kanzlerin ist und sich selbst die CDU von der Hausfrauenehe verabschiedet, glaubt offenbar nicht nur die *Junge Freiheit*, auf seriöse Darstellung und Recherche beim Thema Gleichstellung gänzlich verzichten zu können. Der gedruckte Unmut über die „unerklärliche und letztlich anonyme Strömung des Zeitgeistes“, wie FAZ-Autor Zastrow raunt, deutet auf massive Irritationen hin: **Den Herren passt schlicht die ganze Richtung nicht** – und ihre nostalgischen Positionen stoßen in rechten Kreisen auf wachsende Zustimmung.

Die NPD verdankte ihren letzten Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern den deklassierten jungen Kerlen ohne Job und Perspektive, und schon immer haben Männer überdurchschnittlich häufig rechtsradikale Parteien unterstützt. Anders als etwa in Österreich, wo Jörg Haider's FPÖ einst gegen den Widerstand von Frauenverbänden eine „männerpolitische Grundsatzabteilung“ im Sozialministerium durchgesetzt hat, spielt für die extreme Rechte die Geschlechterpolitik hier zu Lande bislang keine große Rolle. **Das könnte sich ändern.** Der Gender-Kulturkampf, in dem sich Neokonservative und Rechtsextreme gemeinsam lustig machen, alte Rollenideale beschwören und die Gleichstellungsidee attackieren, liefert einen ersten Vorgeschmack. ●

## Gender Mainstreaming

*verpflichtet Institutionen, politische Entscheidungen auf ihre Folgen für Männer und Frauen hin zu untersuchen und die festgestellten Benachteiligungen abzubauen. Seit Ende der 90er Jahre will die EU mit dieser Strategie die Gleichstellung voranbringen. Viele Bundes- und Landesbehörden haben sich inzwischen einer Gender-Prüfung unterzogen. Auch in den Gewerkschaften wird Gender Mainstreaming praktiziert, ver.di hat das Prinzip sogar in der Satzung verankert.*

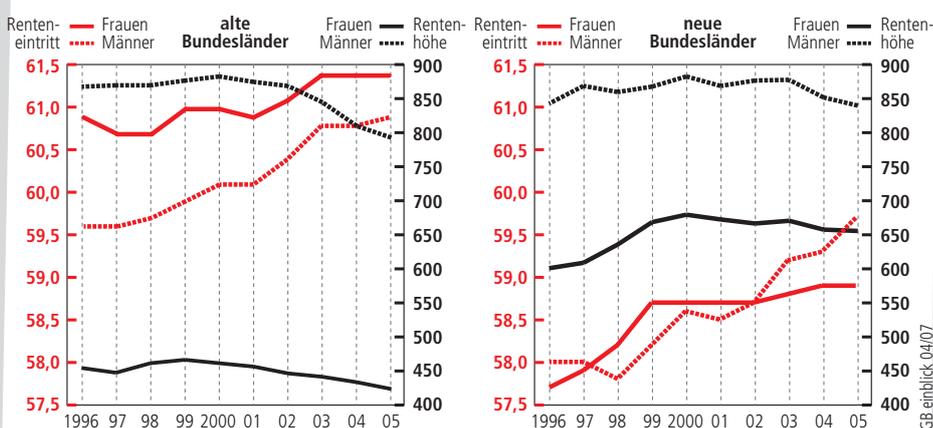
*Schon 2006 profilierten sich Journalisten wie der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher und der Spiegel-Kulturchef Matthias Matussek mit einer neokonservativen Sicht auf die Geschlechterfrage. Zur Seite standen ihnen Intellektuelle wie der Verfassungsrichter Udo Di Fabio oder der Historiker Paul Nolte. Die Frauen, so ertönte der einhellige Ruf, seien schuld an den niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland. Publikums-wirksame Assistenzdienste leistete Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman mit ihrem Appell an die Mütter, zur angeblich natürlichen Bestimmung der Frau am heimischen Herd zurückzukehren.*

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
„Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück“ – unter dieses Motto hat der DGB in diesem Jahr den Frauentag am 8. März gestellt. Der Aufruf als Download

### RENTENEINTRITT: Immer später mit immer weniger Geld

**Das Renteneintrittsalter ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen, bei den Frauen zwischen einem halben (West) und einem Jahr (Ost), bei den Männern zwischen einem (West) und fast zwei Jahren (Ost). Gleichzeitig ist die Rente der NeurentnerInnen in Ost wie in West seit 2000 deutlich gesunken. Dieser Trend wird sich durch die geplante Erhöhung des Rentenalters auf 67 noch verstärken. Weil es nicht genügend Arbeitsplätze für Ältere gibt, müssen viele mit hohen Abschlägen früher in Rente gehen.**

Entwicklung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters (in Jahren) und der Altersrente der NeurentnerInnen (in Euro) 1996 bis 2005



Quelle: Soziale Sicherheit; Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES), Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund © DGB einblick 04/07

### Tipp

**Buch: Klaus Steinitz, Das Scheitern des Realsozialismus, Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 118 Seiten, 11,80 Euro**

Seit dem Verschwinden der Systemkonkurrenz in Europa wächst nicht nur in Deutschland die Einkommensungleichheit, werden immer mehr Lebensbereiche ökonomischen Verwertungsinteressen unterworfen. 17 Jahre nach dem Scheitern des Realsozialismus fragt Klaus Steinitz, ehemaliger Mitarbeiter der Staatlichen Pla-

nungskommission der DDR, nach dessen Ursachen. Sein Scheitern sei nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus, sondern spiegle dessen Defizite und Fehlentwicklungen wieder. Der Realsozialismus habe keine eigenen, sich von den kapitalistischen Ländern unterscheidenden Produktions- und Konsummuster entwickelt, und er habe ein Demokratiedefizit gehabt. Steinitz sieht Chancen für einen neuen, demokratischen Sozialismus, wenn die Linke aus den Fehlern der Vergangenheit lernt.

### 14 TAGE

- 5./6.3.** EGB, Frauenpolitische Konferenz, Berlin
- 6.3.** EGB und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Energiepolitische Konferenz, Brüssel
- 7.3.** GEW Baden-Württemberg, Tagung „Qual oder Qualität – Evaluation an beruflichen Schulen“, Stuttgart
- 7.3.** DGB Sachsen, Fachkonferenz für Betriebs- und Personalräte „Arbeitsunfälle in Sachsen – Ursachen und Prävention“, Dresden
- 7.3.** DGB- Bundesausschuss mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel als Gastredner, Berlin
- 7.3.** DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Landesarmutskonferenz, Hannover
- 7.3.** DGB Berlin-Brandenburg, Medienworkshop „Einkommen und Tarifpolitik: Wann, wenn nicht jetzt?“, Berlin

- 8.3.** Internationaler Frauentag: „Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück“
- 8./9.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, Berlin
- 8./9.3.** Europäischer Rat, Sozialgipfel im Vorfeld des EU-Frühjahrgipfels, Brüssel
- 9.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Nach dem Scheitern von BenQ Mobile: Hat High-Tech-Entwicklung und -Produktion in Deutschland noch eine Chance?“, München
- 13./14.3.** DGB, Europäischer Sozialstaatskongress, Berlin
- 17.3.** ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Landesbezirkskonferenz, Leipzig

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Löttsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt.

„Wo der Teufel seine Macht verspielt, schickt er ein Weib“

Plakat eines Kundgebungsteilnehmers beim Politischen Aschermittwoch der CSU mit Edmund Stoiber in Passau

Unternehmenssteuerreform

## Hinters Licht geführt

Die Steuerausfälle durch die geplante Unternehmenssteuerreform werden deutlich höher ausfallen, als vom Bundesfinanzministerium bisher zugegeben. Nach internen Berechnungen der Bundesregierung, die dem DGB vorliegen, werden sich die Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte in den ersten fünf Jahren nach dem Start der Reform auf bis zu 30 Milliarden Euro belaufen: über 13 Milliarden Minus für den Bundeshaushalt, rund 12 bei den Ländern und etwa 4 Milliarden bei den Kommunen.

Der DGB hat grundsätzliche Zustimmung für eine Reform der Unternehmensbesteuerung signalisiert, jedoch nur bei voller Gegenfinanzierung. Mit Blick auf die nun vorliegenden Berechnungen erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Diese Zahlen belegen, dass sich die Bundesregierung offenbar endgültig davon verabschiedet hat, die geplante Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral zu gestalten.“ Als „großes politisches Täuschungsmanöver“ bezeichnete DGB-Vorstand Claus Matecki die Reform. Mit dem Verwirrspiel um die tatsächlichen Steuerausfälle sei die Bevölkerung

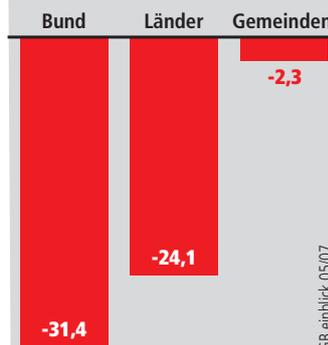
„schlichtweg hinter Licht geführt“ worden.

Positiv beurteilt hat der DGB die geplante Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer. Das sei eine wichtige Maßnahme, um „vor Ort Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren“, so Claus Matecki (einblick 03/07). Die internen Berechnungen der Bundesregierung zeigen allerdings auch in diesem Bereich für die Startphase der Reform ein anderes Bild: In den Jahren 2008 bis 2010 werden allein den Gemeinden über drei Milliarden an Gewerbesteuereinnahmen fehlen. „Besonders besorgt uns, dass damit den Gemeinden dringend benötigte Steuereinnahmen verloren gehen werden“, meint Michael Sommer.

Der DGB fordert deshalb von der Bundesregierung, auf die geplanten steuerlichen Entlastungen für Unternehmen zu verzichten. Mit den so gesparten Milliardenbeträgen sollten stattdessen gesellschaftlich wichtige Vorhaben finanziert werden, wie etwa eine ausreichende Zahl von Krippenplätzen. DGB-Vorstand Matecki hält es für „fast schizophren“, den Kommunen in der aktuellen Debat-

### Defizit schon jetzt enorm

Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte inkl. interner Verrechnungen (2005, in Milliarden Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 05/07

**Die zusätzlichen Steuerausfälle bis 2012 von voraussichtlich rund 30 Milliarden Euro durch die Unternehmenssteuerreform machen den Spielraum für die Finanzierung gesellschaftlicher Vorhaben, wie die Schaffung neuer Krippenplätze oder Investitionen in Bildung, noch geringer.**

te mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige abzuverlangen und ihnen gleichzeitig bis 2012 vier Milliarden Euro an Steuereinnahmen zu streichen.

Besorgt zeigen sich auch die kommunalen Spitzenverbände. Ihre Präsidenten, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude und der Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer (beide SPD), appellierten an die große Koalition, ihre Zusage einzuhalten, die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf die Gemeinden mindestens aufkommensneutral zu halten. „Es ist unabdingbar, entweder den Gesetzentwurf so zu korrigieren, dass die Städte und Gemeinden keine Steuereinnahmen verlieren oder dieses Ziel durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage sicherzustellen.“ Zumindest Letzteres hat die große Koalition inzwischen in Aussicht gestellt. •

Seite 3

### Gute Arbeit als Leitmotiv

**Statt das Arbeitsrecht zu deregulieren, sollte die EU sich bemühen, die Qualität der Arbeitsplätze in Europa zu verbessern**

Seite 5

### Gleiche Arbeit – Gleiches Geld

**IG Metall startet Kampagne für faire Entlohnung von Zeitarbeitern**

Seite 7

### Gewinner und Verlierer stehen noch nicht fest

**Der Kampf um die soziale Ausgestaltung der Rente mit 67 hat erst begonnen. Er kann im Interesse der Beschäftigten gewonnen werden, meint Wolfgang Schroeder**

## plusminusBERLIN

**+** **Winfried Hermann (Grüne) fordert angesichts der Ausschreitungen bei Fußballspielen mehr finanzielle Unterstützung für Fanprojekte durch den Bund: „Wer hier spart, muss hinterher für Repressionsmaßnahmen doppelt zahlen“.**

**-** **Ilse Elisabeth Falk, Fraktionsvize der Union, weiß, was Frauen wollen. Sie glaubt, dass das Lebensmodell Hausfrau „immer noch die Lebensvorstellung von vielen Frauen verwirklicht“, so Falk in einem Interview mit der Rheinischen Post.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.g8-germany.info**  
NGO-Plattform zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

### Hintergrund

**www.einblick.dgb.de**  
Der Aufschwung: Nicht alles ist Gold, was glänzt. Analyse der Gewerkschaft ver.di

## Pendlerpauschale

### Finanzgericht ruft Karlsruhe an

Die seit 2007 wirksame Kürzung der Pendlerpauschale ist nach Meinung des niedersächsischen Finanzgerichts verfassungswidrig. Die Grenze von 20 Kilometern, bis zu der Fahrten zum Arbeitsplatz nicht mehr als Werbungskosten geltend gemacht werden können, sei willkürlich. Die Neuregelung verstoße zudem gegen die Besteuerung nach

Leistungsfähigkeit, weil die nicht mehr berücksichtigten Fahrtkosten weiter das Arbeitseinkommen schmälern. Auf beide Punkte hatte der DGB bereits im vergangenen Jahr hingewiesen. Die Richter haben das Gesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. •

[www.dgb.de/homepage\\_kurztexte/pendlerpauschale.htm](http://www.dgb.de/homepage_kurztexte/pendlerpauschale.htm)

## Ausweitung des Entsendegesetzes

### Weitere Branchen im Visier

Spätestens ab dem 1. Januar 2009, wenn Unternehmen aus anderen europäischen Staaten ihre Beschäftigten auf Grund der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland zu den Einkommensbedingungen ihres Herkunftslandes arbeiten lassen

dürfen, droht in vielen Branchen ein ruinöser Lohnwettbewerb. Um das zu verhindern, haben sich Union und SPD Anfang März nach monatelangem Streit auf einen Acht-Punkte-Katalog für den Niedriglohnbereich verständigt. Geplant

### Nur ein erster Schritt

Vorschlag von Bundesarbeitsminister Müntefering zur Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf weitere Branchen



**Arbeitsminister Müntefering will das bislang nur für die Baubranche und die Gebäudereiniger geltende Entsendegesetz auf zehn weitere Branchen ausweiten. In vielen Niedriglohnbereichen kann es allerdings nicht greifen, weil die Arbeitgeber sich weigern, Tarifverträge abzuschließen.**

ist neben der Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen und der Einführung eines Kombilohns für bestimmte Zielgruppen auch eine Lohnanteilschranke. Das neue Instrument soll verhindern, dass Arbeitgeber den Lohn ihrer

Beschäftigten allein dadurch drücken können, dass der Staat ihnen ein ergänzendes Arbeitslosengeld II zahlt. Bis Ende März will Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) ein Gesamtkonzept präsentieren. •

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  - Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

### Gute Arbeit als Leitbild

Statt das Arbeitsrecht zu deregulieren, sollte sich die EU bemühen, die Qualität der Arbeitsplätze in Europa zu verbessern. Das fordert der DGB in seiner Stellungnahme zum Grünbuch Arbeitsrecht der EU-Kommission.

Wie lässt sich eine größere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten mit hoher sozialer Sicherung der ArbeitnehmerInnen verbinden? Die Lösung sieht die EU-Kommission im Konzept „Flexicurity“. Seit sie im November 2006 ihr Grünbuch Arbeitsrecht vorgelegt hat, wird europaweit verstärkt über dieses Konzept diskutiert. Auch beim Sozialgipfel am 8. März im Vorfeld der Frühjahrstagung des Europäischen Rates nahmen die Diskussionen über „Flexicurity“ großen Raum ein. Während Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt jede weitere europäische Regulierung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ablehnte, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer das Leitbild „gute Arbeit“ in den Mittelpunkt und forderte europäische Mindeststandards, um eine weitere Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen in Europa zu verhindern. Zudem betonte er, dass eine europäische Verfassung nur mit einer rechtsverbindlichen Verankerung der Grundrechtecharta akzeptabel sei. Schließlich baue „gute Arbeit“ auf Rechten für Arbeitnehmer auf – für den Einzelnen und für seine kollektive Vertretung.

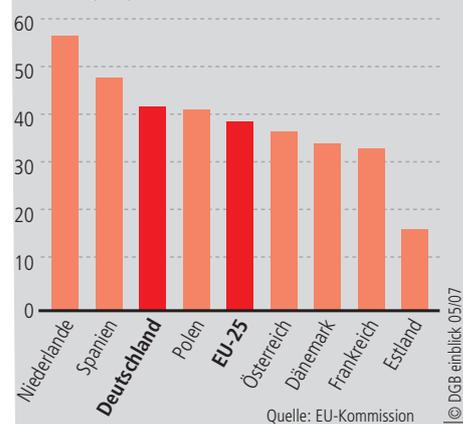
Solo-Selbstständigkeit, befristete Arbeit oder Leiharbeit: Immer mehr Menschen in Europa arbeiten in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Zunehmend ist der Arbeitsmarkt in Europa gespalten in gesicherte und in prekäre Beschäftigung. Der Befund wird von niemanden bestritten. Doch bei den Schlussfolgerungen scheiden sich die Geister.

Für die EU-Kommission ist die Zunahme der Beschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses ein Indiz dafür, dass die Standardarbeitsverträge der notwendigen

Flexibilität der Arbeitsmärkte entgegenstünden. Deshalb müsse das Arbeitsrecht verändert werden, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Gleichzeitig will sie mit dem Flexicurity-Konzept verhindern, dass im-

#### Irreguläre Beschäftigung boomt

Anteil von irregulärer Beschäftigung (befristet, Teilzeit etc.) und Selbstständigkeit an der Gesamtbeschäftigung (in Prozent)



**Nur noch rund 60 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in Europa sind in Standardarbeitsverhältnissen – sozialversichert und in Vollzeit – beschäftigt.**

mer mehr Menschen zu „Outsidern“ auf dem Arbeitsmarkt werden.

Der DGB hält den Ansatz der Kommission für falsch, mithilfe des Arbeitsrechtes für mehr Beschäftigung sorgen zu wollen. „Bereits der Titel des Grünbuchs unterstellt, arbeitsrechtliche Bestimmungen könnten wirksam Einfluss auf die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der Zukunft nehmen. Diese Auffassung teilen wir nicht“, erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Das Arbeitsrecht sei vor allem ein Schutzrecht, das die strukturelle Unterlegenheit der ArbeitnehmerInnen ausgleichen soll. Die von der Kommission geforderte Anpassung des Arbeitsrechtes werde zwangsläufig den Schutz der Beschäftigten minimieren.

Nach Auffassung des DGB sind arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse mit existenzsichernden Einkommen notwendige Voraussetzung, um mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erreichen. Auch der DGB hält eine Debatte darüber für notwendig, wie angesichts der modernen unterbrochenen Erwerbsbiografien Flexibilität mit größtmöglicher Sicherheit verbunden werden kann. Schließlich sei die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung der ArbeitnehmerInnen, insbesondere auch durch europäische Mindeststandards, ein zentrales Kennzeichen des europäischen Sozialmodells, heißt es in der DGB-Stellungnahme zum Grünbuch.

Notwendig sei vor allem, die Qualität der Arbeitsplätze zu verbessern. „Gute Arbeit muss zum Leitbild für die konkrete Politik der EU werden“, erklärt der DGB-Vorsitzende und hat in Bundesarbeitsminister Franz Müntefering einen Verbündeten gefunden. Müntefering will die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um gute Arbeit zu einem zentralen Anliegen der Europapolitik zu machen. „Europa braucht vermehrte und gemeinsame Anstrengungen zur Förderung guter Arbeit. Gute Arbeit bedeutet Arbeitnehmerrechte und Teilhabe, faire Löhne, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation“, heißt es in den Schlussfolgerungen aus dem informellen EU-Arbeitsministertreffen im Januar in Berlin. Zudem werden die Mitgliedsstaaten aufgerufen, „entsprechend ihren nationalen Gepflogenheiten das Standardarbeitsverhältnis zu stärken“ und atypische Beschäftigungsformen zu begrenzen. •

### Grünbuch Arbeitsrecht

Im November 2006 hat die EU-Kommission ihr Grünbuch „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ vorgelegt.

Ziel der EU-Kommission ist es, mit dem Grünbuch eine „ergebnisoffene Debatte“ darüber anzuregen, wie mithilfe des Arbeitsrechts „nachhaltiges Wachstum und gleichzeitig mehr und bessere Arbeitsplätze“ geschaffen werden können. Möglichen Reformbedarf hat die EU-Kommission im Grünbuch in insgesamt 14 Punkten ausgemacht und als „Arbeitsfragen“ formuliert – von Vorschlägen zu einem flexibleren Kündigungsschutz bis zu Regelungen zu grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnissen.

Die Mitgliedsstaaten sind bis Ende März zu einer Stellungnahme aufgefordert, auch die Sozialpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – sind am Konsultationsprozess beteiligt.

Voraussichtlich im Juni 2007 will die Kommission eine „Folgemitteilung“ zum Grünbuch herausgeben, die vor allem Konkretisierungen zum Flexicurity-Konzept enthalten soll.

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Stellungnahme des DGB zum EU-Grünbuch Arbeitsrecht

Friedenspreis

## Vorschläge erwünscht

Das Bürgerprojekt „Die AnStifter“ hat zum fünften Mal den Stuttgarter Friedenspreis ausgeschrieben. Bis zum 31. März können Personen oder Projekte vorgeschlagen werden, die sich „in besonderer Weise für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen“, so der Ausschreibungstext. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert und wird am 21. Dezember 2007 im Stuttgarter Theaterhaus im Rahmen einer Großen Friedens-Gala verliehen. Vorschläge an: [Peter-Grohmann@Die-Anstifter.de](mailto:Peter-Grohmann@Die-Anstifter.de). [www.die-anstifter.de](http://www.die-anstifter.de)

Potsdamer Forum

## Hohe Qualität

Um Ziele und Wege für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen geht es beim diesjährigen Potsdamer Forum, das am 5. und 6. Juni stattfindet. Unter der Überschrift „Der öffentliche Dienst – besser als sein Ruf – Leistungsfähigkeit für Menschen und Demokratie“ erfahren Führungskräfte aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, wie sich

die Leistungsbezahlung im öffentlichen Dienst auswirkt, welche Folgen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hat oder worauf bei einer professionellen Personalauswahl zu achten ist. Veranstaltet wird das Potsdamer Forum von ver.di in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung. Die Tagungspauschale beträgt 210 Euro für ver.di-Mitglieder, 260 Euro für Nichtmitglieder. •

Tel. 030/69 56 2137  
[www.verdi.de/potsdamer-forum](http://www.verdi.de/potsdamer-forum)

DGB Sachsen

## Europa feiern

Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge lädt der DGB-Bezirksvorstand Sachsen gemeinsam mit dem Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße zu einem internationalen Empfang am 26. März nach Dresden ein. Den Festvortrag wird Prof. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, halten. Dem internationalen Anlass des Empfangs entsprechend sind die Veranstaltungssprachen Deutsch, Tschechisch und Polnisch. •

DGB-Bezirk Sachsen, Tel. 0351/86 33 144  
[anna.bernstorff@dgb.de](mailto:anna.bernstorff@dgb.de)

Blick nach rechts

## Fakten kompakt

Mit viel Sachkunde analysieren die AutorInnen des zweiwöchentlich erscheinenden „Blick nach rechts“ die rechte Szene, schreiben über nationalistische, rassistische und antisemitische Bestrebungen in der Bundesrepublik und Europa, über bürgerschaftliches Engagement gegen Rechts sowie über Ausstellungen und Literatur zum Holocaust. Der „Blick nach rechts“ wurde in den achtziger Jahren gegründet und erscheint seit 2004 als Online-Dienst. Herausgegeben wird er vom Institut für Information und Doku-



mentation e.V., veröffentlicht im vorwärts-Verlag. Das Jahresabonnement kostet 9,80 Euro und umfasst neben dem Zugriff auf das Online-Magazin regelmäßig aktuelle Informationen sowie ein E-Paper, das sämtliche Beiträge des „Blick nach rechts“ als PDF-Dateien zum Herunterladen enthält. • [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

Magazin für Beamte

## Neues Konzept

Als Reaktion auf die Föderalismusreform hat das *DGB-Magazin für Beamtinnen und Beamte* nicht nur seinen Umfang verdoppelt. Um den komplexeren Zusammenhängen gerecht zu werden, räumt es den Ländermeldungen erheblich mehr Platz ein, so dass künftig regelmäßig an hervorgehobener Stelle aus jedem Bundesland berichtet werden kann. In dem jetzt 12-seitigen Magazin werden Schwerpunktthe-

men ausführlich aufgegriffen. Es wird umfassend über gesetzliche Vorhaben und gewerkschaftliche Alternativen berichtet und Service-Seiten helfen den Lesern bei rechtlichen Fragen. Interviews und Gastbeiträge spiegeln in einer neuen und übersichtlicheren Gestaltung das Meinungsspektrum zur Beamtenpolitik wider. Das Magazin kann im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ zum Jahresbezugspreis von 19,50 Euro abonniert werden. • [infoservice@beamten-magazin.de](mailto:infoservice@beamten-magazin.de)

## interregio

••• Der **DGB Bayern** hat als Mitglied des Interregionalen Gewerkschaftsrates Interalp mit österreichischen GewerkschafterInnen die „**Rosenheimer Erklärung**“ verfasst. In dem Aufruf wird ein Ende des Lohn- und Sozialdumpings in der EU gefordert. Vielmehr müssten im europäischen Integrationsprozess wirksame Maßnahmen für soziale Mindeststandards entworfen und umgesetzt werden. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bayern, Heide Langguth, weist in diesem Zusammenhang auf den Akzeptanzverlust der EU hin: „Die

Union besteht nicht nur aus Institutionen und freien Märkten, sondern in allererster Linie aus Menschen, die positive Erfahrungen mit einem gemeinsamen Europa verbinden müssen.“ Darüber hinaus wird der EGB in der Erklärung aufgerufen, eine europaweite Kampagne gegen Lohndumping zu starten. Mehr Infos: [www.dgb-bayern.de](http://www.dgb-bayern.de)

••• Der **DGB Niedersachsen** kritisiert den vom niedersächsischen Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) angekündigten **Innovationsfonds** als unzureichend.

Die Landesregierung müsse der Innovationsschwäche deutlicher entgegensteuern. Stattdessen seien die Gelder für Innovationsförderung seit 2003 um die Hälfte gekürzt worden. Da eine neue Innovationspolitik nötig sei, schlägt der DGB vor, das Innovationszentrum Niedersachsen und das dazugehörige Netzwerk auszubauen. Netzwerkstrukturen müssten geschaffen und gefördert werden. Innovation schließe darüber hinaus auch den alltäglichen Betriebsablauf und die Arbeitsorganisation ein. Mehr Infos: [www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

Innovationspolitik

## Projekte fördern

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat ein Förderprogramm „Innovationsstrategien jenseits des traditionellen Managements“ aufgelegt. Bis zum 20. April können Projektskizzen eingereicht werden, die Ideen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit und somit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen liefern. Denkbar sind deshalb auch Projektideen von Betriebsräten – die beispielsweise gemeinsam mit WissenschaftlerInnen erarbeitet werden können. • [www.bmbf.de/foerderungen/7546.php](http://www.bmbf.de/foerderungen/7546.php)

# GEWERKSCHAFTEN

Zeitarbeit  
.....

## Gewerkschaften fahren Doppelstrategie

Die Zeitarbeit boomt und gewinnt eine neue Qualität: Sie wird nicht mehr nur genutzt, um Auftragsspitzen abzudecken, sondern auch, um Tarifstandards zu unterwandern und Stammbeschäftigte zu ersetzen. Die Gewerkschaften reagieren darauf mit einer Doppelstrategie: Durchsetzung der DGB-Tarifverträge mit der Zeitarbeitsbranche einerseits, Start der Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ andererseits.

Die Leiharbeit verliert ihr Schmutzdelimage. Sie weist die höchsten Job-Zuwachsraten auf und entwickelt sich zum beschäftigungspolitischen Hoffnungsträger. „Mit Zeitarbeit gewinnen Sie berufliche Erfahrung“, schwärmt die Bundesagentur für Arbeit in einer Information für Arbeitnehmer. Dass in der Branche das Gesetz des Heuerns und Feuerns gilt, wird verschwiegen. Ebenfalls, dass Leiharbeiter oft viel weniger verdienen als Stammbeschäftigte und ihre Interessenvertretung meist gleich null ist.

Dabei ist auf den ersten Blick alles zum Besten bestellt: Laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sind Zeitarbeiter seit Januar 2003 mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichgestellt. Das AÜG schreibt gleiches Entgelt und gleiche Arbeitsbedingungen vor – equal pay und equal treatment. Doch die Sache hat einen Haken.

Im Gesetz steht auch der Satz „Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen.“

Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) ließ sich das nicht zweimal sagen und vereinbarte fleißig abweichende Regelungen: Der Gleichheitsgrundsatz des AÜG war dahin. Die DGB-Gewerkschaften zogen nach und schlossen mit den beiden größten Arbeitgeberverbänden – dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) – Verträge ab. Das geschah am grünen Tisch, ohne den sonst üblichen Druck gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer. Dennoch ist das Ergebnis beachtlich: Die DGB-Tarife sind nicht nur besser als die der „Christen“ (Grafik rechts), sie liegen mit einem Stundensatz von 7,38 Euro in der Entgeltgruppe 1 auch erheblich über den Tariflöhnen in etlichen anderen Branchen. Friseure in Sachsen verdienen 3,82 Euro die Stunde. Das Wachpersonal in Thüringen erhält einen Stundenlohn von 4,38 Euro. Die Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Hotel- und Gaststättenverband werden mit 5,25 Euro abgespeist.

Der DGB ist seit langem bemüht, in der Zeitarbeitsbranche einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,15 Euro durchzusetzen. Das würde den Dumpinglöhnen des CGB den Garaus machen.

Jahrelang haben die Gewerkschaften versucht, Leiharbeit als moderne Sklavenarbeit zu ächten. Diese Strategie wirkt bis heute nach: Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben fühlen sich in der Regel nicht für die Zeitarbeiter zu-

ständig. Genutzt hat die Tabuisierung der Leiharbeit nicht: Seit 1985 haben alle Bundesregierungen das AÜG dereguliert, um die Flexibilisierungsbedürfnisse der Unternehmer zu befriedigen. Kein Wunder, dass die Zeitarbeit einen Höhenflug erlebt. Relativ erfolglos war auch der Versuch der Gewerkschaften, in den Verleihbetrieben Fuß zu fassen. Kaum ein Betriebsrat konnte sich dauerhaft halten.

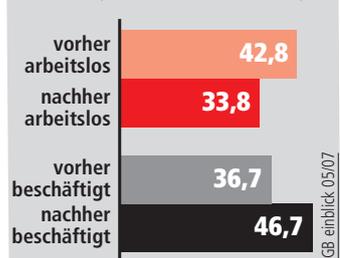
Die IG Metall NRW vollzieht deshalb jetzt einen Strategiewechsel. „Wir packen das Problem der unfairen Entlohnung dort an, wo wir ein Heimspiel haben – in den Entleihbetrieben“, erklärt IG Metall-Bezirkssekretär Jörg Weigand. Motto und Ziel der Kampagne lauten: „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. Der nordrhein-westfälische IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel nimmt die Betriebsräte moralisch in die Pflicht: „Es widerspricht allen gewerkschaftlichen Grundsätzen,

## Mindestlohn ausgeweitet

Der Bundestag hat am 12. März die Ausweitung des Entsendegesetzes auf das Gebäudereinigerhandwerk beschlossen. „Damit ist der Weg für Mindestlöhne frei“, erklärte die IG BAU. Sobald der Bundesrat zugestimmt hat, gelten für in- und ausländische Gebäudereiniger-Unternehmen die in Deutschland üblichen Tariflöhne (7, 87 Euro im Westen und 6, 36 Euro im Osten) als Mindestlöhne. Bislang galt das Entsendegesetz nur für das Baugewerbe – und hat sich dort bewährt: Die Lohnspirale nach unten ist gestoppt worden.

### Kein echtes Sprungbrett

Beschäftigtenstatus vor und nach Leiharbeit (Westdeutschland 2003)

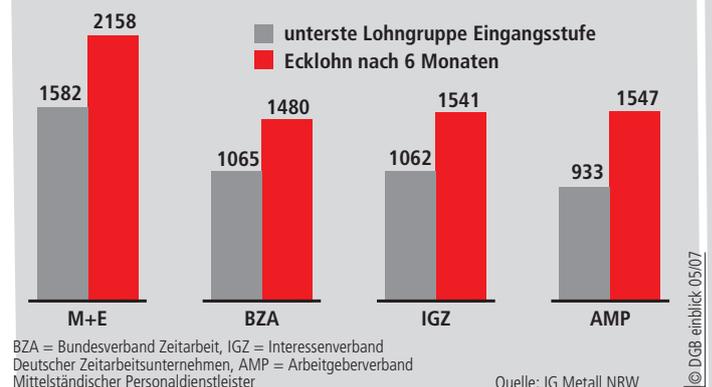


Quelle: IAB (Kurzbericht 14/2006)

Jeder vierte Zeitarbeiter war vorher arbeitslos – und jeder dritte auch nachher. Zeitarbeit ist also nicht wirklich ein Sprungbrett in Beschäftigung. Den so genannten Klebeffekt beziffert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit 15 Prozent, die Zeitarbeitsverbände reden von 30 Prozent.

### Krass ungleich

Tarifliche Monatseinkommen in der Metall- und Elektroindustrie NRW (M+E) sowie in der Zeitarbeitsbranche (in Euro)



Arbeitnehmer zweiter Klasse zu akzeptieren.“

Gleiches Geld für gleiche Arbeit fordert auch die IG Metall Berlin-Brandenburg. In ihrem „Sozialreport Zeitarbeit“ weist sie nach, dass Leiharbeit nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist. So beträgt beispielsweise der Anteil der Zeitarbeiter an der Belegschaft im BMW-Werk Leipzig 30 Prozent. •

Größter Arbeitgeberverband in der Zeitarbeitsbranche ist der BZA, dem 1800 Unternehmen angehören. Auf Platz zwei und drei folgen der IGZ mit 950 und der AMP mit 850 Mitgliedsunternehmen. Die DGB-Gewerkschaften haben Tarifverträge mit BZA und IGZ abgeschlossen, der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) mit AMP. Fast alle Leiharbeiter werden nach Verbandsangaben nach Tarif bezahlt. Für zwei Drittel gelten die DGB-Tarife, für jeden vierten gilt der AMP-Tarif.

## kurz & bündig



**Die GdP lehnt eine öffentlich zugängliche Datenbank für**

**Sexualstraftäter als verfassungswidrig ab. Dringlicher sei vielmehr eine Diskussion über die personelle Ausstattung im Strafvollzug. Es fehle an Justizvollzugs- und medizinisch-therapeutischem Personal. Eine Erfolg versprechende Resozialisierung sei so „immer weniger zu gewährleisten“.**



**Die IG BAU hat eine Meldestelle für Lohndumping in der**

**Gebäudereinigung eingerichtet. An die gebührenfreie Hotline können sich ArbeitnehmerInnen wenden, die weniger als den Mindeststundenlohn von 7,87 Euro (Ost: 6,36 Euro) erhalten. Tel. 0800/4422802**

ver.di

**Die beiden ver.di-Fachgruppen „Rundfunk, Film und audiovisuelle Medien“ (RFAV) und „Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union“ (dju) haben fusioniert. Die neu gegründete Fachgruppe Medien organisiert insgesamt 45 000 Medienschaffende.**



**Die IG BCE fordert, dass bei der Umwandlung der BASF AG in**

**eine Europäische Aktiengesellschaft die Qualität der bisherigen Mitbestimmung erhalten bleiben muss. Dazu gehöre die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse. Außerdem müssten möglichst alle Beschäftigtengruppen sowie ausländische ArbeitnehmerInnen ausreichend vertreten sein.**

## EGB-Petition

### Bereits 170 000 Unterstützer

Die Ende 2006 gestartete Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle (einblick 01/07) findet im-

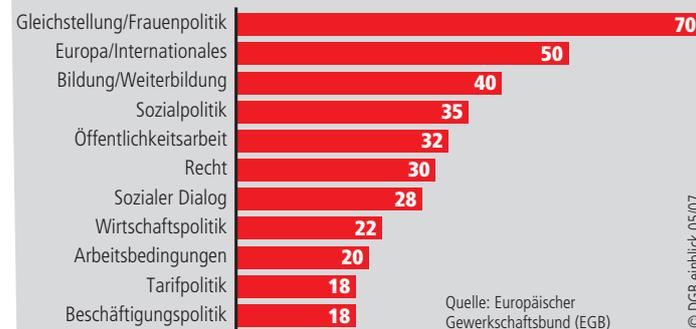
mer breitere Unterstützung. Bereits 170 000 Europäer haben die Petition des EGB unterschrieben, die die EU-Kommission auffordert, europäische Gesetzesvorschläge zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen zu unterbreiten. Der EGB hat sich zum Ziel gesetzt, insgesamt eine Million Unterschriften für die Petition zu sammeln, und wird

dabei von den europäischen Gewerkschaften, auch dem DGB, unterstützt. Die französische CGT hat bereits angekündigt, mindestens 200 000 Unterschriften beizusteuern. Auch die sozialistische Fraktion im EU-Parlament ruft dazu auf, die Petition zu unterzeichnen. •

Unterschriften unter:  
www.petitionpublicservice.eu

## Traditionelle Arbeitsverteilung

Frauenanteil an den politischen Sekretären in den europäischen Gewerkschaften nach Politikbereichen (in Prozent)



**42,5 Prozent der Mitglieder in den europäischen Gewerkschaften sind weiblich, besonders hoch ist der Frauenanteil in den skandinavischen und baltischen Ländern. Doch auch bei den Gewerkschaften sind Frauen in den Führungsetagen nur selten vertreten. Lediglich 17 Prozent der Vorsitzenden in Europa waren 2006 weiblich. Das zeigt eine aktuelle Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Immerhin setzen 56 Prozent der europäischen Gewerkschaftsbünde auf spezifische Fördermaßnahmen, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.**

## Fragen an



**Der europäische Flugzeughersteller Airbus will 10 000 Arbeitsplätze streichen. Standorte sollen verkleinert oder an Investoren verkauft werden. einblick hat Peter Scherrer, 47, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), gefragt, wie die Gewerkschaften der vier betroffenen Länder verhindern wollen, dass sie gegeneinander ausgespielt werden.**

■ Bei der Airbus-Krise geht es auch um nationale Interessen. Wie will der EMB verhindern, dass das auf die Gewerkschaften durchschlägt?

■ Der EMB bildet in Fällen von Restrukturierungsprogrammen bei multinationalen Konzernen eine gewerkschaftliche Koordinierungsgruppe. Sie besteht aus den Mitgliedern der Europäischen Betriebsräte und aus Gewerkschaftsvertretern. Hier werden sehr konkrete Absprachen getroffen. Und wir verpflichten uns zu größtmöglicher Transparenz. Das hat schon oft funktioniert. Gegenseitige Information ist das A und O der Solidarität, dadurch schaffen wir Vertrauen.

■ Allen Solidaritätsbekundungen zum Trotz geht es für die Betriebsräte auch um die Arbeitsplätze im eigenen Betrieb. Bei Airbus haben französische Betriebsräte ein Gutachten vorgelegt, das den Standorten in Frankreich eine höhere Wirtschaftlichkeit bescheinigt.

■ Den Kollegen muss klar sein, dass wir alle gemeinsam verloren haben, wenn wir uns aufspalten las-

sen. Die scheinbaren Vorteile für den einen Standort werden ja fast immer durch Zugeständnisse erpresst. Das hält in aller Regel nicht lange. Neue Forderungen folgen. Eine Spirale nach unten wird in Gang gesetzt. Die Erkenntnis, dass diese Spirale allen Arbeitnehmern an allen Standorten schadet, setzt sich aber immer deutlicher durch.

■ Die Auftragsbücher bei Airbus sind trotz der aktuellen Krise voll. Das könnte sich ändern, wenn der Flugverkehr stärker in den Fokus der Klimaschutzdiskussion gerät. Reicht die Form der europäischen Zusammenarbeit, um eine noch größere Krise abzuwenden?

■ Wir müssen unsere Kooperation dringend verstärken. Im EMB haben wir uns klare, vorwärtsweisende Regeln gegeben. Wir haben sogar die Möglichkeit, uns von unseren Mitgliedsorganisationen ein Mandat für europaweite Verhandlungen geben zu lassen. Die Instrumente sind also da. Nun heißt es, unsere politischen Beschlüsse verbindlich umzusetzen. Dann werden wir zu einer wirklich schlagkräftigen europäischen Gewerkschaftspolitik kommen.

Rente mit 67

## Jetzt geht es um soziale Gestaltung

Am 9. März hat der Bundestag die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen. Aber der Kampf um die soziale Ausgestaltung der Rente mit 67 hat erst begonnen, meint der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder.

Die Rente mit 67 kommt, doch **wer Gewinner und Verlierer der Rente mit 67 sein werden, ist noch nicht entschieden**. Zwar lässt sich angesichts des demographischen und arbeitsmarktbedingten Wandels die Rentenpolitik der 1970er und 1980er Jahre nicht unverändert fortzuschreiben, aber klar ist: Ein einheitliches Renteneintrittsalter, mit dem alle Beschäftigten tatsächlich in Rente gehen, kann es nicht geben. Gesundheitliche, arbeits- und arbeitsmarktbedingte Unterschiede sowie persönliche Präferenzen führen zu verschiedenen Renteneintrittsaltern. Trotzdem hat die Politik in den letzten Jahren nahezu alle Optionen, die in der Vergangenheit diesen Unterschieden Rechnung getragen haben, abgebaut. Möglichkeiten für einen flexiblen, sozial akzeptablen Renteneinstiegs fehlen heute. Deshalb sind in der Rentenpolitik zunächst einmal Präventionsmaßnahmen im Bereich von Qualifikation, Gesundheit und Arbeitsorganisation notwendig, **damit die Menschen gesund und motiviert lange arbeiten können**.

Eine generelle Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann nur unter folgenden Voraussetzungen funktionieren:

1. Wenn hinreichend viele Arbeitsplätze für Ältere vorhanden sind. Andernfalls bezahlen die von Arbeitslosigkeit Betroffenen durch Abschläge einen inakzeptabel hohen Preis.
2. Wenn die Arbeit alters- und altersgerecht gestaltet wird.
3. Wenn die Menschen gesundheitlich fit sind, um die von ihnen verlangten Tätigkeiten verrichten zu können.
4. Wenn in die Qualifikation aller Altersgruppen investiert wird.
5. Wenn sich die Unternehmen vom Defizitmodell verabschieden und die spezifischen Kompetenzen älterer Beschäftigter wieder wertschätzen.
6. Wenn diejenigen, die aufgrund erheblicher beruflicher Belastungen nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können, Möglichkeiten eines sozial akzeptablen Ausstieges erhalten.

Um diese Voraussetzungen zu schaffen, ist noch viel zu tun. Die staatlichen Programme zur Förderung der Beschäftigungsquote Älterer, wie die Initiative

neue Qualität der Arbeit (INQA) und die Initiative 50 plus sind bislang **nicht mehr als Symbolpolitik**. Sollen von ihnen wirkliche Anstöße ausgehen, müssen mehr finanzielle und ideelle Ressourcen in diese Projekte investiert werden.

Aber das alleine reicht nicht. Gegenwärtig kommt nur etwa ein Fünftel der Rentenzugänge direkt aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Selbst wenn diese Zahl durch eine **offensive Präventionspolitik** deutlich steigen würde, bedarf es auch weiterhin eines sozial verträglichen Ventils.



**Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, 46, ist seit Mai 2006 Lehrstuhlinhaber für das „Politische System der Bundesrepublik Deutschland – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Zuvor war er Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik der IG Metall.**

Dafür ist eine **modifizierte Form der Altersteilzeit** notwendig, die auch nach 2009 einen wirksamen Beitrag zum Übergang in den Ruhestand leistet. Zugleich ist eine verbindlichere Koordinierung zwischen den Ministerien, mit den Unternehmen sowie den Tarifparteien notwendig. Paradoxiere Weise bietet die neue Konstellation günstigere Chancen für eine **qualitative Tarifpolitik**.

Mit ersten demographie- und qualifizierungsorientierten Verträgen sowie durch ihre Arbeitszeitkontenpolitik haben sich die Gewerkschaften längst auf den Weg gemacht. Jetzt sind die Arbeitgeber gefordert. Denn wenn die altersspezifischen Fragen der Arbeitspolitik weiterhin den Personalabteilungen der Unternehmen überlassen bleiben, dann gibt es wenig Anlass für Zuversicht. Was nützt es, wenn einzelne Vorzeigeunternehmen eine vorbildliche demographieorientierte Personalpolitik betreiben, aber nach wie vor über 50 Prozent der Unternehmen keine über 50-Jährigen beschäftigen? Um eine **vorsorgende, altersgerechte Beschäftigungsförderung** zu betreiben, wären flächendeckende Tarifverträge notwendig. Dafür müssten die positiven betrieblichen Einzelfälle durch Tarifvertrag verallgemeinert werden. Mit ihren Ideen und Instrumenten können die Gewerkschaften nicht nur einen Beitrag zur Gestaltung des demographischen Wandels leisten, sondern zugleich den Flächentarifvertrag stabilisieren. Der Kampf um eine soziale Gestaltung der Rente ab 67 hat erst begonnen. Er kann im Interesse der Beschäftigten gewonnen werden. ●

## Nur minimaler Spareffekt

**Lediglich 169 von 614 Bundestagsabgeordneten haben gegen die Rente mit 67 gestimmt – neben den Fraktionen von FDP, Grünen und Linkspartei nur elf Abgeordnete der SPD. Ob die Argumente, mit denen die große Koalition die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters durch das Parlament gebracht hat, stichhaltig sind, bleibt allerdings weiter umstritten. Nach Berechnungen der Regierung beträgt der maximale Spareffekt der Rente mit 67 im Jahre 2029 gerade einmal 0,5 Beitragspunkte. Auch die Antwort auf die Frage, woher die notwendigen zusätzlichen 1,5 Millionen Arbeitsplätze kommen sollen, damit die Beschäftigten bis 67 arbeiten können, ist die Koalition schuldig geblieben.**

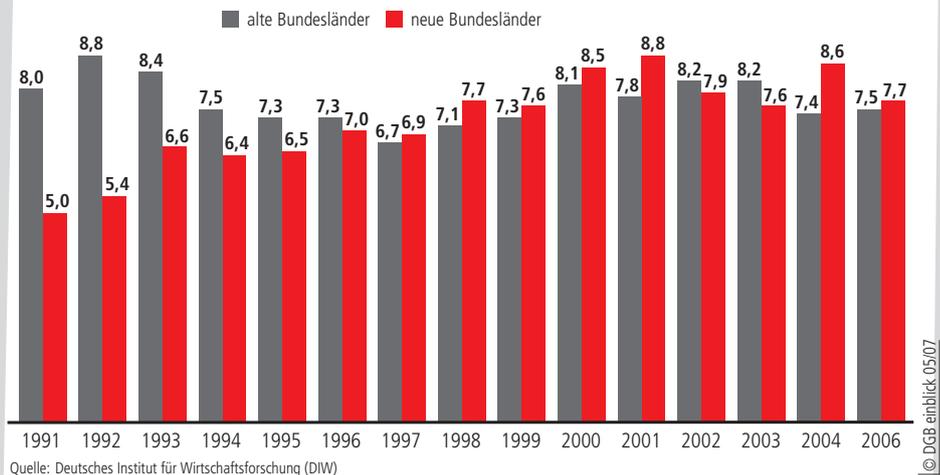
**Für den DGB ist deshalb die Auseinandersetzung um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters mit der Bundestagsentscheidung nicht beendet. „Die Nagelprobe kommt 2010“ erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Falls die Beschäftigungsquote Älterer nicht, wie von der Koalition unterstellt, nachhaltig steigt, müsse die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ausgesetzt werden.**

**Brandner, Nahles und Riester dafür: Das Abstimmungsverhalten aller Bundestagsabgeordneten bei der Rente mit 67**  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### BILDUNGSRENDITE: Der Osten hat aufgeholt

**Fast zwanzig Jahre nach der Wende sind die Löhne im Osten noch immer niedriger als im Westen. Bei der Frage, wie sich Berufsausbildung oder Studium lohnen, hat der Osten den Westen allerdings eingeholt. 2005 lag das Einkommen von Vollzeitbeschäftigten je zusätzlichem Jahr schulischer oder beruflicher Bildung acht Prozent über dem von Ungelernten. Im Westen waren es 7,5 Prozent. Wegen der höheren Arbeitslosigkeit im Osten profitieren aber nicht alle von einem höheren Bildungsabschluss.**

Wie stark steigt das Einkommen mit jedem in Bildung investiertem Jahr? (in Prozent)



### personalien

••• **Markus Franz**, 44, seit März 2003 einer der drei Pressesprecher des DGB, zuvor Redaktionsleiter der NRW-Ausgabe der taz sowie verantwortlicher Politik-Redakteur der NRW-Seiten der *Süddeutschen Zeitung*, ist ab dem 1. Mai Sozialreferent der deutschen Botschaft in Washington.

### 4 TAGE

- 20.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Ist die Medizintechnik in Deutschland zukunftsfähig?“, Gelsenkirchen
- 21.3.** DGB-Bildungswerk, Tagung „Was bedeutet In-

- tegration? Integrationsindikatoren auf dem Prüfstand“, Düsseldorf
- 21.3.** DGB Hamburg, Ausstellungseröffnung „100 Jahre Gewerkschaftshaus“, Hamburg
- 21.3.** DGB Sachsen, Workshop „Personalentwicklung in Sachsen“, Dresden
- 22.3.** DGB Berlin – Brandenburg und Kooperationsstellen FU und TU Berlin, Tagung „Unsicherheit und Armut trotz Arbeit – Präkäre Beschäftigung und gewerkschaftliche Alternativen“, Berlin
- 22.-24.3.** IG Metall, Bundesmigrationskonferenz „Europa – besser mit uns!“, Sprockhövel
- 23./24.3.** ver.di Hessen, Landesbezirkskonferenz, Raunheim

- 26.3.** DGB Sachsen, Empfang „50 Jahre Römische Verträge. Unser Europa: frei – gleich – gerecht“, Dresden
- 26./27.3.** Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall, Workshop „Union Renewal – Gewerkschaften zwischen neuen internationalen Erfahrungen und nationaler Praxis“, Kassel
- 29./30.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Über Hartz hinaus – Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik?“, Berlin
- 29.3.** DGB, Medienpolitischer Dialog „Von der Sehnsucht des Journalisten, Politik zu machen“, Berlin
- 30./31.3.** attac, Konferenz „EU – Global fatal: Traum oder Alptraum im Osten?“, Stuttgart

### Tipp

**Buch: Hans-Peter Müller, Manfred Wilke, Gestaltend Einfluss nehmen, Bahngewerkschaft und Bahnreform 1993 – 2005, edition sigma, Berlin 2006, 344 Seiten, 22,90 Euro**  
 2007 will die Bundesregierung über einen Börsengang der Bahn AG entscheiden. Kennntnisreich und detailliert, zeichnen Hans-Peter Müller und Manfred Wilke Einflussmöglichkeiten und Strategie der Gewerkschaft TRANSNET auf den Privatisierungsprozess nach. Weil die von der Politik gewollte Bahnreform nicht zu verhindern sei, habe TRANSNET sie mitgetragen, um Einfluss auf ihre soziale Ausgestaltung nehmen zu können.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt.

„Wir brauchen freundliche Heuschrecken“

Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), über die Möglichkeit ostdeutscher Betriebe, ihre oft zu geringe Kapitalausstattung mit Hilfe von Private Equity Fonds zu erhöhen.

Mindestlohn

## Sittenwidrig ist alles unter 7,50 Euro

Ende März schien der Durchbruch erreicht. Jedenfalls, wenn man der schlagartig in den Medien verbreiteten Stimmung Glauben schenkt. Selbst in der Union fände der gesetzliche Mindestlohn „immer mehr Befürworter“, meldete die *Berliner Zeitung* am 26. März mit Bezug auf den CDA-Vize Gerald Weiß. „Es bleibt nicht beim kategorischen Nein“, gab ein anderer, lieber ungenannt bleibender Unions-Politiker an gleicher Stelle zu Protokoll. Und CDU-Arbeitsmarktexperte Ralf Brauksiepe zeigte in der *Frankfurter Rundschau* Sympathie für die Ankündigung von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), gesetzlich gegen Billiglöhne vorzugehen.

Dabei hatte Müntefering lediglich vorgeschlagen, dass künftig der Gesetzgeber die Grenze der Sittenwidrigkeit von Löhnen definiert. Bislang machen das die Gerichte. So verflieg die Euphorie in den Medien so schnell, wie sie gekommen war.

Der DGB hat die Initiative des Arbeitsministers zwar begrüßt. Zugleich hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer aber auch erklärt, dass die Initiative „gesetzlich festgelegte Mindestlöhne nicht ersetzen kann“. Abweichungen vom Tarif-

lohn um bis zu dreißig Prozent würden zu Stundenlöhnen von 3,20 Euro oder weniger führen. Sittenwidrig sei aber „jeder Stundenlohn, der weniger als 7,50 Euro beträgt“.

Ein Durchbruch in der Mindestlohnfrage war die Initiative von Müntefering also nicht. Führende Unionspolitiker lehnen Mindestlöhne nach wie vor kategorisch ab. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) beispielsweise kann sich lediglich einen „kleinen Mindestlohn“ vorstellen: Eine so genannte Lohnschränke soll sicherstellen, dass Arbeitgeber, die einen staatlichen Lohnzuschuss erhalten, einen bestimmten Mindestlohnanteil selbst tragen. Das hat wenig mit einem Mindestlohn zu tun, sondern eher mit der Ausgestaltung eines Kombilohnmodells.

Um Bewegung in die festgefahrene Debatte zu bringen, haben die SPD und die CDU-Sozialausschüsse Unterschriftskampagnen für einen Mindestlohn gestartet. Der SPD-Aufruf wird vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sowie den Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften mitgetragen. Zu den UnterzeichnerInnen des CDA-Aufrufes für tarifliche Mindestlöh-

### Nicht existenzsichernd

Grenze für die Sittenwidrigkeit von Löhnen bei einer Unterschreitung des niedrigsten Tariflohns um 30 Prozent (in Euro/Stunde)

Friseurhandwerk (Sachsen)	2,14
Bewachungsgewerbe (Berlin)	3,60
Privater Transport und Verkehr (Sachsen-Anhalt)	3,82
Floristik (West)	4,16
Hotel und Gaststätten (Hamburg)	4,42
Landwirtschaft (Bayern)	4,52
Steine-Erden-Industrie (Thüringen)	4,93

Quelle: WSI-Tarifarchiv

© DGB einblick 06/07

**Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) will Löhne, die 30 Prozent unterhalb des niedrigsten Tariflohns liegen, als sittenwidrig verbieten. In vielen Branchen ist das zu wenig, um den Beschäftigten ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen.**

ne gehören neben DGB-Vize Ingrid Sehrbrock auch die Vorstandsmitglieder Regina Görner (IG Metall) und Kurt Martin (ver.di).

Allen Schwierigkeiten beim Mindestlohn zum Trotz gibt es in anderen Bereichen der Niedriglohndebatte erste Bewegung. Auf ein „Kombilohnmodell für junge Arbeitslose“ haben sich die ExpertInnen der großen Koalition bereits verständigt. Auch das „Konzept eines sozialen Arbeitsmarktes für 100 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose“ sei abgehakt, erklärt Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner (SPD). Falls die Vorschläge umgesetzt werden, hätte sich die Koalition zumindest der DGB-Forderung nach Einführung eines „ehrlichen dritten Arbeitsmarktes“ angenähert. •

## plusminusBERLIN

**+** Die SPD-Spitze macht sich für eine „große Bafög-Reform“ stark. Der Generalsekretär der SPD, **Hubertus Heil**, verwies darauf, dass das Bafög seit 2001 nicht mehr an die Inflationsrate angepasst worden und damit faktisch gesunken sei.

**-** CDU-Abgeordneter **Peter Götz** freut sich, dass es bei der Finanzkraft der Kommunen „spürbar aufwärts geht“. Dass die Kommunen durch die Unternehmenssteuerreform vier Milliarden Euro verlieren, hat er dabei übersehen.

Seite 3

**Meist Raubritter, selten Retter**

**Betriebsräte können den Verkauf ihres Unternehmens an Finanzinvestoren meist nicht verhindern. Den Heuschrecken sind sie dennoch nicht ohnmächtig ausgeliefert**

Seite 5

**Wir wollen die Besten**

**Die Anforderungen an die GewerkschaftssekretärInnen steigen. IG BCE, IG Metall und NGG nutzen zur Nachwuchsförderung auch Trainee-Programme**

Seite 7

**Prekarisierung ist kein Schicksal**

**Der Arbeitsmarkt bleibt gespalten. Die Gewerkschaften müssen deshalb die Interessen der prekär Beschäftigten stärker in den Blick nehmen, meint Klaus Dörre**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**www.berufsschultour.de**  
Die Berufsschultouren der DGB-Jugend 2007

**Hintergrund**

**www.einblick.dgb.de**  
„Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.“ Alle Infos zum 1. Mai im Überblick

Praktikaschleifen

## SPD-Abgeordnete für gesetzliche Lösung

Mit neuen Maßnahmen will die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gegen ausufernde Praktika und Scheinpraktika vorgehen. Einem gerade vorgelegten Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zufolge haben 2004 und 2005 zusammen rund 300 000 Arbeitssuchende eine sozialversicherte Beschäftigung

über ein Praktikum gefunden. Das sind, so das Nürnberger Institut, gerade einmal 2,3 Prozent der fast 13 Millionen Einstellungen insgesamt.

Mehr als 60 000 Unterschriften unter einer Online-Petition der DGB-Jugend erzwangen eine öffentliche Anhörung zum Thema im Bundestag. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock unterstrich dabei den

Handlungsbedarf: „Seit zwei Jahren fordern wir von den Arbeitgebern, Rahmenbedingungen für faire Praktika zu schaffen. Doch die Appelle sind weitgehend folgenlos verhallt. Wir brauchen endlich eine gesetzliche Definition dessen, was ein Praktikum ist.“ Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich nun des Themas angenommen: „Es gibt derzeit keine bundesweiten belastbaren Daten über die Zahl der Hochschulabsolventen in unbezahlten Praktika. Aber es ist nicht zu übersehen, dass immer mehr Hochschulabsolventen in Praktikumsschleifen landen.“ Die Sozialdemokratin will in ihrer Fraktion für eine gesetzliche Lösung werben. So soll über eine andere Beweislastregelung nachgedacht werden: Nach der liege kein Praktikum sondern ein Arbeitsverhältnis

vor, wenn dasselbe länger als zwei Monate dauere. Dauere es länger, bestehe eine verschärfte Beweissituation für den Arbeitgeber. Nicht zuletzt hält die Juristin schriftliche Verträge für notwendig. Eine solche schriftliche Fixierung, die bei Praktika bislang nicht gesetzliche Norm ist, „verdeutlicht den Vertragsparteien, dass es sich bei einem Praktikum um ein Lern- und nicht um ein Arbeitsverhältnis handelt“.

Schulstrukturen

## GEW fordert offene Debatte

Trotz massiver Kritik von UN-Menschenrechtsinspektor Vernor Muñoz am deutschen Bildungssystem lehnen die Kultusminister der Länder eine Überprüfung des dreigliedrigen Schulsystems ab. Muñoz hatte in einem Mitte März veröffentlichten Sonderbericht kritisiert, dass in Deutschland durch die im internationalen Vergleich frühe Aufteilung der SchülerInnen auf die verschiedenen Schulformen sozial benachteiligte SchülerInnen, Kinder von Migranten und SchülerInnen mit Behinderung „systematisch benachteiligt“ würden.

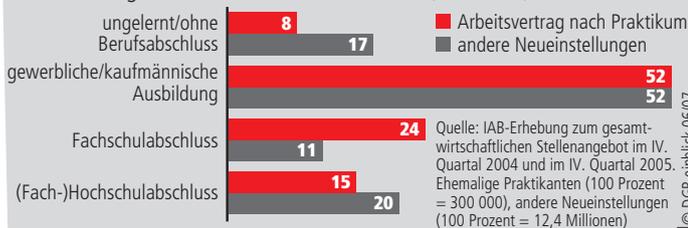
„Das dreigliedrige Schulsystem bietet genügend Durchlässigkeit“, wies der KMK-Präsident Jürgen Zöllner (SPD) die Kritik zurück. Es sei ein Irrglaube, dass die Probleme im Bildungsbereich durch eine Zusammenlegung von Schulformen gelöst werden könnten.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hält die Kritik der Kultusminister am Muñoz-Bericht für „grotesk“. „Wer die deutsche Schule als Erfolgsgeschichte verkauft, verhöhnt tausende von Kindern, die in diesem System gescheitert sind“, warnte GEW-Vize Marianne Demmer. Erforderlich sei eine offene Debatte über die Defizite der bestehenden Schulstrukturen und die Aufnahme des Rechts auf Bildung in die Verfassung.

[www.gew.de/Deutsche\\_Schulpolitik\\_auf\\_dem\\_Pruefstand.html](http://www.gew.de/Deutsche_Schulpolitik_auf_dem_Pruefstand.html)

### Kaum Anschlussjobs

Anteil der Arbeitsverträge im Anschluss an ein Praktikum sowie andere Neueinstellungen nach beruflicher Qualifikation (in Prozent)



**Praktika erhöhen die Chance auf eine Festanstellung nur unwesentlich. Kritiker sehen darin bestenfalls die klammheimliche Einführung einer Probezeit vor der Probezeit.**

## ? ... nachgefragt



**Die große Koalition will bis Ende 2007 die Pflegeversicherung reformieren. Die CSU schlägt vor, die rund 70 Millionen gesetzlich Versicherten zu einer privaten Zusatzversicherung zu verpflichten. Die Einführung einer solchen Zusatzpauschale wird von der SPD strikt abgelehnt. Karl Lauterbach, 43, SPD-Gesundheitsexperte und Bundestagsabgeordneter, erläutert die Gründe und nennt Alternativen.**

„Der Vorschlag ist schlecht – in mehrfacher Hinsicht. Zum einen ist schon absurd, die kleine Pflegeversicherung mit einer Zusatzpauschale zu ergänzen. Wofür braucht man dann noch die Pflegeversicherung? Zum anderen soll diese Zusatzversicherung auch noch in die Hände der privaten Assekuranz gehen. Die Versicherungsunternehmen mit einem lukrativen neuen Geschäftsfeld zu bedienen, scheint das Hauptanliegen zu sein. Denn eine individuelle Kapitaldeckung hilft der privaten Versicherungswirtschaft und sonst niemandem. Der erneute Versuch, einkommensunabhängige Kopfpauschalen in die Sozialversicherung einzubauen, ist im höchsten Maße unsozial, weil Pauschalen Einkommensschwache wesentlich stärker als Gutverdienende belasten. Zudem würde er in einem bürokratischen Overkill enden. Viel unbürokratischer und gerechter ist es, die Kapitalrücklagen im bestehenden Solidarsystem, angelegt

von den Trägern der Pflegeversicherung, aufzustocken – notfalls durch Beitragserhöhungen. Schließlich ist jeder Euro, der für die Verbesserung der Pflegeleistungen in Zukunft ausgegeben wird, eine gute Investition in eine menschlichere Gesellschaft, die außerdem auch noch neue Arbeitsplätze schafft. Der einfachste Weg, um die Rücklagen zu erhöhen und die Qualität der Pflege zu verbessern, ist, die Einkommensstarken über Beiträge stärker zur Finanzierung heranzuziehen. Dazu gehört auch ein Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung, wie ihn bereits der Koalitionsvertrag vorsieht. Gut verdienende Privatversicherte haben ein um zwei Drittel geringeres Pflegerisiko als gesetzlich Versicherte. Deshalb sind ihre Prämien wesentlich niedriger, zugleich konnten die privaten Pflegeversicherungen erhebliche Rücklagen bilden. Es ist mit nichts zu rechtfertigen, dass Einkommensstarke für die gleichen Leistungen in der privaten Pflegeversicherung weniger zahlen als Einkommensschwache.“

## Meist Raubritter, selten Retter

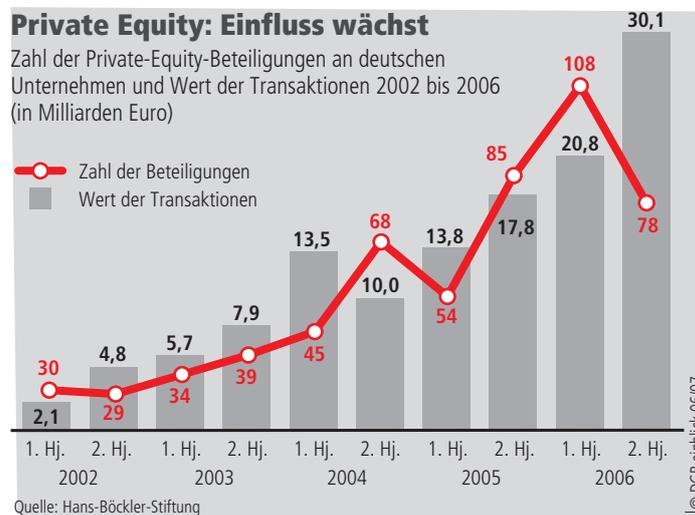
Die Macht der Private-Equity-Fonds in Deutschland wächst – und mit ihr die Kritik am Raubrittertum der „Heuschrecken“. Betriebsräte können zwar nicht den Verkauf eines Unternehmens verhindern, müssen ihm aber auch nicht ohnmächtig zusehen.

Als die Linde AG im November 2006 ihre Gabelstaplersparte Kion Group für vier Milliarden Euro an die Finanzinvestoren Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR) sowie an Goldman Sachs Capital Partners verkaufte, machte sie klare Vorgaben: Die Käufer mussten alle Job-Garantien und Betriebsvereinbarungen akzeptieren, die Verschuldung von Kion begrenzen und zusichern, dass sie bis Mitte 2008 kein Eigenkapital aus der Firma abziehen.

Das war ein Erfolg gewerkschaftlichen Drucks und kooperativer Unternehmenskultur: IG Metall, Betriebsrat und die Muttergesellschaft Linde AG haben an einem Strang gezogen. Selbst der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) glaubt, dass Kion kein Ausnahmefall war, sondern „dass wir einzelne Elemente dieses Verkaufs bei künftigen Verkäufen wieder sehen werden“, sagte BVK-Vorstandsvorsitzender Thomas Püttner.

Möglicherweise früher als erwartet: Die IG Metall will verhindern, „dass Chrysler an Heuschrecken veräußert wird“, erklärte ihr Stuttgarter Bezirksleiter Jörg Hofmann. Damit dürften die Chancen international agierender Beteiligungunternehmen auf eine Übernahme des US-Autobauers deutlich sinken, kommentierte die *Berliner Zeitung*: „Das deutsche Management könnte einen Verkauf an Private-Equity-Firmen dann nur durchsetzen, wenn es den offenen Machtkampf mit Gewerkschaft und Betriebsräten sucht.“ Der Aufsichtsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler müsste von seinem Doppelstimmrecht Gebrauch machen. Und das ist unüblich.

Kritik am Gebaren aggressiver Finanzinvestoren üben nicht nur Arbeitnehmervertreter. Die meisten Firmenleitungen haben Bedenken gegen den Einstieg von Private-Equity-Fonds. Laut dem Deutschen



**Private Equity-Fonds sammeln Geld, kaufen damit Firmen und besorgen ihren Geldgebern möglichst hohe Renditen. Das ist ihr Kerngeschäft, an realer Produktion haben sie kein direktes Interesse.**

Industrie- und Handelskammertag (DIHK) stehen drei Viertel von 1100 befragten Unternehmen einer Beteiligung privater Kapitalgeber skeptisch gegenüber.

Gleichwohl werden die Finanzinvestoren in Deutschland immer einflussreicher. Sie waren 2005 an 5723 Unternehmen mit 797 100 Beschäftigten beteiligt. Und diese Zahl an Beteiligungen dürfte wachsen. In diesem Jahr wollen Private-Equity-Fonds weltweit zwecks Company-Shopping 380 Milliarden Euro aufnehmen; das wären 40 Prozent mehr als im Vorjahr.

Firmenverkäufe an Finanzinvestoren sind nicht immer Teufelszeug, sondern „in vielen Fällen die vorläufig letzte Rettung“, sagt der IG

Metall-Wirtschaftsexperte Ulrich Eckelmann – nämlich dann, wenn die Alternative „sofortige Schließung, Verlagerung oder Arbeitsplatzvernichtung“ heiße. IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode mag nicht zwischen guten und schlechten Investoren unterscheiden. Der Unterschied sei, „ob man erkältet ist oder einen Herzinfarkt bekommt“.

Um abschätzen zu können, welcher Private-Equity-Fonds den Herztod eines Unternehmens verursacht, gibt IG Metall-Vorstand Rhode betroffenen Betriebsräten vier Kriterien an die Hand:

1. Welche Erfahrungen haben bereits aufgekaufte Belegschaften mit dem Fonds gemacht?
2. Wie hoch ist die Verschuldung, die der neue Eigentümer der Firma aufbrummt?
3. Sollen Arbeitsplätze abgebaut und verlagert werden oder setzt der Investor auf Wachstum und Beschäftigungsaufbau?
4. Wie lange will er seine Beteiligung halten und wann will er sie veräußern?

Auf jeden Fall sollten Betriebsräte öffentlich Druck machen und sich in den Verkauf ihres Unternehmens einmischen, rät Rhode – „egal, ob uns formal Mitbestimmungsrechte zustehen oder nicht.“

## Schröder oder Merkel – einerlei

Ob Rot-Grün oder Schwarz-Rot: In der Bundesregierung stoßen Finanzinvestoren auf großes Wohlwollen. Mit der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus Firmenverkäufen hat Bundeskanzler Gerhard Schröder den Private Equity-Fonds 2001 erst auf die Sprünge geholfen. Die „Heuschrecken“-Kritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering von 2005 war nicht wirklich ernst gemeint, hatte jedenfalls keine ernsthaften Folgen. Bundeskanzlerin Angela Merkel plant ein Private-Equity-Gesetz, das Anfang 2008 in Kraft treten soll. Bis zur Sommerpause soll es Bundestag und Bundesrat passieren.

Noch ist unklar, was im Gesetzentwurf stehen wird. Erfüllt die Regierung die Forderung der Finanzbranche nach weiteren Steuererleichterungen oder reagiert sie auf die Kritik an den Investoren?

Ressortchef Peer Steinbrück (SPD) will die Branche fördern, was einerseits viele Parteifreunde ablehnen, andererseits viele – allen voran der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung – begrüßen.

Die DGB-Gewerkschaften fordern die Regulierung der Private-Equity-Fonds: in erster Linie den Schutz der Belegschaften vor Überschuldung ihrer Unternehmen und mehr Rechte für Betriebsräte.

DGB-Jugend

## Gute Arbeit global

Aus Anlass des G8-Gipfels Anfang Juni in Heiligendamm hat die DGB-Jugend ein Extraheft ihres Newsletters *solli-aktuell* zum Thema „Gute Arbeit und Globalisierung“ herausgegeben. Mehrere Länderbeispiele illustrieren, dass sich Beschäftigte weltweit für menschenwürdige



Arbeitsbedingungen engagieren – und auch Erfolge haben. Außerdem beschreiben die AutorInnen, wie die acht weltweit führenden Industriemächte im Rahmen der informellen G8-Gruppe zusammenarbeiten. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bringt in seinem Beitrag die Hauptforderungen der Gewerkschaften an die G8-Mitglieder auf den Punkt. Sowohl der DGB wie auch die DGB-Jugend unterstützen die internationale Kampagne „Decent Work For A Decent Life“ des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

[www.dgb-jugend.de/IG8](http://www.dgb-jugend.de/IG8)

Schuldnerhilfe

## Beratungsangebot

Seit kurzem gibt es ein neues bundesweites Beratungsangebot für SchuldnerInnen. Die Schuldnerhilfe Köln e.V. berät überschuldete Ratsuchende telefonisch, im Internet oder per E-Mail. Motiv für das

neue Angebot war die zunehmende Überschuldung von Privathaushalten. Nach neuesten Berechnungen sind es rund 3,4 Millionen, knapp zehn Prozent mehr als Ende 2004. Die Beratungsangebote wachsen jedoch nicht gleichermaßen, so dass lediglich 12 Prozent des Bedarfs gedeckt werden. Die Schulden-Helpline ist montags bis freitags zwischen 10 und 13 Uhr sowie dienstags und donnerstags zusätzlich von 15 bis 20 Uhr unter 0180/4564564 (24 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz) erreichbar. Fragen können auch per E-Mail gestellt werden.

[www.schuldenhelpline.de](http://www.schuldenhelpline.de)

Dokumentation

## Bessere Arbeitswelt

Betriebsräte, GewerkschafterInnen und ExpertInnen kamen Anfang Dezember 2006 in Berlin zum IG Metall-Kongress „Gute Arbeit“ zusammen. Jetzt ist die Tagungsdokumentation auf CD-Rom erschienen. Sie enthält alle Beiträge, Materialien und Reden des Kongresses sowie den Film „Gute Arbeit“, der zum Auftakt der Veranstaltung gezeigt worden war. Die Dokumentation kann zum Preis von 4,80 Euro über das Internet bestellt werden.

[www.igmetall.de/gutearbeit](http://www.igmetall.de/gutearbeit)

Newsletter

## jetzt! erschienen

Der aktuelle Stand der Gleichstellung in verschiedenen Behörden ist Schwerpunktthema der gerade erschienenen Ausgabe des Newsletters *jetzt!* So wird über den drohenden Ausverkauf der Gleichstellungspolitik in der Bundesagentur für Arbeit berichtet und der aktuelle Bericht zum Bundesgleichstellungsgesetz analysiert. Tipps zum Umgang mit Stress im Frauenbüro, eine Präsentation des Wuppertaler Netzwerkes „Unheimlich & Co“ und die aktuelle Rechtsprechung zum Thema runden das Heft ab. Im kostenlosen Probeabonnement kann *jetzt!* zwei Ausgaben lang getestet werden. Das Jahresabo mit acht Ausgaben kostet 68,80 Euro.

Bestellformular: [www.bund-verlag.de/aib/zeitschriften/jetzt/Newsletter\\_fuer\\_Frauen\\_und\\_Gleichstellungsbeauftragte.pdf](http://www.bund-verlag.de/aib/zeitschriften/jetzt/Newsletter_fuer_Frauen_und_Gleichstellungsbeauftragte.pdf)

DGB Frankfurt

## Mindestlohn jetzt

In 20 der derzeit 27 EU-Staaten gibt es Mindestlöhne, aber nach wie vor nicht in Deutschland. Der DGB Frankfurt-Rhein-Main nimmt das zum Anlass, am 23. April mit GewerkschafterInnen aus ver-

schiedenen EU-Ländern über die Erfahrungen mit Mindestlöhnen zu diskutieren. Dabei sein werden unter anderem Andrew Watt vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) in Brüssel, Christian Dufour, der stellvertretende Direktor des französischen gewerkschaftlichen Forschungsinstituts IRES, sowie Lionel Fullon vom britischen Labour Research Department. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77.

Anmeldungen: [Frankfurt-Main@dgb.de](mailto:Frankfurt-Main@dgb.de)

EU-Migrationsgespräche

## Integration in der EU

Für den sozialen Zusammenhalt in der EU ist es erforderlich, dass neu Zugewanderte wie auch bereits länger ansässige MigrantInnen Teil der Gesellschaft werden. Im Rahmen einer Tagung des DGB Bildungswerks soll darüber diskutiert werden, welche Chancen und Potenziale die Arbeitsmigration innerhalb der EU bietet, bzw. wie Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Ein Blick über Grenzen zeigt Beispiele guter Praxis.

Tagung: 20. April, 10178 Berlin.

Anmeldung bis 17.4.2007:

<http://www.pro-qualifizierung.de/emg3>

## interregio

••• Die **ver.di-Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** haben sich zum neuen bundesländerübergreifenden Landesbezirk „**ver.di Mitteldeutschland**“ zusammengeschlossen. Mit dem Schritt reagieren sie auf den strukturellen Wandel und die Konkurrenz mit großen Landesbezirken wie Bayern und Nordrhein-Westfalen. Auf der ersten gemeinsamen Landesbezirkskonferenz wurde Thomas Voß aus Thüringen zum Landesbezirksleiter gewählt. Ihm stehen die

stellvertretenden Landesleiterinnen Kerstin Raue aus Sachsen-Anhalt und Viola Doktor-Wolf aus Sachsen zur Seite. Darüber hinaus wählten die Delegierten 59 Mitglieder in den neuen Vorstand des gemeinsamen Landesverbandes, dem ein sechsköpfiges Präsidium vorsteht. Infos: <http://ssat.verdi.de>

••• Der **DGB Essen** hat eine **Chronik des 1. Mai** unter dem Titel „60 Jahre Maikundgebungen in der Nachkriegszeit in Essen“ zusammengestellt. Die Chronik kann auf der Internetseite des DGB Essen

aufgerufen werden. Neben einem Rückblick auf die vergangenen sechs Jahrzehnte wird auch die Geschichte des 1. Mai als Internationalem Kampftag der Arbeiterklasse seit 1889 dargestellt. Der DGB will mit der Chronik unterstreichen, dass der 1. Mai nicht nur ein historisches Überbleibsel ist. Auch heute müsse über die „Solidarität in der Gesellschaft diskutiert“ werden, so der Regiovorsitzende Dieter Hillebrand. [www.region-muelheim-essen-oberhausen.dgb.de](http://www.region-muelheim-essen-oberhausen.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Nachwuchsförderung in den Gewerkschaften

## Wir wollen die Besten

11 000 Beschäftigte arbeiten beim DGB und den Gewerkschaften, knapp die Hälfte sind politische ReferentInnen. Wegen der rückläufigen Mitgliederentwicklung wird deren Zahl in den kommenden Jahren weiter sinken. Gleichzeitig steigen die Anforderungen. IG BCE, IG Metall und NGG haben deshalb Trainee-Konzepte zur Nachwuchsqualifizierung entwickelt.

In der IG BCE gibt es bereits seit der Gewerkschaftsgründung 1997 ein eigenes Trainee-Programm. Seine Vorläufer reichen bis in die siebziger Jahre zurück. Zwischen sieben und zehn politische SekretärInnen bildet die Gewerkschaft jedes Jahr aus. Bewerben können sich aktive Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte, vor allem wenn sie zuvor ein Studium an der Hochschule für Wissenschaft und Politik (HWP) in Hamburg oder an der Frankfurter Akademie der Arbeit (AdA) abgeschlossen haben. Auch HochschulabsolventInnen, die sich

durchlaufen das zweimal pro Jahr stattfindende Auswahlverfahren für den 18-Monate-Kurs. Daneben gibt es SeiteneinsteigerInnen, die vom DGB oder von anderen Gewerkschaften zur IG BCE kommen.

Wie alle Gewerkschaften hat auch die IG BCE in den vergangenen Jahren Stellen abgebaut. Nach dem Zusammenschluss von IG Chemie, Papier, Keramik, IG Bergbau und Energie und Gewerkschaft Leder zählte die neu gegründete Gewerkschaft 1200 Beschäftigte. Heute sind es 300 weniger. Trotzdem will die IG BCE

Jahres. Beide Gewerkschaften setzen dabei auf eine Mischung von Theorie und Praxis. Bei der IG Metall durchläuft jeder Trainee fünf verschiedene Stationen, darunter mindestens eine Einheit bei einer Verwaltungsstelle, bei einer Bezirksleitung und beim Vorstand. Zur Theorie gehört neben Basiswissen über Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Ökonomie, Gewerkschafts- und Gesellschaftstheorie auch die Vermittlung sozialer Kompetenzen.

Bei der Auswahl der BewerberInnen achtet die IG Metall auf die Zusammensetzung der künftigen GewerkschaftssekretärInnen, beispielsweise auf einen hohen Frauenanteil. „Wir wollen die verschiedenen Erfahrungshintergründe nutzen“, betont Projektleiterin Susanne Scholtysseck. Die Mischung muss stimmen.

Auch bei der NGG durchlaufen die NachwuchssekretärInnen mindestens zwei verschiedene Regionen, arbeiten in Projekten mit und lernen die Hauptverwaltung kennen. Als kleine Gewerkschaft setzt die NGG vor allem auf eine große Bandbreite der möglichen Einsatzgebiete. Sie erwartet von den BewerberInnen deshalb Flexibilität. „Dafür haben GewerkschaftssekretärInnen bei uns ein großes Maß an individueller Freiheit, in der Arbeit eigene Schwerpunkte zu setzen“, sagt Betreuungssekretär Holger Kloft. Weil altersbedingt in den kommenden Jahren viele ältere GewerkschaftssekretärInnen ausscheiden, muss die NGG in Zukunft auch Führungspositionen neu besetzen. Das Trainee-Programm soll mit dazu beitragen, genügend gut ausgebildetes Personal dafür zur Verfügung zu haben. ●

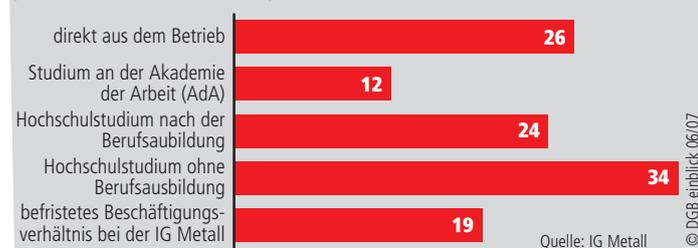
## Nicht nur für Einsteiger

Den Gewerkschaften geht es nicht anders als den meisten Betrieben. Weil viele Beschäftigte in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden, wird eine vorausschauende Personalentwicklungspolitik immer wichtiger. Zudem müssen in den meisten Gewerkschaften in den kommenden Jahren auch Führungspositionen auf der mittleren und oberen Ebene neu besetzt werden, ohne dass in großem Umfang neue Beschäftigte eingestellt werden können. Deshalb ist zentraler Bestandteil der Personalentwicklung die Qualifizierung der bereits Beschäftigten.

Beim DGB gibt es deshalb in Zukunft regelmäßige Personalentwicklungsgespräche. Das Ziel: Die Beschäftigten sollen bereits im Vorfeld möglicher Personalentscheidungen auf die Übernahme höher qualifizierter Aufgaben vorbereitet werden. Denn auch beim DGB gibt es ein Überalterungsproblem: 45 Prozent der 874 Beschäftigten (Ende 2006) sind älter als 50 Jahre. 197 sind zwischen 55 und 65 Jahre alt.

### Mix aus Erfahrung und Wissen

Herkunft der von der IG Metall ausgebildeten Trainees (Mai 2000 – November 2006)



**115 GewerkschaftssekretärInnen hat die IG Metall seit dem Start ihres Trainee-Programms im Mai 2000 bislang ausgebildet. 69 davon sind Männer, 46 Frauen. Die Mehrheit der Trainees hat zuvor ein Studium an der Akademie der Arbeit (AdA) oder an einer Hochschule abgeschlossen. 26 TeilnehmerInnen sind unmittelbar aus dem Betrieb zur IG Metall gekommen.**

politisch engagiert haben, werden gern genommen. Das Auswahlverfahren ist gestuft. Neben Stellungnahmen aus der Organisation fließen die Ergebnisse eines Auswahlseminars in die Einstellungsentscheidung ein. „Wir unterstreichen gegenüber unseren Mitgliedern immer wieder, dass wir qualifizierte Leute brauchen“, erläutert Personalleiter Hans Eisenbeiß die Rekrutierungsstrategie. Aber nicht jeder, der sich bewirbt, wird genommen. Bis zu 50 BewerberInnen

ihr Trainee-Programm ausbauen. „Wir könnten sonst Nachwuchsprobleme bekommen, wenn wir unsere Qualitätsstandards halten wollen“, betont Eisenbeiß.

Auch die IG Metall und die NGG haben in den letzten Jahren Personal abgebaut. Bei der Suche nach qualifizierten NachwuchssekretärInnen setzen sie trotzdem auf ein gezieltes Trainee-Programm. Bei der IG Metall gibt es die Nachwuchskurse seit Mai 2000, bei der NGG seit März vergangenen

## kurz & bündig

ver.di

**ver.di warnt davor, den Bundestag von einem Sicherheits- Billiganbieter bewachen zu lassen. Der niedrigste Preis dürfe nicht Auswahlkriterium sein. Vielmehr müsse der Tariflohn von 5,25 Euro eingehalten werden.**



**Die IG BAU warnt vor einer Abwanderung junger und qualifizierter Fachkräfte am Bau aus Ostdeutschland. Gründe seien die erhöhte Nachfrage auf Baustellen in Westdeutschland und anderen europäischen Staaten sowie das niedrige Lohnniveau in Ostdeutschland. Die Löhne müssten an West-Niveau angeglichen werden.**

## Kfz-Tarifkonflikt

### Arbeitgeber proben Tariffucht

Mit einem landesweiten Warnstreik reagierte die nordrhein-westfälische IG Metall am 27. März auf die Androhung des Kfz-Gewerbes NRW, ab diesem Jahr keine Tarifverträge mehr abzuschließen. 10 000 Beschäftigte in 286 Betrieben legten vorübergehend die Arbeit nieder. In der dritten Tarifverhandlung am 8. März in Dortmund hatte die Arbeitgeberseite erklärt, sie müsse erst intern klären, ob sie überhaupt noch ein Verhandlungsmandat habe. Der Geschäftsführer des Kfz-Gewerbes NRW hatte zudem preisgegeben, das Jahr 2007 werde das Jahr des Ausstiegs der Arbeitgeber aus der Tarifpolitik.

Der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK) hat bereits Ende Februar allen Landesinnungen empfohlen, aus der

Tarifpolitik auszustiegen. In den neuen Bundesländern und in Niedersachsen existieren schon keine Flächentarifverträge mehr.

Die IG Metall fordert in dieser Tarifrunde fünf Prozent mehr Entgelt. Für die Tarifgebiete Schles-

wig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Rhein Hessen sind 2,5 Prozent vereinbart worden.

IG Metall-Vize Berthold Huber bezeichnete das Arbeitgeberverhalten in NRW als „Herausforderung der gesamten IG Metall“. Falls der größte Tarifbezirk im Kfz-Handwerk wegbreche, stünden die Tarifverträge im gesamten Metallhandwerk bundesweit zur Disposition. •

## Berliner Erklärung

### Enttäuschend

Als „insgesamt enttäuschend“ kritisierte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die „Berliner Erklärung“, die von Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin Angela Merkel sowie den Präsidenten des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission unterzeichnet worden ist. Das Dokument sei der kleinste

gemeinsame Nenner und zeuge von der Identitätskrise der Europäischen Union. In einer Zeit, in der die Skepsis vieler Menschen gegenüber der EU wachse, könne man mit solchen Texten kein neues Vertrauen der Bürger schaffen. „Die EU-Regierungschefs haben die große Chance verpasst, zum 50. Jahrestag eine Vision von einem sozialen Europa zu entwickeln, die die Bürger überzeugt und einen neuen Aufbruch ermöglicht“, betonte Sommer. •

# ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
  - Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

Gewerkschaftliche Strategien für den Niedriglohnsektor

## Prekarisierung ist kein Schicksal

*Die Konjunktur zieht an, die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Regierung jubelt. Doch ein genauer Blick zeigt: Der Arbeitsmarkt bleibt gespalten, warnt Klaus Dörre vor falscher Euphorie.*

Wenn Beschäftigung neu entsteht, handelt es sich oft um unsichere, schlecht entlohnte, prekäre Arbeit. Davon zeugt nicht nur der Boom der Zeitarbeitsbranche. Die Zahl der Beschäftigten, die ihren Geringverdienst durch ALG II aufstocken müssen, wächst. Und immer häufiger ersetzt prekäre Beschäftigung sichere Vollzeitarbeit.

Um der weiteren Prekarisierung der Arbeit etwas entgegen zu setzen, müssen die Gewerkschaften handeln. Beginnen sollten sie dort, wo sie noch über Vertretungsstrukturen verfügen. Ein erster Schritt ist, Interessenvertretungen, die häufig die „Mischkalkulationen“ ihres Managements mittragen, **für die Situation der prekär Beschäftigten zu sensibilisieren.** Im zweiten Schritt gilt es, das verbreitete Ohnmachtsempfinden von Stammbeschäftigten, die um ihren sozialen Status fürchten, zu durchbrechen. Das kann gelingen, wenn die Gewerkschaften zu einer aktivierenden Mitgliederpolitik zurückfinden. So werden im Organisationsbereich der IG Metall betriebliche Bündnisse häufig nicht mehr ohne Votum der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder abgeschlossen. Wichtig ist, dass solche Ansätze auch auf die prekär Beschäftigten ausgeweitet werden.

Betriebliche Initiativen benötigen zusätzliche „Haltelinien“, vor allem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Angesichts tarifferfreier Zonen und tariflicher Armutslöhne besitzt das Modell eines einheitlichen Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro einigen Charme. Doch auch die allmähliche Annäherung an eine solche Norm durch branchenspezifische Mindestlöhne könnte erste Fortschritte bringen. Damit wären immerhin Kriterien für faire Entgelte geschaffen. Sie dann auch in den Betrieben durchzusetzen, könnte **eine Selbstorganisation der vermeintlich Unorganisierbaren** fördern. Trotz der bekannten Schwierigkeiten existiert auch unter den Prekären ein erhebliches Aktivitätspotenzial. Gewerkschaften, die dies für gezieltes Organizing nutzen wollen, können z. B. von einigen US-amerikanischen Gewerkschaften lernen.

Ein gewerkschaftliches Ziel sollte es sein, **prekäre Beschäftigung für die Nutzer zu verteuern.** Leih- und Teilzeitarbeiter, befristete Beschäftigte und neue Selbstständige müssen häufig besonders fle-

xibel sein, sich ständig auf neue Arbeitssituationen, Kollegen und Vorgesetzte einstellen. Gleichzeitig fehlt es ihnen an der Grundsicherheit, die für eine längerfristige Lebensplanung erforderlich ist. Hier sollten die Gewerkschaften ansetzen, etwa mit der Forderung nach tariflichen Flexibilitätsprämien, aber auch nach Weiterbildungsangeboten für unsicher Beschäftigte. Weitere Ansatzpunkte sind eine praxisnahe Beratung von Selbstständigen, eine Bewertung von Personaldienstleistern in der Region oder **die Durchsetzung von Leiharbeiterquoten in den Betrieben.** Häufig geht es zunächst darum, den prekär Beschäftigten überhaupt eine Stimme zu verleihen, wie es z. B. der „Sozialreport Zeitarbeit“ der IGM Berlin-Brandenburg versucht.

Bei all dem sollten die Gewerkschaften beachten: Politik darf nicht einfach für, sie muss, wo immer möglich, mit den unterschiedlichen Gruppen prekär Beschäftigter entwickelt werden. Dies vor Augen, lässt sich der gewerkschaftliche Aufgabenkatalog beträchtlich erweitern. Die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen benötigen ein Grundeinkommen, das ihnen ein Leben oberhalb einer „Schwelle der Respektabilität“ ermöglicht. Viele Frauen gehen gezwungenermaßen einer prekären Teilzeitbeschäftigung nach, weil ihnen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten keine andere Wahl bleibt. Solche Beispiele signalisieren, dass eine Politik der Entprekarisierung eine offensive Debatte um **neue, unkonventionelle Formen der Verzahnung von Arbeit und Leben** erfordert.

Die Gewerkschaften sind gut beraten, sich aktiv in eine solche Diskussion einzubringen, denn es gibt genügend Handlungsspielräume. Das Fleischereihandwerk z. B., das in Deutschland zu einer Vorreiterbranche bei Dumpinglöhnen geworden ist, gehört in Dänemark zu den Refugien sicherer Vollzeitbeschäftigung. Auch daran zeigt sich: Die Prekarisierung ist kein Schicksal. DAX-Unternehmen, deren Profite 2006 um ein Viertel stiegen, während die Beschäftigung stagnierte, können es sich durchaus leisten, Basisstandards für gute Arbeit umzusetzen. Das sollten die Gewerkschaften deutlich machen, am besten schon während der kommenden Tarifrunden. ●



**Prof. Dr. Klaus Dörre, 49, lehrt Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena.**

## In der Mitte der Gesellschaft

*Seit der Veröffentlichung der Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung über die „Reformbereitschaft der Deutschen“ im vergangenen Jahr hat der Begriff des „abgehängten*

*Prekariats“ Karriere gemacht. Wirklich neu war die Erkenntnis nicht, dass es mitten im Wohlstandsland Deutschland eine wachsende Bevölkerungsgruppe gibt, die auf Dauer von Arbeit und sozialem Aufstieg ausgeschlossen ist. Aber seitdem hat sich auch in der Politik und in den Medien die Erkenntnis herumgesprochen, dass das Phänomen des Prekariats bis weit in die Mitte der Gesellschaft ragt.*

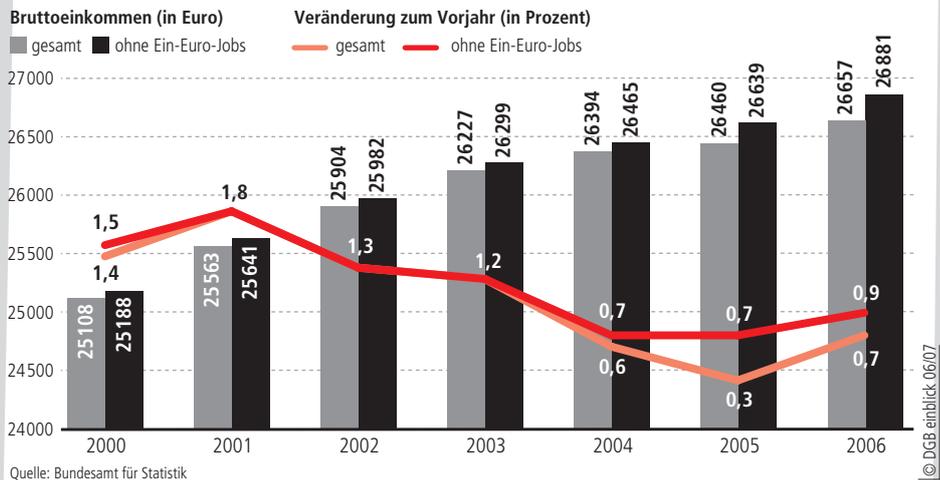
*Für den Milieuforscher Klaus Dörre ist prekäre Beschäftigung nicht nur durch schlechte Entlohnung und ungünstige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet, sondern vor allem durch schwindende Möglichkeiten zu einer längerfristigen Lebensplanung. Prekär Beschäftigte, so Dörre Ende März auf einer Tagung des DGB Berlin-Brandenburg, befänden sich in einer „eigentümlichen Schwebelage“. Sie müssten alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits seien permanente Anstrengungen nötig, um einen drohenden sozialen Abstieg zu vermeiden.*

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### ARBEITSEINKOMMEN: Ein-Euro-Jobs bremsen Lohnanstieg

**Durch den massiven Ausbau der Ein-Euro-Jobs im Zuge der Hartz-Reformen ist das Einkommen der ArbeitnehmerInnen geringer gestiegen als ohne die Reform: 2006 lag das Einkommensplus aller Beschäftigten bei 0,7 Prozent. Ohne die Ein-Euro-Jobs wären es 0,9 Prozent. Hinzu kommt, dass viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs verdrängt worden sind. Vor 2005 gab es keinen vergleichbaren negativen Effekt, obwohl Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden konnten.**

Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen mit und ohne Ein-Euro-Jobs



### Tipp

**Buch:** Carl-Ludwig Holtfrerich, *Wo sind die Jobs? Eine Streitschrift für mehr Arbeit*, DVA, München 2007, 318 Seiten, 19,95 Euro

Dem gerade wieder zu beobachtenden Wirtschaftsaufschwung zum Trotz gibt es in Deutschland eine seit Jahrzehnten steigende Sockelarbeitslosigkeit. Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Carl-Ludwig Holtfrerich macht dafür die seit den siebziger Jahren vorherrschende Dominanz der Mikroökonomie verantwortlich. Mehr als in anderen großen Volkswirtschaften habe sich die Regierungspolitik in den vergan-

genen 25 Jahren einseitig einer angebotsorientierten Ökonomie verschrieben. Ihre Versuche zum Abbau der Arbeitslosigkeit seien zudem in partiellen Reformen stecken geblieben. Für Holtfrerich ist der Weg zurück zur Vollbeschäftigung keine Utopie. Erforderlich sei allerdings eine Wirtschaftspolitik, die angebots- und nachfrageorientierte Elemente zu einer Gesamtstrategie verknüpft. Dazu gehöre eine Stärkung der Investitionskraft des Staates, aber auch – was auf den Widerstand der Gewerkschaften stoßen dürfte – eine vorübergehende Lohnzurückhaltung der Beschäftigten.

### personalien

••• **Manfred Brinkmann**, 49, Referatsleiter im Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks in Düsseldorf, ist ab dem 1. Mai Referent für Internationales beim Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Frankfurt/M. Sein Vorgänger dort, **Christoph Heise**, 63, geht in den Vorruhestand.

sen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Niedersächsischer Gleichstellungsgipfel „Frauen in Europa: Gleiche Rechte, gleiche Chancen?“, Hannover

**19./20.4.** Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall, Tagung „Studium ist wissenschaftliche Berufsausbildung – Bilanz und Perspektiven der Akkreditierung“, Berlin

**20.4.** DGB Berlin-Brandenburg und DGB Sachsen, Lausitzkonferenz „Entwicklungsperspektiven für die Region“, Weißwasser

**20.4.** Gemeinschaftsinitiative EQUAL, Tagung „Zwischen Wunsch und Realität: Arbeitsmarktintegration in der EU“, Berlin

**21.4.** IG BAU, „Die IG BAU ... auf dem Weg zur Mitmachergewerkschaft“, außerordentlicher Gewerkschaftstag, Frankfurt/M.

### 21 TAGE

**3.4.** IMK-Konjunkturforum, „Ende der Reformen?“, Berlin

**11.4.** DGB Sachsen-Anhalt und ver.di Sachsen-Anhalt/Süd, Seniorenkonferenz „Rentengerechtigkeit in Ost und West – Leitlinien der Seniorenpolitik“, Halle

**19.4.** DGB Niedersach-

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Höfsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. **Der nächste einblick erscheint am 23. April**



### Schlusspunkt.

**„Ausnahmekarriere in einer Männerdomäne. Sachlich-nüchtern und nie sichtbar frauenbewegt – irgendwie kommt einem das bekannt vor. Wenn Angela Merkel eine Vorläuferin hat, dann ist sie es.“**

Der Tagesspiegel am 17. März zum 65. Geburtstag der ehemaligen ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies

Initiative der DGB-Gewerkschaften

## Ausbildung für alle

Die Ausbildungsplatzlücke wird immer größer: Laut Bundesagentur für Arbeit ist das Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System in den vergangenen sechs Monaten erneut um über 19 000 gesunken. Gleichzeitig klagen die Arbeitgeber immer lauter über den Mangel an Fachkräften und verlangen von der Bundesregierung Einreiseerleichterungen und Arbeitserlaubnisse für ausländische Fachkräfte.

Dabei ist die Misere von der Wirtschaft selbst verursacht: 2006 sind nach Einschätzung von Arbeitsmarktforschern rund 160 000 BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz leer ausgegangen. Auch deshalb baut sich eine immer größere Bugwelle von Altbewerbern auf. Erstmals lag deren Anteil im vergangenen Jahr bei über 50 Prozent aller BewerberInnen. Zu viele Jugendliche landen in teuer finanzierten Ersatzmaßnahmen und nicht in einer Ausbildung.

Der Weg über die Berufsvorbereitung zur dualen Ausbildung ist problematisch. Für viele gilt: Sie entkommen der Warteschleife nicht. Ein Großteil der Jugendlichen, die an einem Übergangsprogramm teilnehmen, findet sich später er-



neut in einer berufsvorbereitenden Maßnahme wieder. Ein anderer Teil wird direkt arbeitslos.

„Dieses für die Wirtschaft trotz des Konjunkturaufschwungs höchst blamable Ergebnis widerspricht allen Schönredereien von Arbeitgebern und Regierung“, betonte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Tatsache ist, dass die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen weiter sinkt und junge Menschen nach wie vor größte Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung zu bekommen oder gar ihren Wunschberuf zu erlernen.“

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wirkt sich auch auf die Qualität von Ausbildung aus. In ihrem „Ausbildungsreport 2006“ dokumentiert die DGB-Jugend etliche Fälle von vorenthaltener Ausbildungsvergütung, überlangen

**Die Auftaktveranstaltung der Initiative „Ausbildung für alle“ findet am 24. April in Berlin statt. Am 25. Juni veranstaltet der DGB eine Ausbildungskonferenz, an der 300 SchülerInnen teilnehmen und über ihre Ausbildungsplatzsuche berichten.**

Arbeitszeiten, ausbildungsfremden Tätigkeiten und Mobbing. Vor die Wahl gestellt, halten viele Jugendliche unzumutbare Ausbildungsbedingungen aus, um einen Fuß in die Tür zum Arbeitsmarkt zu kriegen.

Vor diesem Hintergrund haben die Gewerkschaften im Dezember 2006 eine Initiative für mehr Ausbildungsplätze beschlossen: Unter dem Motto „Ausbildung für alle – dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben“ sollen Jugendliche ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken, die ohne Ausbildungsplatz und ohne Perspektive geblieben sind. Wirtschaft und Politik sollen die Weichen für mehr qualifizierende Ausbildungsplätze stellen. Ziel der gewerkschaftlichen Initiative ist auch ein Grundrecht auf Ausbildung.

„Es bleibt dabei, eine Ausbildungsplatzumlage schafft neue Anreize, Lehrstellen zu schaffen, und trägt zur Fairness bei zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Und fügt hinzu: „Der DGB bleibt bei seiner Forderung nach einem Sofortprogramm für 50 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze, die aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.“

[www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

## inhalt

Seite 3

**Qualität entscheidend**  
*Während die große Koalition nur die Finanzierung der anstehenden Pflegereform diskutiert, hat der DGB bereits konkrete Vorschläge für mehr Qualität*

Seite 5

**EZB diffamiert Lohnpolitik**

*Tarifautonomie bedeutet: keine Einmischung von außen. Das muss die Europäische Zentralbank noch lernen*

Seite 7

**In die Verantwortung nehmen**

*Jürgen Eckl über die Erwartungen der Gewerkschaften an die deutsche G8-Präsidentschaft*

## plusminusBERLIN

**+** **Alexander Bonde (Grüne), Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestags, hält eine neue Stufe der Bundeswehrreform für überfällig. Statt über Geldmangel zu klagen, gehörten Struktur und Personalstärke der Bundeswehr auf den Prüfstand.**

**-** **CDU-Vize Jürgen Rüttgers fordert „null Toleranz“ gegenüber gewaltbereiten Jugendlichen. „Wenn Weisungen und Erziehungshilfen nicht wirken“, müssten „auch Kinder unter 14 Jahren“ in geschlossenen Einrichtungen untergebracht werden.**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)

*Das Stimmverhalten von Abgeordneten bei Abstimmungen und ihre Antworten auf Bürgerfragen online*

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Aufruf zum Girls' Day 2007

## Weiterbildungstag

### Raus aus dem Mittelmaß

Bei der Weiterbildung ist Deutschland nur Mittelmaß. Damit sich das ändert, haben der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) und der Deutsche Volkshochschul-Verband (dvw) für den 15. Juni zu einem ersten bundesweiten Weiterbildungstag aufgerufen. Mit Aktionen in mehr als 100 Städten wollen die im BBB zusammengeschlossenen Weiterbildungsträger und die Volkshochschulen nicht nur ihre Bildungsangebote präsentieren, sondern auch Druck auf die Politik ausüben. Diese würde zwar in Sonntagsreden erklären, dass Bildung der Schlüssel zum Wohlstand im 21. Jahrhundert ist, aber nicht danach handeln, heißt es in dem Aufruf für den Weiterbildungstag. Detaillierte Forderungen

an die Politik sollen in einer „Berliner Erklärung zur Weiterbildung“ vorgestellt werden, die am 15. Juni veröffentlicht wird.

Der Weiterbildungstag ist kein zentral organisiertes, politisches

Event. Auch Einzelpersonen und Bildungsträger, die keinem der beiden Dachverbände angehören, können sich mit eigenen Aktionen beteiligen. •

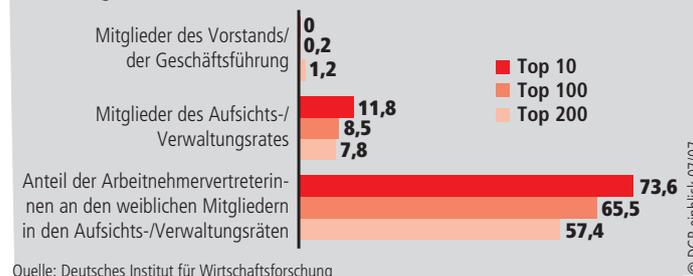
[www.deutscher-weiterbildungstag.de](http://www.deutscher-weiterbildungstag.de)

## in eigener Sache

Das Internet ist ein schnelles Medium, und auch **der neue Online-Auftritt** des *einblick* hat sich seit seinem Start im Januar ständig erweitert. *einblick online* bietet natürlich immer noch die Inhalte der aktuellen Printausgabe. Zusätzlich gibt es jetzt aber jede Menge Service – aktuell, übersichtlich und interaktiv: Ein täglich aktualisierter Nachrichtenüberblick fasst Links zu gewerkschaftlichen Brennpunkthemen zusammen, alle Online-Tipps aus der Printausgabe finden sich direkt auf der Startseite, ein Forum ermöglicht die Diskussion mit anderen LeserInnen zu aktuellen *einblick*-Beiträgen, und zu besonderen Ereignissen gibt es ein Online-Spezial, wie aktuell zum 1. Mai. [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### Im Vorstand kaum vertreten

Anteil von Frauen in den Vorständen und den Aufsichts- und Verwaltungsräten der umsatzstärksten Unternehmen (in Prozent)



**Allen Selbstverpflichtungserklärungen zum Trotz gibt es in den Führungspositionen deutscher Unternehmen nach wie vor kaum Frauen. Lediglich 11 der 533 Vorstandsmitglieder und GeschäftsführerInnen der 200 größten Unternehmen sind weiblich (1,2 Prozent). In den Aufsichts- und Verwaltungsräten liegt der Frauenanteil bei 7,8 Prozent. Ohne die ArbeitnehmervertreterInnen sähe das Bild noch schlechter aus: Sie stellen in den Top-200-Unternehmen 57 Prozent aller weiblichen Aufsichtsratsmitglieder, in den Top 10-Unternehmen sogar 74 Prozent.**

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

### Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

#### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

### Qualität entscheidend

Mehr Leistungen und mehr Vorsorge für mehr Leistungsempfänger soll die Reform der Pflegeversicherung nach den Vorstellungen der großen Koalition bringen. Verbesserungen, die finanziert werden müssen. Deswegen diskutieren SPD und Union derzeit eine Beitragserhöhung. Der DGB hat seine Vorstellungen zur Reform bereits entwickelt – und macht konkrete Vorschläge für mehr Qualität in der Pflege.

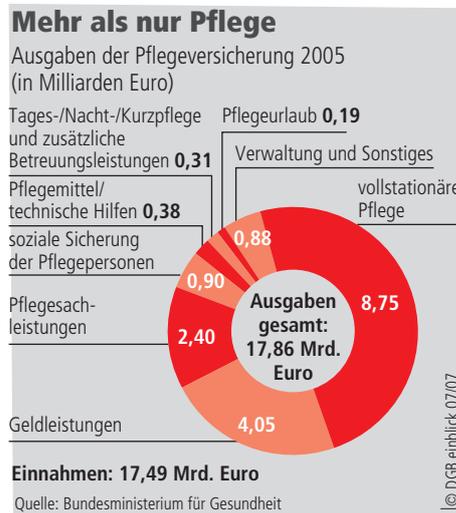
Auch wenn Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) immer wieder versucht, andere Schwerpunkte zu setzen: Die Diskussion um die geplante Reform der Pflegeversicherung dreht sich derzeit hauptsächlich um die Frage der Beitragserhöhung. Während Unionspolitiker eine Anhebung um 0,4 Prozent ins Gespräch bringen, hält SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach ein Plus von 0,3 bis 0,8 Prozent für ausreichend – allerdings nur, „wenn die Privatversicherten einbezogen werden“, so Lauterbach in der Online-Ausgabe der Welt. Gegenüber einblick sprach Lauterbach sich deshalb für einen Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung aus, den auch der Koalitionsvertrag vorsieht.

Dieser Vorschlag dürfte bei der Union trotz der entsprechenden Vereinbarung im Koalitionsvertrag nicht nur auf Gegenliebe stoßen, bei den Gewerkschaften hingegen auf Zustimmung. Der DGB ist für eine Stärkung der finanziellen Basis der Pflegeversicherung. Diese dürfe aber „nicht zu einseitigen Belastungen der gesetzlich Versicherten führen. Ein umfassender Finanzausgleich mit der privaten Pflegeversicherung ist überfällig und ein notwendiger Schritt, um die solidarische Finanzierung auszubauen“, erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach gegenüber einblick.

Für den DGB ist die Debatte um die Zukunft der Pflege aber mehr als die Diskussion um Finanzen und Beitragspunkte. Buntenbach forderte deshalb die Koalitionspartner auf, „die Reformdebatte nicht auf abstrakte Finanzierungsmodelle einzuengen, sondern sich auf

die dringend notwendigen Verbesserungen für Pflegebedürftige und Pflegenden zu konzentrieren“.

Was der großen Koalition noch fehlt, hat der DGB bereits entwickelt: klare Vorstellungen über die Ausgestaltung der Pflegereform. Die „Anforderungen des DGB an



**Zu den Leistungen der Pflegeversicherung gehört schon heute mehr als Geld- und Sachleistungen für die direkte Pflege – zum Beispiel Pflegeurlaub oder die soziale Absicherung der Pflegepersonen. Rund die Hälfte der Ausgaben (8,75 Milliarden Euro) gingen in die vollstationäre Pflege – darunter auch 230 Millionen für die stationäre Pflege in Behindertenheimen.**

die Reform der Pflegeversicherung“ nennen insgesamt acht Eckpunkte, mit denen „eine qualitativ gute und menschenwürdige Pflege“ dauerhaft sichergestellt werden soll. Darin gehen die Gewerkschaften weit über Diskussionen um die künftige Finanzierung hinaus, vor allem Qualität und Umfang der Pflege stehen im Mittelpunkt.

„Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen endlich für alle

gelten“, so Annelie Buntenbach. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit müsse dazu neu definiert und ausgeweitet werden. Nur so erhalte etwa die große Gruppe demenzkranker Menschen Anspruch auf Leistungen. An den Neudefinitionen arbeitet der DGB bereits mit:

Im November 2006 hat unter Beteiligung des DGB der „Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ seine Arbeit aufgenommen, spätestens bis zum Herbst 2008 sollen die Ergebnisse vorliegen.

In seinen Eckpunkten zur Pflegereform will der DGB außerdem die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Pflegenden Angehörigen, meist

Frauen, fehle bisher ein Anspruch auf Freistellung und Arbeitsreduzierung. Bereits im Februar hatte der DGB deshalb für ArbeitnehmerInnen mit pflegebedürftigen Angehörigen eine „kurzfristige und kurzzeitige“ Freistellung gefordert, um in akuten Fällen die häusliche Pflege organisieren zu können.

Eine weitere Forderung des DGB: ein Ausbau der häuslichen Pflege, bei der Pflegebedürftige in ihrem gewohnten Umfeld betreut werden können. Das dürfe „allerdings nicht zu Lasten der vollstationären Pflegeleistungen gehen“, so Buntenbach. Ein solcher Kuhhandel würde dazu führen, dass die Sozialhilfeabhängigkeit der Pflegebedürftigen wieder extrem ansteigt. Und um das zu verhindern, war die Pflegeversicherung schließlich ursprünglich eingeführt worden. ●

### Finanzausgleich schafft Basis

Die Pflegeversicherung hat seit ihrer Einführung 1995 nur in vier Jahren weniger eingenommen als ausgegeben.

Trotzdem werden ihre finanziellen Reserven in jüngster Zeit „schleichend aufgezehrt“, so der DGB. Die Rücklagen würden bis 2008 voraussichtlich auf gerade einmal 350 Millionen Euro schrumpfen – 1998 betragen sie noch knapp fünf Milliarden.

Die Reserven werden kleiner, obwohl die Anforderungen an die Pflegeversicherung mit Blick auf die alternde Gesellschaft steigen.

Die Bundesregierung will deshalb mit einer „Demografiereserve“ vorsorgen. Deren genaue Ausgestaltung ist noch unklar. Der DGB plädiert dafür, die „Basis einer Demografiereserve“ durch einen Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung zu bilden. Die Unternehmen der privaten Pflegeversicherung haben wegen des geringeren Pflegerisikos ihrer Versicherten Rücklagen von rund 14 Milliarden Euro bilden können.



#### Im Internet

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Anforderungen des DGB an die Reform der Pflegeversicherung

## 7. Girls' Day

### Starkes Angebot

Bereits zum siebten Mal haben Mädchen und junge Frauen in diesem Jahr beim Girls' Day die Gelegenheit, in Unternehmen und Verbänden Einblick in unterschiedliche Berufsfelder und Arbeitsgebiete zu bekommen. Der DGB ist als Mitinitiator seit dem Start des „Mädchen-Zukunftstags“ dabei.



So wird die DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Berlin auch in diesem Jahr am 26. April mehr als zwanzig Mädchen aus Berliner Schulen die Arbeit des DGB vorstellen. Erstmals finden sich unter den jungen Gästen auch einige Schülerinnen aus einer Integrationsschule. In Sachsen-Anhalt lädt der DGB an verschiedenen

Orten zur „Safari durch den Ausbildungsdschungel“. Die ver.di-Bundesverwaltung bietet am Girls' Day wieder eine Hotline an (Tel. 0180/222 99 77, 14 bis 18 Uhr). •

Weitere Informationen zu Anbietern und Veranstaltungen: [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)

## Workshop

### Gesund durch Lernen

Wie sich „lebenslanges Lernen“ auf die Gesundheit von Beschäftigten auswirkt, ist Thema des 11. Workshops „Betriebliche Gesundheitsförderung“ des DGB-Bildungswerks vom 24. bis zum 27. Juni im Bildungszentrum am Starnberger See. Die ReferentInnen behandeln unterschiedliche Aspekte des Themas: Wie wirkt sich die berufliche Qualifizierung generell auf Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit aus? Und welchen Stellenwert hat das Erlernen von Sicherheitsstandards und Gesundheitsschutz für den eigenen Arbeitsbereich? Der Workshop richtet sich insbesondere an ArbeitnehmervertreterInnen, BetriebsärztInnen sowie Führungskräfte und Personalverantwortliche. Die Kosten betragen 600 Euro zuzüglich Übernachtung und Verpflegung. Infos und Anmeldung: •

[marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de](mailto:marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)

## Workshop

### Von Finnland lernen?

In einer hochgradig vernetzten Weltwirtschaft kann man Technik und Informationen kaufen – Wissen, Erfahrungen und Kreativität nicht. Auch die beste Forschungs- und Technologiepolitik kann nur wenig erreichen, wenn Bildungspolitik nicht die Qualifikationen vermittelt, die nötig sind, um technische Innovationen zu entwickeln und zu vermarkten. „In Deutschland erdacht, woanders gemacht“: Das gilt für Neuentwicklungen vom Fax bis zu MP3. Entsprechende Erfahrungen deutscher Unternehmen – von Nixdorf bis Siemens – zeigen: Markterfolg erfordert weitaus mehr als nur innovative Technik. Vor allem

einige nordische Länder haben in der Forschungs- und Technologiepolitik ihren Fokus auf die Förderung der Kreativen und Entwickler verlagert. Insbesondere Finnland ist in erstaunlich kurzer Zeit eine tief greifende Umstrukturierung gelungen, die es in die vorderste Reihe der Industrienationen gebracht hat.

Kann Deutschland von den skandinavischen Konzepten lernen? Diese und andere Fragen sollen im Workshop von Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall am 12. Juni 2007 in Frankfurt/M. erörtert werden. •

Anmeldung bis zum 29. Mai:  
[Heike-Stempel@boeckler.de](mailto:Heike-Stempel@boeckler.de)

## Handbuch

### Alles über Tarife

Das aktuelle WSI-Tarifhandbuch 2007 informiert umfassend über das Tarifgeschehen und die wichtigsten tariflichen Regelungen und Leistungen in 50 Wirtschaftsbereichen in West und Ost. Das diesjährige Schwerpunktthema „Bezahlung nach Erfolg und Gewinn“ greift die jüngste Debatte um Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland

auf. Der 299 Seiten starke Band ist ab Ende April für 19,90 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-7663-3784-9) oder direkt beim Bund-Verlag erhältlich. •

[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

## Arbeitspapier

### Rechtes Gedankengut

Eine aktuelle im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitete Studie befasst sich mit den „Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistischen Auffassungen in den neuen Bundesländern“. Der Autor Gunnar Winkler vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg kommt darin zu differenzierten Ergebnissen: Zwar zeige die Mehrheit der Bevölkerung wenig Neigung zu rechtsextremen Parteien und Gruppierungen, allerdings sei eine Tendenz zur Ausländerfeindlichkeit und zu Misstrauen gegenüber Ausländern durchaus verbreitet. Das rund hundert Seiten umfassende Arbeitspapier (Nr. 133) ist zum Preis von 18 Euro unter der Bestellnummer 11133 erhältlich. •

[mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de)

## interregio

••• Der **DGB Nordrhein-Westfalen** informiert am 10. Mai in Krefeld über „**Berufliche Bildung in Europa**“. Hintergrund: Die Notwendigkeit für ArbeitnehmerInnen, auch grenzüberschreitend mobil zu sein, wächst. Gleichzeitig sind gerade Fragen zur Anerkennung verschiedener Berufs- und Bildungsabschlüsse in anderen EU-Staaten noch ungeklärt. Die Veranstaltung gibt einen Überblick über bereits bestehende Anerkennungsverfahren und geplante europäische Regelungen wie

den „Europäischen Qualifikationsrahmen“. Infos: [www.nrw.dgb.de/termine](http://www.nrw.dgb.de/termine)

••• Der **DGB Bremen** bietet BürgerInnen in Bremen und Bremerhaven vor den anstehenden Bürger-



genschaftswahlen am 13. Mai einen besonderen Service, um gegen rechtsextreme Wahlwerbung zu protestieren: Einen **Aufkleber** für den Briefkasten mit der Aufschrift „Keine Nazi-Post einwerfen!“ Den

Aufkleber gibt es bei vielen Betriebsräten und den Bremer Gewerkschaften. Infos: [www.dgb-bremen.de](http://www.dgb-bremen.de)

••• Die **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** bietet unter dem Motto „Students at work – Studieren mit Perspektive“ im Sommersemester eine **Veranstaltungsreihe** an den Berliner Hochschulen. Die Veranstaltungen vom 9. Mai bis 4. Juli behandeln Themen wie Pflichtpraktika, die neuen BA- und MA-Abschlüsse, Berufsorientierung und Promotionen.

Infos: [www.campustour.info](http://www.campustour.info)

## Währungshüter diffamieren Lohnpolitik

Deutsche Politiker haben zumeist verstanden, was Tarifautonomie heißt: Arbeitgeber und Gewerkschaften regeln die Arbeitsbedingungen in eigener Verantwortung – ohne fremde Einmischung. Der Franzose Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/M., zählt zu den Verständnislosen.

Trichet nimmt jede Gelegenheit wahr, zu betonen, dass „Lohnzurückhaltung von größter Wichtigkeit“ sei – zuletzt auf seiner monatlichen Pressekonferenz Mitte April. Die Gewerkschaften reagieren zunehmend genervt auf Trichets Attacken, vor allem in Zeiten von Tarifverhandlungen. „Die Europäische Zentralbank sollte damit aufhören, sich in Tarifverhandlungen einzumischen“, sagt der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Reiner Hoffmann. Von der

Tarifsteigerungen von 3,6 Prozent in der Chemie-Industrie und 3,1 Prozent am Bau.

Die Ökonomen um das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrats Jürgen Kromphardt teilt die Befürchtung einer europäischen Lohn-Preis-Spirale nicht. Es gebe „nicht die geringsten Anzeichen für eine bevorstehende ‚Lohnorgie‘“. Kromphardt & Co. halten eine Tarifierhöhung von mehr als vier Prozent in der Metallindustrie „für vertretbar und vernünftig“. Sie wäre auch mit der von der EZB gewählten Zielinflationsrate von zwei Prozent vereinbar. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) befürchtet selbst bei einer Lohnerhöhung von fünf Prozent keine bedrohliche Lohn-Preis-Spirale.

Die EZB ist bekannt dafür, dass sie die wirtschaftliche Entwicklung durch

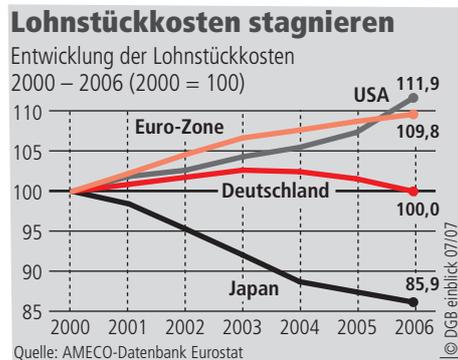
Zinssteigerungen abbremsst. Eine solche Verlangsamung des Wachstumstempos könnte durch höhere Löhne abgefangen werden, weil Lohnsteigerungen die Konsumnachfrage ankurbeln. Aber diesen Zusammenhang ignoriert die EZB.

Mit der Europäischen Zentralbank liegen die deutschen Gewerkschaften schon seit langem über Kreuz. Unmittelbar vor der letzten Leitzinserhöhung im März, der siebten seit Dezember 2005, sagte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Weder die nach unten korrigierten Inflationserwar-

tungen noch die gebetsmühlenhaft wiederholten Ängste vor angeblich überzogenen Lohnforderungen der Gewerkschaften rechtfertigen einen solchen Schritt.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer griff Jean-Claude Trichet persönlich an: „Der EZB-Präsident sollte endlich seine Schularbeiten machen und eine beschäftigungsfördernde Geld- und Finanzpolitik betreiben, statt dauernd an der Zinschraube zu drehen und so Arbeitsplätze zu vernichten.“ Schon lange fordert der DGB, dass die Währungshüter in Frankfurt/M. nicht nur den Preisauftrieb in Schach halten, sondern sich auch den Zielen Wachstum und Beschäftigung verpflichtet fühlen. Bislang ohne viel Erfolg. Dabei heißt es in der Satzung der EZB, dass es zwar ihr vorrangiges Ziel sei, „die Preisstabilität zu gewährleisten“, dass sie aber auch „ein hohes Beschäftigungsniveau und ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum“ unterstützen soll.

Tatsächlich könnte die Inflation in nächster Zeit anziehen – aber aus ganz anderen Gründen: Der Ölpreis steigt. Nach Aussagen der EZB-Ratsmitglieder Christian Noyer und Klaus Liebscher besteht darin die größte Inflationsgefahr für die Euro-Zone. •



**Der Lohnanteil an den Produktionskosten ist 2006 in Deutschland im Vergleich zu 2000 gleich geblieben, dagegen in der Euro-Zone insgesamt und in den USA gestiegen.**

Lohnpolitik gehe europaweit keine Inflationsgefahr aus.

Der Streit ist mehr als ein Wortgefecht. Die EZB hält ein Machtinstrument in Händen. „Sie kann handeln, indem sie die Zinsen weiter erhöht, wenn ihr die Lohnentwicklung nicht passt“, schreibt die Frankfurter Rundschau. Tatsächlich können Lohnerhöhungen die Preisstabilität gefährden: Wenn sie derart in die Höhe schießen, dass die Unternehmen unweigerlich ihre Preise drastisch erhöhen. Das aber ist nur eine akademische Überlegung angesichts der ersten

## Falsche Beschuldigung

**Die größte Tarifrunde – die für die 3,2 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie – ist noch lange nicht zu Ende, da gilt die nächste Leitzins-Erhöpfung der Europäischen Zentralbank (EZB) schon als ausgemachte Sache. Wenn EZB-Präsident Jean-Claude Trichet die Lohnpolitik der Gewerkschaften für Zinssteigerungen verantwortlich macht, beschuldigt er die Falschen.**

**Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) rechnet für die nächsten zwölf Monate mit einem EZB-Leitzins von vier bis 4,5 Prozent. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht Spielraum für eine Zinserhöhung von über vier Prozent.**

**Zahlreiche Analysten glauben, dass EZB-Chef Trichet den Leitzins Anfang Juni erneut anheben wird. Er beträgt seit März 3,75 Prozent. Damit hat die EZB den Ausleihesatz für Kredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken seit Ende 2005 um 1,75 Prozentpunkte verteuert. Sparer freuen sich; wer aber investiert und deshalb Geld aufnimmt, den ärgert's.**



**Über die Gefahr steigender Löhne spricht die Europäische Zentralbank gern, über die steigender Dividenden nie.**

## kurz & bündig



**Die GEW fordert einen „Generationenpakt für Bildung“. Es sei mit der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen unvereinbar, dass die Bildungsausgaben in Deutschland weiter sinken (2005 um 1,3 Milliarden). Die nötigen Gelder sollten durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer aufgebracht werden.**



**Die IG Metall hat mit Volkswagen einen Tarifvertrag für Studierende im Praxisverbund abgeschlossen. VW übernimmt die Studiengebühren für die derzeit rund 500 jungen Menschen, die eine betriebliche Ausbildung bei VW mit einem Studium kombinieren.**



**ver.di fordert alle AktionärInnen der Deutschen Telekom AG auf, die nicht persönlich zur Hauptversammlung am 3. Mai erscheinen können, ihre Stimmrechte auf Betriebsratsmitglieder der Telekom zu übertragen. Das entsprechende Formular steht auf [www.verdi.de](http://www.verdi.de) online.**



**Der DGB ruft auf seinen Kundgebungen am 1. Mai zur Unterstützung der Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für „hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle“ auf. Inzwischen gibt es 220 000 Unterzeichner. Der EGB hofft, am Tag der Arbeit dem Ziel von einer Million Unterschriften deutlich näher zu kommen. [www.petitionpublicservice.eu](http://www.petitionpublicservice.eu)**

## Rente

### Interaktive Deutschlandkarte



Eine Studie des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES) hat erstmals für alle 439 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland das durchschnittliche Renteneintrittsalter und die durchschnittliche Rentenhöhe ermittelt. Das Ergebnis: Der Übergang in den Ruhestand und die Rentenzahlungen sind in Deutschland durch „extreme regionale Unterschiede“ gekennzeichnet. Die Hans-Böckler-Stiftung hat die Statistiken der Studie jetzt grafisch aufbereitet und bietet online auf [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) eine interaktive Deutschlandkarte, mit der die Daten für jede Stadt und jeden Landkreis abgerufen werden können.

So können sich die User selbst von den weiteren Ergebnissen der Studie überzeugen. Ein Beispiel: Im Osten bekommen Neurentner im Schnitt mehr Rente ausbezahlt, als im Westen. In Potsdam etwa

beziehen sie monatlich 830 Euro, im Landkreis Bitburg-Prüm in der Eifel hingegen nur 495 Euro. Hauptgrund für den starken Ost-West-Unterschied sind die höhere Frauenerwerbstätigkeit in Ostdeutschland und die konstanteren Erwerbsbiografien in der DDR. Auf

mehr Wohlstand im Alter ließen die höheren Renten bei Neurentnern im Osten aber nicht schließen, so die INIFES-Forscher: Ältere Ostdeutsche verfügen seltener über Vermögen und Betriebsrenten als Rentner in Westdeutschland.

Die INIFES-Studie ist Teil des von der Hans-Böckler-Stiftung und der Europäischen Kommission finanzierten Projekts „Smart Region“. • [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Konzertmarathon

### Laut gegen Rechts



Mit großem Erfolg hat die DGB-Jugend in Mecklenburg-Vorpommern neun Jahre in Folge am 1. Mai die JOB PARADE in Schwerin veranstaltet und sich für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze engagiert. Jetzt, im zehnten Jahr, schien es Zeit zu sein für einen Wechsel des Konzepts. Am 1. Mai 2007 findet unter dem Motto „Laut gegen Rechts“ auf der Schweriner Marzallhalbinsel ein Konzertmarathon, u.a. in Kooperation mit „blick nach rechts“, statt.

Mit dabei sind der Hip-Hopper Samy Deluxe und die Deutschrocker von Revolverheld. Insgesamt über sieben Stunden Musik, der Eintritt

ist frei. Ein „Festival der Toleranz“ soll das Event werden, bei dem die BesucherInnen Flagge zeigen „für eine tolerante und demokratische Gesellschaft“, so die Veranstalter.

Die DGB-Jugend sieht „Laut gegen Rechts“ dabei durchaus in der Tradition der JOB PARADE. Deswegen wird der Startschuss für das Festival (10 Uhr) auch von einem „JOB PARADE-Abschiedstruck“ der IG Metall-Jugend aus gegeben.

Auch thematisch knüpft das Motto des Sieben-Stunden-Konzerts an die JOB PARADE an: Die miserable Ausbildungssituation und die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher in Ostdeutschland sind mit ein Grund dafür, dass rechte Parolen Gehör finden – und die NPD in Mecklenburg-Vorpommern mit sechs Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte.

„Deshalb ist es um so wichtiger, weiter aktiv gegen rechts zu sein“, betont die DGB-Jugend. Und auch die Ausbildungsthematik spielt weiterhin eine Rolle. Parallel zum Konzert plant die Gewerkschaftsjugend von 13 bis 15 Uhr entsprechende Aktionen. Denn, so heißt es auf der Kampagnen-Homepage „Rechtsweg ausgeschlossen“ der DGB-Jugend: Mit dem Konzertmarathon „lassen sich Politik und Musik richtig gut verbinden“. • [www.rechtsweg-ausgeschlossen.de](http://www.rechtsweg-ausgeschlossen.de)

**„Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.“ ist das Motto des DGB zum diesjährigen Tag der Arbeit. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird auf der zentralen Mai-Kundgebung in Gelsenkirchen sprechen. Zuvor tritt Sommer in Dortmund bei einer Veranstaltung gegen Rechtsextremismus auf. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock spricht in Chemnitz. Die GBV-Mitglieder Annelie Buntentbach, Dietmar Hexel und Claus Matecki reden in Berlin, Köln und Potsdam. Kundgebungen mit den Gewerkschaftsvorsitzenden gibt es in Braunschweig (Klaus Wiesehügel), Alfeld (Hubertus Schmoldt), Bremerhaven (Ulrich Thöne), Hamburg (Jürgen Peters), Lüneburg (Franz-Josef Möllenberg), Bremen (Konrad Freiberg), Erfurt (Frank Bsirske) und Hannover (Norbert Hansen). Mehr Infos zum 1. Mai im Online-Spezial auf: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**



Gewerkschaften & G8

## Staatschefs in die Verantwortung nehmen

Was die Gewerkschaften von der deutschen G8-Präsidentschaft und vom G8-Treffen in Heiligendamm erwarten, beschreibt Jürgen Eckl, Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand.

Hinter Stacheldraht geschützt kommen die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen und Russlands, die so genannten G8, vom 6. bis 8. Juni im Ostseebad Heiligendamm zusammen. Zu Recht müssen sie in die Verantwortung genommen werden für eine Reihe von Fehlentwicklungen und -steuerungen der Globalisierung.

**Die Ungerechtigkeit der jetzigen Weltordnung ist ein Skandal.** Die Welthandelspolitik verfestigt die Ungleichheit von Nord und Süd, den Ausschluss des überwiegenden Teils der Weltbevölkerung von Wohlfahrt und menschenwürdiger Arbeit. Das internationale Finanzsystem, die weitgehend unkontrollierten Finanzmärkte und -ströme begünstigen einen neuen Casino-Kapitalismus, in dem transnationale Konzerne ihre kurzfristigen Gewinninteressen am globalen Pokertisch mit der langfristigen Sicherung ihrer Macht zu verknüpfen suchen. Bei diesem grenzenlosen Wettlauf geraten Arbeitnehmerrechte, soziale und ökologische Standards, dauerhafte Entwicklung, Beseitigung von Armut, Hunger und Krankheit bislang ins Hintertreffen.

Bereits seit 1978 werden die Vorsitzenden der Gewerkschaften aus den Gipfelstaaten vom jeweiligen Gastgeber vor dem Gipfel eingeladen, um ihre Forderungen an die G8 vorzustellen. Lediglich ein G8-Gastgeber hat sich bisher an diese freiwillige Vereinbarung nicht gehalten: George W. Bush. Am 7. Mai werden die G8-Gewerkschaftsvorsitzenden Bundeskanzlerin Merkel die gemeinsame Position der internationalen Gewerkschaftsbewegung vortragen. Das Ziel: Die Forderungen der Gewerkschaften sollen **in die Schlussfolgerungen der G8-Präsidentin in verbindlicher Form einfließen.**

Die Gewerkschaften in den G8-Staaten vertreten Abermillionen von ArbeitnehmerInnen. Sie sind mit Abstand die größte Sozialorganisation in diesem Länderclub, der zugleich die wichtigsten transnationalen Wirtschaftsakteure der Globalisierung beheimatet. Sie würden gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund IGB ihrer Aufgabe nicht gerecht, wenn sie nicht die Staats- und Regierungschefs der G8 selbstbewusst in die Verantwortung nehmen würden. **Es ist nicht zuletzt dem Druck der Gewerkschaften zu verdanken,**

dass die G8-Treffen von ihrer ursprünglich rein neo-liberalen Agenda zunehmend abrücken und sich stärker den sozialen und ökologischen Defiziten der Globalisierung zuwenden.

Zwar ist das G8-Treffen in seinem Selbstverständnis kein Beschlussgremium – seine Verpflichtungserklärung gegenüber Afrika beim G8-Gipfel 2005 im englischen

Gleneagles war eine Ausnahme. Doch über die abgestimmten Schlusserklärungen der jeweiligen Vorsitzen-

den bestimmen die G8 tonangebend die herrschende Globalisierungsdebatte und die Folgepolitik. **Insofern ist G8 keine bloße Schauveranstaltung,** sondern dient der Weichenstellung in der globalen Politik, auf die wir von draußen mit Protesten wie von drinnen mit der Darlegung unserer konkreten Forderungen einwirken müssen.

Die Bundesregierung hat ihre G8-Präsidentschaft unter das Motto „Wachstum und Verantwortung“ gestellt. Das stellt für uns eine Einladung dar, die soziale Gestaltung der Globalisierung einzufordern, um die globalen Ungleichgewichte zu korrigieren. Die Gewerkschaften fordern die Entwicklung und den Ausbau von sozialen Sicherungssystemen in Schwellen- und Entwicklungsländern, ihr Rückbau in den Industrieländern muss gestoppt werden. Wir fordern Beschäftigungsstrategien für menschenwürdige Arbeit. Wir verlangen **umfassenden Respekt für die grundlegenden Arbeitnehmerrechte und für ökologische Standards.** Dazu muss eine verbindliche Kooperationsebene zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und der Welthandelsorganisation WTO hergestellt werden. Die internationalen Finanzmärkte, besonders die Hedge-Fonds, die „Heuschrecken“, müssen reguliert werden. Die Vereinbarungen von Gleneagles zur Hilfe für Afrika, zur Bekämpfung der AIDS-Seuche und zum Klimawandel müssen endlich umgesetzt werden. Der G8-Gipfelprozess muss **institutionell um Vertreter der Schwellen- und Entwicklungsländer erweitert werden.** Es reicht nicht aus, wie für den G8-Gipfel in Heiligendamm vorgesehen, die Staatschefs von Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika einzuladen, damit sie quasi als Zaungäste am Katzentisch dem Gipfel beiwohnen dürfen. ●

**Jürgen Eckl, 64, ist Referatsleiter für internationale Organisationen sowie außereuropäische Gewerkschaften bei der DGB-Bundesvorstandsverwaltung.**



Foto: einblick

## Doppelstrategie

**Die Gewerkschaften der G8-Länder erwarten von der G8-Präsidentschaft Deutschlands einen Kurswechsel hin zu einer sozialeren Politik in der globalen Zusammenarbeit. Ihre Forderungen werden sie sowohl beim G8-Treffen der Arbeitsminister in Dresden am 6. Mai im Rahmen der so genannten Sozialpartnerkonsultationen, den Beratungen der Minister mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, einbringen als auch bei ihrem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. Mai in Berlin.**

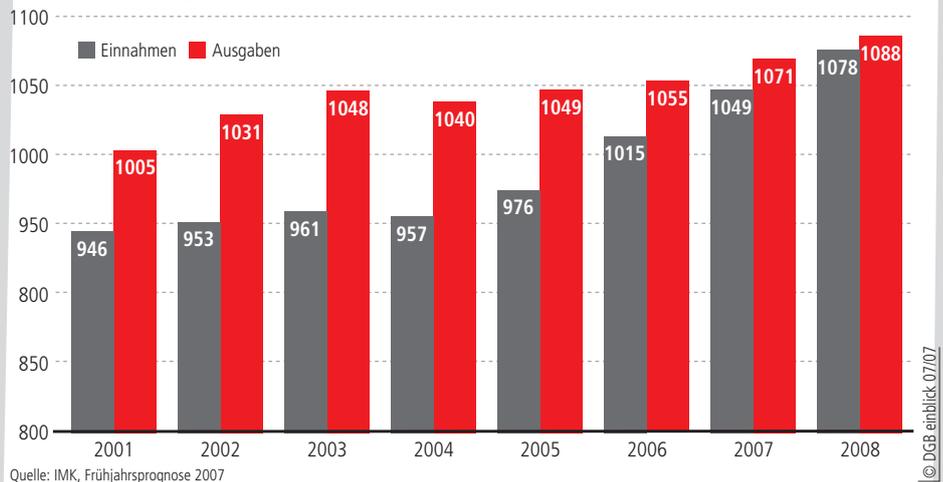
**Ergänzend zu dieser gewerkschaftlichen Lobbyarbeit auf Spitzenebene werden sich GewerkschafterInnen mit ihrer Kritik am gegenwärtigen Lauf der Globalisierung gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft an den Demonstrationen und am Gegengipfel in Rostock beteiligen.**

**Ein globales Manifest zu menschenwürdiger Arbeit und Beschäftigung für junge Menschen wollen DGB-Jugend, der Internationale Gewerkschaftsbund IGB und die internationale Sozialorganisation Solidar auf einer internationalen Konferenz junger GewerkschafterInnen Anfang Juni in Berlin erarbeiten.**

## STAATSVerschuldung: Konsolidierung gefährdet Zukunftsinvestitionen

**2008 sinkt das Defizit des Staates nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie (IMK) auf zehn Milliarden Euro. Verantwortlich für den nahezu ausgeglichenen Haushalt sind vor allem geringere Ausgaben. Während die Einnahmen 130 Milliarden Euro über dem Wert von 2001 liegen dürften, beträgt der Zuwachs bei den Ausgaben lediglich 80 Milliarden Euro. Die Investitionszurückhaltung des Staates bremst die Konjunktur, warnt das IMK. Notwendige Investitionen würden einer überstürzten Haushaltskonsolidierung geopfert.**

Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 2001 bis 2008 (in Milliarden Euro)



## Tipp

**Buch: Wolfram Wette (Hrsg.), Filbinger – eine deutsche Karriere, zu Klampen Verlag, Springe 2006, 191 Seiten, 18 Euro**

Fast 30 Jahre liegt der erzwungene Rücktritt des ehemaligen NS-Marinerichters und späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) zurück. Filbinger war zwischen 1943 und 1945 nicht nur an mehreren Todesurteilen gegen Soldaten beteiligt, die sich angesichts des bereits verlorenen Krieges von der Truppe entfernt hatten, sondern hat auch bis zu seinem Tod im April dieses Jahres die Unrechtsjustiz

der Nationalsozialisten verteidigt. Weil Filbinger dafür gesorgt hat, dass ein von einem NS-Militärgericht verhängtes Todesurteil auch noch nach der bereits erfolgten deutschen Kapitulation vollstreckt wurde, hatte der Dramatiker Rolf Hochhuth ihn 1978 einen „furchtbaren Juristen“ genannt. Warum Filbinger bis heute für die Weigerung von Teilen der Konservativen steht, sich kritisch mit der deutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen, belegt eindrucksvoll das im vergangenen Jahr erschienene Buch „Filbinger – eine deutsche Karriere“. „Filbinger scheiterte nicht an den Todesurteilen, an denen er als junger

Marinerichter beteiligt war“, wird darin der Journalist Thomas Runge zitiert, „sondern an seiner Uneinsichtigkeit“. Ein Schicksal, das in diesen Tagen beinahe auch seinen Nachfolger Günther Oettinger (CDU) ereilt hätte, weil er Filbinger zum Gegner der Nationalsozialisten umdeuten wollte.

## 14 TAGE

**23.4.** DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Konferenz „Mindestlohn im europäischen Kontext“, Frankfurt/M.

**26.-28.4.** IG Metall, Frauenkonferenz „Standortvorteil Gleichstellung“, Sprockhövel

**27./28.4.** ver.di Baden-Württemberg, Landesbezirkskonferenz, Stuttgart

**1.5.** Tag der Arbeit, Zentrale DGB-Maikundgebung in Gelsenkirchen

**1.5.** Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen

**2.5.** DGB Hamburg, Gedenkveranstaltung „Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten 1933“, Hamburg

**4.-6.5.** Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz „Gender in der EU-Friedens- und Sicherheitspolitik“, Berlin

**6./7.5.** Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialpartnerkonsultationen im Rahmen des Arbeitsministertreffens der G8-Länder, Dresden

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



## Schlusspunkt.

**„Heimatliebe und Wirtschaftskraft: Republikaner wollen in den neuen Kreistag“**

Meldung im Ascherslebener Lokalteil der Mitteldeutschen Zeitung über die Kandidatur der rechtsextremen Republikaner für die Kommunalwahlen am 22. April in Sachsen-Anhalt

Kinderarmut

## Bedürftigkeit von Familien vorbeugen

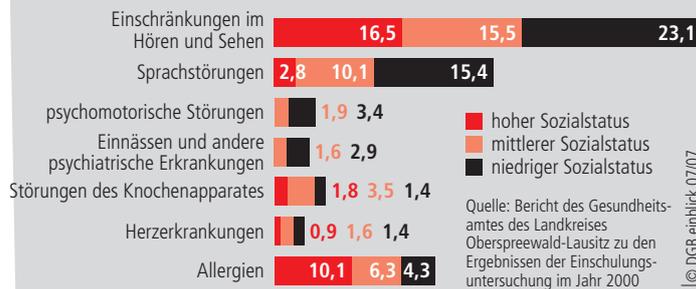
Im Zuge der Hartz-Reformen wurde Anfang 2005 ein Zuschlag zum Kindergeld eingeführt. Ein enger Einkommenskorridor und rigide Anrechnungsbestimmungen beim Elterneinkommen führen allerdings dazu, dass immer weniger Familien diesen Zuschlag erhalten. Mit verheerenden Wirkungen: Beinahe zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren sind auf staatliche Transferzahlungen angewiesen. Der DGB fordert deshalb eine großzügigere Gewährung des Kinderzuschlags sowie langfristig eine von Hartz IV unabhängige Kindergrundsicherung.

Das Problem: Der Zuschlag kommt nur Eltern zugute, die zwar ihren eigenen Bedarf durch ihr Einkommen decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Wer nicht einmal genug verdient, um das eigene Leben zu finanzieren, geht beim Kinderzuschlag ganz leer aus. Gleichgültig, ob Betroffene Leistungen nach Hartz IV beantragen oder nicht: Das Kind hat in solchen Fällen nur noch Anspruch auf Leistungen nach Hartz IV – nicht aber auf den Zuschlag. Eine absurde Situation.

Seit 2004 steigt die Zahl der von Kinderarmut Betroffenen drastisch. Erhielten vor Einführung von Hartz

### Häufiger krank

Medizinisch relevante Befunde nach sozialem Status (Angaben in Prozent)



**Kinder aus sozial schwachen Familien sind häufiger von Krankheiten betroffen, die früher erkannt eventuell behoben werden könnten.**

IV noch knapp eine Million der unter 15-Jährigen ergänzende Sozialleistungen, sind es heute fast zwei Millionen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Anträge auf den Kinderzuschlag ab. Wurden 2005 noch rund 570 000 Anträge gestellt, waren es 2006 nur noch knapp 210 000. Und rund 78 Prozent der Anträge (2005: 83 Prozent) wurden abgelehnt. Hauptgrund: Das Einkommen der Eltern war zu gering.

Um diesen grotesken Zustand zu beenden, fordert der DGB, auch dann den Zuschlag zu gewähren, wenn das Einkommen der Eltern ihren eigenen Lebensunterhalt nicht

vollständig deckt. Dabei soll bei Ehepaaren das Einkommen einer Vollzeitstelle zugrunde gelegt werden, bei Alleinerziehenden eine Erwerbstätigkeit von mindestens 30 Wochenstunden. Um Armut und Hartz IV-Bedürftigkeit von Geringverdienern mit Kindern zu vermeiden, sei außerdem eine von Hartz IV unabhängige Kindergrundsicherung für Familien notwendig, so der DGB.

Über die großzügigere, unbefristete Bemessung des Kinderzuschlags hinaus – bisher wird er maximal drei Jahre gezahlt – regt der DGB die Einführung einer Kinderkomponente beim Wohngeld an. Denn: Das Wohngeld verkommt immer mehr zu einer Restgröße. Bezogen 2004 noch rund 3,5 Millionen Haushalte diese Leistung, waren es Ende 2005 nur noch 780 000. Die Folge: Mehr als eine halbe Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ist auf ALG II angewiesen, weil zu wenig Mietzuschuss gezahlt wird. Großzügigere Einkommensfreibeträge für Familien und höhere Wohngeldsätze würden für viele Familien Hartz IV-Bedürftigkeit verhindern. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach: „Das A und O muss sein, Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit und Armut zu vermeiden.“

Seite 3

**In die Offensive gehen**  
**Vom 21. bis 24. Mai läuft der Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds in Sevilla. Der EGB will sich stärker für ein soziales Europa und nachhaltige Entwicklung einsetzen**

Seite 5

**Neues Profil, neue Inhalte**  
**Die Akademie der Arbeit macht sich mit neuen Studieninhalten und einem internationaleren Profil fit für die Zukunft**

Seite 7

**Fluch und Segen**  
**Deutschland gehört zu den Globalisierungsgewinnern – allen strategischen Behauptungen Konservativer zum Trotz. Aber: Die Wohlstandsgewinne werden ungleich verteilt, meint DGB-Chefökonom Dierk Hirschel**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.jugend.igmetall.de/erklaert/](http://www.jugend.igmetall.de/erklaert/)  
**„Erklär dir die Welt“: Die IG Metall-Jugend beschreibt Begriffe von „Demografie“ bis „Private Equity“**

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
**DGB-Vorschlag zur Vermeidung von Kinderarmut**

## plusminusBERLIN

**+ CDA-Vorsitzender Karl-Josef Laumann fordert, über eine „Sockelrente“ nachzudenken. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, müsse „eine Rente über der Armutsgrenze beziehen“. Stundenlöhne zwischen 5,50 und sieben Euro schließen das aus.**

**- Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will die „Rente mit 70“. Beschäftigte sollten dann ab 60 nur noch halbtags arbeiten. Damit würde Älteren signalisiert, so Wowereit: „Eure Kraft wird weiter gebraucht!“**

**Gewerkschaften**

## Transatlantische Fusion geplant

Die amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft USW und die beiden britischen Gewerkschaften Amicus (Metall) und Transport and General Workers Union (TGWU) wollen im Juni Gespräche über die Bildung einer gemeinsamen Gewerkschaft aufnehmen. Kommt die Fusion zu

Stande, wäre die neue Arbeitnehmerorganisation nicht nur die erste transatlantische Gewerkschaft überhaupt, sondern mit 3,4 Millionen Mitgliedern auch die größte Gewerkschaft weltweit.

Die IG Metall, die mit zwei der drei beteiligten Gewerkschaften

enge Beziehungen unterhält, will sich an der möglichen Fusion nicht beteiligen, „beobachtet sie aber mit viel Sympathie“. Der geplante Zusammenschluss sei „ein mutiger Schritt“, erklärte IG Metall-Sprecher Jörg Köther gegenüber *einblick*. Auch ohne Fusionspläne will die IG Metall die internationale Zusammenarbeit weiter ausbauen. Sie setzt vor allem auf eine stärkere Koordinierung der Tarifpolitik. ●

**Kommunale Arbeitgeber**

## Schlechte Verlierer

Die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) will per Gerichtsentscheid eine nachträgliche Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen. Weil die Beschäftigten der Länder auf Grund des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) länger arbeiten müssen, müsse das auch für die Kommunalbeschäftigten gelten. An der Forderung nach einer Arbeitszeitverlängerung war 2005 fast der TVöD gescheitert – ohne dass sich die kommunalen Arbeitgeber durchsetzen konnten. Die Gewerkschaft ver.di hält die Klage der Kommunen für „absurdes Theater“. Die Meistbegünstigungsklausel, mit der die Kommunen eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwingen wollen, greife nicht. ●

**BAG-Entscheidung**

## Streik für Sozialplan legal

Gewerkschaften dürfen zu Streiks zur Durchsetzung eines Tarifvertrags aufrufen, durch den wirtschaftliche Nachteile aus einer Betriebsänderung ausgeglichen oder gemildert werden sollen. Das hat das Bundesarbeitsge-

richt Ende April in einer Grundsatzentscheidung (1AZR 252/06) festgestellt. Für die Vereinbarung von Sozialplänen seien nach dem Betriebsverfassungsgesetz zwar Arbeitgeber und Betriebsrat zuständig, erklärte das Gericht, das Betriebsverfassungsgesetz schränke jedoch die Regelungsbefugnis der Tarifvertragsparteien nicht ein. Zur Durchsetzung eines entsprechenden Tarifvertrags dürfe ge-

streikt werden. Das gelte „auch für sehr weitgehende Forderungen“.

Die Gewerkschaften sehen durch das Urteil die Tarifautonomie gestärkt. In Situationen, in denen die Existenz von zahlreichen Arbeitsplätzen auf dem Spiel steht, sei das Urteil ein wichtiger Beitrag zum Erhalt gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten zur Wahrung der Interessen der betroffenen ArbeitnehmerInnen. ●

# ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT 

## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

# GEWERKSCHAFTEN

Europäischer Gewerkschaftsbund

## In die Offensive gehen



*Stärker in die Offensive gehen für ein soziales Europa, Solidarität und eine nachhaltige Entwicklung – das ist erklärtes Ziel des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Die Weichen dazu sollen vom 21. bis 24. Mai auf dem EGB-Kongress in Sevilla gestellt werden.*

Die Gästeliste des EGB-Kongresses ist illustert – vom EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso über den EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet bis hin zu Franz Müntefering als Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

ArbeitnehmerInnen wirkt. Beispiel Dienstleistungsrichtlinie: Dank der gemeinsamen Protestaktionen von EGB und den europäischen Gewerkschaften ist es gelungen, dass statt des ursprünglichen Bolkestein-Entwurfs eine Richtlinie verabschiedet wurde, die einen Großteil der gewerkschaftlichen Kritik berücksichtigt.

Den Rückenwind aus diesem erfolgreichen Protest will der EGB nutzen, um noch mehr in die Offensive für ein soziales Europa zu gehen. Denn allen Lippenbekenntnissen der Politik zum Trotz ist die soziale Dimension der EU nach wie vor wenig ausgeprägt. Was Offensive auf den verschiedenen europäischen Politikfeldern konkret bedeutet, wollen die Delegierten aus 36

Ländern in Sevilla diskutieren und in einem Aktionsprogramm für die nächsten vier Jahre festschreiben. Das Aktionsprogramm gliedert sich in fünf Schwerpunktbereiche:

- Europäische Gewerkschaften
- Europäischer Arbeitsmarkt
- Sozialdialog, Tarifpolitik und Mitbestimmung
- Wirtschaftliche, soziale und ökologische „Governance“
- Stärkung der EU.

Die Themenpalette des Kongresses reicht vom Einfluss der EZB auf die europäische Lohnpolitik über die Stärkung des sozialen Dialogs, der Frage nach einem Rechtsrahmen für transnationale Kollektivvereinbarungen und den Ausbau der Rechte der Euro-Betriebsräte bis hin zur EU-Verfassungsdebatte. Diskutiert werden soll auch, ob eine europaweite Mindestlohnformel Sinn macht und mit welchen Strategien die Gewerkschaften eine stärkere soziale und ökologische Ausrichtung der Lissabon-Strategie erreichen können.

Offensiv wirbt der EGB bereits seit Ende letzten Jahres um Unterstützung für seine Petition für hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle (*einblick 5/07*). Der EGB hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst bis zum Kongress eine Million Unterschriften für die Petition zu sammeln. •

[www.petitionpublicservice.eu](http://www.petitionpublicservice.eu)

### Vom Lissabon-Ziel noch weit entfernt

Beschäftigungsquote in der EU-25 und Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten (in Prozent)



**Bis 2010 soll europaweit die Beschäftigungsquote mindestens 70 Prozent betragen. Von diesem Ziel der 2000 beschlossenen Lissabon-Strategie ist die EU noch weit entfernt. Strategien für mehr und bessere Arbeitsplätze und die Bekämpfung prekärer Beschäftigung sind zentrale Themen beim EGB-Kongress.**

sind viele mit Rang und Namen in der europäischen Politik der Einladung zum EGB-Kongress gefolgt. Schließlich ist der EGB eine gewichtige Stimme in der EU, und seit seiner Gründung wurden seine politischen Vertretungsrechte gegenüber den EU-Institutionen systematisch erweitert (siehe Kasten).

Doch nicht nur in den formalen Strukturen hat der EGB in den letzten Jahren bewiesen, dass er erfolgreich als Lobby der europäischen

### Lobby der ArbeitnehmerInnen in der EU

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) wurde 1973 gegründet. Er umfasst 81 nationale Gewerkschaftsbünde aus 36 Ländern und 12 europäische Branchenverbände. Der EGB ist die größte gemeinsam agierende politische Organisation in Europa. Sitz des EGB ist Brüssel. Der EGB hat einen Präsidenten, einen Generalsekretär und zwei stellvertretende Generalsekretäre. Entscheidendes Gremium zwischen den Kongressen ist die EGB-Exekutive, der VertreterInnen

aller Mitgliedsbünde angehören. Ziel des EGB ist es, Arbeitnehmerrechte in der europäischen Integration durchzusetzen und die wirtschaftliche Dimension der EU um ein soziales Europa zu ergänzen. Der EGB vertritt die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Kommission, Parlament und Rat. Gleichzeitig verhandelt der EGB auch mit den privaten und öffentlichen Arbeitgeberverbänden BUSINESSEUROPE und CEEP im europäischen sozialen Dialog.

[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

### Neue Präsidentin

**Mit 30 Delegierten, angeführt vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, der auch im Präsidium des EGB-Kongresses sitzt, stellen die deutschen Gewerkschaften die größte Gruppe unter den insgesamt knapp 500 Delegierten in Sevilla. Sie werden nicht nur über aktuelle europäische Fragen diskutieren und über das Aktionsprogramm des EGB für die nächsten vier Jahre entscheiden, sondern auch die EGB-Spitze neu wählen.**

**Der bisherige EGB-Präsident, der Spanier Cándido Méndez Rodríguez, 54, tritt nicht mehr zur Wahl an. Als Kandidatin für seine Nachfolge hat die EGB-Exekutive Wanja Lundby-Wedin, 54, die Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO, vorgeschlagen.**

**Dagegen tritt das gesamte EGB-Generalsekretariat zur Wiederwahl an. Neben dem Generalsekretär John Monks, 62, ehemaliger Generalsekretär des britischen TUC, sowie seinen beiden StellvertreterInnen Reiner Hoffmann, 51, früher Leiter des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes EGI, und Maria Helena André, 46, UGT Portugal, gehören dazu die politischen EGB-Sekretäre Walter Cerfeda, 59, CGIL Italien, Joël Decaillon, 57, CGT Frankreich, Józef Niemiec, 52, NSZZ Solidarnosc Polen, und die Niederländerin Catalene Passchier, 52, FNV.**

<http://sevilla.etuc.org/>

**Ratgeber**

## Steuer von A-Z

Alle Jahre wieder müssen abhängig Beschäftigte bei ihrer Steuererklärung zahlreiche Änderungen berücksichtigen. Gut, dass der DGB in seiner Reihe „Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik“ ebenso regelmäßig den Ratgeber „Das ABC von 44 Lohnsteuer-Grundbegriffen“ herausgibt. Die aktuelle Ausgabe für 2007 erläutert, worauf bei Abschreibungen zu achten ist oder welche Regelungen für Hartz IV-EmpfängerInnen, Elterngeld-BezieherInnen und RentnerInnen gelten. Die wichtigsten Neuerungen für ArbeitnehmerInnen im Steuerzeitraum 2006/2007: die Kürzungen bei der Pendlerpauschale und beim Sparerfreibetrag sowie Änderungen bei Minijobs. •

Tel. 030/24060727  
carina.ortmann@dgb.de

**Kampagne**

## Rente sichern

Eine Bildungskampagne zur Altersvorsorge haben Bundesregierung, Volkshochschulen, Deutsche Rentenversicherung, Verbraucherzentralen, DGB und Arbeitgeberverbände vor kurzem gestartet: Unter dem Titel „Altersvorsorge macht

Schule“ erhalten Auszubildende und Berufseinsteiger eine knappe Einführung in die verschiedenen Elemente der Alterssicherung. Neben gesetzlicher und Riester-Rente werden auch betriebliche sowie private Altersvorsorge kurz vorgestellt. Ausführlichere Orientierungshilfe gibt es in derzeit mehr als 800 Kursen von „Altersvorsorge macht Schule“, die an bundesweit über 500 Volkshochschulen stattfinden. In zwölf Unterrichtsstunden wird geklärt, was sich hinter Fondssparplänen, Pensionskassen oder Rürup-Rente verbirgt. Die Gebühr für einen Kurs beträgt maximal 20 Euro. •

www.altersvorsorge-macht-schule.de  
Tel. 0800/10004800 (kostenfrei)

**„Widerspruch“**

## Schwerpunkt Migration

Die jüngst erschienene Ausgabe der Zeitschrift *Widerspruch* hat den Themenschwerpunkt Migration, Integration und Menschenrechte. Stella Jegher befasst sich mit der speziellen Situation von Migrantinnen, Bea Schwager schreibt über den Status der Menschen, die über keinerlei Ausweispapiere verfügen, Christoph Butterwegge setzt sich mit dem Zusammenhang von Weltmarktdynamik und Mig-

**Leitfaden**

## Gleich behandeln

Im August 2006 ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nach langwierigen Diskussionen in Kraft getreten. Zur Umsetzung der neuen Antidiskriminierungsregeln in die betriebliche Praxis ist eine Interpretationshilfe häufig hilfreich. Die liefert jetzt Rechtsanwalt Arne Maier mit seinem kürzlich erschienenen „Arbeitsrechtlichen Leitfaden zum AGG“. Allgemeinverständlich beschreibt der Jurist



die gesetzlichen Diskriminierungsmerkmale und die möglichen Ansprüche von Beschäftigten bei Verstößen gegen das AGG. Darüber hinaus enthält der Band Fallbeispiele, Gesetzestexte und weitere hilfreiche Dokumente.

Der Leitfaden wendet sich an Beschäftigte und Betriebsräte sowie an Arbeitgeber und Personalverantwortliche.

Otto-Elsner-Verlagsgesellschaft, Dieburg 2007, 250 Seiten, 19,80 Euro, erhältlich über den Buchhandel oder: [www.elsner.de](http://www.elsner.de) •

ration auseinander. *Widerspruch* kann als Jahresabonnement (zwei Hefte) zum Preis von 27 Euro zzgl. Porto und Versand bezogen werden. Das Einzelheft zu Migration (Nr. 51, 232 Seiten) ist für 16 Euro erhältlich. •

vertrieb@widerspruch.ch  
www.widerspruch.ch

**Mitbestimmung**

## Frische Optik

Mit einer Reihe von Änderungen ist die April-Ausgabe der Zeitschrift *Mitbestimmung* erschienen. Große farbige Fotos, mehr Infokästen

und mehr Informationen über die herausgebende Hans-Böckler-Stiftung sind die hervorstechendsten Neuerungen. Titelthema des aktuellen Heftes ist die Modernisierung der Hochschulen. Außerdem äußert sich der Soziologe Jürgen Hoffmann im Interview zum veränderten Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, gibt es eine Reportage über eine brasilianische Bauxitmine, eine Medienkolumne und vieles mehr. Das Jahresabo kostet 50 Euro inklusive Porto, der Einzelpreis beträgt 4,50 Euro (Doppelheft: 5 Euro). •

Bestellungen: [bundverlag@b-d-k.de](mailto:bundverlag@b-d-k.de)

## interregio

••• Der **DGB NRW** lädt am 29. Mai zu einer **Diskussionsveranstaltung** zum Thema „Auf dem Weg zur einen Schule für alle? Welche Konsequenzen ziehen wir aus PISA?“. Anlass ist das neue Schulgesetz der Landesregierung, in dem das dreigliedrige Schulsystem festgeschrieben werden soll. Angesichts der Erkenntnis, dass der Bildungserfolg in kaum einem anderen Industrieland so stark von der sozialen Herkunft abhängig ist wie in Deutschland, diskutieren PolitikerInnen und Wissenschaft-

lerInnen die Schulstruktur in NRW. Gerade im mehrgliedrigen Schulsystem könne die Ursache für die deutschen Bildungsdefizite liegen, so der DGB NRW, trotzdem führe die Landesregierung die so genannte Begabungsgerechtigkeit für dessen Erhalt an. Auf der Veranstaltung werden Vor- und Nachteile des mehrgliedrigen Schulsystems beleuchtet und seine Befürworter und Gegner gehört. Eingeladen sind alle Interessierten. Infos und Anmeldung: [ute.neuhaus@dgb.de](mailto:ute.neuhaus@dgb.de)

••• Der **DGB Sachsen** fordert zum **Auftakt der Equal-Entwicklungspartnerschaft** „Pro Qualifizierung“ die Gleichstellung von AusländerInnen und Deutschen auf dem Arbeitsmarkt. Das Projekt wird vom Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe/Neiße getragen. Ziel ist es, Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse müsse vereinfacht werden, so der Vorsitzende des DGB Sachsen Hanjo Lucassen.

Darüber hinaus müssten MigrantInnen mehr Bildungsangebote wie berufsbezogene Deutschkurse gemacht werden. Ausländische Arbeitskräfte würden für die sächsische Wirtschaft immer wichtiger, andererseits hätten MigrantInnen es oft schwer, einen Arbeitsplatz zu finden – viele müssten im Niedriglohnssektor unterhalb ihrer eigentlichen Qualifizierung arbeiten. Außerdem müsse die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen in den Ausländerbehörden verbessert werden.

# GEWERKSCHAFTEN

Akademie der Arbeit

## Neues Profil, neue Inhalte

Mit neuen Studieninhalten, einer veränderten Struktur und einem internationaleren Profil will die traditionsreiche Frankfurter Akademie der Arbeit fit für die Zukunft werden.

Ganze Generationen von GewerkschafterInnen sind durch die Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt/M. gegangen. Für viele war es der Start einer Gewerkschaftskarriere. Auch heute noch nutzen DGB und Gewerkschaften für die Qualifizierung ihrer hauptamtlichen MitarbeiterInnen gerne die fundierte Ausbildung und das Know-How der Einrichtung, die auf eine fast 90-jährige Tradition zurückblickt und sich inzwischen „Europäische Akademie der Arbeit“ nennt. Doch was für andere Hochschulen und Bildungseinrichtungen gilt, gilt auch für die AdA. Neue Anforderungen in Unternehmen und Arbeitswelt, in Gewerkschaften und anderen Verbänden machten es erforderlich, das Profil der Akademie zukunftsfähig zu machen und neu auszurichten.

Diese Herausforderung hat die Akademie angenommen und umgesetzt: Der aktuelle Jahrgang der AdA ist der erste, der nach einem neuen „Curriculum“ studiert – das heißt: neue Lehrinhalte, Ausrichtung an neuen Schwerpunkten, neuer Studienaufbau. „Mit dem neuen Curriculum stellt sich die Akademie der Arbeit den wachsenden Herausforderungen in den Betrieben, entwickelt die geforderten Kompetenzen und bietet den Studierenden neue Entwicklungsmöglichkeiten“, so die Akademie über den Neuaufbau ihres Studiums.

Zu den neuen Inhalten gehören etwa Gewerkschaftsgeschichte und soziale Systeme und der neu entwickelte Bereich „Organisation und Management“: Hier erhalten die Studierenden das notwendige Wissen über Management-Strate-



**Die aktuelle Broschüre der Akademie der Arbeit (AdA) bietet alle Infos zum seit 2005 in Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt neu gestalteten Studium: die neuen Studieninhalte, der neue Studienaufbau und die Möglichkeit, auch ohne Abitur ein einjähriges Studium zu absolvieren und damit die Berechtigung für ein Studium an hessischen Fachhochschulen zu erwerben. Die Broschüre als Download und alle weiteren Infos zur Bewerbung an der AdA unter:**

[www.akademie-der-arbeit.de](http://www.akademie-der-arbeit.de)

gien und -Instrumente, die speziell für Non-Profit-Organisationen – wie Gewerkschaften – entwickelt worden sind.

Neben einzelnen neuen Studieninhalten und der neuen Struktur hat sich die Akademie aber auch studienübergreifend eine neue Ausrichtung gegeben: Die europäische Dimension spielt themen- und veranstaltungsübergreifend eine wesentliche Rolle. Damit reagiert die AdA auf den immer stärkeren Einfluss von Entscheidungen der europäischen Ebene auf die nationale Politik und die Arbeit nationaler Verbände. „Die globale Ausdehnung und Vernetzung verändern sich rasant“, heißt es in einer Eigendarstellung der Akademie. „Diese Herausforderungen erfordern neue Kompetenzen, bieten aber auch neue Entwicklungsmöglichkeiten. Für diese neuen Aufgaben müssen zukunfts-

trächtige Lösungen erarbeitet werden.“ Aufgaben, für die die AdA-AbsolventInnen nach ihrem Abschluss gerüstet sein sollen.

Der Studienaufbau ist flexibler geworden: Entsprechend der aktuellen Entwicklung an deutschen Hochschulen ist das Studium an der AdA nach Einführung des neuen Curriculum in so genannte „Kernfächer“ und „Module“ eingeteilt. Damit bietet der Abschluss an der Akademie der Arbeit den AbsolventInnen inzwischen weitere interessante Entwicklungsmöglichkeiten: Durch den hochschulübergreifend vergleichbaren Studienaufbau berechtigt ein Zertifikat die AbsolventInnen nach dem AdA-Abschluss zum Studium an allen Fachhochschulen im Land Hessen – auch wenn sie vorher noch keine Zugangsberechtigung zu einer FH vorweisen konnten. An der FH Frankfurt/M. kann ein AdA-Abschluss Studierenden sogar drei Semester „sparen“.

Die AdA ist auch ansonsten gut in die Frankfurter Hochschullandschaft eingebunden – sie kooperiert sowohl mit der Uni Frankfurt als auch mit der Frankfurter Fachhochschule. „Die Europäische Akademie der Arbeit ist in Frankfurt gut vernetzt – auch in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht“, beschreibt Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Kuratoriums der AdA, die Kooperation in der Main-Metropole. „Sie bietet den Absolventinnen und Absolventen ein breites Spektrum an Lehrangeboten und erfahrenen Dozenten.“

Gut aufgestellt für die künftige Arbeit bietet die AdA in diesem Jahr wieder 40 Studierenden mit einem einjährigen Studium die Chance, umfassende Qualifikationen für die Arbeit in Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen, kirchlichen Institutionen und anderen Verbänden zu erwerben. Die Bewerbungsfrist endet am 11. Mai. ●

## Jetzt bewerben!

**Noch bis zum 11. Mai läuft die Bewerbungsfrist für den kommenden Jahrgang an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt/M.**

**Am einjährigen Studium können auch in diesem Jahr wieder insgesamt 40 Studierende teilnehmen. Studienbeginn ist im Oktober.**

**Vor Studienantritt absolvieren die BewerberInnen eine dreitägige Aufnahmeprüfung. Weitere Anforderungen sind:**

- ✳ **eine abgeschlossene Berufsausbildung**
- ✳ **eine dreijährige Berufserfahrung**
- ✳ **und soziales Engagement, zum Beispiel in betrieblichen Interessenvertretungen**

**Bewerbungen können direkt und formlos an die Akademie gerichtet werden. Sie sollten aussagekräftige Unterlagen enthalten, aus denen der persönliche, schulische und berufliche Werdegang sowie das gesellschaftspolitische Interesse und das bisherige soziale Engagement der BewerberInnen hervorgeht.**

**BewerberInnen, die gewerkschaftlich gefördert werden wollen, wenden sich an die Personalabteilungen der jeweiligen Bundesvorstände der DGB-Gewerkschaften, Stichwort: Akademie der Arbeit.**

[www.akademie-der-arbeit.de](http://www.akademie-der-arbeit.de)

## kurz&bündig



Unter dem Titel „Bildung besser machen“ hat die IG BCE-Jugend

ein Positionspapier zur Zukunft des Bildungssystems in Deutschland veröffentlicht. Die Konzepte umfassen alle Bildungsstufen – von der frühkindlichen Bildung bis zur Fort- und Weiterbildung im Berufsleben.



Die GEW fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die erst kürzlich eingeführten Sprachtests für vierjährige Kinder in Kitas sofort zu stoppen. Die strikt standardisierte Versuchsanordnung habe nur das Ziel herauszufinden, ob „Befehl und Gehorsam funktionieren“. Den Ansatz sprachlicher Integration von Kindern aus Migrantenfamilien mache der Test so zunichte.

ver.di

Am 1. Mai startet die „Mindest-Tour“ von ver.di und NGG, die mit Aktionen in über 50 deutschen Städten weiter Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn machen soll. Teil der 80 Tage dauernden Städtetour ist die Ausstellung „Arm trotz Arbeit“. [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)



Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag hat die IG BAU eine umfassende Organisationsreform beschlossen. Das ehrenamtliche Engagement soll gestärkt, die Gewerkschaftsarbeit stärker in die Betriebe verlagert, die Branchenarbeit ausgebaut werden. Der Bundesvorstand wurde von neun auf sieben Mitglieder verkleinert. [www.igbau.de](http://www.igbau.de)

## Pflegereform

### DGB präsentiert Dreistufenplan

„Die Pflegeversicherung ist ein Erfolgsmodell, das allerdings eine gründliche Erneuerung braucht. Es kommt entscheidend darauf an, die Situation in der Pflege schnellstmöglich und dauerhaft zu verbessern“, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach anlässlich der Vorstellung der Eckpunkte des DGB für eine Reform der Pflegeversicherung. Entsprechend enthält das dreistufige DGB-Konzept Vorschläge für schnelle und nachhaltige Verbesserungen.

In einem ersten Schritt soll ein Sofortprogramm dringend notwendige Neuerungen unverzüglich umsetzen, die „ohne größeren finanziellen Aufwand möglich“ sind. Dazu gehört aus Sicht des DGB etwa der Ausbau von Rehabilitationsmöglichkeiten. Die Bundesländer seien gefordert, entsprechende Angebote in der Pflege-Infrastruktur zu etablieren. Außerdem soll über das Sofortprogramm die häusliche Pflege gestärkt werden. Weiterer Punkt ist eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Unter anderem müsse es ein Recht auf „kurzfristige und kurzzeitige“ Freistellung für ArbeitnehmerInnen mit pflegebedürftigen Angehörigen geben.

Im zweiten Schritt des Dreistufenplans fordert der DGB eine deutliche Aufwertung der Pflegeleistungen. Nötig sei etwa eine „Dynamisierung der Leistungen“



Foto: Jürgen Seidel

1. Mai

### Du hast mehr verdient!

530 000 Menschen nahmen bundesweit am Tag der Arbeit an den Kundgebungen des DGB unter dem Motto „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Sicherheit. Gute Arbeit“ teil. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer machte

unter Berücksichtigung der Preisentwicklung. Außerdem soll der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definiert und ausgeweitet werden. Nur so erhalte etwa die große Gruppe demenzkranker Menschen Anspruch auf Leistungen, von denen sie bis heute ausgeschlossen ist, so Buntenbach.

Im dritten Schritt schließlich strebt der DGB eine „dauerhafte Sicherung der solidarischen Finanzierung“ der Pflegeversicherung an. Die Basis der von der großen Koalition geplanten „Demografie-reserve“ soll ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung bilden. ●



Der DGB Thüringen machte anlässlich des Tags der Arbeit mit seinem **Kunstprojekt „Trojanisches Pferd“** auf die Kritik der Gewerkschaften an aktuellen Reformprojekten der Bundesregierung aufmerksam: Der Begriff „Trojanisches Pferd“ stehe häufig für eine angebliche Wohltat, die bei genauerer Betrachtung aber einen „Pferdefuß“ habe – so wie etwa die aktuelle Gesundheitsreform. Das Kunstprojekt läuft noch bis zum 16. Mai. [www.trojanisches-pferd.info](http://www.trojanisches-pferd.info)

auf der zentralen Mai-Kundgebung in Gelsenkirchen klar, dass die Gewerkschaften an der bisherigen Politik der Bundesregierung mehr zu kritisieren als zu loben hätten. Sommer griff er-

neut scharf die „Rente mit 67“ an. Solange es ein „Heer älterer Langzeitarbeitsloser“ gebe und Menschen über 50 faktisch keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hätten, sei die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters „politisch pervers“. Der DGB-Vorsitzende kündigte an, den Protest gegen die Rente mit 67 bis in den nächsten Bundestagswahlkampf hinein fortzuführen. ●

## Gesundheitsreform

### Tipps für Versicherte

Seit dem 1. April gelten die ersten Neuregelungen im Zuge der Gesundheitsreform 2007 – doch nur wenige Versicherte wissen, worauf sie künftig achten müssen. Der DGB bietet deshalb mit der Broschüre „Gesundheitsreform 2007 – Tipps und Informationen für Versicherte“ auf 48 Seiten umfangreichen Service zu den neuen Regelungen und gibt Antworten auf alle wichtigen Fragen: von einer Bewertung der neuen Krankenkassenleistungen und Krankenkassen-Wahltarife über eine Übersicht der Zuzahlungsregelungen bis hin zu Kontaktadressen von Beratungsstellen und wichtigen Verbänden. Erhältlich ist die Broschüre bei den Geschäftsstellen von DGB und Gewerkschaften vor Ort. ●

Download: [www.dgb.de](http://www.dgb.de)



## Folgen der Globalisierung

### Fluch und Segen zugleich

Die Globalisierung hat unter ArbeitnehmerInnen einen schlechten Ruf. Viele Beschäftigte verbinden mit einer grenzenlosen Ökonomie nur steigende Arbeitslosigkeit, Lohnverzicht und schlechtere Arbeitsbedingungen – dabei gehört Deutschland zu den Gewinnern der verstärkten internationalen Arbeitsteilung.

Über ein Jahrzehnt hinweg haben Politik, Wissenschaft und Arbeitgeber hierzulande ein Zerrbild der Globalisierung gemalt. Ein Mehr an internationaler Arbeitsteilung wurde als **Zwang zur globalen Angleichung von Löhnen und Preisen** dargestellt. Unsere Löhne würden künftig in Peking verhandelt und die Steuersätze in Tallinn festgelegt, so die Botschaft. Die Globalisierung wurde zur Drohkulisse aufgebaut. Währenddessen reibt sich das Ausland verwundert die Augen, denn Deutschland ist unter den führenden Industrienationen der Globalisierungsgewinner par excellence. Der Handelsüberschuss umfasst fast fünf Prozent des Sozialproduktes. Die Außenwirtschaft verantwortete in den letzten Jahren zwei Drittel des Wirtschaftswachstums. Die Exportindustrie schuf seit Mitte der 90er Jahre 2,4 Millionen neue Arbeitsplätze.

Der **Wandel der Weltwirtschaft hat unserer Volkswirtschaft nicht geschadet**. Der Welthandel hat sich zwischen und innerhalb der drei großen Wirtschaftsböcke verdichtet. Gehandelt werden überwiegend kapitalintensive Güter. Der Anteil der Billigimporte liegt hierzulande unter fünf Prozent. Produktdifferenzierung und Größenvorteile und nicht Arbeitskosten treiben den modernen Handel. Länder mit großen industriellen Clustern profitieren überproportional.

Die Investitionen folgen dem Handelsmuster. Zwei Drittel der Investitionen gehen in die Industrieländer. Dort werden die Wertschöpfungsketten neu strukturiert und internationale Produktionsnetzwerke aufgebaut. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit. Für deutsche Auslandsinvestitionen spielen Markterschließungsmotive eine wichtige Rolle. Deswegen **stabilisiert die Auslandsproduktion die heimische Beschäftigung**. Natürlich gibt es auch gegenläufige Trends: In der Bekleidungs-, Sportartikel- und Spielzeugindustrie entwickeln sich die grenzüberschreitenden Unternehmensnetzwerke entlang internationaler Lohnunterschiede. Heimische Arbeitsplätze gehen verloren. Aber unter dem Strich sind in Deutschland durch die Globalisierung mehr Arbeitsplätze entstanden als verloren gegangen.

Woher kommt dann die Angst der Beschäftigten vor der Globalisierung? Alles nur falsches Bewusstsein? Nein, Deutschland ist zwar Globalisierungs-

gewinner, die **Wohlstandsgewinne werden aber ungleich verteilt**. Die Globalisierung hat das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital verschoben. Globale Produktionsnetzwerke verschärfen den unternehmensinternen Standortwettbewerb.



**Dierk Hirschel, 36, ist Chefökonom des DGB.**

Der kapitalmarkt-orientierte Unternehmensumbau fördert das kurzfristige Profitstreben. Weil auf liberalisierten Kapitalmärkten selbst Firmen zu einer Ware werden, nimmt der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen beständig zu.

Schuld dafür haben aber nicht fleißige Chinesen und Inder, sondern es ist die Politik. Sie hat es **versäumt, die Globalisierung sozial zu gestalten**. Ein Mehr an Freihandel erfordert einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates und ein Mehr an internationaler Zusammenarbeit. Gesellschaftliche Akzeptanz für die Härten des globalen Wettbewerbs gibt es nur, wenn den Verlierern die Hand gereicht wird. Nicht Lohnsenkungen und das Nagelbrett für Arbeitslose, sondern Bildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie Mindestlöhne sind die richtigen Antworten auf eine rückläufige Nachfrage nach einfacher Arbeit.

Vor allem aber **braucht die Globalisierung gewerkschaftliche Gegenmacht**. Die große Herausforderung besteht darin, die neuen betrieblichen Spaltungslinien – Werksbelegschaften im Standortwettbewerb, Stamm- gegen Randbelegschaften – zu überwinden. Die Aufwertung der Betriebspolitik kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Und eine Stärkung des Flächentarifvertrags könnte den Fall der Löhne ins Bodenlose verhindern. Darüber hinaus steht eine Internationalisierung der Tarif- und Mitbestimmungspolitik auf der Tagesordnung. Eine länderübergreifende Vernetzung der Betriebsratsarbeit – entlang den Liefer- und Wertschöpfungsketten – wäre hierfür zentral. Ob die Gewerkschaften das durchsetzen können, entscheidet mit über die Zukunft der Globalisierung. Denn ohne eine politische Gestaltung hat die Öffnung der Märkte bald keinen gesellschaftlichen Rückhalt mehr. ●

## Wachsende Ungleichheit

**2006 ist Deutschlands Wirtschaft nach einer fünfjährigen Schwächephase erstmals wieder gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 2,7 Prozent, die Unternehmensgewinne explodierten. Und selbst der Arbeitsmarkt scheint sich zu erholen. Über 8 00 000 neue Jobs sind im vergangenen Jahr entstanden.**

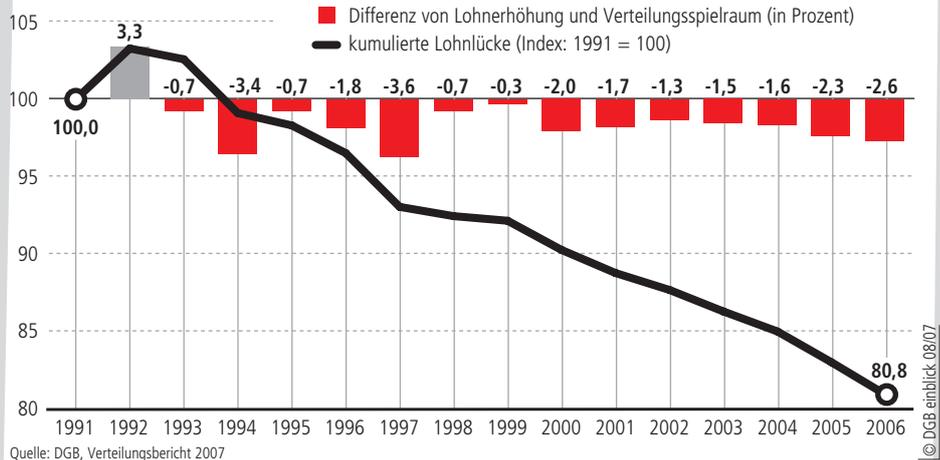
**Doch der Schein trügt: Vom Aufschwung profitieren die ArbeitnehmerInnen bislang kaum. Im Gegenteil: Ihre Kaufkraft ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, um 3,7 Prozent zwischen 2000 und 2006. Parallel dazu sank die Lohnquote, der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen: von 72,2 Prozent (2000) auf 66,2 Prozent (2006).**

**Weil neue Arbeitsplätze zunehmend nur noch zeitlich befristet, in der Leiharbeitsbranche und im prekären Sektor entstehen, wird eine wachsende Zahl von Beschäftigten vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt. Fast eine Millionen Menschen sind heute bereits auf ergänzendes Arbeitslosgeld angewiesen – trotz Erwerbstätigkeit. Weil Union und SPD sich noch nicht einmal auf die Einführung eines Mindestlohns als untere Auffanglinie verständigen können, erleben die prekär Beschäftigten die Globalisierung als persönliche Niederlage.**

### VERTEILUNGSSPIELRAUM: 20 Prozent nicht genutzt

Seit 1991 sind die Arbeitnehmerinnen nur einmal stärker gestiegen als der Verteilungsspielraum aus Arbeitsproduktivität und Preisentwicklung. In den übrigen 14 Jahren lagen sie darunter. Wie stark die Beschäftigten von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind, zeigt die kumulierte Lohnentwicklung: 2006 lagen die Arbeitnehmerinnen nur noch bei 80 Prozent des Niveaus, das sie bei einer vollständigen Nutzung des Verteilungsspielraums aus den vergangenen anderthalb Jahrzehnten erreicht hätten.

Ausschöpfung des Verteilungsspielraums aus Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate durch die Lohnerhöhungen 1991 – 2006



### personalien

••• **Olaf Kunz**, 47, seit 2002 Leiter des Ressorts Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht beim Vorstand der IG Metall, davor erst Jurist in der Verwaltungsstelle Saalfeld, dann Referent im Projekt „Europäische Betriebsräte“, ist seit dem 1. Mai Justiziar der IG Metall. Er folgt Rechtsanwalt **Peter Hunnekuhl**, 47, der seit Januar 2004 als Justiziar für die IG Metall tätig war.

••• **Robert Feiger**, 44, bislang Leiter der Region Bayern der IG BAU, ist am 21. April auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag in den Vorstand der IG BAU gewählt worden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder **Christoph Burmes-ter** (58), **Rolf Steinmann** (60)

und **Karl Heiz Strobl** (60) sind aus dem von neun auf sieben Mitglieder verkleinerten Vorstand ausgeschieden.

### 14 TAGE

- 8.5.** Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Die Steuerpolitik der großen Koalition auf dem Prüfstand“, Berlin
- 9.5.** DGB Nordrhein-Westfalen, Fachforum „Privat vor Staat? Welche Aufgaben hat der Staat in der Wirtschaft?“, Düsseldorf
- 11.5.** DGB, Roundtablegespräch zur Reform der Pflegeversicherung mit Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, Berlin

- 11.5.** DGB und GEW Niedersachsen, „Ausbildungsplatz – jetzt!“, Wandertag zum Landtag, Hannover
- 11./12.5.** DGB Nord, Ehrenamtlichenkonferenz „Konzepte gegen Armut: Bedingungsloses Grundeinkommen und/oder Mindestlohn?“, Hamburg
- 11.-13.5.** DGB-Jugend, Planungs- und Vernetzungsworkshop „Die G8 kommen – wir sind schon da!“, Hattingen
- 13.5.** Landtagswahl in Bremen
- 17.-20.5.** GEW, Mai-Meeting 2007, Berlin
- 21.-24.5.** Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Sevilla

### Tip

**Buch: Marita Vollborn und Vlad Georgescu, Brennpunkt Deutschland – Warum unser Land vor einer Zeit der Revolten steht, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 2007, 364 Seiten, 18,00 Euro**  
 Fundiert und hintergründig zeichnet „Brennpunkt Deutschland“ nach, was Politik und Wirtschaft gerne als Neiddebatte abtun: In die eigene Tasche wirtschaftet es sich gut. Probleme aber gibt es, wenn das Prekariat mit Fingern auf die da oben zeigt. Vollborn und Georgescu, beide AutorInnen renommierter Blätter, warnen vor den Folgen der aktuellen Politik und fragen: „Wie lange geht das noch gut?“

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99  
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

„Der Ehrgeiz eines Metallers ist immer der, dass er da noch eins drauf legen will.“

Der baden-württembergische IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hoffman am 16. April in der Berliner tageszeitung (taz) über Auswirkungen des Tarifabschlusses der IG BCE auf die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie

Betriebliche Altersvorsorge

## Neue Hoffnung für Entgeltumwandlung

Die Gefahr, dass ausgerechnet ein SPD-Minister der Betriebsrente den Garau macht, scheint gebannt. Bislang hat Sozialminister Franz Müntefering stets darauf beharrt, dass die betriebliche Altersvorsorge per Entgeltumwandlung ab 2009 sozialabgabenpflichtig wird. Jetzt hat sein Staatssekretär Franz Thönnies am 11. Mai im Bundesrat versichert, die Sozialabgabenfreiheit werde auf keinen Fall ersatzlos gestrichen, sondern entweder beibehalten oder durch eine gleichwertige Regelung ersetzt.

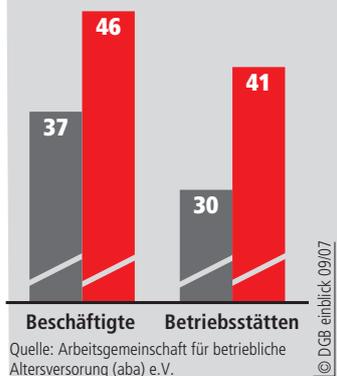
„Wir freuen uns über die Signale aus der Politik“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Am 8. Mai hatte der DGB gefordert, die Sozialabgabenfreiheit über 2008 hinaus beizubehalten, denn die Entgeltumwandlung sei „ein Erfolgskonzept“ (Buntenbach). Die geförderte Altersvorsorge werde „immer wichtiger, um die Versorgungslücken bei der gesetzlichen Rente auszugleichen“. Das sieht übrigens auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände so.

Seit 2002 können alle Beschäftigten bis zu vier Prozent der Bei-

### Betriebsrente immer beliebter

Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft am

- 31. Dezember 2001 und am
- 30. Juni 2004 (in Prozent)



**Schon 10,4 Millionen Beschäftigte hatten Mitte 2004 eine Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung. Das waren 46 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen. Ende 2001 waren es erst 37 Prozent.**

tragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung – also 2007 maximal 2520 Euro – in die betriebliche Altersvorsorge stecken. Und zwar bis Ende 2008 abgabenfrei, d.h. brutto für netto. Diese staatlich geförderte Entgeltumwandlung hat maßgeblich zur Verbreitung der be-

trieblichen Altersvorsorge beigetragen. Die Beitragsfreiheit hat die Betriebsrenten boomen lassen, die Beitragspflicht würde das Gegenteil bewirken. Denn vor allem Geringverdiener, die auf eine Zusatzversorgung besonders angewiesen sind, dürften aufgrund der Mehrbelastung durch Sozialabgaben von der Betriebsrente abspringen.

Müniteferings Hauptargument lautete stets: Die Sozialabgabenfreiheit entzieht den Sozialkassen viel Geld, 2006 sollen es 2,2 Milliarden Euro gewesen sein. Diesen Effekt bestreiten auch die Gewerkschaften nicht. Das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel hat jedoch errechnet, dass die Sozialabgabenfreiheit „zu einem höheren Gesamtversorgungsniveau“ führt, weil die betriebliche Altersvorsorge eine höhere Rendite erzielt als die gesetzliche Rentenversicherung.

Zudem bestreiten die Forscher, dass die Beendigung der Abgabenfreiheit plötzlich Milliarden Euro in die Sozialkassen spült. Würde die Altersvorsorge per Entgeltumwandlung beispielsweise vollständig durch eine arbeitgeberfinanzierte Altersvorsorge ersetzt, wären die Beitragsausfälle genau so groß. Insofern sollte man „alles beim Alten lassen“, fordert Institutsdirektor Axel Börsch-Supan.

Hinzu kommt ein weiteres Argument: Würde die Entgeltumwandlung sozialabgabenpflichtig, würde sie doppelt belastet und schlechter dastehen als die private Vorsorge. Seit 2004 zahlen Betriebsrentner nämlich den vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung. Privat Versicherte jedoch nicht. ●

**Seite 3**

### Reform im Eiltempo

**Schon Anfang August soll die Reform der Unfallversicherung im Kabinett verabschiedet werden. Viel zu hastig angesichts der vielen Unklarheiten im bisherigen Entwurf, meint der DGB**

**Seite 5**

### Beschäftigte im Stich gelassen

**Faire Arbeitsbedingungen im Niedriglohsektor sollten eines der zentralen Reformvorhaben der großen Koalition werden. Aber noch immer verweigert die Union einem gesetzlichen Mindestlohn ihre Zustimmung**

**Seite 7**

### Flexible Übergänge

**Weshalb flexible Übergänge in den Ruhestand weiterhin notwendig sind und wie sie aussehen könnten, beschreibt IG Metall-Sozialexperte Jupp Legrand**

## plusminusBERLIN

**+ Bundespräsident Horst Köhler vermisst Vorschläge der Unternehmen zum Subventionsabbau. „Wer nach mehr Eigenverantwortung von Arbeitnehmern und Rentnern ruft, kann nicht gleichzeitig Subventionen für sich selbst in Anspruch nehmen.“**

**- Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat die geplante Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes als „Ausdruck der Freiheit“ verteidigt. Der Bund unterstütze die Länder darin, „die Hochschulen aus der staatlichen Deregulierung zu entlassen“.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.dgbreisen.de](http://www.dgbreisen.de)  
Die Sommerangebote von DGB-Reisen

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
IMK: Zwei Thesen für ein neues ökonomisches Staatsverständnis

G8-Arbeitsminister

## Globale soziale Standards

Die G8-Arbeitsminister wollen die Hilfen für Entwicklungs- und Schwellenländer stärker an die Durchsetzung sozialer Mindeststandards knüpfen. Das geht aus der Schlussklärung der G8-Arbeitsminister hervor, die am 8. Mai in Dresden verabschiedet wurde. Die Erklärung soll Impulse für den G8-Gipfel in Heiligendamm geben. Drei Themenschwerpunkte standen im Mittelpunkt der Beratungen: Strategien für mehr und bessere Beschäftigung in den Industrieländern, Sozialschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen.

Während ihres Treffens konsultierten die Minister auch die Sozialpartner. Unter der Führung des

Trade Union Advisory Committee (TUAC), dem beratenden Gewerkschaftsausschuss bei der OECD, übergaben die G8-Gewerkschaftsvorsitzenden eine Erklärung zur sozialen Gestaltung der Globalisierung. Die Gewinne der Globalisierung müssten allen zu Gute kommen, nicht nur wenigen, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Er verwies darauf, dass 1,4 Milliarden Menschen weltweit weniger als zwei Dollar am Tag verdienten. 80 Prozent der Menschen hätten keinerlei soziale Absicherung. Das freiwillige Engagement von Unternehmen sei gut, aber es bedürfe eines festen Rahmens. Die Dresdner Schlussfolgerungen der Arbeitsminister seien ein „Meilenstein“ für die soziale Gestaltung der Globalisierung, wertete der TUAC-Generalsekretär John Evans. •

Gewerkschaftserklärung zum G8-Arbeitsministertreffen  
www.einblick.dgb.de

**Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern haben die Großkoalitionäre bei den Bremer Bürger-schaftswahlen an Boden verloren. Während 2003 noch 19 Prozent für die CDU votierten, waren es 2007 nur noch 14 Prozent. Der Stimmenanteil der SPD sank von 49 auf 46 Prozent. Dennoch bleibt die SPD bei ihnen stärkste Partei. Zulegen konnten die Grünen sowie die Linke: Die Grünen erreichten 18 Prozent der Stimmen, die Linke 11 Prozent. Besonders viel Zuspruch für die Grünen gab es mit 24 Prozent bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und mit 26 Prozent bei den Gewerkschafts-frauen. Letztere sind auch weniger anfällig für die Propaganda rechtsextremer Parteien. Dieser Trend aus anderen Wahlen setzt sich auch in Bremen fort: Während ihre männlichen Kollegen mit knapp sechs Prozent überdurchschnittlich für die die DVU votierten, stimmte nur gut ein Prozent der Gewerkschafterinnen für die rechtsextreme Partei. Besonders hoch war mit sechs Prozent der Stimmanteil der DVU bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.**

### Gewerkschafter:

#### Grüne zweitstärkste Partei

Stimmen bei den Bremer Bürgerschaftswahlen vom 13. Mai 2007 (in Prozent)



© DGB einblick 09/07

Debeka Ihre Krankenversicherung

www.debeka.de



## Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

Debeka  
Krankenversicherungsverein a. G.  
Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 498-0

Debeka

Erfahren. Sicher. Günstig.

### Reform im Eiltempo

Nach Rente, Gesundheit und Pflege geht die Bundesregierung jetzt auch eine Reform der vierten Säule der Sozialversicherung an – der Gesetzlichen Unfallversicherung.

Zwei Bereiche soll die Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung umfassen – eine Organisationsreform und eine Reform des Leistungsrechts. Während sich die Kernpunkte der Organisationsreform schon seit längerem abzeichnen (siehe Randspalte), scheint es fast so, als wolle das Bundes-

ministerium Experten, Verbände und Selbstverwaltungen der Versicherungsträger bewusst aus dem Konsultationsprozess zu den Neuregelungen der Leistungen heraushalten: Erst Anfang Mai 2007 wurde der Arbeitsentwurf des Ministeriums öffentlich gemacht, bereits im Juni soll der Referentenentwurf vorliegen. Wenig Zeit also, um Vorschläge in die Beratungen einzubringen. Und das, obwohl ein regelrechter Systemwechsel bei der Berechnung der Versicherungsleistungen vollzogen werden soll.

Die bisherige Rente der Gesetzlichen Unfallversicherung soll nach dem vorliegenden Entwurf künftig in zwei Komponenten aufgliedert werden – einen „Gesundheitsschadensausgleich“, der einkommensunabhängig berechnet wird, und eine einkommensabhängige „Erwerbsminderungsrente“, die durch den Versicherungsfall begründbare Einkommensverluste ausgleicht. Im Vergleich zu den Eckpunkten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe von 2006 sieht der DGB bei den Regelungen zum „Gesundheitsschadensausgleich“ Verbesserungen im jetzigen Entwurf: Die „obligatorische Abfindung“ – eine Art Einmalzahlung statt monatlicher Leistungen – scheint vom Tisch zu sein, und auch Geringverletzte sollen nun entgegen früherer Pläne nicht mehr völlig leer ausgehen.

Kritischer sehen die Gewerkschaften allerdings die neue „Erwerbsminderungsrente“ (nicht zu verwechseln mit der „Rente wegen Erwerbsminderung“ aus der gesetzlichen Rentenversicherung). Die Höhe der Erwerbsminderung ergibt sich laut Entwurf des Ministeriums aus der Differenz des erzielten Einkommens eines Versicherten vor einem Unfall oder einer Berufskrankheit zum „erzielbaren Einkommen“ nach dem Versicherungsfall. Mit dem „erzielbaren Einkommen“ konstruiert der Entwurf dabei eine abstrakte

Rechengröße, die sich vor allem aus der verbliebenen Leistungsfähigkeit des Betroffenen und seiner formalen Qualifikation nach beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen berechnet. Ob Betroffene dieses potenziell „erzielbare Einkommen“ aber tatsächlich „ausschöpfen“ und wenn nicht, aus welchem Grund sie dies nicht tun“, so der Text des Entwurfs, ist unerheblich. Das könnte zu absurden Einzelfällen führen: Selbst wenn Betroffene nach einem Unfall weniger verdienen als vorher, könnten sie von der neuen „Erwerbsminderungsrente“ ausgeschlossen bleiben – etwa wenn sie bei der Rückkehr ins Arbeitsleben in einen Beruf oder eine Branche mit durchschnittlich niedrigeren Löhnen wechseln. Noch absurder könnte es werden, wenn die eigentlich positiven Pläne zur Stärkung der beruflichen Rehabilitation für Versicherte zum „finanziellen Bumerang“ werden: Erlangt etwa ein Betroffener durch berufliche Rehabilitationsmaßnahmen nach einem Unfall einen höherwertigen Berufsabschluss, könnte sein „erzielbares Einkommen“ über sein bisheriges Einkommen steigen – der Anspruch auf die neue „Erwerbsminderungsrente“ entfielen.

Ganz abgesehen von der Frage, ob diese neuen Regelungen das Leistungssystem gerechter machen – komplexer machen sie es in jedem Fall. Auf die Verwaltungen der Versicherungsträger kommen damit höhere Anforderungen zu. DGB und Gewerkschaften haben deshalb Zweifel, ob dieser Mehraufwand mit den in der Organisationsreform geplanten Kürzungen der Verfahrenskosten um 20 Prozent vereinbar ist. ●

### Kernpunkte klar

Die Bestandteile der Organisationsreform der Gesetzlichen Unfallversicherung sind bereits klar umrissen:

✳ Reduzierung der Verwaltungs- und Verfahrenskosten um 20 Prozent

✳ Reduzierung der Zahl der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen durch Fusionen

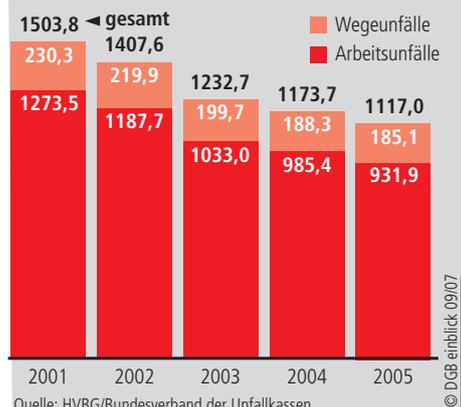
✳ Neugestaltung des Lastenausgleichs und der Zuständigkeitsabgrenzungen

✳ Die Spitzenverbände der beiden großen Versicherungsträger, der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) und der Bundesverband der Unfallkassen (BUK), sollen fusionieren. Ein Reformpunkt, den die Selbstverwaltungen der Träger unterstützen und bereits umsetzen: Zum

1. Juli haben HVBG und BUK ihre Fusion zur „Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung“ als e.V. beschlossen. Diese Rechtsform widerspricht allerdings der Vorstellung der Bundesregierung, die den Dachverband zur Körperschaft öffentlichen Rechts machen will.

### Immer weniger Unfälle

Registrierte meldepflichtige Unfälle bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung (in Tausend)



Der Fahrplan

### Der Fahrplan

Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung liegen bereits seit Juni 2006 vor. Jetzt soll die Reform im Eiltempo ins Kabinett gelangen: Erst Anfang Mai 2007 war ein Arbeitsentwurf des Bundesarbeitsministeriums den Unfallversicherungsträgern zugänglich gemacht wor-

den, bis Ende Juni soll bereits ein Referentenentwurf vorliegen, und schon am 8. August will das Bundeskabinett den Reformentwurf verabschieden. Die Organisationsreform soll nach den bisherigen Plänen 2008 in Kraft treten, die neuen Regelungen zum Leistungsrecht erst 2009.

Film

## Ausverkauft

Nicht nur in Deutschland sind Privatisierungen ein heikles politisches und gesellschaftliches Thema, das Zigtausende betrifft. Der Film „Der große Ausverkauf“ erzählt jetzt, was die Privatisierung von öffent-



Lokführer berichtet über das Chaos, das die Aufspaltung der British

lichen Leistungen für Menschen auf der ganzen Welt bedeuten kann. Ein britischer

Rail in 150 Privatunternehmen verursacht hat. Die Bewohner von Soweto in Südafrika kämpfen für ihren Zugang zur Stromversorgung, eine philippinische Mutter muss um Geld betteln, um die lebenswichtige Dialyse für ihren Sohn zu bezahlen. Regisseur Florian Opitz verbindet die Geschichten von Ohnmacht und Widerstand zu

einer einzigen globalen Geschichte der Privatisierung. Dabei verzichtet er auf Hintergrundanalysen und lässt stattdessen die Menschen sprechen. Kinostart in Deutschland war der 17. Mai. •

[www.dergrosseausverkauf.de](http://www.dergrosseausverkauf.de)

## interregio

Kirchentag

## Gewerkschaften mit dabei

Die Gewerkschaften beteiligen sich an etlichen Veranstaltungen des 31. Deutschen Evangelischen Kirchentags, der vom 6. bis 10. Juni in Köln stattfindet. So gibt es einen Stand von DGB und Gewerkschaften zum Themenbereich „Umbau des Sozialstaates“, die GEW ist zum Thema „Lebendiges Lernen“ mit dabei. Der

DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird an einer Veranstaltung zum Thema „Soziale Verantwortung von Unternehmen“ teilnehmen. •

[www.kirchentag.net](http://www.kirchentag.net)

Schriftenreihe

## Arbeitszeit gestalten

Vertrauensarbeitszeit heißt, Beschäftigte aktiv in die Gestaltung der Arbeitszeit einzubeziehen. Hartmut

Klein-Schneider, Referatsleiter bei der Hans-Böckler-Stiftung, hat 43 Betriebs- und Dienstvereinbarungen zur Vertrauensarbeitszeit analysiert. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass es sowohl Vereinbarungen gibt, die zu Lasten der Beschäftigten gehen, wie auch Positivbeispiele, bei denen unterschiedliche Zeitanforderungen berücksichtigt werden. „Flexible Arbeitszeit – Vertrauensarbeitszeit“, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2006, 134 Seiten, 9,90 Euro. •

••• Der **DGB Hamburg** lädt am 6. Juni um 19 Uhr zu einem **Vortrag** zum Thema „Ist der Klimawandel noch zu stoppen?“ ein. Im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof wird der Meteorologe Mojib Latif vom Institut für Meereswissenschaften Kiel referieren. Er vertritt die These, der Mensch habe den Klimawandel selbst zu verantworten. Die Auswirkungen der Umweltkatastrophe könnten nur noch verringert, nicht aufgehoben werden. Infos und Anmeldung: [gisela.henschel@dgb.de](mailto:gisela.henschel@dgb.de)

# ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: [fstodolka@isa-consult.de](mailto:fstodolka@isa-consult.de)

Mindestlohn

## Koalition lässt Beschäftigte im Stich

Eigentlich sollte die Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor eines der zentralen Reformvorhaben der großen Koalition werden. Aber beim Spitzentreffen am 14. Mai hat die Union erneut der Einführung eines Mindestlohns ihre Zustimmung verweigert.

Das Problem nicht Existenz sichernder Einkommen lässt sich nicht beliebig aussitzen. Die Politik muss auch den Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, eine Zukunftsperspektive bieten. Das wissen auch Union und SPD. Trotzdem konnten sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD in der Koalitionsrunde am 14. Mai nur darauf verständigen, dass in Zukunft so genannte Aufstocker, Beschäftigte, die trotz sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind, einen Zuschuss zu den Sozialabgaben erhalten sollen, um Hartz IV-Bedürftigkeit zu vermeiden.

In den beiden zentralen Punkten, der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und der Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen, hat sich die Koalition hingegen erneut vertagt – auf Juni. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck erklärte lediglich, dass sich Union und SPD einig wären, dass eine Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen „sinnvoll“ sei. Das Entsendegesetz verhindert Lohndumping, indem es alle in Deutschland tätigen Unternehmen zur Einhaltung bestehender Tarifverträge verpflichtet. Es gilt bislang lediglich für vier Branchen, darunter das Baugewerbe und das Gebäudereinigerhandwerk. Ob es zu der von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) vorgeschlagenen Ausdehnung des Entsendegesetzes auf möglichst alle Branchen kommt, ist nach dem Koalitionstreffen völlig offen.

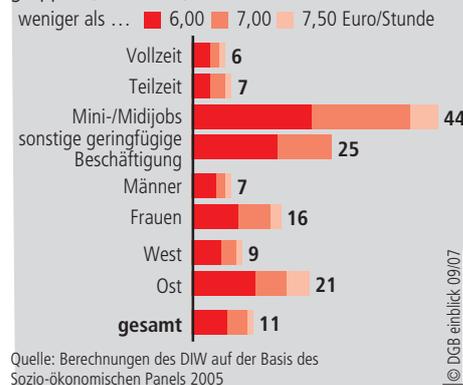
Der Grund: Vor allem in der CSU und bei einem Teil der Ministerpräsidenten der Union gibt es massive Vorbehalte gegen alle Versuche, die eine spätere Einführung eines

Mindestlohns vorbereiten könnten. Die Union sei weiter „strikt gegen einen gesetzlichen Mindestlohn“, sagte der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber nach dem Treffen der Koalitionsspitzen. Auch Bundeskanzlerin

dachte Entlastung von gering Verdienenden bei den Sozialabgaben bewertet Sommer kritisch. „Das würde natürlich den Betroffenen helfen. Aber diese Maßnahme wäre bei einem ausreichenden Min-

### Im Osten weit verbreitet

Anteil der ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Löhnen in den verschiedenen Beschäftigungsgruppen (in Prozent)



Angela Merkel (CDU) hatte im Vorfeld der Koalitionsrunde bei einem Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand am 8. Mai einem „flächendeckenden, gesetzlichen und branchenübergreifenden Mindestlohn“ eine Absage erteilt. Um zu akzeptablen Löhnen zu kommen, müssten zunächst alle Möglichkeiten der Tarifpolitik ausgeschöpft werden. Branchenbezogene Mindestlöhne schloss sie damit allerdings nicht ausdrücklich aus.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bewertete die Ergebnisse des Koalitionsausschusses als „enttäuschend“. „Wir appellieren eindringlich an die Union, einen angemessenen Mindestlohn von 7,50 Euro nicht länger zu blockieren“, sagte Sommer. „Die Menschen brauchen ihn jetzt und nicht in weiter Ferne. Es hilft ihnen auch nicht, wenn der Mindestlohn zum Wahlkampfthema 2009 wird.“ Auch die von der Koalition ange-

destlohn schlichtweg überflüssig.“ Auch eine mögliche Ausweitung des Entsendegesetzes sei „ein nicht ausreichender Minischritt“, erklärte Sommer mit Blick auf die SPD. Er wäre zudem „vollkommen wirkungslos, wenn sich die Union mit ihrer Forderung durchsetzen sollte, Anträge auf Allgemeinverbindlich-Erklärungen von Tarifverträgen nur noch im Tarifausschuss zu entscheiden. Dann könnte die BDA weiterhin jeden Mindestlohn mit ihrem Nein torpedieren“.

Auch die alternativ von der großen Koalition diskutierte Ausdehnung des Entsendegesetzes auf Branchen, die das beantragen, würde einen Mindestlohn nicht überflüssig machen, sagte Sommer. „Denn in vielen Bereichen ist es nicht möglich – auch weil die Arbeitgeber es verhindern wollen – repräsentative und bundesweite Tarifverträge abzuschließen oder zu erzwingen.“ •

## Zweifelhaftes Gutachten

Bei ihrer Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns stützen sich CDU und CSU vor allem auf die These, dass die Einführung eines Mindestlohns zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde. Ob die These stichhaltig ist, ist unter Ökonomen umstritten. Trotzdem machte sie in einer erst Anfang Mai in der Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlichten Studie der beiden Wirtschaftswissenschaftler Joachim Ragnitz (IWH) und Michael Thun (ifo Dresden) erneut Karriere.

In der nur 15 Seiten starken Untersuchung argumentieren die Wissenschaftler mit einer von ihnen unterstellten „hohen negativen Lohnelastizität“ der Arbeitsnachfrage von „rund 0,75“ Punkten. Zu deutsch: Wenn die Löhne im Niedriglohnsektor um ein Prozent steigen, würde die Arbeitsnachfrage um 0,75 Prozent zurückgehen. Belegt haben die beiden Wissenschaftler ihre These allerdings nicht.

Eine 2006 von ver.di vorgelegte Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Klaus Bartsch kommt denn auch zu einem ganz anderen Ergebnis. Wegen der steigenden Nachfrage höherer Einkommen rechnet Bartsch bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro mit einem Beschäftigungszuwachs von rund 70 000 Stellen.

## kurz&bündig



**Die NGG fordert die Einführung eines Schulfaches „Ernährung“. Angesichts der Zunahme ernährungsbedingter Krankheiten müsse die Aufklärung bei Kindern intensiviert werden. Neben der Zubereitung frischer Lebensmittel müsse auch der Zusammenhang von Ernährung und Bewegung vermittelt werden.**



**Die IG BCE und der Bundesarbeiterverband (BAVC) haben ein gemeinsames Communiqué für faire Entlohnung verabschiedet. In der Ludwigshafener Erklärung fordern die Chemie-Sozialpartner eine Gleichstellung der tariflichen Altersvorsorge mit der Privativorsorge und eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems.**



**Die GEW kritisiert den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Es sei unverständlich, dass Deutschland keine nationale Regelung für Hochschulabschlüsse und deren Anerkennung haben sollte. Statt eines „föderalen Flickenteppichs“ müsse der vorhandene verfassungsrechtliche Spielraum für ein einheitliches Bundesgesetz genutzt werden.**



**Die GdP in NRW hat eine Plakat-Aktion unter dem Motto „Kein Frühling für Hitler“ gestartet. Gemeinsam mit der GEW und dem DGB wirbt die Gewerkschaft der Polizei damit „für Toleranz – gegen Gewalt“.**

## Gleichstellung

### Wer liegt vorn?

Verlässliche Daten zum Status Quo der Gleichstellungspolitik sind rar. Politische und gesellschaftliche Akteure, die wissen möchten, was bereits erreicht ist und in welchen Bereichen noch Nachholbedarf besteht, müssen bisher einen langwierigen Auswertungsprozess starten – besonders für Daten für die kommunale Ebene. Dabei nimmt die Bedeutung entsprechender Zahlen in der Wirtschaftsförderung und mit Blick auf Fördergelder der Europäischen Union zu, die immer öfter an aktive Gleichstellungspolitik geknüpft sind.

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB haben deshalb Mechthild Kopel (Unternehmensberatung Wert.Arbeit) und Gerhard Engelbrech vom Institut für

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Studie vorgelegt, die die Machbarkeit eines „Gender-Index“ für deutsche Landkreise und Kommunen erprobt. Das Ergebnis: Der Index wäre kein Selbstläufer – aber sinnvoll und machbar.

In vier Modellregionen wurden Daten zu insgesamt 15 Indikatoren der Gleichstellung ermittelt: vom Beschäftigungsanteil von Frauen über den Anteil der Frauen mit Hochschulbildung bis zur Zahl der Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zwölf Jahre. Vorbild ist der „JämIndex“ aus Schweden,

der dort seit Jahren wichtige Daten liefert – und auch für eine öffentliche und mediale Diskussion sorgt, welche Kommune bei der Chancengleichheit besonders gut oder schlecht abgeschnitten hat.

Mitautorin Mechthild Kopel sieht in einem deutschen Index eine Chance für die kommunale Wirtschaftsförderung, ihre Ansiedlungspolitik unter Gleichstellungsaspekten besser zu steuern. Die Studie ist für zehn Euro plus Versandkosten erhältlich bei der setzkasten GmbH. •

mail@setzkasten.de

## Reinigungskräfte im Reichstag

### Lohndumping statt Mindestlohn

Der Berliner Reichstag wird nach Informationen der Gewerkschaft IG BAU von einem Gebäudereinigungs-

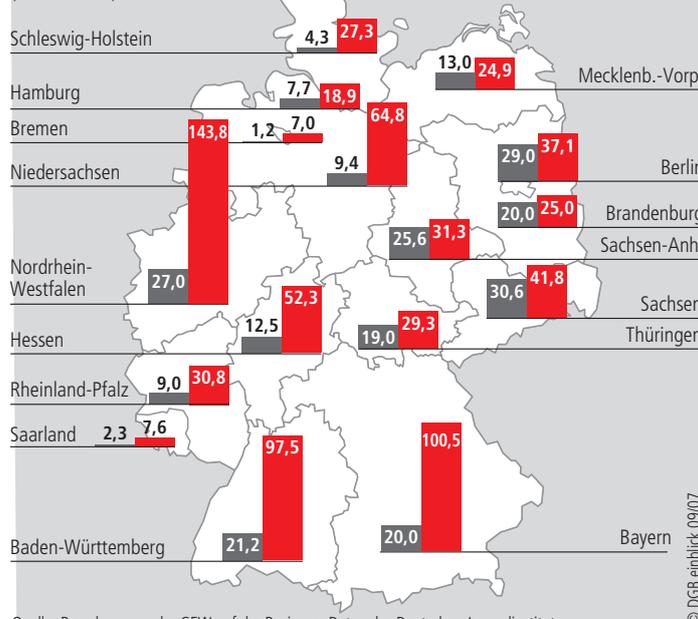
unternehmen gereinigt, das seinen Beschäftigten weniger als den gesetzlichen Mindestlohn zahlt.

Seit Anfang März hat die IG BAU eine telefonische Hotline eingerichtet, an die sich Beschäftigte aus der Gebäudereiniger-Branche wenden können, die zu wenig Lohn erhalten. Wie die IG BAU berichtet, staunten die gewerkschaftlichen Hotline-MitarbeiterInnen nicht schlecht, als mehrere Anrufe bei ihnen eingingen, denen zufolge die Gebäudereinigungs-firma B+K Dienstleistung ihrem Reinigungspersonal 5,50 Euro und weniger zahlt. Der gesetzliche Mindestlohn für die Gebäudereiniger liegt derzeit bei 7,87 Euro (West). Das beauftragte Unternehmen begründet die niedrigen Löhne damit, dass die Putzkräfte zu langsam seien.

Die Bundestagsverwaltung rechtfertigte die Vergabe damit, dass die Verträge mit den Reinigungsfirmen „nach den zwingenden gesetzlichen Vorgaben im europaweiten Offenen Vergabeverfahren ausgeschrieben worden“ seien. Die IG BAU will nun ein gemeinsam mit den Arbeitgebern entwickeltes Gütesiegel einführen, damit potenzielle Kunden seriöse Unternehmen von den schwarzen Schafen unterscheiden können. •

### Massiver Ausbaubedarf

Notwendige Erweiterung des Angebots von Krippenplätzen für unter Dreijährige bis 2013 (in Tausend)



**Weil nach den Plänen der großen Koalition für alle Eltern, die das wollen, ab 2013 ein Krippenplatz zur Verfügung stehen muss, muss die Versorgungsquote bundesweit auf 35 Prozent steigen. Dazu müssten in den kommenden sechs Jahren 500 000 zusätzliche Plätze entstehen. Nach Berechnungen der GEW und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) müssten deshalb bis 2013 mindestens 100 000 zusätzliche ErzieherInnen eingestellt werden. Sonst drohe ein massiver Qualitätsverlust.**

Altersteilzeit

## Flexible Übergänge in den Ruhestand

Ende 2009 läuft die bisherige staatliche Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) aus. Weshalb flexible Regelungen für den Übergang in den Ruhestand notwendig sind und wie sie gefördert werden könnten, beschreibt Jupp Legrand (IG Metall).

Die Bevölkerung schrumpft und altert. Beide Trends werden sich erheblich auf die Arbeitswelt auswirken. Von einem Fachkräftemangel, von einer drohenden Überalterung der Belegschaften ist die Rede. Seit Jahren wird heftig über Folgen und Konsequenzen des demografischen Wandels gestritten.

Weitgehend unstrittig ist, dass die Beschäftigungsquote Älterer erhöht werden muss. Doch allen Anstrengungen zum Trotz werden sich die Arbeits- und Leistungsbedingungen nicht überall alters- und altersgerecht umgestalten lassen. Trotz Arbeitsschutz, mehr gesundheitlicher Vorsorge und dem Bemühen um „gute Arbeit“ werden nicht alle bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können. Schon heute steigt der Druck in den Betrieben ständig.

Alternde Belegschaften sind deshalb eine große Herausforderung für jede mittelfristige Personalpolitik. Dabei ist den betrieblichen Praktikern längst klar, dass auch künftig **flexible Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Ausstieg aus dem Berufsleben gebraucht werden.**

Die Folgen des demografischen Wandels können aber nicht allein von den Betrieben geschultert werden. Auch die Auswirkungen des höheren Rentenzugangsalters dürfen nicht ausschließlich auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Der Gesetzgeber ist gefordert, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Ältere gesund in Rente gehen können, ohne mit Altersarmut konfrontiert zu werden. Ebenso muss auch für die Jungen, die Azubis, ein sicherer Einstieg in das Berufsleben gewährleistet sein. Damit steht das Thema **„Altersteilzeit“ ganz oben auf der sozial-, arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Agenda.**

Die Gewerkschaften fordern, dass auch nach 2009 Altersteilzeit gefördert wird. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Aufstockungsbeträge der Arbeitgeber steuer- und sozialversicherungsfrei



**Jupp Legrand, 48, leitet den Bereich Sozialpolitik des IG Metall-Vorstands.**

bleiben müssen. Es ist auch weiterhin eine materielle Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA) notwendig. Die BA hat bisher rund 400 000 „Fälle“ gefördert. Allerdings wurde nur ein Drittel der durch Altersteilzeit freiwerdenden Stellen von Arbeitslosengeldempfängern besetzt. Künftig sollte diese Quote deutlich erhöht werden. Denkbar wäre, die BA-Förderung zielgenauer etwa auf unter 25- und über 50-Jährige Erwerbslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte zu fokussieren. Angesichts der stabilen Einnahmesituation des BA-Haushaltes, der paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird, ist es auch **gesellschaftspolitisch sinnvoller, diese Gelder für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt auszugeben**, als Beiträge zu senken. Es geht nicht darum, Arbeitsplatzabbau zu finanzieren, sondern Arbeitsmarktprobleme zu lösen.

Der Gesetzgeber muss darüber hinaus weitere Möglichkeiten eröffnen, flexible Übergänge in die Rente materiell abzufedern. So könnte **mit einer Teilrente ein gleitender Übergang attraktiver gestaltet werden.** Dazu gehört, den Teilrentenbezug vom Anspruch auf eine Altersvollrente zu lösen. Außerdem sollten die bisherigen drei Stufen (1/3-, halbe und 2/3-Teilrente) erweitert und die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessert werden. Kombiniert mit Aufstockungsbeiträgen für die Rentenversicherung auf hundert Prozent, gewänne das Instrument der Teilrente an Attraktivität, und die Abschläge beim Renteneintritt würden deutlich minimiert.

Nachgedacht werden sollte sowohl über eine Erleichterung des „Rückkaufs“ von Rentenabschlägen wie auch über erweiterte Möglichkeiten einer Aufstockung der Rentenbeiträge. Sozial besser abgesicherte Teilzeit im Alter könnte für Weiterbildung oder für familiäre Verpflichtungen genutzt werden. Schließlich bleiben die Tarifvertragsparteien gefordert, mit Wert- oder Arbeitszeitkonten ihren Beitrag für sozial verträgliche Ausstiege und Übergänge zu leisten.

Die Politik erwartet von den Gewerkschaften Flexibilität. Die nächsten Monate werden zeigen, **ob die Bundesregierung selbst das einlöst, was sie von anderen fordert.** Das heißt: Sie sollte neue, flexible Wege für eine Weiterentwicklung der Altersteilzeit einschlagen, statt dem demografischen Wandel einzig mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu begegnen. ●

## Gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern

*Der aktuelle Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie bringt für die Beschäftigten nicht nur spürbare Einkommensverbesserungen. Kaum beachtet von der Öffentlichkeit haben die Tarifvertragsparteien auch vereinbart, sich des Themas „flexible Altersübergänge“ anzunehmen.*

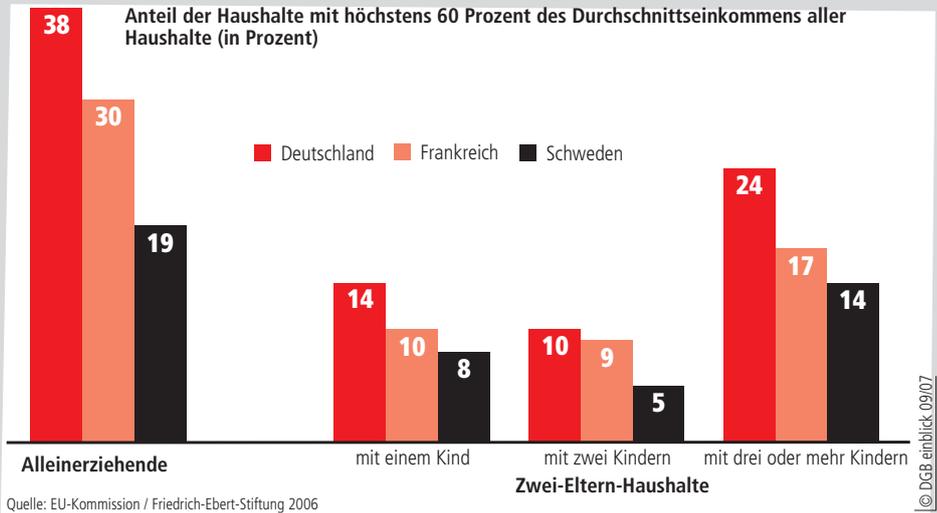
*Da die Belegschaften älter und deren Belastungen kaum geringer werden, suchen die Tarif- und Sozialpartner nach Wegen, die tariflichen und betriebliche Altersteilzeitregelungen gegebenenfalls modifiziert fortzuführen.*

*Betriebliche und tarifliche Lösungen sind aber nur machbar, wenn der Gesetzgeber bessere Rahmenbedingungen für flexible Übergänge in den Ruhestand schafft.*

*Angesichts der Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die „Rente mit 67“ bedeutet der Wegfall der finanziellen Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit eine zusätzliche Herausforderung. Die Gewerkschaften fordern, diesen Zuschuss über 2009 hinaus fortzuführen.*

### KINDERARMUT: Risiko in Deutschland besonders hoch

Über ein Drittel aller Alleinerziehenden-Haushalte in Deutschland sind von Armut bedroht – und auch in Zweieltern-Haushalten wächst das Armutsrisiko mit der Zahl der Kinder. Ein Zustand, der sich durch eine „kluge Familienpolitik“ und verlässliche öffentliche Kinderbetreuung verbessern ließe, so eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der dort angestellte Vergleich mit Frankreich und Schweden zeigt: „Die Erwerbstätigkeit der Mütter ist die beste Option zur Armutsprävention bei Eltern und Kindern.“



### Tipp

**Buch:** Harry Neß, *Generation abgeschoben – Warteschleifen und Endlosschleifen zwischen Bildung und Beschäftigung*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2007, 172 Seiten, 14,90 Euro

160 000 Jugendliche haben sich allein in 2006 vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben: die „Generation abgeschoben“? Harry Neß, Mitarbeiter des Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), analysiert für die GEW in seinem Handbuch Aspekte des Übergangs von der Schule in den Beruf, stellt Daten und Untersuchungen zur Ausbildungssituation bereit und kommentiert Fakten

und Behauptungen aus der bildungspolitischen Diskussion. Die ernüchternde Analyse belegt: In Deutschland fließen jedes Jahr Milliarden in schnell gestrickte Notprogramme, landen fast so viele Jugendliche in einem unzulänglichen Übergangssystem wie in der dualen Berufsausbildung. Aber ein in sich schlüssiges Konzept, wie die massiven Defizite des dualen Systems überwunden werden könnten, haben Politik und Wirtschaft bislang nicht vorgelegt. In einem Abschlusskapitel werden zudem Reformvorschläge der GEW vorgestellt: von der Schaffung neuer Übergänge bis zur Pluralisierung der Ausbildungswege.

### 14 TAGE

- 21.-24.5.** Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Sevilla
- 23.5.** Hans-Böckler-Stiftung und Uniklinik Köln, Fachtagung „Internationale Evidenz in Prävention und Gesundheitsförderung. Chancen für Deutschland?“, Berlin
- 23.5.** ver.di, Vortragsreihe sicht.weisen „Wege gewerkschaftlicher Einflussnahme: Von der Mobilisierung zum politischen Erfolg“, Berlin
- 23.5.** Hans-Böckler-Stiftung, Projekt-Workshop „Zwischenbilanz des Betriebsräte-Beratungsprojektes Energie- und Ressourceneffizienz zur Standort-sicherung von KMU“, Düsseldorf
- 24.5.** ver.di, Fachdialog Gender „Lust auf Vielfalt?! – Geschlechterdemokratie und Diversity als Zukunftsmodell?!“, Berlin

- 24.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Wettbewerb und Prekarität – Handlungsoptionen für Politik und Gewerkschaften“, Berlin
- 29.5.** DGB Nordrhein-Westfalen, Diskussion „Auf dem Weg zur einen Schule für alle!? Welche Konsequenzen ziehen wir aus PISA?“, Düsseldorf
- 30.5.** Transweb, Fachkonferenz „Alternde Belegschaften – eine demografische Herausforderung für Unternehmen der Verkehrswirtschaft“, Fulda
- 30.5.** DGB Nordrhein-Westfalen, Fachtagung „Sozialbericht NRW 2007 – Die soziale Lage in NRW“, Bochum
- 30.5.-1.6.** Otto-Brenner-Stiftung, Internationale Konferenz „Ein soziales Europa im globalen Wettbewerb“, Budapest

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

„Keine Gnade für Söder“

Der Berliner Tagesspiegel am 9. März über die massive Kritik an CSU-Generalsekretär Markus Söder, der eine mögliche Wiederwahl Köhlers als Bundespräsident davon abhängig gemacht hatte, dass Köhler den Gnadenantrag des früheren RAF-Terroristen Christian Klar ablehnt.

Finanzinvestoren

## DGB will Heuschrecken zähmen

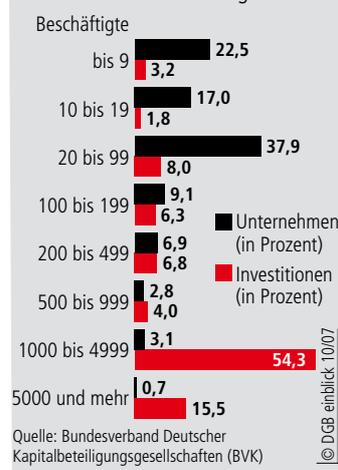
Profit auf Teufel komm raus: Dieses Geschäftsprinzip der Finanzinvestoren gefährdet profitable Unternehmen und Arbeitsplätze. Der DGB fordert deshalb, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds an die Kette zu legen. Der Bundesregierung fehlt dazu aber der politische Wille.

Der Finanzmarkt-Experte Hans-Joachim Voth, Ökonomie-Professor an der Uni Pompeu Fabra in Barcelona, hat im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Regulierung der Investmentfonds erarbeitet. Die beiden wichtigsten Botschaften seines Gutachtens:

**Erstens** sollten die Interessen der Fonds und der von ihnen gekauften Firmen stärker identisch sein. Bislang ist es den Investoren nämlich gleichgültig, ob ein Investment – wie in fast 25 Prozent aller Fälle – mit Totalverlust endet, denn sie halten mehrere Firmen gleichzeitig, d.h. sie haben ihr Risiko breit gestreut. Die betroffenen Beschäftigten aber nicht, sie besitzen nur einen Arbeitsplatz. Die so genannte Zinsschranke könnte für eine größere Interessenidentität zwischen Fonds und aufgekauften Firmen sorgen: Würden Zinszahlungen von

### Kleine im Visier

Finanzinvestoren: Verteilung der Investitionen nach Betriebsgröße 2006



**Fast jedes vierte Unternehmen, in das Finanzinvestoren Geld stecken, hat nur 20 bis 99 Beschäftigte. Die größten Summen werden allerdings in Unternehmen mit 1000 bis 4999 Beschäftigte investiert.**

über einer Million Euro nicht mehr die Steuerlast reduzieren, würden die hohen Kreditaufnahmen, mit denen die Fonds ihre Firmenkäufe finanzieren, unattraktiv. Die Unternehmenssteuerreform, die der Bundestag Ende Mai verabschiedet hat, sieht bereits eine solche Zinsschranke vor.

**Zweitens** sollte zwischen deutschen und amerikanischen Unternehmen Waffengleichheit herrschen. Während US-Firmen sich mit so genannten Giftpillen gegen feindliche Übernahmen wappnen können, können deutsche Firmen das nicht. Eine besonders beliebte Giftpille: Bei einer drohenden feindlichen Übernahme erhalten die Altaktionäre kostenlos Aktien, was den Kaufpreis der Firma in die Höhe treibt.

Der DGB hat mehr als ein Dutzend Vorschläge zur Regulierung der Finanzinvestoren gemacht. Beispielsweise sollte die Kreditfinanzierung von Unternehmenskäufen gesetzlich beschränkt bzw. die Kreditvergabe der Banken an Investoren an erhöhte Eigenkapitalquoten geknüpft werden. Die Veräußerungsgewinne aus Firmverkäufen sollten wieder besteuert werden. Auch die Bindung des Stimmrechts an die Haltedauer der Aktien wäre sinnvoll.

Es sei nicht hinnehmbar, erklärte DGB-Vorsitzender Michael Sommer, dass Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds „praktisch unkontrolliert“ agieren können.

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm tritt die Bundesregierung nur für etwas mehr Transparenz der Hedge-Fonds ein. Statt auf Kontrolle setzt sie auf Selbstverpflichtung. Aus DGB-Sicht ein falsches Vorgehen. Sommer: „Man kann ja schlecht die Täter zu Polizisten umfunktionieren.“

Ob das für Anfang 2008 geplante Gesetz zu Private Equity mehr bringt, ist fraglich. Bislang heißt es nur, die Fonds sollten ihr Geschäftsgebaren transparenter gestalten. Von Kontrolle keine Spur. ●

Seite 3

**Von Finnland lernen**  
*Deutschland braucht eine neue Innovationspolitik – die Skandinavier machen es vor*

Seite 5

**Zu viele restriktive Ansätze**  
*Union und SPD planen weit gehende Verschärfungen bei Aufenthalts- und Asylrecht*

Seite 7

**Abrissunternehmen große Koalition**  
*Die Debatte um den Wohlfahrtsstaat ist fast verstummt. Dabei setzt die große Koalition die Politik ihrer Vorgängerregierung zum Teil verschärft fort, meint Christoph Butterwegge*

**Globale soziale Standards: Den Worten müssen Taten folgen | DGB-Info zum G8-Gipfel in Heiligendamm**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.resistance-archive.org](http://www.resistance-archive.org)  
Online-Archiv zur europäischen Widerstandsbewegung gegen Faschismus und Besatzung im Zweiten Weltkrieg

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Von einer Mittelstandslücke keine Spur!  
IG Metall-Analyse zu den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform

## plusminusBERLIN

**+ Silke Stokar, grüne Fraktionssprecherin für Innenpolitik, will den Datenschutz im Grundgesetz verankern. Außerdem solle Deutschland bei technischen Entwicklungen Standards setzen. Datensicherheit sei ein „globaler Zukunftsmarkt“.**

**- Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat ein ganzes Jahr gebraucht, um Stellung zum ersten nationalen Bildungsbericht zu beziehen. Die Aussprache im Parlament sollte zudem nachts zwischen 2:15 und 2:50 Uhr stattfinden.**

Bahnprivatisierung

## Streit um Artikel 87e

70 Milliarden Euro sind seit der Bahnreform 1994 aus öffentlichen Mitteln in die Modernisierung von Zügen und Gleisanlagen geflossen. Ob die Bahn AG, wie von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Bahn-Vorstand Hartmut Mehdorn geplant, 2008 in Teilen an die Börse geht und damit die Privatisierung des letzten großen Bundesunternehmens abgeschlossen wird, ist jedoch weiter ungewiss. Nach den negativen Stellungnahmen des Innen- und des Justizressorts haben bei einer Bundestagsanhörung am 23. Mai auch fünf der sieben geladenen Verfassungsjuristen Bedenken gegenüber dem Gesetzentwurf von Tiefensee geäußert. Im Zentrum der Kritik steht die Frage, ob mit dem Börsengang private Investoren Zugriff auf das Schienennetz erhalten sollen. Paragraph 87e des

Grundgesetzes schreibt vor, dass die Eisenbahninfrastruktur Eigentum des Bundes bleiben muss. Tiefensee will deshalb maximal 49 Prozent der Bahn privatisieren. Zudem soll die Bahn das Schienennetz lediglich für die nächsten 15 Jahre weiter in ihre Bilanz einstellen können. Danach kann der Bund das Netz wieder übernehmen. Nach Meinung der meisten Experten genügt diese „leere Eigentumshülse“ nicht dem Grundgesetz.

Der Bund könnte seinen beherrschenden Einfluss auf die Infrastruktur verlieren, argumentiert beispielsweise der Verfassungsrechtler Robert Uerpmann-Witzak. Zu einem anderen Ergebnis kommt der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz in einem Gutachten für die Bahn. Er sieht die Eigentümerrechte des Bundes durch den Teilverkauf gestärkt. •

### Dauerhaft positiver Effekt

Auswirkungen eines gesetzlichen Mindestlohns auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung\*



\* Abweichung vom Basisszenario ohne Mindestlohn; Datengrundlage: gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro ab 01.01.2008, stufenweiser Anstieg auf 9,00 Euro bis 2009, in den Folgejahren weiterer Anstieg in Höhe des Verteilungsspielraums aus Inflationsrate und Produktivitätsfortschritt

Quelle: Klaus Bartsch Econometrics

© DGB einblick 10/07

**Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von bis zu 0,9 Prozent und zu einem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um zunächst mehr als 400 000 Arbeitsplätze führen. Das belegt ein Ende Mai von der Gewerkschaft ver.di vorgestelltes Gutachten des Wirtschaftswissenschaftlers Klaus Bartsch. Auch wenn sich der Arbeitsmarkteffekt des Mindestlohns in den Folgejahren auf Grund von Preis- und Rationalisierungseffekten vorübergehend abschwächen dürfte, ist seine Wirkung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durchgängig positiv. Langfristig könnten rund 120 000 zusätzliche Stellen entstehen. Das Gutachten widerlegt die von Unionspolitikern gerne benutzte These, der Mindestlohn würde Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor vernichten.**

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

# GEWERKSCHAFTEN

Von Finnland lernen

## Innovationsfähigkeit fördern

*In Sachen Innovationsfähigkeit der Wirtschaft hinkt Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor hinterher. IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung wollen in einer gemeinsamen Tagung im Juni Strategien entwickeln, das zu ändern.*

In einer hochgradig vernetzten Weltwirtschaft kann man Technik und Informationen kaufen – Wissen, Erfahrungen und Kreativität nicht. Auch die beste Forschungs- und Technologiepolitik kann nur wenig erreichen, wenn das Bildungssystem nicht die Qualifikationen vermittelt, um neues technisches Wissen aufnehmen, weiterentwickeln und anwenden zu können. Dass dieses komplexe Zusammenspiel verschiedener Fak-

torien der Innovationswettbewerb die zentrale Rolle. Vor allem rohstoffarme Länder leben von dem, was in den Köpfen der Menschen entsteht.

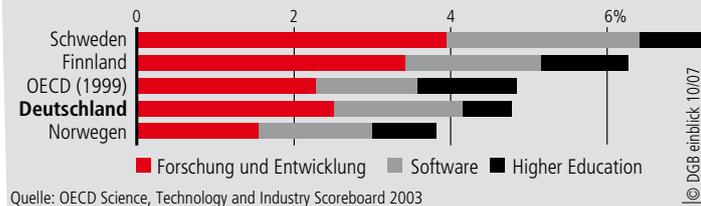
Wo Unternehmen keine Kompetenzknoten mehr haben, an denen externe Maßnahmen wirksam „andocken“ können, verpuffen die traditionellen Förderkonzepte. Hier sehen Innovationsstrategen wie der IG Metall-Experte Ulrich Klotz den Hauptgrund dafür, warum die

Während Deutschland auf der Wohlstands-Skala hinter andere Länder zurückfällt, haben vor allem einige nordische Länder ihren Fokus auf die Förderung der Innovatoren verlagert und können seither beträchtliche Erfolge verzeichnen. Insbesondere Finnland ist in erstaunlich kurzer Zeit eine tiefgreifende Umstrukturierung gelungen, die es in die Reihe der führenden Industrienationen gebracht hat. Ausgangspunkt der Umorientierung war die Erkenntnis, dass es darauf ankommt, alle den Innovationsprozess beeinflussenden Faktoren gleichzeitig zu entwickeln. Statt einzelne Technik- anwendungsfelder zu fördern, wird in Finnland auf breiter Ebene die Verbesserung der Innovationsfähigkeit gefördert. Dabei gibt das Ergebnis den WegbereiterInnen dieser Art Innovationspolitik Recht: Finnland gilt heute als Modell einer sich rasch entwickelnden Wissensgesellschaft, in der es gelungen scheint, hohe Wachstumsraten mit einem funktionierenden Sozialstaat zu verbinden. Die Arbeitslosigkeit konnte halbiert werden. Der finnische Staatshaushalt weist Überschüsse auf, und auf den Ranglisten internationaler Wettbewerbsfähigkeit belegt Finnland regelmäßig Spitzenplätze.

Was wir hierzulande von Finnland lernen können – diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung von IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung. Welche Bedingungen haben den Strukturwandel ermöglicht? Welche Rolle können Betriebsräte und Gewerkschaften in solchen Wandlungsprozessen spielen? Es ist an der Zeit, dass auch in Deutschland ein Strategiewechsel stattfindet. Einer, so Ulrich Klotz, „der nicht nur die Ebene staatlicher Aktivitäten betrifft, sondern vor allem auch die Gestaltung von Strukturen und Innovationsprozessen in den Unternehmen“.

### Abgeschlagen

Wissens-Investitionen (Anteil am BIP 2000, in Prozent)



Quelle: OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2003

**Von Wissens-Investitionen bis zur Entwicklung der Erwerbsarbeit, Finnland belegt überall Spitzenplätze, Deutschland ist abgeschlagen.**

toren hierzulande wenig ausgeprägt ist, zeigt das Schicksal technischer Neuentwicklungen vom Fax bis zu MP3 – in Deutschland erfunden, doch den Markt beherrschen andere Länder. Markterfolg erfordert mehr als nur innovative Technik. Eine innovative Wirtschaft braucht ständig erneuerte und erweiterte Qualifikationen der Beschäftigten. Aus Sicht der Gewerkschaften ist Innovation deshalb nicht auf Technik oder Technologie fokussiert, „sondern setzt vor allem auf so genannte weiche Faktoren: Bildung, Wissen, Qualifikation, Teamfähigkeit und Teamarbeit, Netzwerke, Kommunikation und Information, Managementsysteme und Organisationsstrukturen“, heißt es in einer DGB-Stellungnahme.

In der Konkurrenz hoch entwickelter Volkswirtschaften spielt

in den letzten Jahren in Deutschland praktizierten Politik- und Förderstrategien nicht die erhofften Erfolge gebracht haben: „In der Praxis zeigt sich, dass heute der alles entscheidende Engpass die in den Unternehmen vorhandene Fachkompetenz ist, um in der wachsenden Flut an Forschungsergebnissen die Möglichkeiten neuer Technologien rechtzeitig identifizieren und nutzen zu können.“

Auch die Große Koalition habe aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt, so Klotz. Zwar tauche der Begriff „Innovation“ mehrfach in der Koalitionsvereinbarung wie auch der Regierungserklärung auf. Gleichwohl werde nicht ersichtlich, „dass künftig vorrangig die Voraussetzungen und Bedingungen und weniger deren Anwendung gefördert werden soll“.

### Das Programm

**Prof. Dr. Gerd Schienstock (University of Tampere/Finnland) eröffnet die Tagung mit einem Vortrag über „Die finnische Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik – Entwicklung und Perspektiven.“**

**Es folgt Dr. Harald Legler (Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover). Sein Thema: „Skandinavien und Deutschland im Innovationswettbewerb – Ein Vergleich aus Sicht der Wirtschaftsforschung.“**

**Astrid Ziegler vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut stellt Quintessenzen aus dem Sammelband der Hans-Böckler-Stiftung „Innovationspolitik: Wie kann Deutschland von anderen lernen?“ vor.**

**Über innovationsbedingte Strukturbrüche in der betrieblichen Praxis und das Konzept „Besser statt billiger!“ berichtet Franz Tölle (IG Metall-Bezirksleitung NRW) vor der Abschlussdiskussion.**

**„Von Finnland lernen?“**

**IG Metall und WSI/Hans-Böckler-Stiftung, 12. Juni, IG Metall – Vorstandsverwaltung, Frankfurt am Main**

**Anmeldung: Hans-Böckler-Stiftung, 0211-7778-124  
Tagungsgebühren werden nicht erhoben.**

Neuerscheinung I

## Gefahr von rechts

GewerkschafterInnen sind mehrheitlich politisch links orientiert, agieren international und engagieren sich gegen Rechtsextremismus. Aber auch innerhalb der Gewerkschaften finden sich Mitglieder mit rechtsextremer Einstellung. Das belegt eine Studie von Bodo Zeuner, Jochen Gester, Michael Fichter, Joachim Kreis und Richard Stöss, die jetzt als Buch unter dem Titel „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ veröffentlicht wor-

den ist. Neben den Untersuchungsergebnissen enthält der Band Anregungen für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Sie sollen helfen, die Deutungskompetenz gegenüber Neoliberalismus und Rechtsextremismus zu gewinnen. Das Buch ist im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen und für 14,90 Euro erhältlich (Münster 2007, 143 S., ISBN 978-3-89691-590-0). •

[www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)  
[info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de)

Neuerscheinung II

## Wohin treibt das Tarifsystem

Differenzierung und Dezentralisierung sind die Trends, die auch in den kommenden Jahren das Tarifsystem weiter verändern werden. Der einheitliche Flächentarifvertrag deckt einen immer kleiner werdenden Teil der Tariflandschaft ab.



Entwicklungen der Tariflandschaft vornimmt. Er beschreibt die tarifpolitischen Anstrengungen der Gewerkschaften in Niedriglohnbranchen und die Bemühungen, tariflose Zustände zu beenden. Der vom Tarifexperten Reinhard Bispinck von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebene Band vereint

Fachwissenschaftler und erfahrene Tarifpraktiker der Gewerkschaften (Hamburg 2007, 140 S., 11,80 Euro, ISBN 978-3-89965-237-6). •

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Darauf muss sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik einstellen. „Wohin treibt das Tarifsystem?“, fragt denn auch der gleichnamige Band aus dem VSA-Verlag, der eine Bestandsaufnahme der aktuellen

Jubiläum

## DGB-Filmpreis

Bereits zum zehnten Mal verleiht der DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt seinen Filmpreis. Mit 5000 Euro fördern DGB und Gewerkschaften Regisseure, die sich kreativ mit gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzen. Über die Vergabe des Preises entscheidet das Publikum während des Internationalen Filmfestes Emden-Norderney vom 13. bis zum 18. Juni, in dessen Rahmen auch der DGB-Preis verliehen wird. Der DGB lädt am 17. Juni zur Preisverleihungsgala ins Neue Theater Emden. •

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

Infoblatt

## Arbeits- nicht rechtlos

Engagierte Erwerbslose in Oldenburg haben vor kurzem erreicht, dass die Stadt eigens einen Fonds für Schulmaterialien eingerichtet hat. Die Beihilfen für Hefte, Stifte und andere Schulsachen stehen allen Haushalten zu, deren Einkommen unter den Grenzen für Wohngeld liegt. Über diesen Erfolg berichtet die jüngste „A-info“, Publikation der Koordinierungsstelle Gewerkschaftlicher Arbeitslosen-

gruppen. Ein weiterer Beitrag liefert konkrete Tipps für den Umgang mit Sozialämtern und Wohngeldstellen, ein beigelegter Flyer fasst die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen für 1-Euro-Jobs zusammen. •

[www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)

DGB-Umfrage

## Mindestlohn kontrovers

Nicht ganz unerwartet, was niedersächsische PolitikerInnen zum Thema Mindestlohn von sich geben. Gefragt hatte der DGB Niedersachsen, Antworten kamen sowohl von LandespolitikerInnen wie von niedersächsischen Bundestagsabgeordneten. Klare Voten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns kamen von SPD-, Linkspartei- und Bündnis 90/Grüne-VertreterInnen. Abgelehnt wird das Instrument auch in Niedersachsen von FDP- und CDU-PolitikerInnen, darunter Ministerpräsident Christian Wulff. •

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

Broschüre

## „Ausbildung erfolgreich“

Der neue Ratgeber der DGB-Jugend Hessen gibt Auszubildenden die Gelegenheit, sich über Fragen zu informieren, die typischerweise am Ende der Ausbildung entstehen. Sowohl Schwierigkeiten beim Übergang zwischen Ausbildung und Beschäftigungsverhältnis als auch Bewerbungsmöglichkeiten und Bewerbungsstrategien werden behandelt. Es gibt auch Tipps rund um das Thema Arbeitslosigkeit, wenn es mit einem reibungslosen Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis nicht klappen sollte. Bis zu zehn Exemplaren können kostenlos und ohne Versandkosten bestellt werden: [jugend-hessen@dgb.de](mailto:jugend-hessen@dgb.de). Außerdem stehen sie zum Download bereit. •

[www.hessen.dgb.de/jugend](http://www.hessen.dgb.de/jugend)

## interregio

••• Angesichts der geringen Geburtenrate in Deutschland entwerfen einige AutorInnen düstere Szenarien, in denen Familien keine Rolle mehr spielen. Der Sündenbock wird von Eva Herman & Co. gleich mitgeliefert: die Emanzipation der Frau. Demgegenüber steht die Erkenntnis, dass soziale Ungleichheiten in Deutschland Familiengründung und Kindererziehung zum Armutsrisiko schlechthin gemacht haben. Um die Gegebenheiten aus einer Geschlechterperspektive näher zu betrachten, laden

die DGB-Frauen der **DGB-Region Schleswig-Holstein Nord** und die Beratungsstelle Frau & Beruf am 9. Juli zum **Austausch** ein, Thema „Rabenmutter oder Supermami? – Wem nützt die Debatte?“. Referentin ist Barbara Stiegler, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive vornimmt.

Anmeldung: **DGB Flensburg**,  
Telefon 0461/14440 10

••• Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2008 hat der **DGB Ham-**

**burg** seine **politischen Anforderungen** an die Parteien formuliert. Die Positionen, die unter dem Titel „Für Hamburg – für eine solidarische Stadt“ zusammengefasst sind, wurden an die Parteien der Hansestadt verschickt. So haben die Parteigremien Gelegenheit, noch bevor sie die Wahlprogramme verabschieden, sich über die gewerkschaftlichen Anliegen zu informieren und sich daran zu orientieren. Das 17-seitige Papier ist auch im Internet einzusehen: [www.dgb-hamburg.de](http://www.dgb-hamburg.de)

Novellierung des Aufenthalts- und Asylrechts

## Zu viele restriktive Ansätze

Bei der Umsetzung des europäischen Aufenthalts- und Asylrechts in nationales Recht hinkt Deutschland hinterher. Gleich elf EU-Richtlinien will die Koalition deshalb mit Hilfe eines einzigen Gesetzes noch bis zur Sommerpause durch das Parlament winken – überwiegend zu Lasten der hier lebenden Ausländer.

In einem Punkt sind sich CDU/CSU und SPD einig: Das Thema Ausländerintegration soll vom Tisch, und zwar rechtzeitig vor der im Januar beginnenden Reihe der Landtagswahlen 2008. Bis Ende Juni will die Koalition deshalb ihr „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU“ durch den Bundestag bringen. Vorausgesetzt der Bundesrat zieht mit, könnte es bereits Mitte Juli in Kraft treten. Allerdings hat der Gesetzentwurf der Koalition nur zum Teil etwas mit der Umsetzung der EU-Richtlinien in deutsches Recht zu tun. Denn die dort formulierten Ansätze zur besseren Integration der in der EU lebenden Bürger anderer Staaten werden nicht aufgegriffen. Stattdessen werden neue Hürden bei der Einwanderung nach Deutschland aufgebaut. Gleichzeitig wird die Integration der hier bereits lebenden Ausländer erschwert.

So lautet die nahezu einhellige Kritik, die Experten und VertreterInnen von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, UN-Flüchtlingskommissariat und Migrantenorganisationen bei einer Bundestagsanhörung Ende Mai formuliert haben.

Die geplanten Änderungen des Aufenthaltsrechts „sind geprägt von einer restriktiven Auslegung der EU-Richtlinien“ kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach. „Sie stehen teilweise sogar im Widerspruch zum geltenden EU-Recht“. Für nicht akzeptabel hält der DGB insbesondere die geplanten Einschränkungen beim Ehegattennachzug, den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Integration der MigrantInnen und die Verschärfungen des Staatsangehörigkeitsrechts.

Geht es nach dem Willen der Koalition, können Ehepartner in Zukunft nur noch nach Deutschland

nachziehen, wenn ihr Lebensunterhalt hier gesichert ist. Was auf den ersten Blick wie eine Maßnahme des Sozialkassen zu verhindern, ist verfassungsrechtlich bedenklich. Denn der Schutz der Ehe würde nur noch für bestimmte soziale Schichten gelten. Hartz IV-Empfänger beispielsweise bleiben vom Recht der Familienzusammenführung ausgeschlossen. Auch dann, wenn sie die Umstände dafür nicht selbst zu vertreten haben. Bedenklich ist aus Sicht des DGB auch, dass die Koalition vom Prinzip der Förderung der Integration abrückt und stattdessen einseitige Integrationsvorleistungen von denjenigen fordert, die nach Deutschland kommen wollen. So müssen zum Beispiel Ehepartner von MigrantInnen bereits vor der Einreise nachweisen, dass sie sich ausreichend in Schrift und Wort in Deutsch verständigen können. Das gilt auch dann, wenn es in ihrem Herkunftsland kein Angebot an entsprechenden Deutschkursen gibt. Zudem kann künftig die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von bereits hier lebenden MigrantInnen verweigert werden, wenn sie keinen Nachweis über den erfolgreichen Abschluss eines Integrationskurses vorlegen können.

Auch soll das Staatsbürgerschaftsrecht massiv verschärft werden. So wird zum Beispiel die Möglichkeit für in Deutschland aufgewachsene Kinder von MigrantInnen, ihre Einbürgerung bis zum 23. Lebensjahr auch dann zu beantragen, wenn sie ihren Lebensunterhalt noch nicht selbst erwirtschaften, ersatzlos gestrichen. Ausnahmen soll es nur geben, „wenn die Situation nicht selbst zu verantworten ist“. Dieser Nachweis ist der nach Einschätzung von DGB-Migrationsexperte Volker Roßocha in der Praxis kaum zu erbringen. Junge Erwachsene beispielsweise, die auf Grund des Lehrstellenmangels keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und stattdessen ein Einstiegsqualifizierungsjahr an der Berufsschule durchlaufen, wären außen vor. ●

## Verpasste Chance

„Mit dem Gesetzentwurf wird die Chance verpasst, wichtige Verbesserungen zum Flüchtlingsschutz in Deutschland zu verankern. Die positiven Gestaltungsmöglichkeiten wurden nicht genutzt, stattdessen wurden an vielen Stellen restriktive Elemente gesetzt.“

Gottfried Köfner, UNHCR-Regionalvertreter für Deutschland

„Das Grundrecht auf Ehe und Familie umfasst auch das Recht auf die freie Wahl des Partners und auf das familiäre Zusammenleben in Deutschland. Die Wahrnehmung dieses Rechts wird jedoch nach der vorgeschlagenen Regelung allein Deutschen, die es sich finanziell leisten können, möglich sein.“

Klaus Dienelt, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverwaltungsgericht

„Der explizite Hinweis, dass Integration auch gefördert werden muss, wird nun aus dem Gesetz gestrichen. Es bleibt zwar dabei, dass sie durch Gesetz geregelt wird, allerdings vor allem durch Betonung der Pflicht zur Integration. Das lässt sich an den Sanktionen erkennen, die bis hin zur Aufenthaltsbeendigung reichen.“

Elke Tiebler-Marenda, Deutscher Caritas-Verband

### 80 Prozent kommen aus Europa

Ein- und Auswanderung von Staatsangehörigen anderer Länder in Deutschland 2006\*

	Zuzüge	Fortzüge	ausländische Bevölkerung am Jahresende
staatenlos/ohne Angaben	2 146	1 609	59 976
Australien und Ozeanien	1 946	1 126	10 832
Amerika	28 460	17 780	213 069
Afrika	20 210	12 182	272 376
Asien	66 533	42 526	819 623
Europa	263 477	197 715	5 375 126
<b>davon</b>			
– Europäische Union	169 097	120 978	2 183 365
– übriges Europa	94 380	76 737	3 191 761
<b>gesamt</b>	<b>382 772</b>	<b>272 938</b>	<b>6 751 002</b>

\*einschließlich Geburten bzw. Sterbefälle; Quelle: Bundesamt für Statistik

Ende 2006 lebten in Deutschland 6,8 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Gut 80 Prozent von ihnen kommen aus Europa.



Im Internet

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Stellungnahme des DGB zur geplanten Änderung des Aufenthalts- und Asylrechts

## kurz & bündig



Die GEW hat ihren vierten Report zu Privatisierungstendenzen in der Bildung veröffentlicht. Diese sind in Deutschland laut GEW immer enger verknüpft mit Tendenzen internationaler Liberalisierung: Einfluss auf die Entwicklung hierzulande hätten etwa das WTO-Abkommen GATS oder die EU-Dienstleistungsrichtlinie, so der Report.

Download: [www.gew.de](http://www.gew.de)



TRANSNET begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, wieder mehr Geld in den Schienennahverkehr zu investieren, nachdem 2006 die Mittel gekürzt worden waren. Ab 2009 sollen die vom Bund an die Länder fließenden „Regionalisierungsmittel“ zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) auf der Schiene jährlich um 1,5 Prozent steigen. Bereits für die Jahre 2008 bis 2010 erhalten die Länder insgesamt 500 Millionen Euro. Der Bund habe offensichtlich erkannt, wie wichtig die Förderung des ÖPNV in Zeiten des Klimawandels sei, erklärte TRANSNET.



Der Protest der IG BAU gegen Lohn-dumping bei der im Reichstag tätigen Reinigungsfirma B+K (einblick 9/2007) war erfolgreich. Die Firma zahlt den sieben bisher untertariflich Beschäftigten jetzt den vollen Tariflohn. „Ich hoffe, dass das Unternehmen künftig nicht nur die sieben, sondern alle Reinigungskräfte nach Tarif entlohnt“, erklärte IG BAU-Sprecherin Sigrun Heil.

## EGB-Kongress

# Offensiv für die Grundrechtecharta

Ohne Frage – überall in Europa werden Sozialschutz und Arbeitnehmerrechte abgebaut, nehmen prekäre Arbeitsverhältnisse zu. Doch die europäischen Gewerkschaften sind es leid, „ermüdende Abwehrkämpfe zu führen“, so John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Stattdessen wollen sie künftig stärker in die Offensive gehen für ein soziales Europa, für Solidarität und für eine nachhaltige Entwicklung. Dazu beschlossen sie Ende Mai auf dem EGB-Kongress in Sevilla ein umfangreiches Aktionsprogramm (einblick 8/07). „Als größte gemeinsam agierende politische Organisation in Europa müssen wir mit eigenen Konzepten die Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherheit mitbestimmen“, erklärte die neu gewählte Präsidentin Wandja Lundby-Wedin. Ganz oben auf der Agenda steht für den EGB dabei der Kampf gegen Lohndumping. „Ob gesetzlich oder tariflich geregelt – wir brauchen überall in Europa Regelungen zum Mindestlohn“, betonte Lundby-Wedin.



Foto: Bob Van Mol/EGB

„Gleiche Chancen für Frauen und Männer durchzusetzen, ist eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft des sozialen Europas“, meint Wandja Lundby-Wedin, die Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO. Die neu gewählte EGB-Präsidentin will als erste Frau in diesem Amt ihren Beitrag dazu leisten, die Position der Frauen zu stärken. Ganz im Sinne der europäischen Gewerkschaften: Sie beschlossen auf dem EGB-Kongress in Sevilla eine Charta zum Gender-Mainstreaming, die klare Vorgaben auch für die eigenen Organisationen setzt.

Nicht minder wichtig sei es, die Lohndiskriminierung von Frauen oder von Wanderarbeitern zu beseitigen. Offensiv wollen die Gewerkschaften auch dagegen kämpfen, dass die EU-Grundrechtecharta bei den Regierungsberatungen über die Neufassung der Europäischen Verträge unter den Tisch fällt.

Einig war man sich in Sevilla, dass eine offensivere EGB-Politik nur erfolgreich sein kann, wenn es

den Gewerkschaften europaweit gelingt, wieder mehr Durchsetzungskraft zu erreichen und mehr Mitglieder zu gewinnen.

Künftig soll der EGB deshalb den Austausch über erfolgreiche Mitgliederkampagnen und neue Strategien wie „Organizing“ fördern. Eine erste Bilanz soll in zwei Jahren gezogen werden •

<http://sevilla.etic.org>  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Bund-Verlag

# Relaunch zum Jubiläum

Zum 60-jährigen Verlagsjubiläum geht der Bund-Verlag mit einer runderneuten Website online: Infos zu allen Neuerscheinungen, Programmen sowie Zeitschriften sind jetzt online. Auch der Online-Shop wurde komfortabler gestaltet. Außerdem startet der Verlag mit „BUND DIGITAL“ eine neue digitale Produktreihe. Erstes Highlight: Die CD-ROM „Betriebsratswissen digital 1.0“ mit allen Standardwerken zum Arbeits- und Sozialrecht und einer vierteljährlich aktualisierten Urteilsdatenbank der Arbeitsgerichte. • [www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

## Ehemalige HWP

# „Studieren ohne Abitur“ bleibt erhalten

Seit 2005 ist die ehemalige „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“ (HWP) – hervorgegangen aus der nach dem Zweiten Weltkrieg von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft – Teil der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg.

Zwar ist das „Departement Wirtschaft und Politik“ (DWP), wie der HWP-Nachfolger heute heißt, nicht mehr eigenständig. Trotzdem bleibt nach dem vom Dekanat jetzt vorgelegten „Eckpfeiler der

künftigen Satzung der Fakultät“ auch künftig die Möglichkeit, sich per Zulassungsprüfung auch ohne Abitur für den DWP-Studiengang Sozialökonomie zu qualifizieren. Vierzig Prozent der Studienplätze sind für Nicht-Abiturienten mit Berufsausbildung reserviert. Damit wird die Tradition der ehemaligen HWP fortgesetzt, auch Nicht-Abiturienten ein Hochschulstudium auf dem „zweiten Bildungsweg“ zu ermöglichen. Bewerbungsschluss für die Zulassungsprüfung ist der 15. Juli. •

[www.wiso.uni-hamburg.de/dwp](http://www.wiso.uni-hamburg.de/dwp)

Soziale Sicherheit

## Vom Sozial- zum Minimalstaat

Verglichen mit den kontroversen Diskussionen über die „Agenda 2010“, ist es ruhig um die Wohlfahrtsstaatsentwicklung geworden. Andere Themen wie der Klimawandel und der Wirtschaftsaufschwung sind in den Blickpunkt des medialen Interesses gerückt. Dabei verschärft die Große Koalition den Kurs ihrer Vorgängerin sogar teilweise noch, findet Christoph Butterwegge.

Wahrscheinlich erlahmte die **Debatte über die Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat**, weil die Zweidrittelmehrheit von CDU/CSU und SPD kaum Raum für Initiativen der Opposition lässt. Nur vereinzelt (z.B. bei der jüngsten Gesundheitsreform und der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre) gibt es den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV vergleichbare Massenaktionen. Denn die an der Regierung beteiligten Volksparteien binden einen Großteil des Protestpotenzials an sich oder neutralisieren es zumindest weitgehend.

Legitimiert durch den Hinweis auf Sachzwänge bzw. gesellschaftliche Wandlungsprozesse einerseits sowie eine Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs (von der Bedarfs- zur „Leistungsgerechtigkeit“, der Verteilungs- zur „Teilhabegerechtigkeit“ und der sozialen zur „Generationengerechtigkeit“) andererseits, wird der Wohlfahrtsstaat in mehrfacher Hinsicht umstrukturiert:

**1.** Aus dem **Wohlfahrts- wird ein Wettbewerbsstaat**, der die Konkurrenzfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt zu fördern hat. Sozialstaatlichkeit besitzt keinen Eigenwert mehr, sondern muss sich wirtschaftlichen und Machtinteressen unterwerfen. Dies zeigt sich bei Vorstößen gegen Kündigungsschutz und Flächentarifvertrag.

**2.** Durch die zahlreichen Leistungskürzungen wird bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer aus dem **Sozial- ein Minimalstaat**. Der „schlanke Staat“, wie er Neoliberalen vorschwebt, ist im Hinblick auf Sozialpolitik magersüchtig, aber keineswegs frei von bürokratischen Auswüchsen.

**3.** Der **Sozial- wird zum Kriminalstaat**, weil ihn die Reduktion der Wohlfahrt zur Repression zwingt. Je weniger großzügig die Sozialleistungen einer reichen Gesellschaft ausfallen, umso schlagkräftiger muss ihr Sicherheits- bzw. Gewaltapparat sein. Was sie an der Wohlfahrt „spart“, geht für Maßnahmen gegen Drogenmissbrauch, Kriminalität und Gewalt drauf.



Foto: Marcu J. Feger

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität Köln. Im VS – Verlag für Sozialwissenschaften ist kürzlich die um ein Kapitel zur Großen Koalition erweiterte Auflage seines Buches „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ erschienen.**

**4.** An die Stelle des aktiven Sozialstaates tritt ein „aktivierender“, Hilfsbedürftige nicht mehr ohne Gegenleistung **alimientierender Staat**. Ausgerechnet in einer Beschäftigungskrise, wo Millionen Arbeitsplätze – nicht: Arbeitswillige – fehlen, wird so getan, als seien die Erwerbslosen passiv. Trotz des wohlklingenden Mottos „Fördern und Fordern“ bemüht sich die Politik aber gar nicht mehr ernsthaft darum, die Chancen von sozial Benachteiligten zu verbessern.

**5.** Der deutsche Sozialversicherungs- wird zu einem **Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat** gemacht, der nicht mehr den Lebensstandard seiner Klientel erhält, sondern ihr nur noch eine Basisversorgung angedeihen lässt. Hartz IV war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Man spricht von „Eigenverantwortung“, „Selbstvorsorge“ und „Privatinitiative“, meint aber die öffentliche Verantwortungslosigkeit sowie eine Mehrbelastung von ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen.

**6.** Gleichzeitig wird das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt und einen **Wohltätigkeitsstaat** gespalten. Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich BürgerInnen, die es sich leisten können, das für sie erschwingliche Maß an sozialer Sicherheit (z.B. Versicherungspolice). Die übrigen werden der Privatwohltätigkeit überantwortet. Folgerichtig haben karitatives Engagement, ehrenamtliche Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitsbereich, persönliche Spendenfreudigkeit und die Gründung gemeinnütziger Stiftungen (wieder) Hochkonjunktur.

Stattdessen müsste der Sozialstaat eigentlich an die jüngsten Entwicklungen in der Arbeitswelt (Tendenz zur Prekarität von Beschäftigungsverhältnissen) und im familiären Zusammenleben der Menschen (verstärkter Hang zur Individualität) angepasst werden. Nötig wäre eine umfassende Kurskorrektur, die wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen und eine gleichmäßigere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Ziel haben müsste. ●

## Erfolgreiche Reformen

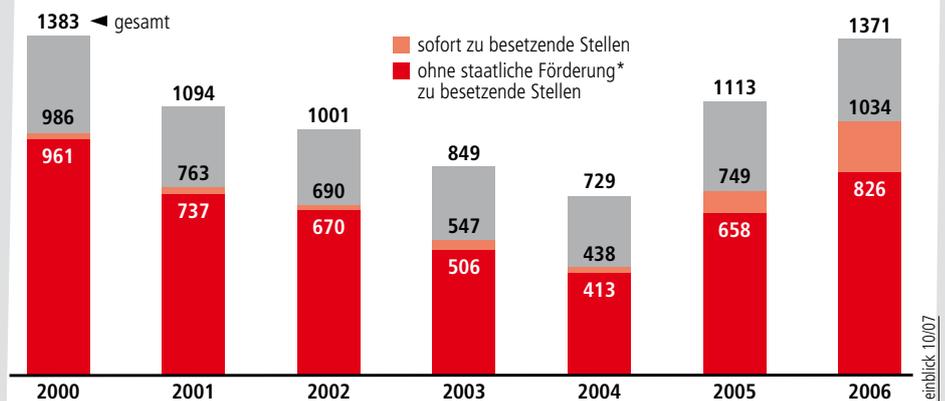
*Im Februar 2002 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Hartz-Kommission berufen: 15 Persönlichkeiten sollten eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt entwerfen, deren Ziel im „Fordern und Fördern“ besteht. Das Konzept wurde zur Hälfte umgesetzt, der Aspekt des Förderns blieb weitgehend auf der Strecke. Übrig blieb, dass Erwerbslose immer kürzer treten müssen. Immer häufiger auch berichten Medien, dass Betroffene von Arbeitsagenturen zur Annahme von Jobs weit unterhalb eines vertretbaren Lohnniveaus gezwungen werden.*

*Seitdem folgt Reform auf Reform – zu Lasten der Beschäftigten. Die Rentenreform (Rente mit 67) kostet nicht nur mehr Lebenszeit, private Absicherung will ebenfalls bezahlt werden. Zurzeit arbeiten Lobbyisten daran, privaten Versicherungskonzernen auch noch Beiträge für zusätzliche Pflegeversicherungen und Unfallversicherungen zukommen zu lassen. Die zweite Gesundheitsreform seit 2002 hat einige Fragen geregelt – und läßt noch viele offen. Wie feierte das Bundespresseamt schon vor mehr als einem Jahr: „Die Reformen der Bundesregierung zeigen erste Erfolge. Die Konzerne schreiben Rekordgewinne.“*

## WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG: Vom Arbeitskräftemangel keine Spur

**2006 ist das Angebot an offenen Stellen auf 1,4 Millionen gestiegen und damit erstmals wieder auf ein Niveau, wie zuletzt vor sechs Jahren. Dennoch kann bislang nicht von einem gesamtwirtschaftlich spürbaren Arbeitskräftemangel die Rede sein. Denn nur eine Million der 1,4 Millionen offenen Stellen sind sofort zu besetzen. Zieht man zudem die Stellen ab, die von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, sinkt das Stellenangebot auf 830 000. Das sind 130 000 weniger als vor sechs Jahren.**

Zahl der offenen Stellen und der darin enthaltenen sofort zu besetzenden Stellen, mit und ohne staatliche Förderung (in Tausend)



\* Ein-Euro-Jobs, Personal-Service-Agenturen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen, ABM und Struktur Anpassungsmaßnahmen  
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

© DGB einblick 10/07

## personalien

••• **Stefan Rebmann**, 44, Vorsitzender der DGB Region Rhein-Neckar, ist vom Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand kommissarisch mit der Funktion des stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg beauftragt worden. Die bisherige stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende, **Leni Breymaier**, 47, ist am 27. April zur Leiterin des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg gewählt worden.

••• **Susanne Rohmund**, 41, ist seit dem 1. Juni Chefredakteurin der IG Metall-Printmedien. Die Diplom-Volkswirtin, seit November 2004 Chefin vom Dienst der IG Metall-Printmedien und Projektverantwortliche der neuen „me-

tallzeitung“, tritt die Nachfolge von **Werner Hoffmann**, 60, an, der im November in die Freistellungsphase der Altersteilzeit geht.

••• **Michael Vassiliadis**, 43, Vorstandsmitglied der IG BCE, ist am 16. Mai von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den neu besetzten Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen worden.

••• **Wanja Lundby-Wedin**, 54, die Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO, wurde auf dem EGB-Kongress in Sevilla zur neuen EGB-Präsidentin gewählt. Sie folgt dem Spanier **Cándido Méndez Rodríguez**, 54, der dieses Amt seit 2003 innehatte. Wiedergewählt wurde das gesamte bisherige EGB-Sekretariat: der Ge-

neralsekretär **John Monks**, 62, ehemaliger Generalsekretär des britischen TUC, seine beiden StellvertreterInnen **Reiner Hoffmann**, 52, früher Leiter des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes EGI, und **Maria Helena André**, 46, UGT Portugal, sowie die politischen EGB-Sekretäre **Walter Cerfeda**, 59, CGIL Italien, **Joël Decaillon**, 57, CGT Frankreich, **Józef Niemiec**, 52, NSZZ Solidarnosc Polen, und die Niederländerin **Catalene Passchier**, 52, FNV.

## 4 TAGE

**5./6.6.** ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in

Europa – und ihre Folgen für die Tarifpolitik“, Berlin

**5./6.6.** ver.di, Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann-Stiftung, Potsdamer Forum „Der öffentliche Dienst – besser als sein Ruf“, Potsdam

**5. - 7.6.** Internationaler G8-Alternativkongress „G8 2007 – Es gibt Alternativen“, Rostock

**6./7.6.** Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB), Gewerkschaftskongress, Lissabon

**6. - 8.6.** G8-Gipfel in Heiligendamm

**8.6.** DGB, BDA und Institut der deutschen Wirtschaft, Konferenz „Fachkräftemangel und Zuwanderung“, Berlin

**17.6.** DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Verleihung des DGB-Filmpreises, Emden

## Schlusspunkt.

„Demonstranten dürfen G8 begrüßen“

Der Berliner Tagesspiegel am 30. Mai über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schwerin, das Versammlungsverbot für G8-Kritiker am Rostocker Flughafen aufzuheben.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

**Abfindungsanspruch****Geht nicht immer auf die Erben über**

Nach dem Kündigungsschutzgesetz haben ArbeitnehmerInnen Anspruch auf Zahlung einer Abfindung in Höhe eines halben Monatsgehalts pro Beschäftigungsjahr, wenn der Arbeitgeber betriebsbedingt kündigt und die Betroffenen dagegen nicht klagen. Dieser Abfindungsanspruch entsteht erst mit Ablauf der Kündigungsfrist. Verstirbt der oder die ArbeitnehmerIn vorhedr, geht der Abfindungsanspruch nicht auf die Erben über.

**Bundesarbeitsgericht,**  
**Urteil vom 10. Mai 2007 – 2 AZR 451/06**

**Hartz IV****Keine Leistungen für Kontaktlinsen**

Wer Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhält, hat keinen Anspruch auf einmalige Beihilfe für die Anschaffung von Kontaktlinsen oder einer Brille. Die gegenüber dem früheren Sozialhilferecht jetzt höheren monatlichen Regelleistungen – 345 statt 297 Euro für einen Alleinstehenden – sollen die Bildung von Rücklagen für Anschaffungen über den täglichen Bedarf hinaus ermöglichen.

**Sozialgericht Darmstadt,**  
**Urteil vom 26. Januar 2007 – S19 AS 238/06**

**Fahrverbot****Auch für betrunkene Radfahrer**

Die Straßenverkehrsbehörde darf RadfahrerInnen, die alkoholisiert am Verkehr teilgenommen haben, das Führen von erlaubnisfreien Fahrzeugen – hierzu zählt auch ein Fahrrad – untersagen. Die Behörde kann die Betroffenen auffordern, ein medizinisch-psychologisches Gutachten vorzulegen, das ihre Eignung zum Führen von Fahrzeugen klärt. Wird ein solches Gutachten nicht vorgelegt, kann ein Fahrverbot ausgesprochen werden.

**Verwaltungsgericht Neustadt,**  
**Beschluss vom 2. April 2007 – 3 L 295/07.NW**

**Künstliche Befruchtung****Krankenkasse zahlt nur für Eheleute**

Es ist mit dem Grundgesetz vereinbar, dass der Gesetzgeber die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen für eine künstliche Befruchtung auf Paare beschränkt, die miteinander verheiratet sind.

**Bundesverfassungsgericht,**  
**Urteil vom 28. Februar 2007 – 1 BvL 51/03**

**Beamtenrecht****Umsetzung bei Störungen**

Der Dienstherr darf BeamtInnen aus jedem sachlichen Grund umsetzen. Ein solcher Grund liegt vor, wenn die reibungslose Zusammenarbeit innerhalb des öffentlichen Dienstes durch innere Spannungen und Trübung des Vertrauensverhältnisses gestört ist.

**Verwaltungsgericht Koblenz,**  
**Urteil vom 4. April 2007 – 2 K 1506/06.KO**

**Altersrente wegen Arbeitslosigkeit****Nur bei Arbeitslosmeldung**

Arbeitslose, die vor 1952 geboren wurden, haben einen Anspruch auf Altersrente mit 60 Jahren, wenn sie vor Rentenbeginn mindestens ein Jahr arbeitslos waren. In dieser Zeit müssen sie aber ihre Arbeitsbereitschaft durch Meldung als Arbeitssuchende bei der Arbeitsagentur anzeigen.

Der Fall: Ein heute 62-jähriger hatte drei Jahre lang Arbeitslosengeld bezogen, bis er von seinem letzten Arbeitgeber Pensionszahlungen erhielt. Diese Zahlungen teilte er der Arbeitsagentur pflichtgemäß mit und verzichtete gleichzeitig darauf, Arbeitslosenhilfe zu beantragen. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres beantragte er Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, die die Rentenversicherung ablehnte, da er im letzten Jahr nicht arbeitslos gemeldet war. Der Mann war davon ausgegangen, dass er sich nach dem Ende des Leistungsbezugs nicht mehr beim Arbeitsamt melden müsse, weil er für eine Vermittlung zu alt sei.

Seine Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Rentenversicherung hat eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit zu Recht abgelehnt. Der Erwerbslose hätte sich nach dem Ende des Arbeitslosengeldbezugs regelmäßig weiter bei der Arbeitsagentur melden oder überzeugende Nachweise ernsthafter und ständiger eigener Bemühungen um eine Arbeitsstelle vorlegen müssen. Beides ist nicht der Fall gewesen.

**Hessisches Landessozialgericht,**  
**Urteil vom 22. Mai 2007 – L 2 R 336/05**

**Entgeltfortzahlung****Kein Geld bei provozierter Schlägerei**

Nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz muss ein Arbeitgeber den ArbeitnehmerInnen, die wegen einer Krankheit arbeitsunfähig sind, bis zu sechs Wochen den Lohn oder das Gehalt weiterzahlen – vorausgesetzt, die ArbeitnehmerInnen haben ihre Arbeitsunfähigkeit nicht selbst verschuldet.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin war von ihrem früheren Ehemann verletzt worden. Folgendes hatte sich zugetragen: Die Arbeitnehmerin saß auf einem Balkon, als ihr Ex-Ehemann sie von der Straße aus wahrnahm, ihr vorwarf, ihn nicht beachtet zu haben und sie per SMS beleidigte. Die Arbeitnehmerin ging daraufhin zu ihm und forderte ihn auf, solche Mitteilungen zu unterlassen. Als die Arbeitnehmerin in das Haus zurückging, folgte er ihr und drohte mit Schlägen. Als sie ihm entgegnete, er solle sich dafür jemand anderen suchen, griff er ihr an den Hals. Bei dem Versuch, ihn von sich wegzudrücken, kratzte sie ihn im Gesicht. Darauf folgten Tritte des Mannes und ein starker Schlag gegen den Kopf. Die Frau stürzte und verletzte sich.

Der Arbeitgeber weigerte sich, Entgeltfortzahlung zu leisten mit der Begründung, die Arbeitnehmerin treffe ein Verschulden deshalb, weil sie ihren früheren Ehemann provoziert habe statt ihm aus dem Weg zu gehen.

Die Klage der Arbeitnehmerin hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die Teilnahme an einer Schlägerei ist nicht grundsätzlich selbst verschuldet. Es kommt darauf an, ob jemand eine tätliche Auseinandersetzung selbst begonnen oder provoziert hat. Das war hier nicht der Fall.

**Landesarbeitsgericht Köln,**  
**Urteil vom 14. Februar 2006 – 9 Sa 1303/05**

**Tariffucht**

## Nur massiver Widerstand wirkt

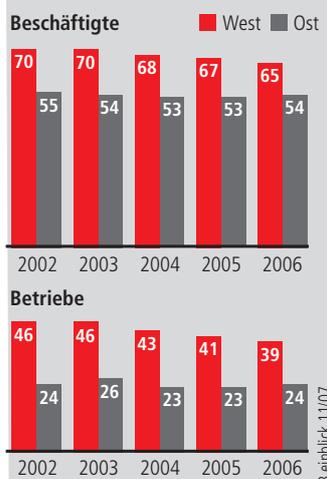
So weit gehen musste noch keine Gewerkschaft: Mit Urabstimmung und Streik will die IG BAU verhindern, dass das Baugewerbe in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur tariffreien Zone wird. Dadurch sollen die beiden Regionalverbände gezwungen werden, den Schiedspruch im Bau-Tarifkonflikt anzuerkennen und den bundesweiten Flächentarifvertrag zu erhalten.

Sie hatten das Schlichtungsergebnis vom 19. Mai zwar mit ausgehandelt, aber am 4. Juni abgelehnt. Es sieht eine Tarifierhöhung von 3,1 Prozent vor und eine Öffnungsklausel, wonach in wirtschaftlichen Notfällen der Lohn gekürzt werden kann – allerdings nur mit Zustimmung der IG BAU. Und genau das ist den Bau-Arbeitgebern im Norden ein Dorn im Auge. Sie möchten Tarifabweichungen ins Belieben der Betriebe stellen – ein Widerspruch in sich. Sie stellen damit das Tarifvertragssystem grundsätzlich infrage.

Das passiert auch anderswo. Flächentarifverträge verlieren seit langem an Bedeutung; die Tarifbindung lässt langsam, aber stetig nach. Und nur dort, wo Gewerkschaften massive

### Abgang auf leisen Sohlen

Tarifbindung nach Beschäftigten und Betrieben 2002 – 2006 (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

**Werden Tarifverträge ein Privileg? In Westdeutschland gilt bereits für jeden dritten, in Ostdeutschland für jeden zweiten Beschäftigten kein Tarifvertrag mehr.**

Gegenwehr organisieren, kann Tariffucht erfolgreich vereitelt werden.

10 000 Beschäftigte des Kfz-Handwerks brachte die IG Metall Nordrhein-Westfalen Ende März auf die Straße, nachdem die Arbeitgeber angekündigt hatten, womöglich keine Tarifverträge mehr abzu-

schließen. In 286 Betrieben ruhte die Arbeit. Anderntags beschloss die Kfz-Landesinnung, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ähnliches geschah Ende Mai in Schleswig-Holstein und Hamburg. Auch dort war der Widerstand erfolgreich. Die Arbeitgeber beschloss, Tarifpartei zu bleiben.

Erlедigt ist dieser Konflikt damit nicht, denn der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe hat allen Landesinnungen empfohlen, aus der Tarifpolitik auszusteigen. Vielerorts ist das bereits geschehen. In ganz Ostdeutschland, aber auch in Niedersachsen und Bremen existieren keine Flächentarifverträge mehr. In Baden-Württemberg und Bayern haben die Kfz-Arbeitgeber der IG Metall mitgeteilt, keine Tarifverhandlungen mehr führen zu wollen.

Widerstand gegen Tariffucht muss nicht Arbeitskampf bedeuten. Als 2005 jede zweite Wäscherei ihre Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband Intex kündigte, startete die IG Metall die Kampagne „Sauber bleiben im Tarif“. Sie stellte allen Betriebsräten in ihrem Organisationsbereich eine Liste der tariftreuen Betriebe zur Verfügung – verbunden mit der Bitte, Aufträge nur an sie zu vergeben. Das zog. Intex gewann fast alle Mitglieder zurück.

Auch in anderen Branchen gibt es positive Beispiele. Die Süßwarenindustrie plante zwar keine Tariffucht, aber deutliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen: Sie kündigte den Manteltarifvertrag (MTV) – ein absolutes Novum. Die NGG organisierte Warnstreik-Wellen. Anfang Mai wurde der MTV unverändert bis 2010 verlängert. ●

Seite 3

**Rendite statt Gesundheit**  
*Deutschland ist auf dem besten Weg, das Industrieland mit dem größten Marktanteil renditeorientierter Krankenhäuser zu werden*

Seite 5

**Weniger Mitbestimmung**  
*Gleich in mehreren Bundesländern wollen die Landesregierungen die Rechte der Personalräte einschränken, um schneller Personalabbau zu können*

Seite 7

**Trojanisches Pferd des Neoliberalismus**  
*Auch unter Linken hat das bedingungslose Grundeinkommen Anhänger. WSI-Verteilungsexperte Claus Schäfer warnt, dass es die soziale Spaltung noch vertiefen würde*

## plusminusBERLIN

**+** **Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD)** hat angekündigt, dass die Bundesregierung die im Dezember 2006 verabschiedete Behindertenkonvention der UN schnell ratifizieren wird. Es sei ein wichtiges Signal, dass Deutschland zu den Erstunterzeichnern gehört.

**-** **Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU)** hat einem neuen Bio-Siegel zugestimmt, das den bisherigen EU-Öko-Standard verwässert. Mit dem Siegel dürfen auch Nahrungsmittel ausgezeichnet werden, die bis zu 0,9 Prozent gentechnisch veränderte Organismen enthalten.



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.jugend.igmetall.de/content.ausland/content.ausland.6index.html](http://www.jugend.igmetall.de/content.ausland/content.ausland.6index.html)  
*Jobben im Ausland*

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
*Neue Ungerechtigkeit IG Metall-Analyse der geplanten Änderungen bei der Unfallversicherung*

Weiterbildung Geringqualifizierter

## Bundesagentur übernimmt Kosten

Geringqualifizierte, angelernte Beschäftigte tragen ein hohes Risiko: Lässt die Konjunktur nach oder geht der Umsatz im Betrieb zurück, sind sie oft die ersten, die gehen müssen. Sind sie zudem über 45, sind die Chancen gering, ohne Berufsausbildung einen neuen Job zu finden. Dennoch haben Geringqualifizierte oft keinen Zugang zur betrieblichen Weiterbildung. Denn die Unternehmen investieren lieber in die Beschäftigten, die bereits über einen Berufsabschluss verfügen, und die das Unternehmen deshalb auch in einer Krise halten will.

Ein Teufelskreis. Um ihn zu durchbrechen und die Unternehmen zu motivieren, in konjunkturellen Aufschwungphasen auch in die Weiterbildung ihrer ungelerten Beschäftigten zu investieren, hat die Bundesagentur für Arbeit Ende 2006 auf Initiative des DGB das Sonderprogramm WeGebAU –

Weiterbildung Geringqualifizierter beschäftigter Älterer in Unternehmen – auf den Weg gebracht. Es fördert kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 250 MitarbeiterInnen. Für Beschäftigte ab 45 Jahren, die einen Berufsabschluss

nachholen oder Teilqualifikationen erwerben wollen, beteiligt sich die Arbeitsagentur an den Weiterbildungs- und den Lohnkosten.

„WeGebAU ist präventiv“, sagt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. „Es hilft, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, und beugt dem Facharbeitermangel vor.“ Bislang wird das neue Förderinstrument allerdings zu

wenig genutzt. Bis April waren von den für 2007 bereitgestellten 200 Millionen Euro erst 1,1 Millionen abgerufen. Der DGB sieht deshalb auch die Betriebs- und Personalräte gefordert. Sie könnten ihr Wissen über den Qualifizierungsbedarf im eigenen Unternehmen nutzen, um gezielt Weiterbildungsmaßnahmen für Ungelernte vorzuschlagen. •



Mit einem **Aktionstag in Brüssel** am 20. Juni anlässlich des Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs setzt sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) dafür ein, dass die EU-Grundrechte-Charta bei den Beratungen über die Neufassung der Europäischen Verträge nicht unter den Tisch fällt. Führende GewerkschafterInnen aus ganz Europa wollen an diesem Tag dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso den Standpunkt der Gewerkschaften erläutern. Die Grundrechte-Charta müsse unbedingt rechtsverbindlich in einen neuen Grundlagenvertrag aufgenommen werden, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Europa steht am Scheideweg. Die Verantwortlichen sollten sich davor hüten, den falschen Weg einzuschlagen. Europa braucht ein soziales Fundament.“ Auf seinem Kongress im Mai in Sevilla hatte der EGB eine Dringlichkeitserklärung zur Charta verabschiedet. Ein Verzicht auf die Grundrechte-Charta gefährde das Ziel, Europa den BürgerInnen näher zu bringen und wäre „ein schwerer Schlag für das soziale Europa“, heißt es in der Erklärung.

Infos: [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

EGB-Dringlichkeitserklärung: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## ? ... nachgefragt



**Im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm haben die Gewerkschaften der G8-Staaten einen intensiven Dialog mit VertreterInnen der G8-Regierungen geführt. Ihr Ziel: Die Staats- und Regierungschefs zu einem Politikwechsel hin zu einer sozialen Gestaltung der Globalisierung zu bewegen. Ob sich der Einsatz gelohnt hat, fragte einblick den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.**

„Das Schlussdokument enthält gute Absichten, denen jetzt Taten folgen müssen. Positiv bewerte ich, dass sich die G8-Staats- und Regierungschefs klar zur sozialen Gestaltung der Globalisierung bekannt haben. So unterstützen sie die Decent Work Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit dem Ziel, weltweit Kernarbeitsnormen und Arbeitnehmerrechte durchzusetzen. Dies ist auch das Ergebnis der intensiven Gespräche, die die G8-Gewerkschaften vor dem Gipfel mit der Bundesregierung und mit den G8-Arbeitsministern geführt haben.“

Erfreulich ist es, dass die G8 auch die Welthandelsorganisation (WTO) und andere internationale Akteure dazu aufruft, gemeinsam mit der ILO dafür zu sorgen, dass soziale Standards künftig auch bei bilateralen Handelsabkommen berücksichtigt werden müs-

sen. Mit der WTO wird damit ein wichtiger Global Player in eine gemeinsame Strategie für die weltweite Förderung von Arbeitnehmerrechten eingebunden. Das, was für die Welthandelsorganisation gilt, muss auch für die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die OECD gelten. Die soziale Gestaltung der Globalisierung kann nur mit einem gemeinsamen, abgestimmten Arbeitsansatz all dieser Organisationen gelingen.

Die G8 hat sich auch mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen beschäftigt. Die Regierungschefs fordern die Unternehmen

weltweit auf, sich die Prinzipien der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen zu eigen zu machen. Auch damit erfahren Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stärkere Beachtung. Aber: Die Anwendung der OECD-Richtlinien ist freiwillig, genauso wie der Global Compact der Vereinten Nationen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird weiter dafür kämpfen, dass aus freiwilligen Initiativen rechtlich verbindliche Regelungen werden.

Die Bundesregierung hat das Geschäftsgebaren der Hedgefonds auf die Tagesordnung der G8 gesetzt. Dass sich die Staats- und Regierungschefs nicht auf eine striktere Regulierung der Fonds verständigen können, war aber zu erwarten. Künftig darf es nicht bei einfachen Ermahnungen an die Adresse der Fondsmanager bleiben. Der DGB hat konkrete Vorschläge zur besseren Kontrolle von Hedgefonds und Private-Equity-Firmen gemacht. Jetzt sind gesetzliche Initiativen der Bundesregierung gefragt.

## Krankenhäuser

### Rendite statt Gesundheit

In deutschen Krankenhäusern kämpfen nicht nur Ärzte und Krankenschwestern um das Leben von Patienten, sondern auch Aktionäre und Finanzinvestoren um Marktanteile und Renditen. Das geht aus einer Studie der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hervor. Autor Niko Stumpfögger: „Deutschland ist auf dem Weg, das Industrieland mit dem größten renditeorientierten Krankensektor zu werden.“

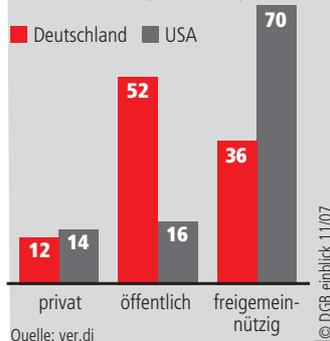
In keinem anderen europäischen Land werden so viele und so große Krankenhäuser verkauft wie in Deutschland. Sogar der Verkauf kompletter Universitätskliniken ist hierzulande möglich. Internationale Krankenhauskonzerne, Banken und Finanzinvestoren haben Deutschland als den besten Tummelplatz für Krankenhauskäufe entdeckt. Die größten Krankenhauskonzerne Europas haben inzwischen ihren Sitz in Deutschland.

Das ruft sogar die Wettbewerbsbehörden auf den Plan. Im März 2005 untersagte das Bundeskartellamt erstmals den Verkauf eines Krankenhauses an die Rhön-Klinikum AG (45 Kliniken, 28 600 Beschäftigte, 1,9 Milliarden Euro Umsatz). Den Verkauf des Landesbezirkskrankenhauses Hamburg an die Asklepios Kliniken genehmigte das Amt einen Monat später nur mit Auflagen. Im Dezember 2006 wurde erstmals eine Fusion zweier öffentlicher Krankenhäuser untersagt: Das Universitätsklinikum Greifswald darf das Kreiskrankenhaus Wolgast nicht übernehmen.

Das Kartellamt reagiert auf eine Entwicklung, die Mitte der 90er Jahre in Gang gesetzt wurde: Die Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre haben die öffentliche Hand arm gemacht. Darunter leiden auch die Krankenhäuser. Seit 1990 sind die Krankenhausinvestitionen um 30 Prozent zurückgegangen. Sie sind heute niedriger als vor dem Mauerfall. Weil das Geld fehlt, ziehen sich Bund, Länder und Gemeinden zunehmend aus der Verantwortung für die Krankenhausversorgung zurück und überlassen sie renditeorientierten Unternehmen.

#### Die USA fast eingeholt

Marktanteil (Betten) privater, öffentlicher und freigemeinnütziger Krankenhäuser in Deutschland und den USA 2006 (in Prozent)



#### In Deutschland hat der Marktanteil privater Krankenhausbetreiber schon fast US-Niveau erreicht.

Im Sommer 2006 kaufte der schwedische Gesundheitskonzern Capio die Klinikette Deutsche Klinik GmbH. Damit konnte zum ersten Mal ein europaweit tätiger Konzern in den deutschen Krankenhausmarkt einsteigen. Im November 2006 wurde Capio von Finanzinvestoren unter Führung von Apax Partners Worldwide gekauft. Sie nahmen Capio von der Börse und kündigten an, den Wert des Unternehmens steigern zu wollen, um es in einigen Jahren mit Gewinn erneut an die Börse zu bringen.

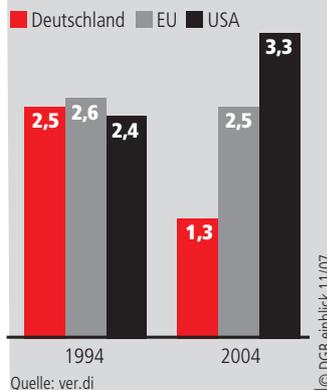
Zwei Prinzipien geraten bei der Privatisierung von Krankenhäusern in Konflikt. Für die Gesundheitsversorgung ist die Vernetzung der Gesundheitseinrichtungen in der Region wichtig und gesetzlich vorgesehen. Die Konzentration von Gesundheitseinrichtungen in der Hand einzelner Unternehmen ist jedoch nachteilig. Denn so werden Patienten, Krankenkassen und Politik von renditeorientierten Unternehmen abhängig. „Derzeit

werden Leistungsspektrum und Krankenhauspreise noch weitgehend von der öffentlichen Hand gesteuert“, erklärt ver.di-Experte Niko Stumpfögger. „Langfristig könnte die Politik aber diese Steuerungsfähigkeit verlieren und hätte dann nur noch eine Chance: bestellen und bezahlen.“

Die Konzentration von Marktmacht ist bereits weit fortgeschritten. Wurden früher hauptsächlich Krankenhäuser von „öffentlich an privat“ verkauft, beginnt jetzt der Verkauf von „privat an privat“. Vier Konzerne setzen sich an der Spitze ab: Rhön-Klinikum, Helios Kliniken, Asklepios Kliniken und Sana Kliniken. Wer 2003 groß war, ist heute doppelt so groß. 2003 war der französische Konzern Générale de Santé das größte europäische Krankenhausunternehmen. Inzwischen

#### Eingebrochen

Öffentliche Investitionen (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)



#### Die öffentlichen Investitionen sind nirgendwo stärker eingebrochen als in Deutschland. Darunter leiden auch die Krankenhäuser.

haben deutsche Konzerne das französische Unternehmen überholt. Deutschland ist auf dem Weg, international das Industrieland mit dem größten Marktanteil renditeorientierter Krankenhäuser zu werden.

Der größte private Krankenhauskonzern der USA, die Hospital Corporation of America, hat bei Akutkrankenhäusern in den Vereinigten Staaten einen Marktanteil von 4,9 Prozent. Die Rhön-Klinikum AG hat in Deutschland 3,2 Prozent und strebt 8 Prozent an. ●

## Hungrige Heuschrecken

In den 90er Jahren entdeckten Finanzinvestoren das Gesundheitswesen. 1997 kaufte das britische Private-Equity-Unternehmen Cinven den britischen Marktführer General Healthcare Group (GHG) und den französische Krankenhauskonzern Générale de Santé gleich dazu. GHG wurde 2000 an die Beteiligungsgesellschaft BC Partners weiterverkauft, Générale de Santé 2001 an die Börse gebracht. Beide Male kassierte Cinven das Dreifache seiner Anfangsinvestition.

In den USA geriet der größte Krankenhauskonzern ebenfalls in die Fänge von Investoren. Für 24 Milliarden Euro kauften Kohlberg Kravis Roberts (KKR), Merrill Lynchs und andere im Sommer 2006 die Hospital Corporation of America.

Auch in Deutschland interessieren sich Finanzinvestoren zunehmend für Krankenhäuser. Die Deutsche Klinik GmbH im bayerischen Bad Brückenau gehört mit ihren fünf Krankenhäusern einer Investorengruppe um Apax Partners Worldwide. Apax ist weltweit das viertgrößte Private-Equity-Unternehmen. Es ist an Unternehmen der Medizintechnik und der Pharmaindustrie beteiligt.

www.gesundheit-soziales.verdi.de/krankhaeuser

Arbeitsschutz-Messe

## Orientierung für die Betriebspraxis

Die größte internationale Messe, inklusive Kongress, zum Thema Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin findet vom 17. bis zum 21. September in Düsseldorf statt. Das DGB-Bildungswerk bietet gemeinsam mit

dem Berufsgenossenschaftlichen Institut Arbeit und Gesundheit die Möglichkeit, im Rahmen eines Seminars Messe und Kongress zu besuchen und gezielt nach Antworten auf spezielle Fragen zu forschen.



Rhein-Main-Runde

## Mehr Arbeit?

Die Arbeitslosenzahlen sinken, doch längst nicht jede neue Stelle geht auf den Wirtschaftsaufschwung zurück. Über Sinn und Unsinn verschiedener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen werden am 20. Juni Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied, und Ulrich Walwei, stellvertretender Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung diskutieren. Bei der von der Rhein-Main-Runde organisierten Diskussion geht es um „Mindestlöhne, Kombilöhne, Minijobs, Niedriglöhne – Wege zu mehr Beschäftigung?“. Moderiert von Ernst-Ludwig Laux beginnt die Veranstaltung um 19 Uhr im früheren Frankfurter Literaturhaus, Bockenheimer Landstraße 102. • [renate@hebauf-ffm.de](mailto:renate@hebauf-ffm.de)

Finnland referieren. Im Mittelpunkt des Workshops steht das Thema „Lebenslanges Lernen: Hält gesund und fördert die Beschäftigungsfähigkeit“. Die Veranstaltung kann als Kurs innerhalb der Ausbildung zum „Disability Manager“ genutzt werden. • [bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de](mailto:bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de)

Tel. 0211/4301380

[bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de](mailto:bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de)

Newsletter

## Die neue jetzt!

Mit dem Schwerpunktthema lebensphasenorientierter Arbeitszeitgestaltung befasst sich die aktuelle Ausgabe des Newsletters

Zum Angebot gehören außerdem ein Erfahrungsaustausch mit GesprächspartnerInnen aus verschiedenen Ländern sowie ein spezielles Rahmenprogramm und eine individuelle Betreuung.

Die Kosten betragen 980 Euro, zuzüglich Übernachtung und Verpflegung, die Dauerkarte für Messe und Kongress ist im Preis enthalten. Buchungscode: AUA 307033314. • [Tel. 0211/4301372](tel:02114301372)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)

Praktikum I

## Rechte und Pflichten

Eigentlich dient ein Praktikum dazu, sich Kenntnisse anzueignen und die berufliche Orientierung zu erleichtern. Da die Praxis häufig anders aussieht, hat die DGB-Jugend die Broschüre „Rechte und Pflichten im Praktikum“ herausgebracht, ein Leitfaden für ein faires Praktikum. Die Broschüre kann unter [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de) heruntergeladen oder für 0,07 Euro plus Versandkosten bestellt werden. •

Praktikum II

## Im Betrieb

Die Interessenvertretungen im Betrieb müssen darauf achten, dass PraktikantInnen nicht als un- oder unterbezahlter Ersatz für regulär Beschäftigte eingesetzt werden. Die Broschüre „PraktikantInnen im Betrieb“ der DGB-Jugend informiert darüber, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten es gibt. Sie kann unter [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de) heruntergeladen oder für 1,00 Euro plus Versand- und Handlingkosten bestellt werden. •

## interregio

••• **TRANSNET Nord und ver.di Niedersachsen/Bremen** haben in Kooperation mit weiteren Verbänden eine **Volksinitiative** gegen Kürzungen im Bus- und Bahnverkehr gegründet. Hintergrund sind die in Niedersachsen beabsichtigten Einsparungen und Fahrpreiserhöhungen. Sie summieren sich bis 2010 auf 238 Millionen Euro. Für 2008 sind bereits starke Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr zu erwarten. Die Volksinitiative tritt dafür ein, dass wie in anderen Bundesländern auch in Niedersachsen ein Teil der Mehrwertsteuereinnahmen für den ÖPNV genutzt wird, um Qualitäts-

verschlechterungen im öffentlichen Nahverkehr zu verhindern. [www.volksinitiative-bus-und-bahn-in-niedersachsen.de](http://www.volksinitiative-bus-und-bahn-in-niedersachsen.de)

••• Der **DGB Hessen** hat zusammen mit Studierendenvertretern und weiteren gesellschaftlichen Gruppen 66500 Unterschriften gegen Studiengebühren und damit genug Unterschriften zur Einreichung einer **Verfassungsklage** vor dem Hessischen Staatsgerichtshof gesammelt. Hessen ist das einzige Bundesland, in dem eine Volksklage gegen Landesgesetze möglich ist, um die Überprüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit zu erreichen. In

der Regel sind zur Einleitung eines solchen Verfahrens ein Prozent der hessischen Wahlberechtigten nötig – das sind 45 000 WählerInnen. „Der DGB ist stolz und zufrieden, dass deutlich mehr Unterschriften zusammen gekommen sind“, erklärte der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell. „Bis zur Einreichung der Klage wird weiter gesammelt.“ Der große Zuspruch zeige, dass die Menschen dagegen seien, dass ihre Kinder und Enkel bereits mit finanziellen Hypotheken ins Berufsleben starten. Bildung von der frühkindlichen bis zur Universitätsausbildung müsse kostenfrei bleiben.

Workshop

## Von Finnen lernen

Im Rahmen des 11. Workshops „Betriebliche Gesundheitsförderung“ des DGB-Bildungswerks, der vom 24. bis zum 27. Juni am Starnberger See stattfindet, wird Prof. Juhani Ilmarinen vom Institut für Arbeitsmedizin in Helsinki über die Erfahrungen mit dem Arbeitsbewältigungsindex und dem erfolgreichen Arbeitsfähigkeitskonzept in

# POLITIK AKTUELL

Reform des Personalvertretungsrechts

## Weniger Mitbestimmung

Die Länder müssen sparen. Auch weil sie im Zuge der Föderalismusreform II verpflichtet werden sollen, keine neuen Schulden mehr zu machen.

Gleich in drei Ländern, in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Sachsen, gibt es deshalb Überlegungen zur Novellierung des Personalvertretungsrechts. Das Ziel: Die Mitbestimmung der Personalräte soll eingeschränkt werden. Die Landesregierungen wollen mehr Gestaltungsspielraum haben, um bei der Neuordnung ihrer Verwaltung und Bildungseinrichtungen Personalkosten zu sparen.

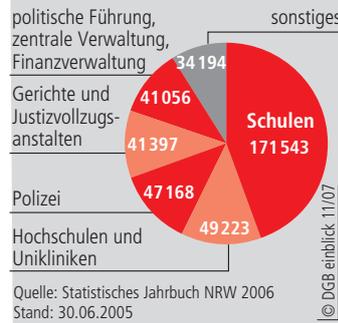
Am weitesten gediehen sind die Pläne in NRW, wo CDU und FDP 2005 die SPD nach fast vierzig Jahren in der Regierungsverantwortung

abgelöst haben. Nach dem novellierten Personalvertretungsgesetz, das den Landtag bereits in erster Lesung passiert hat, sollen Kündigungen, Umsetzungen und Abmahnungen auch ohne Zustimmung des Personalrats möglich sein. Noch stärker beschneiden wollen CDU und FDP die Rechte der Personalräte der Schulen. Überörtliche Personalratstrukturen sollen zum Teil aufgelöst, das Direktionsrecht der SchulleiterInnen gestärkt werden. Von den 496 Freistellungen im Schulbereich sollen 160 entfallen.

Bereits seit Monaten läuft der DGB in Nordrhein-Westfalen Sturm gegen die Pläne der Landesregierung. CDU und FDP ginge es nicht „um moderate Veränderungen“ des Landespersonalvertretungsgesetzes, sondern um die „Aufhe-

## Überwiegend in Schulen und Universitäten

Beschäftigte des Landes Nordrhein-Westfalen



## 220 000 der 384 000 Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen arbeiten an Schulen und Hochschulen.

bung elementarer Schutzrechte für die Beschäftigten“, kritisiert der DGB. Hinzu kommt, dass die Landesregierung einen massiven Stellenabbau plant. Mittelfristig sollen bis zu 20 000 Stellen wegfallen, 116 Ämter und Behörden aufgelöst werden. Beschäftigte, deren Stellen wegfallen, sollen einem

landesweiten Personaleinsatzmanagement (PEM) unterstellt werden – mit noch weniger Rechten für die Personalräte.

Im Saarland, wo Ministerpräsident Peter Müller (CDU) 2009 wiedergewählt werden will, war Ende März ein erster, nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Gesetzentwurf aufgetaucht. Ob die Landesregierung das Vorhaben weiter verfolgt, will der DGB Ende Juli in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten geklärt wissen.

Sachsen steht vor einer umfassenden Verwaltungs- und Kreisreform. 5000 Beschäftigte sollen vom Land auf die Kommunen übergehen. Im CDU-geführten Innenministerium gibt es deshalb interne Überlegungen, zur Bildung einer „Gemeinschaft der Hauptpersonalräte“. Der DGB Sachsen sieht darin einen Verstoß gegen geltende Gesetze und schließt eine Verfassungsklage nicht aus. ●

**ISA CONSULT**  
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

## kurz & bündig



**Die NGG setzt sich für die visualisierte Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Nötig seien verständliche Informationen über Nährwerte und Zusammensetzung von Lebensmitteln. Das System der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, das sich am Ernährungskreislauf für eine vollwertige Ernährung orientiert, sei dafür geeignet.**



**Die IG BAU, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) haben eine gemeinsame Internetplattform entwickelt. Fort- und Weiterbildungsangebote in der Baubranche sind dort leicht zu finden.**  
[www.weiterbildung-bauwirtschaft.de](http://www.weiterbildung-bauwirtschaft.de)



**Die GEW untersucht in der Studie „Arbeitsplatz Ganztagschule – pädagogisch wertvoll?“ den Arbeitsalltag von ErzieherInnen und sozialpädagogischen Fachkräften in Ganztagschulen. Per Online-Umfrage sollen die Arbeitsbelastung, aber auch Vorstellungen, Ideen und Ziele der Beschäftigten erfasst werden.**  
[www.gew.de](http://www.gew.de)



**Die IG BCE hat das Kompetenz-Netzwerk Beruf und Familie ins Leben gerufen. Um einem modernen Frauen- und Familienbild zum Durchbruch zu verhelfen, sei ein gesellschaftlicher Kulturwandel nötig.**  
[www.regionalesnetzwerk-hannover.de](http://www.regionalesnetzwerk-hannover.de)

## Open-Air-Diskussion

### Streitzeit am Tor

Über die Situation am Ausbildungsstellenmarkt debattieren am 25. Juni die TeilnehmerInnen der „Streitzeit am Tor“. Unter freiem Himmel am Brandenburger Tor wollen Jugendliche über ihre Erfahrungen bei



der Ausbildungsplatzsuche berichten. VertreterInnen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften beantworten Fragen, diskutieren unter- und miteinander – und stellen sich den Fragen von Passanten. Die Redebeiträge werden von einer Kamera aufgezeichnet und ab 12 Uhr live im Internet übertragen. Internet-NutzerInnen können sich per E-Mail an der Diskussion beteiligen. •

[www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)  
[ausbildung@einblick.info](mailto:ausbildung@einblick.info)

## metallzeitung

### 2,2 Millionen im Einzelversand

Der IG Metall-Vorstand hat ein neues Printmedien-Konzept beschlossen. *metall* heißt künftig *metallzeitung* und wird ab September allen Mitgliedern per Post zugestellt; die Betriebsverteilung wird eingestellt. Das Blatt erscheint zwölf statt zehn Mal im Jahr, mit 32 statt 36 Seiten. Chefredakteurin Susanne Rohmund: „Wir liefern mehr Reportagen, mehr Service, ein

neues Layout, kürzere Texte, mehr Fotos und mehr Grafiken.“

Der Einzelversand erhöht zwar einerseits die Vertriebskosten, birgt andererseits aber ein Einsparpotenzial: Die IG Metall-Verwaltungsstellen können Beilagen zuschießen – allgemeiner, zielgruppenspezifischer und später sogar personalisierter Art. Das spart Porto.

Der 14-täglich erscheinende Infodienst „direkt“ bleibt vorerst erhalten. Er soll perspektivisch vom „Extranet-Infodienst“, der täglich per E-Mail verschickt wird, abgelöst werden. •

## aktionintern.de

### Gewerkschaftsinterne Aktionsplattform überarbeitet

Seit Anfang Juni hat die gewerkschaftsübergreifende Plattform *aktionintern* einen neuen Anstrich bekommen. Die Plattform stellt Hintergrundinformationen, Planungsdaten und Materialien bereit, um die Durchführung von gewerkschaftlichen Aktionen zu unterstützen. André Plüschke, Projektkoordinator: „Unser langfristiges Ziel ist es, eine gewerkschaftsübergreifende Online-Gemeinschaft aufzubauen. Das geht nur gemeinsam. Wir brauchen die Akzeptanz und Zusammenarbeit unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort.“ Dabei zeigen die steigenden Zugriffszahlen und zunehmende Informationen aus den Gewerkschaften, dass die Aktionsplattform auf einem guten Weg ist.

So gibt es neben einem Aktionsmelder zum Ankündigen geplanter Aktionen einen Kalender, in den Termine automatisch importiert werden können. Der Clou: Umgekehrt geht's auch. Termini können von der Aktionsplattform von jedem User direkt in den eigenen Outlook-Kalender übernommen werden. Weitere Highlights sind Telefon- und Adressbücher, gewerkschaftliche Publikationen sowie Aktionsideen und TV- und Radio-Tipps.

Ulla Spiekermann, die Leiterin des Plattform-Teams, sieht in der Plattform die Chance, dass Gewerkschaften höchstmögliche Aufmerksamkeit für ihre Aktionen erreichen. Zudem tritt der DGB mit *aktionin-*

## Mini- und Midijobs

### Zu Lasten normaler Arbeit

Mini und Midijobs sind keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sondern gehen zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dieser von den Gewerkschaften seit langem erhobene Vorwurf wird durch eine neue Studie der Bundesagentur für Arbeit belegt, die die Verbreitung von Mini- und Midijobs seit der Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im April 2003 untersucht. Danach stieg die Zahl der Minijobber bis Dezember 2005 von 4,9 auf 6,8 Millionen. Fast fünf Millionen davon sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. In der Gastronomie kommen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 121 Minijobber, im Gebäudereinigerhandwerk 136, in Privathaushalten 356. Hinzu kommen die so genannten Midijobber. In der Gastronomie sind das weitere 20 geringfügig Beschäftigte je 100 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. •

*tern.de* erstmals mit einem anderen Selbstverständnis auf: das Kerngeschäft als Info-Dienstleister für alle Gewerkschaften zu betreiben. „Wir verstehen uns als Informations-Vermittler für interne Informationen. Wir wollen Kolleginnen und Kollegen zeitnah und effektiv unterstützen, geplante Aktionen zum Erfolg zu führen – das ist unser Ziel.“

Die Aktionsplattform ist ausschließlich für gewerkschaftliche Hauptamtliche zugänglich. Der Zugang funktioniert ohne Login über die jeweiligen Intranets von DGB, IG BAU, IG Metall, NGG und ver.di. Ein weiterer Ausbau ist geplant. •

[www.aktionintern.de](http://www.aktionintern.de)  
Kontakt: [ulla.spiekermann@dgb.de](mailto:ulla.spiekermann@dgb.de)  
[andre.plueschke@dgb.de](mailto:andre.plueschke@dgb.de)

Bedingungsloses Grundeinkommen

## Trojanisches Pferd des Neoliberalismus

Von links bis rechts – weltweit findet die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zunehmend Anhänger. WSI-Verteilungsexperte Claus Schäfer mahnt hingegen zur Vorsicht: Die vermeintlich linke Idee könnte sich schnell als trojanisches Pferd erweisen.

Das bedingungslose Grundeinkommen – in der in Deutschland diskutierten Spannweite zwischen 600 und 1500 Euro pro Monat – soll jeder Person, ob Kind oder Greis, unabhängig von Bedürftigkeit und erst recht staatlicher Bedürftigkeitsprüfung ein Stück individueller Autonomie verschaffen. Dieses Ziel und die damit verbundene Kritik an heutigen Autonomieverlusten insbesondere durch Arbeitslosigkeit und Diskriminierung von Arbeitslosen sind nachvollziehbar. Doch das Ziel lässt sich nicht erreichen, **weil das vorgeschlagene Mittel automatisch kontraproduktiv wirkt.** Das gilt für jeden Entwurf eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), ob von „links“ oder „rechts“. Entscheidend dafür sind die allen Modellen gemeinsame Bedingungslosigkeit, mit der das Grundeinkommen an jede Person gezahlt werden soll, und die damit unweigerlich verbundenen Kosten. Selbst bei einer bescheidenen Höhe des Grundeinkommens von 800 Euro entsteht ein Finanzbedarf von einem Drittel des Volkseinkommens, rund gerechnet etwa so viel wie alle heutigen staatlichen Sozialausgaben einschließlich der Rentenzahlungen. Diese Summe aufzubringen heißt, die öffentlichen Einnahmen durch entsprechende Steuern und Beiträge drastisch zu erhöhen und/oder die bisherigen öffentlichen Ausgaben mit den dahinter stehenden Leistungen radikal zu kürzen. Ersteres dürfte politisch und gesellschaftlich außerordentlich schwer fallen. Letzterem dagegen ist durch „Sparnotwendigkeiten“, „Bürokratieabbau“, „schlankem Staat“ usw. sozialpsychologisch schon ein guter Boden bereitet, auf dem auch ein drastisch zusammengestricherter Sozialstaat mit nur noch wenigen Grundsicherungsleistungen politisch gedeihen könnte. Genau das aber – **ein Flat-Sozialstaat mit einer Flat-Tax-Finanzierung** – ist das erklärte Ziel der konservativen Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens, wie etwa des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU).

Wie aber wollen die „linken“ Grundeinkommensverfechter diese Entwicklung verhindern? Faktisch würden sie sie sogar unterstützen und beschleunigen – wie man an den Vorschlägen von Götz Werner, dem Besitzer der Drogeriemarkt-Kette

dm, beispielhaft ablesen kann: Götz Werner will das bedingungslose Grundeinkommen – in seinem Fall 1500 Euro pro Monat – explizit auf die ausgezahlten Bruttolöhne anrechnen bzw. diese entsprechend senken. Und er will die Finanzierung des Grundeinkommens sicherstellen, indem er alle vorhandenen Steuern mit einer Ausnahme abschafft, die verbleibende Mehrwertsteuer aber auf einen Steuersatz von 50 Prozent erhöht. Die Folge: Der künftige Grundeinkommensempfänger ohne Arbeit bzw. oh-



**Claus Schäfer, 59, ist wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI).**

ne weiteres Einkommen verfügt von seinen 1500 Euro brutto nur noch über 750 netto, etwas mehr als die heutige durchschnittliche Sozialhilfeleistung. Denn zur Bestreitung seines Lebensunterhalts muss er alles Einkommen ausgeben und versteuern. Und der Empfänger mit Arbeit verliert von seinem heutigen Vollzeiteinkommen in Höhe von durchschnittlich 3000 Euro pro Monat wegen der Anrechnung des Grundeinkommens die Hälfte seines Arbeitseinkommens. Mit der anderen Hälfte landet er wegen der hohen Mehrwertsteuer dann **auf dem selben Lebensstandard wie die Menschen ohne Arbeit.** Dagegen können Arbeitgeber wegen der gesenkten Bruttolöhne und der abgeschafften direkten Steuern ihre Einkommen sprunghaft mehren. Die Mehrwertsteuer brauchen die Arbeitgeber dagegen nicht zu fürchten, weil sie angesichts ihrer hohen Einkommen nur einen kleinen Teil davon für Konsum bzw. Lebensunterhalt ausgeben müssen.

Die Folge: **Die Einkommensverteilung wird noch ungleicher, die soziale Spaltung noch tiefer,** der Sozialstaat noch schwächer, einschließlich der Gewerkschaften. Tendenziell ist diese Entwicklungsspirale in allen anderen Modellen genauso angelegt, nicht zuletzt wegen ihrer Finanzierungs-Implicationen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist zwar normativ ein emanzipatorisches Projekt, faktisch aber ein trojanisches Pferd des Neoliberalismus. •

Ausführlicher zum Thema siehe: Bedingungsloses Grundeinkommen, in: Claus Schäfer und Hartmut Seifert (Hrsg.): Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI, Hamburg 2006

## Ein Kombilohn für alle

*Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist fast zu einem politischen Modethema geworden, nicht nur in Deutschland. In Schweden zählen die Grünen zu seinen Befürwortern, in Österreich die Liberalen, in Brasilien die Sozialdemokraten und in Deutschland hat sich die CDU des Themas angenommen.*

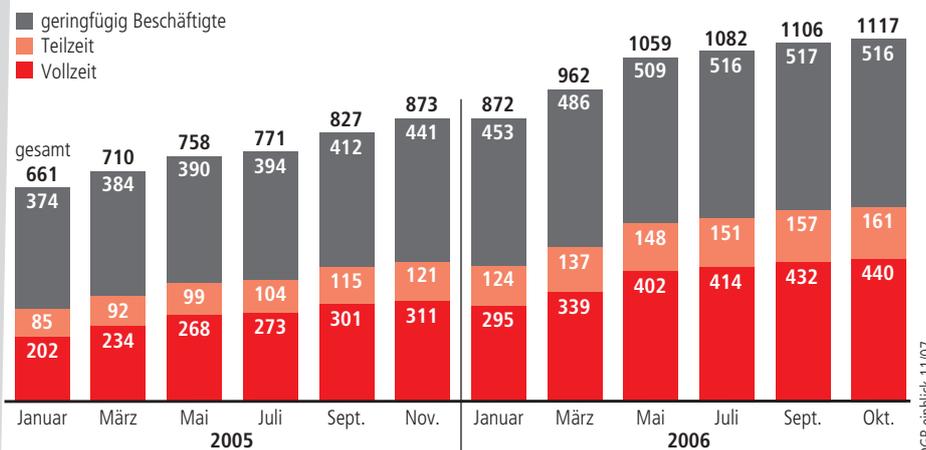
*Auch für Linke hat die Forderung hierzulande ihren Reiz: Sie bietet scheinbar eine Antwort auf die Frage, wie ein existenzsicherndes Einkommen auch für die Menschen gesichert werden kann, die in Folge der Globalisierung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, ohne dass sie als Empfänger staatlicher Transferleistungen ihre Würde verlieren.*

*Kritiker des bedingungslosen Grundeinkommens wie der Armutsforscher Richard Hauser (einblick 10/2006) stellen dagegen die ungeklärte Finanzierungsseite in den Vordergrund. Sie argumentieren, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen am Ende nichts anders ist, als ein „Kombilohn für alle“. Ein zusätzlicher Anreiz für die Arbeitgeber, die Gehälter ihrer Beschäftigten um die ihnen zustehenden staatlichen Transferleistungen zu kürzen. Denn auch mit Grundeinkommen müssen die meisten weiter arbeiten.*

### HARTZ IV: Zahl der Aufstocker fast verdoppelt

**Immer mehr Beschäftigte sind trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Das belegt eine aktuelle Studie des DGB. Danach ist allein in den ersten 22 Monaten seit dem Inkrafttreten von Hartz IV die Zahl der Erwerbstätigen, deren Einkommen von der Bundesagentur für Arbeit aufgestockt wird, von 660 000 auf 1,1 Millionen gestiegen. 440 000 davon sind sogar Vollzeitbeschäftigte, 160 000 arbeiten Teilzeit.**

Abhängig Beschäftigte die trotz Erwerbsarbeit ergänzendes Arbeitslosengeld II erhalten (in Tausend)



Quelle: DGB-Studie zu den Wirkungen von Hartz IV; Soziale Sicherheit 5/2007

© DGB einblick 11/07

### personalien

- **Alexandra Kramer**, 31, seit Januar vertretungsweise politische Referentin im Bereich Europa des DGB-Bundesvorstands, davor Jurastudium in Berlin, ist ab dem 1. Juli politische Referentin in der Verbindungsstelle des DGB in Brüssel. Sie folgt Ralf **Halbauer**, 32, der seit dem 1. April Referent des Gesamtbetriebsrates der Deutschen Bahn AG in Frankfurt/M. ist.
- **Ralf Steinle**, 39, freiberuflicher Journalist, von Januar 2002 bis Dezember 2004 Projektmanager beim ver.di-Medienprojekt connex.av in Leipzig, ist ab dem 1. Juli Internetredakteur im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des DGB.
- **Barbara Hemkes**, 43, stellvertretende Geschäftsführerin des

- DGB-Bildungswerks Nordrhein-Westfalen, ist ab dem 1. Juli Abteilungssekretärin für Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Grundsatz des DGB-Bezirks NRW. Sie folgt **Sigrid Wolf**, 44, die am 1. April aus familiären Gründen zur DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg gewechselt hat.
- **Dr. Maria Kniesburges**, 51, bislang Leiterin der Evangelischen Medienakademie in Berlin, davor Chefin vom Dienst bei der Berliner *tageszeitung* sowie freie Journalistin, ist seit dem 1. Juni Chefredakteurin von *ver.di-PUBLIK*. Sie folgt **Martin Kempe**, 63, der Ende Juni in die Freistellungsphase der Altersteilzeit geht.
- **Dr. Volker Hansen**, 52, stellvertretender Leiter der Abteilung

Soziale Sicherung des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), ist am 29. Mai zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des neuen Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gewählt worden. Zum alternierenden Vorsitzenden wählte der Verwaltungsrat das IG Metall-Mitglied **Willi Budde**, 66. Budde ist seit 1996 alternierender Vorsitzender des Verwaltungsrates des BKK-Bundesverbandes.

- tung, Workshop „Beschäftigte in der Globalisierungsfalle?“, Berlin **25.6.** DGB, Open-Air-Diskussion „Streitzeit am Tor“ im Rahmen der DGB-Kampagne „Ausbildung für alle“, Berlin **27./28.6.** GEW, Seniorinnen- und Seniorentag, „Gesellschaft mitgestalten – Verantwortung übernehmen“, Halle/Saale **27.6.** Hans-Böckler-Stiftung und DGB Berlin-Brandenburg, Workshop „Netzwerke für nachhaltige energetische Gebäudesanierung“, Berlin **28.6.-1.7.** DGB-Jugend Hessen, Sommercamp, Melnau **29./30.6.** Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck – die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der EU“, Marburg

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### 14 TAGE

- 21.6.** Forum Soziale Technikgestaltung, Tagung „Was kann sozial gestaltetes Electronic Government für eine regionale Strukturpolitik beitragen“, Stuttgart
- 21.6.** Hans-Böckler-Stif-

### Schlusspunkt.

„G8 erwägen Rettung der Welt“

Die „Financial Times Deutschland“ am 8. Juni 2007 über das Abschlusskommuniqué des G8-Gipfels in Heiligendamm

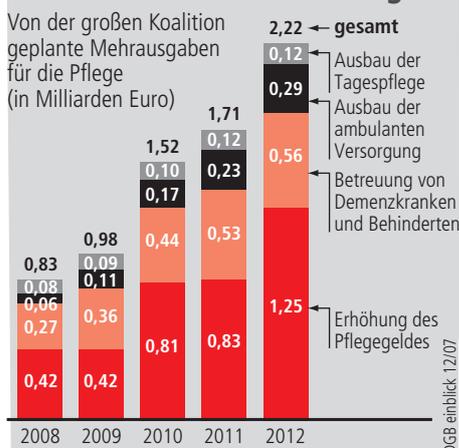
Reform der Pflegeversicherung

## Nachhaltigkeit vertagt

Zwei Jahre wollen CDU/CSU und SPD noch gemeinsam in Berlin regieren. Aber der Pflegekompromiss, auf den sich die Koalitionsspitzen am 18. Juni verständigt haben, zeigt jetzt schon, dass Schwarz und Rot sich eher gegenseitig blockieren, statt langfristig wirksame Lösungen zu entwickeln. „Die Eckpunkte der geplanten Pflegereform enthalten wichtige Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, stellen aber nicht die notwendigen Weichen für eine nachhaltige gerechte Finanzierung“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Der DGB bewertet zwar die Ansätze für eine integrierte Versorgung, die geplante wohnortnahe Unterstützung Pflegebedürftiger, die Einsetzung von Fallmanagern bei den Pflegekassen und die Einführung von Pflegezeiten für Berufstätige als Fortschritt, aber die Verbesserungen gehen ihm nicht weit genug. Zudem fehle im Koalitionskompromiss eine stärkere Beteiligung der privaten Pflegeversicherung an den wachsenden Pflegekosten. „Es bleibt ein Skandal, dass die CDU/CSU am Schutzraum für private Versicherungskonzerne festhält und verhindert, dass wenigstens ein Teil der

### Nur bescheidene Verbesserungen



**Union und SPD wollen die Leistungen für die Versorgung Pflegebedürftiger nur schrittweise ausbauen. Deutlich höhere Kosten kommen auf die Pflegeversicherung erst ab 2015 zu, wenn die Koalition deren Leistungen an die Entwicklung der Inflationsrate anpassen will.**

milliardenschweren Gewinne der privaten Krankenversicherung für bessere Pflegeleistungen genutzt wird“, erklärt Buntenbach.

Dabei gibt es Alternativen zum Koalitionskompromiss. Ein Ende Juni von der Hans-Böckler-Stiftung präsentiertes Gutachten des Bremer Gesundheitsökonom Heinz Rothgang belegt: Ein breiter Mix aus sorgfältig austarierten, unter-

schiedlichen Finanzierungselementen wäre wesentlich besser geeignet, die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen. Neben der Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um wenige Zehntel Prozentpunkte – wie auch von der Bundesregierung geplant –, setzt Rothgang auf drei Komponenten: Erstens müsse die gesamte Bevölkerung in die gesetzliche Pflegeversicherung einbezogen werden. Zudem sollten alle Einkommensarten,

auch Kapitaleinkünfte, berücksichtigt und die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Zweitens müssten die Beiträge für die mitversicherten Kinder unter 20 Jahren steuerfinanziert werden. Und drittens empfiehlt Rothgang, über einen Zusatzbeitrag auch die RentnerInnen an der Finanzierung eines Kapitalstocks für die Pflegeversicherung zu beteiligen.

Mit dem Pflegekompromiss seien zwar „problematische Weichenstellungen vermieden worden“, aber er verschaffe angesichts der ungelösten Finanzierungsfrage „nur wenige Jahre Luft“. Weil in Zukunft viel mehr Menschen professionell gepflegt werden müssen, rechnet Rothgang ohne Reformen mit einem Anstieg der Pflegekosten bis 2040 auf drei bis vier Prozent des Bruttoeinkommens der Beschäftigten. •

Seite 3

### Punktuell, nicht flächendeckend

**Klagen über fehlende Facharbeiter sind im Aufschwung normal. Mehr öffentlich geförderte Weiterbildung könnte dem entgegenwirken**

Seite 5

### Mit gutem Beispiel voran

**Rechtzeitig Beschäftigte weiterbilden, statt hinterher den Fachkräftemangel zu beklagen: Die Gewerkschaften fordern das nicht nur, sondern ergreifen selbst Initiative**

Seite 7

### Kompromiss ohne Wirkung

**Die Forderung nach einem existenzsichernden Einkommen bleibt auf der Tagesordnung, auch wenn die große Koalition sich nicht auf einen Mindestlohn einigen konnte. Meint NGG-Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg**

## plusminusBERLIN

**+** **Joachim Stünker, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag von 75 Bundestagsabgeordneten zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Patienten vorgestellt.**

**-** **Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt lehnt den von der Koalition geplanten Rechtsanspruch auf eine Pflegezeit für Angehörige ab. Sie führe zu erheblichen Schwierigkeiten in der Personal- und Organisationsplanung der Unternehmen.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.globaleslernen.de](http://www.globaleslernen.de)  
Informations- und Bildungsangebote zum Globalen Lernen

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Viel Lärm um nichts?  
IMK-Analyse der Arbeitsmarktreformen

EU-Gipfel

## Durchwachsendes Ergebnis

Als „eher durchwachsen“ bewertet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 21. bis 23. Juni in Brüssel. Nach zähem Ringen ist es gelungen, mit den Verabredungen für einen neuen „Reformvertrag“ die Verfassungskrise der EU offiziell zu beenden. Im geplanten Abkommen sollen viele Bestimmungen aus dem ursprünglichen Verfassungsentwurf übernommen werden. Als „völlig unbefriedigend“ wertet Sommer aber, dass die europäische Grundrechtecharta für Großbritannien und seine BürgerInnen nicht gelten soll. Im Übrigen brauche der Vertrag noch die Zustimmung der Regierungskonferenz sowie die Ratifizierung in den Mitgliedstaaten. Der DGB erkenne aber an, erklärte

Sommer gegenüber dem *einblick*, „dass der Reformvertrag auch Fortschritte bringt: von der Rechtsverbindlichkeit der europäischen Grundrechtecharta über eine gerechtere Stimmengewichtung, die allerdings erst sehr spät greift, bis hin zu der Tatsache, dass politische Blockaden im Rat überwunden

werden können“. Auch für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ist das Opting-out Großbritanniens bei der Grundrechtecharta „ein Wermutstropfen“, so der stellvertretende EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann. „Dies bleibt jedoch verkraftbar, wenn die Charta für 26 Mitgliedstaaten

der EU verbindlich wird.“ Wichtig sei in den nächsten Monaten, dass die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag nicht nur hinter verschlossenen Türen stattfinden. „Der EGB wird akribisch darauf achten, dass nicht weitere Verwässerungen im diplomatischen Kämmerlein verabredet werden.“ •

Aussteuerungsbetrag

## Illegaler Griff in die Tasche

Der Aussteuerungsbetrag von 10 000 Euro, den die Bundesagentur für Arbeit für jeden Arbeitslosen, der nicht innerhalb der ersten 12 Monate eine neue Stelle findet, an den Bundesfinanzminister zahlen muss, ist verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom DGB und von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitge-

berverbände (BDA) gemeinsam in Auftrag gegebenes Gutachten des Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Friedhelm Hase. Der Siegener Jurist beruft sich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der bereits 1987 die Verwendung von Sozialversicherungsbeiträgen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs des Staats ausgeschlossen wurde. Anders als von der Bundesregierung unterstellt, habe der Aussteuerungsbetrag zudem auch keine Anreizfunktion, Arbeitslose schneller zu vermitteln,

insbesondere nicht bei Arbeitslosen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen.

Um eine „ansonsten zu erwartende juristische Auseinandersetzung zu vermeiden“, haben DGB und BDA in gemeinsamen Briefen Arbeitsminister Franz Müntefering und Finanzminister Peer Steinbrück zu Gesprächen über die Abschaffung des Aussteuerungsbetrags aufgefordert. •

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Zusammenfassung des Gutachtens zum Aussteuerungsbetrag

## ? ...nachgefragt



**Mit der Initiative „Ausbildung für alle“ wollen DGB und Mitglieds-gewerkschaften dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben und das Thema wieder ganz oben auf die politische Agenda setzen. Vorläufiger Höhepunkt: die Diskussionsveranstaltung „Streitzeit am Tor“ am 25. Juni in Berlin. Kommt die Botschaft in der Öffentlichkeit an? Das fragte einblick Hermann Nehls, 51, Referatsleiter im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand, der für die Koordination der Initiative verantwortlich ist.**

Im April 2007 haben wir die Initiative gestartet. Es geht uns vor allem darum, Betroffene selbst zu Wort kommen zu lassen. Die Wirtschaft sieht die Lücke zwischen Bewerberinnen und Bewerbern um einen Ausbildungsplatz und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Herbst bei Null angelangt. Wenn jemand nichts bekommt, könne dies nur an mangelnder Ausbildungsreife der Jugendlichen liegen. Wir hätten demnach eine Qualitätslücke, kein unzureichendes Angebot an Ausbildungsplätzen mehr. Die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen sieht anders aus. 100 Bewerbungen auf einen Ausbildungsplatz – ohne Erfolg – werden zum Normalfall. Für die betroffenen Jugendlichen und deren Fa-

milien bedeutet das ein Hin und Her zwischen Hoffen, Bangen und Frust. Im ganzen Bundesgebiet haben Jugendliche und Gewerkschaften mit vielfältigen Aktionen auf die katastrophale Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hingewiesen. SchülerInnen aus Schulabgangsklassen haben Landtagsabgeordnete mit ihrer Situation konfrontiert. Unter dem Dach der Initiative „Ausbildung für alle“ haben die vielen Einzelaktivitäten ein in der Öffentlichkeit erkennbares Profil bekommen. Am 25. Juni 2007 erreichte die Initiative einen vorläufigen Höhepunkt. Unter dem Titel „Streitzeit am Tor“ fand vor dem Brandenburger Tor in Berlin eine Diskussionsveranstaltung mit Jugendlichen, Politikern, Wirtschaftsver-

tretern und DGB, GEW und ver.di statt. Mit dabei waren über 250 Jugendliche, die sich in den vergangenen Monaten an Landtags-Wandertagen beteiligt hatten. Sie kamen aus NRW, Hessen, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. In der Öffentlichkeit kam die Botschaft an: Schönreden gilt nicht mehr!

Die gute Resonanz auf die Diskussion, die im Übrigen live im Internet übertragen wurde, sorgt für neuen Schwung und Rückenwind. Die Initiative „Ausbildung für alle“ muss nun auf breitere Füße gestellt werden. Nur so können wir den notwendigen Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben, um die Finanzierung der Berufsausbildung radikal zu verändern. Die Unterschriftenaktion für die Verankerung eines Grundrechtes auf Ausbildung in der Verfassung, die von den Landesschülervertretungen initiiert wurde und von GEW und DGB unterstützt wird, kann dabei helfen, noch mehr Menschen zu motivieren, sich für ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen stark zu machen.

Mehr Infos: [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

## Fachkräftemangel

### Punktuell, nicht flächendeckend

Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt und die Klagen über fehlende Arbeitskräfte häufen sich – wie immer in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Der Arbeitsmarkt boomt. Im ersten Quartal 2007 waren in Deutschland fast 39 Millionen Menschen erwerbstätig – 569 000 oder 1,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, berichtete das Statistische Bundesamt.

Erstmals seit sechs Jahren werden wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet: 30 Prozent der Betriebe erwarten für 2007 einen Zuwachs an Beschäftigung (nach 21 Prozent im Vorjahr), ermittelte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Offene Stellen können nicht mehr so schnell besetzt werden. Die so genannte Vakanzrate – das Verhältnis von offenen zu besetzten Stellen – ist gestiegen: von 2,3 (2005) auf 2,9 Punkte (2006). Am stärksten war übrigens nicht die Nachfrage nach Fachkräften, sondern nach Ungelernten. Deren Vakanzrate stieg auf 5,7 Punkte.

Die Wirtschaft will in diesem Jahr so viele Jobs schaffen wie seit dem Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre nicht mehr, lautet ein Ergebnis der Frühsommer-Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Der Zentralverband des Deutschen Handwerks rechnet mit 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen; das wären so viele, wie 2006 verloren gingen.

Inzwischen zeichnen sich erste Personalengpässe ab. Laut Bundesagentur für Arbeit besonders in der Elektronikbranche, am Bau und bei Ingenieursberufen. Es gebe zwar genügend arbeitslose Fachkräfte, aber deren Qualifikation genüge den ausgeschriebenen Stellen nicht. Internet-Dienstleister suchten „händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern“, klagte Mitte Juni der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW). BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekom-

#### Arbeitskräfte: Nachfrage steigt

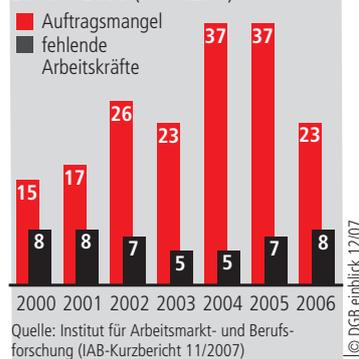
Stellenangebote (in 1000) und personalsuchende Betriebe (in Prozent) 2000 – 2006



**Die Zahl der offenen Stellen ist stark gestiegen – 2005/2006 um knapp 260 000 auf fast 1,4 Millionen. Der Anteil der personalsuchenden Betriebe ist zwar gleich geblieben, repräsentiert jedoch einen höheren Beschäftigtenanteil. In diesen Betrieben gab es 2006 durchschnittlich 3,4 offene Stellen (2005: 2,9).**

#### Auftragsmangel stärkste Bremse

Was Betriebe behindert: Auftragsmangel oder fehlende Arbeitskräfte 2000 – 2006 (in Prozent)



**Auftragsmangel ist das mit Abstand größte Hemmnis für mehr Wachstum. Der Arbeitskräftemangel spielt eine vergleichsweise geringe Rolle.**

munikation und neue Medien) bezifferte schon im April den Fachkräftemangel in der IT-Branche mit 20 000.

Nach Angaben des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) feh-

len im Schnitt pro Monat bereits 23 000 Ingenieure (2005 waren es lediglich 14 000), die meisten davon in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Das habe 2006 rund 3,5 Milliarden Euro an Wertschöpfung gekostet.

Obwohl viele Meldungen über fehlende Arbeitskräfte dramatisch klingen – besorgniserregend sind sie nicht. „Engpässe bei der Rekrutierung von Fachkräften haben sämtliche Konjunkturaufschwünge der Vergangenheit begleitet“, sagt Hartmut Seifert, Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Als Gegenmittel empfiehlt Seifert mehr öffentlich geförderte Weiterbildung.

2006 finanzierte die Bundesagentur für Arbeit (BA) die berufliche Weiterbildung von nur knapp 119 000 Arbeitslosen, 2001 waren es noch drei Mal mehr. Jetzt sei eine Trendwende nötig, fordert der Leiter des WSI – und angesichts der zu erwartenden Überschüsse der BA auch finanzierbar. Vor allem kleine und mittlere Betriebe sollten unterstützt werden, denn sie hätten in Sachen Weiterbildung die größten Defizite. •

## Kein Rabatt

**Firmen, die über Bedarf ausbilden, sollen dafür belohnt werden – und einen geringeren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen. Einen entsprechenden Prüfauftrag hat der Bundestag auf Antrag von CDU/CSU und SPD beschlossen. Der DGB hält davon nichts. Es bestehe „überhaupt kein Anlass, Zuckerstückchen an Unternehmen zu verteilen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Die Wirtschaft solle endlich begreifen, „dass es auch in ihrem eigenen Interesse ist, auszubilden“.**

**Laut Technologiebericht 2007, den mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute für die Regierung erstellt haben, fehlen bis 2014 jährlich 62 000 Akademiker. Dieser Mangel könne nur mit vermehrter Zuwanderung von Hochqualifizierten aufgefangen werden.**

**Der DGB lehnt das nicht ab. Im Vordergrund müsse jedoch die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung hierzulande stehen, sagte der Vorsitzende Michael Sommer. Sich die nötigen Fachkräfte nur aus dem Ausland zu holen, sei „Bildungs-imperialismus“.**

**Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) will im Herbst eine Qualifizierungsoffensive starten. Die Zahl der Studierenden müsse steigen, die der Studienabbrecher sinken.**

ver.di-Jugend

## Membercard

ver.di-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen im Alter zwischen 16 und 28 Jahren erhalten seit kurzem die „Membercard“, mit der eine Reihe von Vergünstigungen verknüpft sind: So gewähren etwa Discos und



Sportstudios verbilligten Eintritt. NRW-weit beteiligen sich rund 140 Unternehmen an der Rabattaktion der ver.di-Jugend. Erprobt

und für gut befunden wurde die Mitgliederkarte zunächst im Bezirk Ostwestfalen. Auch nach der Ausdehnung auf das gesamte Bundesland kann ver.di dank des speziellen Angebotes ordentliche Mitgliederzuwächse verbuchen. •

[www.verdi-membercard.de](http://www.verdi-membercard.de)

Fachtagung

## Für den Kernberuf

Trotz des Fachkräftemangels plädieren manche Arbeitgeber für eine Aushöhlung des dualen Ausbildungssystems. Statt ganzheitlich einen Beruf zu erlernen, sollen nur noch „Module“ vermittelt werden, die die Auszubildenden eigenständig zu einem sinnvollen Beruf zusammenfügen müssten. Die IG Metall will bei einer Fachtagung am 30. August in Frankfurt mit ExpertInnen herausarbeiten, aus welchen Gründen das duale Ausbildungssystem alternativlos ist. Unter dem Titel „Minimodule? Europa braucht den Kernberuf!“ diskutieren u.a. Berthold Huber, 2. Vorsitzender der IG Metall, Georg Spöttl von der Uni Bremen, mehrere Betriebsräte und das IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner. •

Anmeldung: Tel. 069 / 66 93 28 18  
[Irene.Smyrek@igmetall.de](mailto:Irene.Smyrek@igmetall.de)

Service

## Tipps bei Hitze

ExpertInnen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) geben am Mittwoch, 4. Juli, telefonisch Tipps für die Arbeit an Hitzetagen. Zwischen 13.30 und 18 Uhr beantworten Bettina Görner und Kersten Bux vom BAuA unter der Telefonnummer 0180 / 321 43 21 (9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz) entsprechende Fragen, die auch per E-Mail gestellt werden können. •

[info-zentrum@baua.bund.de](mailto:info-zentrum@baua.bund.de)

Prager Appell

## Nein zu Raketen

Zum Auftakt der Verhandlungen zwischen den Regierungen der USA, Polens und Tschechiens über die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien im Mai brachten verschiedene Friedens-, Frauen und Umweltinitiativen, Gewerkschaften und andere Organisationen den Prager Appell auf den Weg. Die klare Absage an jegliche neue Raketenstationierung in Europa ist mittlerweile von zahlreichen Einzelpersonen unterzeichnet worden. Nachzulesen und zu unterschreiben ist der Prager Appell im Internet unter [www.prague-declaration.org](http://www.prague-declaration.org). •

Vereinfachte Betriebsratswahlen

## Kaum mehr Betriebsräte

Nur zehn Prozent der klein- und mittelständischen Betriebe zwischen 5 und 500 Beschäftigten haben einen Betriebsrat. Daran hat das 2001 eingeführte vereinfachte Wahlverfahren für kleinere Betriebe nichts geändert. Ob für das Fehlen von Betriebsräten die größere soziale Nähe von Inhabern und MitarbeiterInnen in kleineren Unternehmen verantwortlich ist, oder die oft zu beobachtenden pa-

## interregio

••• Der **Dokumentarfilm** „Irgendwo dazwischen“, der von der **DGB-Region Schleswig-Holstein Nord** finanziell unterstützt wurde, hat in Flensburg Premiere gefeiert. Die junge Regisseurin Silva von Gerlach zeigt das Leben dreier 17-jähriger aus der badischen Provinz, die in ihren Sommerferien ihren Lebensweg finden (müssen). Einfühlsam wird dabei die Zeit zwischen Jugend und Erwachsensein und die Zeit der Berufswahl eingefangen. [www.irgendwo-dazwischen.de](http://www.irgendwo-dazwischen.de)

••• Der **DGB-Bezirk Baden-Württemberg** verleiht zum dritten Mal den **Willi-Bleicher-Preis** für hervorragende journalistische Beiträge über die Arbeitswelt. Der Preis ist mit 3000 Euro dotiert. Die Beiträge in Wort, Ton oder Bild mit Bezug zu Baden-Württemberg kön-

nen bis zum 31. August eingereicht werden. Die Preisträger werden am 26. Oktober bei einer Festveranstaltung zum 100. Geburtstag Willi Bleichers, Widerstandskämpfer im Dritten Reich und ehemaliger IG Metall-Bezirksleiter im Ländle, im Stuttgarter Gewerkschaftshaus geehrt. [www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

••• Das **Projekt „Oderregion“** des **DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg** ist nun mit einer zweisprachigen Homepage online. Neben einem Kalender mit Hinweisen auf geplante Veranstaltungen finden sich Beiträge der Auftaktkonferenz des Projekts und die Dokumentationen der Workshops. Darüber hinaus gibt es Informationen zu Europa-relevanten Themen.

[www.eu.dgb.de/oderregion](http://www.eu.dgb.de/oderregion) (deutsch)  
[www.eu.dgb.de/regionodry](http://www.eu.dgb.de/regionodry) (polnisch)

Studie

## Mehr Jobs

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro pro Stunde hat positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Das ist das Ergebnis einer von ver.di in Auftrag gegebenen Studie. Sollte der Mindestlohn 2007 eingeführt, bis 2008 schrittweise auf 9 Euro

und anschließend im Rahmen des verteilungsneutralen Spielraums erhöht werden, verbessert sich die Einkommenssituation von bis zu 4 Millionen Voll- sowie zirka 5 Millionen Teilzeitbeschäftigten. Dadurch werde wiederum ein Konsumschub ausgelöst, sodass bis zu 450 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten. •

Die vollständige Studie:  
<http://wipo.verdi.de/dokumente>

abhängig ist. Wichtiger sind die Einstellung des Geschäftsführers und die Führungsstruktur. Gibt ein Inhaber seine Alleinführung an eine Gruppe von Managern ab, sind Betriebsräte in der Regel integriertes Element von Entscheidungsfindung und Interessenausgleich.

Die Ergebnisse der beiden Studien liegen als Buch vor: Nadine Schlömer u.a., *Mittelstand und Mitbestimmung. Unternehmensführung, Mitbestimmung und Beteiligung in mittelständischen Betrieben*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 27,90 Euro. •

# GEWERKSCHAFTEN

Logistikprojekt des DGB Hessen-Thüringen

## Mit gutem Beispiel voran

Rechtzeitig Beschäftigte weiterbilden, statt hinterher den Fachkräftemangel zu beklagen: Die Gewerkschaften fordern das nicht nur, sondern ergreifen selbst Initiative. Wie etwa der DGB Hessen-Thüringen mit seinem Projekt „Qualifizierung für Innovation, Beschäftigung und Chancengleichheit in der Logistikregion Nordosthessen“.

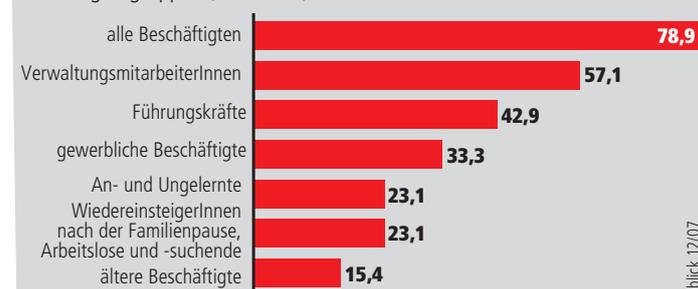
Die Logistikbranche ist einer der Wachstumsmotoren der deutschen Wirtschaft. Mit einem Umsatz von rund 166 Milliarden Euro hat sie sich mittlerweile nach Handel und Automobilindustrie zum drittgrößten Wirtschaftsbereich in Deutschland entwickelt. Rund 2,6 Millionen Menschen arbeiten hierzulande in dieser Branche, Tendenz steigend. Tausende neuer Arbeitsplätze in dieser Branche sind seit der Wiedervereinigung auch in Nordosthessen entstanden. Die ehemaligen „Zonenrandgebiete“, insbesondere der Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie die Region Kassel, haben sich als neue logistische Mitte Deutschlands profiliert. Vom Internetbuchversand bis zu Speditionen und Kurierdiensten haben sich hier in den letzten Jahren neue Betriebe angesiedelt und viele Arbeitsplätze geschaffen.

Auch Stefan Körzell, der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, hält das für einen Segen für den strukturschwachen Wirtschaftsraum. Doch er kennt ebenso die Schattenseiten der Branche: Standortverlagerungen und Outsourcing gehören in den oft global agierenden Unternehmen zum Alltag. In vielen Unternehmen sind vor allem Arbeitsplätze für gering Qualifizierte entstanden. Eine große Zahl der Beschäftigten arbeitet in Teilzeit, im Schichtdienst, als Saisonarbeitskräfte. Die gesundheitlichen Belastungen sind hoch. Personalentwicklung oder betriebliche Weiterbildung wie auch Angebote an die vielen teilzeitbeschäftigten Frauen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, sind die Ausnahme. Gleichzeitig ist der Innovationsdruck in der Branche groß, zunehmend gewinnt E-Com-

merce an Bedeutung. Für Stefan Körzell ist klar: „Um mittel- und langfristig Arbeitsplätze in der Region zu sichern, muss mehr in die Qualifizierung der Beschäftigten investiert werden. Die so genannten Humanressourcen, Wissen und Qualifikation der Beschäftigten werden in der sich ständig wandelnden globalen Wirtschaft zum immer wichtigeren Standortfaktor.“

### Logistikbranche: Zukunftsaufgabe Weiterbildung

Hoher Bedarf an Weiterbildung in der Logistikbranche nach Beschäftigtengruppen (in Prozent)



Quelle: Befragung von Weiterbildungsträgern im Rahmen der Studie „Qualifizierung für Innovation, Beschäftigung und Chancengerechtigkeit in der Logistikregion Nordosthessen“ des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen 2006/DGB-Technologieberatungsstelle beim DGB Hessen, Wert.Arbeit GmbH

Deshalb hat der DGB Hessen-Thüringen 2005 die Initiative ergriffen und das Logistikprojekt Nordosthessen gestartet. Unterstützt vom Europäischen Sozialfonds, dem Land Hessen und der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach haben im Auftrag des DGB die Beratungsfirma Wert.Arbeit und die Technologieberatungsstelle des DGB Hessen die Beschäftigtenstruktur und den Qualifizierungsbedarf untersucht und Handlungsempfehlungen entwickelt, wie von der Dynamik der Logistikregion sowohl Unternehmen wie auch Beschäftigte profitieren können.

Die Bandbreite der Empfehlungen ist groß: Sie reicht von einem Regionalmanagement für beschäftigungspolitische Fragen in der Region über regelmäßige

Qualifizierungsbedarfsanalysen in den Betrieben bis hin zu Vorschlägen für eine bessere Zusammenarbeit der Unternehmen mit den regionalen Weiterbildungsträgern. So genannte „Kümmerer“ sollen regional für Beispiele guter Praxis von der Verbundausbildung bis zur Kinderbetreuung für Beschäftigte in Nachtschichten werben. „Mobile LernLäden“ sollen auch den Beschäftigten mit ungünstigen Arbeitszeiten einen Zugang zur Weiterbildung ermöglichen. „Eine besondere Rolle bei der Umsetzung der Vorschläge zur Beschäftigungssicherung kommt dabei den Betriebsräten zu“, so Körzell. Deshalb war es keine Frage, dass sie bereits im Entstehungsprozess der Studie mit einbezogen wurden – wie auch

die anderen Akteure vor Ort, sei es aus der Politik, der Weiterbildung oder den Unternehmen. Die regionale Verankerung des Projektes hat nicht zuletzt dafür gesorgt, dass sich jetzt auch der Arbeitskreis Fachkräftebedarf der Arbeitsagentur Hessen mit den Projektergebnissen auseinandersetzt.

Das Beispiel aus Hessen könnte Schule machen. Für Mechthild Koppel von der Beratungsfirma Wert.Arbeit, die das Projekt koordiniert hat, steht jedenfalls fest: „Zu den Zukunftsaufgaben von DGB und Gewerkschaften gehört es, betriebliche Weiterbildung oder auch die Zusammenarbeit mit Weiterbildungsträgern zu fördern.“

[www.hessen.dgb.de/themen/Logistikprojekt/index3](http://www.hessen.dgb.de/themen/Logistikprojekt/index3)

## Betriebsrente hat Zukunft

**Die betriebliche Altersvorsorge per Entgeltumwandlung bleibt über 2008 hinaus sozialabgabenfrei.**

**Ursprünglich sollte die Sozialabgabenfreiheit Ende 2008 auslaufen. Daran hält Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) jedoch nicht länger fest – und hat dafür viel Beifall erhalten.**

**Damit sei sichergestellt, „dass die positive Entwicklung, die die betriebliche Altersvorsorge in den letzten Jahren genommen hat, weiter fortgesetzt werden kann“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt bezeichnete Münteferings Absicht als „gute und sinnvolle Weichenstellung“. Die Beendigung der Förderung hätte erheblichen Schaden angerichtet. „Diese Gefahr ist nun gebannt.“**

**Schmoldt erinnerte daran, dass die Gewerkschaften der Forderung der Politik nachgekommen sind und mit der Betriebsrente eine zusätzliche Säule der Altersvorsorge aufgebaut haben. „Da kann der Staat sich nicht zurückziehen und die Anreize kippen.“**

**Alle Beschäftigten können auch künftig bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung (2007: 2520 Euro) brutto für netto in die betriebliche Altersvorsorge stecken.**

## kurz & bündig



**IG Metall und IG BCE wollen mit den Autoherstellern und -zulieferern zum Schutz vor aggressiven Finanzinvestoren**

**kooperieren. Sie fordern einen verbindlichen Verhaltenskodex, um die Ausplünderung stabiler Unternehmen aufzuhalten. Deren Innovationsführerschaft müsse ausgebaut werden.**



**ver.di unterstützt die Post gegen private Briefdienstleister, die ihre Mitarbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen. Die Zusteller der Post verdienen gut 10 Euro pro Stunde, die privaten Postboten nur etwa die Hälfte.**

## ? ...nachgefragt



Foto: Norbert Hässon

**Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), die Interessenvertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland, will 2009 auf dem Gelände ihrer Zentrale in Köln eine neue Moschee bauen – einen repräsentativen, offenen Kuppelbau mit zwei Minaretten. Die Diskussion darüber schlägt hohe Wellen – über die Domstadt hinaus: Der Publizist Ralph Giordano ist gegen den Bau, der Publizist Henryk M. Broder dafür, ebenso der DGB Köln. einblick fragte den Regionsvorsitzenden Wolfgang Uellenberg-van Dawen, warum.**

„Als Einheitsgewerkschaft respektieren wir die religiösen Überzeugungen der ArbeitnehmerInnen. Darum ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Muslime wie Christen an einem würdigen Ort ihre Religion ausüben können, und das nicht nur in Hinterhöfen wie seit 45 Jahren, sondern in einer repräsentativen Moschee. Letztlich geht es darum, Freiheitsrechte zu verteidigen. Die Religionsfreiheit ist ein solches Recht. Wir ergreifen nicht einseitig Partei für die DITIB, den türkischen Staat oder den Islam. Wir haben seit Jahren gute Kontakte zu kurdischen und nichtreligiösen türkischen Migranten, die sich kritisch mit dem Islam und dem türkischen Staat auseinandersetzen. Aber wir bekämpfen jede Art von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Wir sind für die Integration der Mig-

ranten, aber gegen ihre Assimilation, sprich ihre Unterwerfung unter eine deutsche Leitkultur. Übrigens wollen wir auch der DITIB Seminare für türkische Jugendliche und deren Eltern zum Thema Schule und Beruf anbieten, wir werden einen Frauen-Arbeitskreis ins Leben rufen und Informationsmaterial zum Arbeitsrecht in türkischer Sprache verteilen. Die Kölner Bevölkerung ist mehrheitlich für die Moschee, doch natürlich gibt es Ängste und Vorbehalte. Die nehmen wir ernst, wir bemühen uns um eine Versachlichung der Diskussion. Und natürlich herrscht Meinungsfreiheit, man kann sich gegen den Bau dieser Moschee aussprechen, ohne rechtsradikal zu sein. Trotzdem teile ich diese Meinung nicht. Denn es gibt keinen Unterschied zwischen Kirchen, Synagogen und Moscheen.“

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

Koalitionsbeschluss zum Mindestlohn

## Kompromiss ohne Wirkung

Der Kompromiss beim Mindestlohn, auf den sich Union und SPD Mitte Juni nach monatelangem Gezerre verständigt haben, ist auf massive Kritik gestoßen, nicht nur bei den Gewerkschaften. Einblick hat den NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg gefragt, ob die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn damit vom Tisch ist.

Arm trotz Arbeit: **Diesen Skandal zu beenden – das lag offensichtlich nicht im Interesse der CDU/CSU** im Koalitionsausschuss. Die Union hat die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes blockiert. Die Unternehmer, die ihre Beschäftigten mit Armutslöhnen abspesen, freuen sich. Mehr als sieben Millionen Menschen müssen in Deutschland von Armutslöhnen leben. Fast eine Million bekommt zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn Arbeitslosengeld II, letztlich eine staatliche Hilfe zur Stützung von Armutslöhnen.

Die Regierung behauptet, mit dem Kompromiss in Sachen Mindestlohn dieses Problem zu lösen. Damit streut sie der Öffentlichkeit aber nur Sand in die Augen. Zum Beispiel die geplante Ausweitung des Entsendegesetzes: Sie entspricht scheinbar einer Forderung der Gewerkschaft NGG und der Schwestergewerkschaften im DGB, tatsächlich will die Koalition damit nur zusätzliche Hürden einbauen. Das Koalitionspapier sieht vor, dass mindestens 50 Prozent der ArbeitnehmerInnen einer Branche tarifgebunden sein müssen, um einen Mindestlohn einzuführen. **Diese – bisher im Entsendegesetz nicht geforderte Voraussetzung – ist in vielen Branchen nicht erfüllbar.**

Grundlage der dezentralen Tarifpolitik der NGG sind regionale Flächentarifverträge – auch in den Branchen mit Niedriglöhnen. Die in diesen Branchen immer stärker werdende Tarifverweigerung der Arbeitgeber führt dazu, dass dort immer weniger Tarifverträge existieren. Die Bedingungen des geplanten neuen Entsendegesetzes sind deshalb im Gastgewerbe, dem Bäckerhandwerk und der Fleischindustrie zurzeit nicht erfüllbar. Zudem leugnet der Arbeitgeberverband im Gastgewerbe (DEHOGA), dass es überhaupt ein Problem gebe mit Armutslöhnen. Aber im Gastgewerbe bestehen nur noch in 10 von 18 Tarifgebieten Lohntarifverträge.

Auch die von der Koalition angekündigte **Überarbeitung des Gesetzes über Mindestarbeitsbedingungen von 1952 wird den ArbeitnehmerInnen kaum weiterhelfen.** Auch hier sind die Hürden zu hoch. Zunächst muss der

so genannte Hauptausschuss entscheiden, ob überhaupt ein Bedürfnis nach Mindestlöhnen besteht. Erst nach dieser Entscheidung legt ein Fachausschuss fest, wie hoch der Mindestlohn sein soll. Er bedarf dann noch einer Entscheidung der gesamten Bundesregierung.

Der Frage, wie die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen kontrolliert werden soll, widmet sich der Koalitionskompromiss zudem mit keinem Wort. Ohne eine effektive Durchsetzung und Stärkung



Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, 54, ist einer der Initiatoren der Kampagne „Arm trotz Arbeit“, mit der ver.di und NGG die Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor skandalisieren.

der Strukturen der Arbeitsgruppe Finanzkontrolle Schwarzarbeit von Zoll- und Finanzministerium ist aber nichts gewonnen.

Was bedeutet der Kompromiss für unsere zukünftige Arbeit? Wir werden **in unseren Anstrengungen für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht nachlassen.** Es ist schon bemerkenswert, dass es den Gewerkschaften, insbesondere der gemeinsamen „Initiative Mindestlohn“ von ver.di und NGG, gelungen ist, in den vergangenen Jahren das Thema „Arm trotz Arbeit“ in die Öffentlichkeit zu bringen – ein großer Erfolg der Gewerkschaften. Sollten CDU und CSU die Hoffnung gehabt haben, dass der Zusammenhang von Armut und Arbeit von der politischen Tagesordnung verschwindet, so wird die Union schnell merken, dass sie sich getäuscht hat.

Wir werden den Zusammenhang zwischen Schwarzarbeit und Niedriglohn, zwischen Illegalität und Steuerhinterziehung weiter darstellen und anprangern. Und wir werden **die Arbeitgeberverbände auffordern, mit uns Tarifverträge zur Regelung von Mindestbedingungen zu treffen.** Dabei werden wir sehen, ob mit den Arbeitgebern in unseren Branchen überhaupt eine Lösung möglich ist.

Im Übrigen ist nicht sicher, ob der Kompromiss so überhaupt Gesetz wird. Die Ausweitung des Entsendegesetzes muss durch den Bundesrat. Und ob sich die Bundeskanzlerin mit diesem Minimalkompromiss gegenüber ihren Parteifreunden, den Ministerpräsidenten der CDU/CSU, durchsetzen kann, ist fraglich. •

## Kein Kündigungsschutz – kein Mindestlohn

Weil sich die Union mit ihrer Forderung nach einer **Einschränkung des Kündigungsschutzes in der großen Koalition nicht durchsetzen konnte, hat sie allen Vorschlägen der SPD für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ihre Zustimmung verweigert, um so zumindest die Tür für eine weitere Absenkung der Einkommen im Niedriglohnsektor offen zu halten.**

Ob diese Rechnung aufgehen wird, ist allerdings ungewiss. Denn die Gewerkschaften haben sofort nach dem Koalitionsbeschluss angekündigt, ihre Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro auf der Tagesordnung zu halten. „Ich habe den Eindruck, dass die Frist bis März 2008, in der sich die Tarifparteien auf Branchenlösungen verständigen sollen, erst einmal dazu dienen soll, das Thema ruhig zu stellen. Das werden wir nicht mitmachen“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.



Im Internet

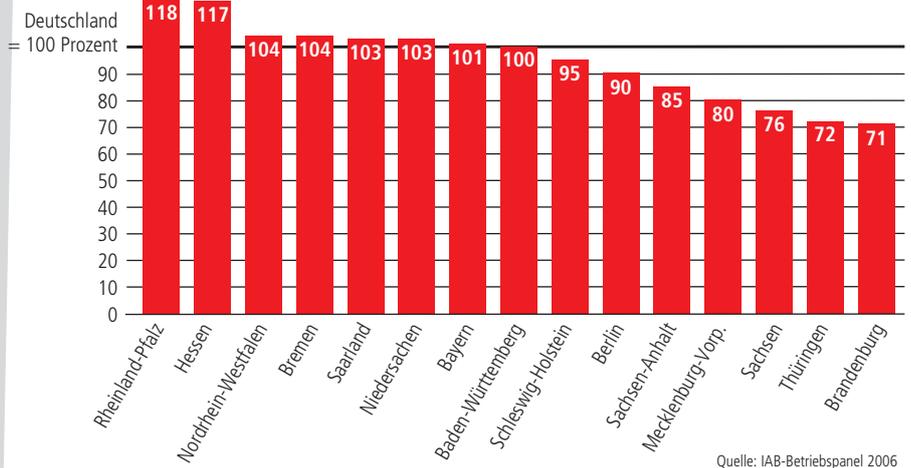
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Die wichtigsten Argumente der Mindestlohngegner. Und warum sie nicht zutreffen.

### PRODUKTIVITÄT: Rheinland-Pfalz und Hessen deutlich vorn

**2005 hat jeder Beschäftigte in Westdeutschland Güter und Dienstleistungen im Wert von 166 000 Euro erwirtschaftet. In Ostdeutschland waren es 121 000 Euro. Die produktivsten Unternehmen gibt es in Rheinland-Pfalz und Hessen. Ihre Produktivität lag 2005 bei 118 bzw. 117 Prozent des Durchschnitts aller Bundesländer. Mit größerem Abstand folgt die von Nordrhein-Westfalen und Bremen angeführte Gruppe der übrigen westdeutschen Länder. Die neuen Länder erreichen 71 Prozent des westdeutschen Niveaus.**

Umsatz der Unternehmen je Beschäftigten nach Bundesländern 2005



### personalien

••• **Bernd Lange**, 51, Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Struktur, Umwelt- und Europapolitik beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sowie von 1994 bis 2004 Mitglied des Europaparlaments, ist am 6. Juni in den Verwaltungsrat der neu gegründeten Europäischen Chemikalienagentur berufen worden. Die Agentur ist für die Umsetzung der Chemikalienrichtlinie REACH verantwortlich.

### 4 TAGE

**3.7.** GEW, GdP, ver.di und DGB Baden-Württemberg, Tagung „Frauen stärken – Leistungselemente in der Bezahlung“, Stuttgart

**3.7.** DGB Nord und Heinrich-Böll-Stiftung, Medienfest Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

**4.7.** Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Nanotechnologien – Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer arbeitnehmerorientierten Strategie“, Frankfurt/M.

**5./6.7.** Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Flexicurity – Eine Perspektive für flexible Arbeitsmärkte und soziale Sicherheit?“, Berlin

**6.-8.7.** GEW, ver.di und DGB Baden-Württemberg, Frauen- und Lesbencamp „FrauenWelten“, Markelfingen

**11.7.** TRANSNET, außerordentlicher Gewerkschaftstag, Fulda

### Tipp

**Buch:** *Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei, Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 345 Seiten, 26,90 Euro*

Die Agenda 2010, der Paradigmenwechsel zum vorsorgenden Sozialstaat, in dem die Eigenvorsorge des Einzelnen zunehmend staatliche Sozialleistungen in den Hintergrund drängt – all das hat die Entstehung einer neuen Linkspartei in Deutschland begünstigt. Ob sich die aus PDS und WASG hervorgegangene Linke dauerhaft behaupten kann, ist damit noch nicht entschieden. Aber wenn die

Volksparteien sich weiter von den Opfern der Modernisierung entfernen, würden sich für die Linkspartei „auf absehbare Zeit unzweifelhaft Chancen bieten“, meint der Parteienforscher Franz Walter. In dem von ihm mit herausgegebenen Sammelband analysieren Politikwissenschaftler Geschichte, Ideologie und Wählergruppen der neuen Linkspartei. Deren Chancen sieht Walter auch darin begründet, dass die Linke in die Jahre gekommen sei. Sie werde von den über 40-jährigen dominiert und sei nicht wie die Linke in früheren Jahrhunderten „die Partei eines ungestümen, jugendlichen Radikalismus“, sondern „Verfechter einer robusten Staatlichkeit“.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

**„Jeder Mensch in Deutschland hat die Chance, Vorstandsvorsitzender zu werden, und sollte das auch anstreben.“**

Begründung des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel am 18. Juni in der Phoenix-Sendung „Unter den Linden“, warum Mindestlöhne nicht erforderlich sind.

Bundesagentur für Arbeit

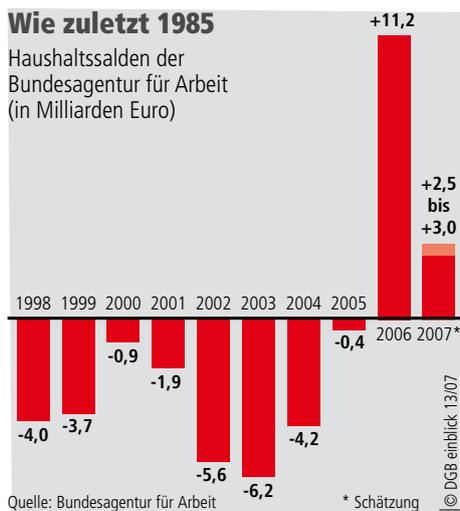
## Kein eiliger Griff in die Kassen

2,5 bis drei Milliarden Euro Haushaltsplus wird die Bundesagentur für Arbeit (BA) nach Schätzungen ihres Vorstands dieses Jahr erwirtschaften. Während Vertreter von Wirtschaft und Politik den prognostizierten Überschuss bereits munter verplanen, warnt der DGB vor einem allzu eiligen Griff in die Kassen. Denn: Das Plus der Bundesagentur ist vor allem konjunkturbedingt. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach rät davon ab, Geld zu verplanen, „bevor nicht klar ist, ob die günstige Entwicklung tatsächlich eintritt.“

Deshalb müsste der finanzielle Spielraum zunächst genutzt werden, um die Finanzen der BA nachhaltig zu sichern und am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen zu unterstützen. Einen Teil der Überschüsse will der DGB etwa für Maßnahmen nutzen, die schwer vermittelbare Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren und die die Ausbildungschancen von Jugendlichen verbessern. Zu-

### Wie zuletzt 1985

Haushaltssalden der Bundesagentur für Arbeit (in Milliarden Euro)



**Zwei Jahre hintereinander im Plus: Das hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuletzt 1984/85 geschafft. Damals waren es allerdings lediglich 1,7 und 1,2 Milliarden Euro. Vom erwarteten Überschuss von 2,5 bis drei Milliarden Euro sind bereits 2,5 Milliarden herausgerechnet, die als Rücklage für aktuelle und künftige Pensionsverpflichtungen dienen.**

dem soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I (Alg I) für ältere Arbeitslose endlich verlängert werden. „Insbesondere diejenigen, die jahrzehntelang Beiträge gezahlt haben, aber trotz aller Anstrengungen nicht in den Arbeitsmarkt integriert

werden können, müssen davor bewahrt werden, in Sozialhilfebedürftigkeit abzurutschen“, so Buntenbach. Auch zur Sicherung der BA-Finanzen hat der DGB konkrete Vorschläge. Mit den Überschüssen soll die Grundlage einer „Konjunkturrücklage“ gebildet werden, die vor den Risiken eines Konjunkturreinbruchs schützt.

In einigen dieser Punkte konnten die Gewerkschaften sogar den BA-Verwaltungsrat auf ihre Seite bringen, in dem auch die Arbeitgeberseite vertreten ist. Das Gremium fordert die BA in einer Erklärung zur Haushaltsprognose auf, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu verstärken und so insbesondere Ungerlernte, Ältere und Jugendliche bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen. Auch mit Teilen der Koalition gibt es Schnittmengen: In der SPD wird ebenfalls eine Art „Konjunkturreserve“ in Milliardenhöhe diskutiert.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) jedoch hat eigene Pläne: Die BA könne angesichts der Überschüsse einen „gewissen Beitrag“ zum Bundeshaushalt leisten – fünf Milliarden Euro jährlich ab 2008. Die Arbeitgeber-Forderungen nach weiteren Beitragssenkungen lehnt der DGB nicht grundsätzlich ab – aber nur bei solider Finanzierung. „Diejenigen, die schon heute nach massiven Beitragssatzsenkungen rufen, wären die ersten, die erneute Leistungskürzungen für Arbeitslose fordern, wenn die BA in finanzielle Schwierigkeiten gerät“, so Buntenbach. •

## plusminusBERLIN

**+ Rolf Mützenich, (SPD) begrüßt die Erklärung der USA und Russlands, ihr nukleares Raketens Arsenal auf „ein Minimum“ abzurüsten. Dazu seien aber auch „regelmäßige Inspektionen und die unumkehrbare Vernichtung der Sprengköpfe“ unverzichtbar.**

**- Jörg van Essen (FDP) kritisiert das Verfassungsgerichtsurteil zur Veröffentlichung von Abgeordneten-Einkünften. Das Urteil benachteilige Selbstständige. So würde der Bundestag zu einem „Parlament von Gewerkschaftsfunktionären und Beamten“.**

Seite 3

### Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

**Innovative Energietechnologien haben künftig noch mehr als heute das Zeug zum Exportschlager. Meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel im einblick-Interview**

Seite 5

### Gewerkschaft von unten

**Mit zwei Projekten in Hamburg testet ver.di, wie sich Organizing-Strategien aus den USA zur Mitgliedererwerb in Deutschland umsetzen lassen**

Seite 7

### Flickenteppich

**Die Ergebnisse des EU-Jahres der Chancengleichheit sind bisher wenig überzeugend, meint Claudia Menne**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**www.kinderkultur karawane.de**

Programm der von UNESCO und UNICEF unterstützten internationalen Kulturinitiative für Kinder und Jugendliche

**Hintergrund**

**www.einblick.dgb.de „Solidarität im Bundesstaat erhalten“ Positionspapiere des DGB zur Föderalismusreform II**



## AUSSCHREIBUNG – OTTO BRENNER PREIS 2007

Die Otto Brenner Stiftung schreibt für das Jahr 2007 wieder den Otto Brenner Preis aus, der im Rahmen der Jahrestagung am 5. Dezember 2007 in Hannover verliehen wird.

Der Preis steht unter dem Motto:  
»Kritischer Journalismus –  
Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«  
und soll an Journalistinnen und Journalisten  
vergeben werden.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von  
**45.000 Euro** dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

**Der erste Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.**  
**Der zweite Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.**  
**Der dritte Preis ist mit 3.000 Euro dotiert.**

**Der Otto Brenner Preis »Spezial«  
für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)  
ist mit 10.000 Euro dotiert.**

**Drei »Recherche-Stipendien« in Höhe von je 5.000 Euro.**

**»newcomer-Sonderpreis« in Höhe von 2.000 Euro.**

Die Bewerbungsbögen mit allen erforderlichen Informationen erhalten Sie unter [www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)

Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an:

**Otto Brenner Stiftung**  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79  
60329 Frankfurt am Main  
E-mail: [obs@igmetall.de](mailto:obs@igmetall.de)  
Tel.: 069 / 6693 - 2576  
Fax: 069 / 6693 - 2786

## wiewardiewoche?



**André Grundmann, 46,  
hat als Regionalleiter  
Nord der IG BAU in den  
vergangenen Wochen  
den Streik im norddeutschen  
Bauhandwerk  
geführt.**

„Nach dem Schlichterspruch von Wolfgang Clement hat die Erklärung der Arbeitgeber aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen, dass sie die Schlichtung nicht annehmen, unsere Beschäftigten sehr empört. Auf den Versuch der norddeutschen Arbeitgeber, den Flächentarifvertrag auszuhebeln, konnte es nur eine Antwort geben. So haben wir am 18. Juni in der gesamten Region Nord mit unserem Streik begonnen. Mit Ausnahme von Kiel: Dort fand Ende Juni die Kieler Woche, das größte deutsche Segelereignis, statt. Schließlich wollen wir das Baugewerbe bestreiken und nicht die Segelfans. Inzwischen ist auch Kiel Streikschwerpunkt. Zum Auftakt demonstrierten – gleich nach dem Ende der Segelwoche – rund 1000 Bauarbeiter vom Baugewerbeverband zum Gewerkschaftshaus.

Höhepunkte gab's auch auf Sylt: Am 20. Juni traten dort 70 Bauarbeiter in den Streik. Als eine Woche später bei einem Sturm das Streikzelt zerstört wurde, erklärte die Bürgermeisterin von Westerland „Wir lassen die streikenden Bauarbeiter nicht im Regen stehen“ und stellte uns den Ratssaal als „Streiklokal“ zur Verfügung.

Kritisch wurde es tags darauf in Hamburg. Auf vielen Baustellen tauchte Wachschatz auf, ausgerüstet mit Schlagstock und Pfefferspray. Verschiedene massive Polizeieinsätze behinderten darüber hinaus die Streikenden in ihrem Streikrecht. Unsere Streikteams meldeten Anzeigen wegen Nötigung, Hausfriedensbruch oder Verstoß gegen das Versammlungsrecht, es wurden Platzverweise erteilt und sogar angedroht, Streikende vorübergehend in Gewahrsam zu nehmen.

Streikrecht ist ein Grundrecht. Die Zeiten, in denen aktive Gewerkschafter auf schwarze Listen kamen und eingesperrt wurden, sollten vorbei sein! Schon unsere Großväter sangen: „Wir fürchten nicht, ja nicht, die grüne Polizei!“ Wir fürchten sie auch nicht und kämpfen in diesem Streik auch für den Erhalt unserer Demokratie. Es hat dann Gespräche mit der zentralen Einsatzleitung der Polizei gegeben. Vielen Polizisten war klar, dass sie an die Neutralitätspflicht gebunden sind. Einzelne Reviere arbeiteten aber bis zuletzt noch mit Platzverweisen.

Inzwischen haben wir wieder eine mögliche Lösung des Tarifkonflikts auf dem Tisch. Wir sind aber misstrauisch, weil die Arbeitgeber auf einer langen Erklärungsfrist von neun Tagen bestehen.

Deshalb werden wir weiter streiken – streiken bis wir das Ja zum Tarifvertrag von den Arbeitgebern haben.

DGB-Vorstand Dietmar Hexel im Interview

## Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

Alle reden vom Klima. Auch der DGB. Im einblick-Interview: Dietmar Hexel, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Energie- und Umweltpolitik zuständig.

■ Trotz Kritik der Industrie hat die Kanzlerin beim dritten Energiegipfel deutlich gemacht, dass sie an ihren Klimaschutzziele festhält. Wie bewertet der DGB die Ergebnisse?

■ Die Richtung stimmt, auch wenn die Ergebnisse noch nicht konkret genug sind. Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen die Bundesregierung in ihren Klimazielen. Es muss jetzt eine kräftige Rolle vorwärts für erneuerbare Energien in den Bereichen Stromerzeugung, Wärme und Kraftstoffe und für Energieeffizienz geben. Wir erwarten dazu einen eindeutigen Schub vom angekündigten integrierten Klimaschutz- und Energieprogramm.

■ Jährlich drei Prozent mehr Energieeffizienz zu erreichen, halten Wirtschaftsvertreter für unrealistisch.

■ Für einige Industriemanager war der Gipfel eine beschämende Blamage. Es muss jedem Manager klar sein: Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Es gibt Industriebereiche, in denen drei Prozent mehr Energieeffizienz möglich sind, in anderen nicht. Es gibt auch physikalische Grenzen. Darüber muss man aber anhand von Fakten und differenziert nach Branchen streiten. Um die Effizienzziele zu erreichen, müssen vor allem die Investitionen für Forschung und Entwicklung in der Energiepolitik verstärkt werden.

■ Mehr Investitionen in den Klimaschutz würde die Arbeit verteuern und damit Jobs und Standort gefährden. Kann sich der DGB diesem Argument verschließen?

■ Das ist kein Argument, sondern schlicht falsch. Ich kann solche Drohungen nicht mehr hören. Denn genau das Gegenteil ist der Fall: Der Klimaschutz bietet Chancen für Innovation, Wachstum und

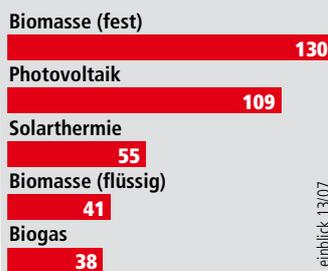
Beschäftigung – in personalintensiven Branchen. Die Schäden einer Klimakatastrophe kosten mehr als vorbeugende Maßnahmen. Bereits mit vorhandenen Technologien können wir mindestens zehn Prozent der Energie und damit Kosten sparen. Mit neuen Technologien in der Pipeline wie Gas- und Hybridmotoren, neuen Batterie- und Speichermedien oder Wärmerückgewinnung noch viel mehr. Bei der Wärmedämmung, in der Beleuchtungstechnologie, bei Biomasse und Windenergie gibt es Potenziale für jede Menge Arbeitsplätze. Das zeigt bereits der von der Bundesregierung forcierte Ausbau der energetischen Gebäudesanierung, der im Übrigen von den Gewerkschaften mit angestoßen wurde. Wir begrüßen sehr, dass die Bundesregierung das Programm nun aufstocken will. Die geplante Erhöhung der Fördermittel dürfte weitere Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen.

■ Liegt danach in der Bewältigung des Klimawandels auch eine Chance für die deutsche Wirtschaft?

■ Auf alle Fälle! Deutschland

### Enormes Potenzial

Erwartete Zunahme der Beschäftigungszahlen bis 2010 gegenüber 2004 (in Prozent)



Quelle: Unternehmensbefragung, Studie BMU 2006

**Die Förderung erneuerbarer Energien ist eine von vielen Strategien zum Klimaschutz. Mit enormem Beschäftigungspotenzial.**

kann beim Klimaschutz weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen. In vielen Bereichen sind wir schon Weltmarktführer. Innovative Energietechnologien könnten noch mehr zum Exportschlag werden. Unsere CO<sub>2</sub>-armen Kohlekraftwerke, unsere Windräder, unsere Solarzellen, unsere Antriebsaggregate gehören zum Besten, was weltweit angeboten wird. Statt sich also gegen Klimaschutzvorgaben zu wehren, sollten die Unternehmen im eigenen Interesse lieber das riesige Ideenpotenzial unserer Ingenieure, Techniker und Beschäftigten nutzen! Klima- und Industriepolitik sind kein Gegensatz. Am Klimaschutz kommt niemand mehr vorbei, auch die Industrie nicht. Das bedeutet, sie muss Klimaschutz als oberste Priorität akzeptieren und als Unternehmensziel verankern. Die daraus resultierenden Maßnahmen müssen natürlich realistisch, ökonomisch und sozial vertretbar sein.

■ Was heißt das?

■ Einerseits müssen erneuerbare Energien im steigenden Maße die klassischen Energieträger ersetzen, andererseits geht das aber nicht von heute auf morgen. Manche neuen energieschonenden Produktionsverfahren oder der Ersatz alter Kraftwerke brauchen einen Vorlauf von einigen Jahren. Der Rohstoff- und Energiehunger der Welt ist riesig. Wir haben bereits im letzten Jahr gemeinsam mit dem BDI von der Bundesregierung ein schlüssiges Energiekonzept gefordert, das auf einen nachhaltigen Energiemix – unter Einbeziehung der heimischen Kohle – und besonders auf eine Erhöhung der Energieeffizienz setzt.

■ Liebe sich nicht auch noch mehr Energie einsparen?

■ Der größte Energieverbraucher, der Wärmebereich, ist ein schlafender Riese. Hier lässt es sich am wirksamsten sparen. Im Übrigen: Den Königsweg zur Klimarettung

gibt es nicht. Wir müssen auf ein ganzes Maßnahmenbündel setzen. Teilweise bei uns, teilweise durch den weltweiten Export von Technologie. Um viele neue Technologien, wie etwa die Nutzung der Erdwärme, Geothermie, haben wir uns noch kaum gekümmert. Und diese Energie ist weltweit 24 Stunden täglich verfügbar.

■ Aus Klimaschutzgründen wird der Ruf nach längeren Laufzeiten für die CO<sub>2</sub>-armen Kernkraftwerke laut. Wie steht der DGB dazu?

■ Die Kernenergie ist für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften keine längerfristige energiepolitische Option. In Abwägung aller Risiken verbietet es die Vernunft, sie als eine Energie der Zukunft anzusehen. Die jüngsten Ereignisse in Brunsbüttel und Krümmel sprechen für sich. Das Risiko für die Menschheit und künftige Generationen ist zu groß – und der Rohstoff endlich.

■ Ist es für unser Klima nicht schon fünf nach zwölf? Geht die Energiewende schnell genug?

■ Wir wissen aus der Klimaforschung, dass wir keine Wahl haben: Es muss jetzt sofort und nachhaltig gehandelt werden. Wir haben die Chance, den Prozess der Klimaveränderung noch zu beeinflussen. Wie sehr, das hängt von uns ab. Viele neue Technologien müssen noch entwickelt werden. Wir haben nur ein Zeitfenster von wenigen Jahren. Diese Zeit müssen wir auf allen Ebenen intensiv nutzen, in der Politik, in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften. In den Aufsichtsräten und Betriebsräten müssen wir diskutieren: Welche Energiesparziele im Unternehmen gibt es? Welche neuen Produkte können entwickelt und angeboten werden? Bei Energie- und Materialkosten läßt sich viel sparen – sinnvoller als beim Personal!



Foto: DGB

**Langfassung des Interviews: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**

Tagung

## Gleichstellung konkret

WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen befassen sich am 27. und 28. September bei einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin mit dem Verhältnis von Gleichstellungs- und Familienpolitik. Unter dem Titel „Gleichstellung ohne Vereinbarkeit – Vereinbarkeit ohne Gleichstellung?“ geht es um die Vereinbarung von Betreuungsaufgaben mit den Anforderungen der Arbeitswelt oder um Arbeitsteilung in der Familie. ReferentInnen sind ExpertInnen wie Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut München oder Prof. Ulla Björnberg von der Universität Göteborg. Anmeldung bis zum 3. September. •

Tel. 0211/7778111,

Katharina-Kruse@boeckler.de

Herbstakademie

## Nach dem Protest

Die diesjährige „Herbstakademie Globalisierung“ von DGB-Jugend und attac befasst sich mit den Folgen der Proteste gegen den G8-Gipfel. „Auftrieb oder laues Lüftchen? Wo steht die soziale Bewegung nach Heiligendamm?“ – diesen Leitfragen werden die Akademie-TeilnehmerInnen nachgehen. Eigene Erfahrungen mit Aktionen beim Gipfel sollen ebenso wie mögliche Veränderungsprozesse innerhalb der Gruppen diskutiert werden.

Die Veranstaltung findet vom 4. bis zum 7. Oktober in der DGB-Jugendbildungsstätte im brandenburgischen Flecken-Zechlin statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro. •

Tel. 030/21240312, anne.steckner@

dgbjugendbildungsstaette.de

Ratgeber

## Rechte des Betriebsrats

In dritter, komplett überarbeiteter und erheblich erweiterter Auflage ist die Handlungshilfe „Rechte des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen“ (ver.di b+b, Düsseldorf 2007, 211 Seiten, ISBN 978-3-931975-27-2, 15 Euro) erschienen. Der Autor Wolfgang Schneider hat seinen Band an der Alltagspraxis der ArbeitnehmervertreterInnen ausgerichtet und in die aktuelle Ausgabe die Themen Auswahlrichtlinien, Personalfragebogen und Stellenausschreibungen ebenso aufgenommen wie die Auswirkungen des Gleichbehandlungsgesetzes auf Mitbestimmungsrechte. Die aktuelle Rechtsprechung ist bis Mai 2007 berücksichtigt. •

Bestellungen unter: Tel. 0211/9046823,

verlag@verdi-bub.de; www.verdi-bub.

de/buchshop

## interregio

••• Die **DGB-Jugend Hamburg** hat in dem **32-seitigen Ratgeber** „Schule – was dann?“ Informationen für SchülerInnen der Abgangsklassen 2007/08 zusammengefasst. Die Broschüre informiert über die duale Ausbildung sowie Studien- und Auslandsmöglichkeiten, enthält einen Überblick über 136 Ausbildungsberufe, bietet Anregungen; Kontaktadressen sowie praktische Tipps für den Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die Broschüre, die mit ihrer frischen Aufmachung Jugendliche direkt anspricht, wird dieser Tage an Hamburger Schulen verteilt. Die Broschüre steht auch im Netz zum Download bereit:



www.dgb-hamburg.de

## ISA CONSULT

INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT



## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
  - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
  - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
  - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
  - Krisen- & Insolvenzberatung
  - Personalentwicklung
  - Arbeitszeitgestaltung
  - ERA-Einführung
  - Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kontakt

ISA CONSULT  
Beratungsgesellschaft für  
Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Frank Stodolka  
Alleestraße 80  
44793 Bochum  
Telefon: +49(0)234/9132-0  
Telefax: +49(0)234/9132-102  
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

# GEWERKSCHAFTEN

Das Organizing-Konzept

## Gewerkschaft von unten

Organizing heißt das Konzept, mit dem einige angelsächsische Gewerkschaften in den vergangenen Jahren erfolgreich Mitglieder für die Gewerkschaften gewinnen konnten. In Hamburg probiert ver.di gleich in zwei Projekten aus, ob Organizing auch hierzulande funktioniert.

Stephen Lerner ist derzeit ein gefragter Mann in der internationalen Gewerkschaftsszene. An diesem Nachmittag erzählt der Chefstrategie der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU in einem Fabrikloft in Berlin vor mehreren Dutzend GewerkschafterInnen, wie es die SEIU geschafft hat, Hausmeister, Wachleute und Reinigungskräfte davon zu überzeugen, sich für ihre Anliegen stark zu machen. Viele von ihnen sind Migranten. Man könnte denken, dass sie Angst hätten, sich in den traditionell eher gewerkschaftsfeindlichen USA offen zur Gewerkschaft zu bekennen. Doch ganz im Gegenteil: Innerhalb eines guten Dutzend Jahren ist es der SEIU gelungen, die Mitgliederzahl zu verdoppeln, von 900 000 auf 1,8 Millionen.

Die Trendwende in der SEIU sei gewesen, zu erkennen, dass es nicht darum gehe, sich nur um die ArbeitnehmerInnen zu kümmern, die bereits Mitglied seien. „Das ist eine Verliererstrategie“, sagt Lerner. Die SEIU nutzte deshalb den größten Teil ihrer Ressourcen dafür, Unorganisierte von der Idee von Gewerkschaft zu überzeugen. Noch heute, sagt Lerner, gehe die Hälfte des Etats in Organizing. Unter anderem, um Leute professionell zu schulen, wie man eine Branche organisieren kann. Dazu gehört das persönliche Gespräch mit ArbeitnehmerInnen, aber auch, eine Branche genau unter die Lupe zu nehmen und zu überlegen, wie man dort strategisch Fuß fassen kann. Das kann bedeuten, zum Beispiel die Kunden eines Wachunternehmens darauf aufmerksam zu machen, unter welchen miserablen Bedingungen der Wachmann an der Pforte arbeitet. Organizing heißt auch, sich



Foto: Breihsolz

**Stephen Lerner, Organizing-Experte der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU: „Arbeitnehmer müssen aktive Teilnehmer und Mitglieder sein und sich engagieren. Sonst hat Gewerkschaft keine wirkliche Kraft.“**

der Mittel zu bedienen, mit denen soziale Bewegungen in den letzten Jahren Erfolg hatten: bunte, phantasievolle und öffentlichkeitswirksame Aktionen, die Einbindung von anderen gesellschaftlichen Akteuren wie die Kirchen, politische Initiativen und auch die Medien. All das basiert meist auf einem so genannten plan to win. Nach einer umfassenden Recherche erstellen Organizer ein Strategiepapier, wie eine Branche an einem bestimmten Ort „geknackt“ werden kann, und setzen diesen Schritt für Schritt in einer Eskalationsstrategie um.

Erste positive Erfahrungen hat der ver.di-Landesbezirk Hamburg in den vergangenen zwei Jahren gesammelt. In enger Zusammenarbeit mit der SEIU, die eine ihrer Organizerinnen zur Unterstützung nach Hamburg entsandte, hat der dortige Fachbereich „Besondere Dienstleistungen“ in der Sicherheitsbranche Wachleute organisiert. Mit 200 neuen Mitgliedern hat ver.di das ursprünglich gesetzte ehrgeizigere Ziel zwar nicht erreicht,

aber den Organisationsgrad in dieser Billigtarifbranche immerhin um 50 Prozent gesteigert. Das hat sich inzwischen in den Tarifverhandlungen ausgewirkt, bei denen ver.di einen höheren Abschluss erzielen konnte. Um etwa in der Firma Power endlich einen Betriebsrat wählen zu können, erwies sich das Mittel, die Kunden auf die schlechten Arbeitsbedingungen hinzuweisen, als äußerst hilfreich. So mahnte die Geschäftsleitung von Gruner und Jahr das Management von Power an, endlich Betriebsratswahlen zuzulassen. Falls nicht, werde man den Auftrag kündigen. Die Drohung wirkte.

Der nachhaltigste Effekt dürfte aber das „Empowerment“ der Aktiven in der Wachbranche sein. Im Gegensatz zur oft praktizierten Stellvertreterpolitik ist es Ziel von Organizing, die Beschäftigten in die Lage zu versetzen, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden. In Hamburg gibt es nun ein Aktiventreffen der Wachleute unter dem Dach von ver.di, in dem regelmäßig Aktionen geplant werden. Basierend auf den Erfahrungen aus der Wachbranche, werden derzeit in einem zweiten Projekt Beschäftigte in der Logistikbranche organisiert.

Peter Bremme, Hamburger Fachbereichsleiter für besondere Dienstleistungen, hofft, auf dem ver.di-Bundeskongress im Oktober zusätzliche Ressourcen für Organizing werben zu können: „Wir können in Würde weiter schrumpfen und altern oder jetzt handeln.“ Bremme will mithilfe von Organizing weg von der Stellvertreter-Gewerkschaft hin zur Selbstorganisation von ArbeitnehmerInnen, so wie Gewerkschaften ursprünglich auch begonnen haben. Um Organizing ernsthaft zu betreiben müsse ver.di aber erheblich mehr Finanzmittel aufwenden. Ein wichtiger nächster Schritt könnte sein, eine Organizing-Akademie aufzubauen, in der Haupt- und Ehrenamtliche die Methoden von Organizing erlernen können. ●

## Never work alone

**Organizing ist mehr als bloße Mitgliederwerbung. Modelle und Ansätze dieses Konzepts stellt das gerade erschienene Buch „Never work alone“ vor. Australische, britische und US-amerikanische GewerkschafterInnen zeigen in ihren Beiträgen, wie sie mithilfe von Organizing ein neues Denken in ihren Organisationen befördern und so mittelfristig die Mitgliederzahlen zumindest stabilisieren und in Einzelfällen auch erheblich steigern konnten.**

**Anhand des Beispiels der Hamburger Wachbranche oder auch der Lidl-Kampagne, in der Organizing-Elemente angewandt wurden, werden erste Organizing-Erfahrungen hierzulande beschrieben.**

**Die Herausgeber, allesamt Hauptamtliche aus dem ver.di-Bezirk Hamburg, sind erklärte Verfechter des Organizing-Ansatzes und fordern ihre Gewerkschaft auf, Organizing als eines der wichtigsten Instrumente zur Mitgliederwerbung zu etablieren.**

Peter Bremme, Ulrike Fürniß, Ulrich Meinecke:  
*Never work alone, Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 276 Seiten.*

19,80 Euro

[www.neverworkalone.de](http://www.neverworkalone.de)

## kurz&bündig



**Die GEW kritisiert die Pläne der Bundesregierung, das BAföG**

**Ende 2008 um lediglich fünf Prozent anzuheben. Der BAföG-Beirat der Bundesregierung hatte empfohlen, dass die Bedarfssätze nach sechs Nullrunden um 10,3 Prozent erhöht werden müssten.**



**Die IG Metall Dresden fordert in einer Petition an den Bundestag,**

**der Leiharbeit gesetzliche Grenzen zu setzen. Dazu gehöre, diese Beschäftigungsform auf ein Jahr zu begrenzen. Außerdem soll ein Veto des Betriebsrats bei der Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in Leiharbeitsplätze möglich sein.**

[www.igmetall.de/homepages/dresden](http://www.igmetall.de/homepages/dresden)

## Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative

### Appell für die Würde

Um den Dialog zwischen Kirche und Gewerkschaft zu verbessern, hat sich eine Initiative aus Vertretern beider Institutionen gegründet. Zu den Themen, mit denen sich die gemeinsame Initiative befassen will, gehören insbesondere Massenarbeitslosigkeit, die vielfach mangelhaften Bildungschancen, zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen, die Perspektivlosigkeit junger und älterer Menschen sowie die verfestigte Spaltung der Welt in arme und reiche Nationen.

In einer gemeinsamen Erklärung weist die Initiative darauf hin, dass die Würde des Menschen ständig gefährdet sei. „Deshalb müssen wir gegenseitig für sie eintreten und sie gemeinsam schützen, damit alle Menschen teilnehmen können

an den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten des Lebens. Die Verletzung der Würde auch nur eines Menschen kann Auswirkungen für alle haben. Wer ein Unrecht zulässt, bahnt dem nächsten den Weg“, heißt es. Und weiter: „Die Würde des Menschen verlangt nach sozialer Gerechtigkeit. Denn nur bei umfassender Verteilungsgerechtigkeit kommt es zu gemeinsamer Beteiligungsgerechtigkeit. Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit werden so in einem Gleichgewicht gehalten: Alle sollen genug haben; niemand darf nur zum Kostenfaktor oder gar für überflüssig erklärt werden.“

Es sei an der Zeit, das große Reformprojekt „Erwerbsarbeit für alle“ zu beginnen und den Menschen gute und sichere Arbeitsplät-

ze und damit ein Einkommen zu bieten, dass ihnen ein Leben ohne existenzielle Sorgen ermöglicht.

Das Hauptproblem auf dem Arbeitsmarkt sei das Fehlen ausreichend finanzierter Arbeit. Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sei mit diesem Geld und mit Mitteln aus einem sozial gerechten Steuersystem die öffentliche Infrastruktur zukunftsfähig auszubauen.

Zu einer gerechteren Gesellschaft gehöre auch ein Bildungssystem ohne soziale Barrieren, zu dem alle Menschen Zugang haben und das auf das ganze Leben angelegt ist. Bildung sollte die Entwicklung der individuellen Begabungspotenziale fördern, Orientierung geben und die Teilhabe in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen. •

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Die DGB-Bundesvorstandsverwaltung sucht eine/einen

## Referatsleiterin/Referatsleiter für das „Handwerkssekretariat“

Die Tätigkeit beinhaltet die Koordinierung und Betreuung der Politik der Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen in den Organen der Selbstverwaltung des Handwerks einschließlich der Sach- und Rechtsberatung mit Schwerpunkt Handwerkskammern sowie Handwerksorganisationen und den damit verbundenen weiteren Aufgaben. Hierzu gehören auch Referententätigkeiten bei überregionalen und regionalen Fachtagungen und weitere Aufgaben. Das Handwerkssekretariat ist im DGB für die Ordnungspolitik im Handwerk zuständig.

Die Bewerber/Bewerberinnen sollen über folgende Kompetenzen verfügen:

- **möglichst abgeschlossenes Hochschulstudium oder gleichwertige einschlägige Fähigkeiten und Kenntnisse,**
- **gute Kenntnis der Selbstverwaltungsstrukturen im Handwerk und der Handwerksorganisationen sowie Vertrautheit mit dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks,**
- **mehnjährige Berufserfahrung und Zusatzwissen,**
- **mehnjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit,**
- **gute Kenntnisse in den oben erwähnten thematischen Bereichen,**
- **sicherer Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken.**

Es handelt sich um eine Vollzeit-Stelle, die nach Entgeltgruppe 8 des DGB-Entgeltsystems 2003 vergütet wird. Die Einstellung erfolgt zum 01.09.2007.

Es gelten die Allgemeinen Anstellungsbedingungen des DGB. Voraussetzung ist die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft.

**Bewerbungen bitte bis zum: 23.07.2007**

zu richten an: **DGB-Bundesvorstandsverwaltung, Bereich Personal**  
**Herrn Wolfgang Baumgartner**  
**Henriette-Herz-Platz 2**  
**10178 Berlin**

## Initiative Trendwende

### Zukunftscamps – Future Now!

80 000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss – und mit kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Rechtzeitig vorm Übergang von der Schule in den Beruf Jugendliche stärken und ihnen neue Perspektiven geben, das wollen DGB und Gewerkschaften mit dem Projekt „ZUKUNFTSCAMPS – FUTURE NOW“. Das Vorhaben wurde im Rahmen der „Initiative Trendwende“ initiiert und wird organisatorisch vom DGB-Bildungswerk sowie der Universität Lüneburg getragen. Vom 6. bis 26. August finden die ersten zwei Pilotcamps in den Bildungsstätten Flecken-Zechlin in Brandenburg sowie in Hattingen in Nordrhein-Westfalen statt.

„Wir wollen mit den Camps von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen die notwendige Unterstützung geben, damit sie ihre Talente zeigen und sie in ihrer Gestaltungskompetenz gestärkt werden können“, erläutert DGB-Vorstand

Dietmar Hexel. Die Camps richten sich an SchülerInnen, die die achte Klasse beendet haben. „2007 nehmen insgesamt 120 Jugendliche teil, die sich über ihre Schulen beworben haben“, so Heidi Walter vom DGB-Bildungswerk, die das Projekt leitet.

Das Konzept für die Camps hat die Universität Lüneburg unter der Leitung von Prof. Dr. Ute Stoltenberg erarbeitet. Es orientiert sich am Konzept der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Dabei erwerben die Jugendlichen neues Wissen und Kompetenz in Projekten mit zukunftsbedeutsamen Inhalten, die sich ganz konkret auf ihre eigene Lebenswelt beziehen. „Ich will an meiner Zukunft was ändern“ schrieb ein Jugendlicher in seiner Bewerbung. Dafür sollen die Camps Mut machen und die Zukunftschancen der Jugendlichen erweitern. •

[www.zukunftscamps.de](http://www.zukunftscamps.de)

EU-Jahr der Chancengleichheit

## Ein Flickenteppich an Maßnahmen

Noch gut fünf Monate bleiben, um im EU-Jahr der Chancengleichheit auch in Deutschland nachhaltige Zeichen zu setzen. Denn was bisher hierzulande erreicht wurde, ist nur wenig überzeugend, meint Claudia Menne.

Die deutsche Ratspräsidentschaft im EU-Jahr der Chancengleichheit ist beendet und wird von fast allen Seiten als Erfolg gesehen. Insbesondere die Einigung auf einen veränderten Fahrplan für einen neuen Grundlagenvertrag wird als Meilenstein in die Geschichte der EU eingehen.

Das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ hat indes noch fünf Monate Zeit, auch in Deutschland noch die eine oder andere nachhaltige und positive Spur zu hinterlassen. Derzeit verfestigt sich allerdings der Eindruck, **dass jenseits eines eher mühsam zur Schau gestellten Zweckoptimismus der Verantwortlichen der Funke der Begeisterung nicht überspringen wird.** Dabei gäbe es so viel zu tun!

Die so notwendige Einbeziehung der Zivilgesellschaft, die als Garant für einige erfolgreiche Veranstaltungen hätte wirken können, fand und findet fast überhaupt nicht statt. Der nationale Beirat zur Umsetzung der strategischen Planung wurde nur einmal einberufen. Zahlreiche politische Aktivitäten, Maßnahmen und Vorschläge von Verbänden und Vereinen wurden bei der Finanzierung kaum berücksichtigt – die in der Tat sehr geringen europäischen Mittel fließen in so genannte Leuchtturmprojekte, die zum Teil auch noch Maßnahmen der Bundesregierung sind.

Eines der Hauptanliegen bei der Umsetzung des EU-Jahrs in Deutschland sei „die Stärkung des Bewusstseins in der Gesellschaft in Bezug auf die positiven Aspekte von Vielfalt, Respekt, Anerkennung und Toleranz“, beschreibt die Bundesregierung ihre nationale Strategie. **Doch dieser formulierte Anspruch scheint weit entfernt von der politischen Realität.**

Die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der betrieblichen Praxis nutzt in erster Linie dem Heer an Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien, die den Unternehmen eine Schmalspur-Umsetzung empfehlen. Knapp ein Jahr nach Inkrafttreten des AGG steht fest: Die von der Wirtschaft heraufbeschworene Klageflut blieb aus – wie auch kaum anders zu erwarten war. Nach Einschätzung von Experten findet Diskriminierung am Arbeitsplatz lediglich verdeckter statt als vorher. Auch Themen wie die fehlende Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern bleiben ein Dauerbrenner. **Ein offensiveres Eintreten der Bundesregie-**

**rung zur Umsetzung des Gesetzes wäre ein deutliches Signal an die Privatwirtschaft,** gegen Diskriminierung im Arbeitsleben konsequenter als bisher vorzugehen.

Die von der Wirtschaft als Selbstverpflichtung favorisierte „Charta der Vielfalt“ ist geeignet, Respekt und Toleranz am Arbeitsplatz zu befördern. Trotzdem verwundert es, warum die Verbreitung dieser Charta im Jahr der Chancengleichheit hauptsächlich mit öffentlichen Mitteln und nicht von der Wirtschaft selbst gefördert wird. Viele der unterzeichnenden Unternehmen wären von ihren finanziellen Möglichkeiten und ihren Kapazitäten in der Öffentlichkeitsarbeit durchaus in der Lage, einen Beitrag dazu zu leisten.

Ein weiteres politisches Signal der letzten Wochen **konterkariert zudem die edlen Absichten des europäischen Jahres.** Die vom Kabinett vorgelegte und vom Parlament letztendlich beschlossene restriktivere Auslegung von aufenthalts- und asylrechtlichen EU-Bestimmungen weisen in eine andere Richtung. Insbesondere Verschärfungen im Bereich des Familiennachzugs, bei Eheschließungen und im Staatsangehörigkeitsrecht tragen nach Auffassung des DGB und anderer Verbände wie dem Deutschen Frauenrat dazu bei, das Misstrauen gegenüber MigrantInnen in unserer Gesellschaft deutlich zu verschärfen. Alles in allem ergibt sich ein Flickenteppich an Initiativen, Maßnahmen und widersprüchlichen politischen Botschaften.

Vor dem Spiel ist nach dem Spiel: Diese Fußballweisheit gilt vielfach auch im politischen Alltag. Während das Europäische Jahr der Chancengleichheit ein eher trübes Dasein fristet, laufen bereits die Vorbereitungen für das Europäische Jahr der kulturellen Vielfalt 2008 an. Es würde die Chance bieten, **Deutschland auch jenseits einer Fußball-WM mit weltoffenem und tolerantem Gesicht zu präsentieren – eine Chance, die im Jahr der Chancengleichheit weitgehend verspielt wurde.** Die nationale Durchführungsstelle hatte diese Erkenntnis bereits zu Beginn des Jahres vorweggenommen: „Die Erwartung, durch die Aktionen zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit nachhaltig eine ähnlich euphorische Stimmung wie die während der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2006 zu erzeugen, ist sicherlich hoch gegriffen.“ Schade! ●



Claudia Menne, 45, leitet den Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

## Nicht ausreichend

**Die Rechtslage ist gut: Niemand darf in der Europäischen Union wegen des Geschlechtes, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Die Realität ist eine andere: Auch die EU ist keine Insel der Glückseligkeit. Die EU hat deshalb 2007 zum Jahr der Chancengleichheit für alle**

**erklärt, um das Bewusstsein für Diskriminierungen zu schärfen und für Vielfalt als positiven Wert zu werben.**

**Das halten auch viele EU-BürgerInnen für notwendig: 51 Prozent von ihnen erklärten 2006 in einer repräsentativen Umfrage, dass in ihrem Land zu wenig unternommen würde, um Diskriminierung zu bekämpfen.**

**Am zufriedensten waren noch die Zyprioten, die zu 67 Prozent die Maßnahmen für ausreichend halten, gefolgt von den Finnen (64 %) und den Österreichern (61%). Deutschland rangiert mit 49 Prozent im Mittelfeld, Schlusslichter sind Schweden (28 %) und Polen (24 %).**

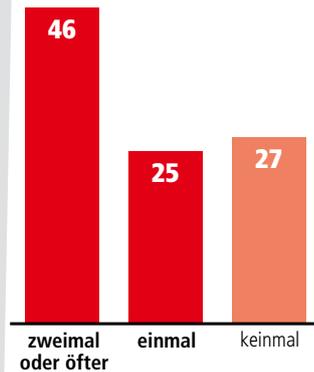
# DIES & DAS

## dieDGBgrafik

### BESCHÄFTIGTE: Zwei Drittel arbeiten auch im Krankheitsfall

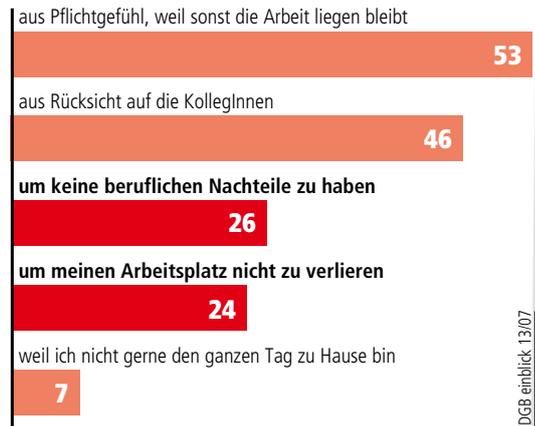
**Die rückläufigen Krankenstände in den Betrieben sind kein Indikator für eine bessere Gesundheit der Beschäftigten, sondern für die wachsende Angst um den Arbeitsplatz: Zwei Drittel der Beschäftigten sind im vergangenen Jahr zur Arbeit gegangen, obwohl sie sich richtig krank gefühlt haben. Jeder zweite Beschäftigte hat sogar mehrmals trotz Krankheit gearbeitet. Für jeden vierten Beschäftigten war die Angst vor beruflichen Nachteilen Anlass, die Arbeit wichtiger zu nehmen als die Wiederherstellung der Gesundheit.**

Wie oft sind Sie in den letzten zwölf Monaten zur Arbeit gegangen, obwohl Sie sich richtig krank gefühlt haben? (in Prozent)



Quelle: Bertelsmann-Stiftung, Gesundheitsmonitor 2006

Warum sind Sie trotz gesundheitlicher Beschwerden zur Arbeit gegangen? (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



© DGB einblick 13/07

## Tipp

**Film:** *Als der Wind den Sand berührte*, Filmstart: 26. Juli 2007

Beim G8-Gipfel spielte die Hilfe für Afrika eine zentrale Rolle, und die EU will den Kontinent in den Mittelpunkt ihrer Migrationspolitik stellen. Nicht zuletzt weil jedes Jahr zig Afrikaner versuchen, in kleinen Booten europäisches Hoheitsgebiet zu erreichen – und viele bei diesem Versuch ums Leben kommen. Bis auf wenige Ausnahmen assoziieren wir Europäer Afrika mit Bürgerkrieg, Vertreibung, Armut und Hunger. Doch die Bilder vom „schwarzen Kontinent“ bleiben meist anonym, Einzelschicksale begegnen uns selten. Die Filme-

macherin Marion Hänsel durchbricht diese Anonymität mit ihrem Spielfilm, der beim Filmfest Emden-Norderney 2007 mit dem DGB-Filmpreis ausgezeichnet wurde. Sie erzählt die Geschichte des afrikanischen Dorflehrers Rahne und seiner Familie. Von Hunger und Dürre bedroht, verlassen sie ihr Heimatdorf und geraten auf ihrer Odyssee zwischen die Fronten verfeindeter Regierungs- und Rebellentruppen. In Rahnes Erlebnissen rückt afrikanische Realität mit einem Mal ganz nah: Menschenhandel, Korruption, verdorrtes Land, übersät mit Landminen – und das einzige was in diesem Chaos manchmal bleibt: die Familie.

**Buch:** *Thomas Gesterkamp, Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere*, Herder spektrum 2007, Freiburg, 160 Seiten, 8,90 Euro

Das neue Elterngeldgesetz wirkt: In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten haben sieben Prozent der Väter Elternzeit in Anspruch genommen, doppelt so viele wie zuvor. Doch die Hindernisse und Vorurteile, auf die Väter stoßen, wenn sie Kind und Karriere vereinbaren wollen, sind nach wie vor groß. Anhand konkreter Beispiele für eine gelungene Balance macht der Autor Männern Mut, sich auf das Wagnis aktiver Vaterschaft einzulassen.

## 35 TAGE

**22. – 26.7.** Weltkongress der Bildungsinternationale „Pädagogen – gemeinsam für eine Bildung von hoher Qualität und sozialer Gerechtigkeit“, Berlin

**26.7.** DGB-Region Landshut, Gesprächskreis „Runder Tisch gegen rechts“, Landshut

**28. – 31.7.** IG BCE, Sommerakademie „Fünfzehn Jahre Soziale Marktwirtschaft in Ostdeutschland – Wie geht es weiter?“, Kugel-Möhlenhorst

**29. – 30.7.** Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB), Gewerkschaftskongress, Lissabon

**8.8.** DGB NRW, Aktionstag für die Mitbestimmung „Für den Erhalt eines starken LPVG!“, Düsseldorf

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. **Der nächste einblick erscheint am 20. August 2007.**



## Schlusspunkt.

„Die Gewerkschaften könnten zur Heuschrecke werden.“

Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zum Deutschlandfonds, dem SPD-Vorschlag zur Mitarbeiterbeteiligung, Welt, 2. Juli 2007.

Fachkräftebedarf

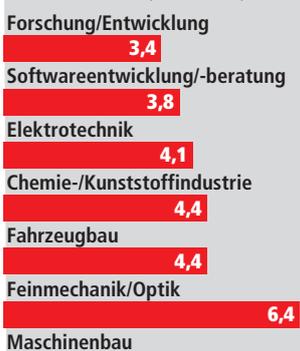
## Zuwanderung kein Allheilmittel

Das Thema „Fachkräftemangel“ bestimmte bereits vor der Sommerpause die politischen Debatten. Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie beklagte, der Branche würden „einige Tausend“ Ingenieure fehlen. Der IT-Arbeitgeberverband BITKOM zählte nach eigenen Angaben gar 20 000 nicht besetzte Stellen. Die Forderung der Verbände war einhellig: kurzfristige Erleichterungen bei der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte.

Zuwanderung als Königsweg heraus aus dem Fachkräftemangel – die Gewerkschaften haben Zweifel. „Die Diskussion um Zuwanderung verfehlt den Kern des Problems. Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen bedarf es nachhaltig mehr betrieblicher Ausbildungsplätze und mehr Qualifikation“, betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der DGB fordert deshalb, gerade angesichts der guten Konjunktur, eine Qualifizierungsoffensive für Arbeitslose. Tatsächlich ist es mit dem Weiterbildungsengagement der deutschen Wirtschaft nicht gut bestellt (siehe Seite 7). Und gerade die Branchen, die jetzt das Fehlen qualifizierter

### Deutlich unterm Schnitt

Ausbildungsquote ausgewählter Branchen 2005 (in Prozent)



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berufsbildungsbericht 2007

© DGB einblick 14/07

MitarbeiterInnen bemängeln, hinken bei der Ausbildung eigener Nachwuchskräfte hinterher.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert von den Unternehmen mehr Eigeninitiative. BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker betont, Zuwanderung sei „nicht das Allheilmittel.“ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA (IAB) empfiehlt der Wirtschaft stattdessen alternative Maßnahmen, zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle für die Integra-

**Besonders die Elektrotechnik- und die IT-Branche beklagen derzeit einen Mangel an qualifizierten Fachkräften. Kaum verwunderlich, betrachtet man die Ausbildungssituation in ihren Unternehmen. Nach Meinung der IG Metall wäre in der Metall- und Elektroindustrie eine Ausbildungsquote von sieben Prozent nötig, um den Fachkräftebestand „nachhaltig zu sichern.“ Entsprechende Forderungen formuliert die Gewerkschaft in ihren Vorschlägen für eine „Fachkräfte-Initiative“.**

tion hochqualifizierter Frauen in den Arbeitsmarkt.

Trotzdem reißt die Diskussion um Zuwanderung ausländischer Fachkräfte nicht ab. Das Bundeswirtschaftsministerium hält es etwa für denkbar, den deutschen Arbeitsmarkt vorzeitig für Fachkräfte aus Osteuropa zu öffnen. Eigentlich steht die Entscheidung über die Arbeitnehmerfreizügigkeit für BürgerInnen der neuen EU-Staaten erst 2009 an. Der DGB sieht keine Notwendigkeit, diese Entscheidung vorzuziehen. „Sinnvoll wäre vielmehr, das bereits bestehende Zuwanderungsgesetz für eine vorsichtige Öffnung des Arbeitsmarktes zu nutzen“, meint Buntenbach. Der DGB befürwortet etwa eine geringere Einkommensschränke für zuwandernde Fachkräfte und einfachere Regelungen für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen, die eine Tätigkeit in Deutschland aufnehmen wollen. An erster Stelle müsse aber die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns stehen, um Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben – für in- und ausländische Beschäftigte. ●

## inhalt

Seite 3

### Verkehrte Welt

**Normale Arbeit, in Vollzeit, unbefristet und sozialversichert, wird zur Ausnahme. Die Politik hat's so gewollt**

Seite 5

### Länder entsolidarisieren sich

**Das Zauberwort der Föderalismusreform II heißt Schuldenbremse. Sie könnte sich schon bald als Falle erweisen**

Seite 7

### Der Schrumpfkurs bringt nichts

**Mitten im Aufschwung überrascht die Wirtschaft mit zunehmender Weiterbildungsabstinenz. Dem Unternehmenserfolg dient das nicht, meint Klaus Heimann**

## plusminusBERLIN

**+** **Max Stadler (FDP) und Wolfgang Neskovic (Linke), Obleute ihrer Fraktion im BND-Untersuchungsausschuss, fordern Änderungen des Strafgesetzbuches. Journalisten dürften nicht wegen Geheimnisverrats bestraft werden, wenn sie aus vertraulichen Akten zitieren.**

**-** **Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) lehnt es trotz einer angedrohten Klage des SPD-Abgeordneten Jörg Tauss ab, den Vertrag mit dem Mautbetreiber Toll Collect offen zu legen. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz wäre Tiefensee dazu verpflichtet.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)  
Informationen zum Antikriegstag 2007

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Vorschlag der IG Metall für eine Fachkräfte-Initiative



## SEMINARE 2008

Arbeitnehmerhaftung / Lenk- und Ruhezeiten /  
Spezialseminare zum Arbeitsrecht

Die zunehmende **Verkehrsdichte** birgt für alle, die täglich fahren und transportieren, **besondere Gefahren**. Hektik, Stress und Unachtsamkeit können **schwere Folgen** haben.

Bei **Verkehrsv Verstößen** und grober **Fahrlässigkeit** ist Hilfe rar. **Hier hilft die GUV/FAKULTA mit Unterstützungsleistungen.**

Grundseminar ANH I 1*)	10.03. - 12.03.	Willingen und Lindau
Grundseminar ANH I 1*)	25.02. - 27.02.	Berlin
Grundseminar ANH I 1*)	14.04. - 16.04.	Bad Winsheim und Willingen
Grundseminar ANH I 1*)	31.03. - 02.04.	Kühlungsborn
Grundseminar ANH I 1*)	18.10. - 10.10.	Kühlungsborn
Grundseminar ANH I 1*)	13.10. - 15.10.	Inzell und Berlin
Grundseminar ANH I 1*)	20.10. - 22.10.	Willingen
Grundseminar ANH I 1*)	27.10. - 29.10.	Prüm
Grundseminar ANH I 1*)	17.11. - 19.11.	Lohr
Grundseminar ANH I Post 3*)	14.04. - 16.04.	Gladenbach
Grundseminar ANH I Feuerwehr- und Rettungsdienste 4*)	09.06. - 11.08.	Willingen
ANH II 2*)	12.03. - 14.03.	Lohr
LuR Digi	05.03. - 07.03.	Bad Wildungen
LuR Digi	09.04. - 11.04.	Willingen
LuR Digi	18.06. - 20.06.	Willingen
LuR Digi	08.10. - 10.10.	Bad Wildungen
LuR Digi	05.11. - 07.11.	Willingen
Gefahren im AD	20.02. - 22.02.	Kühlungsborn
Gefahren im AD	20.10. - 22.10.	Ludwigsburg

1\*) Arbeitnehmerhaftung bei berufsbedingter direkter oder indirekter Beteiligung am öffentlichen und nicht öffentlichen Straßen- und Werksverkehr

2\*) Voraussetzung ist die Teilnahme an einem ANH I-Grundseminar

3\*) Arbeitnehmerhaftung bei berufsbedingter direkter oder indirekter Beteiligung am öffentlichen und nicht öffentlichen Straßen- und Werksverkehr für Beschäftigte bei der Deutschen Post AG

4\*) Arbeitnehmerhaftung bei berufsbedingter direkter oder indirekter Beteiligung am öffentlichen und nicht öffentlichen Straßen- und Werksverkehr für Beschäftigte bei Rettungsdiensten und Feuerwehr

### Infos & Anmeldung

WeSchu GmbH  
Ruhrstr. 11

Tel. 07141 298587-0  
Fax 07141 298587-7

71636 Ludwigsburg

www.weschu-gmbh.de

# einblick<sup>14/07</sup> POLITIK

Ganztagschulen

## Bundesmitten drohen zu verfallen

Von den vier Milliarden Euro, die der Bund den Ländern noch unter Rot-Grün für den Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung gestellt hat, sind bislang nur 2,3 Milliarden Euro genutzt worden. Vier der 16 Bundesländer – Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern – haben sogar weniger als 50 Prozent der ihnen zustehenden Investitionsmittel abgerufen – allen Beteuerungen zur Verbesserung des Förderangebots in den Schulen zum Trotz. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung

auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Lothar Ibrügger hervor.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) befürchtet, dass ein Teil der Fördergelder des Ende 2009 auslaufenden Programms verfallen könnte. Denn die Auszahlung der Bundesmittel ist erst nach Erreichen des jeweiligen Baufortschritts möglich. Eine Verlängerung der Frist über 2009 hinaus wäre aber rechtlich schwierig, weil seit der Föderalismusreform Investitionsanreize des Bundes im Schulbereich unzulässig sind. •

Altersgrenze der Betriebsrente

## Kein Handlungsbedarf

Die Betriebsrenten müssen nicht an die Rente mit 67 angepasst werden. Es bestehe „kein zwingender Handlungsbedarf“, sagte DGB-Arbeitsrechtlerin Martina Perreng auf *einblick*-Anfrage. Grundsätzlich könnten Betriebsrenten frühestens ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. In den seltensten Fällen sei ausdrücklich das 65. Lebensjahr vereinbart. Aber selbst dann müsse keine Anpassung der Altersgrenze erfolgen. „Es kann davon ausgegangen werden, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter gemeint ist“, erklärte Perreng.

Bestrebungen des Bundesfinanzministeriums, den frühestmöglichen Bezug von 60 auf 62 zu erhöhen, lehnt der DGB ab. Es müsse den Versicherten frei gestellt bleiben, die Betriebsrente zusätzlich zum Einkommen zu beziehen. Vor allem Arbeitslose und Bezieher von Teilrenten seien darauf angewiesen.

Die Metall-Rente von IG Metall und Gesamtmetall, nach eigenen Angaben „das größte Versorgungswerk Deutschlands“, hat auf die Erhöhung des Rentenalters bereits reagiert. Bisher bestand die Möglichkeit, die betriebliche Altersvor-

sorge zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr in Anspruch zu nehmen. Diese Option sei nach dem Rentenbeschluss des Bundestags im März um zwei Jahre verlängert worden, erklärte ein Sprecher.

Das gesetzliche Renteneintrittsalter steigt ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre. Betroffen sind alle Jahrgänge ab 1947. •

Lohnsteuer 2009

## DGB für Reform

Berufstätige Ehepaare können ab 2009 die gemeinsame Lohnsteuer entsprechend ihrem jeweiligen Einkommensanteil bezahlen. Wer zum Beispiel 25 Prozent des Haushaltseinkommens verdient, zahlt auch 25 Prozent der gemeinsamen Steuerschuld. Das sieht der Kabinettsentwurf des Jahressteuergesetzes 2008 vor. Der DGB begrüßt das. Die Reform sorge für mehr Gerechtigkeit, erklärte Steuerexperte Hartmut Tofaute. Bislang seien die meisten Verheirateten in den Steuerklassen 3/4. „Das heißt, wer weniger verdient, hat auch noch die schlechtere Steuerklasse.“ •

# GEWERKSCHAFTEN

Atypische und prekäre Beschäftigung

## Normale Arbeit verschwindet

*Verkehrte Welt: Arbeit in Vollzeit, unbefristet und sozialversichert, wird zur Ausnahme. Teilzeitarbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung wird zur Regel. Die Politik hat's so gewollt. DGB und Gewerkschaften stellen sich dieser Herausforderung.*

Das Heer der Billiglöhner – der Ein-Euro-Jobber, der Praktikanten, Leiharbeiter und unfreiwillig Selbstständigen – wächst. Nicht zufällig, sondern als Ergebnis politischer Entscheidungen: Beispielsweise ist mit Hartz II 2003 die Verdienstgrenze für Minijobs auf 400 Euro angehoben worden. Hartz IV hat uns 2005 die Ein-Euro-Jobs beschert. Neueinstellungen konnten früher maximal für ein Jahr befristet werden, mittlerweile sind zwei Jahre möglich. Die Begrenzung der Leiharbeit auf ursprünglich drei Monate ist zunächst auf sechs, zwölf und 24 Monate erhöht – und dann völlig abgeschafft worden.

Lange genug haben alle Parteien, von CDU bis SPD, das Hohelied vom flexiblen Arbeitsmarkt gesungen. Jetzt ist er da. Die Friedrich-Ebert-Stiftung schätzt, dass über fünf Millionen Menschen, rund 15 Prozent der Beschäftigten, in so genannten prekären Arbeitsverhältnissen stecken: ohne existenzsicherndes Einkommen, ohne soziale Absicherung, ohne Interessenvertretung. Die Zahl der Mini-Jobber ist auf 6,6 Millionen gestiegen.

Die Prekarisierung betrifft aber nicht nur die prekär Beschäftigten. Sie verunsichert auch jene, die noch ein sicheres Arbeitsverhältnis haben, weiß der Jenaer Soziologe Klaus Dörre: „Sie produziert gefügte Arbeitnehmer.“

Und für Nachschub ist gesorgt: Jeder dritte Hochschulabsolvent in den Fächern Wirtschaftswissenschaft, Medizin, Mathematik und Naturwissenschaft absolviert nach dem Studium erst ein Praktikum, unter den Geistes- und Sozialwissenschaftlern jeder zweite. Dabei leistet die Hälfte der Jungakade-

miker reguläre Arbeit, die schlecht oder gar nicht entlohnt wird.

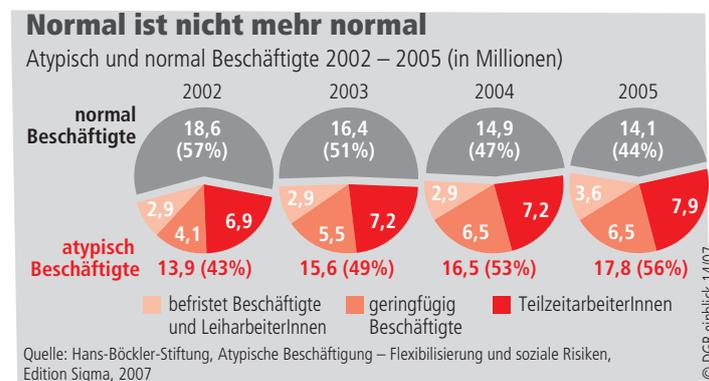
Nach Angaben des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen zählen junge Menschen zu den Gruppen mit besonders hohen Niedriglohnanteilen. 58 Prozent der unter 25-Jährigen bezogen 2005 Niedriglöhne. 1995 waren es noch halb so viele.

DGB und Gewerkschaften reagieren. „Vor allem müssen wir deutlich machen“, sagt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach, „dass es Randbelegschaften nicht geben darf, dass alle Beschäftigten im Betrieb zu einer Gemeinschaft gehören.“ Auch für Detlef Wetzel, den Bezirksleiter der IG Metall NRW, die eine Kampagne für Leiharbeiter

Klaus Kock von der Sozialforschungsstelle Dortmund unterstützt diesen Ansatz. Er glaubt, dass die Gewerkschaften „eine breitere gesellschaftliche Unterstützung“ gegen Billigarbeit mobilisieren könnten, wenn sie stärker „für die Geltung allgemeiner moralischer und ethischer Normen in der Arbeitswelt eintreten“. Eine Parole hat er auch parat: „Fair statt prekär!“

Andere haben das längst begriffen: Während in Deutschland die Gleichbehandlung von Leiharbeitern mit Stammbeschäftigten („equal pay – equal treatment“) nur auf dem Papier steht, gilt sie in vielen europäischen Ländern uneingeschränkt. Französische Zeitarbeitskräfte haben sogar Anspruch auf eine sogenannte Prekaritätsprämie – einen Lohnzuschlag von zehn Prozent.

Der DGB will die Parteien auch weiterhin – „nicht zuletzt im Bun-



**Atypische Beschäftigung ist die Norm: 56 Prozent aller ArbeitnehmerInnen sind geringfügig oder befristet beschäftigt, arbeiten in Teilzeit oder Leiharbeit.**

gestartet hat („Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“), steht „an erster Stelle eine Werte-Entscheidung“: Akzeptiert die Gesellschaft, dass Leiharbeiter weniger verdienen, nur weil sie Leiharbeiter sind? Wetzel: „Werden Arbeitnehmer zweiter Klasse akzeptiert, wird es schnell eine dritte Klasse geben. Die Konsequenz ist der Tagelöhner.“

destagswahlkampf 2009“ (Buntenbach) – mit dem Thema prekäre Beschäftigung konfrontieren.

Bessere Gesetze sind gut, Selbsthilfe ist besser: ver.di organisiert gezielt Selbstständige (<http://freie.verdi.de>), macht ihnen über Mediafon ([www.mediafon.net](http://www.mediafon.net)) konkrete Beratungsangebote. Für Gunter Haake vom ver.di-Referat Selbstständige ist klar, dass alle Gewerkschaften auch Selbstständige vertreten müssen, um auch hier keine neuen Randbelegschaften entstehen zu lassen. •

## Infos satt

**Hans-Böckler-Stiftung, DGB und Gewerkschaften halten eine Menge Informationen zum Thema atypische und prekäre Beschäftigung vor.**

**Einen guten Einstieg bietet die Hans-Böckler-Stiftung: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) (Klick auf Böckler Boxen/Prekäre Arbeitsverhältnisse“).**

**Einen aktuellen Überblick über Entwicklung und Stand der verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung sowie ihre arbeits- und sozialpolitischen Folgeprobleme gibt das Buch „Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken“ von Berndt Keller und Hartmut Seifert, erschienen im Verlag Edition Sigma, Berlin 2007 (15,90 Euro).**

**Thema Zeitarbeit: Empfehlenswert ist das Internetangebot des DGB: [www.dgb.de](http://www.dgb.de) (Klick auf Themen/Tarifpolitik/Zeitarbeit).**

**Die IG Metall hat ein virtuelles Netzwerk für Zeitarbeiter geknüpft: [www.igmetall-zoom.de](http://www.igmetall-zoom.de). ZOOM steht für ZeitarbeiterInnen – Ohne Organisation Machtlos.**

**„Prekäre Beschäftigung – Herausforderung für Gewerkschaften und Politik“ heißt eine Tagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 6. September in Berlin. Pünktlich zur Tagung erscheint ein Reader mit demselben Titel. Das Einzel-exemplar kostet 3,50 Euro frei Haus. Bestellungen per E-Mail an: [bestellservice@toennes-bestellservice.de](mailto:bestellservice@toennes-bestellservice.de)**

**Konferenz**

## Beteiligung und Innovation

Die MitarbeiterInnenbeteiligung ist in der politischen Diskussion der vergangenen Monate verstärkt thematisiert geworden. Bereits seit zweieinhalb Jahren befasst sich das von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützte Verbundprojekt „Transfer innovativer Unternehmensmilieus“ (TiM) mit der Beteiligungskultur und ihrer Wirkung auf die Innovationskraft in den Betrieben. Am 18. und 19. Oktober findet in Rostock-Warnemünde die Abschlusskonferenz des TiM-Projektes unter dem Titel „Erfolgsfaktor Beteiligungskultur“ statt. Am ersten Veranstaltungstag werden die Ergebnisse des Projektes präsentiert. Vier verschiedene Workshops stehen im Mittelpunkt des zweiten Tages. Die Teilnahmegebühr beträgt 45 Euro, inklusive Abendessen am 18. Oktober. •

[www.projekt-tim.org](http://www.projekt-tim.org)  
Tel. 0381 / 49 84 570

**Broschüre**

## Zukunftsfaktor Bildung

Die bildungspolitische Debatte wird innerhalb der Gewerkschaften intensiv geführt. Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) beteiligt sich mit der „Offensive: Bildung“ aktiv an diesem Diskurs. Bildungspolitische Grundsätze, Handlungs-

felder und zentrale Empfehlungen für die nötigen Reformen fasst eine aktuelle Broschüre zusammen. Auf 62 Seiten werden entlang einer Bildungsmatrix die zentralen Bereiche frühkindliche Bildung, Schule, Berufsbildung, Hochschule sowie Weiterbildung auf Chancengleichheit, Durchlässigkeit, Stärkung der Berufsfähigkeit sowie Förderung der Lernkompetenz und des lebenslangen Lernens hin untersucht. Die Broschüre „Offensive: Bildung“ kann kostenlos bei der IG BCE, Abteilung Bildung/Weiterbildung, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover, angefordert werden. Sie steht außerdem im Internet zum Download bereit. •

[www.offensive-bildung.igbce.de](http://www.offensive-bildung.igbce.de)

**Porträtband**

## Viele Frauen, viele Ideen

„Viele Ideen – Viele Taten – Viele Köpfe“ lautet der Titel einer neuen Publikation des IG Metall-Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik. Der Band sammelt Geschichten, wie sie das (Arbeits-)Leben schreibt: Kurzportraits zeigen rund 70 Metallerinnen in ihrem gewerkschaftlichen Wirken, ihre Motive und Ideen. Von der Jugend- und Auszubildendenvertreterin, über Betriebsrätinnen und hauptamtliche IG Metall-Mitarbeiterinnen bis hin zu Aufsichtsrätinnen. Sie berichten über ihren Werdegang in den Betrieben und ihr Engagement

Betriebs- und Personalräte sowie Schwerbehindertenvertretungen veröffentlicht: „Gemeinsam gegen Mobbing – Arbeitskonflikte an der Quelle bekämpfen“. Sie liefert Hilfestellung sowohl für die Konfliktbearbeitung bei konkreten Mobbingfällen als auch für die Prävention. Die Broschüre ist zum Preis von fünf Euro bei der Richard Scholz GmbH erhältlich. •

[verdi@scholz-direkt.de](mailto:verdi@scholz-direkt.de)  
Tel. 030 / 67 98 21 50

**Ratgeber**

## Strategien gegen Mobbing

Das Phänomen gibt es schon lange, den Begriff erst seit einigen Jahren: Mobbing betrifft nach aktuellen Erhebungen mindestens 1,5 Millionen Beschäftigte in der Bundesrepublik. Der ver.di-Bereich Sozialpolitik und die IG Metall haben jetzt eine Arbeitshilfe für

**Das neue einblickMAGAZIN ist da: Unter dem Titel „Sozialstaat – Die Herausforderungen meistern“ kommen neben prominenten VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften und Unternehmen auch**



**die zu Wort, die vom Umbau der Sozialsysteme direkt betroffen sind: Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen, Niedriglöhner mit einem Stundenlohn unter fünf Euro und Menschen, die in ihrem Beruf keinesfalls bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können. In Reportagen und Essays werden Modelle und Konzepte zur Zukunft des Sozialstaats diskutiert und Beispiele guter, zukunftsweisender Praxis vorgestellt. Das neue einblickMAGAZIN gibt es ab sofort bei den DGB-Regionen und den Gewerkschaften vor Ort. •**

[www.einblick.dgb.de/magazin](http://www.einblick.dgb.de/magazin)

in der IG Metall. Der Band zeigt: Durch „viele Ideen, viele Taten, viele Köpfe“ ist es den Frauen gelungen, ein unverzichtbarer Teil der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit zu werden. •

Download: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de) unter „Links der Ausgabe“

**Ratgeber**

## Infos für Azubis

„Von Ausbildungsvertrag bis Zeugnis“: Der Untertitel des kleinen Ratgebers „Meine Rechte als Azubi“ (W. Bertelsmann Verlag, Biele-

feld 2007, 140 Seiten, 9,90 Euro), ist Programm. Julia Müller, Autorin für das Online-Portal [www.doktorazubi.de](http://www.doktorazubi.de) der DGB-Jugend, spricht Jugendliche direkt an: Stress mit dem Chef, Zweifel an der Qualität der Ausbildung, Fragen zur Formulierung von Briefen – all das wird praxisbezogen und systematisch abgehandelt. Übersichtlich gestaltet durch diverse Kontaktadressen und verständlich formuliert bietet der Band eine solide Basis für den Start in die Ausbildung. •

**Nachschlagewerk**

## Beamtenrecht aktuell

In neunter, überarbeiteter und aktualisierter Auflage ist der Band „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte 2007/2008“ des DGB-Bundesvorstands erschienen. Das 308 Seiten starke Nachschlagewerk informiert über die neuesten Entwicklungen im Beamtenrecht nach Verabschiedung der Föderalismusreform I, enthält Praxisbeispiele, Tipps und Besoldungstabellen. Gewerkschaftsmitglieder können den Band zum Vorzugspreis von fünf Euro zuzüglich 2,50 Euro Versandkosten bestellen, Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro plus 2,50 Euro für den Versand. •

[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)  
[infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de)

## interregio

••• Der **DGB-Bezirk Nord** und die **DGB-Senioren Hamburg** laden am 28. August zu einer **Veranstaltung** mit dem Thema „Ist die drohende Altersarmut vermeidbar?“ ein. Referent Heinz Stapf-Finé, Bereichsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand, geht dabei der Frage nach, ob der derzeit geltende „Generationenvertrag“ noch ausreicht, um die künftigen Herausforderungen der Alterssicherung zu meistern. Veranstaltungsbeginn ist um 16 Uhr im Hamburger Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60. Anmeldung: Tel. 040 / 28 58 680, Fax 040 / 28 58 251

### Länder entsolidarisieren sich

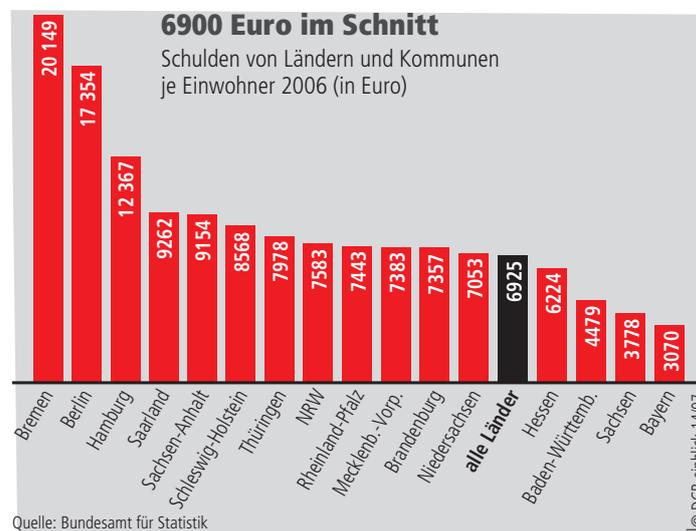
Das Zauberwort der Föderalismusreform II heißt *Schuldenbremse*. Sie soll dafür sorgen, dass Bund und Länder sich nicht mehr unbegrenzt verschulden dürfen. Doch was auf den ersten Blick vernünftig klingt, könnte sich schon bald als Einstieg in die Entsolidarisierung der Länder erweisen.

Ab 2009 wollen Bund und Länder ihre Finanzbeziehungen von Grund auf neu regeln. Bereits bei der Klausursitzung der Föderalismuskommission Mitte September sollen erste Entscheidungen fallen. Vor allem über die Einführung einer Schuldenbremse. Das neue Instrument, auf das sich die Unterhändler von Union und SPD, der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck im Prinzip bereits verständigt haben, soll verhindern, dass die Staatsverschuldung immer weiter wächst.

Ende 2006 lagen die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen bei 1480 Milliarden Euro. Das sind 17 975 Euro je Einwohner, 481 Euro mehr als ein Jahr zuvor. In Zukunft soll der Staat deshalb verpflichtet werden, seine Ausgaben in Aufschwungphasen zu begrenzen und Rücklagen für wirtschaftlich schwierige Perioden zu bilden. Ausgaben und Einnahmen müssen über einen Zeitraum „von fünf bis maximal zehn Jahren“ ausgeglichen werden, fordert Kommissionsvorsitzender Oettinger. Auch in einem anderen Punkt sind sich Union und SPD bereits weitgehend einig: Die Regeln für neue Schulden sollen schärfer gefasst werden. Zwar verbietet das Grundgesetz bereits jetzt eine Nettokreditaufnahme, die die Investitionsausgaben des Staates übersteigt, doch die Regelung aus Artikel 115 Grundgesetz gilt als zu weich.

In einem Gutachten für die Föderalismuskommission hat der

Sachverständigenrat vorgeschlagen, dass von den Investitionen die Erlöse aus dem Verkauf von Staatseigentum und die Abschreibungen abgezogen werden, bevor die maximal zulässige Neuverschuldung abgeleitet wird. Würde der Vorschlag bereits gelten, blieben von den 23 Milliarden Euro Investitionen im Bundeshaushalt 2006 gerade einmal acht Milliarden Euro als Schuldenobergrenze übrig.



**Ende 2006 lag die Verschuldung von Ländern und Kommunen bei 6925 Euro je Einwohner. In den drei Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg war sie zwei- bis dreimal so hoch. Welche Unterstützung die Länder, die ihre Schulden nicht mit Hilfe eigener Steuereinnahmen abbauen können, in Zukunft vom Bund und von den anderen Ländern erhalten, ist eine der Streitfragen bei der Föderalismusreform II.**

Ob die Föderalismusreform so weit gehen soll, ist umstritten. Auch in etlichen anderen Detailpunkten herrscht in der Kommission Uneinigkeit. Die Fronten verlaufen quer durch die Parteien. Bundesinteressen stehen gegen Landesinteressen, neue gegen alte, reiche gegen arme Länder.

Um zu verhindern, dass die wirtschaftlich erfolgreicher Bundesländer die schwierige Gemein-

gelage nutzen, um sich aus ihrer Verantwortung für die ärmeren Länder zu verabschieden, hat der DGB bereits im Juli zwei Positionspapiere zum „Erhalt der Solidarität im Bundesstaat“ und zur „Begrenzung der Staatsverschuldung“ vorgelegt (einblick 13/2007). Darin bekennt sich der DGB zum Schuldenabbau. Weil steigende Zinsausgaben die Gewährleistung staatlicher Aufgaben gefährden könnten,

ist auch für die Gewerkschaften die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen ein wichtiges Ziel. „Die Reduzierung der Staatsverschuldung darf aber kein Selbstzweck sein“, warnt DGB-Vorsitzender Michael Sommer. „Oberste Priorität muss die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet sein.“

Welchen Stellenwert dieser aus der Verfassung abgeleitete Anspruch an den Sozialstaat in Zukunft noch hat, ist einer der zentralen Streitpunkte. Geht es nach den reichen Ländern, soll die Unterstützung der finanzschwachen Länder an die Bedingung geknüpft werden, dass sie ihre Schulden abbauen. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) fordert sogar, dass man „notfalls die Autonomie eines Landes begrenzen“ muss. ●

### Harte Strafen

„Harte Strafen für Schulden“ – das ist der Tenor, der die öffentliche Debatte beherrscht, noch bevor die Föderalismuskommission ihre Arbeit richtig begonnen hat. Dabei ist Deutschland bereits „Weltmeister im Sparen des öffentlichen Sektors“, wie Wirtschaftsweiser Peter Bofinger betont. Gerade einmal um 0,8 Prozent sind die öffentlichen Ausgaben hierzulande in den vergangenen zehn Jahren (1996 bis 2005) im Schnitt gestiegen. Weltweit wuchs der Staatsverbrauch in fast allen anderen Ländern mehr, oft zwischen zwei und drei Prozent. Übersehen werde zudem, dass die Staatsverschuldung vor allem aufgrund der deutschen Einheit und durch weitreichende Steuersenkungen gestiegen ist.

Die Idee einer Schuldenbremse bewertet Bofinger kritisch: Sie würde den Handlungsspielraum des Staates für eine antizyklische Finanzpolitik erheblich einengen, erklärte er Ende Juni auf einem Workshop des DGB zur Föderalismusreform. Wenn die Politik schon das Grundgesetz ändern wolle, sollte sie statt einer Schuldenbremse lieber eine Steuersenkungsbremse einführen, fordert Bofinger. Das würde Steuersenkungen in Zeiten knapper öffentlicher Mittel verhindert.

## kurz & bündig



**Die IG BAU plant, VertreterInnen von Verbänden und Mi-**

**nisterien zu einem „Runden Tisch für Gebäude-Effizienz“ einzuladen. Bis zum Ende des Jahres soll ein gemeinsamer Maßnahmenkatalog entwickelt werden, um die energetische Gebäudesanierung sinnvoll zu fördern und zu gestalten.**



**Die GEW unterstützt die Kinderkommission des Bundestages bei**

**ihrer Forderung, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dazu soll Artikel 6 des Grundgesetzes um einen Passus ergänzt werden, der den Staat zur Förderung „kindgerechter Lebensbedingungen“ verpflichtet.**



**Die IG Metall macht mit ihrer Postkartenaktion „Vorsicht**

**Mäusefalle!!!“ auf die möglichen finanziellen Nachteile der Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung aufmerksam. Betroffene könnten künftig mehrere hundert Euro pro Monat weniger erhalten, so die Gewerkschaft. Die Kampagne zeigt bereits erste Wirkung: Anders als zunächst von der Koalition geplant, will die SPD vorerst auf Leistungseingriffe verzichten.**



**Die IG BCE hat einen Weblog für die IT-Branche eingerichtet.**

**Unter dem Motto „go-for-IT“ werden Informationen, Tipps und Anregungen für den IT-Bereich gebündelt. Die Seite bietet ein breites Themenangebot und die Möglichkeit zur Diskussion in Foren.**

[www.igbce-blogs.de/go-for-it](http://www.igbce-blogs.de/go-for-it)

## Zukunftscamps

### Im Team arbeiten

Am 6. August starteten in den DGB-Jugendbildungsstätten in Hattingen (NRW) und Flecken Zechlin (Brandenburg) die Pilotprojekte „Zukunftscamp – Future now“. 120 SchülerInnen aus der 8. Klasse von Hauptschulen aus Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg verbringen dort gemeinsam drei Wochen ihrer Ferien. Das Ziel: Die Gewerkschaften wollen die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. In den Zukunftscamps arbeiten die Jugendlichen deshalb zusammen mit einem Team aus SozialpädagogInnen, LehrerInnen und KünstlerInnen an verschiedenen Projekten und lernen, ihre soziale Kompetenz zu entwickeln.

„Jedes Jahr verlassen 80 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel beim Besuch des Zukunftscamps in Flecken Zechlin. Diese statistische Zahl gebe jedoch nicht die tatsächlichen Lebensschicksale wieder. Die häufige Behauptung, viele Jugendliche seien nicht „ausbildungsfähig“, sei schlicht falsch. Die Gewerkschaften hätten sich deshalb entschieden, Jugendlichen in den Zukunftscamps praktische Unterstützung zu bieten. „Die Camps bieten die Möglichkeit, Fähigkeiten zu erlernen, die von ihnen in den Unternehmen gefordert werden“, so Hexel. „Neugierde, Teamgeist, Selbstverantwortung und Zuverlässigkeit.“

Eines der Projektthemen beschäftigt sich mit der Frage „Kann man mit 22,74 Euro sechs Leute einen Tag ernähren?“ 22,74 Euro ist der entsprechende Hartz IV-Satz. Im Rahmen des Projekts erarbeiten die Jugendlichen gemeinsam mit den PädagogInnen Ideen zum Ernährungs- und Konsumverhalten – auch unter Nachhaltigkeitsaspekten. Jedes der insgesamt acht Projekte mündet am Ende der



Camp-Zeit in ein greifbares Produkt, beim Ernährungs-Projekt etwa in ein „Festmahl“ für die Camp-TeilnehmerInnen.

Nachhaltigkeit spielt nicht nur bei den einzelnen Projekten eine Rolle. Das gesamte Konzept der Camps wurde nach dem Prinzip der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in Zusammenarbeit

mit der Uni Lüneburg speziell für das Pilotprojekt entwickelt. Das Ziel fürs nächste Jahr lautet: Ein Camp in jedem Bundesland. Camp-Teilnehmerin Michaela zieht bereits eine positive Bilanz ihres bisherigen Aufenthalts: „Mir gefällt, dass wir im Team arbeiten. Man muss offen für Neues sein und sich überraschen lassen.“

Die Zukunftscamps sind ein Projekt der gewerkschaftsübergreifenden „Initiative Trendwende“. Wer mehr erfahren möchte, kann die abschließenden Camp-Festivals am 24. August besuchen (Hattingen ab 17 Uhr, Flecken Zechlin ab 18 Uhr) oder die Weblogs der TeilnehmerInnen online verfolgen. •

[www.zukunftscamps.de](http://www.zukunftscamps.de)

## Öffentlicher Dienst

### Gemeinsam für mehr Einkommen

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Deutsche Beamtenbund (DBB) werden in der kommenden Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen erstmals gemeinsam verhandeln. Mit der neuen Kooperation reagieren die beiden Gewerkschaften auf Erfahrungen aus der Tarifrunde 2005, bei der die öffentlichen Arbeitgeber versucht hatten, beide Arbeitnehmerorganisationen gegeneinander auszuspielen, um sie bei der Durchsetzung ihrer Tarifforderungen zu schwächen. Auch bei den Tarifverhandlungen für die Länder, die seit der Föderalismusreform separat laufen, wollen sich ver.di und DBB eng abstimmen. Das haben die beiden Vorsitzenden Frank Bsirske (ver.di) und Peter Heesen (DBB) angekündigt.

Profitieren sollen von der Zusammenarbeit auch die Mitglieder von GEW und GdP. Bei einem Treffen Anfang August hatten die Vorsitzenden der drei DGB-Gewerkschaften ver.di (Frank Bsirske), GdP (Konrad Freiberg) und GEW (Ulrich Thöne) erklärt, dass die zwischen ihnen geschlossenen Vereinbarungen über

eine Tarifgemeinschaft trotz der neuen Kooperation von ver.di mit dem DBB im vollen Umfang weiter gelte. GdP und GEW sollen auch in Zukunft bei den Tarifverhandlungen angemessen an den Verhandlungs- und Sondierungskommissionen beteiligt werden.

Mit welchen Forderungen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die Tarifrunde 2008 gehen, wollen sie bis November entscheiden. Orientierungspunkt sollen dabei die Abschlüsse in der Privatwirtschaft sein. „Nach drei Jahren Reallohnverlust sind jetzt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dran“, erklärte Bsirske.

Um bereits vorab in der Öffentlichkeit für eine bessere Bezahlung der knapp vier Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden zu werben, starten ver.di und DBB Ende August eine Kampagne. Sie soll unter dem Motto „Genug gespart“ in den kommenden Monaten für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst und für eine gerechte Bezahlung seiner Beschäftigten werben. •

[www.genuggespart.de](http://www.genuggespart.de) (ab 31. August)

## Betriebliche Weiterbildung

### Der Schrumpfkurs bringt nichts

Mitten im Konjunkturaufschwung überrascht die deutsche Wirtschaft mit zunehmender Weiterbildungs-Abstinenz. Wer erfolgreich ein Unternehmen führen will, macht diesen Fehler nicht, meint Klaus Heimann.

Wie ist es eigentlich bestellt um den Weiterbildungsseifer von Martin Wansleben? Dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), der pünktlich zum Beginn des Sommerlochs gefordert hatte, die Arbeitnehmer müssten sich mehr weiterbilden statt in Urlaub zu fahren. Offenbar nur mäßig. In diesem Jahr will der Arbeitgeberfunktionär doch wahrhaftig einfach nur Urlaub machen. Nur Urlaub? Und was ist mit dem von ihm propagierten Büffeln statt Baden? **Nein danke, sagt Martin Wansleben.** Ein wichtiger Trost bleibt uns allerdings: Die beste Bildung, das wusste schon Wolfgang von Goethe, findet ein gescheiter Mensch auf Reisen. Das lässt doch hoffen, oder?

Nicht in schönen Sonnenliegen, sondern auf harten Holzbänken findet man sich wieder, wenn es um die Realität in Sachen Weiterbildung geht. Weiterbildung in Deutschland, das ist ein trauriges Kapitel. Auch die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden passen so gar nicht zum Konjunkturaufschwung: Anstatt dass mehr in Weiterbildung und Innovationen investiert wird, legen die Betriebe den Rückwärtsgang ein.

In den letzten Jahren haben sich die **Weiterbildungsaktivitäten in der Wirtschaft deutlich verringert.** Gerade mal die Hälfte der Unternehmen nutzten Lehrveranstaltungen, Kurse und Seminare zur Qualifizierung der Beschäftigten. Bei der letzten Erhebung waren es noch zwei von drei Betrieben. Auch bei den Ausgaben wird geknausert: rund 500 Euro werden pro Arbeitnehmer aufgewandt. Auch hier ist der Rückwärtsgang eingelegt: minus acht Prozent. Beschäftigte, die sich selbst auf den Weg machen und ihre Kompetenzen erweitern, investieren aus eigener Tasche genauso viel. Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, dass die Arbeitnehmer nur dann aktiv werden, wenn der Arbeitgeber Fortbildung anbietet. Jährlich absolvieren rund 125 000 Teilnehmer eine anspruchsvolle Weiterbildung als Meister, Techniker oder Fachwirt. Und das in aller Regel **nach Feierabend, in der Freizeit und aus eigener Tasche finanziert.**

Nichts getan hat sich bei der Weiterbildungsbeilegung der älteren Arbeitnehmer. Zwar wird viel darüber geredet, aber verändert hat sich in den Betrieben nichts. Noch immer gibt es für die jun-

gen Arbeitnehmer dreimal so viel Weiterbildung wie für die Älteren. Für die 55- bis 64-Jährigen ist Deutschland eine Weiterbildungswüste. Hierzulande nehmen gerade mal sechs Prozent an Weiterbildung teil, in Dänemark sind es fast 40 Prozent. Kluges und vorausschauendes Management sieht anders aus. Die Befunde in Sachen Weiterbildung sind **Beleg für massive Selektion und Chancenungleichheit:** Nur in großen Betrieben haben junge, ausgebildete männliche Beschäftigte gute Aussichten, an Weiterbildung teilzunehmen. Ist der Arbeitgeber zufälligerweise noch ein Energieversorger oder eine Bank, dann verbessern sich die Chancen sogar rapide. Nicht so rosig sind die Aussichten hingegen, wenn der Arbeitgeber der Metallbranche angehört



**Klaus Heimann, 59, leitet den Funktionsbereich Jugend, Bildungs- und Qualifizierungspolitik der IG Metall.**

oder ein Hotel betreibt. Die neuen Daten zeigen erneut, dass Deutschland bei der Weiterbildung **im europäischen Vergleich weit abgeschlagen** im unteren Drittel liegt.

Die Gewerkschaften haben angefangen, mit dem Instrument der Tarifverträge wenigstens den einen oder anderen Punkt in der Weiterbildung zu gestalten. In der Textil- und in der Feinstblechindustrie wurde per Tarifvertrag ein Weiterbildungsfonds aufgelegt, aus dem Bildungsmaßnahmen bezahlt werden. In der Metallindustrie ist ebenfalls per Tarifvertrag geregelt, dass jährlich mit jedem Beschäftigten ein Qualifizierungsgespräch geführt werden muss. Viele Betriebsräte versuchen außerdem, **das Thema Weiterbildung durch Betriebsvereinbarungen anzuschieben.** In den Betrieben muss deutlich werden, dass die Beschäftigten mit ihren Qualifizierungsinteressen bei den Gewerkschaften und Betriebsräten gut aufgehoben sind. Denn für die Beschäftigten entscheidet die eigene Qualifikation mit über Zugang und Verbleib im Beschäftigungssystem, über die Höhe des Einkommens und die Qualität der Arbeitsbedingungen. Deshalb kann es uns nicht kalt lassen, **wenn die Arbeitgeber mit der Weiterbildung so stiefmütterlich umgehen.** •

## Kein Privatvergnügen

*„Wir haben zusammen mit Schweden die meisten Urlaubs- und Feiertage – da ist genug Luft für beides: Erholung und Weiterbildung“ hatte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben in der Tageszeitung „Die Welt“ erklärt und war damit auf massives Unverständnis gestoßen. Nicht nur bei den Gewerkschaften. „Erst drückt sich die Wirtschaft vor ihrer Pflicht zur Qualifizierung, und jetzt sollen das die Arbeitnehmer ausbaden“, kritisierte die Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bundestags, Ulla Burchardt (SPD). Auch die Bundesagentur für Arbeit bezeichnete die Weiterbildungsbemühungen der Wirtschaft als „nicht ausreichend“. Nach neuesten Daten des Bundesamtes für Statistik bieten nur 69 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten überhaupt eine Weiterbildung an. Fast zehn Prozent weniger als 1999.*

*Dass es auch anders geht, zeigt die von der IG Metall herausgegebene Arbeitshilfe „Gute Praxis – Weiterbildung im Betrieb“ (5,00 Euro). In einem Schubert mit zehn Einzelbroschüren wird die Weiterbildungspraxis in zehn Unternehmen vorgestellt. Und die Rolle, die die Betriebsräte bei deren Entwicklung gehabt haben.*

Bestellung: [www.igmetall-wap.de/shop\\_politikundpraxis.php](http://www.igmetall-wap.de/shop_politikundpraxis.php)

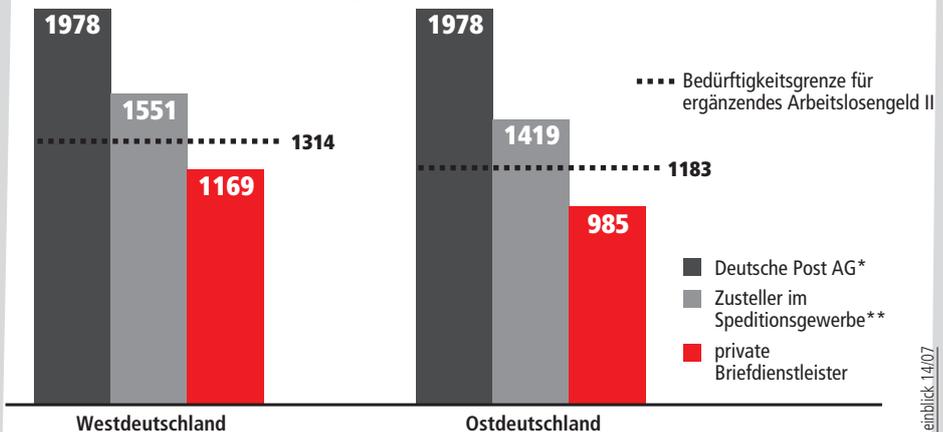
# DIES & DAS

## dieDGBgrafik

### BRIEFSEKTOR: Kein existenzsicherndes Einkommen bei Privaten

**Trotz Vollzeitarbeit haben private Briefzusteller ein Einkommen, das unterhalb der Bemessungsgrenze für ergänzendes Arbeitslosengeld II liegt. Das belegt eine Studie der Unternehmensberatung Input Consult. Um ein weiteres Absinken der Löhne zu Lasten der Sozialkassen zu verhindern, will Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) die Postdienstbranche noch in diesem Jahr in das Entsendegesetz aufnehmen. Dadurch würde die Voraussetzung geschaffen, um für die 200 000 Beschäftigten der Branche Mindestlöhne zu vereinbaren.**

Bruttoeinkommen von vollzeitbeschäftigten Briefträgern (in Euro)



\* Einstiegsgehalt inkl. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, \*\*Hamburg bzw. Brandenburg

Quelle: Input Consulting, Studie „Liberalisierung und Prekarisierung – Beschäftigungsbedingungen bei den neuen Briefdienstleistern in Deutschland“

© DGB einblick 14/07

### personalien

••• **Dr. Elke Eller**, 44, Geschäftsführerin der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall in Frankfurt/M., wechselt am 1. Oktober als Personalvorstand zur Volkswagen-Tochter VW Financial Services. Sie wird damit die ranghöchste Frau innerhalb des VW-Konzerns.

••• **Ulrich Thöne**, 55, Vorsitzender der GEW, ist Ende Juli vom Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) in Berlin in den Vorstand der BI gewählt worden.

### 4 TAGE

**24.-26.8.** Konrad-Adenauer-Stiftung, Seminar „Was ist soziale Gerechtigkeit?“, Bonn

### Tipp

**Buch: Karl Lauterbach, Der Zweiklassenstaat – Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren, Rowohlt, Berlin 2007, 219 Seiten, 14,90 Euro**

Leidenschaftlich, konkret und mit verständlichen Statistiken angereichert, analysiert der SPD-Sozial-Experte Karl Lauterbach das So-

zial-, Bildungs- und Gesundheitssystem. Mit wenig ermutigenden Ergebnissen. Kritik an einzelnen Themen, zum Beispiel an den Defiziten der Pflegeversicherung oder den Missständen in den Schulen, sind gang und gäbe. Lauterbach hingegen gelingt es – und das ist das Besondere –, das Zusammen-

spiel der Systeme zu verdeutlichen. Und er benennt deren Nutznießer. Wechselwirkungen der Systeme potenzieren sich zu eklatanten Ungerechtigkeiten, die der Staat nicht verhindert, sondern zementiert. Der Zweiklassenstaat ist keine Drohkulisse, derer sich Lauterbach bedient, – er ist bereits Realität.

**27.-31.8.** Hans-Böckler-Stiftung, Deutsches Studentenwerk und GEW, Wissenschaftskonferenz „Vom Studentenbergr zum Schuldenberg? Perspektiven der Reform der Studien- und Hochschulfinanzierung“, Diemelsee

**28.8.** DGB Nord und DGB-Senioren Hamburg, Diskussi-

on „Ist die drohende Altersarmut vermeidbar?“, Hamburg

**29.8.** Hans-Böckler-Stiftung und ver.di, Workshop „Nachhaltigkeitscheck für die Wasserwirtschaft – Fragenkatalog für Arbeitnehmervertretungen“, Berlin

**30.8.** IG Metall, Fachtagung „Minimodule? Europa

braucht den Kernberuf!“, Frankfurt/M.

**30.8.** DGB-Bezirk Sachsen und Landesseniorenverband Sachsen, Landesseniorentag „Potenziale des Alters nutzen – Kräfte bündeln“ mit DGB-Vorstand Annelie Buntenbach, Dresden

**1.9.** Antikriegstag

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt.

**„In der deutschen Autoindustrie gibt es viele Egomanen, die lieber einen Pseudo-Rennwagen auf die Straße stellen, als bei der Umwelttechnologie die Vorreiter-Rolle zu übernehmen.“**

Helmut Becker, ehemaliger Chef-Volkswirt von BMW, am 10. August im Internetportal des stern.

Arbeitsfahrplan der großen Koalition bis 2009

## Der Aufschwung für alle bleibt vage

Wachstum, Wohlstand, Aufschwung für alle: Hohe Ziele hat sich die große Koalition auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg für den Rest der Legislaturperiode gesetzt. „Wir wollen niemanden zurücklassen“, verspricht die Bundeskanzlerin.

Große Worte, doch der Mehrheit der Bevölkerung fehlt der Glaube. Der Aufschwung ist da, bei den meisten Menschen aber nicht angekommen. Im Gegenteil: Noch immer nehmen atypische und prekäre Beschäftigung weiter zu, arbeiten rund 2,5 Millionen Menschen für Armutslöhne von weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens – Armut im Aufschwung.

Nicht ohne Grund bescheinigen die Menschen in allen Umfragen der großen Koalition regelmäßig, nicht genug für soziale Gerechtigkeit zu tun. Und das auf der Klausur in Meseberg vereinbarte Programm für die nächsten zwei Jahre reicht – trotz schöner Worte – wohl nicht aus, das Image der Großkoalitionäre in Sachen sozialer Gerechtigkeit entscheidend zu verbessern.

Eine gemischte Bilanz der Ergebnisse von Meseberg zieht auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Koalition sei „nicht weit genug gesprungen“. Manches – etwa der Mindestlohn für die Postdienste, die Qualifizierungsoffensive oder das Klima-Paket – gehe zweifellos in die richtige Richtung. Auch die erklärten Ziele, die Arbeitslosigkeit zu verringern, alle am Aufschwung teilhaben zu lassen und den Aufschwung zu verstetigen, könne jeder unterschreiben. Allerdings sei vieles davon noch „viel zu vage“.

Andere Aufgaben für die Restzeit der Legislaturperiode geht die große Koalition aus Sicht des DGB zu zögerlich oder gar nicht an. Dazu gehören etwa die grundsätzliche Neuordnung des Niedriglohnsektors einschließlich eines flächendeckenden Mindestlohns nicht unter 7,50 Euro, die umfassende Bekämpfung der Kinderarmut, eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte sowie die überfällige Anpassung der Hartz-IV-Sätze. Der DGB hatte sich wesentlich mehr erhofft und seine Erwartungen auch bereits im Vorfeld der Klausur

### Schlechte Noten für Sozialpolitik

Beurteilung der Sozialpolitik der großen Koalition durch die Bevölkerung (in Prozent)

■ eher positiv ■ eher negativ

#### Sicherung der Renten



#### Gesundheitspolitik



#### Arbeitnehmerinteressen



Quelle: ARD-Deutschlandtrend August 2007

© DGB einblick 15/07

**Das Urteil der Bevölkerung ist eindeutig: In Sachen soziale Gerechtigkeit muss die große Koalition in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode noch kräftig nachlegen.**

formuliert und dem Kabinett übermittelt. So gehören aus Sicht des DGB unter anderem eine Reform der Erbschaftssteuer, ein Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten und strukturelle Veränderungen in der Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung wie eine angemessene Absicherung älterer Beschäftigter auf die Agenda von Rot-Schwarz für die nächsten zwei Jahre.

Es komme vor allem darauf an, so Sommer, die Regierung zu mehr Aktivitäten im Interesse der arbeitenden Menschen und der „kleinen Leute“ zu bewegen. Dabei hoffe er sehr, dass die Regierung sich durchringen werde, bei allen anstehenden Reformvorhaben auf den Fachverband der Gewerkschaften zurück zu greifen. „Das wäre gut für die Reformen selbst, für die Betroffenen und die Demokratiekultur in unserem Land.“

Seite 3

### Zwangsverrentung

Ältere Langzeitarbeitslose verlieren 2008 Alg II-Anspruch

Seite 5

### Näher ran an die Zielgruppen

Mithilfe von Marktforschung wollen die Gewerkschaften die Interessen ihrer Zielgruppen besser ergründen

Seite 7

### Kein europäisches Debakel

Die Rechtsform Europäische Aktiengesellschaft (SE) muss nicht zwangsläufig weniger Mitbestimmung bedeuten, meint Roland Köstler

## PREMIERE

**DGB-Index Gute Arbeit**  
Wie Beschäftigte die Arbeitswelt in Deutschland beurteilen

11. September, 11 Uhr, Pressekonferenz, Bundespressekonferenz Berlin

Mehr: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## plusminusBERLIN

**+** Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) will das 1954 abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen mit Österreich kündigen. Die Alpenrepublik soll nicht zum Steuerschlupfloch für Deutsche werden, wenn in Österreich die Erbschaftssteuer abgeschafft wird.

**-** NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) will die Förderung der Beratungsstellen für Arbeitslose 2008 einstellen. Die Begründung: Im Zuge der Arbeitsmarktreform sei der Betreuungsschlüssel für Arbeitslose in den Arbeitsagenturen verbessert worden.



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.politische-bildung.de/linkslarmut.htm](http://www.politische-bildung.de/linkslarmut.htm)  
Infos und Downloads zu Armut und Mindestlohn

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Das „Zwei-Klassen-System“ der Arbeitsmarktpolitik

# BÖCKLER BOXEN

## Mit einem Klick im Thema

### → Armut

Was sind die Ursachen?  
Wer ist betroffen?  
Wie kann gegengesteuert werden?

### → Prekäre Beschäftigung

Zu wenig Lohn, die Absicherung fehlt,  
Zukunft ungewiss...  
Prekäre Jobs breiten sich aus.

### → Chancengleichheit

Männer und Frauen im Arbeitsleben –  
was hat sich geändert?  
Wo halten sich Benachteiligungen?

### → Mitbestimmung

Aktuelles Wissen zu Betriebsräten und  
Aufsichtsräten in Deutschland und Europa.

Weitere Boxen aktuell:

- Kündigungsschutz
- Betriebliche Bündnisse
- Niedriglöhne – Mindestlöhne

**Basisdaten, Forschungsergebnisse,  
Positionen und Praxisberichte.  
Glossare und Links.**



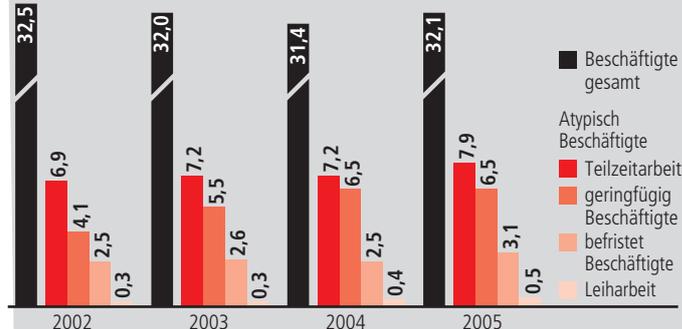
[www.boeckler-boxen.de](http://www.boeckler-boxen.de)

Hans Böckler  
Stiftung

großes  
Infografik-  
Archiv

## Normale Arbeit wird immer seltener

Atypisch Beschäftigte 2002 – 2005 (in Mio.)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken, Edition Sigma, 2007

© DGB einblick 15/07

**Korrektur:** In *einblick* 14/07 haben wir die Anteile der verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung addiert (Grafik Seite 3: Normal ist nicht mehr normal). Das war falsch. Zwischen den verschiedenen Formen atypischer Beschäftigter gibt es Überschneidungen. Damit ist auch unsere Schlussfolgerung falsch: Die Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen hat zwar zugenommen, insgesamt machen sie aber „nur“ knapp 35 Prozent aller Arbeitsverhältnisse aus (Stand: 2005).

Gemeinsame Forderung von BDA und DGB

## Kindergarten ohne Gebühren

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB haben Bund, Länder und Gemeinden aufgefordert, ihre Investitionen in den frühkindlichen Bereich deutlich zu erhöhen. Gemeinsam treten beide Dachverbände für eine Abschaffung der Kindergartengebühren ein. „Gerade Kinder aus einem schwierigen sozialen Umfeld und aus Migrationsfamilien brauchen die gezielte Förderung und Unterstützung durch Kindertagesstätten“, stellen BDA und DGB in einem Ende August veröffentlichten Positionspapier fest. „Kindertageseinrichtungen sollten grundsätzlich für die Eltern beitragsfrei sein, mindestens aber zunächst das letzte Kindergartenjahr.“

Kritik üben BDA und DGB zudem an der Aus- und Weiterbildung der ErzieherInnen und an deren Bezahlung. Mit Ausnahme von Österreich und Deutschland werde das Fachpersonal in allen anderen europäischen Ländern auf Hochschulniveau ausgebildet. Um den wachsenden fachlichen Anforderungen gerecht zu werden, müssten zumindest die Ein-

richtungs- und Gruppenleitungen in Deutschland an Hochschulen ausgebildet werden. Bewertung und Bezahlung der ErzieherInnen sollten „der anspruchsvollen Qualifikation entsprechend verbessert werden“.

IG Metall Bayern

## Gleicher Lohn für Zeitarbeit

Mitarbeiter der Zeitarbeitsfirma Adecco, die als LeiharbeitnehmerInnen in der Automobilproduktion bei Audi in Ingolstadt eingesetzt werden, erhalten in Zukunft den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten. In den ersten drei Monaten liegt der Stundenlohn bei 13,70 Euro, danach steigt er auf 14,43 Euro. Das hat die IG Metall mit Adecco vereinbart. Für IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer hat die Vereinbarung Vorbildcharakter: „Es ist höchste Zeit, dass auch andere Unternehmen diesem Beispiel folgen und Leiharbeitskräfte nicht weiter mit Hungerlöhnen abspeisen.“

### Ab 2008 droht die Zwangsverrentung

Offiziell propagiert die Bundesregierung die Rente mit 67. Weil die Deutschen immer älter werden, müssten alle länger arbeiten. Für Langzeitarbeitslose soll das in Zukunft allerdings nicht mehr gelten. Für sie droht ab 2008 die Zwangsverrentung – mit hohen Abschlägen.

Wer in Deutschland mit Mitte 50 seine Arbeit verliert, steht massiv unter Druck. Einerseits gibt es – allen anders lautenden Beteuerungen der schwarz-roten Regierungskoalition zum Trotz – für Ältere nicht genügend Jobs. In etlichen Branchen

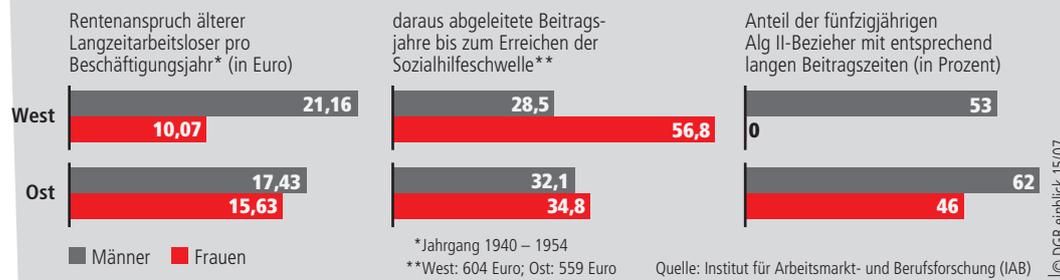
Arbeitslose ab 2008 dann auch der vorzeitige Renteneintritt, wie die Bundesregierung noch Ende Mai in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion klargestellt hat. Langzeitarbeitslose müssten „zunächst alle Möglichkeiten ausschöpfen, um

falls früher in Rente gehen, wenn dadurch der Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft gesichert werden kann.

Für den DGB ist die drohende Zwangsverrentung nicht akzeptabel. Die Bundesregierung mache

#### Altersarmut garantiert

Rentenanspruch älterer Arbeitslosengeld II-Bezieher aus früherem Erwerbseinkommen



Schon heute sind die Rentenansprüche von Langzeitarbeitslosen gering. Kommt die Zwangsverrentung, werden künftig noch mehr mit ihrer Rente nicht die Sozialhilfeschwelle erreichen.

ist für sie die Suche nach einem neuen Beschäftigungsverhältnis nahezu aussichtslos. Andererseits sind gerade ältere Arbeitslose, die oft jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, von den Hartz-Gesetzen besonders betroffen. Denn für sie gibt es seit Februar 2006 nur noch maximal 18 Monate Arbeitslosengeld, bevor sie in Arbeitslosengeld II rutschen. Und selbst diese Sozialleistung wollen ihnen Union und SPD streitig machen.

Weil Ende 2007 die so genannte 58er-Regelung ausläuft, nach der Arbeitslose ab 58 Jahre Arbeitslosenleistungen bis zum Erreichen des regulären Renteneintrittsalters erhalten, droht älteren Langzeitarbeitslosen in Zukunft die Zwangsverrentung. Denn beim Arbeitslosengeld II gilt das Nachrangprinzip: Wer Anspruch auf andere Sozialleistungen hat, muss diese erst in Anspruch nehmen, bevor er Alg II erhält. Dazu gehört für ältere

ihre Hilfsbedürftigkeit zu vermeiden“, heißt es in der Antwort des SPD-geführten Arbeitsministeriums auf die Parlamentarieranfrage. Und dazu gehöre „grundsätzlich auch die Inanspruchnahme einer Rente mit Abschlägen zum frühest möglichen Zeitpunkt“.

In Zwangsrente schicken will die Koalition nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch ältere Erwerbstätige, die ergänzendes Arbeitslosengeld II erhalten, weil ihr Arbeitseinkommen nicht zur Existenzsicherung reicht. Auf die Frage, ob eine allein stehende Frau, die einen Minijob für 350 Euro ausübt und die Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente erfüllt, vorzeitig mit 18 Prozent Abschlägen in Rente gehen muss, um den Bezug von ergänzendem Arbeitslosengeld II zu vermeiden, lautet die schlichte Antwort der Bundesregierung: „Ja“. Auch Ehepartner von Alg II-Beziehern müssen nach Vorstellungen der Bundesregierung not-

sich unglaublich, wenn sie einerseits wegen des demographischen Wandels „eine Kultur der Alterserwerbsarbeit“ propagiere, gleichzeitig aber Alg II-BezieherInnen ab dem kommenden Jahr „vor Erreichen der Altersgrenze mit Abschlägen in die Rente abdrängen sollte“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Das lege den Verdacht nahe, dass es der Koalition bei der drohenden Zwangsverrentung von ALG II-BezieherInnen lediglich „um eine Beschönigung der Arbeitslosenstatistik Älterer und eine finanzielle Entlastung des Hartz IV-Systems geht“.

Nach Meinung des DGB würde eine bloße Verlängerung der 58er-Regelung zu kurz greifen. „Das Problem der Zwangsverrentung muss von der Wurzel her gepackt und in der Hartz IV-Gesetzgebung beseitigt werden“, fordert Buntenbach. Dazu gehörten verstärkte Eingliederungsbemühungen für ältere Arbeitslose, höhere Freibeträge für Altersrücklagen und eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes auf bis zu 24 Monate. ●

### Einmal arm, immer arm?

Wer länger arbeitslos ist, hat auch im Alter ein hohes Armutsrisiko – das belegt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-Kurzbericht 14/08). Zwar ist Altersarmut aufgrund von vorangegangener Arbeitslosigkeit bislang eher die Ausnahme, aber das dürfte sich in den kommenden Jahren grundlegend ändern. Denn zum einen verlieren die Normalbiographien mit durchgängig gesicherter Erwerbstätigkeit rasant an Bedeutung. Jüngere ArbeitnehmerInnen haben deutlich niedrigere Rentenversicherungszeiten als ihre Vorgängergenerationen. Und zum anderen hat die Hartz-Gesetzgebung den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente deutlich erschwert. Nur noch jeder fünfte Arbeitnehmer wechselt heute direkt vom Job in die Rente. Die meisten müssen Übergangszeiten privat finanzieren oder hohe Abschläge bei der Rente hinnehmen.

Durch die Verpflichtung von Alg II-Empfängern ab 2008 zum frühest möglichen Renteneintritt wird dieses Problem zusätzlich verschärft. Betroffen von der Zwangsverrentung sind vor allem Frauen und Schwerbehinderte, die ohnehin niedrige Rentenansprüche haben.

[www.iab.de/de/publikationen/kurzbericht.asp](http://www.iab.de/de/publikationen/kurzbericht.asp)

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
in der Hauptverwaltung – Vorstandsbereich 2 – ist die  
Stelle

### einer Referatsleiterin bzw. eines Referatsleiters in der Rechtsabteilung

neu zu besetzen.

#### Der Aufgabenbereich umfasst insbesondere folgende Bereiche:

- Bearbeitung von Rechtsfragen im Bereich Mitbestimmung
- Beratung und Unterstützung von Aufsichtsratsmitgliedern der NGG
- Erarbeitung von Positionspapieren und Publikationen im Bereich Mitbestimmung
- Bearbeitung des Rechtsschutzes im Bereich Sozialrecht in der 2. und 3. Instanz
- Beratung und Unterstützung von Funktionären der NGG im Bereich Sozialrecht

Die Stelle setzt Fähigkeiten zur Teamarbeit, Projektarbeit und Kooperationsbereitschaft voraus.

Erwartet werden Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit sowie soziales und politische Engagement sowie die Fähigkeit zu konzeptionellem Denken.

PC-Kenntnisse in MS Office sind erforderlich. Ebenso Fremdsprachenkenntnisse in Englisch sowie ggf. weiteren Fremdsprachen.

Voraussetzung für die Stelle ist das 2. jur. Staatsexamen oder eine vergleichbare Ausbildung zum Diplomburisten.

Die Vergütung und die sonstigen Arbeitsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Anstellungsbedingungen für Beschäftigte der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten.

Bewerbungen bitten wir schriftlich mit den entsprechenden Unterlagen bis zum **30.09.2007** an die

**NGG-Hauptverwaltung**  
**Abt. Personal**  
**Haubachstr. 76**  
**22765 Hamburg**

zu senden.

#### Veranstaltung

## Reform verbessern

Die aktuelle Gesundheitsreform ist seit dem 1. April in Kraft. Zeit, erste Bilanz zu ziehen. Dazu lädt das Netzwerk Gesundheit am 14. September nach Berlin ein. Thematisiert werden die bisherige Umsetzung sowie nötige Verbesserungen der Reform. In einer Talkrunde diskutieren SPD-MdB Elke Ferner und DGB-Vorstand Annelie Buntentbach, wie es mit der Gesundheitsreform weitergehen soll. •

Anmeldung: Bianca.Weblen@dgb.de  
Fax: 030 / 240 60 226

#### students@work

## Fachleute gesucht

Zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium Geld verdienen. Doch längst nicht alle kennen ihre Rechte als ArbeitnehmerInnen. Aus diesem Grund hat der DGB vor etwa zwei Jahren das Projekt „students@work“ gestartet, zu dem auch eine kostenlose arbeitsrechtliche Beratung für Studierende in Frankfurt/M. gehört. Angesichts steigender Nachfrage bietet der DGB in Frankfurt/M. vom 28. bis zum 30. September eine Schulung zum/r students@work-Berater/in an. Die Teilnahme ist kostenlos, Anreise, Verpflegung und Übernachtung müssen selbst organisiert werden. •

Anmeldungen: Frankfurt-Main@dgb.de

#### Neuerscheinung

## Unbelehrbar rechts

Die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* rückt sich regelmäßig ins Scheinwerferlicht – sei es durch Interviews mit renommierten Politikern wie Egon Bahr oder Peter Glotz, sei es durch den Vergleich vor dem Bundesverfassungsge-

richt 2005, der die Aufnahme der Zeitung in Verfassungsschutzberichte erschwert. Für die SPD-PolitikerInnen Ute Vogt und Stephan Braun Anlass, ein Buch über diese Zeitung der „Neuen Rechten in Deutschland“ herauszugeben. Der rund 360 Seiten starke Band liefert eine Vielzahl an Belegen für die bedenkliche Nähe, die Redaktion wie AutorInnen der „Jungen Freiheit“ zum politischen rechten Rand pflegen. •

Stephan Braun, Ute Vogt (Hrsg.),  
*Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*,  
VS Verlag für Sozialwissenschaften,  
Wiesbaden 2007, 39,90 Euro

## interregio

••• Die **DGB-Jugend NRW** veranstaltet am 17. September um 12 Uhr ein **Jugendpolitisches Suppenessen** in Düsseldorf. Eingeladen sind VertreterInnen aus Politik, Verbänden, Verwaltung und Gewerkschaften.

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** lädt gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. September zur **Konferenz** „Arbeit in Berlin: Temporär prekär oder einfach abgehängt?“ ein. Berlin werde häufig als Hauptstadt prekärer Beschäftigung bezeichnet, daher solle nun die aktuelle Situation – angesichts einer erstarkten Konjunktur – beleuchtet werden. Anmeldung: [Marianne.Joachim@fes.de](mailto:Marianne.Joachim@fes.de)

••• Der **DGB Niedersachsen** hat mit den Gewerkschaften der Partnerregionen – Andalusien, Haute Normandie und Woiwodschaft Großpolen – ein **Projekt zur Vernetzung** gestartet. Ziel des Netzwerkes ist es, die Beschäftigungssicherheit in grenzübergreifenden Unternehmen und die Beteiligung der Beschäftigten zu verbessern. Auch die Erhöhung der Beteiligungsrate von Frauen steht im Fokus. Die Schwerpunktbranchen sind die Automobilindustrie, EADS (Airbus) und der maritime Sektor. [www.union-regio-net.eu](http://www.union-regio-net.eu)

# GEWERKSCHAFTEN

Initiative Trendwende

## Gewerkschaften nutzen Marktforschung

*Was für Unternehmen unverzichtbar ist, kann auch den Gewerkschaften nutzen: Mithilfe professioneller Marktforschung wollen die Gewerkschaften ihre Angebote künftig stärker an den Interessen ihrer Zielgruppen ausrichten.*

Gewerkschaften wieder für mehr Menschen attraktiv zu machen, ist das Ziel der „Initiative Trendwende“, die DGB und Gewerkschaften 2005 starteten, um den Negativtrend bei den Mitgliederzahlen umzukehren (einblick 10/06). Künftig sollen die Interessen der verschiedenen gewerkschaftlichen Zielgruppen stärker in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit rücken. Dafür müssen die Gewerkschaften zunächst aber wissen, wo die Menschen der Schuh drückt, wie sie Service, Leistungen und politische Forderungen der Gewerkschaften bewerten. Doch was wissen Gewerkschaften über die Erwartungen ihrer Mitglieder oder gar derjenigen, die es noch werden könnten? Nicht genug, darin waren sich die Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften beim Start der Initiative einig.

Für Abhilfe soll das Trendwende-Projekt „Potenzialanalyse“ sorgen. Sein Ziel: die Erkenntnisse und Methoden der Markt- und Zielgruppenforschung systematisch nutzen, um einerseits passgenaue Angebote für Mitglieder und andererseits eine zielgruppenspezifische Mitgliederwerbung zu entwickeln.

Um die Erwartungen an die Gewerkschaften zu ergünden, wurde im Projekt ein erster Fragebogen entwickelt und im Herbst 2006 in zwei Pilotbetrieben getestet. Derzeit laufen die Vorbereitungen für eine groß angelegte Repräsentativbefragung unter 5000 Personen – Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern. Eine Umfrage allein reicht allerdings nicht, betont DGB-Projektleiter Christian Kühbauch. Auch angesichts knapper finanzieller und personeller Res-

ourcen müssten künftig gewerkschaftliche Angebote gezielter und effektiver eingesetzt werden. „Wir brauchen empirische Werkzeuge, mit deren Hilfe wir zeitnah Trends erkennen, abbilden und schnell reagieren können.“

Dazu wurde im Projekt ein Werkzeugkoffer mit Marktforschungsinstrumenten entwickelt, die so genannte Mafo-Toolbox. Mithilfe der



Tools können Betriebsräte sowie DGB und Gewerkschaften auf allen Ebenen Umfragen aller Art durchführen. „Normalerweise erfordert die Erstellung von Umfragen komplexe Abstimmungsprozesse, wir bieten ein vereinfachtes Standardverfahren an, das Auswertungen zum günstigen Preis ermöglicht“, so Kühbauch. Einsatzmöglichkeiten gibt es zahlreiche: Betriebsräte können etwa die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten systematisch ermitteln und DGB und Gewerkschaften die Akzeptanz ihrer Service-Angebote.

Gunter Barnbeck, Personalchef des DGB, hat beispielsweise mit einem der Online-Umfrage-Tools den Weiterbildungsbedarf der DGB-Beschäftigten ermittelt. Die Erfahrungen, die er dabei gemacht hat, haben ihn überzeugt: „Die Vielfalt der Fragemöglichkeiten ist enorm, gut war auch die schnelle Umsetzung und Auswertung sowie

die kompetente Beratung – und das Ganze hat nicht mal tausend Euro gekostet.“ Die Ergebnisse der Umfrage sind bereits in die Ausgestaltung des DGB-Weiterbildungsprogramms eingeflossen. Eines der neuen Angebote: ein dreistündiger Workshop zur Mafo-Toolbox im September für die Bundesvorstandsverwaltung. Weitere Mafo-Workshops sollen folgen.

Auch vor Ort wird die Toolbox bereits genutzt. Die DGB-Region Köln will gemeinsam mit der GEW eine kommunale Bildungsoffensive anstoßen. Dazu wurde nicht nur ein Diskussionspapier erstellt, auch sind Expertenforen und ein Bildungskongress geplant. Der DGB wird zudem in Kürze eine Online-Umfrage starten, um für das Thema zu sensibilisieren und die Haltung der Bevölkerung zu den wesentlichen bildungspolitischen Forderungen des DGB zu erfragen.

Gute Erfahrungen hat auch die IG BCE mit dem Einsatz von automatisierten Marktforschungs-Tools gemacht. Bereits vor dem Start der Initiative Trendwende hat sie gemeinsam mit einem Marktforschungsinstitut ein Umfrage-Tool entwickelt, das seit eineinhalb Jahren von allen Organisationsebenen der IG BCE genutzt werden kann. Im Rahmen des Trendwende-Projektes hat die IG BCE ihr Tool auch den anderen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Gerade beendet wurde eine Umfrage unter den IG BCE-Beschäftigten zur Nutzung und Zufriedenheit mit dem externen Callcenter der IG BCE – mit einer Beteiligung von 100 Prozent! „Die Umfragen sind so ausgelegt, dass die Beantwortung der Fragen nur rund fünf Minuten beansprucht. Das erhöht die Bereitschaft“, erläutert Andrea Pichottka von der IG BCE. Sie weiß aber auch, dass die Nutzung des Tools noch nicht selbstverständlich ist. „Um die Akzeptanz zu erhöhen, stellen wir in Seminaren die vielfältigen Möglichkeiten vor, haben sogar eine Lernsoftware für das Tool entwickelt.“ ●

## Die Mafo-Toolbox

**Folgende standardisierte Umfrage-Tools hält der Mafo(=Marktforschung)-Baukasten für DGB, Gewerkschaften und Betriebsräte bereit:**

- ✳ **Trendabfragen: online Stimmungen schnell und unkompliziert zu Themen abfragen**
- ✳ **Mafo-Tool für dezentrale, knappe Umfragen, die auch Betriebs- und Personalräte in eigener Regie durchführen können**
- ✳ **Software für komplexere Umfragen mit großen Teilnehmergruppen**
- ✳ **Software für komplexere Auswertungen mit grundlegenden statistischen Auswertungsfunktionen samt grafischer Darstellung**
- ✳ **Panel-Tool, mit dem wiederkehrende umfangreiche Umfragen der gleichen Teilnehmergruppe durchgeführt werden können**

**Einige der Tools sind lizenzkostenfrei, es fallen nur geringe Dienstleisterkosten an. Bei anderen sind Lizenzgebühren, Entwicklungs- und Beratungskosten unabdingbar. Wer die Toolbox nutzen will, sollte sich an den Projektleiter Christian Kühbauch wenden: christian.kuehbauch@dgb.de**

**Mehr Infos zur Toolbox gibt es auf der Intranetseite [www.initiative-trendwende.de](http://www.initiative-trendwende.de), auf die alle Beschäftigten von DGB und Gewerkschaften Zugriff haben.**

## kurz&bündig



**Die NGG unterstützt die Bildung von Betriebsräten in der Döner-Branche, in der mehr als 10 000 Menschen beschäftigt sind. Erstmals wurde ein Betriebsrat bei der Düzgün-Döner GmbH mit 125 Beschäftigten in Lünen gewählt, 90 Prozent der Belegschaft beteiligten sich an der Wahl.**



**Die GdP begrüßt ein mögliches NPD-Verbotsverfahren. Die polizeiliche Arbeit würde erheblich erleichtert, wenn die NPD nicht mehr das „Schein-Gütesiegel“ einer demokratischen Partei habe, so Konrad Freiberg.**

DGB contra NPD

## Bunt statt braun

Unter dem Motto „Bunt statt braun – für Demokratie und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ ruft der DGB Niedersachsen-Mitte gemeinsam mit zahlreichen Organisationen und Initiativen für den 15. September 2007 zur Demonstration und Kundgebung in Hannover auf. Der Anlass: Die rechtsextreme NPD hat für diesen Tag ihren niedersächsischen Wahlkampfauftritt im Kongresszentrum HCC angekündigt. Die Veranstaltung scheint für die NPD mehr zu sein als ein lokales Ereignis. So soll der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt dort reden, aber auch führende Repräsentanten der neonazistischen Freien Kameradschaften wie Christian Worch aus Hamburg. Im Aufruf des DGB Niedersachsen heißt es dazu:

**Neue „metallzeitung“ erschienen:** Alle IG Metall-Mitglieder erhalten seit diesem Monat ihre Mitgliederzeitung nach Hause geschickt. Das Blatt heißt nun „metallzeitung“ statt „metall“ und



erscheint zwölf statt zehn Mal im Jahr. **Chefredakteurin Susanne Rohmund: „Wir bieten ein neues, modernes Layout, mehr Fotos und kürzere Texte, mehr Leser-Aktionen und mehr Service.“** Außerdem werden Print- und Internet-Angebote stärker vernetzt. **Ab Januar 2008 soll das Beilagenkonzept greifen, dann können die LeserInnen via „metallzeitung“ auch mit zielgruppenspezifischen Informationen beliefert werden. Die „metallzeitung“ ist mit 2,2 Millionen Exemplaren die auflagenstärkste Gewerkschaftszeitung.**

„Geschickt getarnt gibt sich die NPD im Wahlkampf bieder – und kooperiert zugleich intensiv mit den gewaltbereiten und gewalttätigen Kadern der eigenen Partei und der so genannten Freien Ka-

meradschaften. Rassismus, Hass auf die Demokratie, Verherrlichung des Nationalsozialismus und faschistische Ideologie sind erst auf den zweiten Blick erkennbar.“

[www.hannover.dgb.de](http://www.hannover.dgb.de)

Anzeige

Das DGB-Bildungswerk NRW e.V. in Düsseldorf sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

### Assistent/in der Geschäftsleitung

#### Aufgaben:

- Allgemeine Assistenzfunktion für den Geschäftsführer
- Zuarbeit und methodisch-instrumentelle Unterstützung insb. in Fragen von
  - Wettbewerbsbeobachtung
  - Marktforschung
  - Stärken-Schwächen-Analysen
  - Entwicklung neuer strategischer Geschäftsfelder
- Zuarbeit zum Lenkungsausschuss des DGB-Bildungswerkes NRW e.V.

Erwartet werden aktuelles, theoretisches Methodenwissen aus der Hochschulbildung, instrumentelle Kenntnisse von Kundenbefragungen, Kundenzufriedenheitsanalysen und der Kundennutzenerfassung sowie sehr gute EDV-Kenntnisse.

Die Entgeltgruppe ist die Gruppe 6 G der DGB-Gehaltstabelle.

Es handelt sich um eine 75 %-Stelle für zwei Jahre.

#### Bewerbungen bitte an:

DGB-Bildungswerk NRW e.V.  
z.H. Dr. Klaus Brülls  
Bismarckstr. 77  
40210 Düsseldorf

## Fragen an



**Norbert Hansen, 55, Vorsitzender der Gewerkschaft TRANSNET, zum Ergebnis der Moderation in der Tarifaueinandersetzung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Lokführergewerkschaft GDL**

■ Das einheitliche Tarifgefüge bei der Deutschen Bahn bleibt erhalten – das ist ein Erfolg. Ein Erfolg für alle Gewerkschaften?

■ *Vor allem für die Beschäftigten der Bahn. Denn es bleibt bei einem einheitlichen Tarifgefüge, so, wie wir es jetzt kennen. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften gemeinsam verhandeln wollen. Das stärkt die Arbeitnehmerseite. Insofern sind wir zufrieden, dass die GDL unser Angebot angenommen hat.*

■ Es heißt, künftig würden „parallele Tarifverhandlungen“ geführt. Waren die Gewerkschaften im Bahnkonzern da nicht schon mal weiter?

■ *Es werden parallele Verhandlungen geführt, dennoch findet eine Abstimmung zwischen allen beteiligten Gewerkschaften statt. Damit wird gewährleistet, dass es keine Alleingänge gibt. Eine entsprechende Vereinbarung müssen wir nun kurzfristig auf den Weg bringen. In der Tat hatten wir 2003 schon einmal eine ähnliche Situation – ich hoffe, dass die jetzige Vereinbarung nachhaltiger sein wird.*

■ Wenn es nun eine Annäherung zwischen TRANSNET und GDBA auf der einen und GDL auf der anderen Seite gibt, ist das schlicht dem Druck der Ereignisse geschuldet oder wird langfristig die Kooperation wieder enger?

■ *Inwieweit es Annäherungen in zentralen tarifpolitischen Fragen geben wird, bleibt den Verhandlungen vorbehalten. Unser Angebot an die GDL, gemeinsame Tarifverhandlungen zu führen, stand immer. Nun muss sich in der Praxis zeigen, wie wir vorankommen.*

Europäische Aktiengesellschaft

## Keine Massenflucht aus der Mitbestimmung

Seit Ende 2004 können Unternehmen die Rechtsform einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) wählen. Über die Rechte der ArbeitnehmervertreterInnen muss bei der SE-Gründung gesondert verhandelt werden. Zu einer Massenflucht aus der Mitbestimmung hat die SE-Einführung bislang nicht geführt – lautet ein erstes Fazit des Experten Roland Köstler.

Unter Überschriften wie „Nadelstiche gegen die Mitbestimmung“ oder „Wette auf die Europa AG“ berichtet die Wirtschaftspresse über das „gestiegene Interesse an der SE“ in Deutschland. Eine vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung aufgelegte Datenbank über die Arbeitnehmerbeteiligung in europäischen Unternehmen kommt zu einem anderen Ergebnis. Mitte Juli wurden dort Daten zu 94 Unternehmen aufgelistet, zu denen es Informationen in Richtung SE gibt. Eingetragen als SE sind davon nur 78 Unternehmen. Zieht man zudem die leeren Vorratsgesellschaften ab, bzw. diejenigen Unternehmen, über die keinerlei Informationen vorliegen, **bleiben in Europa bislang knapp zwanzig real existierende SE-Unternehmen übrig.**

Auch die so genannten Vorratsgesellschaften darf man nicht überbewerten: Anwaltskanzleien und einschlägige Unternehmensberatungsgesellschaften gründen eine SE ohne Beschäftigte, um sie als Firmenmantel zu verkaufen. Eigentlich gehört zu einer SE-Gründung eine Vereinbarung über die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Hier haben deutsche Amtsrichter entschieden: „Wenn keine Arbeitnehmer da sind, kann man nicht verhandeln“ und haben die neue SE auch ohne Mitbestimmungsvereinbarung eingetragen. Allerdings muss eine solche SE bei ihrer Aktivierung über die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen verhandeln, denn dann gilt sie rechtlich als wirtschaftliche Neugründung.

**Führt die SE zu einem Einfrieren der Mitbestimmung?** Es gibt Unternehmen in Deutschland, die keine ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat oder nur eine Drittelbeteiligung haben und eine SE gründen. Wenn in diesen Unternehmen in die Vereinbarung über die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen keine Klauseln über „strukturelle Änderungen“ hineingenommen werden, führt das natürlich zum Einfrieren der Mitbestimmung – vor allen Dingen bei der Aufsichtsratsgröße und der

Sitzverteilung, etwa bei Hager, Surteco oder Conrad. Bei Conrad wurden die Gewerkschaften zu den Verhandlungen nicht einmal eingeladen.

In der Liste der mitbestimmten Unternehmen in Deutschland waren 2006 erstmals auch zwei SE vertreten. **Bis heute sind es gerade einmal vier Unternehmen** (MAN Diesel, Allianz, Fresenius und Porsche), die den Schritt zur SE vollzogen haben; bei BASF wurden die Verhandlungen begonnen. Entgegen mancher Prophezeiung würde ich die Prüfung durch die Rechtsabteilungen nicht schon als Signal zur Umwandlung auffassen. Außerdem sollte die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat nachfragen, ob in diese Richtung geplant oder geprüft wird.

Sollte es konkrete Schritte zur Umwandlung geben, kann man den Betriebsräten aus den Erfahrungen der bisher wenigen Fälle Folgendes empfehlen: **Es gilt, sich gut auf die Verhandlungen vorzubereiten.** Dazu gehören konkrete Informationen über die Situation in den beteiligten Ländern. Zudem müssen die deutschen ArbeitnehmervertreterInnen ihren ausländischen KollegInnen das deutsche System und insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten im Aufsichtsrat nahe bringen. Viele haben Erfahrungen mit Eurobetriebsräten. Der hier zu verhandelnde SE-Betriebsrat hat aber mehr Rechte. Unterste Messlatte



**Dr. Roland Köstler, 59, ist Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung.**

sollten dabei die Auffangregeln sein, die gelten, wenn die Verhandlungen scheitern.

Dann müssen die ArbeitnehmervertreterInnen darauf achten, dass die UnternehmensvertreterInnen **nicht beide Teile der Vereinbarung** (SE-Betriebsrat und Beteiligung am Aufsichtsrat/im Board) **gegeneinander ausspielen.** Die Größe des Aufsichtsrats ist – trotz der ersten Vorgabe in der Gründungssatzung – verhandelbar. Bei einer Umwandlung einer AG in eine SE gilt das aber nicht für die Parität sowie die Reduzierung der Aufsichtsratssitze unter zwölf. Zu den gesicherten „Komponenten der Arbeitnehmerbeteiligung“ gehören auch die Sitze für Gewerkschaftsvertreter. Hinzu kommen prinzipiell immer Sitze für die Arbeitnehmervertreter aus anderen Ländern. •

## Gegenentwurf zur Limited

*Nicht nur Aktiengesellschaften werden europäisch, auch die Rechtsform des Mittelstands, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), soll umfassend modernisiert werden, um an Attraktivität gegenüber den Rechtsformen anderer europäischer Länder wie der britischen Limited zu gewinnen.*

*Statt 25 000 Euro sollen nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung 10 000 Euro Eigenkapital für eine GmbH-Gründung reichen. Wer auch diesen Betrag nicht aufbringen kann, darf eine Mini-GmbH gründen, die anfangs ganz ohne Kapital auskommen kann. Zudem will die Koalition GmbH-Gründungen durch die Einführung eines elektronischen Handelsregisters beschleunigen.*

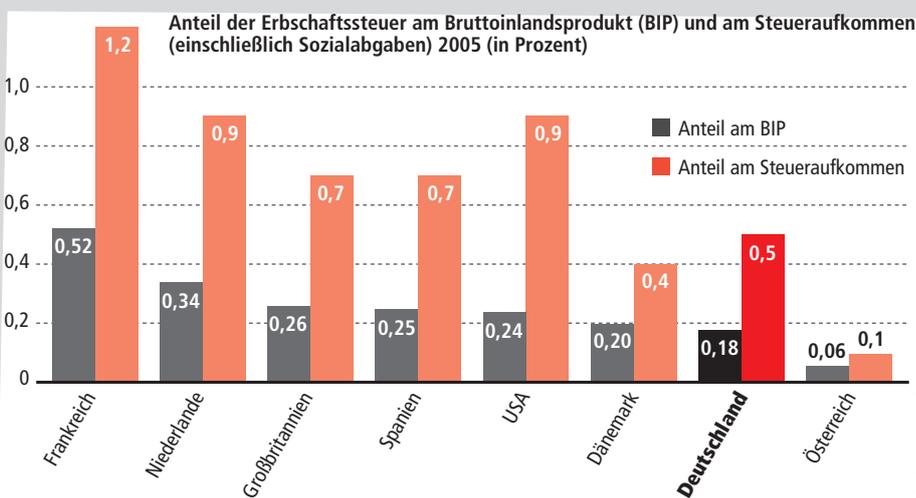
*Auch der DGB sieht die Notwendigkeit einer GmbH-Reform, kritisiert aber die Details. So fehlt eine Klarstellung, dass Gesellschaften mit deutscher Rechtsform, die ihren Sitzungssitz im Inland und ihren Verwaltungssitz im Ausland haben, „unter die deutsche Mitbestimmung fallen“, monierte DGB-Vorstand Dietmar Hexel in einem Schreiben an Justizministerin Brigitte Zypries (SPD). Kritisch bewertet der DGB auch die geplanten Mini-GmbHs ohne Stammkapital. Ihre Einführung berge „erhebliche Gefahren für Gläubiger und Arbeitnehmer“.*

# DIES & DAS

## dieDGBgrafik

### ERBSCHAFTSSTEUER: Deutschland weit hinten

**Deutschland liegt bei der Erbschaftssteuer hinter anderen Industriestaaten zurück. Um zu einer gerechteren Besteuerung von Erben großer Vermögen zu kommen, muss das Erbschaftsteueraufkommen nach Meinung des DGB in den kommenden Jahren von vier Milliarden auf zehn Milliarden Euro steigen. Ererbte Vermögenswerte müssten, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, nach ihrem Marktwert besteuert werden. Die Spitzensteuersätze müssten früher greifen.**



Quelle: DGB, Informationen zu Wirtschafts- und Strukturpolitik, August 2007

© DGB einblick 15/07

### 4 TAGE

**3.-23.9.** Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB-Region Oberes Elbtal, Ausstellung „Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften“, Dresden

**6.9.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Prekäre Beschäftigung – Herausforderungen für Gewerkschaften und Politik“, Berlin

**6./7.9.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, hochschulpolitisches Forum „Hochschulen im Wettbewerb – Wer gewinnt, wer verliert?“, Berlin

**7./8.9.** GEW, Konferenz „Schulstruktur in Bewegung – Mentalitäten im Wandel?“, Göttingen

**10.9.** DGB-Jugend Sach-

### Tip

**Film: Robert Thalheim, Am Ende kommen Touristen, Drama, Deutschland 2007, 85 Min.**

Wie viel Zeit erfordert Vergangenheitsbewältigung? Wie viel ist dem Einzelnen zuzumuten, wenn er mit Auschwitz konfrontiert wird? Und kann man heute an diesem Ort leben? Diesen Fragen muss sich

Sven, Zivildienstleistender aus Berlin, während seiner Arbeit im ehemaligen Konzentrationslager stellen. Er betreut den traumatisierten KZ-Überlebenden Krzeminski und verliebt sich in die junge Polin Ania, die in Oswiecim (Auschwitz) als Dolmetscherin arbeitet. Robert Thalheim, Hoffnungsträger des neuen deutschen Kinos

(„Netto“), zwingt die Kinobesucher in seinem zweiten Film zu lebhafter Anteilnahme. Sein Drama setzt nicht auf vordergründige Betroffenheit, sondern arbeitet mit leisen Zwischentönen. Eine fruchtbare Verwirrung: Es ist die Lust zum Nachdenken, die Thalheim provoziert, und keine vorgefertigte Vergangenheitsbewältigung.

sen, Konferenz „Hermit einem besseren Jugendarbeitsschutz!“, Dresden

**11./12.9.** IG Metall, Branchenkonzferenz Stahl „Beschäftigung in Boomzeiten sichern!“, Dortmund

**12.9.** Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut, Ver-

leihung des Regine-Hildebrandt-Preises, Bielefeld

**13.9.** DGB Baden-Württemberg, Tagung „Evaluiert und nun? Verwaltungsreform in Baden-Württemberg“, Stuttgart

**14.9.** DGB Berlin-Brand-

enburg und Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenz

„Arbeit in Berlin: Temporär prekär oder einfach abgehängt?“, Berlin

**17.9.** DGB-Jugend NRW, Jugendpolitisches Suppenessen, Düsseldorf

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt.

**„Wenn Politiker schon nicht im Sommerloch untergehen, dann gehen sie wenigstens mit der Maut baden.“**

Rainer Hillgärtner, Sprecher des ACE Auto Club Europa, in einer Presseerklärung vom 21. August über die jedes Jahr wiederkehrende Debatte über die Einführung einer Pkw-Maut

DGB-Index Gute Arbeit 2007

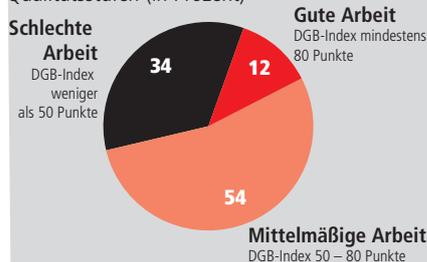
## DGB will Wettbewerb um Gute Arbeit

Die Premiere ist gelungen, das Medienecho ist groß, doch die Ergebnisse sind ernüchternd: Ein zwiespältiges Bild zeichnet der DGB-Index Gute Arbeit 2007 von der Qualität der Arbeitsplätze her. Gerade noch Mittelmaß sind sie im Schnitt, so das Ergebnis der auf einer repräsentativen Arbeitnehmer-Befragung basierenden Untersuchung (mehr: Seite 3). „Es mangelt an Einfluss-, Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten“, fasste der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des Indizes am 11. September in Berlin zusammen. Der berufliche Alltag in Deutschland sei geprägt von Zeitdruck, körperlich einseitiger Arbeit, emotionalen Belastungen und wenig Zukunftssicherheit.

Grundsätzlich gilt: Wer wenig verdient, hat auch die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Die Analyse belegt aber auch, dass es in fast allen Tätigkeitsbereichen und Branchen Gute Arbeit gibt, wenn auch nur an einer Minderzahl von Arbeitsplätzen. Deshalb soll der künftig alljährlich erhobene Index nicht nur umfassend „die Realität beschreiben, sondern sie auch im

### Jeder Dritte arbeitet unter schlechten Bedingungen

Verteilung der Arbeitsplätze in Deutschland nach Qualitätsstufen (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, 2007, INIFES (Tatjana Fuchs); der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von über 6000 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2007

© DGB einblick 16/07

Interesse der arbeitenden Menschen verändern“, erklärt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Denn der Index macht transparent, was konkret verbessert werden muss. „Wir wollen einen Wettbewerb um Gute Arbeit“, betont Michael Sommer. Ganz bewusst haben die Gewerkschaften in Zeiten von Prekarisierung, Hartz IV und „Hauptsache Arbeit“-Parolen den Index gestartet. „Sozial ist, was Gute Arbeit schafft“, stellt Sommer klar.

Die Gewerkschaften wollen, dass der Index nicht folgenlos bleibt – in der Politik, aber auch in der Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit, von

der Tarifpolitik bis zu Kampagnen. Die miesen Ergebnisse für die Niedriglöhner seien ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit eines Mindestlohns, so Sommer. Und dass LeiharbeiterInnen zehn Punkte unterm Gesamt-Index liegen, „zeigt, wie richtig wir mit unseren Forderungen nach Gleichstellung liegen, insbesondere beim Lohn“, meint Bsirske.

Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters sieht sich durch den Index darin bestätigt, dass eine auf Kostensenkung ausgerichtete Unternehmensstrategie die Motivation der Beschäftigten unterminiere. „Die Ausweitung von prekären Jobs führt faktisch in den Unternehmen zu Innovationsfaulheit.“ Umgekehrt stärke gute und qualifizierte Arbeit die Innovationsfähigkeit der Beschäftigten und festige die Innovationskraft der Unternehmen. „Deshalb brauchen wir eine gesellschaftspolitische Debatte, mit welchem Weg und mit welchen Standards von Arbeitsbedingungen wir den Industriestandort hierzulande sichern können. Eine solche Debatte kann und soll der DGB-Index befördern“, stellt Peters klar. ●

## inhalt

Seite 3

### Beschäftigte als Experten

**Das Urteil der Beschäftigten ist der Maßstab für den DGB-Index Gute Arbeit**

Seite 5

### Eine tickende Zeitbombe

**Ausufernde prekäre Beschäftigung treibt die Spaltung der Gesellschaft voran**

Seite 7

### Zwang zur Altersvorsorge?

**Der Vorschlag von Olaf Scholz für eine Vorsorgepflicht für Selbstständige ist eine gute Idee, aber das falsche Konzept, meint Veronika Mirschel**

## plusminusBERLIN

**+** Die Fraktion der Grünen klagt in Karlsruhe gegen den Bundeswehreinsatz beim G8-Gipfel. Die „schleichende Verfassungserosion“ müsse gestoppt werden, so Hans-Christian Ströbele. Die Grenze zur Amtshilfe sei überschritten worden.

**-** Für Katherina Reiche (CDU), stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss des Bundestags, sind die Pannen in den AKW Krümmel und Brunsbüttel nur ein PR-Problem. „Wegen mangelhafter Öffentlichkeitsarbeit legt man keine Kernkraftwerke still“, erklärte sie im Handelsblatt.



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.elnep.org](http://www.elnep.org)

Das European Labour Network for Economic Policy, der Zusammenschluss von sechs gewerkschaftsnahen Wirtschaftsforschungsinstituten, darunter das IMK, die Arbeiterkammer Wien und IRES in Frankreich.

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Vorschläge des DGB zu einem flexiblen Übergang in die Rente

## Arbeitsvermittlung

### DGB gegen Privatisierung

Der DGB kritisiert das Vorgehen der Bundesagentur für Arbeit (BA), eine mögliche Privatisierung der Arbeitsvermittlung zu beschleunigen, die Vermittlung selbst aber nicht zu verbessern. Der Hintergrund: Die BA hat im Juli ein neues Modellprojekt zur stärkeren Einbeziehung privater Arbeitsvermittler gestartet, obwohl die Ergebnisse der 2006 gestarteten Modellversuche zur Einbeziehung Privater noch nicht vorliegen und die Rechtsgrundlage des neuen, auf zwei Jahre angelegten Projekts – Paragraph 421 i des SGB III – bis Ende 2007 befristet ist.

Der neue Modellversuch ermöglichte weder einen objektiven

Vergleich zwischen privater und öffentlicher Arbeitsvermittlung noch verbessere er die Eingliederung Arbeitsloser in die Erwerbsarbeit. Er befördere „lediglich den Prozess hin zu einer Teilprivatisierung“, schreibt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy in der Fachzeitschrift *Soziale Sicherheit*. Dahinter verberge sich ein „strategischer Kurswechsel“ der Arbeitsmarktpolitik.

Adamy, der auch Sprecher der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat der BA ist, weist darauf hin, dass sich die Ergebnisse der Begleitforschung zu den Hartz-Gesetzen und die bisherigen Erkenntnisse der BA weitgehend decken: „Danach ist es bisher durch den Einsatz privater Anbieter nicht gelungen, die Dauer der Arbeitslosigkeit zu senken und die Integration zu beschleunigen.“ ●

## Petition an den Bundestag

### Grundrecht auf Ausbildung

Ein Grundrecht auf Ausbildung ist das Ziel einer Petition an den Bundestag, die mehrere Landesschülervertretungen (LSV) eingereicht haben. Der Bundestag möge beschließen, „einen Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung im Grundgesetz zu verankern“. Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Lebensperspektive, heißt es in der Begründung. Doch die mittlerweile mehr als 1,5 Millionen Menschen unter 25 ohne Ausbildung hätten kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und Jahr für Jahr gehen bundesweit Hunderttausende bei der Lehrstellensuche leer aus – trotz Ausbildungspakt und aller Versprechungen von Wirtschaft und Politik. Unterstützt wird die Forderung der LSV vom DGB, von der GEW, ver.di, der IG Metall-Jugend, dem Elternbund Hessen sowie dem Landeselternbeirat Hessen. Nicht nur die Politik dürfe sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen, auch die Wirtschaft

sei nach wie vor gefordert, betont der DGB-Bildungsexperte Hermann Nehls. Deshalb sei eine Ausbildungsplatzumlage unverzichtbar.

Die Petition kann noch bis zum 10. Oktober online unterzeichnet werden, gleichzeitig hat die Initiative „Ausbildung für alle“ eine Unterschriftenaktion gestartet. ●

Link zur Online-Petition:  
[www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

## Arbeitskosten in Deutschland

### Nur knapp über dem Durchschnitt

Eine Arbeitsstunde kostet in Deutschland im verarbeitenden Gewerbe einschließlich Sozialabgaben 30,90 Euro, drei Euro mehr als im Schnitt aller Euro-Länder. Im Dienstleistungssektor ist die Arbeitsstunde dagegen bereits für 24,50 Euro zu haben und damit für deutlich weniger als in fast allen anderen europäischen Industrie-

## Pendlerpauschale

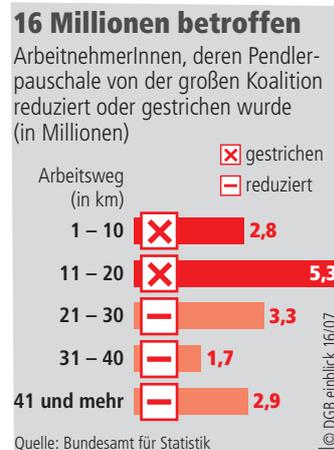
### Nicht auf Karlsruhe warten

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, schnell auf die vom Bundesfinanzhof (BFH) geäußerten „ernstlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit“ der seit Januar wirksamen Kürzungen bei der Pendlerpauschale zu reagieren. Die große Koalition dürfe nicht auf die im kommenden Jahr zu erwartende Entscheidung des Bundesverfas-

sungsgerichts warten, sondern müsse jetzt handeln, wenn sie sich in Karlsruhe „keine große Schlappe einhandeln“ wolle, erklärte DGB-Vorstand Claus Matecki nach dem Anfang September ergangenen Urteil des obersten deutschen Finanzgerichts.

Die Finanzrichter hatten sich in ihrer Entscheidung auch auf ein von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten des Frankfurter Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wieland berufen (*einblick* 22/2006). Wieland sieht in der fehlenden Berücksichtigung der ersten 20 Kilometer Wegstrecke zum Arbeitsplatz einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Auch das Argument, dass der Staat durch die Kürzung der Pendlerpauschale mehr Geld erhalte, haben die Finanzrichter nicht gelten gelassen. Sonst ließe sich „jeder (legislative) Verfassungsverstoß mit genügender finanzieller Breitenwirkung sanktionieren“.

Um den politischen Druck auf die Koalition zu erhöhen, hat der DGB die ArbeitnehmerInnen aufgefordert, gegenüber den Finanzämtern weiter Einspruch gegen die Streichung der Pendlerpauschale einzulegen. Musterschreiben stehen auf der DGB Homepage. ● [www.dgb.de](http://www.dgb.de)



**Vor der Kürzung der Pendlerpauschale haben 16 der rund 35 Millionen ArbeitnehmerInnen ihre Fahrtkosten zum Arbeitsplatz bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht. Für die Hälfte von ihnen hat die große Koalition die Pendlerpauschale komplett gestrichen, weil ihr Weg zum Arbeitsplatz nicht mehr als 20 Kilometer beträgt. Die übrigen ArbeitnehmerInnen können nur noch Fahrtkosten oberhalb der 20-Kilometer-Grenze geltend machen.**

die starke Zunahme von (Schein-) Selbstständigen und von Minijobs im Dienstleistungssektor, zweitens das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns und drittens die negativen Wachstumseffekte der schwachen Binnennachfrage auf die Dienstleistungsbranche. Betroffen von der Ungleichbezahlung sind vor allem Branchen mit niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und hohem Frauenanteil. ● [www.imk-boeckler.de](http://www.imk-boeckler.de)

Gute Arbeit gehört von jeher zu den Kernthemen der Gewerkschaften. Das Neue: Mit dem DGB-Index Gute Arbeit gibt es erstmals ein Instrument, das umfassend die Qualität von Arbeit misst. Sein Maßstab: das Urteil der Beschäftigten.

DGB und Gewerkschaften haben mit dem Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (inifes) den Index entwickelt, der künftig jedes Jahr erhoben werden soll. Im Frühjahr 2007 urteilten im Rahmen einer repräsentativen Infratest-Umfrage erstmals deutschlandweit über 6000 Beschäftigte – vom Mini-Jobber bis zur leitenden Angestellten – über ihre Arbeitsbedingungen. Anhand von 15 Arbeitsdimensionen wurden sie nach der aktuellen Situation und ihren Ansprüchen befragt.

Gefragt wurde sowohl nach positiven Faktoren der Arbeitsgestaltung wie Aufstiegs- oder Weiterbildungsmöglichkeiten wie auch nach Belastungen, zum Beispiel hohe Arbeitsintensität, und nach Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit. Aus all diesen Faktoren ergibt sich ein komplexes Bild der Arbeitsrealität hierzulande. Die Ergebnisse werden auf einer Indexskala von 0 bis 100 eingestuft. Erreicht ein Job weniger als 50 Punkte, handelt es sich um „schlechte oder unzumutbare Arbeit“. Ab 80 Punkte beginnt die Kategorie Gute Arbeit, mit angemessenem Einkommen, geringen Belastungen und ausreichend Entwicklungschancen.

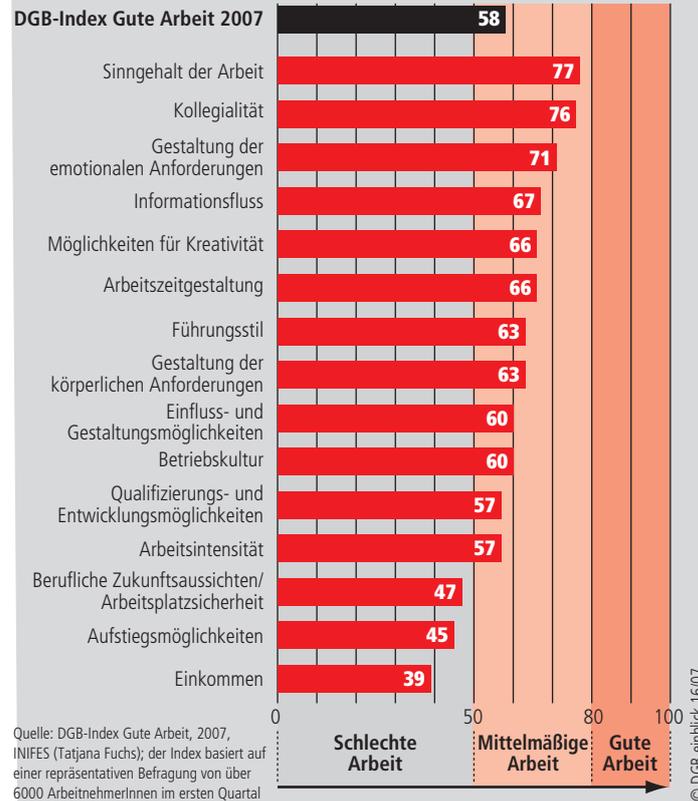
Der DGB-Indexwert 2007, der Durchschnittswert aller Arbeitenden hierzulande, liegt mit 58 Punkten gerade noch im mittelmäßigen Bereich. Dabei ist die Spannweite der Jobqualität riesig. Besonders mies sieht es bei den HilfsarbeiterInnen aus: 61 Prozent arbeiten unter schlechten Bedingungen, und Gute Arbeit kennen sie gar nicht. Andererseits gibt es auch Berufsgruppen mit einem hohen Anteil guter Arbeit, wie etwa die Ingenieure mit 23 Prozent (schlechte Arbeit: 21 Prozent).

## Qualität der Arbeit

# Beschäftigte als Experten

### Sinnvolle Arbeit, schlecht bezahlt

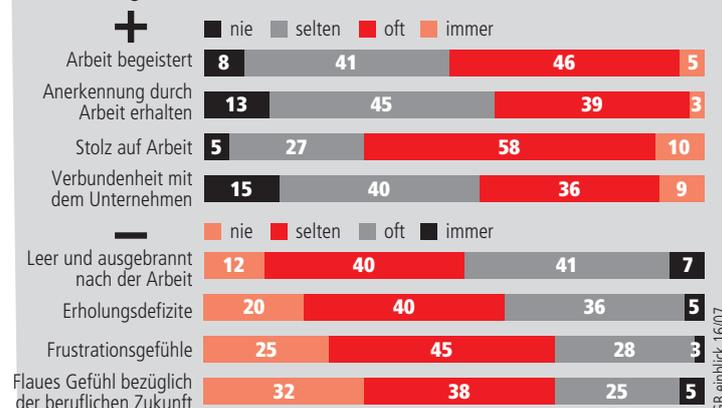
Bewertung einzelner Dimensionen von Arbeit durch die Beschäftigten im DGB-Index Gute Arbeit (Indexskala 0 bis 100)



**Am wenigsten zufrieden sind die Beschäftigten mit ihrer Einkommenssituation. Gleichzeitig klaffen bei Gehalt und Lohn auch Anspruch und Wirklichkeit am weitesten auseinander. Für 82 Prozent der Befragten ist wichtig oder äußerst wichtig, dass ihr Einkommen ihrer Leistung und ihren Lebensbedürfnissen gerecht wird. Doch gerade mal 33 Prozent der Befragten glauben, dass ihr Gehalt ihrer Leistung entspricht, und nur 37 Prozent halten ihr Einkommen für sehr gut oder vollkommen ausreichend.**

### Arbeit: Lust und Frust

Wie Beschäftigte in Deutschland ihre Arbeit erleben (in Prozent)



**Immerhin: 68 Prozent der ArbeitnehmerInnen sind häufig oder immer stolz auf ihre Arbeit.**

## Der DGB-Index im Betrieb

Entstanden als Projekt der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende wird der DGB-Index Gute Arbeit künftig von einer Servicestelle, getragen von DGB und Mitglieds-gewerkschaften, fortgeführt. Sie bietet neben weiteren Auswertungen des Datenmaterials Unternehmen oder Betriebsräten Mitarbeiterbefragungen und deren Auswertung an. Denn: Betriebliche Anwendungen der Index-Umfrage sind ein präziser Gradmesser für die Qualität der Arbeit im bundesweiten Vergleich. Die Servicestelle unterstützt die Unternehmen auch dabei, Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen.

Tel. 030 / 240 60 680  
info@dgb-index-gute-arbeit.de

## Mein Index

Wie gut sind meine eigenen Arbeitsbedingungen? „Mein Index“, ein Online-Fragebogen auf der Homepage des DGB-Index, gibt Auskunft und ermittelt den ganz persönlichen Gute Arbeit-Index-Wert. Er ersetzt keine Index-Erhebung auf betrieblicher Ebene, bietet aber erste Orientierung.

„Mein Index“, jede Menge weitere Infos, Auswertungen und Downloads zum DGB-Index und zum Thema Gute Arbeit:

www.dgb-index-gute-arbeit.de

**Workshop**

## Steuern zahlen!

Geht es um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility – CSR), werden Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards, nicht aber Fragen der Besteuerung thematisiert. Um den Zusammenhang zwischen Unternehmensverantwortung und Steuergerechtigkeit geht es bei einem Workshop am 18. und 19. September in Berlin, den das DGB-Bildungswerk, terre des hommes und das Global Policy Forum veranstalten. Anhand konkreter Beispiele wird gezeigt, wie sich Steuerflucht auf die öffentlichen Kassen auswirkt, welche internationalen Ansätze zur Bekämpfung von Steuerflucht es gibt und wie Gewerkschaften mit NGOs eine strategische Allianz zum Thema Steuergerechtigkeit und Unternehmensverantwortung schmieden können. • [www.globalpolicy.org/leu](http://www.globalpolicy.org/leu)

**Kongress**

## Neue Aufgaben

Betriebsräte stehen angesichts veränderter – etwa prekärer und befristeter – Arbeitsverhältnisse vor völlig neuen Aufgaben. Wie sie sich darauf vorbereiten können, vermitteln ExpertInnen beim „1. AiB-Zukunftskongress für Betriebsräte“ am 27. und 28. September in Frankfurt/M. Francesco Grioli (IG

BCE), Jürgen Ulber (IG Metall) und weitere ReferentInnen werden über Handlungsoptionen in einer veränderten Tariflandschaft diskutieren. Veranstalter des Kongresses ist der Seminarbereich der Arbeitsrecht-im-Betrieb-Verlagsgesellschaft, ein Tochterunternehmen des Frankfurter Bund-Verlages. •   
Tel. 069/133077671  
[ilona.hofmann@aib-verlag.de](mailto:ilona.hofmann@aib-verlag.de)

**Ferienwerk IG BAU**

## Offen für alle

Das Gemeinnützige Erholungswerk (GEW) der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) steht seit Juli auch den Mitgliedern anderer DGB-Gewerkschaften offen. Der Grund: Die Bau-Arbeitgeber, die das Ferienwerk 1963 gemeinsam mit der Gewerkschaft gegründet haben, sind ausgestiegen. Damit ist das GEW keine Sache der Tarifpartner mehr, erklärte Geschäftsführer Bernd Schütt. War das GEW anderen Gewerkschaftsmitgliedern bislang nur gegen Aufpreis zugänglich, gelten seine Angebote jetzt für alle. Das Ferienwerk der IG BAU ist nach Angaben seines Geschäftsführers um zehn bis 80 Prozent günstiger als vergleichbare Anbieter. Alle Ferienhotels haben drei oder vier Sterne und seien in einem Top-Zustand. Das GEW (Werbeslogan „Genießen Erholen Wohlfühlen“) ist das einzige Ferienwerk seiner Art im DGB. •   
[www.ferien-igbau.de](http://www.ferien-igbau.de)

**Tagung**

## Fonds auf dem Vormarsch

Mit dem zunehmenden Engagement internationaler Finanzinvestoren in Unternehmen befassen sich die TeilnehmerInnen der Tagung „Made in Germany“ im Griff der Finanzmärkte“, zu der die Hans-Böckler-Stiftung am 23. und 24. Oktober in die Akademie der Künste nach Berlin einlädt. Dabei kommen GewerkschafterInnen, ParteipolitikerInnen

und WissenschaftlerInnen ebenso zu Wort wie ManagerInnen aus Fondsgesellschaften. Betriebsräte werden ihre konkreten Erfahrungen mit dem Einstieg von Private-Equity-Fonds schildern. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und andere Fachleute diskutieren, wie dem Druck der internationalen Finanzmärkte begegnet werden kann. Die Teilnahme ist kostenlos. •   
Anmeldungen bis 3. Oktober:  
[Heike-Stempel@boeckler.de](mailto:Heike-Stempel@boeckler.de)  
Tel. 0211 / 777 81 24

**Dokumentation**

## Einfache Arbeit stirbt nicht aus

Ist einfache Arbeit gleich prekäre Arbeit? Werden einfache Arbeitsplätze künftig überflüssig? Diesen und anderen Fragen geht die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer



Publikation „Perspektiven der Erwerbsarbeit: Einfache Arbeit in Deutschland“ nach. Die Dokumentation einer Tagung vom Oktober 2006 zeigt, dass einfache Arbeit nach wie vor ein relevanter Beschäftigungsbereich ist und bleiben wird. Doch auch sie befindet sich im Wandel. Die einfachen Arbeitsplätze der Zukunft verlangen neue Kompetenzen und Qualifikationen.

**FES-Tagung**

## Gute Arbeit

Nicht nur für Betriebsräte und Gewerkschaften hat die Durchsetzung „Guter Arbeit“ in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, sondern auch in der Politik. Unter dem Titel „Von humanisierter zu guter Arbeit, Menschengerechte Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe von Politik und Gewerkschaften“ werden Betriebsräte, GewerkschafterInnen und Sozialdemokraten am 11. Oktober auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin über Anforderungen gewerkschaftlicher Konzepte für gute Arbeit an die Politik diskutieren. Und über die Frage, welche Bezüge es zum Leittrag zu guter Arbeit für den SPD-Parteitag gibt. Außerdem werden Spielräume guter Arbeit in der betrieblichen Praxis analysiert. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen bis zum 1. Oktober. •   
Tel. 0228 / 88 32 19, [ilona.denk@fes.de](mailto:ilona.denk@fes.de)

Schon heute werden 63 Prozent der einfachen Arbeiten von fachlich qualifizierten Menschen geleistet.

Der in der Reihe „WISO Diskurs“ erschienene Band macht auch klar, dass einfache Arbeit zwar nicht gleichbedeutend mit prekärer Arbeit ist, dass sie aber zunehmend prekariert wird. Die Aufsätze der Tagungsreferenten beleuchten umfassend verschiedene Aspekte des Themas. Als ergänzendes Extra: Kurzfilme der Filmemacherin Renate Teucher auf DVD, die die vielen Facetten einfacher Arbeit zeigen. •

Link zum Filmprojekt:  
[www.mwb-ev.de/fes\\_filmelindex.html](http://www.mwb-ev.de/fes_filmelindex.html)  
Dokumentation als pdf:  
<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04591.pdf>  
Kostenloses Print-Exemplar (Mail-Bestellung): [claudia.unkelbach@fes.de](mailto:claudia.unkelbach@fes.de)

## interregio

••• Der **DGB Hessen** und die hessische Landesregierung haben sich auf einen **Gesetzentwurf zur Tariftreue** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geeinigt. Mit dem Gesetz, das ab Januar 2008 gelten soll, werde Lohndumping bekämpft und sichergestellt, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die vereinbarten Tarife umgesetzt würden, so Sozialministerin Silke Lautenschläger. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist für Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, zwar „nicht das Optimum, aber ein Schritt in die richtige Richtung.“ Das Tariftreugesetz gilt für die Bauwirtschaft, die Gebäudereinigung, das Bewachungsgewerbe, den Landschaftsbau und das Abbruchgewerbe. [www.hessen.dgb.de](http://www.hessen.dgb.de)  
Auch in Rheinland-Pfalz will die Landesregierung noch in diesem Jahr einen Gesetzesentwurf für ein Tariftreugesetz einbringen. Das Gesetz war bereits Thema einer Sitzung von Ministerrat und Gewerkschaften.

## Prekäre Beschäftigung

### Eine tickende Zeitbombe

Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, Perspektivlosigkeit, Verunsicherung und Armut treiben nach Einschätzung der Gewerkschaften die gesellschaftliche Spaltung voran. Ausufernde prekäre Beschäftigung könne die Politikverdrossenheit auf einen neuen Höhepunkt bringen, warnte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach auf einer Tagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung.

Bereits im vergangenen Jahr hat der DGB beschlossen, „prekäre Arbeit“ in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Arbeit zu rücken. Im Mai 2006 entschied der DGB-Bundeskongress, eine Projektgruppe mit sieben Formen prekärer Arbeitsverhältnisse zu befassen: von der Zeitarbeit bis zu Minijobs.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach bezeichnete anlässlich einer gemeinsamen Tagung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung Anfang September die Zunahme prekärer Beschäftigung als tickende Zeitbombe: „Das so genannte Prekariat ist kein Rand- oder Unterschichtenproblem, sondern es reicht inzwischen weit in die Mitte unserer Gesellschaft“. Rund 650 000 Menschen arbeiten heute als Leiharbeiter, doppelt so viel wie 2003. Zwölf Prozent der Leiharbeiter erhalten ein so nied-

riges Gehalt, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Insgesamt nehmen rund 1,2 Millionen Menschen ergänzende Leistungen aus Hartz IV in Anspruch, knapp die Hälfte davon sind Vollzeitbeschäftigte.

„Wenn die prekäre Beschäftigung ausufernd und die Beschäftigten weiter derart in ihrer Würde verletzt werden, muss sich die Politik nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit bald einen neuen Höhepunkt erreicht“, warnte Buntenbach. Sie forderte die Koalition auf, die Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt zu korrigieren. Dazu gehöre ein Mindestlohn, der „zumindest vor der schlimmsten Ausbeutung schützt und den Missbrauch von Hartz IV als Lohn-Einsparsystem für Arbeitgeber beendet.“ Weiter müsse die Leiharbeits-Branche in das Entsendegesetz aufgenommen

werden, nach längerer Verleihdauer solle künftig der Lohn des Einsatzbetriebes gezahlt werden. Außerdem seien gesetzliche Regelungen nötig, damit reguläre Arbeitsplätze nicht weiter verdrängt würden.

Einen „epochalen Bruch“ in der Arbeitsgesellschaft Anfang der 1990er Jahre diagnostizierte der Jenaer Arbeitssoziologe Klaus Dörre. Die einstige Kopplung von Erwerbsarbeit an staatlich gewährleistete „Schutz- und Partizipationsrechte“ löse sich mehr und mehr auf. Ein immer größerer Anteil der Arbeitenden lebe in einer „Zone ständiger Unsicherheit“. Bereits 18 Prozent der in Deutschland Vollzeitbeschäftigten seien im Niedriglohn-Sektor tätig. Doch „Minijobber, Zeitarbeiter, Praktikanten, Niedriglöhner und andere“ stünden noch häufig allein da. Die Gewerkschaften fühlten sich oft nur für die Stammebelegschaften verantwortlich.

Buntenbach zog ein Resümee der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre und verwies auf eine Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), die zu dem Schluss kommt: „Der Aufschwung (hat) zwar den Arbeitsmarkt erreicht, aber an Stelle der Beschäftigtenzahl steigt bisher hauptsächlich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden.“

Für die Gewerkschaften präsentierte Annelie Buntenbach eine Reihe von Forderungen an die Politik – darunter die Streichung der Subventionen für auf Dauer eingerichtete Minijobs und ein Versicherungssystem, zu dessen Finanzierung auch Selbstständige herangezogen werden sollten. Klaus Dörre wagte sich etwas weiter vor: Es sei mit den Mitteln der Forschung „nicht festzustellen“, dass durch die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre „bei Langzeitarbeitslosen Verbesserungen eingetreten“ seien. Wenn eine Reform ihre Ziele verfehle, fuhr er fort, müsse man erwägen, sie zurückzunehmen. ●

## Sommerreise

**Jedes Jahr besucht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Unternehmen, um sich ein Bild von den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten vor Ort zu machen. Ziel der diesjährigen Sommerreise in der ersten Septemberwoche: ein Bremer Schlachthof, als fast „normaler“ Betrieb in direkter Konkurrenz zu Schlachthöfen, die mit Dumpinglöhnen und unter miserabelsten Bedingungen arbeiten.**

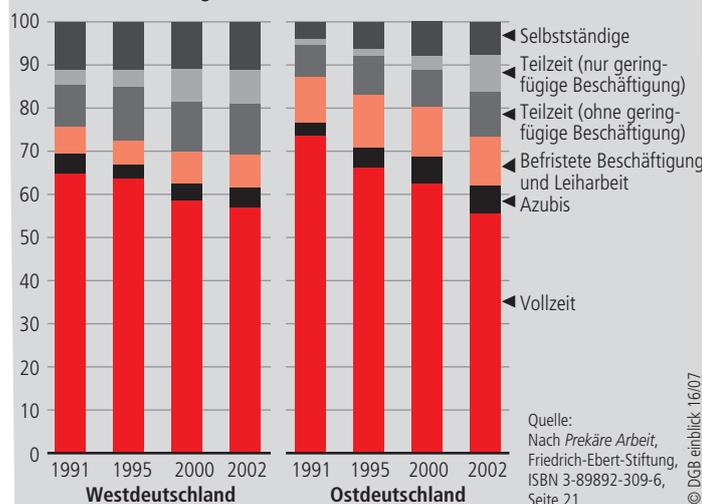
**Und doch: Es ist eben nur ein fast normaler Betrieb. Lediglich acht eigene Beschäftigte hat der Schlachthof. Der Schlachtbetrieb ist an ein Subunternehmen vergeben. 26 Beschäftigte sind es, die teilweise, wie der Betriebsratsvorsitzende Heinz Renken, nun schon im zweiten Subunternehmen für den gleichen Betrieb arbeiten.**

**Etwa 15 bis 16 Euro die Stunde verdienen die Schlachter, die nach der Zahl verarbeiteter Tiere bezahlt werden. Weit mehr als bei der Konkurrenz, die mit Dumpinglöhnen zwischen 2,50 Euro und 3,50 Euro hantiert. So wundert nicht, dass Schlachthof-Inhaber Vosting uneingeschränkt für den Mindestlohn ist: „Glauben Sie mir – alles was uns hilft, in der Branche fairere Bedingungen herzustellen, wäre positiv für uns.“**

**Mehr Infos zur Sommerreise: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**

### Immer weniger Vollzeitbeschäftigte

Anteil der Erwerbstätigen nach Erwerbsformen (in Prozent)



**Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nimmt weiterhin ab (siehe einblick 15/2007), während prekäre Beschäftigung, befristete Beschäftigung, Teilzeit- und Leiharbeit zunehmen. In besonderem Maße von der Entwicklung betroffen ist dabei der Osten des Landes.**

## kurz&bündig



**Die GEW fordert von den Ländern ein Studiengebühren-**

**Moratorium. Bereits erhobene Gebühren und geplante Erhebungen müssten ausgesetzt werden. Dies sei notwendig, um Verbesserungen in der Ausbildungsförderung nicht zu konterkarieren.**



**Die „Allianz pro Schiene“ sucht zum vierten Mal**

**die „Bahnhöfe des Jahres“. Preisträger werden in den Kategorien Großstadt- und Kleinstadtbahnhof gesucht. Mitglieder der Allianz sind 16 Verbände, darunter TRANSNET und der ACE. [www.allianz-pro-schiene.de](http://www.allianz-pro-schiene.de)**

## IG Metall-Kongress

### Zukunft braucht Gerechtigkeit

Das größte öffentliche Interesse am Gewerkschaftstag der IG Metall vom 4. bis 10. November in Leipzig gilt der Wahl des neuen Vorstands. Die meiste Arbeit werden sich die 501 Delegierten aber mit der Diskussion und Beschlussfassung der 544 Anträge und Entschlüsse machen. Das 218 Seiten starke Antragsheft liefert keinen Beleg für einen Kurswechsel, den viele Kommentatoren nach der Nominierung der neuen Führungsspitze Berthold Huber/Detlef Wetzel gesehen hatten. Die IG Metall wahrt vielmehr Kontinuität.

Das Motto des Gewerkschaftstages lautet „Zukunft braucht Gerechtigkeit“. Den sieben Entschlüssen des Vorstands hat die Kongressregie 491 Anträge

zugeordnet. Die meisten (98 bzw. 100) gelten der Tarif- bzw. der Organisationspolitik. Gefordert wird zum Beispiel, dass die Begrenzung betrieblicher Abweichung vom Flächentarifvertrag zu einem tarifpolitischen Schwerpunkt der nächsten Jahre wird.

Organisationspolitisch soll die Mitgliedererwerbungs- wie schon auf dem Gewerkschaftstag 2003

## Postdienst

### Zweigleisig zum Erfolg

Die Gewerkschaft ver.di und der Arbeitgeberverband Postdienste wollen Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) auffordern, die Postdienstbranche in das Arbeitnehmerentendengesetz aufzunehmen. Parallel dazu soll der Anfang September abgeschlossene Mindestlohn-

beschlossen – weiterhin höchste Priorität haben. Zur Satzung liegen 46 Änderungsanträge vor. Einer fordert, dass Mitglieder, die Arbeitslosengeld II beziehen, keinen Mitgliedsbeitrag mehr entrichten müssen; ein anderer, dass die Bezirksleiter der IG Metall – bislang Beauftragte des Vorstands – künftig von den Bezirkskonferenzen gewählt werden. ●

tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden. Mit der Doppelstrategie wollen die beiden Tarifparteien verhindern, dass die Einführung von Mindestlöhnen in der Postbranche durch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) blockiert werden kann. Denn die Allgemeinverbindlichkeitserklärung setzt die Zustimmung der BDA voraus. Für die Einführung von Mindestlöhnen über das Entsendegesetz gilt diese Hürde nicht. ●

Debeka

Ihre Krankenversicherung

www.debeka.de



## Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

**Debeka**  
Krankenversicherungsverein a. G.  
Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 498-0

**Debeka**

Erfahren. Sicher. Günstig.

## Altersvorsorgepflicht für Selbstständige

### Es gibt keine Wahlfreiheit

Um Altersarmut zu verhindern, will der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Olaf Scholz, Selbstständige zu einer Mindestabsicherung fürs Alter verpflichten. „Im Prinzip eine gute Idee“ meint Veronika Mirschel vom ver.di-Referat Selbstständige. Nur Scholz „setzt auf das falsche Konzept“.

Die Idee, für Selbstständige eine Pflicht zur Mindestabsicherung für das Alter einzuführen, ist im Kern eine richtige Forderung – gehört doch die Kenntnis über einen absehbaren Anstieg der Altersarmut durch Nicht- oder Unterversicherung längst zum Allgemeinwissen. Für viele Selbstständige – von denen jeder siebte ohne jegliche Altersabsicherung dasteht – **kommt die Forderung von Scholz allerdings als Drohung daher.** Denn: Olaf Scholz setzt, so die Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 30. August, nicht auf die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, sondern er „will dem Bürger die Wahl lassen“, welche Vorsorgeform er wählt. Und: Mit der Pflicht zur Versicherung, so seine Hoffnung, komme es seltener vor, „dass sich Menschen ohne Sozialversicherung quasi zu Dumpingpreisen als Selbstständige anbieten müssen.“

Ja, wo lebt der Mann? **Glaubt er allen Ernstes, mit einer Versicherungspflicht würden die Vergütungen ansteigen?** Soll der selbstständige LKW-Fahrer seinem Spediteur klar machen: „Übrigens nehme ich ab heute einen höheren Stundensatz – ich bin nämlich ab sofort pflichtversichert.“ Hat Rechtsanwalt Scholz übersehen, dass es – neben den besser und gut verdienenden Selbstständigen – immer mehr Selbstständige gibt, die allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben? Und das häufig als Geringverdiener. Nicht selten beauftragt von Unternehmen, die – unter Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – die ökonomische Misere und Versicherungsfreiheit der meisten Selbstständigen zur Kostenreduktion nutzen. Hat Scholz vergessen, dass es seine Partei war (und ist), die die Selbstständigkeit – und gerade auch vielfach die gering bezahlte – mit der Hartz-Gesetzgebung als arbeitsmarktpolitische Maßnahme gepusht hat? Dass sie die Instrumente gegen Scheinselbstständigkeit faktisch abgeschafft hat? Und dass eines der wenigen positiven Elemente der Hartz-Gesetzgebung – die freiwillige Arbeitslosenversicherung – für langjährig Selbstständige über Nacht wieder abgeschafft wurde? Kurz: Dass die sozialen Rahmenbedingungen für Selbstständige

ohne Beschäftigte, die seit Längerem die Mehrheit der Selbstständigen stellen, im Eifer des Gefechts aus dem sozialdemokratischen Blick geraten sind?

Punktuelle Reparaturversuche – wie jüngst die Gesundheitsreform – zeigen nur: Für die tatsächliche Absicherung gering verdienender Selbstständiger **ist wenig gewonnen, wenn diejenigen, die sich keine Absicherung leisten können, dazu gesetzlich verpflichtet werden.** Das gilt auch für die Altersvorsorge. Bestes Beispiel sind die Honorarkräfte aus der Bildungsbranche: Sie sind Selbstständige, die in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – und zwar Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. Das wäre bei einer anständigen Bezahlung kein Problem. Ein Blick auf ihre Stundenhonorare jedoch treibt Außenstehenden die Tränen in die Augen – offenbar aber nicht den (oft öffentlichen) Weiterbildungsträgern, die diese Hochqualifizierten mit Dumping-Honoraren abpeisen.



Veronika Mirschel, 47, vertritt als Referentin die Interessen von über 30 000 in ver.di organisierten Selbstständigen.

**Solche Geringverdiener haben auch nichts von der Scholz-Forderung nach einer Wahlfreiheit der Anlageform: Übersehen hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, dass nur eine Versicherung aller Erwerbstätigen eine solidarische Absicherung garantiert.** Tatsächlich krankt doch die gesetzliche Altersvorsorge daran, dass sich besser Verdienende aber auch Beamte nicht solidarisch an der Finanzierung der Rentenkassen beteiligen. Im Bereich besser verdienender Selbstständiger ist eine private Vorsorge ohnehin die Regel, eine Wahlfreiheit oder Sondersysteme nutzen meist nur Privilegierten, die sich damit aus der Solidarität verabschieden. Das müsste Scholz übrigens von der Anwaltsversorgung kennen – einer Pflichtversicherung für Juristen, die vorteilhafte Konditionen bietet, die Scholz aber sicher nicht in das Wahlrecht für jedermann einbeziehen will.

Pflichtversicherungen machen nur Sinn, wenn diese einerseits in einem solidarischen System unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen erfolgen und andererseits – wie auf dem letzten DGB-Bundeskongress gefordert – auch Auftraggeber zu dessen Finanzierung herangezogen werden. ●

## Schutz für Solobeschäftigte

**Die Zahl der Selbstständigen wächst rapide. Viele – oft überdurchschnittlich qualifizierte – Selbstständige entscheiden sich bewusst für ein selbst bestimmtes Arbeits- und Lebenskonzept. Andere werden durch Outsourcing ihres Arbeitsbereichs zur Selbstständigkeit gezwungen oder wählen die Selbstständigkeit nur, um überhaupt eine Arbeit zu finden.**

**Ihre Arbeitsbedingungen sind oft prekär, ihre Absicherung gegen Krankheit und Alter ist lückenhaft. Vor allem die Soloselbstständigen, die allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, haben es schwer. Denn ihre Honorare sind seit Jahren in fast allen Branchen gesunken, egal ob sie als freier Journalist, Weiterbildungslehrer oder als Kleinspediteur arbeiten.**

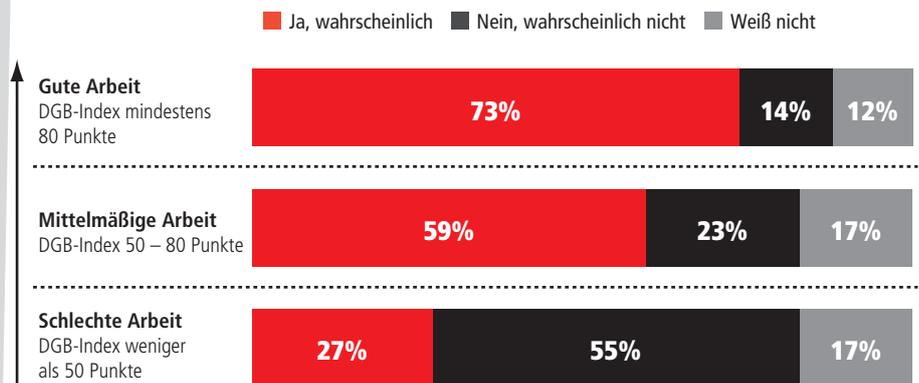
**Die Gewerkschaften vertreten deshalb auch die Interessen der Soloselbstständigen. Zum Teil haben sie, wie ver.di und die GEW, für Selbstständige eigene Betreuungs- und Beratungsangebote aufgebaut. Und sie streiten für einen bessere Bezahlung und eine bessere soziale Absicherung der Soloselbstständigen.**

**Infos und Beratung:**  
[www.freie.verdi.de](http://www.freie.verdi.de)  
[www.mediafon.net](http://www.mediafon.net)  
[www.gew.de](http://www.gew.de)  
(Bildungsbereiche)

### RENTENEINTRITT: Schlechte Arbeit bringt frühes Aus

**Nur jeder zweite Beschäftigte in Deutschland geht davon aus, dass er seine Tätigkeit unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen bis zum Rentenalter ausüben kann. Das ist ein Ergebnis des DGB-Index Gute Arbeit 2007 (siehe Seite 1 und 3). Während 73 Prozent der Beschäftigten mit guter Arbeit mit dem Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit bis zum Rentenalter rechnen, erwarten nur 27 Prozent der ArbeitnehmerInnen mit hohen Belastungen und wenig Absicherung, dass sie bis zum Renteneintrittsalter durchhalten können.**

Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre jetzige Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben können? Antworten auf diese Frage nach Qualitätsstufe der Arbeitsplätze (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, 2007, INIFES (Tatjana Fuchs); der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von über 6000 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2007

© DGB einblick 16/07

### personalien

••• **Teodora Gionova-Busch**, 39, Studium der Germanistik und Politikwissenschaft, von 2001 bis Ende 2006 Mitarbeiterin der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, ist seit dem 1. September politische Referentin im Bereich Gesellschaftspolitik des DGB.  
 ••• Für den ver.di-Bundeskongress vom 30. 9. bis 6.10. in Leipzig hat der Gewerkschaftsrat die Wiederwahl von **Frank Bsirske**, 55, als ver.di-Vorsitzenden vorgeschlagen. Bestätigt werden sollen zudem die vier stellvertretenden Vorsitzenden **Gerd Herzberg**, 57, **Andrea Kocsis**, 42, **Margret Mönig-Raane**, 59, **Frank Werneke**, 40, und die Vorstandsmitglieder **Uwe Foullong**, 49, **Petra Gerstenkorn**,

53, **Isolde Kunkel-Weber**, 53, **Erhard Ott**, 54, **Ellen Paschke**, 49, und **Lothar Schröder**, 47. **Jan Kahmann**, 60, **Kurt Martin**, 61, **Dorothea Müller**, 57, und **Christian Zahn**, 59, kandidieren nicht mehr. Für sie sollen **Sieglinde Frieß**, 48, Fachbereichsleiterin Bund, Länder, Gemeinden in Hamburg, **Achim Meerkamp**, 52, Landesfachbereich Ver- und Entsorgung Rheinland-Pfalz, und **Martina Stabel-Franz**, 43, Referatsleiterin im Gesundheits- und Sozialministerium im Saarland in den Vorstand gewählt werden.  
 ••• Für den im November ebenfalls in Leipzig tagenden Gewerkschaftstag der IG Metall hat der Vorstand den bisherigen Zweiten

Vorsitzenden **Berthold Huber**, 57, als Nachfolger von **Jürgen Peters**, 63, für das Amt des Ersten Vorsitzenden vorgeschlagen. Zweiter Vorsitzender soll der nordrhein-westfälische Bezirksleiter **Detlef Wetzel**, 54 werden. Zur Wiederwahl vorgeschlagen sind zudem Hauptkassierer **Bertin Eichler**, 55, und die Vorstandsmitglieder **Regina Görner**, 57, und **Wolfgang Rhode**, 56. **Kirsten Rölke**, 58, und **Wolf-Jürgen Röder**, 60, kandidieren nicht mehr. Für sie sollen der Leiter des Bereichs Strategische Planung, **Hans-Jürgen Urban**, 46, und die niedersächsische Bezirkssekretärin **Helga Schwitzer**, 56, in den Vorstand gewählt werden.

### 14 TAGE

**20.9.** DGB-Jugend Bremen, Demonstration „Rechtsextremismus in Europa – ein neues – altes Phänomen?!“, Bremen  
**20./21.9.** IG Metall, Bundesbranchenkonferenz „Textil, Bekleidung und Textile Dienste“, Bad Kissingen  
**20.-22.9.** GEW, Jugendhilfekongress „Pädagogische Arbeit – Prädikat wertvoll“, Rostock  
**27./28.9.** Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Gleichstellung ohne Vereinbarkeit – Vereinbarkeit ohne Gleichstellung? Zum Verhältnis von Gleichstellungspolitik und Familienpolitik“, Berlin  
**30.9.-6.10.** ver.di, Bundeskongress „Gerechtigkeit, Würde, Solidarität“, Leipzig

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

**„Ich kann nicht stolz darauf sein, wenn Menschen keine Rentenerhöhung bekommen, länger arbeiten müssen oder lange keine Nettolohnerhöhungen hatten.“**

SPD-Vorsitzender Kurt Beck am 10. September im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ auf die Frage, warum er sich im Gegensatz zu anderen führenden SPD-Politikern weigert, den Begriff „Stolz“ in Bezug auf Agenda 2010 zu benutzen.

## Ausbildung 2007

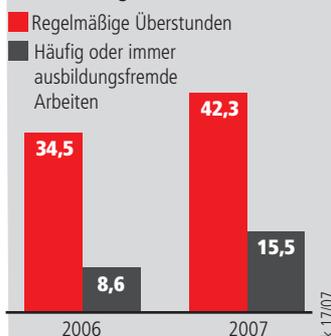
### Angebot und Qualität mangelhaft

Jedes Jahr das gleiche Trauerspiel: Seit 2004 feiern Bundesregierung und Wirtschaft die Erfolge ihres Ausbildungspaktes, wenn die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Zahlen zum Ausbildungsjahr verkündet. Am 11. Oktober ist es wieder soweit.

Die Bilanz des DGB auf Grundlage der BA-Zahlen fällt anders aus: So standen im August 2007 den bundesweit rund 700 000 BewerberInnen gerade mal 400 000 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. „Es ist ein Armutszeugnis für die deutsche Wirtschaft“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, dass lediglich 23 Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe auch ausbilden. Es sei absurd, sagt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne, dass die Partner im Ausbildungspakt ihn zum Erfolg erklärten, obwohl rechnerisch ein Sechstel der diesjährigen SchulabgängerInnen, also 80 000 Jugendliche, keine Lehrstelle finden – nicht eingerechnet die „Bugwelle“ der rund 300 000 nicht versorgten AltbewerberInnen, die sich Jahr für Jahr erneut um eine Lehrstelle bemühen. Aus Sicht

#### Ausbildung: Qualität sinkt

Auszubildende über die Häufigkeit von Überstunden und ausbildungsfremden Tätigkeiten (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2006 und 2007, der Report basiert auf der Befragung von über 4000 Azubis in den 25 beliebtesten Ausbildungsberufen

© DGB einblick 17/07

der Gewerkschaften bleibt eine Ausbildungsumlage unverzichtbar. „Für uns ist das Thema nicht tot“, betont Michael Sommer.

DGB und GEW sind sich einig: Alle, die sich für eine Ausbildung bewerben, müssen eine Chance erhalten und dürfen nicht in Warteschleifen geparkt werden. Deshalb unterstützen DGB und GEW eine Petition von mehreren Landesschülervertretungen an den Bundestag

**Qualitätsmängel in der Ausbildung, geringe Übernahmechancen, regelmäßige Überstunden: Für Azubis hat sich trotz des Wirtschaftsaufschwungs die Situation weiter verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt der DGB-Ausbildungsreport 2007. Besonders schlecht sind die Bedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe.**

für einen Rechtsanspruch auf berufliche Ausbildung im Grundgesetz. „Die organisierte Verantwortungslosigkeit in der Ausbildungspolitik muss ein Ende haben“, so der hessische Landesschulsprecher Kaweh Mansoori. „1,5 Millionen Jugendliche sind bundesweit ohne Ausbildung und ohne Perspektiven. Wer ausbildungsfähig ist, muss Ausbildung einklagen können.“ Michael Sommer verweist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1980, nach dem für ein „auswahlfähiges“ Angebot an Ausbildungsplätzen 12,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze vorhanden sein müssen als BewerberInnen. „Aus diesem Urteil lässt sich ein Handlungsauftrag an den Gesetzgeber ableiten, der bis heute nicht umgesetzt wurde.“

Doch nicht nur das Angebot ist mangelhaft, sondern auch die Qualität. Das zeigt der DGB-Ausbildungsreport 2007. Der DGB fordert deshalb, die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) und damit die Pflicht, sich als Ausbilder zu qualifizieren, wieder in Kraft zu setzen. Vor vier Jahren war die AEVO in der Hoffnung auf mehr Ausbildungsplätze ausgesetzt worden. „Das halten wir für unverantwortlich“, erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. „Ausbilderinnen und Ausbilder müssen mehr können als ihren Beruf.“ • [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

### plusminusBERLIN

**+** Bundespräsident Horst Köhler hat die Versäumnisse der Wirtschaft bei der Weiterbildung scharf kritisiert. Statt ihre Angebote weiter zurückzufahren, aber den Fachkräftemangel zu beklagen, müssten die Unternehmen ihre „Anstrengungen verstärken – gerade auch bei älteren Arbeitnehmern“.

**-** Christian Schmidt (CSU), parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, kann sich vorstellen, dass Wehrpflichtige ihren Wehrdienst künftig auch bei der Polizei und der Feuerwehr leisten. Die Wehrpflicht „müsse an die neuen Risiken für die innere Sicherheit angepasst werden“.

## inhalt

Seite 3

**Erben macht Spaß – auch künftig**

**Reiche Erben müssen nichts befürchten. Schwarz-Rot will sie bei der Erbschaftssteuerreform ungeschoren lassen**

Seite 5

**Debatten über Zeitarbeit und Hedgefonds**

**Die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses in Leipzig müssen sich durch mehr als 1300 Anträge kämpfen**

Seite 7

**Lebenslüge als Chance**

**Anspruch und Realität klaffen beim NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers weit auseinander, meint der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Guntram Schneider**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**[www.vorratsdaten-speicherung.de](http://www.vorratsdaten-speicherung.de)  
Internetplattform des Aktionsbündnisses gegen die Überwachung von Telefon- und Internetverbindungen**

**Hintergrund**

**[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Entwicklung der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Überblick**

## Ausdehnung des Entsendegesetzes

### Kaum Fortschritte

Ginge es nach Arbeitsminister Müntefering (SPD), gäbe es in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn. Der von der Union erzwungene Umweg, Mindestlöhne über die Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen einzuführen, kommt dagegen nur schleppend voran. Zwar hat sich die Koalition am 19. September nach einem heftigen öffentlichen Schlagabtausch darauf verständigt, zumindest die Briefträger in das Entsendegesetz aufzunehmen, aber über die Höhe des Mindestlohns herrscht koalitionsintern noch immer Streit. CDU und CSU wollen ihn zugunsten der privaten Postkonkurrenten senken.

In den meisten anderen Branchen sieht es nicht viel besser aus: Im Einzelhandel mit seinen über zwei Millionen Beschäftigten befinden sich die Verhandlungen noch in einem sehr frühen Stadium. In der Fleischwirtschaft, im Bäckerhandwerk und im Hotel- und Gaststättengewerbe, wo traditionell regionale Tarifverträge vorherrschen, müssen die Tarifparteien erst Verhandlungen über einen bundesweit geltenden Mindestlohn aufnehmen. Die zuständige Gewerkschaft NGG

will die Arbeitgeber in Kürze dazu auffordern.

Noch schwieriger ist die Situation im Friseurhandwerk und im Bewachungsgewerbe. Zwar haben die beiden Arbeitgeberverbände Bundesverband Geld- und Werttransportgewerbe (BDGW) und Bundesverband Wach- und Sicherheitsdienste (BDWS) Mitte September mit ver.di Hessen vereinbart, ihre Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären zu lassen, trotzdem schätzt ver.di-Tarifexperte Jörg Wiedemuth die Chancen eher gering ein, dass sich die Tarifparteien in den beiden Branchen auf bundesweit gültige Mindestlöhne verständigen können. Im Friseurhandwerk lassen sie sich wahrscheinlich sogar nur über ein Verbot sittenwidriger Löhne durchsetzen.

Und selbst in den Branchen, in denen sich Tarifparteien auf Mindestlöhne verständigt haben, scheitert ihre Aufnahme in das Entsendegesetz bislang daran, dass nur ein Teil der Arbeitgeber organisiert ist. Das gilt zum Beispiel für die stark zersplitterte Weiterbildungsbranche, wo sich der Bildungsverband BBB, ver.di und GEW bereits im Frühjahr 2006 zwar auf einen Branchentarifvertrag geei-

### Nur Schritt für Schritt

Branchen, in denen durch die Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz ein tariflicher Mindestlohn gilt oder eingeführt werden soll (Beschäftigte in 1000)



1) von den beiden Arbeitgeberverbänden Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) und Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und vom DGB gefordert  
 2) Branchentarifvertrag von Bildungsverband BBB, ver.di und GEW im Februar 2006 abgeschlossen; 50-Prozent-Schwelle bei den Beschäftigten noch nicht erreicht  
 Quelle: WSI-Tarifarchiv; Gewerkschaften

© DGB einblick 17/07

**1,3 Millionen Beschäftigte arbeiten in Branchen, in denen durch die Aufnahme in das Entsendegesetz ein Mindestlohn gilt, der auch von nicht tarifgebundenen Firmen nicht unterschritten werden darf. Die Aufnahme weiterer Branchen in das Entsendegesetz kommt nur schleppend voran.**

nigt haben, aber die 50-Prozent-Schwelle bei den Arbeitnehmern, die unter den Tarifvertrag fallen müssen, noch nicht erreicht ist.

Fortschritte gibt es im Bereich der Textilien Dienste (Reinigungen), für deren 35 000 Beschäftigte die IG Metall Mindestlöhne durchsetzen will, und im Entsorgungsgewerbe (160 000 Beschäftigte). Um die Un-

terbietung durch nicht tarifgebundene Unternehmen zu verhindern, haben sich der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Mitte September mit ver.di auf die Aufnahme von Tarifverhandlungen über einen Mindestlohn verständigt. •

## IGB-Bericht über Verfolgung

### 144 Gewerkschafter ermordet

Politisch aktive Gewerkschaftsmitglieder werden in vielen Ländern massiv durch staatliche Repression und gewaltsame Übergriffe bedroht. 144 GewerkschafterInnen wurden im vergangenen Jahr wegen ihres Engagements für die Rechte von ArbeitnehmerInnen ermordet, 78 davon in Kolumbien. Dies geht aus dem Jahresbericht 2006 des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten hervor.

Auch in Europa wird die Gewerkschaftsarbeit in etlichen Ländern gezielt behindert. Weißrussland, so der IGB-Bericht, ist in Europa der „Spitzenreiter, was die Missachtung demokratischer

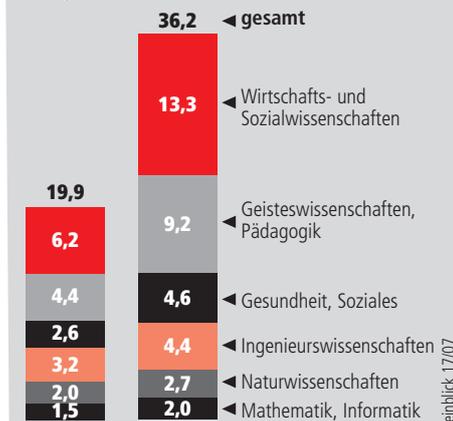
Freiheiten“ betrifft. So behindert die weißrussische Regierung die Gründung unabhängiger Gewerkschaften durch absurde bürokratische Hürden. Gesetze wie das zum Schutz vor „Diskreditierung der Republik Weißrussland“ würden jegliche freie Meinungsäußerung über den Staat unterbinden, kritisiert der IGB.

Der jährlich erscheinende Bericht über verfolgte GewerkschafterInnen dokumentiert nicht nur die Missachtung von Arbeitnehmerrechten, sondern verdeutlicht auch die Bedeutung internationaler Solidaritätsaktionen für bedrohte Gewerkschaftsmitglieder. •

<http://survey07.ituc-csi.org>

### Warnsignal für Deutschland

Hochschulabsolventen pro Altersjahrgang im Vergleich zur OECD (in Prozent)



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2007

**Deutschland fehlen Hochschulabsolventen. Gerade einmal 20 Prozent eines Altersjahrgangs schließen ein Studium ab. Im OECD-Durchschnitt sind es 36 Prozent. Besonders eklatant wirkt sich der Mangel in den Ingenieurwissenschaften und in der Lehrerausbildung aus. Dabei ist die Misere hausgemacht: In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Ausgaben für Bildung in Deutschland gerade um 12 Prozent, OECD-weit waren es 55 Prozent.**

© DGB einblick 17/07

### Erben macht Spaß – auch künftig

Das Erbschaftssteuerrecht ist verfassungswidrig und soll geändert werden. Reiche Erben müssen jedoch nichts befürchten. Schwarz-Rot plant weder mehr Steuergerechtigkeit noch höhere Steuereinnahmen.

Erben und Erben ist nicht dasselbe: Wer Geldvermögen erbt, wird stärker zur Kasse gebeten als derjenige, der Immobilien oder Betriebsvermögen erbt. Denn alle Geldvermögen werden steuerlich voll bewertet, Immobilien aber im Schnitt nur zur Hälfte und Betriebsvermögen sogar nur zu einem Drittel.

Diese Praxis verstöße gegen das Grundgesetz, weil sie den Grundsatz der Gleichbehandlung verletze, erklärte das Bundesverfassungsgericht im Januar 2007. Grundlage der Besteuerung aller Vermögensarten müsse deren tatsächlicher Verkehrswert sein. Erst danach dürften einzelne Vermögensarten begünstigt werden.

Deutschland ist längst ein Paradies für Erben. So wimmelt das Gesetz von Freibeträgen. Allein die persönlichen Freibeträge des Ehegatten und eines Kindes betragen 512 000 Euro. Hinzu kommen der besondere Versorgungsfreibetrag; er beträgt für den Ehegatten 256 000 Euro und für ein Kind je nach Alter zwischen 52 000 und 10 300 Euro. Zudem gibt es Freibeträge für Hausrat und für andere bewegliche Güter. So kommen schnell über 900 000 Euro zusammen – noch bevor ans Versteuern gedacht werden muss.

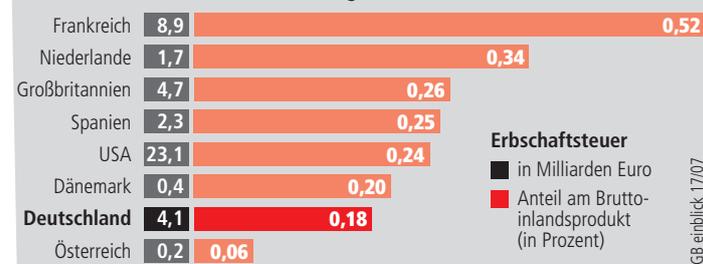
Dabei ist von den Möglichkeiten der – legalen – Steuerumgehung noch gar keine Rede (beispielsweise kann das Vermögen gestückelt und der Freibetrag für Schenkungen alle zehn Jahre genutzt werden).

Der Spitzensteuersatz bei Ehepartnern und Kindern von 30 Prozent greift erst bei einem zu versteuernden Erbe von mehr als 25 Millionen Euro. Kein Wunder, dass das geschätzte Erbschaftssteueraufkommen in 2007 nur 4,1 Milliarden

Euro beträgt und mit 0,84 Prozent kaum zum gesamten nationalen Steueraufkommen beiträgt. Dabei dürfte das hierzulande vererbte oder verschenkte Vermögen jährlich „zwischen 200 und 250 Milliarden Euro“ liegen, vermutet der DGB-

#### Deutschland – eine Oase der Erbschaftsbesteuerung

Erbschaftsteuer im internationalen Vergleich 2005



Quelle: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik des DGB (Ausgabe 3/2007)

In Deutschland werden Erbschaften so niedrig besteuert wie in kaum einem anderen Land, das zeigen Vergleichszahlen der OECD.

Steuernachweise Hartmut Tofaute. Aber nur „ein Bruchteil“ – weit weniger als zehn Prozent – werde von der Erbschaftssteuer erfasst.

Würde das deutsche Recht dem französischen angepasst, kämen zwölf Milliarden Euro Erbschaftssteuern zusammen; nähme man sich nur die Niederlande zum Vorbild, wären es immer noch acht Milliarden Euro.

Doch daran denkt in der großen Koalition niemand. Im Unterschied zum erarbeiteten Einkommen, auf das Jahr für Jahr Lohnsteuern erhoben werden, genießt unverdientes Vermögen in Deutschland einen Sonderstatus – und das soll so bleiben. Laut Handelsblatt hat sich die Koalition „weitgehend“ geeinigt. Danach haben Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) ihrer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Erbschaftssteuer vorgeschlagen, die Freibeträge für Ehe-

gatten, Kinder und Enkel kräftig zu erhöhen beziehungsweise ihre Steuersätze zu senken – und für alle anderen Erben das Gegenteil zu tun: Freibeträge runter, Steuersätze rauf.

Zur Entlastung der Unternehmenserben werden zwei Modelle diskutiert: das modifizierte Abschmelzmodell (70 Prozent des Betriebsvermögens bleiben von der Erbschaftssteuer verschont, wenn der Betrieb sieben Jahre fortge-

führt wird) und das Abzinsmodell (danach wird die Steuerschuld zehn Jahre zinsfrei gestundet). Insgesamt soll sich das Steueraufkommen nicht erhöhen.

Angeblich will die Koalition aber nicht die Erben schützen, sondern die Arbeitnehmer. Schon der Kabinettsentwurf des Gesetzes zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge vom Oktober 2006 nennt als Begründung der Novelle „die Erhaltung der Unternehmen als Garanten von Arbeitsplätzen“. Doch für die Behauptung, dass Familienbetriebe beim Generationswechsel durch die Erbschaftssteuer gefährdet sind, „fehlt bis heute jeglicher Nachweis“, sagt DGB-Fachmann Tofaute. Die Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder hätten „immer wieder“ darauf verwiesen, dass ihnen Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtungen aufgrund zu hoher Erbschaftssteuern nicht bekannt seien. •

### DGB-Positionen

Der DGB hat auf seinem Bundeskongress im Mai 2006 „eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften und Schenkungen“ gefordert. Vor allem Immobilien müssten „marktnäher“ bewertet werden. Selbstgenutztes Wohneigentum hingegen sollte „mit großzügigen Freibeträgen“ (500 000 Euro pro Haushalt) ausgestattet werden.

Durch Reaktivierung der Vermögenssteuer und Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sollten „deutliche Mehreinnahmen“ erzielt werden, die vorrangig dem Bildungssektor zugute kommen sollen.

Die seinerzeit von der Bundesregierung geplante vollständige Aufhebung der Erbschaftssteuer für Unternehmen, sofern sie zehn Jahre fortgeführt werden, lehnte der DGB-Kongress ab. „Die derzeitigen großzügigen Stundungsregelungen reichen für die Weiterführung der Unternehmen im Erbfall aus.“

Laut Erbschaftssteuergesetz kann die Steuer auf ererbtes Betriebsvermögen zinslos gestundet werden, wenn das zum Erhalt des Betriebs notwendig ist. Dieses Recht wird jedoch kaum in Anspruch genommen. 2005 lagen nur Erbschaftssteuer-Stundungen in Höhe von 89 Millionen Euro vor – angesichts von 4,1 Milliarden Erbschaftssteuereinnahmen ein äußerst geringer Betrag.

Gesprächsreihe

## Zukunft der Arbeit

Gemeinsam mit der Akademie der Arbeit in der Uni Frankfurt/Main, der Denkfabrik Frankfurt sowie der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main veranstaltet die Bildungsgemeinschaft „Arbeit & Leben“ eine Gesprächsreihe zur Zukunft der Arbeit. Der frühere ÖTV-Vorsitzende und heutige Arbeitsdirektor von Fraport Herbert Mai wird am 9. Oktober analysieren, welche Spielräume es bei unternehmerischem Handeln gibt. Josef Esser, Professor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, befasst sich am 20. November mit wirtschaftspolitischen Konzepten für ein soziales Europa. Veranstaltungsort ist das Gewerkschaftshaus in Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Str. 69 - 77. Der Eintritt ist frei. ●

ExpertInnenrunde

## Sozialstaat wohin?

Wie ein zukunftsfähiger Sozialstaat gestaltet werden könnte, erläutern ExpertInnen bei einer zweitägigen

Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Hans-Böckler-Stiftung. Helga Hackenberg von der Evangelischen Fachhochschule Berlin wird sich mit „Gerechter Teilhabe“ auseinandersetzen, Katharina Erdmenger vom DGB-Verbindungsbüro in Brüssel mit den sozialpolitischen Handlungsspielräumen in Europa. Die Veranstaltung findet am 8. und 9. November in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt. Die Tagungsgebühr beträgt 20 Euro, Kosten für Unterkunft und Verpflegung kommen hinzu. Anmeldungen bis zum 29. Oktober. ●

helga.steck@ev-akademie-boll.de  
Tel. 07164/79266

DGB-Projekt

## Wandel meistern

Der DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, die DGB-Regionen Duisburg/Niederrhein, Östliches Ruhrgebiet und Emscher-Lippe haben das Projekt „Gewerkschaften und Betriebsräte im Strukturwandel“ (GUBIS) gestartet. In dem Projekt werden Ansätze zur Sicherung der Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit im Logistik-Sektor entwickelt. Kofinanziert wird GUBIS aus Ziel-2-Mitteln der Europäischen Union,

ExpertInnenchat

## Ausbildungsbarriere Behinderung

Anlässlich der Düsseldorfer Fachmesse für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf „Rehacare“ lädt der DGB am 5. Oktober von 10 bis 12 Uhr zu einem ExpertInnenchat in seinem Internet-Auftritt. Die ExpertInnen beziehen Stellung zu der Frage, wie Ausbildung von behinderten Jugendlichen im Betrieb gefördert werden kann. Zielgruppe

des Internetchats sind Schwerbehindertenvertreter, Betriebsräte und betroffene Jugendliche.

Als Expertin begleitet Karin Hammermann den Chat, die für die „Koordinierungsstelle für die betriebliche Ausbildung behinderter Jugendlicher in Berlin und Brandenburg“ gearbeitet hat. ●

www.dgb.de

Unterstützung erhält der DGB zudem vom Düsseldorfer Institut für Soziale Dialoge sowie der Sustain Consult – Beratungsgesellschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Für den intensiven Meinungsaustausch findet sich auf der Website des DGB Östliches Ruhrgebiet ein „Forum Logistik“. ●

www.dgb-dortmund.de

Workshop

## Arbeitszeit gestalten

Die tarifliche Arbeitszeitgestaltung gehört nach wie vor zu den Kern-

aufgaben der Gewerkschaften. Angesichts zunehmender Flexibilisierung sind sie allerdings in den letzten Jahren mehr und mehr in die Defensive geraten. Welche Perspektiven es bei diesem Thema gibt, steht im Mittelpunkt des Workshops „Arbeitszeitentwicklung und Arbeitszeitpolitik“, zu dem der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen und die Sozialforschungsstelle Dortmund am 19. Oktober nach Düsseldorf ins Landeskirchenamt der evangelischen Kirche Rheinland, Hans-Böckler-Str. 7, einladen. ●

schikorra@sfs-dortmund.de

Tel. 0231/8596214

## interregio

●●● Unter dem Motto „Geiz ist teuer!“ versammelten sich am 20.09. Gewerkschaften und NGOs vor dem Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin, um auf die lokalen und globalen Folgen einer rein preisorientierten Vergabepolitik der öffentlichen Hand hinzuweisen.



Foto: Heiko Glawie

●●● Der **DGB Baden-Württemberg** hat sein Verhältnis zur SPD in einer **Erklärung** erläutert, nachdem der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener auf die erneute Kandidatur für den SPD-Landesvorstand verzichtet hat. Dies bedeute keinen Bruch der Gewerkschaften in Baden-Württemberg mit der

SPD. Die DGB-Gewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig und suchen die Zusammenarbeit mit allen Parteien. Politisch neutral seien die Gewerkschaften allerdings nicht, vielmehr setzten sie sich für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ein, heißt es in der Erklärung. [www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

●●● Der **DGB Berlin-Brandenburg** und die Handwerkskammer unterstützen die gemeinsame **Forderung** des Zentralverbands des deutschen Handwerks (ZdH) und des DGB an die Bundesregierung, den Nachweis der Ausbilder-eignungs-Prüfung (AEVO) wieder einzuführen. Da die Anforderungen an die Ausbildungsberufe steigen, müsse auch sichergestellt werden, dass die Qualifikation der Ausbilder Schritt hält. Die Ausbilder-eignungs-Prüfung, die seit vier Jahren ausgesetzt ist, müsse als Qualitätsgarant für das duale Berufsausbildungssystem wieder eingesetzt werden. ●●● Arbeit, Bildung und Soziales sind die zentralen Themen des

**Forderungskataloges**, den der **DGB Hessen** im Vorfeld der Landtagswahl im Januar 2008, vorgelegt hat. Damit wollen die Gewerkschaften ihrer Rolle als „soziales Gewissen Hessens“ Ausdruck verleihen, betont der DGB-Vorsitzende Stefan Körzell, und den zur Wahl antretenden Parteien die Kernthemen nahe bringen. Unter den Forderungen findet sich der Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Schaffung nachhaltiger Strukturen. Darüber hinaus müsse die Qualität der Beschäftigung erhalten bleiben: Leiharbeit und Minijobs seien keine Lösung. [www.hessen.dgb.de](http://www.hessen.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

ver.di - Bundeskongress

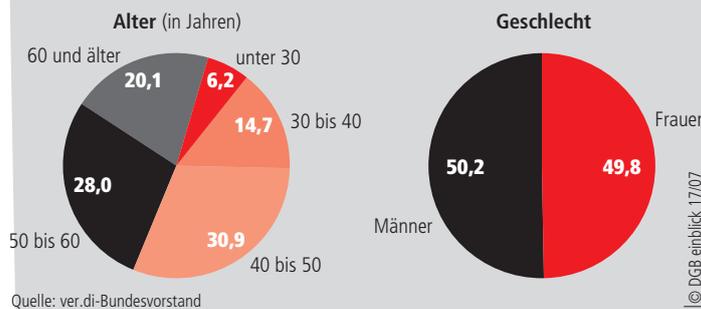
## Debatten über Zeitarbeit und Hedgefonds

1008 Delegierte werden zwischen dem 30. September und dem 6. Oktober auf dem Leipziger Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di nicht nur einen neuen Vorstand wählen, sondern auch über die Grundzüge der ver.di-Politik der kommenden vier Jahre diskutieren.

Mit Leipzig geht die Gründungsphase von ver.di offiziell zu Ende. Die Übergangsbestimmungen, die eine anfangs von vielen befürchtete Dominanz der ÖTV-Mitglieder in der neuen Gewerkschaft verhindern sollten, laufen aus. Doch inzwischen steht die Herkunft der Mitglieder aus einer der fünf Gründungsgewerkschaften nicht mehr im Vordergrund. Organisationsfragen spielen deshalb auf dem Leipziger Gewerkschaftstag eher eine untergeordnete Rolle. Das Zusammenwachsen der neuen Gewerkschaft ist weit gediehen, auch wenn die Verabschiedung des geplanten Grundsatzprogramms vom Vorstand auf die Zeit nach dem Kongress verschoben wurde. Der interne Diskussionsbedarf sei noch zu groß, um das Grundsatzprogramm bereits in Leipzig zu beschließen, so die Begründung. Im Vordergrund soll in Leipzig stattdessen die inhaltliche Debatte über die mehr als 1300 eingereichten Anträge stehen. Viel Raum dürften dabei die Diskussionen zum Mindestlohn und zur Zeitarbeit, zur politischen Regulierung von Hedgefonds, zur Bildungspolitik und zur stärkeren Europäisierung der Gewerkschaftspolitik einnehmen. „ver.di lehnt den Missbrauch von Leih- und ZeitarbeiterInnen zur Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes, der das Tarifgefüge unterläuft, ab“, heißt es im Antrag B 83. Eine Spaltung der Beschäftigten in eine gesicherte Stammebelegschaft und eine ungesicherte, prekäre Randbelegschaft müsse verhindert werden. Und im Antrag B 48 wird gefordert, dass der Einsatz von Leiharbeitskräften ohne sachlichen Grund eine Dreimonatsfrist nicht überschreiten darf. „Die Finanzmarktpolitik muss neu gestaltet werden, um die derzeitige

### Frauen gleichauf

ver.di-Mitglieder nach Alter und Geschlecht, Juli 2007 (in Prozent)



Entwicklung hin zum Kapitalismus pur zu stoppen und sie vereinbar mit dem Sozialstaat zu machen“, heißt es im Antrag D 12. Dazu müssten die gewachsene Macht der Investment- und Hedgefonds eingeschränkt

und die Kompetenzen der Finanzaufsicht erweitert werden. Debatten könnten auf dem Kongress auch die Anträge zum gezielteren Einsatz der Ressourcen in ver.di auslösen. Der Antrag H 1

**2,23 Millionen ArbeitnehmerInnen sind Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Fast die Hälfte von ihnen (49,8 Prozent) sind weiblich. Bei der ver.di-Gründung im März 2001 lag der Frauenanteil mit 49,2 Prozent geringfügig niedriger.**

fordert, dass das Organisationshandeln der Gewerkschaft auf „eine Verbesserung der Mitgliederentwicklung“ hin ausgerichtet wird. „Eine stärkere Mitgliederorientierung wird erleichtert“, heißt es in dem zur Annahme empfohlenen Antrag, „wenn wir differenzierter Zielgruppen und Mitglieder in ihren Lebenswelten und ihren Interessen wahrnehmen.“

## ? ... nachgefragt



**Mit dem Leipziger Gewerkschaftstag 2007 geht die Gründungsphase von ver.di offiziell zu Ende. Wie sieht die bisherige Bilanz der im März 2001 von fünf Gewerkschaften – ÖTV, DPG, HBV, IG Medien und DAG – gegründeten Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft aus? Das hat einblick den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, 55, gefragt.**

„Wir haben viel erreicht – mehr als uns manche zugetraut hatten – und das in einem schwierigen Umfeld. Mit unserer Mindestlohn-Kampagne haben wir gemeinsam mit der NGG ein gesellschaftspolitisches Megathema gesetzt. Es ist ein Riesenerfolg, dass der Mindestlohn eine so breite Zustimmung findet. Vor zwei Jahren ging die Debatte ausschließlich um eine Erweiterung des Niedriglohnssektors. Die Einführung eines Briefdienste-Mindestlohns ist ein erster Schritt zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Ich bin überzeugt, dass dieser Schritt zum 1. Januar erfolgt. Nicht zufrieden bin ich mit der Mitgliederentwicklung. Wir haben die Trendwende noch nicht geschafft. Aber wir verzeichnen eine günstige Entwicklung bei den Erwerbstätigen. Da, wo Tarifkonflikte mit Aktionen und Streiks einhergehen, etwa bei der Telekom oder im Einzelhandel, gewinnen wir viele neue Mitglieder. Wir haben mit einem 16-wöchigen Streik bei den Ländern den Plan einiger Ministerpräsidenten vereitelt, eine tariffreie Zone einzuführen

und Arbeitszeit sowie Einkommen der Tarifbeschäftigten wie bei den Beamten per Verordnung zu regeln. Bewährt hat sich dabei eine enge Abstimmung mit der dbb tarifunion. Versuche, uns gegeneinander auszuspielen, sind ins Leere gelaufen. Deshalb werden wir auch in der kommenden Tarifrunde gemeinsam streiten, zusammen mit GEW und GdP. Zusammenstehen ist besser als Abspaltung. Aber wir nehmen ernst, was sich bei Lokführern, Piloten und Ärzten abspielt. Wir werden darauf achten, dass spezifische Interessen etwa in der Tarifpolitik stärker berücksichtigt werden. Für eine erfolgreiche Leistung werden aber immer alle gebraucht. Spaltung und isolierte Vertretung von Einzelinteressen legen am Ende alles lahm. Es ist erfreulich, dass maßgebliche Teile von UFO sich ver.di angeschlossen haben, um wieder mit den übrigen Beschäftigten der Luftfahrt an einem Strang zu ziehen. Gemeinsam in einer starken Gewerkschaft unterschiedlichen Interessen Raum zu geben – dafür sind wir mit unserer manchmal etwas kompliziert wirkenden Matrixstruktur bestens gerüstet.

## kurz & bündig



**Die IG BAU begrüßt die Stellungnahme des europäischen**

**Generalwalts Yves Bot zum niedersächsischen Tarifreuegesetz. Danach verstößt es nicht gegen Europarecht. Die Erklärung sei ein europäisches Votum für die Tarifreue. Das Gesetz verpflichtet Unternehmen, die sich auf öffentliche Verträge bewerben, den Tariflohn zu zahlen – nicht nur den Mindestlohn.**



**Die IG Metall fordert von der EU eine umfassende Strategie**

**zur Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen. Diese müsste Teil eines umfassenden umweltpolitischen Ansatzes sein. Die deutsche Automobilindustrie verfüge im Übrigen beim Klimaschutz über „die technologische Spitzenposition“. So ließen sich Arbeitsplätze sichern.**



**Die GEW erwartet ein gemeinsames Ganztagschulkonzept von**

**den Ländern. Dafür müsse auch eine Grundgesetzänderung in Kauf genommen werden. Ganztagschulen trügen zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit bei, das Zögern der Länder sei unverständlich.**



**Die GdP und der Weiße Ring haben im Münchner Justizpa-**

**last die Ausstellung OPFER eröffnet. Gezeigt werden Plakate und Kampagnen gegen häusliche Gewalt und sexuelle Misshandlung von Kindern und Frauen. Die Wanderausstellung ist noch bis zum 4.10. in München zu sehen.**

## Betriebsräte gründen

### DGB stellt Projektmittel

Einen Betriebsrat kann man immer gründen – nicht nur während des turnusgemäßen Zeitraums der Betriebsratswahlen. Der DGB stellt deshalb bis zu den nächsten Wahlen im Frühjahr 2010 den DGB-Regionen Projektmittel zur Verfügung, um gemeinsam mit den Gewerkschaften vor Ort Betriebsratsgründungen zu initiieren. Damit sollen die erfolgreichen Ansätze im Rahmen der DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2006 fortgeführt werden.

Unter dem Kampagnen-Motto „Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser“ beteiligten sich 2006 insgesamt 60 DGB-Regionen mit 71 Projekten an der Kampagne. Im Rahmen der regionalen Projekte wurden in 114 Betrieben erstmalig

Betriebsratswahlen durchgeführt oder vorbereitet.

Je Einzelprojekt können die DGB-Regionen eine Anschubfinanzierung von 2500 Euro beantragen. Voraussetzung für die Bewilligung ist, dass die zuständige Gewerkschaft eine Co-Finanzierung zusichert. Zur Unterstützung der regionalen Aktivitäten stehen eine Reihe der im Rahmen der Begleitkampagne entwickelten zentralen Elemente zur Verfügung, wie die Telefon-Hotline, die Homepage, eine Toolbox, Wahlleitfäden zum regulären und zum vereinfachten Wahlverfahren sowie Schulungskonzepte für Multiplikatoren. Rechtsberatung zum Wahlverfahren, zum Ablauf der Betriebsratswahl und bei Wahlbehinderung gibt es bei den örtlichen Büros der DGB-Rechtsschutz GmbH. ●

Infos: [sabine.bobzin@dgb.de](mailto:sabine.bobzin@dgb.de)

Hotline: 0180/2340000 (Ortsstarif)

Internet: [www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de](http://www.betriebsrat-ist-besser.dgb.de)

## EU-Petition

### EGB sammelt weiter Unterschriften

Rund eine halbe Million EuropäerInnen haben bisher die Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für den Erhalt von guten öffentlichen Dienstleistungen für alle unterzeichnet. Die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission zur weiteren Liberalisierung des Energiesektors in Europa zeigten, wie not-

wendig die Kampagne sei. Davon ist Józef Niemiec vom EGB-Sekretariat überzeugt: „Die EU-Kommission kennt auf alle Probleme nur eine Antwort – mehr Wettbewerb.“ Dabei bliebe sie den Beweis schuldig, dass ihre Pläne zu einer Reduzierung der Energiepreise führten. ●

[www.petitionpublicservice.eu/de](http://www.petitionpublicservice.eu/de)

## Tarifabschluss Zeitarbeit

### Ab 2008 mindestens 7,51 Euro

Die Einkommen von ZeitarbeiterInnen sollen bis November 2008 in drei Stufen auf 7,51 Euro je Stunde in der untersten und auf 17,38 Euro in der obersten Tarifgruppe steigen. Darauf haben sich Mitte September der DGB und der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) verständigt. Den im IGZ zusam-

mengeschlossenen Unternehmen gehören rund 35 Prozent der derzeit 680 000 Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche an.

Gemeinsam mit dem DGB fordern der IGZ und der Bundesverband Zeitarbeit, dass die Zeitarbeitsbranche von der Bundesregierung in das Entsendegesetz aufgenommen wird. ●



**Vom DGB-Index Gute Arbeit bis zu den DGB-Zukunftscamps: Was in den Projekten der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende in den letzten zwölf Monaten erarbeitet wurde, stellt ein gerade erschienener Flyer vor. Er ist erhältlich am Trendwende-Stand auf den Kongressen von ver.di und IG Metall in Leipzig.**

Bestellungen per Mail:

[trendwende@dgb.de](mailto:trendwende@dgb.de),

Download: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Tarifpolitik

### ver.di-Jugend verhandelt selbst

Erstmals haben Gewerkschaftsjugendliche einen Tarifvertrag über Ausbildungsvergütungen maßgeblich selbst verhandelt: Der neue Entgelt-Tarifvertrag für die 2000 Azubis an den vier Uni-Kliniken Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm, den ver.di Baden-Württemberg Ende Juni abgeschlossen hat, ist von der Jugend-Tarifkommission der Uni-Klinika (JuTUKa) ausgehandelt worden. Der Vertrag sieht vor, dass die Tarifeinkommen bis 1. Januar 2008 in zwei Schritten um 45 Euro steigen. Das entspricht einer Steigerung um 5,1 bis 7,3 Prozent, je nach Ausbildungsjahr.

Das Beispiel der JuTUKa soll Schule machen. Ver.di Baden-Württemberg will „wo immer das möglich ist“ weitere Jugendtarifkommissionen bilden, erklärt Landesleiterin Leni Breymaier. Vergleichbare Fälle eigenständiger Tarifverhandlungen junger Gewerkschafter in anderen ver.di-Landesbezirken oder DGB-Gewerkschaften sind den Bundesvorständen von ver.di und DGB nicht bekannt. ●

Jürgen Rüttgers und die Gewerkschaften

## Lebenslüge als Chance

In der Öffentlichkeit präsentiert sich der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers gerne als Arbeiterführer. Als Ministerpräsident betreibt er unter dem Credo „Privat vor Staat“ eine Politik gegen die Arbeitnehmerinteressen. Den Gewerkschaften bietet diese Doppelbödigkeit auch Chancen: Sie können mit konstruktiven Gegenvorschlägen punkten, meint Guntram Schneider.

Sein neues Buch lag gerade eine Woche auf den Ladentischen, als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Landtag die umstrittene Novelle des Landespersonalvertretungsrechts verabschieden ließ. Damit werden wichtige Mitbestimmungsrechte von Personalräten abgebaut. Zur Erinnerung: In seiner Streitschrift „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“ geißelt Rüttgers die neoliberale Kritik an der Mitbestimmung als Lebenslüge. Die Beteiligung von Beschäftigten sei ein Erfolgsfaktor. Ein weiteres Beispiel für das **Missverhältnis zwischen Dichtung und Wahrheit bei Jürgen Rüttgers:** Während die CDU-Landesregierung in Hessen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein Tarifreuegesetz auf den Weg gebracht hat, schafft Rüttgers das Gesetz in NRW ab. Doch damit nicht genug. Das „Sündenregister“ der Landesregierung ist lang – es reicht vom forcierten Abbau des Steinkohlebergbaus bis zur völlig verfehlten, selektionsorientierten Bildungspolitik. Kein Wunder, dass der Unmut über die Politik der Landesregierung mittlerweile bis in die viel beschworene Mitte der Gesellschaft hinein reicht.

Im Protest gegen diese Reformen liegen auch Chancen: Die Opposition zur Regierung verschafft den Gewerkschaften Gehör. **Selten war der DGB derart gefragt** wie seit dem Amtsantritt der schwarz-gelben Koalition. Am Katzentisch der Landespolitik befinden sich die Gewerkschaften in guter Gesellschaft. Wir treffen alte Freunde (wieder) und lernen neue kennen. Wir entdecken Gemeinsamkeiten und schmieden Bündnisse, von der katholischen Elternschaft bis zur SPD. Im heißen Herbst, den die Düsseldorfer Landesregierung zurzeit erlebt, spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle.

Nur, in der Sache haben wir bisher wenig bewegt. Schon deshalb dürfen wir es uns nicht im Schmollwinkel bequem machen. **Wir wollen und können mehr als „Nein“ sagen.** Neben aller notwendigen Kritik müssen wir uns mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen zu Wort melden. Mit den Oppositionsfraktionen im Landtag haben wir ver-

einbart, gemeinsam ein modernes Mitbestimmungsrecht zu erarbeiten. Damit werden wir den beschlossenen Abbau der Mitbestimmung kurzfristig nicht rückgängig machen, aber wir können für eine zeitgemäße Personalvertretung werben und hierfür verlässlich

Partner gewinnen. Die massiven Einschnitte bei der öffentlichen Daseinsfürsorge sind Anlass, öffentlich mit Partnern aus den Kommunen, Bürgerinitiativen und Kirchen über unsere Ansprüche an die Rolle des Staats nachzudenken.

Die Partei der Linken spielt zwar innerhalb der Gewerkschaften in NRW eine relativ geringe Rolle, doch immerhin ist es durch ihr Erstarken möglich geworden, dass 2010 der CDU/FDP-Koalition die entscheidenden Stimmen fehlen werden, um ihre Regierung fortzusetzen. Mit der Erweiterung wahlarithmetischer Optionen wächst auch der gewerkschaftliche Spielraum. Diesen können wir mit eigenen Konzepten füllen. Die Gewerkschaften können so zu einem **Faktor der Landespolitik werden, an dem keine Partei vorbei kommt.**

Aber bis zur Landtagswahl ist es noch weit. Bis dahin hat der DGB die Aufgabe, die Interessen der Beschäftigten gegenüber der gewählten Regierungskoalition zu vertreten. Wir werden deshalb den Ministerpräsidenten beim Wort nehmen. Nicht, um ihn zu entlarven, sondern um etwas im Interesse der Beschäftigten zu bewegen. Und das heißt auch: Es gibt Felder, bei denen es durchaus Übereinstimmung mit der CDU gibt. Oder geben könnte. So schlägt der DGB einen industriepolitischen Dialog von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften vor, um die industriellen Kerne als Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs zu fördern. Und beim Fachkräftemangel sind wir uns einig, dass er nicht durch Zuwanderung, sondern durch die Qualifizierung der Menschen vor Ort behoben werden soll.

Die **DGB-Politik erschöpft sich nicht allein in Auseinandersetzung mit der Regierung.** Jenseits der aktuellen Politik werden wir eigene Initiativen vorantreiben, mit denen Gewerkschaften sich profilieren können. Die Regulierung der Zeitarbeit zum Beispiel ist nicht nur ein Thema in der Metall- und Elektrobranche. „Gute Arbeit“ ist ein Anspruch aller Beschäftigten. In diesen Bereichen sind wir nicht nur kompetent, hier wird uns auch Kompetenz zugestanden. Machen wir etwas daraus. ●



**Guntram Schneider, 56, ist seit Februar 2006 Vorsitzender des DGB-Bezirks NRW.**

## Merkel redet, wie Rüttgers schreibt

*Schon einmal, im Sommerloch 2006, hatte Jürgen Rüttgers, ein massives Medienecho ausgelöst. Wirtschaftspolitisch, so der Vorwurf, hänge die Union neoliberalen Lebenslügen an. Kritiker werfen Rüttgers seitdem vor, nichts von seiner Kritik in die eigene Politik umgesetzt zu haben. Auch die Forderung von Rüttgers, den Bezug von Arbeitslosengeld für langjährig Beschäftigte zu verlängern, ist sang- und klanglos in der Schublade verschwunden.*

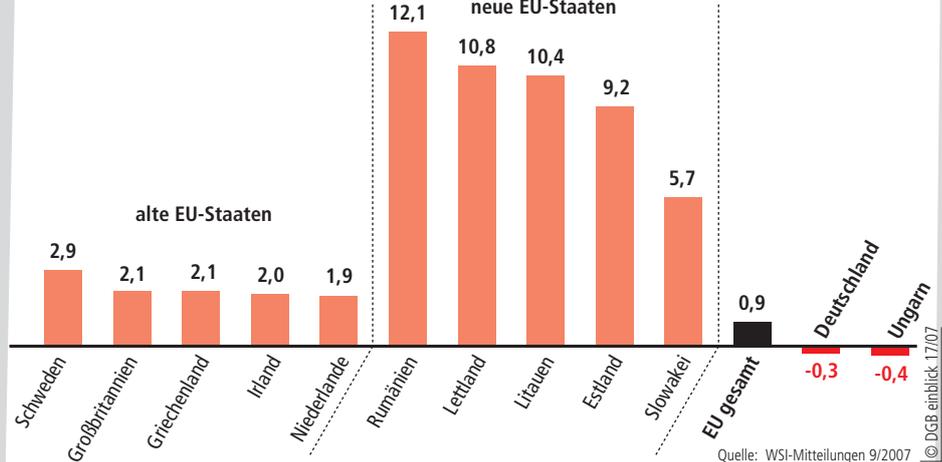
*2007 hat Rüttgers nachgelegt. Unter dem Titel „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“ listet er in seinem jüngsten Buch (Kiepenheuer & Witsch, 17,90 Euro) sieben neoliberale Lebenslügen auf. Steuersenkungen führen zu mehr Arbeitsplätzen, lautet eine. Das in Deutschland erreichte Maß an Mitbestimmung schadet der Wettbewerbsfähigkeit, eine andere.*

*Doch diesmal ist die inszenierte Provokation ausgeblieben. Nicht nur, weil sich inzwischen herumgesprochen hat, dass Rüttgers anders regiert, als er redet. Sondern weil die Union inzwischen nach links gerückt ist, zumindest verbal. „Merkel redet jetzt, wie Rüttgers schreibt“, titelte Spiegel online. „Rüttgers wettet gegen Hartz und Neoliberalismus – als hätte die CDU die Lektion nicht längst gelernt“, kommentierte der Tagesspiegel.*

### REALLOHNENTWICKLUNG: Nur in Deutschland und Ungarn negativ

**Trotz hoher Tarifabschlüsse in wichtigen Branchen müssen sich die Beschäftigten darauf einstellen, in diesem Jahr erneut weniger Geld in der Tasche zu haben. Inflationbereinigt sinkt ihr Einkommen im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozent. In allen anderen EU-Ländern, außer Ungarn, steigen 2007 dagegen die Realeinkommen der Beschäftigten. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) auf der Basis von Daten der EU-Kommission prognostiziert.**

Voraussichtliche Reallohnentwicklung 2007 in Deutschland, Ungarn und in den fünf besten alten und neuen EU-Staaten (in Prozent)



### 14 TAGE

**30.9.-6.10.** ver.di, Bundeskongress „Gerechtigkeit, Würde, Solidarität“, Leipzig

**1./2.10.** Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesagentur für Arbeit, Kongress „Grundsicherung für Arbeitsuchende – Die Einführung des SGB II – ein Paradigmenwechsel“, Berlin

**4.-7.10.** DGB-Jugend, attac und DGB-Bildungswerk, Herbstakademie Globalisierung „G8 – Auftrieb oder laues Lüftchen? Wo steht die soziale Bewegung nach Heiligendamm“, Flecken Zechlin

**5.10.** Bundesinnenministerium, Deutscher Beamtenbund (dbb) und DGB, Fachtagung „Bildungscontrolling in der Bundesverwaltung“, Berlin

**5.-7.10.** attac, Kongress „Das Grundeinkommen als Menschenrecht!“, Basel

**6.10.-3.11.** IG BAU, Bundesessenientreffen, Berlin

**10.-12.10.** DGB Baden-Württemberg und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Erwerbslosentagung, Bad Herrenalb

**11.10.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Von humanisierter zu guter Arbeit, Menschengerechte Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe von Politik und Gewerkschaften“, Berlin

**11.10.** DGB Nord, Fachtagung „Verantwortung übernehmen im Norden“, Hamburg

**15.10.** IG BCE, „Zehn Jahre IG BCE“, Hannover

### personalien

••• **Henrik Müller**, 52, Redakteur der Zeitschrift *ver.di Publik* und verantwortlicher Redakteur der Fachbeilage *Druck und Papier*, ist seit dem 15. September zusätzlich verantwortlicher Redakteur des Infodienstes *ver.di News*.

••• **Claudia Menne**, 45, Leiterin des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB, ist vom DGB als eine der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des EGB-Frauenausschusses vorgeschlagen worden. Die Wahl findet am 13. November statt.

### Tipp

**Buch: Matthias Platzeck, Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück (Hrsg.), Auf der Höhe der Zeit – Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert. vorwärts buch Verlag, Berlin 2007, 341 Seiten, 14,80 Euro**  
Ein Gespenst geht um in Deutsch-

land: die vorsorgende Sozialdemokratie. In dem von führenden Sozialdemokraten herausgegebenen Sammelband lesen sich Globalisierung und Reformen ausschließlich als Chance und wie ein Plädoyer für eine Verlängerung der Agenda-Politik. Zum Nachdenken fordert dieses Buch nicht auf.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/814593-11, Fax 030/814593-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

**„Die Zahlen zeigen, dass Berlin im Bereich der flexiblen Arbeitsmarktpolitik führend ist.“**

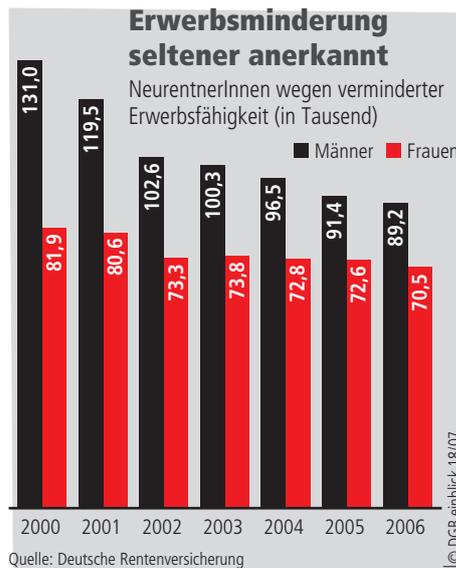
Ralf-Michael Rath, Vereinigung Berliner Unternehmerverbände, im Berliner „Tagesspiegel“ vom 15. September über eine Studie des Progress-Institutes, nach der in Berlin wesentlich mehr Menschen als in anderen Städten allein von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können.

Rente mit 67

## Hübsche Verpackung reicht nicht

Vor dem SPD-Parteitag Ende Oktober bröckeln die Fronten – nach dem Arbeitslosengeld I jetzt auch bei der Rente. Seit sechs Monaten beschäftigt sich eine SPD-Arbeitsgruppe damit, die Rente mit 67 „sozial abzufedern“. Dabei soll es vor allem um leichtere Zugänge für Ältere zur Erwerbsminderungsrente, Änderungen bei der Altersteilzeit und der Teilrente sowie mehr Weiterbildung gehen.

Der DGB begrüßt die bisher bekannt gewordenen Ideen der Arbeitsgruppe, hält sie aber nicht für ausreichend. „Die SPD-Vorschläge zu flexiblen Altersübergängen liefern positive Ansätze“, erklärt Annelie Buntenbach, im DGB-Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständig. Sie stellten für die Gewerkschaften jedoch keinerlei Rechtfertigung der Rente mit 67 dar. „Wir halten unseren Widerstand gegen die Rente mit 67 ohne Abstriche aufrecht und werden SPD wie CDU/CSU bis zur Bundestagswahl und – wenn nötig darüber hinaus – damit konfrontieren“, betont Buntenbach. Es sei niemandem geholfen, „wenn die Rente mit 67 eine hübsche Verpackung bekommt“.



Da sich für Ältere die Lage am Arbeitsmarkt in nächster Zeit kaum verbessern werde, erwarten die Gewerkschaften von der Politik, dass sie die im Beschluss zur Rente mit 67 vorgesehene Revisionsklausel für 2010 ausreichend berücksichtigt. Buntenbach: „Das kann nur heißen, dass die Rente mit 67 nicht kommen darf. Das Mindeste wäre, sie vorläufig auf Eis zu legen.“

Priorität muss aus Sicht des DGB haben, dass Ältere deutlich bessere Beschäftigungschancen

Seit der Rentenreform 2001 haben immer weniger Menschen Anspruch auf Erwerbsminderungsrente, weil die Kriterien verschärft worden sind. In der Praxis sind sie häufig Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten. Zudem müssen die Betroffenen hohe Abschläge in Kauf nehmen.

bekommen und länger gesund in Arbeit bleiben können. Ebenso müssten diejenigen, die das nicht schaffen, ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können.

Der DGB hat dazu Anfang September konkrete Vorschläge zur Erwerbsminderungsrente, Teilrente oder Altersteilzeit beschlossen. Zwar habe die SPD diese Vorschläge teilweise aufgegriffen, insgesamt bleibe sie aber hinter dem Notwendigen und Machbaren zurück, stellt Buntenbach fest. Neben einer Fortsetzung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) fordern die Gewerkschaften vor allem deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. „Noch ist offen, ob es die SPD wirklich ernst damit meint, die Zugänge zu erleichtern“, betont die DGB-Sozialexpertin.

Der Abschlussbericht der SPD-Arbeitsgruppe soll Grundlage für einen Initiativantrag auf dem SPD-Bundesparteitag sein. Mit einem Bekenntnis des Parteitages allein sei es nicht getan, erklärt Buntenbach. „Wir erwarten konkrete gesetzgeberische Initiativen, dass die BA-Förderung der Altersteilzeit über 2009 erhalten bleibt.“

## plusminusBERLIN

**+** **Elisabeth Scharfenberg,** pflegepolitische Sprecherin der Grünen, warnt vor dem Zusammenhang von schlechten Arbeitsbedingungen und dem Entstehen psychischer Erkrankungen. Psychische Gesundheitsprävention müsse eng an den Arbeitsplatz gekoppelt werden.

**-** **Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Patrick Meinhardt,** ist für eine Ausweitung der kürzeren zweijährigen Ausbildungsverträge. Die praktische Ausbildung will Meinhardt gleichzeitig in reguläre Schulen verlagern – mit „Praxisklassen“.

Seite 3

### Neue Privilegien für Heuschrecken

Die Koalition plant Steuerprivilegien für Startup-Unternehmen. Profitieren werden davon Private Equity-Firmen, nicht innovative Neugründungen

Seite 5

### ver.di will schlanker werden

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will Ressourcen stärker auf mitgliedernahe Leistungen konzentrieren

Seite 7

### Das Lohnkosten-Märchen

Die Mär von den zu hohen Löhnen in Deutschland sei „die böse Mutter aller jüngeren Sozialreformen“, meint der Ökonom Hartmut Görgens – und widerlegt sie



Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.campact.de](http://www.campact.de)

Online-Appell:

Unterschreiben für eine menschenwürdige Pflege!

Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Vorschläge des DGB zu einem flexiblen Übergang in die Rente

**Bahnprivatisierung**

## Gemeinsam gegen Ausverkauf

Der DGB und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) fordern in einer gemeinsamen Erklärung die Bundesregierung auf, die Bahnprivatisierung zu stoppen. Ihre derzeitigen Pläne würden dem im Grundgesetz verankerten Gebot zur gemeinwohlorientierten Entwicklung des Schienenverkehrs nicht gerecht. Bundestag und Länder müssten den Kabinettsentwurf ablehnen. Die Politik solle stattdessen endlich die Weichen für ein nachhaltiges Verkehrssystem stellen, erklärt DGB-Vorstand Claus Matecki.

Die beiden Verbände kritisieren, dass privaten Investoren Entscheidungsrechte über die Bahn-Infrastruktur eingeräumt werden sollen – während gleichzeitig Erhalt, Neu- und Ausbau des Netzes in den nächsten 15 Jahren mit 52 Milliarden Euro aus Steuergeldern subventioniert würden. Ein im Auftrag der Landesverkehrsminister erstelltes Gutachten zeige, dass auch die Schieneninfrastruktur nach den vorliegenden Plänen faktisch privatisiert würde. DGB und vzbv befürchten deshalb die Stilllegung von bis zu 10 000 Kilometern des Netzes und die Streichung von zehn Prozent des Nahverkehrs auf der Schiene. „Neben dem Verlust des öffentlichen Einflusses auf die

Eisenbahn und der Gefährdung der Erfolge im Nahverkehr ist der Ausverkauf von Volksvermögen ein zentraler Grund für unsere Ablehnung“, betont Matecki. DGB und vzbv rufen andere Organisationen auf, sich ihrem Appell anzuschließen. ●

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

**Bundesverwaltung**

## Mehr Mitsprache für Beschäftigte

Der DGB hat gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund (dbb) und dem Bundesinnenministerium eine Modernisierungs- und Fortbildungsvereinbarung für die Bundesverwaltung getroffen. Sie regelt etwa Grundsätze des Personalmanagements oder des E-Governments.

Eine der wichtigsten Neuerungen der Übereinkunft: die Einrichtung eines Konsultationskreises aus VertreterInnen von DGB, dbb und Innenministerium. In ihm sollen die Gewerkschaften „rechtzeitig und umfassend“ über „Umsetzungspläne und jährliche Fortschrittsberichte“ informiert werden. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer lobte die Einrichtung des Gremiums als Zeichen für einen „höheren Grad an Verbindlichkeit“. Mit der Vereinbarung würden die Beschäftigten stärker in den Modernisierungsprozess eingebunden. ●

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)



Beim Wettbewerb „Die Gelbe Hand 2007“ sucht der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ vorbildliche Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt. Ob Fotostory, Kurzfilm oder Plakataktion: Auf die kreativsten Einsendungen warten Geld- und Sachpreise. [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

**Alg II-Regelsatz**

## Verfassungsklage nutzen

345 Euro sind zu wenig für ein Leben in Würde. Der DGB schlägt deshalb allen Alg II-BezieherInnen vor, eine von der IG Metall unterstützte Verfassungsbeschwerde gegen die Höhe des Regelsatzes zu nutzen. Mit Hilfe der Verfassungsklage soll auch überprüft werden, ob die pauschale Berücksichtigung einzelner Leistungen im Alg II-Satz mit dem individuellen Rechtsanspruch auf Sicherung des Existenzminimums vereinbar ist.

Hintergrund der Verfassungsbeschwerde sind mehrere Klagen von Arbeitslosen gegen das Alg II. Die Gerichte bewerten die Verfassungsmäßigkeit unterschiedlich. Während das Berliner Sozialgericht die Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs zumindest für ältere Langzeitarbeitslose für verfassungswidrig hält, hatte das Bundessozialgericht 2006 in einem vom DGB-Rechtsschutz geführten Verfahren argumentiert, dass die Höhe des

Alg II angesichts der Zunahme niedrig entlohnter Tätigkeiten und der Einkommenseinbußen breiter Bevölkerungskreise vertretbar sei, um das Lohnabstandsgebot zu wahren.

Für Arbeitslose, die Widerspruch gegen ihren Alg II-Bescheid einlegen wollen, hat der DGB Musterbeschreiben auf seiner Homepage eingestellt. Der Widerspruch muss gegen jeden Bescheid einzeln eingelegt werden. ●

[www.dgb.de/2007/10/08\\_widerspruch\\_alg\\_ii\\_regelsatz.htm](http://www.dgb.de/2007/10/08_widerspruch_alg_ii_regelsatz.htm)

**Kita-Studie**

## Personalnot und Zeitdruck

Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers wird zunehmend unattraktiv: mangelhafte Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, kaum Aufstiegsmöglichkeiten, Personalnot und Zeitdruck. So lautet das Fazit einer von der GEW in Auftrag gegebenen Kita-Studie, bei der 2000 ErzieherInnen befragt wurden. In Berlin etwa haben ErzieherInnen den zweithöchsten Krankenstand im öffentlichen Dienst. Bundesweit werden NeueinsteigerInnen oft nur befristet oder in Teilzeit eingestellt. Eine Folge: Schon jetzt kann der Personalbedarf in einigen Kommunen kaum gedeckt werden. Allerdings gibt es auch positive Ergebnisse: Trotz geringer gesellschaftlicher Anerkennung und niedriger Bezahlung identifizieren sich ErzieherInnen stark mit ihrem Beruf und ihrem Bildungsauftrag. Die von den Bundesländern aufgelegten Bildungspläne werden überwiegend bereits umgesetzt. ErzieherInnen zeigten damit eine „große Innovationsfreude“, so die GEW. ●

**Soziale Sicherung**

## Kaum Schutz für Solo-Selbstständige

Viele Selbstständige in Deutschland sind sozial schlechter abgesichert als Selbstständige in anderen europäischen Ländern. Das ergab eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

In allen untersuchten Ländern ist die Zahl der Klein- und Solo-Selbstständigen (Selbstständige ohne weitere Angestellte) gestiegen. In

Deutschland fehlt ihnen eine reguläre Einbindung in viele Bereiche der Sozialsysteme. Zum Vergleich: In Schweden sind Selbstständige in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung einbezogen und erhalten Geldleistungen bei der Geburt eines Kindes. Auch in den weiteren drei Vergleichsländern (Italien, Großbritannien und Niederlande) sind sie mindestens

über eines dieser Versicherungssysteme abgesichert. Das deutsche Pflichtversicherungssystem folge dagegen, so die Studie, immer noch der Vorstellung, Selbstständige könnten selbst Vorsorge treffen. Allerdings: Die „neuen“ Selbstständigen – etwa Solo-Selbstständige im Bau-, Gesundheits- oder Pflege-sektor – erzielen laut Studie „häufig geringe und unregelmäßige Einkommen.“ Der Tendenz wechselnder Erwerbsformen werde das deutsche Sozialversicherungssystem nur unzureichend gerecht. ●

## Neue Privilegien für Heuschrecken

Um mehr Risikokapital für Startup-Unternehmen zu mobilisieren, will die Bundesregierung bis zum Jahresende neue Steuerprivilegien für Private Equity-Firmen durch den Bundestag bringen. Profitieren werden davon vor allem ausländische Fondsinhaber und Verkäufer mittelständischer Unternehmen. Nicht aber innovative Neugründungen.

Unter der Überschrift „Mobilisierung von Wagniskapital für Innovationen“ hatten sich CDU/CSU und SPD 2005 im Koalitionsvertrag darauf verständigt, High-Tech-Gründer und junge Technologieunternehmen gezielt zu fördern. Zukunftsbranchen und damit neue Arbeitsplätze sollten in Deutschland entstehen. Der Entwurf für das Wagniskapitalbeteiligungsgesetz, den das Bundeskabinett am 15. August beschlossen hat, zielt nach Meinung von Ökonomen in eine ganz andere Richtung.

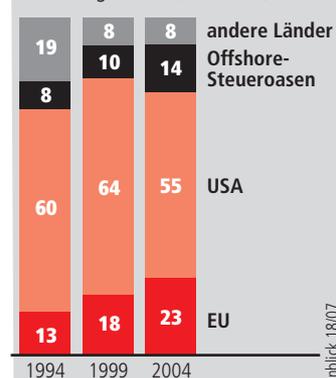
Statt Risikokapital für Zukunftsbranchen zu mobilisieren, ist der Entwurf „nicht sehr weit von einem Private Equity-Förderungsgesetz entfernt“, kritisiert der Wiesbadener Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass. Die von der großen Koalition geplante Privilegierung von Finanzinvestoren sei kontraproduktiv, stellt Jarass in seiner Stellungnahme für die Bundestagsanhörung am 22. Oktober fest. Zum einen gebe es in Deutschland keinen Mangel an Eigenkapital, mit dem sich besondere steuerliche Anreize für ausländische Investoren begründen ließen. Zum anderen würden fast 90 Prozent des Geldes, das Fonds in Deutschland anlegen, in den Aufkauf großer, bereits bestehender Firmen fließen.

„Gerade einmal sechs Prozent investierte die Private Equity-Branche 2006 in Startups“, stellt Jarass fest. Daran dürfte sich nach seiner Einschätzung auch durch das Wagniskapitalbeteiligungsgesetz nichts ändern. Statt neue Technologien zu fördern, bringe das Gesetz den Unternehmen vor allem Möglichkeiten zur Steuerverkürzung: Größere Unternehmen würden einen Anreiz

erhalten, Firmenteile knapp unterhalb der geplanten 20-Millionen-Euro-Schwelle abzuspalten, um die dort erwirtschafteten Verluste unbegrenzt steuerlich geltend machen zu können. Zudem bekämen

### Immer häufiger auch in Europa

Anteil der Hedge-Fonds nach Sitz des Managements (in Prozent)



Quelle: Hans-Joachim Voth, Transparenz und Fairness auf einem europäischen Kapitalmarkt, Studie im Auftrag der HBS, Juli 2007

**Die Mehrheit aller Hedge-Fonds ist in Steueroasen registriert. Das erschwert nicht nur die Besteuerung ihrer Gewinne sondern auch die politische Kontrolle der Fonds. Legt man allerdings den Sitz des Managements zugrunde, ist mehr als die Hälfte aller Fonds in den USA angesiedelt, ein weiteres Viertel in der EU.**

große Mittelständler eine bequeme Möglichkeit, ihren Einkommenssteuersatz von 45 Prozent auf den Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent zu reduzieren.

Kritik am Gesetzentwurf kommt auch vom DGB. Kapitalbeteiligungsgesellschaften würden durch die geplante steuerliche Privilegierung in die Lage versetzt, bei Firmenübernahmen einen höheren Kaufpreis zu zahlen als voll steuerpflichtige Unternehmen. „Diese Privilegierung wird auf Dauer zu

einer Veränderung der Eigentümerstrukturen führen, insbesondere im Mittelstand“, warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Langfristig orientierte Eigentümer, die in Forschung, Entwicklung und Weiterbildung investieren, geraten in Gefahr, zugunsten gewinnorientierter neuer Eigentümer an Boden zu verlieren.“ Der DGB lehnt die Beteiligung von Hedge- und Private Equity-Fonds zwar nicht grundsätzlich ab, fordert aber deren Regulierung. Dazu gehört die Ausweitung der Informations- und Beteiligungsrechte der ArbeitnehmervertreterInnen bei Unternehmensübernahmen, die gesetzliche Beschränkung der Kreditfinanzierung von Unternehmenskäufen und die Einschränkung der Absetzbarkeit von Fremdfinanzierungskosten.

Steht ein Finanzinvestor vor der Tür, haben die Beschäftigten nicht bereits von vornherein verloren, meint auch Alexandra Krieger, Finanzexpertin der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Es komme darauf an, sich „nicht kopfscheu machen zu lassen“, erklärt sie in der *Mitbestimmung*. Bei Finanzbeteiligungen „gelten die gleichen Informations- und Mitbestimmungsrechte wie bei jedem anderen Unternehmenskauf“. Allerdings müsse man sich auf die Gespräche mit den Investoren gut vorbereiten: „Sitzung verpasst, Chance verpasst.“ Stimmt dagegen die Vorbereitung, können Betriebsräte viel erreichen. Bei der Ausgliederung der Gabelstapler-Sparte Kion aus der Linde AG hat der Betriebsrat mit Hilfe eines gezielten Käuferchecks mitentschieden, welcher Investor zum Zuge gekommen ist. Beim niedersächsischen Fotoentwickler CeWe Color konnte der Betriebsrat gemeinsam mit dem Vorstand und den Familien-Aktionären sogar eine feindliche Übernahme durch einen Hedge-Fonds abwehren. ●

## Mit Heuschrecken am Tisch

Mit dem Ende der „Deutschland AG“, der über Jahrzehnte gewachsenen, engen Verflechtung von Unternehmen und Banken hierzulande, hat der Einfluss internationaler Finanzinvestoren in Deutschland erheblich zugenommen. Wie können ArbeitnehmervertreterInnen, Politik und Unternehmensvorstände auf den wachsenden Einfluss von Private Equity-Unternehmen reagieren? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung „Made in Germany“ im Griff der Finanzmärkte“ der Hans-Böckler-Stiftung am 23. und 24. Oktober in Berlin.

Auf der Tagung berichten nicht nur Betriebsräte über ihre Private Equity-Erfahrungen, sondern es sitzen auch führende Vertreter der Investmentbranche mit am Tisch. Darunter Steven Koltes, Managing Partner der CVC Capital Partners GmbH, und Rolf-Christof Dienst, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK). Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode, Finanzminister Peer Steinbrück, FDP-Fraktionsvize Rainer Brüderle und Vertreter der Bundestagsfraktionen werden über die Folgen des geplanten Private Equity-Gesetzes diskutieren.

Infos und Anmeldungen:  
heike-stempel@boeckler.de

**Ostseeraum**

## Gewerkschafterinnen vernetzen sich

Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren? Überall in Europa müssen sich berufstätige Mütter und Väter mit dieser Frage auseinandersetzen, doch die Rahmenbedingungen – vom Angebot an Kinderbetreuung bis zum Frauenbild – unterscheiden sich von Land zu Land erheblich. Kurz vor dem Abschluss steht das Projekt „Work

Life Balance im Ostseeraum – ein gewerkschaftliches Frauennetzwerk in Deutschland, Polen und Litauen“. Mit dem Projekt soll zum einen der länderübergreifende Austausch über Work Life Balance und Beispiele guter betrieblicher Praxis gefördert, zum anderen das existierende Netzwerk von Gewerkschafterinnen aus Mecklenburg-Vorpom-

mern, dem polnischen Westpommern und Litauen weiterentwickelt werden. Ein vergleichender Bericht über die spezifischen Probleme mit der Vereinbarkeit in den drei Ländern liegt bereits vor. Ziel der Abschlusskonferenz am 8. November in Neubrandenburg ist es, Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik zu erarbeiten und zu diskutieren. ●

*lisanne.straka@dgb.de  
www.nord.dgb.de/politikfelder.php?  
bereich=7&dokument=62*

den Kongress „Umstrukturierung im öffentlichen Dienst“, in dessen Mittelpunkt eine kritische Bilanz von PPP stehen soll. Diskutiert wird über Arbeitnehmerrechte und Handlungsmöglichkeiten der Personalräte bei Privatisierungen. ●

*Anmeldung: ilona.hofmann@aib-verlag.de  
Tel. 069/133 07 76 71*

**Tagung**

## Alterssicherung

Die Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden 2030 um etwa 20 Prozent unter den heutigen Sätzen liegen. Das greifen DGB und Hans-Böckler-Stiftung bei der Tagung „Sozialpolitische Herausforderungen in der Alterssicherung gestalten“ am 22. November in Berlin auf. Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung des Bundes, Herbert Rische, stellt die Ergebnisse der Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland“ vor. Mit Referaten und als DiskussionsteilnehmerInnen sind Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD), der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sowie Johannes Schaller aus dem IG-Metall-Hauptvorstand vertreten.

*Anmeldung bis 10.11.:  
bianca.webler@dgb.de; Fax: 030/24060226*

**Konferenz**

## Arbeit und Leben

Was macht ein gutes Leben, was macht gute Arbeit aus? Mit solchen Fragen befassen sich die TeilnehmerInnen der Konferenz „Arbeits-

zeit = Lebenszeit?“, die am 6. und 7. November in Magdeburg stattfindet. ver.di Bildung + Beratung lädt gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut und der TU Chemnitz insbesondere Betriebs- und Personalratsmitglieder sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zu Fachvorträgen und Workshops über

betriebliche Familienpolitik, Arbeitszeitgestaltung und Gesundheitsvorsorge ein. Die Konferenzgebühr beträgt 299 Euro plus Mehrwertsteuer, Unterkunft und Verpflegung kosten 177 Euro inkl. MwSt. ●

*wieduwilt@bb.verdi-bub.de  
Tel. 030/1263 99 89*

**Kongress**

## Wem nützt PPP?

Die gemeinsamen Projekte von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, Public Private Partnership, sind ins Gerede gekommen. Die Zeitschrift „Der Personalrat“ veranstaltet zusammen mit dem Seminarbereich der „Arbeitsrecht im Betrieb Verlagsgesellschaft“ (AiB-Verlag) am 18. Oktober in Köln

## interregio

●●● Die Unterschriften-Aktion von **DGB, ver.di**, Diakonie und der Linken in **Brandenburg** für ein Sozialticket hat weit mehr als die erforderlichen 20 000 Unterschriften erbracht. Am 2. Oktober übergaben Ursula Schäfer, DGB Berlin-Brandenburg, und Carsten Zinn, ver.di-Erwerbslosenausschuss, dem Brandenburger Landtagspräsidenten Fritsch 32 399 Unterschriften von BrandenburgerInnen, die sich für das Sozialticket einsetzen. Die Monatskarte soll Erwerbslosen mehr Mobilität ermöglichen. Nun muss sich der Landtag mit dem Thema beschäftigen. [www.berlin-brandenburg.dgb.de](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de)

●●● Die **GEW Thüringen** lädt in Zusammenarbeit mit dem DGB Thüringen und weiteren Partnern zum 2. Gesundheitstag für pädagogische Berufsfelder ein. Unter dem Motto „Ressource Gesundheit“ wird auf dem Gesundheitstag über psychische Belastungen von PädagogInnen, deren Auswirkungen und möglichen Bewäl-

tigungsstrategien informiert. Neben einem Vortrag und einer Podiumsdiskussion werden neun Workshops angeboten zu betrieblicher Gesundheitsförderung, Lärm- und Stressbewältigung und weiteren gesundheitsrelevanten Themenbereichen. [www.gew-thueringen.de](http://www.gew-thueringen.de)

●●● Der **DGB Niedersachsen** hat seine Forderungen für die Landtagswahl 2008 in der Broschüre „Niedersachsen hat mehr verdient. Gute Arbeit. Soziale Gerechtigkeit“ zusammengestellt und der Politik vorgelegt. Im Zentrum der 14 Hauptforderungen stehen die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Verhinderung von Lohn-Dumping, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem. [www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)



**Broschüre**

## Kranke eingliedern

Kranken und behinderten Beschäftigten stehen seit 2004 Rechte nach dem betrieblichen Eingliederungsmanagement zu. Durch die Novellierung des Sozialgesetzbuches IX wurden Rehabilitation und Integration gesundheitlich eingeschränkter ArbeitnehmerInnen in den Mittelpunkt gestellt. Der DGB-Bundesvorstand, Bereich Arbeitsmarktpolitik, hat einen 60-seitigen „Handlungsleitfaden für

ein Betriebliches Eingliederungsmanagement“ herausgegeben. Im Zentrum steht das betriebliche Eingliederungsmanagement für kranke und behinderte Beschäftigte. Der Leitfaden fasst die rechtlichen Grundlagen zusammen, enthält praktische Anleitungen für die Umsetzung und beschreibt, wie Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen zum Eingliederungsmanagement aufgebaut sein sollten. Literatur- und Adressentipps runden die Broschüre ab. Einzelpreis 4,50 Euro inkl. Versand, ab 20 Exemplare: 2,50 Euro/Heft zzgl. Versand. ● [bestellservice@toennes-bestellservice.de](mailto:bestellservice@toennes-bestellservice.de)

# GEWERKSCHAFTEN

ver.di-Bundeskongress

## ver.di will schlanker werden

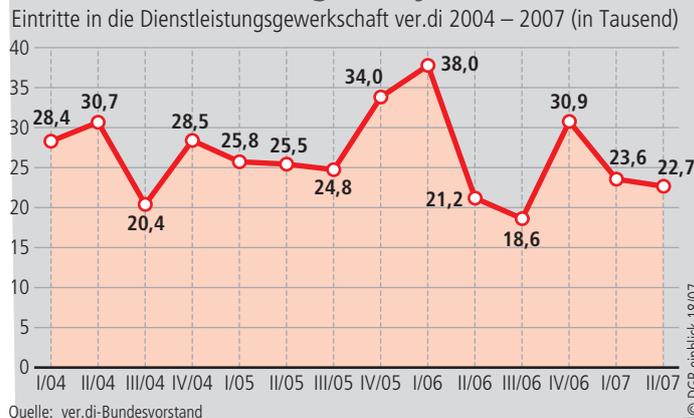
Auf dem Bundeskongress in Leipzig hat sich ver.di als politischer Machtfaktor präsentiert. Zugleich haben die Delegierten den Weg zur Modernisierung der ver.di-Strukturen frei gemacht: Bis zum nächsten Bundeskongress sollen die Zahl der Fachbereiche überprüft, die Präsenz in der Fläche verstärkt und die Mittel für die Mitgliederwerbung erhöht werden.

„Die Mitgliederentwicklung ist die politischste Aufgabe der Organisation“, hatte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bereits in seinem Rechenschaftsbericht erklärt. In den beschlossenen Anträgen zur Organisationspolitik wird denn auch nicht nur das zentrale Problem der rückläufigen Mitgliederentwicklung benannt, sondern es werden ebenso Ansätze skizziert, wie die Ressourcen besser für eine mitgliedernahe Arbeit eingesetzt werden können. Zudem sollen Vorschläge zur behutsamen Veränderung der Matrixstruktur von ver.di geprüft werden.

Sechs Jahre nach der ver.di-Gründung haben sich Standards in der Arbeitsweise sowie die Organisationsstrukturen der neuen Gewerkschaft „eingespielt“, heißt es in dem vom Kongress angenommenen Leitantrag H 1. „Die Organisationsprinzipien der Matrix werden in der Tagesarbeit gelebt.“ Zugleich kritisiert der vom Gewerkschaftsrat eingebrachte Antrag aber auch die Versäumnisse der Aufbaujahre: „Die Breitenwirkung von Tarifverträgen ist in Gefahr, Flächentarife werden zunehmen durchlöchert. Gleichzeitig steigt die Zahl der Öffnungsklauseln und Härtefallklauseln“.

Auch bei der Mitgliederarbeit werden Korrekturen angemahnt. „Neue Bereiche werden derzeit kaum gewerkschaftlich organisiert. In einigen Branchen und Bereichen steigt die Bedeutung von Konkurrenzorganisationen“, betont der Beschluss des Gewerkschaftstages.

### Über 100 000 neue Mitglieder jedes Jahr



Seit der ver.di-Gründung sind in die Dienstleistungsgewerkschaft 700 000 Mitglieder eingetreten, über 100 000 jedes Jahr.

### Beitragseinnahmen sind Kampfkraft

Entwicklung der Beitragseinnahmen und der Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 2004 - 2007



Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen ist es ver.di in den vergangenen Jahren gelungen, die Einnahmen durch eine Verringerung der Beitragsrückstände und einen gestiegenen Anteil erwerbstätiger Mitglieder bei gut 400 000 Millionen Euro pro Jahr zu stabilisieren.

Die vorhandenen Ressourcen müssten deshalb umgeschichtet werden. „Kräfte, die in den letzten Jahren durch den Aufbau der Organisation gebunden wurden, können nunmehr frei gemacht werden und gezielt für eine (...) systematisch auf die Mitgliederinteressen ausgerichtete Arbeit eingesetzt werden.“

Weitergehende Korrekturen in der Matrixstruktur fordert der ebenfalls beschlossene Antrag H 25. In einer erst im Kongressverlauf eingefügten Passage wird der Vorstand aufgefordert, „einen verbindlichen Organisationsentwicklungsprozess zur Überprüfung von Struktur und Anzahl der künftigen Fachbereiche“ einzuleiten. Um Synergien zur Stärkung der mitgliedernahen Fachbereichsarbeit freizusetzen, sollen die sich aus dem Organisationsentwicklungsprozess ergebenden „Möglichkeiten zu Kooperationen und gegebenenfalls Fusionen“ möglichst bis zum nächsten Bundeskongress umgesetzt werden“.

Auch die Verkleinerung des Bundesvorstands steht nach wie vor auf der Agenda. Dessen geplante Reduzierung von zuletzt fünfzehn auf elf Mitglieder war in Leipzig gescheitert: Im Vorfeld des Kongresses hatte sich nur ein Teil der Fachbereiche auf einen gemeinsamen Vertreter im Bundesvorstand verständigt. Nach einer kontroversen Debatte votierten die Delegierten für die Wahl eines vierzehnköpfigen Vorstands. Sonst wäre entweder ein Teil der von den Fachbereichen vorgeschlagenen Kandidaten nicht gewählt worden, oder der Vorstand hätte die notwendige Frauenquote von mindestens 50 Prozent nicht erreicht. ●

## Spätere Fusion nicht ausgeschlossen

Um mehr Mitglieder in bislang kaum organisierten Branchen zu gewinnen und die eigene Durchschlagskraft in der Tarifpolitik nachhaltig zu erhöhen, setzt ver.di verstärkt auf Kampagnen. Die Lidl-Kampagne im Einzelhandel soll fortgesetzt werden, die Mindestlohnkampagne von ver.di und NGG geht in eine breit angelegte DGB-Kampagne für Mindestlöhne ein (siehe Seite 6). Bereits im Vorfeld des Kongresses hat ver.di gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund (dbb) die Kampagne [www.genuggespart.de](http://www.genuggespart.de) gestartet, die für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wirbt.

Die Kooperation mit dem dbb sei zwar „keine Aufforderung, sich zu verlieben oder die Auseinandersetzung vor Ort einzustellen“, aber der dbb sei anders als in der Vergangenheit „keine gegnerische Organisation mehr“, sondern eine um Mitglieder „konkurrierende Organisation“, erklärte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in Leipzig. Selbst eine spätere Fusion wollte Bsirske nicht ausschließen. Noch sei ver.di zwar „weit, weit entfernt“ davon, „aber wenn es auf einer vernünftigen Grundlage dazu kommen könnte – davor hätte ich keine Angst“.

Mehr Infos zum Kongress:  
<http://bundeskongress2007.verdi.de>

## kurz & bündig



Die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG

BCE hat zum 10. Mal

ihren **Umweltpreis vergeben**. **Sieger ist der Getränkehersteller Bionade, Platz 2 und 3 belegen die Windantriebspezialisten Skysails und der Granulathersteller Geohumus International. Die Unternehmen wurden für ihren Beitrag zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung ausgezeichnet.**



Die GdP hat besorgt auf die Zunahme der

**Wirtschaftskriminalität reagiert (plus 7,5 Prozent gegenüber Vorjahr). Sie verursacht mehr als die Hälfte des finanziellen Schadens der registrierten Kriminalität insgesamt. Zur Bekämpfung seien mehr Investitionen in Personal und eine spezielle Ausbildung bei der Polizei nötig.**



Die Allianz pro Schiene, an der auch TRANSNET

beteiligt ist, sieht sich durch eine aktuelle **forsa-Umfrage darin bestätigt, die Zulassung von Riesen-LKW abzulehnen: 73 Prozent der Befragten sind gegen die sogenannten „Gigaliner“ auf deutschen Straßen. Hauptbedenken: Unfallgefahren und Folgen für die Umwelt.**



Die GEW und das Institut für Hochschulforschung (HoF) der

**Uni Halle-Wittenberg laden am 23. und 24. November zur Tagung „Making Excellence“ ein. Die Themen: Praxis und Konsequenzen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung so genannter „Elite-Unis“.**  
[www.hof.uni-halle.de](http://www.hof.uni-halle.de)

## Mindestlöhne

### DGB startet langfristig angelegte Kampagne

Der DGB-Bundesvorstand hat Anfang Oktober eine breit angelegte Kampagne für Mindestlöhne beschlossen. Sie soll Ende Oktober starten und bis zum Ende des Bundestagswahlkampfes 2009 dauern.

Die Kampagne soll deutlich machen, dass DGB und Gewerkschaften branchenbezogene tarifvertragliche Regelungen anstreben, die gesetzlich abgesichert werden müssen. Dafür ist es aus Sicht der Gewerkschaften unter anderem notwendig, das Entsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten und die Voraussetzungen zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit zu erleichtern. Sollten Tarifentgelte unterhalb von 7,50 Euro pro Stunde liegen oder keine tariflichen Regelungen bestehen, soll ein gesetzlicher Mindestlohn

von mindestens 7,50 Euro greifen. Die Kampagne knüpft an die Aktivitäten von ver.di und NGG in den vergangenen Monaten an. Bis zur Klausur des DGB-Bundesvor-

standes im Januar 2008 soll der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand prüfen, ob die Kampagne um das Thema Altersarmut erweitert werden kann. ●

#### Bis zu 12,50 Euro

Höhe der bisher über das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärten tariflichen Mindeststundenlöhne (in Euro)\*

Bauhauptgewerbe	9,00 – 12,50
Abbruchgewerbe	8,80 – 11,60
Maler-/Lackiererhandwerk	7,15 – 10,73
Dachdeckerhandwerk	10,00
Elektrohandwerk	7,70 – 9,20
Gebäudereiniger	6,36 – 7,87

\*Die Lohnspreizung ergibt sich durch unterschiedliche Mindestlöhne für West- und Ostdeutschland sowie in einigen Branchen durch höhere Mindestentgelte für Fachkräfte gegenüber ungelerten Kräften.  
Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 10/2007

© DGB einblick 18/07

**In sechs Branchen wurden bereits tariflich vereinbarte Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt. Konkrete Bestrebungen für eine Aufnahme von Mindestlohn-Tarifverträgen ins Entsendegesetz gibt es derzeit noch in der Zeitarbeitsbranche (zwischen 6,22 und 7,15 Euro) und bei den Postdienstleistern (zwischen 8,00 und 9,80 Euro).**

## Fachtagung

### Schule und Arbeitswelt

DGB und Gewerkschaften beklagen nicht nur die Bildungsmisere, sie mischen sich auch vor Ort ganz konkret in die Schulpolitik ein – zum Beispiel mit den regionalen Arbeitskreisen im Rahmen der Initiative „Schule und Arbeitswelt“ von DGB, IG Metall, ver.di, GEW und IG BCE. Die Aktivitäten dieser Arbeitskreise stehen im Mittelpunkt einer Fachtagung am 16. und 17. November in Dortmund. 2005 als Pilotprojekt gestartet, existieren mittlerweile zehn Arbeitskreise, in denen sich Eltern, LehrerInnen, betriebliche Akteure und GewerkschafterInnen für eine bessere Kooperation zwischen Schule und Arbeitswelt engagieren. Beispiele guter Praxis aus dieser Arbeit sollen in Dortmund vorgestellt werden – vom Projekt „Gewerkschaften in die Schule“ bis hin zu „Eltern als Berufswahlbegleiter“. Ziel der Kon-

ferenz ist es, die Arbeit noch besser zu vernetzen und den Aufbau weiterer Arbeitskreise zu initiieren. ●

Anmeldungen: [tanja.ebel@dgb.de](mailto:tanja.ebel@dgb.de)  
Infos: [www.schule.dgb.de](http://www.schule.dgb.de)

## soli extra

### Jung und prekär

In einer Sonderausgabe ihrer Zeitschrift *soli aktuell* widmet sich die DGB-Jugend der Prekarisierung aus

Sicht der jüngeren Generation. Auf 16 Seiten gibt es Reportagen über junge Beschäftigte in prekären Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen – vom Leiharbeiter bis zur Auszubildenden in der „Warteschleife“. Außerdem bietet *soli extra* Daten und Fakten zum Thema sowie Tipps für Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) zum Umgang mit prekärer Arbeit im Betrieb. ●

[www.dgb-jugend.de/soli](http://www.dgb-jugend.de/soli)

## Jubiläum

### Zehn Jahre Schöneberger Forum

Das Schöneberger Forum des DGB feiert sein zehnjähriges Jubiläum. Unter dem Motto „10 Jahre Schöneberger Forum – Impulse für ein zukunftsfähiges Dienstrecht“ diskutieren vom 13. bis 14. November ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft über die Veränderungen im öffentlichen Dienst im Zuge der Föderalismus-

reform. Über „Dienstrechtsreform im Bund – Signal für die Länder?“ diskutieren Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und die DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. In verschiedenen Foren geht es außerdem um Themen wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ oder „Leistungsbezahlung – was sie kostet – was sie nutzt“. ●  
[www.schoeneberger-forum.de](http://www.schoeneberger-forum.de)

## Lohnkosten-Debatte

### Die Mär von den zu hohen Löhnen

*Die Lohnkosten sind zu hoch. Und die Gewinnsteuern auch. Diese Meinung sei „die böse Mutter aller jüngeren Sozialreformen“, sagt der Düsseldorfer Ökonom Hartmut Görgens. Er widerlegt sie in seinem lesenswerten Buch „Sind die Löhne in Deutschland zu hoch?“*

Zu hohe Lohnkosten und Gewinnsteuern sollen die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit sein. Deshalb haben alle jüngeren Reformen der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts **das erklärte Ziel, die Arbeitskosten zu senken und die Gewinne zu steigern.** Für eine Abkehr von dieser Politik ist es deshalb hilfreich, wenn nachgewiesen wird, dass die Lohnkosten nicht zu hoch sind.

Dieser Nachweis kann erbracht werden. Wenn nämlich die Löhne die Ursache der Arbeitslosigkeit wären, dann müssten sie – im Verhältnis zu den Gewinnen – heute höher sein als zu früheren, besseren Beschäftigungszeiten. Dann müssten sie auch höher sein als in Ländern mit einer besseren Arbeitsmarktlage, zum Beispiel höher als in den USA, Großbritannien oder den Niederlanden. Und beides ist eben nicht der Fall, im Gegenteil.

Von 1950 bis heute spielte sich in Westdeutschland **ein geradezu verblüffender Gleichklang von Reallohn- und Produktivitätsentwicklung** ein. Zwar traten in vielen Jahren konjunkturbedingte Dissonanzen auf, sie lösten sich aber wieder in Harmonien auf. Seit den 90er Jahren blieben jedoch die Reallöhne hinter der Produktivität zurück, mit der Folge stark steigender Gewinne. Diese Lohnzurückhaltung war größer als in allen anderen großen Wirtschaftsnationen, in denen sich – trotzdem oder gerade deswegen – die Beschäftigung besser entwickelte. Ein Zeichen für die wirtschaftliche Angemessenheit der Tarifpolitik ist der weitgehende Gleichlauf von Tarif- und Effektivlöhnen sowie der tariflichen und tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten in Westdeutschland seit 1980. Mit Einschränkungen gilt das auch für Ostdeutschland.

Im internationalen Lohnvergleich schneidet Deutschland gut ab. Bei den Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde liegt es im europäischen Mittelfeld. Da Deutschland bei der Arbeitsproduktivität mit an der Weltspitze liegt, ist sein gesamtwirtschaftliches Lohnstückkosten-Niveau, also das Verhältnis von Lohn zu Produktivität, niedriger als das aller anderen großen Industrienationen.

**Das Ende der Legende von den zu hohen Lohnstückkosten in Ostdeutschland** ist ge-

kommen: Sie waren dort bereits 2005 niedriger als in Westdeutschland. Was eigentlich auch nicht verwunderlich ist, liegen doch die Arbeitskosten je geleisteter Stunde in Ostdeutschland um 28 Prozent unter den westdeutschen, und die ostdeutsche Produktivität nähert sich immer mehr der westdeutschen an.

Auch offenbart der hohe deutsche Export, der bereits seit Jahrzehnten hinter den USA der größte war und nunmehr die Spitzenposition innehat, dass in Deutschland die Löhne nicht zu hoch sind.



Foto: Norbert Hüsson

**Dr. Hartmut Görgens, 68, war von 1969 bis 1998 beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Konjunktur-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik.**

Da es den Arbeitgeberverbänden immer schwerer fällt, ein zu hohes Lohnniveau nachzuweisen, haben sie sich auf die **Behauptung zu hoher Lohnnebenkosten und einer zu geringen Lohnspreizung** zwischen den einzelnen Lohngruppen verlegt. Tatsächlich machen die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung wegen der Bemessungsgrenzen und der Begünstigung der Midi- und Minijobs im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur 15 Prozent aus. Die Lohnspreizung ist heute sogar größer als zu früheren Zeiten guter Beschäftigung, und auch größer als in den Industrienationen mit günstigerer Arbeitsmarktlage.

Wenn die Löhne zu hoch wären, dann müssten die Gewinne zu niedrig sein. Das Gegenteil ist der Fall. **Die Gewinne sind den Löhnen weit davongeeilt,** insbesondere die Nettogewinne. Das ist die Folge der erheblichen Gewinnsteuersenkungen der vergangenen Jahre. Die Gewinnsteuerquote hat sich von 1980 bis 2005 nahezu halbiert.

Da die Arbeitgeber den enormen Gewinnanstieg schon seit längerem vor der Öffentlichkeit nicht mehr verbergen können, verlegen sie sich auf die Behauptung, wegen des gestiegenen Kapitaleinsatzes sei trotz zunehmender Gewinne die Kapitalrendite der Unternehmen immer noch zu niedrig. Auch das kann widerlegt werden. **Schon seit einigen Jahren erklimmt die Kapitalrendite immer neue Rekordhöhen** und ist heute sogar deutlich höher als zu früheren Vollbeschäftigungszeiten. Ihre Entwicklung hält mit dem Ausland Schritt. ●

Hartmut Görgens: *Sind die Löhne in Deutschland zu hoch? Zahlen, Fakten, Argumente.* Metropolis-Verlag, Marburg 2007, 437 Seiten, 19,90 Euro

## Scheren öffnen sich

*Die Schere zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmer-einkommen geht weiter auseinander. Laut Bundesarbeitsministerium sind die Arbeitsentgelte zwischen 2000 und 2006 nominal, d.h. nicht inflationsbereinigt, um 4,5 Prozent gestiegen, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen jedoch um 42 Prozent.*

*Auch die Schere zwischen den Löhnen klafft zunehmend auseinander, berichtet die Hans-Böckler-Stiftung. Die Polarisierung erfolgte in zwei Schritten:*

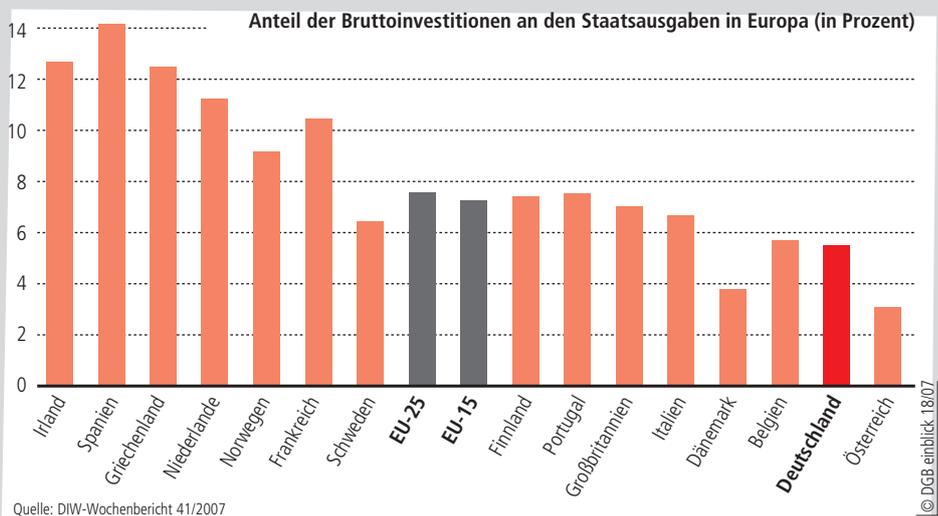
✦ *In den 80er Jahren stiegen die Löhne noch in allen Einkommensgruppen, im Schnitt jährlich um 0,8 Prozent. Die Verdienste der unteren und mittleren Einkommensgruppen wuchsen gleichmäßig, aber die Besserverdienenden setzten sich bereits ab.*

✦ *In den 90er Jahren verlor die untere Gruppe den Anschluss ans Mittelfeld. Gutverdiener konnten noch Zuwächse von real neun Prozent erzielen und mittlere Einkommen legten um vier Prozent zu. Niedrigverdiener hingegen mussten mit vier Prozent weniger auskommen.*

*Mittlerweile driften die Löhne in Deutschland ebenso auseinander wie in den USA. Der Nettostundenlohn ist inflationsbereinigt seit 15 Jahren nur um 51 Cent gestiegen (1991: 11,17 Euro; 2006: 11,68 Euro).*

### STAATLICHE INVESTITIONEN IN DEN EU-LÄNDERN: Fast alle tun mehr

**Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang zu Lasten der Investitionstätigkeit des Staates gegangen. Während in den EU 25-Ländern im Schnitt acht Prozent der öffentlichen Ausgaben in die Infrastruktur investiert werden, sind es in Deutschland 5,5 Prozent. Die Folge: Die fehlenden Investitionen haben sich nachhaltig in der Quantität und Qualität öffentlicher Infrastrukturleistungen bemerkbar gemacht, schreibt das DIW in seinem jüngsten Wochenbericht.**



### personalien

••• **Frank Bsirske**, 55, ist vom ver.di-Bundeskongress in Leipzig als Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft wieder gewählt worden. Als stellvertretende Vorsitzende haben die Delegierten **Gerd Herzberg**, 57, **Andrea Kocsis**, 42, **Margret Mönig-Raane**, 59, und **Frank Werneke**, 40, gewählt. Bestätigt wurden in Leipzig zudem die bisherigen Vorstandsmitglieder **Uwe Foullong**, 50, **Erhard Ott**, 54, **Ellen Paschke**, 59, **Isolde Kunkel-Weber**, 53, **Petra Gerstenkorn**, 53, und **Lothar Schroeder**, 48. Neu in den vierzehnköpfigen Vorstand gewählt wurden **Achim Meerkamp**, 52, bislang stellvertretender Landesbezirksleiter und Tarifkoordinator öffentlicher Dienst

in Rheinland-Pfalz, **Elke Hannack**, 46, bislang stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, und **Dina Bösch**, 47, stellvertretende Landesbezirksleiterin Hamburg. Elke Hannack, die auch dem Bundesvorstand der CDA angehört, und Dina Bösch waren vom ver.di-Gewerkschaftsrat vorgeschlagen worden, nachdem die zunächst nominierten Kandidatinnen **Martina Stabel-Franz**, 43, und **Sieglinde Frieß**, 48, keine Mehrheit gefunden hatten.

••• **Monika Brandl**, 54, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Deutschen Telekom AG, ist als Nachfolgerin von **Margit Wendt**, 55, zur Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates von ver.di gewählt worden.

### 14 TAGE

- 15.10.** IG BCE, „Zehn Jahre IG BCE“, Hannover
- 15.10.** DGB Baden-Württemberg, Katholische Arbeiterbewegung Baden-Württemberg und Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg, Fachtagung: „Modelle zur Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung“, Freiburg im Breisgau
- 18.10.** IG Metall und Arbeitskammer des Saarlandes, Tagung „Leiharbeit – wenig Lohn, wenig Sicherheit!“, Kirkel
- 18.10.** AiB-Verlag, Kongress „Private Public Partnership auf dem Prüfstand“, Köln
- 18./19.10.** Transweb, Konferenz „Unternehmensmitbestimmung im DB-Konzern“, Berlin

- 18./19.10.** Projektverbund „Transfer innovativer Unternehmensmilieus“ (TiM), Abschlusskonferenz „Erfolgsfaktor Beteiligungskultur“, Rostock
- 18.-21.10.** Sozialforum in Deutschland 2007 „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“, Cottbus
- 20.10.** Friedrich-Ebert-Stiftung und FrauenMädchenNetz NRW, Tagung „Es geht ums Ganze, Constanze! Perspektiven für NRW“, Bonn
- 20.-27.10.** IG BAU, Bundesseniorentreffen, Berlin
- 31.10.** Tagungsreihe „ver.di im Gespräch“, „Das neue Rundfunk(gebühren)urteil in der Analyse“, Mainz

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

**„Die berufstätigen Mütter haben nie genug Zeit zu schlafen oder sich zu pflegen, man sieht es ihnen an.“**

Christa Müller, familienpolitische Sprecherin der Linkspartei im Saarland und Ehefrau von Oskar Lafontaine, in einem im evangelischen Medienmagazin „chrismon“ veröffentlichten Streitgespräch mit der EU-Abgeordneten Silvana Koch-Mehrin (FDP) über die Rolle der Frau.

Leiharbeit

## Gleicher Lohn muss kommen

Leiharbeit boomt – in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der ZeitarbeiterInnen mehr als verdoppelt. Ihre Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen sind häufig deutlich schlechter als die fester MitarbeiterInnen. Zudem nutzen immer mehr Firmen Zeitarbeit nicht nur, um Auftragsspitzen abzudecken, sondern auch um Tarifstandards auszuhebeln und Stammbeschaftungen zu ersetzen. „Fehlentwicklungen“ bei der Leiharbeit eindämmen, das wollen nicht nur die Gewerkschaften, sondern jetzt auch die SPD.

Dabei hatte die rot-grüne Koalition mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von 2003 den Unternehmen erst die Vorlage für den Missbrauch der Zeitarbeit geliefert. Zwar schreibt das Gesetz vor, dass ZeitarbeiterInnen mit den Beschäftigten beim Entgelt und bei den Arbeitsbedingungen gleichgestellt sind, doch es lässt auch abweichende Regelungen im Tarifvertrag zu. Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) vereinbarte prompt schlechtere Bedingungen für LeiharbeiterInnen: Der Gleichheitsgrundsatz des AÜG war dahin. Die DGB-Gewerkschaften zo-

### Steiler Anstieg

LeiharbeiterInnen und Verleihbetriebe 2004 – 2006 (in 1000)



**Ende Juni 2006 standen bundesweit 598 284 ArbeitnehmerInnen bei Verleihern unter Vertrag – 32 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.**

gen nach und einigten sich mit den beiden größten Arbeitgeberverbänden in der Zeitarbeit auf deutlich bessere Tarifverträge. Gemeinsam bemühen sie sich, diese Tarifverträge über das Entsendegesetz für allgemein verbindlich erklären zu lassen.

Das sorgt für bessere Bedingungen für die LeiharbeiterInnen, verhindert aber nicht, dass die Un-

ternehmen zunehmend Stammpersonal durch LeiharbeiterInnen ersetzen. Deshalb sind sich DGB und Gewerkschaften einig: „Wir müssen den Grundsatz durchsetzen, dass gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen für Stammbeschäftigte und Zeitarbeiter gelten“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer beim ver.di-Kongress.

Das Thema Leiharbeit steht auch auf der Agenda des SPD-Parteitags in Hamburg. In seinem Neun-Punkte-Reformprogramm „für ein soziales Deutschland“ fordert der SPD-Parteivorstand einen Mindestlohn für ZeitarbeiterInnen, mehr Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte in den Entleihbetrieben sowie eine Änderung des AÜG in der Weise, „dass nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme für LeiharbeiterInnen die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschaftung“. Was eine angemessene Einarbeitungszeit ist, sollten die Tarifpartner festlegen, heißt es im ergänzenden Bericht der Arbeitsgruppe Arbeitnehmerüberlassung des SPD-Gewerkschaftsrates unter der Leitung der designierten SPD-Vize Andrea Nahles. Eine Formulierung, die – wie die Erfahrungen mit dem AÜG in der Vergangenheit zeigen – einige Fallstricke bergen könnte. Denn auch der CGB ist Tarifpartei.

Die EU geht einen anderen Weg: Im September hatte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla gefordert, dass LeiharbeiterInnen nach sechs Wochen im Betrieb mit der Stammbeschaftung bei Lohn und Sozialleistungen gleichgestellt sein sollten. ●

## plusminusBERLIN

**+ Nele Hirsch (DIE LINKE)** findet die „Exzellenzinitiative“ des Bundes für „Elite-Unis“ gar nicht „exzellent“. Die für Beschäftigte und Studierende wichtige „eigenständige Hochschulplanung“ sei bei den Bewerber-Unis den Projektanträgen untergeordnet worden.

**- CDU-Wirtschaftsexperte Laurenz Meyer** ist gegen einen Mindestlohn in der Postbranche. Die Sicherung sozialer Mindeststandards sei „vom Ansatz her richtig“. Mit Blick auf die Marktöffnung bei Postdiensten ginge der Tarifvertrag zwischen Post und ver.di aber „zu Lasten Dritter“.

Seite 3

### Virtueller Streik

**Das Internet ist immer häufiger Schauplatz gewerkschaftlicher Proteste – wie zuletzt beim virtuellen Streik gegen IBM Italien**

Seite 5

### Schule und Arbeitswelt

**Mit der Initiative „Schule und Arbeitswelt“ gestalten GewerkschafterInnen vor Ort die Bildungspolitik mit**

Seite 7

### Ran an die Mitglieder

**Die Gewerkschaften müssen Mitglieder und Beschäftigte verstärkt an der Tarif- und Betriebspolitik beteiligen, meint Daniel Friedrich**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.einblick.dgb.de/goto/pin.htm](http://www.einblick.dgb.de/goto/pin.htm)  
Report Mainz:  
Hungerlöhne in der Postbranche

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Dokumentation des DGB-Workshops „Nachhaltige Stadtentwicklung“

## EU-Vertrag

### Nur ein Trippelschritt

Der DGB beurteilt den von den Staats- und Regierungschefs am 18. Oktober in Lissabon verabschiedeten EU-Reformvertrag skeptisch. Statt auf eine EU-Verfassung habe man sich nur auf einen Änderungsvertrag des Vertrages von Nizza geeinigt, heißt es in einer ersten Stellungnahme des DGB. „Dies war keine Neugestaltung einer europäischen Verfassung, dies war nur ein Trippelschritt hin zu einem sozialen Europa“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Einige Verbesserungen gegenüber dem Nizza-Vertrag seien zwar durchgesetzt worden, aber nur um den Preis eines intransparenten Verfahrens.

So sei der Vertrag unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt worden, obwohl nach den gescheiterten Referenden in den Niederlanden und Frankreich eine breit angelegte Debatte mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft versprochen worden war. Die Rechte des EU-Parlamentes

sind gestärkt worden – aber gleichzeitig gibt es mehr Blockademöglichkeiten im Rat. Die Charta der Grundrechte soll verbindlich werden, aber sie steht nicht im Vertragstext selbst und gilt nicht für alle Mitgliedstaaten.

Die Möglichkeiten zu Mehrheitsentscheidungen sind ausgeweitet worden, aber nicht in den Bereichen, die ein soziales Europa voranbringen würden. Die Leistungen der Daseinsvorsorge werden aufgewertet – trotzdem soll die EU nur einen „angemessenen“, nicht einen umfassenden sozialen Schutz fördern. Damit haben sich aus Sicht des DGB die Staaten durchgesetzt, die die europäische Integration lediglich als Binnenmarkt verfolgen. Der langjährige Prozess der Erarbeitung einer EU-Verfassung sei gescheitert.

Die Gewerkschaften müssen sich weiterhin für mehr europäische Sozialstaatlichkeit einsetzen, meint Sommer. Dringend notwendig sei, dass das 2009 gewählte neue EU-Parlament eine wirklich soziale Verfassung für Europa erarbeite, über die die UnionsbürgerInnen dann selbst entscheiden könnten. •

## Arbeitsmarkt

### Kein Agenda-Effekt

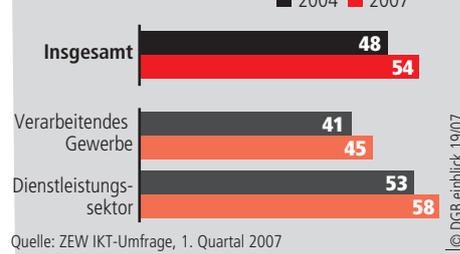
Der DGB hat die Forderung der Wirtschaftsweisen, keine Korrekturen an den Hartz-Reformen vorzunehmen, um den Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht zu gefährden, als verfehlt zurückgewiesen. Dass die Beschäftigung wieder steigt, bewertet auch der DGB positiv. „Aber viele der fast 660 000 neuen Jobs sind nicht existenzsichernd oder nachhaltig“, erklärt DGB-Vorstand Claus Matecki zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Der „vermeintliche Agenda-Aufschwung“ sei zudem deutlich beschäftigungsärmer, als der Arbeitsmarkteffekt der letzten Aufschwungphase 1998 bis

2000. „Damals schufen die Firmen trotz eines angeblich verkrusteten Arbeitsmarktes, überbordender Bürokratie und drückender Steuer- und Abgabenlast mehr als 1,4 Millionen Arbeitsplätze.“

Kritisch bewertet der DGB zudem, dass der Wechsel aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung trotz guter Konjunktur rückläufig ist. Für DGB-Chefökonom Dierk Hirschel ist Ursache der sinkenden Arbeitslosenquote neben den Exporterfolgen der deutschen Industrie der bereits spürbare demografische Wandel. Die wieder anziehende Konjunktur entspringe zudem einem ganz normalen Investitionszyklus, erklärte Hirschel im Berliner *Tagesspiegel*. „Nach fünf mageren Jahren mussten die Betriebe ihre Maschinenparks und Gebäude modernisieren.“ •

### Jeder Zweite arbeitet mit dem Internet

Anteil der Beschäftigten mit Internetzugang am Arbeitsplatz (in Prozent)



Fast alle Unternehmen in Deutschland (98 Prozent) haben heute Zugang zum Internet, mehr als die Hälfte der Beschäftigten (54 Prozent) nutzen das weltweite Netz an ihrem Arbeitsplatz. Das zeigt eine repräsentative Befragung von rund 4300 Unternehmen durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

## Studiengebühren

### Verstoß gegen UN-Sozialpakt

Die Einführung von Studiengebühren in Deutschland verletzt das durch den UN-Sozialpakt garantierte Recht auf Bildung. Das ist die Quintessenz eines Berichtes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Freien Zusammenschlusses von StudentInnen (fzs) an die UN. Der 1973 von der Bundesregierung ratifizierte UN-Sozialpakt verpflichtete Deutschland, den Hochschulzugang allen Begabten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu ermöglichen, so die GEW und der fzs. Die

zwischenzeitlich in sieben Bundesländern eingeführten Studiengebühren verstärkten dagegen die soziale Auslese. Aktuelle Umfragen belegen das: Ein Viertel der Studienberechtigten sieht bei Erhebung von Studiengebühren von einem Studium ab. Weitere 19 Prozent verweisen darauf, dass ihnen die finanziellen Mittel für ein Studium fehlen. Mehr als die Hälfte der Studierenden arbeiten bereits jetzt neben dem Studium. Entgegen eines Urteils des Oberlandesgerichtes Münster halten GEW und fzs den UN-Sozialpakt auch in Deutschland für rechtsverbindlich. Sie fordern die UN auf, ihr völkerrechtliches Kontrollrecht wahrzunehmen und Deutschland zu rügen. •

## SPD und Gewerkschaften

### Für sozialen Kurswechsel

Mit einem Appell an die Delegierten des SPD-Parteitag haben sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für einen sozialen Kurswechsel der Partei ausgesprochen. Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms gehe „in die richtige Richtung“, heißt es in dem Papier. Rund 300 namhafte BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen hatten die Forderungen mit ihrer Unterschrift unterstützt – darunter der IG BAU-Vorsitzende und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Wiesehegel. Mit Blick auf den Vorschlag des SPD-Vorsit-

zenden Klaus Beck, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere zu verlängern, erklären die Unterzeichner: „Kurt Beck weiß uns an seiner Seite, wenn es darum geht, die Partei wieder auf einen arbeitnehmerorientierten Kurs zu führen.“ Mit der Agenda 2010 und Hartz IV habe sich die SPD von ihrer „reformpolitischen Tradition weitgehend verabschiedet“. Für die Glaubwürdigkeit der Partei sei es aber unverzichtbar, die „Politik nach der Agenda 2010“ überzeugend zu vermitteln. •

Der Appell online: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaftliche Proteste im Netz

## Streik im Second Life

Ende September sorgte ein ungewöhnlicher Streikaufruf europaweit für Aufsehen: Beschäftigte von IBM Italien gingen im Kampf um ihre Rechte einen neuen Weg. Sie riefen zum Streik gegen virtuelle IBM-Niederlassungen in dem seit 2003 existierenden Second Life auf.

Der Soft- und Hardwaregigant IBM betreibt im Second Life mehr als 50 virtuelle Niederlassungen: Schulungs- und Forschungseinrichtungen sowie Kundencenter. Erst kürzlich hat IBM sei-

ne Präsenz im Second Life verstärkt, um Angestellte für Standorte in Asien und Australien zu gewinnen. Insgesamt arbeiten zurzeit mehr als 5000 reale Beschäftigte von IBM in virtuellen Welten. Beschäftigte, die ihre virtuellen Gegenstücke, Avatare genannt, im Second Life ihrer Arbeit nachgehen lassen.

Anlass für die Aktionen der italienischen IBM-MitarbeiterInnen waren Lohn- und Vergütungsfragen. So hatte die Gewerkschaft Rappresentanza Sindicale Unitaria IBM Vimercate (RSU) für die über 9000 dort organisierten ArbeiterInnen eine Lohnerhöhung von 40 Euro monatlich gefordert. Statt auf die Forderung einzugehen, strich das Unternehmen eine Gewinnbetei-



ligung für seine MitarbeiterInnen, die aufs Jahr gerechnet etwa 1000 Euro ausmacht.

Mit Hilfe des gewerkschaftlichen Dachverbandes Union Network International (UNI) organisierte die Gewerkschaft ihren ersten virtuellen Streik am 27. September 2007. Aktionen in kleinen Gruppen an sieben verschiedenen IBM-Niederlassungen, darunter IBM Italien und das IBM Business Center im Second Life, sorgten für erhebliche Störungen der üblichen Abläufe. Eine Veranstaltung in einem der Kundenzentren soll nach Berichten der Streikenden und der UNI abgebrochen worden sein.

Weltweit beteiligten sich rund 2000 Menschen in über 30 Län-

dern an den Protesten gegen IBM. Vor allem in Italien schalteten sich viele IBM-Beschäftigte nach getaner Arbeit in die Auseinandersetzung ein.

UNI berichtet: „IBM hat bis jetzt auf unsere Proteste nicht offiziell reagiert. Aber das Medienecho war beeindruckend. Weblogs, Radio- und TV-Stationen, Zeitschriften und Podcasts in unzähligen Ländern und Sprachen berichteten über den Protest. Sogar das staatliche italienische Fernsehen berichtete in seiner abendlichen Nachrichtensendung ausführlich.“

### Virtuelle Welten, virtuelle Aktionsformen?

Die virtuellen Welten ermöglichen neue virtuelle Aktionsformen der Beschäftigten im weltweiten Netz. In Deutschland hatte erstmals Ende der 90er Jahre der Streik von MitarbeiterInnen der GMD, der früheren Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, für ähnliches Aufsehen gesorgt. Webseiten im Internetauftritt der GMD wurden „bestreikt“. Wer auf die Seiten surfte, erhielt nur eine leere Seite mit einer Erklärung zu den Gründen des Streiks. Auch die zentrale Selbstdarstellungsseite des Instituts, das sich mit Telekommunikationssystemen beschäftigte, wurde bestreikt. 13 Prozent der www-Seiten wurden vorübergehend unlesbar gemacht, um damit gegen die Kündigung eines Haustarifvertrags und die geplante Absenkung der Vergütungen um 13 Prozent zu protestieren.

Auch DGB-Gewerkschaften sind auf dem Weg ins Zweite Leben: Fast gleichzeitig fanden Anfang Juli Demonstrationen der „Initiative Mindestlohn“ von ver.di und NGG im virtuellen und realen Leben statt. Realer Schauplatz der Demonstration für einen Mindestlohn von 7,50 Euro war der Potsdamer Platz in Berlin. Schauplatz der virtuellen Demonstration war der virtuelle Alexanderplatz im „newBerlin“ des Computer-Paralleluniversums Second Life. •

### Das Leben im zweiten Leben

Second Life (SL) wurde 2003 als „Spiel“ gestartet. Anfangs belächelt, galt die Internet-Plattform mit ihrer dreidimensionalen Infrastruktur bald als Testobjekt für reales Wirtschaftsleben und wird inzwischen bereits als ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor gehandelt. Schon deshalb, weil Großunternehmen und Global Player wie IBM, Daimler oder auch die Deutsche Post im Second Life PR-Arbeit machen. Schließlich verbessert jeder Bericht über die Ak-

tivitäten im SL das Firmenimage. Auch das Interesse an Produkten von morgen wird in der virtuellen Gegenwart getestet. Kurz: SL, wie die Online-Struktur unter Insidern genannt wird, bietet seinen Mitgliedern virtuelle Welten, in denen sich Menschen begegnen, die Handel miteinander treiben, mit- und gegeneinander arbeiten – und seit neuestem auch Arbeitskämpfe führen.

Mehr: [http://de.wikipedia.org/wiki/Second\\_life](http://de.wikipedia.org/wiki/Second_life)

### Neue Medien, neue Chancen?

**NGO's wie attac, campact oder enronwatchdog haben vor den Gewerkschaften die Chancen der neuen Medien für ihre Arbeit erkannt: „E-Campaigning, E-Mobilization oder Cyberprotest sind die Stichworte, wenn beschrieben wird, welche Chancen Online-Medien für die Arbeit von NGO's haben. Das Internet steht dabei meist im Mittelpunkt, denn es ist dezentral, offen, kostengünstig, global und interaktiv. Die Einsatzmöglichkeiten reichen von der reinen Informationsverbreitung über Protest-Kampagnen bis hin zur Mobilisierung von Menschen für Offline-Aktionen. (...)**

**NGO's, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Informationen zu recherchieren und diese öffentlich bereitzustellen, profitieren besonders. (...) Sie richten für bestimmte Themen spezielle Webseiten ein, zum Beispiel finden sich unter [www.cleanairnow.org](http://www.cleanairnow.org) Informationen zur Luftverschmutzung, unter [www.enronwatchdog.org](http://www.enronwatchdog.org)\* zur Verantwortung von Unternehmen.“**

**Aus: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2006, Neue Bewegungen im Internet?**

\*zur Zeit nicht erreichbar

**Ausstellung**

## Vorbild Vater

Neue Rollenbilder erlernen sich leichter, wenn es positive Vorbilder gibt. Insofern ist die Ausstellung „Väter(-vor)bilder“, die noch bis zum 14. Dezember vom DGB-Bezirk Nord in Brunsbüttel gezeigt wird, ein Muss für Männer, die ihren Anteil an der Familienarbeit leisten wollen. Die Ausstellung präsentiert Männer, die den Schritt in ein anderes Rollenverständnis gewagt haben. Die Ausstellungsorte: bis 9. November in der Hypo-Vereinsbank, Koogstr. 32, vom 12. bis zum 30. November in der Hoelp g GmbH und vom 3. bis zum 14. Dezember im Mehrgenerationenhaus, Schulstr. 2-4. •

**WSI-Herbstforum**

## Soziale Spaltung

Mit der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich befasst sich das diesjährige Herbstforum des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-

Böckler-Stiftung. Es findet am 29. und 30. November im Berliner Hotel Maritim pro Arte unter der Überschrift „Armut, Reichtum, Teilhabe – Der Sozialstaat als Sozialfall oder Problemlöser?“ statt. Das Herbstforum soll zum einen das Ausmaß der derzeitigen sozialen Spaltung aufzeigen, zum anderen aber auch nach sozialstaatlichen Lösungswegen suchen. TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik werden die verschiedenen Ansätze in einer abschließenden Podiumsrunde diskutieren. •

*Katharina-Kruse@boeckler.de*

**Report 2007**

## Aktuelle Daten

Der Funktionsbereich „Wirtschaft – Technologie – Umwelt“ der IG Metall hat seinen „Report 2007“ veröffentlicht. Er zeichnet die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung anhand von Daten und Fakten nach. Die ausschließlich in digitaler Form erhältliche Broschüre gliedert sich in drei Teile: Gesamtwirtschaft, Entwicklung in den Branchen Me-

**Fachtagung**

## Mindeststandards

Die Arbeit in Call-Centern ist meist schlecht bezahlt und durch schlechte Rahmenbedingungen geprägt. Deshalb befasst sich die fünfte Call-Center-Fachtagung von ver.di und TBS-Netz vom 26. bis zum 28. November in Dortmund mit sozialen Mindeststandards in Call-Centern. Dazu gehören – neben dem Mindest-

tall, Textil und Holz sowie Weltwirtschaft. Der Bericht kann vollständig oder nach Teilbereichen im Internet, Intranet und Extranet der IG Metall herunter geladen werden. •

*www.igmetall.de*

**Tagung**

## Vereinbarkeit

Die praktische Entwicklung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinkt den Verlautbarungen und Diskussionen deutlich hinterher. Der

lohn – auch Anforderungen an die Gestaltung von Arbeits- und Leistungsbedingungen in Call-Centern. In verschiedenen Themen-Foren werden Einzelaspekte wie „Gesundheit und Sicherheit“ „Arbeitszeit und Arbeitslast“ und „Qualifizierung/Ausbildung“ vertieft. Die Tagung bildet gleichzeitig die Vorbereitung für eine Handlungshilfe. Die Teilnahmegebühr beträgt 670 Euro. •

Anmeldungen: *ulrike.henseleit@tbs-nrw.de*  
Informationen: *ver.di*, Tel. 030/69 56 28 55  
oder *TBS NRW*, 0231 / 24 96 98 20

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen will bei einer eintägigen Fachtagung am 15. November in Frankfurt/M. vor allem die Praxis beleuchten: Wie kann die Kinderbetreuung verbessert werden? Wie ändern sich Rollenbilder? Welche Möglichkeiten haben BetriebsrätInnen, die Vereinbarkeit voranzubringen? Bei der Fachtagung werden vorbildliche Beispiele präsentiert, daneben soll die aktuelle politische Debatte kritisch bewertet werden. Die Kosten betragen 25 Euro. •

*carina.tittelbach@dgb.de*  
*www.hessen.dgb.de*

**Zwischenbilanz**

## Bildungspolitik

Vor zweieinhalb Jahren beschlossenen GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen das „Bochumer Memorandum“. Wichtigstes Ziel: Nordrhein-Westfalen solle innerhalb von fünf Jahren den OECD-Durchschnitt bei PISA erreichen. Zur Halbzeit wollen nun DGB und GEW Nordrhein-Westfalen überprüfen, wie weit die NRW-Landesregierung mittlerweile auf diesem Weg gekommen ist. Unter der Überschrift „Anspruch und Wirklichkeit der NRW Bildungspolitik“ diskutieren am 30. Oktober in den Räumen der Düsseldorfer Handwerkskammer PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen über Erreichtes und noch zu Leistendes. •

*www.gew-nrw.de*

## interregio

••• Der Mensch verändert durch sein Wirken das Klima, und der Klimawandel wird viele Lebensbereiche des Menschen verändern. Der **DGB-Bezirk Nord** und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein laden daher zu der **gemeinsamen Konferenz** „Klimaschutz und Arbeitswelt“ am 16. November ein. Schwerpunktthemen der Veranstaltung sind der Beitrag der Wissenschaft zur Entwicklung alternativer Technologien, die Energieeffizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch nachhaltiges Wirtschaften.  
*www.nord.dgb.de/veranstaltungen.php*

••• Der **DGB Bayern** gibt den **neuen Newsletter** „Standpunkt“ für BeamtInnen und den Öffentlichen Dienst heraus. In der Publikation wird über aktuelle

Entwicklungen im Bereich des öffentlichen Dienstes sowie über gewerkschaftliche Positionen und Forderungen informiert. Der DGB Bayern reagiert damit auf die Zuständigkeits-Verschiebungen durch die Föderalismusreform und will seiner zunehmenden Verantwortung in der Beamtenarbeit nachkommen. Der „Standpunkt“ soll Teil eines konstruktiven Dialogs sein, der zu zukunftsorientierten Ergebnissen für BeamtInnen und den gesamten öffentlichen Dienst in Bayern führt.  
*www.bayern.dgb.de*

••• Der **DGB Thüringen** und ein breites Bündnis von Aktionspartnern, dem Gewerkschaften, Parteien und Kirchen angehören, **fordern die Einführung eines Vergabe- und Mindestlohn-**

**gesetzes in Thüringen.** Das symbolische Stadteingangsschild – der optische Aufmacher der Aktion –



warnt „Achtung, Sie befinden sich im Billiglohnland Thüringen“ und verspricht „Das werden wir ändern!“ Die Abwanderung junger Menschen widerspreche der Behauptung der Landesregierung, die niedrigen Löhne seien ein Standortvorteil. Hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne seien die Hauptgründe für die Abwanderung.

*www.thueringen.dgb.de*

# GEWERKSCHAFTEN

Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt“

## Selbst etwas auf die Beine stellen

Die Ergebnisse der PISA-Studien haben gezeigt, dass im deutschen Bildungssystem viel im Argen liegt. DGB und Gewerkschaften beklagen nicht nur die Bildungsmisere – sie mischen sich vor Ort in Bildungspolitik ein. Zum Beispiel mit den regionalen Projekten im Rahmen der Initiative „Schule und Arbeitswelt“.

Die Idee entstand vor drei Jahren aus der Erkenntnis: An der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt können die Gewerkschaften mit konkreten Projekten ansetzen. Inzwischen kann die gewerkschaftsübergreifende Initiative „Schule und Arbeitswelt“ etliche Erfolge vorweisen. DGB, ver.di, IG Metall, GEW und IG BCE unterstützen das Konzept, und zehn regionale Arbeitskreise – von Hamburg bis in den Schwarzwald – haben innovative Projekte umgesetzt.

Die Arbeitskreise sind das Kernstück der Initiative. Sie zeigen: GewerkschafterInnen können durchaus vor Ort die Bildungssituation verbessern und bildungspolitische Impulse geben. Zum Beispiel in Mainz: Gemeinsam mit der Technologieberatungsstelle (TBS) Rhein-

land-Pfalz ermöglicht die DGB-Initiative Schülerinnen und Schülern einen praxisnahen Einblick ins Berufsleben. Die TBS hat dazu verschiedene Unterrichtseinheiten entwickelt, begleitend kommen ArbeitnehmerInnen in die Schulklassen und erklären, welchen Nutzen die Unterrichtsinhalte fürs Berufsleben haben können. Das Besondere: Die vermittelten Inhalte sind eng geknüpft an die Erfahrungen, die die am Projekt teilnehmenden Betriebe mit ihren Auszubildenden gemacht haben – ein Austausch zwischen Betrieb und Schule.

Austausch und Dialog ist ein wichtiges Ziel der Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt“. Sie wollen alle vernetzen, die aktiv an einer positiven Entwicklung des Schullebens mitwirken können und wollen: Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler – aber auch Partner außerhalb der Schulen, von Betriebsräten bis zu Kommunalpolitikerinnen und -politikern.

Entsprechend breit legt auch der regionale Arbeitskreis Heilbronn-Franken seine Aktivitäten an: SchülerInnen können sich mit dem (berufs-)biografischen Planspiel „Ready-Steady-Go“ auf die Zeit

nach dem Schulabschluss vorbereiten, für ein grenzüberschreitendes Schülertheaterfestival in Lodz (Polen) wurde eine Patenschaft übernommen, und die GewerkschafterInnen pflegen den Austausch mit Schulleitungen von Berufsschulen. Auch schulpolitische Fragen können Themen der Arbeitskreise sein, wie das Projekt in Heilbronn zeigt: Ein Schwerpunkt dort ist „Privatisierung der Bildung“ – der Arbeitskreis greift dabei auf die Aktivitäten der GEW zum Thema zurück, etwa deren „Privatisierungsreport“.

Dass das Engagement der Arbeitskreise Sinn macht, bestätigt das Interesse vieler Schulen an einer Kooperation. „In den DGB-Regionen gibt es immer wieder Anfragen von Schulen, die zum Themenkomplex Berufsorientierung mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten wollen“, berichtet Ulrich Nordhaus, der beim DGB-Bundesvorstand die Initiative koordiniert. Deshalb wollen die Gewerkschaften die Initiative ausweiten. Ziel ist die Gründung weiterer regionaler Arbeitskreise. Initialzündung soll eine Fachtagung am 16. und 17. November in Dortmund sein. ●

## Fachtagung soll vernetzen

Die regionalen Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt“ sind das Kernstück der gleichnamigen Initiative.

Sie stehen auch im Mittelpunkt einer Fachtagung am 16. und 17. November in Dortmund. Beispiele guter Praxis aus den bestehenden Arbeitskreisen sollen zum Start weiterer Projekte anregen und die Akteure der Initiative besser vernetzen.

Die wichtigsten Informationen zur Initiative und zur Fachtagung gibt es auf dem kürzlich gestarteten Online-Portal „Schule und Arbeitswelt“. Es stellt einige der zehn regionalen Arbeitskreise und ihre Arbeit vor, beschreibt mögliche Themen und Ideen für neue Projekte und bietet Kontaktmöglichkeiten zu allen wesentlichen Akteuren sowie eine umfangreiche Link-Sammlung:

[www.schule.dgb.de](http://www.schule.dgb.de)

## Fragen an



**Ulrich Nordhaus, Referatsleiter im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand, koordiniert die Initiative „Schule und Arbeitswelt“. Einblick sprach mit ihm über Hintergrund und Ziele der Initiative.**

- Wie ist die Initiative „Schule und Arbeitswelt“ entstanden?
- Gemeinsam mit der GEW und der IG Metall haben wir vor drei Jahren entschieden: Als Reaktion auf die PISA-Ergebnisse wollen wir initiativ werden und unsere schulpolitischen

Forderungen nach vorne bringen. Gleichzeitig wollten wir deutlich machen, dass die Gewerkschaften nicht nur fordern, sondern bereits gute Ansätze zum Thema „Schule und Arbeitswelt“ haben und selbst etwas auf die Beine stellen. Diese bereits bestehenden Projekte soll die Initiative präsentieren und vernetzen.

- Wie war die Resonanz?
- Wir hätten nicht gedacht, dass ein so großes Interesse besteht – auch in den Industriegewerkschaften. Das Thema „Schule“ ist in den Gewerkschaften kein Randthema.
- Was zeichnet die Arbeit der zehn regionalen Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt“ aus?
- Im letzten Jahr haben wir uns in einer Evaluation vier Arbeitskreise genauer angeschaut.

Wichtig sind vor allem die Personen, von denen die Arbeit vor Ort getragen wird: ein Dreiklang aus Eltern, Lehrern und Gewerkschaftern. Schließlich geht es bei der Initiative nicht darum, Patentrezepte anzubieten, sondern mit allen Beteiligten in einen Dialog einzutreten.

- Was erhoffen sich die Gewerkschaften von der Initiative?
- Natürlich die Gründung weiterer regionaler Arbeitskreise. Es soll aber auch deutlich werden: Niemand ist bei einem solchen Projekt auf sich allein gestellt. Die zehn Arbeitskreise sind Beispiele guter Praxis, von denen andere lernen können. Wir entwickeln deshalb gerade einen „Werkzeugkasten“, der die Initiatoren neuer Projekte unterstützen soll.

## kurz&bündig



**Die NGG fordert von den Verbänden der Fleisch- und Geflügelwirtschaft den Abschluss eines bundesweit geltenden Tarifvertrags und einen gemeinsamen Antrag auf Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz. Die Zustände in der deutschen Fleischwirtschaft hätten durch Tarifbruch, Lohndumping und illegale Beschäftigung ein unerträgliches Ausmaß erreicht.**



**Die GdP hat ein Positionspapier zu Privatisierungstendenzen bei der Polizei herausgegeben. Darin werden die Auslagerung wichtiger Funktionen und die Auswirkungen auf Organisation und Beschäftigte im Polizeiumfeld beleuchtet.** [www.gdp.de](http://www.gdp.de)



**Unter dem Motto „Organisieren – Durchsetzungskraft stärken“ hat ver.di an der Aktionswoche der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) vom 15. bis 21. Oktober teilgenommen. Schwerpunkt der ver.di-Aktionen: eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und sichere Rastplätze an Fernstraßen.**



**Die GEW fordert einen nationalen Pakt gegen Kinderarmut. Die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz, Kinder aus sozial schwachen Familien zweimal jährlich mit einer zusätzlichen Schulmittelpauschale zu unterstützen, begrüßt die Gewerkschaft als wichtigen Schritt. Kinderarmut dürfe sich nicht als „Bildungsarmut weiter vererben“.**

## Europäischer Wanderarbeiterverband

### Drei Jahre Solidarität statt Mitleid

Für 50 000 Entsendearbeiter und 200 000 Saisonarbeitskräfte aus den osteuropäischen Nachbarländern wurde im Frühling 2004 auf Initiative der IG BAU der „Europäische Verband der Wanderarbeiter“ (EVW) gegründet. Seine bisherige Bilanz ist erfreulich: In den vergangenen drei Jahren wurden außergerichtlich rund eine Million Euro an ausstehenden Löhnen erstritten. Mehr als 2000 Mitglieder zählt der Verband heute.

„Immer öfter erhalten Entsendearbeiter wochenlang überhaupt keinen Lohn“, berichtet der *Grund-*

*stein*, die Zeitschrift der IG BAU, in ihrer Oktober-Ausgabe. In solchen Fällen wird der Wanderarbeiterverband aktiv – falls er denn von den illegalen Praktiken auf deutschen Baustellen erfährt. Die Unterhändler der Gewerkschaft gehen dann, auch mit Hilfe von IG BAU-Kollegen, auf die deutschen Generalunternehmen zu, um per außergerichtlicher Einigung die fehlenden Löhne einzutreiben. Angst vor Zollkontrollen und vor Imageverlust durch Presseberichte führen in der Regel dazu, dass die hier ansässigen Bauunternehmen schnell

bereit sind, die ausstehenden Löhne zu zahlen. Vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht gelang es sogar erstmals, ein Bauunternehmen zur Zahlung von 15 000 Euro an illegal in Deutschland beschäftigte ausländische Scheinselbstständige zu verurteilen.

Der EVW hat inzwischen auch Mitglieder aus Betrieben, wie etwa Werften oder Schlachthöfe, die zum Organisationsbereich der IG Metall oder zur Gewerkschaft Naherholung-Genuss-Gaststätten (NGG) gehören. •

[www.emwu.org](http://www.emwu.org)

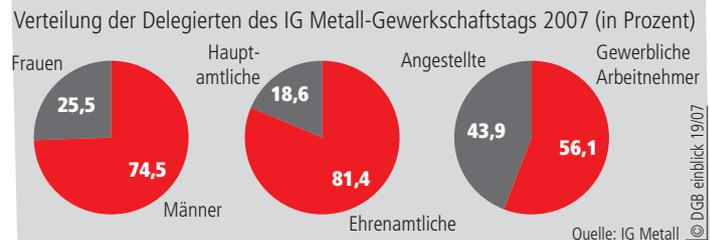
## Betriebsräteforum

### Vereinbarkeit im Betrieb

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann die Politik Rahmenbedingungen setzen. Aber auch auf betrieblicher Ebene ist einiges möglich. Das DGB-Beratungsprojekt „Zwischen Beruf und Familie passt kein Oder“ zeigt Betriebsräten am 18. Dezember in Berlin in einem Praxisforum, wie sie eine bessere Vereinbarkeit im eigenen Unternehmen gestalten können. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen Beispiele guter Praxis aus verschiedenen Betrieben. Der gemeinsame Austausch soll bereits vorhandene Konzepte für weitere betriebliche Akteure anwendbar machen.

„Regelungen zur guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind keine sozialpolitische Wohltat“, betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, die das Forum eröffnen wird. Vielmehr seien sie etwa mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf „für die Unternehmen eine wirtschaftliche Notwendigkeit“. Betriebsräten bietet das Betriebsverfassungsgesetz schon heute vielfältige Möglichkeiten, sich für Vereinbarkeit zu

### Ein Viertel Frauen



**501 Delegierte vertreten auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag vom 4. bis 10. November in Leipzig die über 2,3 Millionen IG Metall-Mitglieder. Rund 25 Prozent von ihnen sind Frauen (Frauenanteil unter allen Mitgliedern: 18,1 Prozent). 21 Delegierte sind Jugendliche (4,2 Prozent), 17 haben einen Migrationshintergrund (3,4 Prozent). Der Gewerkschaftstag berät unter dem Motto „Zukunft braucht Gerechtigkeit“ über 500 Anträge – und wählt einen neuen Vorstand.**

engagieren – etwa durch spezielle Arbeitszeitregelungen. Darüber hinaus sollen auf dem Praxisforum aber auch künftige Strategien für eine familienfreundliche (Betriebs-) Politik diskutiert werden. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Infos und Anmeldung: [lilo.collm@dgb.de](mailto:lilo.collm@dgb.de)

## Doktorandenstipendium

### IMK fördert Keynes-Forscher

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung fördert mit einem Doktorandenstipendium

künftig NachwuchswissenschaftlerInnen, die sich mit keynesianisch geprägten Wirtschaftstheorien beschäftigen. Mit dem Stipendium will das IMK die nachfrageorientierte Ökonomie an deutschen Hochschulen stärken.

Für das Doktorandenstipendium können sich NachwuchswissenschaftlerInnen bewerben, die ihre Dissertation im Rahmen eines IMK-Forschungsprojekts verfassen wollen. Pro Jahr wird ein Stipendiumsplatz vergeben, der drei Jahre lang gefördert wird. Bewerbungsschluss für das aktuelle Promotionsstipendium ist der 5. November. •

[www.boeckler.de/pdf/imk\\_doktoranden.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/imk_doktoranden.pdf)

Beteiligungsorientierte Tarif- und Betriebspolitik

## Ran an die Mitglieder

Um ihre Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit zu sichern und auszubauen, müssen die Gewerkschaften verstärkt auf eine beteiligungsorientierte Tarif- und Betriebspolitik setzen, meint Daniel Friedrich, Pressesprecher des IG Metall-Bezirks Küste.

Nicht nur die immer betriebsnähere Tarifpolitik, sondern auch die zunehmend individualisierte Gesellschaft erfordern die stärkere Beteiligung der Betroffenen. Ob „Betriebspolitische Offensive“ (IG Metall Küste), „Tarif aktiv“ (IG Metall NRW) oder „Organizing“ (ver.di) – erste Konzepte existieren, denen eines gemein ist: **Die Gewerkschaften beenden ihr alte „Stellvertreterpolitik“**. Sie holen Mitglieder und Beschäftigte aus der Zuschauerrolle auf das Spielfeld der Auseinandersetzung. Sie bemühen sich nicht mehr vorrangig darum, die Probleme der Betroffenen zu lösen, sondern vielmehr darum, die Betroffenen zu befähigen, sich an der Lösung ihrer Probleme zu beteiligen.

Es geht zukünftig nicht mehr nur darum, für die Mitglieder etwas herauszuholen, sondern das gemeinsam mit ihnen zu tun. So garantiert gerade bei befristeten Abweichungen vom Tarifvertrag zur „Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung“ („Pforzheimer Abkommen“) eine hohe Beteiligung der Mitglieder die Akzeptanz des Ergebnisses. Die Menschen müssen einbezogen, ständig informiert werden und **erleben, dass sie den Prozess mit gestalten**. Sie müssen wissen, dass die Gewerkschaft mit ihnen zusammen alles versucht hat. Sie brauchen die Gewissheit, dass sie mit entschieden haben, was akzeptabel ist und was nicht. Sie wollen nicht überrumpelt werden, sondern ständig informiert sein. Schließen Gewerkschaften betriebsnahe Tarifverträge ohne die Beteiligung der Mitgliedschaft ab, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihnen Mitglieder den Rücken kehren. Andererseits hält und gewinnt die IG Metall dank der Beteiligungsprozesse Mitglieder – auch in schwierigen Auseinandersetzungen.

Dabei ist Beteiligung keine Wunsch-dir-was-Veranstaltung, bei der die Organisation nur macht, was die Mitgliederversammlungen beschließen. Gewerkschaftliche Beteiligung **erfordert politische Führung und Orientierung**. Die Mitglieder fordern diese Führungsrolle auch ein und akzeptieren die Grenzen des Machbaren. Diese müssen allerdings vorher bekannt sein und entsprechend kommuniziert werden. Dasselbe gilt für die Entscheidungskompetenzen und -hierarchien. Es ist und bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften, die überbetriebliche und gesellschaftspolitische Sicht



Daniel Friedrich, 31, ist Pressesprecher der IG Metall Küste in Hamburg.

bei der Lösung betrieblicher Probleme einzubringen und zu wahren.

Beteiligung muss ernst gemeint sein. Im IG Metall-Bezirk Küste zum Beispiel besteht die Übereinkunft, dass die Aufnahme betrieblicher Tarifverhandlungen und deren Ergebnis der Zustimmung der Mitglieder bedarf. Denn Beteiligung **funktioniert nur, wenn**

### die Menschen ernst genommen werden.

Diesen Anspruch erheben sie zu Recht. Denn sie übernehmen für ihre Entscheidung Verantwortung. Mit Alibi-Beteiligungen verlieren die Gewerkschaften mehr Menschen, als sie gewinnen können.

Beteiligung ist eine **notwendige Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie**. Natürlich kann es Spannungen zwischen den betrieblichen Lösungen oder Meinungen vor Ort – meist erpresst aus Angst vor Jobverlust – und der gewerkschaftlichen Beschlusslage geben. Diese Spannungen müssen ausgehalten und gestaltet werden, sie sind das Salz in der Suppe der Mitgliederbindung und -gewinnung. Ein Muskel erschlafft, wenn er nicht mehr eingesetzt wird oder er reißt, wenn er zu oft überstrapaziert wird. Der richtige Mix aus Be- und Entlastung lässt den Muskel wachsen. Ein wichtiger Muskel der Gewerkschaften ist die Bindung zwischen dem Mitglied und seiner Gewerkschaft. Sie erschlafft, reißt oder wächst – je nach Belastungsmix.

In Dänemark stimmen die Mitglieder über jeden Tarifvertrag, auch über den Flächentarifvertrag, in einer Urabstimmung ab. Inklusiv öffentliche Wahlkämpfe zwischen Befürwortern und Verweigerern eines Verhandlungsergebnisses. **Nicht trotzdem, sondern deshalb** bleiben sie handlungs- und durchsetzungsfähig. Interessant ist auch, was sich im Süden Europas tut: Das „Referendum in den Fabriken“ über den (schwierigen) Kompromiss bei der Renten- und Sozialreform zwischen den italienischen Gewerkschaften und der Regierung Italiens sollte uns Mut machen, diesen Weg einer stärkeren Beteiligung der Mitglieder nicht nur in der Tarifpolitik zu gehen. •

## Neues Verhältnis

**Die Flächentarifverträge verlieren an Regulierungskraft. Sie gelten in der Metall- und Elektroindustrie nur noch für 62 Prozent der westdeutschen und für 25 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten.**

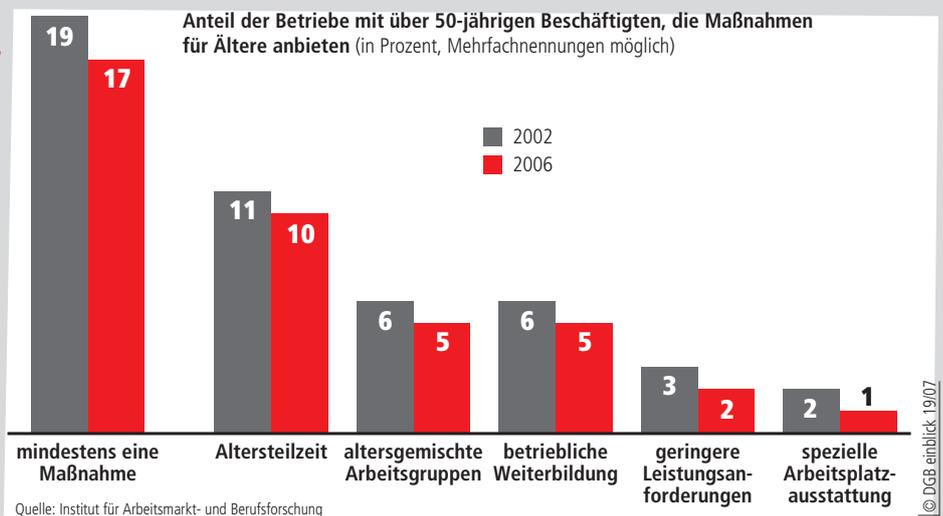
**Die IG Metall sucht deshalb auf ihrem Gewerkschaftstag vom 4. bis 10. November in Leipzig ein neues Verhältnis von Betriebs- und Tarifpolitik. Zur Diskussion steht die Dualität von Fläche und Betrieb. „Mehr denn je kommt es darauf an, die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit in den Betrieben zu unterstützen“, heißt es in der Entschließung zur Tarifpolitik.**

**Konflikte um betriebliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag müssten gewerkschaftlich begleitet werden. „Dazu gehören die Bildung von betrieblichen Tarifkommissionen und die Einberufung von Mitgliederversammlungen vom Beginn der Verhandlungen bis nach Abschluss der Vereinbarungen.“ Aber auch unabhängig von Abweichungen werde der Betrieb als tarifpolitisches Handlungsfeld „immer wichtiger“, heißt es weiter.**

**Tarifpolitik werde künftig nur erfolgreich sein, wenn die betriebliche Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit gestärkt wird: „Die Tarifpolitik der Zukunft muss mitgliedernah sein.“**

## BETRIEBLICHE MASSNAHMEN FÜR ÄLTERE: Stagnation bis Rückgang

**Unternehmen mit über 50-jährigen MitarbeiterInnen bieten immer seltener betriebliche Maßnahmen für diese Beschäftigtengruppe, so eine aktuelle Auswertung des IAB-Betriebspanels. Inzwischen sind es nur noch 17 Prozent – und nur noch jedes zwanzigste Unternehmen bezieht Ältere in Weiterbildungsmaßnahmen ein. Um sich auf die zu erwartende höhere Zahl älterer Erwerbspersonen einzustellen und eine höhere Erwerbsquote Älterer zu erreichen, müssten mehr Betriebe entsprechende Beiträge leisten, meint das IAB.**



## 14 TAGE

**30.10.** DGB NRW und GEW NRW, Tagung „Anspruch und Wirklichkeit der NRW-Bildungspolitik – ‚Zwischenbilanz‘ zum Bochumer Memorandum“, Düsseldorf

**4.-10.11.** IG Metall, Gewerkschaftstag „Zukunft braucht Gerechtigkeit“, Leipzig

**6./7.11.** ver.di b+b, Konferenz „Arbeitszeit = Lebenszeit? Balance von Arbeit und Leben“, Magdeburg

**7.11.** ver.di, Freie Universität Berlin, Fachtagung „Renaissance der Aus- und Weiterbildung? Neue Ziele – neue Perspektiven“, Berlin

**7.11.** ACE Auto Club Europa, Fachtagung „Jugend und Mobilität 2007“, Berlin

**9.11.** Projekt Pro Quali-

fizierung, Tagung „Europäische Migrationsgespräche: Zukunft der beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens“, Berlin

**9./10.11.** DGB Nord, Seminar „Frauen – arm dran? Sozialstaat der Zukunft aus Frauensicht“, Hamburg

**10.11.** DGB NRW, Workshop „Aschenputtels Portmonee – Frauen verdienen mehr“, Düsseldorf

**12.11.** DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Bildungskonferenz, „Eine andere Bildungspolitik für Niedersachsen“, Hannover

**12.11.** Hans-Böckler-Stiftung, BDA, u.a., Symposium „Europa zwischen Flexibility und Secu-

## Tipp

**Buch:** Clarissa Rudolph, Renate Niekant (Hrsg.), **Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven**, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 237 Seiten, 24,90 Euro

Ein Jahr vor der Vorstellung der Evaluationsergebnisse zu Hartz IV ziehen die Herausgeberinnen eine Zwischenbilanz. Verantwortung übernehmen, heraus aus der Ab-

hängigkeit – hinter dynamischen Schlagwörtern stehen immer Menschen, so der rote Faden des Buches. Dabei wird aufgezeigt, was es heißt, nicht mehr versicherungsbasierte Lohnersatzleistung zu erhalten, sondern von einem Bedürftigkeitsbudget zu leben. Ausgrenzung, Isolierung, Zukunftsangst – diese Begriffe sind Erfahrungswerte vieler Betroffener und spiegeln sich in den dargelegten Zahlen und Praxisberichten wider.

hängigkeit – Gesetzgeberische Ziele und praktische Konsequenzen des Grünbuchs für ein moderneres Arbeitsrecht des 21. Jahrhunderts“, Bonn

**12.11.** DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Europäisches Jahr der Chancengleichheit. Resümee und Ausblick“, Berlin

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

## Schlusspunkt.

**„Aber mit der gegenwärtigen FDP wird eher der Tiger zum Vegetarier als das Arbeitslosengeld I verlängert und ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt.“**

Ein Kommentar der tageszeitung (taz) vom 10. Oktober zum derzeitigen Koalitionspartner des SPD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Kurt Beck in Rheinland-Pfalz.

Mindestarbeitsbedingungengesetz

## Tarifparteien als Akteure

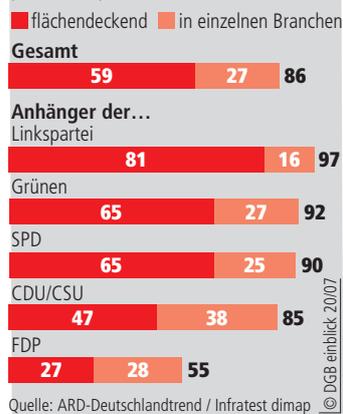
Der DGB hat in einem Eckpunkte-Papier die gewerkschaftlichen Anforderungen an eine Novellierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vorgestellt. Das Ziel: Das Gesetz soll die Einführung von Mindestentgelten in Branchen mit geringer Tarifbindung ermöglichen.

Die Bundesregierung hatte sich bei ihrer Kabinettsklausur in Meseberg Ende August darauf verständigt, das Gesetz von 1952 – das bisher nie angewendet wurde – als weiteres Instrument zur Einführung von Mindestlöhnen neu aufleben zu lassen. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) soll dazu einen Vorschlag erarbeiten. Laut Ministerium soll dieser noch im November vorgestellt werden.

Knackpunkt der sich jetzt abzeichnenden Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Union ist der so genannte Hauptausschuss. Er ist schon in der Gesetzesfassung von 1952 – neben Fachausschüssen für bestimmte Branchen – das wesentliche Gremium, um Mindestarbeitsbedingungen festzulegen. Laut Koalitionskompromiss soll er mit unabhängigen Experten besetzt werden.

### Große Mehrheit

Anteil der Bundesbürger, die für die Einführung eines Mindestlohns sind (in Prozent)



Der DGB befürchtet, dass der Hauptausschuss auf diese Weise zu einem „Blockadeinstrument“ konservativer Ökonomen werden könnte. Er müsse deshalb mehrheitlich von Gewerkschaften und Arbeitgebern besetzt werden. „Die sind die wirklichen Experten für Arbeit, Lohn und Arbeitsbedingungen“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Außerdem schlägt der DGB vor, den Hauptausschuss überhaupt nur anzurufen, wenn sich ein Fachaus-

**In einer repräsentativen Umfrage von Infratest für die ARD sprachen sich im Oktober über 80 Prozent der Bundesbürger für die Einführung von Mindestlöhnen aus – rund 60 Prozent sogar für flächendeckende. Auch bei den Anhängern aller im Bundestag vertretenen Parteien findet sich jeweils eine Mehrheit für den Mindestlohn. Auffallend: Bei allen Parteien (außer der FDP) ist die Zustimmung zu einer flächendeckenden Regelung größer als zu Mindestentgelten für Einzelbranchen.**

schuss nicht direkt auf Mindestarbeitsbedingungen und -entgelte einigt. Wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber einer Branche sich auf einen Mindestlohn einigen, soll das Arbeitsministerium diesen unmittelbar per Verordnung umsetzen. So wären die Tarifparteien die Hauptakteure auf dem Weg zu einer unteren Lohngrenze.

Wesentlichen Änderungen am Koalitionskompromiss stehen Vertreter der Union aber bisher ablehnend gegenüber. Ralf Brauksiepe, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ in der Unionsfraktion, besteht darauf, dass Franz Münteferings Gesetzesentwurf die Pläne von Meseberg lediglich konkretisieren dürfe, nicht aber korrigieren.

Offener für eine praxisnahe Gestaltung des Gesetzes zeigt sich die SPD. SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner erklärte, die Neufassung des Gesetzes „darf keine Windmaschine“ sein – und nennt bereits erste Branchen, in denen es schnell angewendet werden könnte, zum Beispiel die fleischverarbeitende Industrie. •

Seite 3

### Jobbörse offenbart Mängel

**Der Online-Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit fehlt es oft an Transparenz**

Seite 5

### Aldi geht's an die Wäsche

**Eine Kampagne soll den Discounter zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen bei seinen Textil-Zulieferern in Fernost verpflichten**

Seite 7

### Altes Denken

**Die erste Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute in neuer Zusammensetzung ist arbeitsmarktpolitisch ein Ärgernis, meint IMK-Direktor Gustav Horn**

## plusminusBERLIN

**+ Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, will dem Jugendmedienschutz mehr Kompetenzen geben. Angesichts der zunehmenden Präsenz von Online-Medien müssten vermehrt auch diese Inhalte in die Prüfung einbezogen werden – zum Beispiel Online-Spiele.**

**- Uwe Beckmeyer (SPD) will trotz eines gegenteiligen Beschlusses des SPD-Parteitag an der Privatisierung der Flugsicherung festhalten. Der Parteitag habe sich nur gegen eine Privatisierung der zuständigen „Behörde“ ausgesprochen. Die Flugsicherung sei aber eine GmbH.**

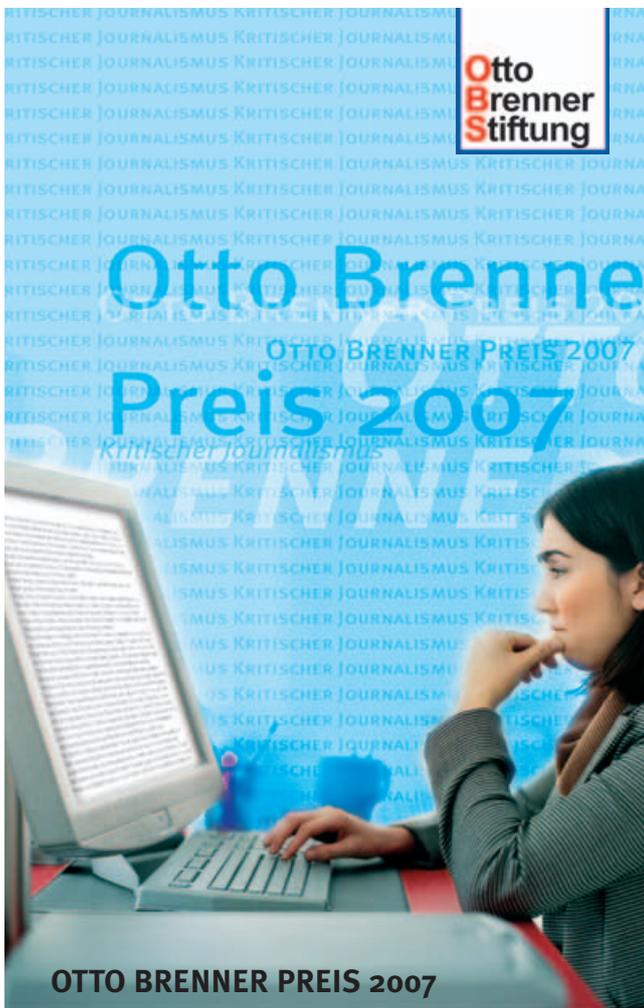


### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)  
Die Homepage der DGB-Jugend: neues Design, neue Struktur, mehr Service

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Eckpunkte des DGB zum Mindestarbeitsbedingungengesetz



Die **Otto Brenner Stiftung** der IG Metall verleiht zum dritten Mal den **Otto Brenner Preis** für kritischen Journalismus unter dem Motto „Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten“. Die Verleihung findet am 5. Dezember 2007 im Rahmen der Jahrestagung der OBS in Hannover statt.

Die Preisträger 2007

**1. Preis: Michaela Schießl** (Der Spiegel) für ihren Beitrag „Not für die Welt“

**2. Preis: Ingolf Gritschneider** (WDR) für seine TV-Reportage „Profit um jeden Preis – Markt ohne Moral“

**3. Preis: Markus Grill** (Stern) für seine umfangreiche pharmakritische Berichterstattung

**Otto Brenner Preis „Spezial“: Tom Schimmeck** (freier Autor) für pointierte, meinungsfreudige und analytisch fundierte Leitartikel, Kommentare und Essays

**Recherche-Stipendien**, betreut durch die Journalistenvereinigung „netzwerk recherche“, werden vergeben an **Katrin Blum, Thomas Schuler und Martin Sehmisch**

Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)

Kontakt: [obs@igmetall.de](mailto:obs@igmetall.de), OBS 069/6693-2810 oder IG Metall Pressestelle 069/6693-2306

Ältere Arbeitslose

## Zwangsrente verhindern

Rund 350 000 älteren Langzeitarbeitslosen droht ab Januar 2008 die Zwangsverrentung mit Abschlägen, falls keine Nachfolgeregelung für die so genannte 58er Regelung gefunden wird (*einblick 15/07*). Jetzt zeichnet sich in der großen Koalition eine Verständigung auf eine Folgevereinbarung ab. „Wir werden sicherstellen, dass jeder, der arbeiten will und kann, nicht zwangsweise in Rente geschickt wird“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner. Die SPD strebe eine Anschlussregelung an, nach der allen Alg-I-Beziehern, die 58 oder älter sind, „unverzüglich“ nach Auslaufen der Alg-I-Leistungen ein Job-Angebot gemacht wer-

de. Für Härtefälle seien Ausnahmen vorgesehen. Ziel sei, die Regelung in das laufende Gesetzgebungsverfahren zum Sozialgesetzbuch III (SGB III) einzubinden, über das der Bundestag Mitte November entscheidet. Linkspartei und Grüne haben bereits eigene Vorschläge vorgelegt.

DGB und Gewerkschaften haben in den letzten Wochen massiv vor den Folgen des Auslaufens der 58er Regelung gewarnt. So hat die IG Metall mit Massenklagen gedroht, falls die Zwangsverrentung nicht verhindert würde. Aus Sicht des DGB sollte das SGB II so geändert werden, dass eine Zwangsverrentung mit Abschlägen nicht möglich ist. Gleichzeitig müssten die Bemühungen, Ältere in den Arbeitsmarkt zu integrieren, verstärkt und die Bezugsdauer des Alg I verlängert werden. •

Hintergrund: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Betriebsräte & Leiharbeit

## Mehr Mandate

In Betrieben mit hohem Leiharbeiteranteil benötigen die Betriebsräte „mehr Mandate und Freistellungen“. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Büros für Sozialforschung in Kassel ([www.bfs-kassel.de](http://www.bfs-kassel.de)). Befragt wurden 80 Betriebsräte aus dem Organisationsbereich der IG Metall. In diesen 80 Unternehmen war im Frühjahr 2007, dem Zeitpunkt der Befragung, jeder dritte Beschäftigte ein Leiharbeiter.

Seit der Reform der Betriebsverfassung 2001 dürfen sich Leihar-

beiter an der Betriebsratswahl im Entleiherbetrieb beteiligen, falls ihre Einsatzzeit drei Monate übersteigt. Laut eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts von 2003 kann aber die Zahl der wahlberechtigten Leiharbeiter nicht bei der Berechnung der Mandate und Freistellungen in den Betriebsräten zugrunde gelegt werden, weil die Leiharbeiter im Entleihbetrieb keinen Arbeitnehmerstatus besitzen. Das sei „kontraproduktiv“, kritisieren die Sozialforscher, denn der Gesetzgeber habe mit der Einführung des Wahlrechts für Leiharbeiter deren Integration in die betriebliche Mitbestimmung fördern wollen. •

Gendiagnostik

## DGB-Eckpunkte

Der DGB-Bundesvorstand hat sich im November auf gemeinsame Positionen zur Gendiagnostik verständigt. In jedem Fall müsse das informationelle Selbstbestimmungsrecht sicher gestellt sein, heißt es in dem

Papier. Ausdrücklich wird vor dem „erheblichen Diskriminierungspotenzial“ der Gendiagnostik gewarnt, falls „Arbeitgeber und Versicherungen genetische Daten nutzen“. Anlass der Stellungnahme war eine Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags zum Entwurf eines Gendiagnostik-Gesetzes der Grünen. • [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Jobbörse offenbart Mängel

Mit der „Jobbörse“ ist die Bundesagentur für Arbeit (BA) auf dem bundesweiten Markt der Online-Stellenbörsen präsent – als einziger öffentlich getragener Anbieter zwischen diversen kommerziellen Angeboten. Die Jobbörse der BA muss deshalb vorbildhaft Standards für Qualität und Transparenz setzen, meint der DGB. Ein Anspruch, der in vielen Bereichen noch nicht erfüllt ist – wie jetzt eine Studie des DGB-Bundesvorstands zeigt.

Die Jobvermittlung im Internet boomt. Fast jeder zweite Arbeitgeber, der im vergangenen Jahr offene Stellen zu besetzen hatte, nutzte entsprechende Online-Angebote auf der Suche nach neuen MitarbeiterInnen. Auch die Zahl der in der Jobbörse der BA angebotenen Stellen hat sich von 2004 bis 2007 mehr als verdreifacht – auf inzwischen rund 130 000 Stellen (1. Quartal 2007).

Das rasant wachsende Angebot macht die Datenbank aber auch unübersichtlicher. Der DGB setzt sich deshalb bei der BA für mehr Qualität und Transparenz in der Jobbörse ein. Eine Studie des Bereichs Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstands zur Jobbörse zeigt darüber hinaus etliche Mängel auf.

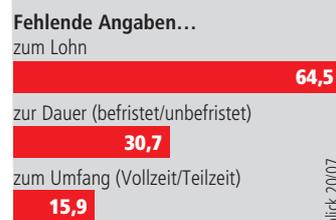
So bietet der Online-Stellenmarkt zwar immer mehr Jobs – viele Ausschreibungen enthalten aber nicht mal elementare Angaben zu Lohn, Dauer oder Umfang des Arbeitsverhältnisses. Zwei Drittel der Anbieter sagen nichts über das konkrete Gehalt aus, und ein Drittel lässt offen, ob die Stelle befristet oder unbefristet ist.

Die Studie macht außerdem erstmals in Zahlen sichtbar, dass kommerzielle Arbeitsvermittler sowie Verleihunternehmen eine wesentliche Rolle auf dem „virtuellen Arbeitsmarkt“ der BA spielen. 64,5 Prozent aller Angebote – also rund zwei Drittel – stammen von diesen Anbietern, nur ein Drittel wird direkt vom Arbeitgeber oder von der BA eingestellt. Besonders auffällig: Speziell bei Einträgen privater Vermittler wird häufig weder klar, wer der tatsächliche Arbeit-

geber ist, noch machen die Vermittler aussagekräftige Angaben zu ihrer eigenen Tätigkeit. „Die Arbeitssuchenden sind also darauf angewiesen, sich bei einem völlig anonymen Arbeitgeber zu bewerben“, kritisiert Wilhelm Adamy,

### Transparenz fehlt

Anteil der unvollständigen Stellenangebote in der BA-Jobbörse (in Prozent)\*



\*Elf untersuchte Berufsfelder in den Regionen Berlin, Bochum und Stuttgart

Quelle: DGB, Bereich Arbeitsmarktpolitik

© DGB einblick 2007

### Arbeitssuchende erfahren bei Stellenangeboten in der Jobbörse oft wenig über die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses.

Bereichsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Und noch ein Problem wird durch die massive Präsenz privater Vermittler forciert: Der Missbrauch der so genannten „Vermittlungsgutscheine“. Haben Arbeitslose von der BA einen solchen Gutschein erhalten, kann sich der private Vermittler nach erfolgreicher Vermittlung in längerfristige und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zu 2000 Euro auszahlen lassen. Das Modell soll die Nachhaltigkeit der Arbeitsmarkteffekte durch private Vermittlung stärken. Der DGB stellte bei den Recherchen zur Studie jetzt aber fest: Viele Vermittler fordern Arbeitslose in ihren Stellenangeboten auf, sich erst einen Ver-

mittlungsgutschein zu besorgen, bevor sie eine Bewerbung einreichen. Damit ist auch in der Online-Jobbörse angekommen, was der Bundesrechnungshof bereits 2003 bemängelte: Die Behörde ermittelte bei fast jedem dritten Fall entsprechende Mitnahmeeffekte.

Angesichts der wachsenden Zahl von Vermittlern und „Verleihern“ – auch in der Jobbörse – drängt der DGB deshalb bei der BA auf detailliertere Daten darüber, wie groß die Eingliederungserfolge im privaten Vermittlungsbereich tatsächlich sind. Und auch die Kombination der beiden „neuen“ Arbeitsmarktakteure macht dem Gewerkschaftsbund Sorgen: Es habe in machen Fällen den Anschein, dass manche Arbeitsvermittler „nur als ‚Durchlauferhitzer‘ für Verleihbetriebe“ fungieren, so Adamy. Deshalb dürfe die Gutscheinregelung bei der Vermittlung in ein Verleihunternehmen nicht mehr greifen.

Nicht zuletzt fordert der DGB als Konsequenz aus der Studie auch, verbindliche Mindestarbeitsbedingungen transparent und überprüfbar in das Jobbörsen-Angebot zu integrieren. Eine Forderung, der die BA aufgeschlossen gegenüber steht. Die Nutzungsbedingungen der Jobbörse verbieten bereits Einträge, die gegen gültige Rechtsvorschriften verstoßen – also etwa gegen Tarifverträge, die für allgemein verbindlich erklärt wurden. Und im Oktober hat der Verwaltungsrat beschlossen, die „Eingabemaske“ für Stellenangebote bei der Jobbörse um Eingabefelder für die jeweils gültigen Tarifverträge oder allgemein verbindliche Mindestarbeitsbedingungen zu erweitern. •

## Jobsuche online

Immerhin 14 Prozent aller neu besetzten Stellen wurden 2006 über das Internet vermittelt. Und rund 15 Prozent aller bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen landen über die Online-Jobbörse im Stellenpool der BA.

Der Bereich Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstands hat sich deshalb die Online-Angebote genauer angesehen: Für die Studie „Untersuchung der Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit“ wurden die Online-Stellenanzeigen zu elf Berufsfeldern in den Regionen Berlin, Bochum und Stuttgart untersucht.

Dabei hat der DGB neben qualitativen Mängeln der Angebote auch Verstöße gegen Rechtsvorschriften oder die Nutzungsbedingungen der Jobbörse entdeckt: von Überschreitungen der vorgeschriebenen Arbeitszeiten bis zu Stellenbeschreibungen, die nicht der angegebenen Berufsbezeichnung entsprachen.

Nur 23 Prozent der Anbieter gaben an, nach Tarif zu bezahlen. Auffällig: Je niedriger der Tariflohn, desto häufiger wurde auf die tarifliche Entlohnung hingewiesen.



Im Internet

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Die Studie zum Download

Workshop

## Soziale Verantwortung

Corporate Social Responsibility (CSR) – gesellschaftlich verantwortliches Handeln von Unternehmen – wird zunehmend zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Die im Jahr 2000 neu verfassten „OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen“ sind eine von mehreren internationalen Initiativen, die den CSR-Gedanken stärken sollen. Auch auf betrieblicher Ebene spielen sie eine immer größere Rolle. Das DGB-Bildungswerk lädt deshalb am 19. und 20. November zum Workshop „Betriebliche Interessenvertretung und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen“ nach Berlin ein. GewerkschafterInnen und Betriebsräten soll dort vermittelt werden, wie sie sich für die Übernahme entsprechender Standards in Unternehmen und

Betrieben engagieren können. Die Kosten für den Workshop betragen 400 Euro. •

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Otto-Brenner-Stiftung

## Tradition und Moderne

Die Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall am 5. und 6. Dezember in Hannover steht im Zeichen des hundertsten Geburtstags von Otto Brenner. Das Jubiläum soll zum Anlass genommen werden, mit den TeilnehmerInnen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften eine kritische Bilanz der „Gewerkschaften zwischen Tradition und Moderne“ zu versuchen. Auch in diesem Jahr wird im Rahmen der Tagung der „Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ vergeben. Anmeldeschluss für die Jahrestagung ist der 15. November. •

Tel. 069 / 66 93 25 26, [obs@igmetall.de](mailto:obs@igmetall.de)

Neuer Newsletter

## Vereinbarkeit

Die erste Ausgabe des Newsletters zum DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist erschienen. Er informiert auf sechs Seiten über Aktuelles rund um die Projektarbeit: mit einer Projektpräsentation, Meldungen aus den Gewerkschaften zum Thema Vereinbarkeit, Veranstaltungshinweisen und zahlreichen Terminen. Der Newsletter erscheint alle zwei Monate und richtet sich vor allem an BildungsreferentInnen, Betriebs- und Personalräte sowie alle familienpolitisch interessierten GewerkschafterInnen. •

Bestellung: [sabine.westphal@dgb.de](mailto:sabine.westphal@dgb.de)

Neuerscheinung

## Gute Arbeit

Das IG Metall-Projekt „Gute Arbeit“ hat ein Handbuch herausgegeben, das ausführlich alle Aspekte des Themas darstellt: Was gehört zu guter Arbeit? Wie lässt sie sich im Betrieb durchsetzen? Welche Instrumente und Beispiele guter Praxis gibt es bereits? Auf diese und andere Fragen liefert der Band Antworten. •

IG Metall Projekt Gute Arbeit (Hrsg.)  
Handbuch „Gute Arbeit“  
VSA-Verlag, Hamburg 2007, 352 Seiten  
(inkl. CD), 19,80 Euro

Infoblatt

## Unter Kontrolle

Der „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs“ (FoeBuD) ruft zum Engagement gegen das geplante Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung auf, das vorsieht, sämtliche Telekommunikations-Verbin-

dungsdaten sechs Monate speichern zu lassen. Der Verein, der jährlich die „Big Brother Awards“ vergibt, empfiehlt, sich an Aktionen von Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherverbänden zu beteiligen – und sich der Sammel-Verfassungsbeschwerde anzuschließen. •

[www.foebud.org](http://www.foebud.org)

GEW-Fachtagung

## FrauenStärken

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lädt zu ihrer dritten Fachtagung „FrauenStärken im Schulbereich“ am 23. und 24. November nach Berlin ein. Mit dem diesjährigen Programm setzt die GEW neue Schwerpunkte: Den Erfahrungen der Teilnehmerinnen bei Personalangelegenheiten und der Personalpolitik im Schulbereich soll mehr Raum gegeben, die gegenseitige Vernetzung erleichtert werden. Außerdem wird über die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Gleichstellungspolitik und die Beratungspraxis der gleichstellungsorientierten Personalpolitik im Schulbereich informiert. •

Infos und Anmeldung:  
Silvia Weil, GEW-Hauptvorstand  
Tel. 069 / 789 73 - 304  
Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt/IM.

Mitarbeiterbeteiligung

## Modellvielfalt

Arbeitnehmerbeteiligung ist in vielen Industrieländern üblich. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat unlängst eine Expertise über Mitarbeiterbeteiligung in den europäischen Industrieländern sowie in USA und Japan veröffentlicht. Ergebnis: In Deutschland nimmt sie einen mittleren Platz ein, in den USA, Großbritannien und Frankreich ist sie weiter verbreitet. •

Peter Volz, Mitarbeiterbeteiligung in Europa, Japan und den USA,  
Schriftenreihe WISO-Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung, [www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)

## interregio

••• **ver.di Berlin-Brandenburg** hat in Kooperation mit der polnischen Solidarność und der tschechischen Verkehrsgewerkschaft OSD eine gemeinsame Infor-



mations-Homepage für grenzüberschreitend arbeitende Beschäftigte im Verkehrssektor gestartet.

Die Website bietet einen vergleichenden Überblick zu den Arbeits- und Einkommensbedingungen der Branche in Polen, Tschechien und Deutschland. Die Informationen sind in den drei Landessprachen und in Englisch abrufbar.

[www.transport-workers.net](http://www.transport-workers.net)

••• **DGB und GEW Nordrhein-Westfalen** haben von der Lan-

desregierung „**energischere Maßnahmen**“ gegen die „Bildungsmisere“ in NRW gefordert. Der Anlass: Auf der Tagung „Anspruch und Wirklichkeit der NRW Bildungspolitik“ hatten die Gewerkschaften am 30. Oktober mit WissenschaftlerInnen und den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien eine Zwischenbilanz des „Bochumer Memorandums“ gezogen. Das Memorandum – vor zweieinhalb Jahren auf Initiative der Gewerkschaften verfasst – hatte zum Ziel, Nordrhein-Westfalen innerhalb von fünf Jahren auf den OECD-Durchschnitt der PISA-Untersuchungen zu bringen. Stattdessen werde das Bundesland bis 2010 weit hinter das „internationale Bildungsniveau zurückfallen“, so eine anlässlich der Tagung vorgestellte Studie der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm und Rainer Block.

[www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Kampagne für saubere Kleidung

## All' die Textilschnäppchen

Nach der Tchibo-, Lidl- und adidas-Kampagne von der Clean-Clothes-Campaign (CCC), von ver.di und attac soll es nun dem Discounter Aldi „an die Wäsche“ gehen.

Erstmals sind das „Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene“ und der „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“ Zulieferern des Discounters Aldi in China und Indonesien auf die Spur gekommen. Chinesische und indonesische ArbeiterInnen produzieren unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen Textil- und Bekleidungsartikel für Aldi.

Elf Stunden Arbeit pro Tag, maximal vier freie Tage im Monat für nicht mal die Hälfte des chinesischen Mindestlohns, das ist bittere Realität in den chinesischen Textilunternehmen, die für Aldi produzieren. Gesundheits- und Sicherheitsstandards werden vernachlässigt, Gewerkschaften unterdrückt und Arbeitsrechte verletzt, Kinder- und Zwangsarbeit sind Alltag.

So müssen die ArbeiterInnen quasi Geld mitbringen, um arbeiten zu dürfen: Im ersten Monat sollen sie ohne Lohn arbeiten, „um ihre Anbindung an den Arbeitgeber zu fördern“, so die Studie des Südwind-Institutes. Auch die Beschäftigten in den indonesischen Textilfabriken haben kaum bessere Arbeitsbedingungen.

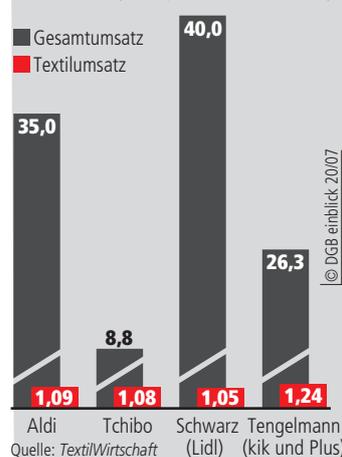
Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ will nun wie bereits bei adidas, Tchibo oder Lidl der Aldi-Gruppe Druck machen. Schrittweise soll Öffentlichkeit nicht nur über die Arbeitsbedingungen bei Aldi hierzulande – Aldi Süd verhindert nach wie vor die Gründung von

Betriebsräten – sondern auch über die Arbeitsrealität bei den Zulieferern in Fernost hergestellt werden.

Der öffentliche Druck auf die Aldi-Gruppe soll so lange erhöht werden, bis sie zu einer Selbstverpflichtung zur globalen sozialen Verantwortung mit entsprechenden

### Textilmarkt hart umkämpft

Textil- und Gesamtumsätze von Discountern (2005, in Milliarden Euro)



**Die Konkurrenz unter Deutschlands Discountern hat sich in den vergangenen Jahren verschärft; im Textilgeschäft liegen fast alle gleichauf. Dabei gelang den Discountern sogar der Einstieg in die Top-Ten der Textileinzelhändler in Deutschland. 2005 belegte die Aldi-Gruppe Platz 8, Tchibo und Lidl folgen gleich dahinter.**

unabhängigen Kontrollmechanismen bereit ist.

### Die Ziele der Kampagne:

■ Der Katalog „sauberer Arbeitsbedingungen“ in der Aldi-Zuliefererkette soll mindestens die ILO-Kernarbeitsnormen beinhalten. Dazu gehören das Verbot von Zwangsarbeit, Diskriminierung

und Kinderarbeit, das Recht auf Kollektivverträge, die Vereinigungsfreiheit, existenzsichernde Löhne, Sicherheit- und Gesundheitsstandards.

■ Die Aldi-Gruppe übernimmt die Verantwortung für die Arbeitsnormen bei den Zulieferern und schiebt sie nicht auf hiesige Zwischenhändler ab.

■ Unabhängige Kontrollen sollen unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Beschäftigten für die Einhaltung der Normen sorgen.

■ Kontinuierliche Berichterstattung über die Ergebnisse der Überprüfungen soll Transparenz bringen.

■ Die Einhaltung der Arbeitsnormen wird in der gesamten Zulieferkette überprüft, also bei direkten wie bei indirekten Zulieferern.

Ver.di-Vize Margret Mönig-Raane unterstützt das Südwind-Konzept, mit einer unternehmensbezogenen Kampagne Druck auszuüben: „Ziel der Kampagne muss es sein, dass Aldi sich verbindlich auf einen Verhaltenskodex festlegt, menschenwürdige Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferfabriken zu verlangen. Angesichts der Einkaufsmacht kann Aldi spürbaren Einfluss ausüben.“

Langfristig wollen die Initiatoren bindende gesetzliche Regelungen: Unternehmen sollen überprüfbare Informationen veröffentlichen, die belegen, dass Menschenrechte, soziale und ökologische Normen entlang der Wertschöpfungskette respektiert werden. Unternehmen, die dagegen verstoßen, sollen mit Sanktionen belegt werden. CorA, das Netzwerk für Unternehmensverantwortung, an dem Gewerkschaften und auch die Kampagne für Saubere Kleidung beteiligt sind, fasst zusammen: „Unternehmen, ihre Vorstände und ihre leitenden Manager sollen für Pflichtverletzungen – auch im Ausland – haften und sind gegenüber den Opfern zu Schadensersatz verpflichtet. Die Staaten müssen leistungsfähige Strukturen schaffen, um Unternehmen grenzüberschreitend zu kontrollieren und Sanktionen durchsetzen zu können.“ ●

## Politik mit dem Einkaufskorb

Die deutsche „Kampagne für saubere Kleidung“ ist Teil der Anfang der 1990er Jahre in den Niederlanden begründeten „Clean Clothes Campaign“. Um menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit zu erreichen, engagieren sich Gewerkschaften – etwa die IG Metall, ver.di oder das DGB-Bildungswerk – gemeinsam mit FrauenrechtlerInnen, kirchlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen aus dem developmentspolitischen Spektrum. Auf nationaler und internationaler Ebene wird regelmäßig über Verstöße der Unternehmen informiert. Die Kampagne arbeitet intensiv mit Organisationen vor Ort in Fernost zusammen, um die Interessen der betroffenen Textil- und BekleidungsarbeiterInnen in den Mittelpunkt der Aktivitäten zu rücken.

KonsumentInnen in Europa werden über die unsauberen Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsproduktion informiert. Das Ziel: Über eine Politik mit dem Einkaufskorb soll der Handel bewegt werden, die „Sozialcharta für den Handel mit Kleidung“ zu unterzeichnen, die sich auf die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO stützt.

[www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)  
[www.sauberekleidung.de](http://www.sauberekleidung.de)  
[www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de)



### Die Studie.

Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene (Hg.), Ingeborg Wick: **All die Textilschnäppchen – nur recht und billig?** Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien. Aktionsvorschläge für VerbraucherInnen und GewerkschafterInnen, Siegburg 2007. Download: [http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere\\_dl.pdf](http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere_dl.pdf)

## kurz & bündig



**Die NGG und der Bundesverband Systemgastronomie (u.a.**

**McDonald's, Burger King) haben Tarifierhöhungen in den nächsten drei Jahren um bis zu 17,8 Prozent vereinbart. Für beide Verbände markiert der Tarifabschluss „einen Neubeginn der Zusammenarbeit“. Der vorhergehende Tarifvertrag wurde bereits 2001 gekündigt.**



**Das neue Fahrerhandbuch von ver.di mit Jahreskalender 2008**

**für Berufskraftfahrer ist erschienen. Es fasst Sozialvorschriften, Infos zu Aus- und Weiterbildung sowie wichtige Kontaktadressen zusammen. Das Handbuch ist kostenlos bei den ver.di-Landesbezirken erhältlich.**



**Die GdP hat anlässlich der Debatte um ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen erklärt, dies könne nur „eine Übergangslösung“ zu einem bundesweiten „intelligenten Geschwindigkeitsmanagement“ sein. Ein generelles Tempolimit sei nicht zeitgemäß.**



**IG BCE-Vize Ulrich Freese hat dazu aufgerufen, mehr**

**Betriebsvereinbarungen über „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abzuschließen. Im Arbeitsalltag sei das Verhältnis zwischen Deutschen und MigrantInnen von „Kollektialität und Achtung des Anderen“ geprägt, dennoch bestünden Defizite – etwa bei der Qualifizierung ausländischer Beschäftigter.**

## Umfrage

### Nachhaltigkeit in der Stadt

Der Bereich Struktur- und Regionalpolitik beim DGB-Bundesvorstand nutzt im Rahmen einer Umfrage unter den DGB-Regionsvorsitzenden die Mafo-Toolbox aus dem Trendwende-Projekt „Potenzialanalyse“. Die Toolbox ist als „empirischer Werkzeugkoffer“ entwickelt worden, um mit Methoden der Markt- und Zielgruppenforschung gewerkschaftliche Angebote effektiver auf Mitglieder und die Mitglie-

derwerbung abzustimmen (einblick 15/07).

Der Bereich Struktur- und Regionalpolitik will mit der Umfrage die inhaltliche Ausrichtung eines künftigen Schwerpunktthemas („Nachhaltige Stadtentwicklung“) vorbereiten. Das Ziel: Herausfinden, in welchen Bereichen sich der DGB vor Ort bereits engagiert und wo eine Vernetzung oder unterstützende Angebote sinnvoll sind – vom Mobilitätsmanagement über eine soziale Ausrichtung des Städtebaus bis hin zur Entwicklung von Alternativkonzepten gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. •

## DGB Rechtsschutz

### Umzug nach Frankfurt

Die Hauptverwaltung der DGB Rechtsschutz GmbH wird im kommenden Jahr von Düsseldorf nach Frankfurt/M. umziehen. Das hat der Aufsichtsrat beschlossen. Durch den Standortwechsel soll die Kooperation der DGB Rechtsschutz GmbH mit den Gewerkschaften verstärkt werden. In Frankfurt/M. haben vier der acht DGB-Gewerkschaften ihren Sitz (IG Metall, IG BAU, TRANSNET und GEW). •

## Fragen an



**Die „Initiative Trendwende“ rechnet sich – auch finanziell. Dank des Trendwende-Projektes „Kommunikationsplattform“ sparen die Gewerkschaften in den nächsten drei Jahren mehrere Millionen Euro ein. Ab 2008 vernetzen sich DGB und Gewerkschaften bundesweit. Die Einigung auf einen gemeinsamen Netzanbieter reduziert nicht nur Kosten, sondern bringt auch mehr Qualität. Wie das geht, erklärt Dietmar Hexel, 57, DGB-Vorstandsmitglied und mitverantwortlich für das Projekt.**

■ Welche Ziele verfolgt das Projekt „Kommunikationsplattform“?

■ Der DGB, alle acht Gewerkschaften und der DGB-Rechtsschutz sind überzeugt, dass sie mittelfristig in einem gemeinsamen EDV-Netz arbeiten können. Dabei geht es uns zum einen um Kostenreduzierung. Das gelingt uns allein schon dadurch, dass wir gemeinsam mehr Einkaufsmacht haben als die einzelnen Organisationen allein. Wir wollen aber auch mehr Qualität. Die erreichen wir zum Beispiel dadurch, dass jede Organisation ihre spezifischen Stärken in die gemeinsame neu geschaffene Kommunikationsplattform einbringt.

■ Was hat das Projekt bisher erreicht?

■ Es ist uns gelungen, uns auf einen gemeinsamen Netzanbieter zu einigen. Gerade haben wir den Vertrag unterschrieben. Ab 2008 beginnen wir mit dem Aufbau des DGB-Netzes, einer der größten IT-basierten Arbeits- und Kommunikationsgemeinschaften bundesweit. Fünf Gewerkschaften werden ab 1. Januar bereits zu neuen Konditionen zusammenarbeiten. Die anderen fünf Vertragspartner kommen nach und nach in den nächsten 36 Monaten hinzu. Für die Zukunft heißt das: Wir werden nicht nur in Millionenhöhe Kosten einsparen, sondern bekommen auch einen gemeinsamen technischen Standard, ohne dass die einzelnen Organisationen in ihrer Autonomie eingeschränkt werden.

■ Die EDV aller Gewerkschaften zu vernetzen, ist mit Sicherheit kein einfacher Prozess.

■ Klar. Natürlich hält zunächst jeder das, was er hat, für das Beste. Wir haben aber in der Projektgruppe gelernt, dass wir gemeinsam ein neues Produkt entwickeln können, auf das wir alle stolz sein können. Die Kunst bei gemeinsamen Projekten ist, dass der Beitrag jedes Einzelnen sichtbar bleibt. Das ist uns gelungen. Alle Projektbeteiligten wissen, was sie zum Gelingen beigetragen haben. Jeder hat genug Selbstbewusstsein, um sein Know-how einzubringen und das Ganze weiterzuentwickeln. Keiner ist mehr auf sich allein gestellt, schließlich wissen neun Leute einfach mehr als ein einzelner IT-Leiter.

■ Wieviel spart ihr mit dem gemeinsamen Netzbetreiber ein?

■ Die Gewerkschaften werden in den nächsten Jahren mehrere Millionen Euro einsparen. Wir gewinnen also Spielraum für Investitionen in weitere technologische Innovationen im Bereich IT. Ich rechne außerdem damit, dass wir im nächsten Jahr weitere Einsparmöglichkeiten auf tun. Es hat zwölf Jahre gedauert, bis die DGB-Gewerkschaften sich auf ein gemeinsames Aufnahmeformular geeinigt hatten. Um die Grundlagen eines gemeinsamen Netzes zu entwickeln, haben wir dagegen nur zweieinhalb Jahre gebraucht. Wir sind also deutlich schneller geworden – und das bei einem viel komplexeren Thema.

Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute

## Zu viel altes Denken

„Neue Besen kehren gut“ – so lautet das Fazit der meisten Journalisten zum erstmals in neuer Zusammensetzung erarbeiteten Herbstgutachten der Forschungsinstitute. Beteiligt an dem Gutachten war auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). IMK-Direktor Gustav Horn bewertet den gestiegenen Einfluss der Gewerkschaften auf das Gutachten positiv, teilt aber nicht alle darin enthaltenen Empfehlungen.

Die Mitte Oktober veröffentlichte Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute ist der **Beginn einer neuen Ära** in der über 50-jährigen Geschichte der Prognosen der führenden Forschungsinstitute. Erstmals hatte der Auftraggeber, das Bundeswirtschaftsministerium, das Gutachten europaweit ausgeschrieben. Ausgewählt wurde auch ein Konsortium, an dem das IMK und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung als Kooperationspartner des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle beteiligt sind.

Positiv zu bewerten ist, dass die Prognose insgesamt den wahrlich nicht geringen ökonomischen Risiken angemessen Rechnung trägt. Im Gutachten werden mit Hilfe von Modellrechnungen die Auswirkungen verschiedener Szenarien analysiert. Zum Beispiel die Risiken, die von einer verschärften Abwertung des Dollars, von einem deutlich höheren Ölpreis und von stark fallenden Aktienkursen auf das Wachstum ausgehen können. Dabei zeigt sich, dass das Wachstum leicht um ein Prozent niedriger ausfallen kann, wenn die Risiken Realität werden sollten. Dieses Warnsignal kann für die Politik hilfreich sein, denn es bedeutet, dass die Bundesregierung gut beraten ist, **Vorsorge für eine möglicherweise deutlich schwächere Konjunktur zu treffen**. Ohnehin werden die Aussichten für das kommende Jahr im Gutachten eher verhalten beurteilt, wie schon dessen Titel „Aufschwung macht Pause“ verrät.

Trotz der merklich schwächeren Konjunktur wird sich, so das Gutachten, die Beschäftigung im kommenden Jahr sehr positiv entwickeln. Hierin liegt **eine Schwachstelle der Prognose**. Denn sollte der Aufschwung so stark wie vorhergesagt an Kraft verlieren, ist es unwahrscheinlich, dass die Unternehmen im kommenden Jahr tatsächlich so viele MitarbeiterInnen einstellen, wie im Gutachten unterstellt. Zweifel an der positiven Vorhersage sind zudem wegen der schon jetzt im Vergleich zum Vorjahr merklich gedämpften Wirtschaftsdynamik angebracht.

Problematischer als diese Kritik im Detail ist der überwiegende Teil der aus der Prognose abgeleiteten wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Die Aussagen zum Arbeitsmarkt **sind sogar ein Ärgernis**. Hier wird nahezu ungebrochen die Linie der Vergangenheit fortgesetzt, den Arbeitsmarkt allein von der Angebotsseite her zu interpretieren



**Prof. Dr. Gustav Horn, 53, ist seit Januar 2005 wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Seit August 2007 lehrt er Volkswirtschaftslehre am Institut für Internationales Management der Universität Flensburg.**

und theoretische wie empirische Gegenargumente gar nicht erst zuzulassen. Diese Grundannahme führt im Gutachten zu einer strikten Zurückweisung der Verlängerung des ALG I und zu einer – etwas moderater formulierten – Ablehnung von Mindestlöhnen.

**Das ist altes Denken.** In Zukunft muss die Gemeinschaftsdiagnose bei kontrovers diskutierten Themen wesentlich offener vorgehen und zu stärker abgewogenen Schlussfolgerungen kommen. Die Empfehlungen an die Politik müssten nicht einmal einheitlich sein. Entsprechende Vorschläge des Konsortiums um das IMK sind bei der Entwicklung der ersten Gemeinschaftsprognose von den anderen beteiligten Wirtschaftsforschungsinstituten aber leider **brüsk zurückgewiesen worden**. Auch, weil die Mehrheit der anderen Institute aus den vergangenen Jahren eine kontroverse Diskussion nicht mehr gewöhnt war. Als Konsequenz hat sich die Arbeitsgruppe um das IMK von den Vorschlägen zur Arbeitsmarktpolitik pauschal distanziert. Manchen mag der moderate Ton der Ablehnung irritiert haben. Sie wäre sicher auch härter erfolgt, wenn das IMK die Stellungnahme alleine geschrieben hätte. Aber in einem heterogenen Konsortium war dies schlicht nicht möglich.

Man sieht, es bleibt noch viel zu tun. Aber die Beteiligung des IMK an der Gemeinschaftsdiagnose eröffnet auch hinreichend Möglichkeiten, wirtschaftspolitische Debatten in Deutschland zu beeinflussen. ●

## Umstrittene Empfehlung

*Während in der Politik längst die Zweifel wachsen, ob die Hartz-Reformen tatsächlich dem Arbeitsmarkt dienen, und sich selbst in der Union erste Forderungen nach einer Kurskorrektur breit machen, empfehlen die führenden Wirtschaftsforscher das exakte Gegenteil: „Forschungsinstitute warnen vor Reform-Rückzieher“ titelte die Frankfurter Allgemeine, „Forscher vorbeugen sich vor Hartz“ die Frankfurter Rundschau.*

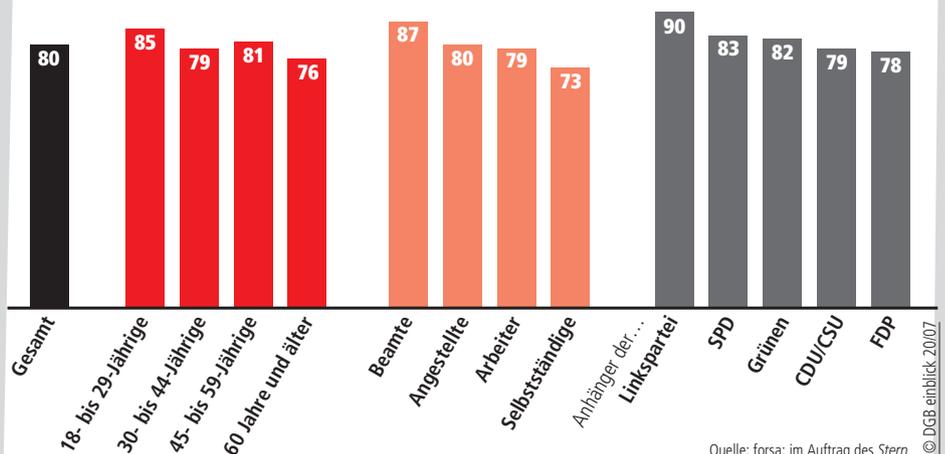
*Kein Wunder, denn die Institute fordern, „die Arbeitsanreize zu stärken“ und „die Lohnkosten insbesondere für Niedrigqualifizierte weiter zu reduzieren“.*

*Der DGB hat diese Forderung massiv kritisiert. Dass die Mehrheit der Gutachter vor Korrekturen an den Arbeitsmarktreformen warnt, „geht völlig an den Realitäten vorbei: Hartz IV hat mit dem laufenden Aufschwung so viel zu tun, wie die Zahl der Störche mit der Geburtenhäufigkeit“, erklärte DGB-Vorstand Claus Matecki. Der vermeintliche Agenda-Aufschwung sei „eindeutig beschäftigungsärmer“ als der letzte Aufschwung. „Für Arbeitslose ist es heute schwieriger, einen Job zu ergattern“, erklärte Matecki. Die Folge: „Der Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung ist gesunken.“*

### UMFRAGE ZU GEWERKSCHAFTEN: Größter Rückhalt bei Jüngeren

**Vier von fünf Deutschen meinen, dass die Gewerkschaften als Interessenvertreter von Beschäftigten auch heute noch gebraucht werden. Das zeigt eine aktuelle forsa-Umfrage für das Magazin „stern“. Den höchsten Wert aller Altersgruppen gibt es bei den 18- bis 29-Jährigen (85 Prozent). Und sogar drei Viertel der Selbstständigen halten Gewerkschaften für notwendig. Die Zustimmung in der Gesamtbevölkerung hält sich konstant auf hohem Niveau – schon 2001 lag sie bei 80 Prozent.**

Anteil der Bundesbürger, die der Meinung sind, dass „wir auch heute noch Gewerkschaften als Interessenvertreter von Arbeitnehmern brauchen“ (in Prozent)



### personalien

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat am 6. November als Nachfolger von **Jürgen Peters**, 63, den bisherigen Zweiten Vorsitzenden **Berthold Huber**, 57, zum IG Metall-Vorsitzenden gewählt. Neuer Zweiter Vorsitzender wurde der nordrhein-westfälische Bezirksleiter **Detlef Wetzel**, 54. Hauptkassierer **Bertin Eichler**, 55, und die bisherigen Vorstandsmitglieder **Regina Görner**, 57, und **Wolfgang Rhode**, 56, wurden bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurden **Hans-Jürgen Urban**, 46, bislang Leiter des Funktionsbereichs Grundsatz, Gesellschaftspolitik und strategische Planung, und die Hannoveraner Bezirkssekretärin **Helga Schwit-**

**zer**, 56. **Kirsten Rölke**, 58, und **Wolf-Jürgen Röder**, 60, haben nicht mehr kandidiert.

••• **Birgitt Beier**, 47, 1990 bis 1994 Beschäftigte der ÖTV-Bildungsstätte Buntes Haus in Bielefeld, 1995 bis 1996 Weiterbildung zur Europäischen Handelsassistentin und seither Mitarbeiterin der Bundesknappschaft in Bochum, ist vom Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand als stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzende in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen worden. Die Wahl findet am 23. November auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz statt. Beier, die seit 2003 stellvertretende NRW-Landesvorsitzende der Frauen in der CDA ist, soll **Elke Hannack**, 46,

folgen, die Anfang Oktober in den ver.di-Bundesvorstand gewählt worden ist.

••• DGB-Vorstandsmitglied **Dietmar Hexel**, 57, ist am 26. Oktober vom SPD-Parteitag als Vertreter der Gewerkschaften in den SPD-Vorstand gewählt worden. Beisitzer im SPD-Vorstand wurden zudem **Thomas Schlenz**, 50, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der ThyssenKrupp AG, sowie die ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ursula Engelen-Kefer**, 64.

••• **Christian Beck**, 22, Kaufmann für Wohnungswirtschaft und seit 2005 Mitglied des Bundesjugendvorstands der IG BAU, ist seit dem 1. Oktober Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft.

### 14 TAGE

**12.11.** DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Europäisches Jahr der Chancengleichheit. Resümee und Ausblick“, Berlin

**13./14.11.** DGB, „10 Jahre Schöneberger Forum – Impulse für ein zukunftsfähiges Dienstrecht“, Berlin

**16.11.** DGB Nord und Bündnis 90/Grüne, Konferenz „Klimaschutz und Arbeitsplätze“, Kiel

**16.11.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Arbeit unter Marktdruck“, München

**22.11.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Sozialpolitische Herausforderungen in der Alterssicherung gestalten“, Berlin

**24.11.** DGB Hessen, Hessisches Sozialforum „Ein besseres Hessen ist möglich“, Wiesbaden

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

„Stöffsche wird Dummebeuteleien überleben“

Udo Bullmann (SPD), hessischer Abgeordneter im EU-Parlament, in einer Presseerklärung zu Plänen der EU-Kommission, den Begriff „Wein“ nur noch für Erzeugnisse aus hundert Prozent Rebensaft zuzulassen. Die Bezeichnung „Apfelwein“ (hessisch: Äppelwoi oder Stöffsche) wäre dann verboten.

**Klimagipfel in Bali**

## Eine „Road Map“ wäre schon viel

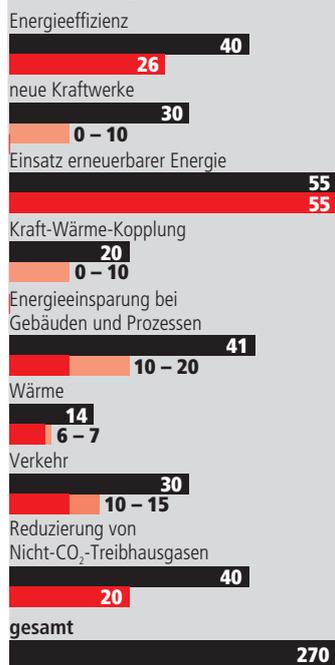
Wenn der Klimagasausstoß nicht gesenkt wird, droht ein dramatischer Anstieg der Erderwärmung. An dieser Erkenntnis führt seit dem Mitte November erschienenen Abschlussbericht des UN-Klimarates kein Weg vorbei. Die Erwartungen an den am 3. Dezember beginnenden Klimagipfel in Bali sind dennoch gering. Nach Einschätzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Regierungsvertreter in Bali wenigstens auf eine „Road Map“ verständigen würden: auf einen Fahrplan, um bis zum Klimagipfel 2009 in Kopenhagen zu verbindlichen Vereinbarungen zur Emissionsreduzierung zu kommen.

„Zum heutigen Zeitpunkt kann man nur spekulieren, ob es in Bali zu konkreten Verabredungen für ein Post-Kyoto-Protokoll kommt“, warnt Horst Heuter, Energieexperte des DGB und Gewerkschaftsbeobachter in Bali, vor all zu großen Erwartungen. Etliche Länder könnten versuchen, die Vereinbarung verbindlicher Ziele zu torpedieren. Dann würden die Vertreter der 130 teilnehmenden Staaten „lediglich

### Zielvorgabe verfehlt

Von der Bundesregierung angekündigte Maßnahmen zur Emissionsminderung und deren voraussichtliche Wirkung (in Millionen Tonnen/Jahr)

■ Ziel der Bundesregierung\*  
■ Wirkung der geplanten Maßnahmen\*\*



\* Regierungserklärung vom 26.04.2007  
\*\* auf der Basis der auf der Kabinettsklausur in Meseberg angekündigten Maßnahmen  
Quelle: Gutachten des Ingenieurbüros EUTECH im Auftrag von Greenpeace

© DGB einblick 21/07

**Die große Koalition will den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent reduzieren. Das entspricht einem Rückgang von 270 Millionen Tonnen pro Jahr. Die bislang von der Koalition geplanten Maßnahmen führen nach Berechnungen von Greenpeace aber nur zu einer Reduktion von maximal 160 Millionen Tonnen.**

darüber verhandeln, ob sie überhaupt über verbindliche Reduktionsziele verhandeln wollen“. Dabei drängt die Zeit. Denn die Folgen des ungebremsten Klimagasausstoßes werden „schlimmer sein als ein Science-Fiction-Film“, warnt UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon.

Ohne einschneidende Maßnahmen droht die weltweite Temperatur bis Ende dieses Jahrhunderts um bis zu 6,4 Grad zu steigen. Um die Erwärmung zumindest auf 2,4 Grad zu begrenzen, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Berechnungen des Weltklimarates bis 2050 um 50 bis 85 Prozent gesenkt werden. Gefordert sind vor allem die Industrieländer. „Sie verbrauchen weltweit drei Viertel der natürlichen Ressourcen. Schon deshalb stehen sie klimapolitisch in einer besonderen Verantwortung“, betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Ich erwarte deshalb von Bali ein belastungsfähiges Mandat, um dem Klimawandel endlich zu begegnen.“ Nach Meinung des DGB sind die Steigerung der Energieeffizienz und der industrielle Umbau in Richtung auf erneuerbare Energien die besten Mittel für globalen Klimaschutz und zugleich für mehr Arbeitsplätze. „Damit dies gelingt, müssen auch Manager und Unternehmer stärker in die Pflicht genommen werden“, fordert Hexel. ●

## plusminusBERLIN

**+** **Markus Kurth, sozialpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, hat das Argument widerlegt, dass eine sofortige Erhöhung des Kindergelds nicht finanzierbar ist: Der Bund gebe aufgrund der demografischen Entwicklung allein in diesem Jahr 700 Millionen weniger für Kindergeld aus als 2006.**

**-** **Otto Bernhardt, finanzpolitischer Sprecher der Union, hat gefordert, dass mittelständische Unternehmen auch dann steuerfrei vererbt werden können, wenn sie weniger als fünfzehn Jahre fortgeführt werden. Zur Finanzierung des Steuerfalls müssten allerdings die Freibeträge gesenkt werden.**

**Seite 3**

**Verarmungsrisiko**  
**Der DGB sieht bei der Arbeitslosenversicherung große Sicherungslücken. Selbst das Arbeitslosengeld I schützt immer seltener vor Armut**

**Seite 5**

**Neue Mitglieder im Fokus**  
**Die IG Metall stellt die Weichen für eine Mitglieder-offensive**

**Seite 7**

**Armut kein Aufreger mehr**  
**Die Deutschen haben sich zu sehr an die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gewöhnt, meint Dorothee Beck**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.de-ipcc.de](http://www.de-ipcc.de)  
**Deutsche Koordinierungsstelle des Klimarats der Vereinten Nationen (IPCC)**

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
**„Braune Jungs un Nazi-Deerns“, Dokumentation der DGB-Jugend Hamburg zur rechten Szene in der Hansestadt**

# BÖCKLER BOXEN

## Mit einem Klick ins Thema

### → Mitbestimmung

Aktuelles Wissen zu Betriebsräten und Aufsichtsräten in Deutschland und Europa.

### → Bildung

Deutschland 2007: Soziale Herkunft bestimmt Bildungschancen. Analysen und Reformvorschläge.

### → Prekäre Beschäftigung

Zu wenig Lohn, die Absicherung fehlt, Zukunft ungewiss...

Prekäre Jobs breiten sich aus.

Analysen und Reformvorschläge.

Weitere Boxen aktuell:

- Alterssicherung
- Armut
- Betriebliche Bündnisse
- Finanzmärkte
- Niedriglöhne/Mindestlöhne
- Kündigungsschutz
- Gender - Chancengleichheit
- Beruf und Familie

**Basisdaten, Forschungsergebnisse, Positionen und Praxisberichte. Glossare und Links.**



→ [www.boeckler-boxen.de](http://www.boeckler-boxen.de)

Hans Böckler  
Stiftung

großes  
Infografik-  
Archiv

Altersteilzeit

## Kampagne für neues Gesetz

Die IG Metall hat im Bezirk Niedersachsen/Sachsen-Anhalt eine Kampagne für ein neues Altersteilzeitgesetz gestartet. Zum Auftakt wirbt die Gewerkschaft in der Öffentlichkeit, bei der Politik und in Betrieben für ihr Anliegen. 200 000 Flugblätter wurden verteilt, Schreiben an die Bundestagsabgeordneten der beiden Länder fordern die PolitikerInnen auf, für ein neues Gesetz einzutreten, und das Konzept der Gewerkschaft wird in Belegschaftsversammlungen von Unternehmen im Organisationsbereich der IG Metall thematisiert.

Die Gewerkschaft schlägt vor, die Lasten eines neuen Altersteilzeitmodells gleichmäßig auf Arbeitgeber, Beschäftigte und die Bundesagentur für Arbeit zu verteilen. Gleichzeitig soll die Neuregelung sowohl älteren als auch jüngeren Beschäftigten und Auszubildenden zugute kommen: Die Beschäftigten nehmen gewisse Rentenabschläge

hin, die Arbeitgeber stocken Lohn oder Gehalt auf 82 Prozent des zuletzt gezahlten Nettoentgelts auf. Die Bundesagentur wiederum fördert die Neubesetzung des Arbeitsplatzes mit 20 Prozent. Voraussetzung soll aber sein, dass ein Auszubildender, ein unter 25-Jähriger oder ein über 50-Jähriger auf die Stelle nachrückt.

Die IG Metall hat sich bereits auf ihrem Gewerkschaftstag für ein neues Altersteilzeitgesetz stark gemacht und entsprechende Aktionen angekündigt. Ohne Nachfolgeregelung läuft die staatlich geförderte Altersteilzeit Ende 2009 aus.

Auch der DGB hat im September mit seinen „Vorschlägen zu einem flexiblen Übergang in die Rente“ ein Konzept zur staatlichen Altersteilzeitförderung vorgelegt. Das DGB-Modell legt – wie auch das IG Metall-Modell – als Förderkriterium fest, dass die freiverwendenden Stellen mit arbeitslosen unter 25-Jährigen, über 50-Jährigen oder Auszubildenden besetzt werden. •

Mehr zum Thema Altersteilzeit:  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

EGB-Petition

## Unterschriften überreicht

Über 500 000 Unterstützer konnte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) bisher für seine Petition für „hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle“ ([www.petitionpublicservice.eu](http://www.petitionpublicservice.eu)) gewinnen. Jetzt hat der EGB die gesammelten Unterschriften an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso überreicht und die Kommission aufgefordert, dem Willen der Unterzeichner mit einer Richtlinie Rechnung zu tragen. In einer ersten Reaktion hat die Kommission dieses Anliegen des EGB jedoch abgelehnt. Es sei „kurzsichtig, die wesentliche Rolle öffentlicher Dienstleistungen nicht anzuerkennen“, erklärte EGB-Generalsekretär

John Monks. Sie dürften nicht den Profitinteressen privater Investoren unterworfen werden. Die Kommission hingegen trete derzeit eher als Befürworter von mehr Liberalisierung und Privatisierung im öffentlichen Sektor in Erscheinung.

Prominente Unterstützung für die Ziele der EGB-Petition kam Mitte November von den Bürgermeistern aus zehn europäischen Hauptstädten – darunter Brüssel, Paris, London, Luxemburg, Amsterdam und Wien. Auf Initiative des Brüsseler Bürgermeisters Freddy Thielemans sprachen sie sich in einer Erklärung ebenfalls für eine europäische Gesetzgebung zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen aus.

Die EGB-Petition kann weiterhin online unterzeichnet werden. •

Der Link zur Petition:  
[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Arbeitslosenversicherung

### Verarmungsrisiko bei Alg I

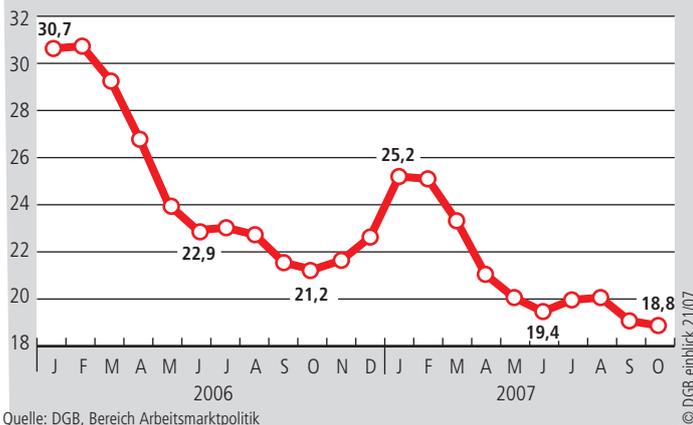
In Deutschland ist das Sicherungsniveau bei Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich gesunken. Selbst das Arbeitslosengeld I (Alg I) schützt immer seltener vor Armut. Der DGB sieht bei der Arbeitslosenversicherung große Sicherungslücken – und fordert weitere Nachbesserungen an den Hartz-Gesetzen.

Erneut ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland gestiegen. Im dritten Quartal 2007 waren es 1,6 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Der „Beschäftigungsaufbau“ habe sich damit aber „erneut leicht abgeschwächt“, resümiert das Statistische Bundesamt. Der „Boom“

Leistungen auskommen müssen. Doch selbst bei Alg I-BezieherInnen sieht der DGB inzwischen ein hohes Verarmungsrisiko. Berechnungen des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand zeigen: Bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Alg I-EmpfängerInnen er-

#### Drastischer Rückgang

Anteil der ALG I-EmpfängerInnen an allen Arbeitslosen (in Prozent)



Quelle: DGB, Bereich Arbeitsmarktpolitik

**Der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld I (Alg I) unter den registrierten Arbeitslosen ist seit Anfang 2006 kontinuierlich gesunken – abgesehen von einem zwischenzeitlichen Anstieg Ende letzten Jahres.**

auf dem deutschen Arbeitsmarkt halte an, meldeten hingegen verschiedene Medien. Fakt ist: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, die der Erwerbstätigen steigt.

Hinter den vordergründig positiven Zahlen verbergen sich allerdings einige negative Entwicklungen. So erhalten etwa immer weniger Arbeitslose Alg I. Ihre Zahl ist in den letzten zwei Jahren fast doppelt so stark gesunken wie die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Im Januar 2006 lag der Anteil der Alg I-EmpfängerInnen gemessen an allen Arbeitslosen noch bei über 30 Prozent, heute sind es unter 19 Prozent. Entsprechend steigt der Anteil der Erwerbslosen, die mit Alg II-

reichen die gezahlten Sätze nicht mehr das Existenzminimum, müssen also mit Hartz IV-Leistungen aufgestockt werden.

Im Oktober war laut DGB fast jeder zehnte (9,4 Prozent) Alg I-Empfänger „verarmt“ und musste sowohl Alg I als auch Alg II beziehen. Außerdem sinken die durchschnittlichen monatlichen Alg I-Zahlungen pro Empfänger. Waren es Ende letzten Jahres noch 768 Euro, lag der Durchschnitt im August 2007 bei nur noch 751 Euro. Das könne zwei Gründe haben, meint DGB-Arbeitsmarktpoliti-ker Wilhelm Adamy: Entweder sei das vormalige Lohnniveau der jetzt Arbeitslosen insgesamt gesunken, oder

besser Verdienende profitieren am Arbeitsmarkt eher vom derzeitigen Aufschwung als ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchende aus geringer bezahlten Berufsfeldern.

„In jedem Fall zeigen die Zahlen: Der Schutz der Arbeitslosenversicherung im Risikofall geht zurück“, so Adamy. Ein immer kleinerer Teil der BeitragszahlerInnen sei bei Arbeitslosigkeit gegen Armut abgesichert. Angesichts der niedrigen Quote der Alg I-EmpfängerInnen und der sinkenden durchschnittlichen Zahlungen hält der DGB weitere Korrekturen bei den Hartz-Gesetzen für dringend erforderlich.

Bisher hat der Bundestag Mitte November jedoch nur eine längere Zahlung von Alg I an ältere Arbeitslose beschlossen. Das Stufenmodell gilt für Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr. Die maximale Bezugsdauer erhöht sich auf 15 Monate für 50- bis 54-Jährige, auf 18 Monate für 55- bis 57-Jährige und auf 24 Monate für 58-Jährige und Ältere.

Der DGB hält diesen Beschluss für unzureichend. „Das ist nur ein erster Teilerfolg für die bessere Absicherung Älterer“, meint DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Von der jetzt beschlossenen Regelung würden „nur wenige Ältere profitieren“. Besonders kritisiert der DGB, dass die mögliche Verlängerung der Zahlungen auf 24 Monate mit dem 58. Lebensjahr viel zu spät einsetzt und damit die Gefahr von Frühverrentungen erhöht. Die „eigentlich erfreuliche Verlängerung“ des Alg I werde durch diese und andere bittere Pillen „ungenießbar für viele Betroffene“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Weiterer Kritikpunkt des DGB: Nicht wieder eingeführt wurde die „Erstattungspflicht“ – ein Instrument gegen Frühverrentung. Sie regelte, dass Unternehmen, die Ältere nach langjähriger Beschäftigung entlassen, der Bundesagentur für Arbeit das entsprechende Arbeitslosengeld erstatten müssen – war aber 2006 abgeschafft worden. ●

### Beitragsenkung hoch riskant

**Der Bundestag hat Mitte November nicht nur eine verlängerte Bezugsdauer des Alg I für Ältere beschlossen, sondern auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab dem kommenden Jahr von 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt.**

**DGB-Vorstand Annelie Buntenbach, die derzeit den Vorsitz im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) innehat, hält die Senkung für „längerfristig nicht finanzierbar“ und „hoch riskant“. Bereits im kommenden Jahr würde so ein Milliardendefizit entstehen, das nur aus den Rücklagen der letzten Jahre gedeckt werden könne.**

**Die Bundesregierung hat trotzdem bereits angekündigt, selbst bei einer Abschwächung der derzeit günstigen Konjunktur keine Bundeszuschüsse an die BA zahlen zu wollen. Angesichts dessen befürchtet Buntenbach: Bei einer konjunkturellen Eintrübung sind neuerliche Leistungskürzungen vorprogrammiert.**

**Auf Initiative des DGB sei es im BA-Haushalt für 2008 aber noch gelungen, die aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau zu stabilisieren, so Buntenbach.**

# Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme



Dr. Stefan Empter, Robert B. Vohrkamp (Hrsg.)

## Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme

Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung,  
Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung

2007, 308 Seiten, Broschur inkl. CD-ROM, € 35,-  
ISBN 3-89204-925-8

Der deutsche Sozialstaat wandelt sich seit Mitte der 90er Jahre von einem alimentierenden Wohlfahrtsstaat hin zu einem aktivierenden Teilhabestaat. Damit stellt sich gerade angesichts der aktuellen politischen Diskussion die Frage: Was ist soziale Gerechtigkeit?

Dieser Sammelband bietet eine erste Zwischenbilanz und Bestandsaufnahme dieser sozialstaatlichen Umbruchsituation. Dabei geht es zunächst um ein angemessenes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Neuere Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung werden in einem international vergleichenden Kontext diskutiert und bewertet. Hieraus lassen sich schließlich Elemente einer Strategie zur Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates in einen investiv orientierten Teilhabestaat ableiten. Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage zum Thema »Soziale Gerechtigkeit«, die auf einer CD beigefügt sind, verdeutlichen die Sichtweise der Politik.

| Verlag BertelsmannStiftung

Postfach 103, 33311 Gütersloh | ☎ 05241/80-40282 | 📠 05241/46970  
www.bertelsmann-stiftung.de/verlag | sabine.reimann@bertelsmann.de

einblick 21/07

# PROJEKTE

ver.di

## Tipps für Selbstständige

Zum zweiten bundesweiten Selbstständigentag lädt ver.di am 1. Dezember nach Köln ein. Zahlreiche Workshops thematisieren spezifische Anliegen und Probleme

von „Freien“ – von der Auftragsakquise bis zum Umgang mit Honorar-Dumping – und bieten Anregungen für die Bewältigung des Selbstständigen-Alltags. Einleitend gibt es eine Diskussion zum Thema „Aufschwung? Auch für Selbstständige?“. Veranstaltungsbeginn: 10 Uhr. ●

Anmeldung: <http://selbststaendige.verdi.de>



„Für den unbekanntesten Hund“, Nachfolger des ausgezeichneten Films „Oi!-Warning“, kommt am 6. Dezember in die Kinos. Der Film beschäftigt sich mit dem fast zwanghaften Abgleiten des Hauptdarstellers in extremste Gewaltformen und davon, wie er als wandernder Geselle eine neue Heimat findet.

Konferenz

## Sozialstandards unter Druck

Sowohl private Auftraggeber wie auch die öffentliche Hand wählen bei Ausschreibungen oft nicht das qualitativ beste, sondern das billigste Angebot. Dass gerade der Staat Sozialstandards einhalten sollte, ist Thema der Tarifpolitischen Konferenz des DGB Berlin-Brandenburg und der Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt an der Technischen Universität Berlin am 7. Dezember. Unter der Überschrift „Fair statt prekär!“ stellen sich PolitikerInnen wie Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (DIE LINKE) und Kajo Wasserhövel (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Debatte. Die Veranstaltung beginnt um 9.30 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin. ●  
[www.berlin-brandenburg.dgb.de](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de)

DGB-Bildungswerk

## Gesund bleiben

Zu einer Multiplikatorenkonferenz „Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der Baustelle – Gesund älter werden!“ lädt das DGB-Bildungswerk am 13. Dezember nach Heins-

berg am Niederrhein ein. Vertreter von Berufsgenossenschaften referieren über Weiterbildung im Bereich Arbeitsschutz und über Hilfen für die betriebliche Praxis. Die Bezirksregierung Köln stellt das Projekt „Stabila“ vor, das älteren Beschäftigten neue Perspektiven bietet. In Arbeitsgruppen versuchen die TeilnehmerInnen außerdem gemeinsam zu definieren, was „Gute Arbeit“ ausmacht. Die Teilnahmegebühr beträgt 110 Euro zuzüglich einer Tagungspauschale von 45 Euro. ●

Infos und Anmeldung:

[bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de](mailto:bianca.kruber@dgb-bildungswerk.de)  
Tel. 0211/43 01 380

interregio

●●● Der DGB Sachsen kritisiert die Investorenwerbung der landeseigenen „Wirtschaftsförderung Sachsen“. Die öffentliche Darstellung basiere auf falschen – und zu niedrigen – Zahlen zur Tarifbindung und zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Auch mit einer angeblich geringen Anzahl von Betriebsräten wird geworben. Offenbar sei für die Wirtschaftsförderung Sachsen ein „billiger Arbeitnehmer, der nicht den Mund aufmacht, das beste Argument“ zur Außendarstellung, kritisiert der DGB.

[www.dgb-sachsen.de](http://www.dgb-sachsen.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Mitgliederoffensive bei der IG Metall

## Neue Strukturen für neue Mitglieder

Die Mitgliedergewinnung soll in den kommenden Jahren Dreh- und Angelpunkt für die Arbeit der IG Metall werden. Der Gewerkschaftstag hat dafür Anfang November in Leipzig die Weichen gestellt.

542 Anträge und Entschließungen standen auf der Tagesordnung. Jeder fünfte beschäftigte sich mit der eigenen Organisation, mit der Mitgliedergewinnung und mit Gruppen, die in der IG Metall unterrepräsentiert sind.

Ein wichtiges Ergebnis: Für die Mitgliederentwicklung sollen Standards entwickelt werden, mit denen der Wandel in den Beschäftigtenstrukturen berücksichtigt wird. Denn „Mitgliederentwicklung ist ein Instrument zur Sicherstellung unserer Durchsetzungskraft“, heißt es im Entschließungsantrag „Sich ändern um erfolgreich zu sein“. Schwerpunkte sollen etwa die Mitgliederrückgewinnung und eine Konzentration auf neue Zielgruppen werden.

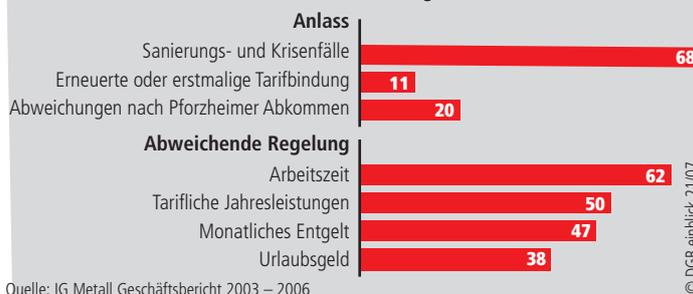
Den sich wandelnden Strukturen in der Arbeitswelt und in den Belegschaften soll künftig auch die Struktur der Gewerkschaft Rech-

nung tragen. „Für die IG Metall ergibt sich die Aufgabe einer umfassenden Neubestimmung ihrer zielgruppenspezifischen Arbeit“, heißt es. Es bedürfe „einer nach Tätigkeiten, Berufen und Qualifikationen differenzierten Organisation.“ Eine

Projektgruppe soll nun einen Organisationsvorschlag entwickeln, in dem sich die „Personengruppen“ Ausländer, Frauen, Angestellte, Handwerk, IT- und Ingenieursarbeitskreise entsprechend ihrer Bedeutung für die IG Metall wiederfinden. •

### Gegenleistung sichern

Vom Flächentarif abweichende Tarifvereinbarungen (in Prozent)



Quelle: IG Metall Geschäftsbericht 2003 – 2006

Von Februar 2004, dem Abschluss des Pforzheimer Abkommens, bis September 2006 hat die IG Metall 890 vom Flächentarif abweichende Tarifvereinbarungen geschlossen. Jeder fünfte Fall bezog sich auf das Pforzheimer Abkommen. Der IG Metall-Gewerkschaftstag hat die Weiterentwicklung des Abkommens beschlossen. Qualität und Verbindlichkeit der Gegenleistungen der Arbeitgeber sollen ausgebaut werden.

## ? ... nachgefragt



Der IG Metall-Vorsitzende **Berthold Huber** hat in seinem Zukunftsreferat auf dem Gewerkschaftstag in Leipzig die Mitgliedergewinnung als „die entscheidende Frage“ bezeichnet: „Jeder Schritt und jede politische Initiative muss von der Frage geleitet sein: Bringt das, was ich tue,

Mitglieder?“ Was heißt das konkret, hat einblick den Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, **Detlef Wetzel, 54**, gefragt.

Das heißt zunächst: Wir müssen den Mut aufbringen, unsere Arbeit auf den Prüfstand zu stellen, ihren Erfolg oder Misserfolg an der Mitgliederentwicklung zu messen. Und wir müssen uns fragen, welche Projekte uns als IG Metall und unsere Durchsetzungsfähigkeit in Betrieb und Gesellschaft stärken. Organisationspolitisch erfolgreich sind wir dort, wo wir Konflikte im Betrieb aufgreifen – beispielsweise nach einer Tarifflicht die Bindung an

den Flächentarif wieder durchsetzen. Wir erfahren Zuspruch dort, wo wir unsere Mitglieder einbeziehen, ihre Interessen in den Mittelpunkt rücken, sie beteiligen und ermutigen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört, sie besser zu informieren als die Nichtmitglieder – durch Mitgliederversammlungen, Dialogmarketing und Serviceangebote rund ums Thema Arbeit und Beruf. Die Mitgliedschaft in der IG Metall muss einen konkret erfahrbaren Nutzen bieten.

Unsere mitgliederorientierte Offensivstrategie bedeutet: Wir machen die Themen der Mitglieder zu Themen der IG Metall und aktivieren unsere Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder für die Durchsetzung der strategischen Ziele. Betriebsräte, die von der IG Metall unterstützt werden wollen, bekommen von uns Hilfe in bester Qualität. Aber wir erwarten umgekehrt auch einen Beitrag, der die IG Metall stärkt, indem wir ein Mitgliederprojekt verabreden. Leistung und Gegenleistung müssen stimmen, das sind wir unseren Mitgliedern schuldig.

## Pforzheimer Abkommen verbessern

Nach langer Diskussion beschloss die IG Metall, das „Pforzheimer Abkommen“ zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Nach dem Abkommen können in Betrieben zur Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit vorübergehend vom Flächentarifvertrag abweichende Vereinbarungen getroffen werden.

Das Abkommen wurde im Februar 2004 in der Metall- und Elektroindustrie unterzeichnet. Die Unternehmen müssen „tragfähige und nachprüfbare Standort- und Beschäftigungskonzepte vorlegen und sich zu Gegenleistungen verpflichten. Dazu gehören Investitions- und Innovationszusagen, Qualifizierungsmaßnahmen und Standortgarantien“.

Durch eine so ermöglichte Abweichung vom Flächentarif darf kein Wettbewerber benachteiligt werden. Außerdem gibt es eine Garantie, bestehende Arbeitsplätze im Unternehmen, für das eine entsprechende Abweichung vom Flächentarif vereinbart wurde, zu sichern – so lange die abweichende Regelung gilt.



### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/  
gotoigmetall.htm](http://www.einblick.dgb.de/gotoigmetall.htm)

Mehr Informationen zum IG Metall-Gewerkschaftstag

## kurz & bündig



**Die GEW fordert ein Bundesgesetz zur Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen bei einem Hochschulwechsel in ein anderes Bundesland. Der Bundestag habe auch nach der Föderalismusreform Kompetenzen in diesem Bereich und müsse diese nutzen, um die Mobilität der Studierenden zu gewährleisten. Darüber hinaus müssten die Hochschulen ihre Ausbildungskapazitäten ausschöpfen.**



**Der NGG-Landesbezirk Ost spricht sich in der „Dessauer Erklärung“ für ein NPD-Verbotsverfahren gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes aus. Dies sei das richtige Signal für Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus. Die Erklärung im Internet: [www.ngg.net](http://www.ngg.net)**



**TRANSNET und GDBA rufen den Arbeitgeberverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister (Agv MoVe) auf, die Verhandlungen zu einem Tarifvertrag für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder aufzunehmen. Zentral sei die Weiterentwicklung der Arbeitszeitgestaltung. Im Agv MoVe ist der überwiegende Teil der Unternehmen des DB-Konzerns organisiert.**



**ver.di kritisiert die steigende Zahl deutscher Schiffe, die unter Billigflagge fahren und gleichzeitig EU-Hilfen beziehen. Deutsche Reeder missbrauchten so die EU-Regelungen, um Dumpinglöhne durchzusetzen.**

## Arbeitnehmer-Beteiligung bei BASF

### Neue Mitbestimmungsstandards

Bei der Umwandlung der BASF von einer deutschen in eine europäische Aktiengesellschaft (SE) ist es gelungen, einen neuen europäischen Mitbestimmungsstandard zu setzen. Struktur, Inhalt und Form der Beteiligung von ArbeitnehmerInnen in der neuen BASF SE stehen nun fest. Das „Besondere Verhandlungsgremium“, bestehend aus 29 Vertretern aus den europäischen Konzernstandorten hat sich mit der Unternehmensleitung auf Re-

gelungen verständigt, die deutlich über die Mindeststandards hinausgehen, die das EU-Recht vorsieht.

So wurde eine paritätische Besetzung des zwölfköpfigen SE-Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse vereinbart. Die/der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats wird auf Vorschlag der ArbeitnehmervertreterInnen gewählt. Drei der sechs ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat kommen aus Deutschland. Zwei Aufsichtsrats-

mitglieder stellt die IG BCE, auch die europäischen Gewerkschaften sind im Gremium vertreten. Bestellt werden die ArbeitnehmervertreterInnen durch den Euro-Betriebsrat von BASF. Analog zum deutschen Arbeitsdirektor wird es auch einen SE-Vorstand für Arbeit und Soziales geben.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoltd hat die Beteiligungsvereinbarung als beispielhaft bezeichnet. „Das ist der Maßstab, an dem wir in Zukunft alle Unternehmen aus unseren Branchen messen werden, die sich eine europäische Rechtsform geben wollen.“



**„Ich bin mehr wert“: So lautet das Motto, unter das die Gewerkschaftsfrauen ihre Aktivitäten zum 8. März 2008, dem Internationalen Frauentag, stellen. Das hat der DGB-Bundesfrauenausschuss beschlossen.**

## Mindestlohn

### Das Lohndumping-Kartell

Wegen des Wortbruchs der CDU beim Post-Mindestlohn und der parteilichen Darstellung in der Presse greift ver.di nun zum Mittel der direkten Information. In Hessen werden im Vorfeld der Landtagswahl 500 000 Info-Flugblätter verteilt. Hessische BürgerInnen sollen so über die wesentlichen Fakten zum Mindestlohn informiert werden.

Auch die beiden Autoren des Buches „Das Lohndumping-Kartell“, Uli Röhm, Redakteur beim ZDF-Magazin WISO, und Wilfried Voigt, langjähriger Spiegel-Korrespondent, liefern Zahlen und Argumente für Mindestlöhne. Nach ihrer Einschätzung wird es einen Post-Mindestlohn vorerst nicht geben. Den habe das Lohndumping-Kartell der Großverlage dank heftiger Lobbyarbeit in den Reihen von CDU und CSU

und bei der Bundeskanzlerin vorläufig verhindert. Am Ende steht sogar die Gründung einer Pseudo-Gewerkschaft, die sich für nied-

rigere Löhne einsetzt. Röhm und Voigt beleuchten Strategie und Taktik des Anti-Mindestlohnkartells aus Politik und Wirtschaft.

Uli Röhm / Wilfried Voigt: **Das Lohndumping-Kartell, Großverlage bekämpfen den Post-Mindestlohn**, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 96 Seiten, 7,80 Euro

## IG Metall

### Leiharbeit fair gestalten

Die IG Metall Baden-Württemberg hat mit den baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten eine „Initiative für faire Leiharbeit“ gestartet. Ein gemeinsames Positionspapier spricht sich dafür aus, dass LeiharbeiterInnen beim Entgelt, bei Sozialleistungen sowie bei Regelungen zu Betriebsrenten, Abfindungen und Weiterbildungsmaßnahmen den Beschäftigten der

Stammebelegschaften im Entleihbetrieb gleichgestellt werden. Außerdem müssten Betriebsräte ein Zustimmungsverweigerungsrecht erhalten, wenn in ihrem Betrieb Leiharbeit dort eingesetzt werden soll, wo auch ein direktes Arbeitsverhältnis möglich wäre. Die SPD-Abgeordneten wollen sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einsetzen. IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann kündigte in den kommenden Monaten betriebliche Initiativen in baden-württembergischen Unternehmen an.

[www.bw.igm.de](http://www.bw.igm.de)

Reichtum und Armut in Deutschland

## Armut taugt nicht zum Aufreger

Die Deutschen haben sich an die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gewöhnt. Wer fordert, über Reichtum und Bereicherung zu reden, handelt sich schnell den Vorwurf des Sozialneids ein. Für die Journalistin Dorothee Beck ist es angesichts dessen heute notwendiger denn je, die Verteilungsfrage neu zu stellen.

Anfang November veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) aktuelle Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland. Danach verfügen die zehn Prozent Reichsten über 60 Prozent des gesamten Vermögens. Zwei Drittel der Bevölkerung haben gar nichts oder nur wenig auf der hohen Kante. Einigen Medien war das eine Meldung wert, der DGB und einige Sozialverbände empörten sich, mehr nicht. In Deutschland **öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter**. Doch zum Aufreger taugt das kaum noch.

Die in der GdL organisierten Lokführer wollen mit ihrem Streik ein Anfangsgehalt von 2500 Euro brutto durchsetzen. Das entspricht einer Steigerung von bis zu 30 Prozent. Bahn-Chef Hartmut Mehdorn hält das für „irrwitzig“, ließ sich aber im vergangenen Jahr eine Verdoppelung seines eigenen Salärs absegnen. Ähnliche Verhältnisse bei der Deutschen Bank, wo die Vorstandsvergütungen binnen zehn Jahren um 600 Prozent gestiegen sind. Eine Gewerkschaft, die solches forderte, würde schlicht für verrückt erklärt.

Den von der SPD geforderten Postmindestlohn von 8 bis 9,80 Euro pro Stunde hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte November platzen lassen. Wenige Tage später erhöhten die Regierungsfractionen in trauter Eintracht die Diäten von 7009 auf 7668 Euro.

Zehn Tage zuvor hatten sich die Chefklempler der großen Koalition, Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU), auf eine Reform der Erbschaftssteuer geeinigt, um betriebliche Erbschaften zu schonen. Doch das angeblich zugrunde liegende Problem existiert überhaupt nicht. Das Finanzministerium wie auch Hanns-Eberhard Schleyer, Chef des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, mussten zugeben: Bis heute habe kein Unternehmen wegen der Erbschaftssteuer Pleite gemacht.

All das geschah im Herbst 2007. **Ein öffentlicher Aufschrei blieb aus**. Einzig die Kinderarmut taugt heute noch zum Skandal. Der Kinderschutzbund prangerte Mitte November an, dass die Kinderarmut in den vergangenen Jahren förmlich explodiert ist. 1965 war jedes 75. Kind unter sieben

Jahren zeitweilig von Sozialhilfe abhängig. Vierzig Jahre später ist es jedes sechste, obwohl immer weniger Kinder geboren werden. Eilfertig geloben PolitikerInnen jeder Couleur, sich mit ganzer Kraft gegen die Kinderarmut einsetzen zu wollen, drehen an dieser oder jener Stellschraube, **tasten die finanzträchtigen Tabus aber nicht an**: Das Ehegattensplitting, das keine bedürftigen Kinder fördert, wohl aber die Geldbörse alternder, alleinverdienender Politiker und Wirtschaftsbosse schon. Und die skandalöse Zweiteilung in Kindergeld für niedrige Einkommen und steuerlichem Kinderfreibetrag für hohe.

Wir haben uns an eine ganz eigenartige Variante des heute so beliebten Förderns und Forderns gewöhnt. **Gefördert werden die Reichen** durch Steuererleichterungen: Vermögenssteuer ausgesetzt, Unternehmenssteuer und Spitzensteuersatz gesenkt. **Gefordert wird von den Armen**: Renten gekürzt, Krankenversicherung beschnitten, Arbeitslosengeld II, Mehrwertsteuererhöhung, Studiengebühren.

Trotz dieser resignierten Gewöhnung müssen wir über Reichtum und Bereicherung reden, auch wenn wir uns damit den Vorwurf des Sozialneids einhandeln. Denn das Geld, das für ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld oder eine Kindergrundsicherung im Staatssäckel fehlt, liegt in privaten Schatullen. Dort ist es weder naturwüchsig, noch als Ergebnis besonderer (unternehmerischer) Leistung hingekommen, sondern als Folge politischer Entscheidungen.

Es stünde dem DGB und den Gewerkschaften gut an, **dieses Geld mutig und streitlustig zurückzufordern**. Der scheidende Arbeitsminister Franz Müntefering hat dafür einen bedenkenwerten Anstoß geliefert: Wir brauchen nicht nur einen Mindestlohn, sondern auch einen Höchstlohn. Unternehmensführungen dürfen ihre Gehälter nicht stärker anheben als die Prozente, die sie ihren Beschäftigten zugestehen. Und Vorstandsvergütungen müssen faktorisiert werden: Bis in die 90er Jahre hinein lagen sie bei kaum mehr als dem 50-Fachen des Durchschnittslohns. **Seien wir großzügig und gestehen ihnen das 100-Fache zu. Mehr braucht kein Mensch, auch Hartmut Mehdorn nicht!** ●

## Armut im Überfluss

**Armut in Deutschland ist auch eine Folge des Reichtums, der nicht mehr umverteilt wird. Davon sind die beiden Autoren Dorothee Beck und Hartmut**



**Dorothee Beck, 46, arbeitet als Journalistin und Autorin in Frankfurt/Main. Gemeinsam mit dem niedersächsischen IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine schrieb sie über Armut und Reichtum in Deutschland.**

**Meine überzeugt. In Ihrem Buch „Armut im Überfluss“ beschreiben sie faktenreich und detailliert das ganze Ausmaß der Umverteilung von unten nach oben, schauen Deutschlands Superreichen in die Taschen, schildern die Schicksale von Menschen, die trotz harter Arbeit am Existenzminimum leben.**

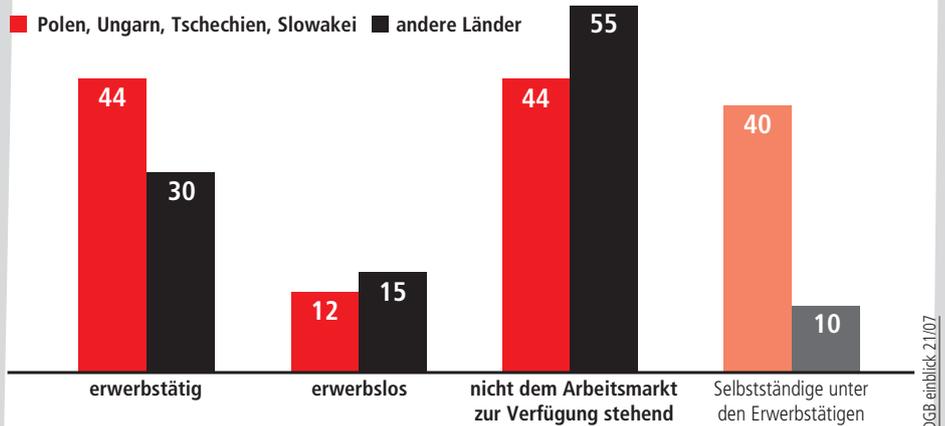
**Vor zehn Jahren haben die beiden Autoren mit „Wasserprediger und Weintrinker“ ihr erstes Buch zum Thema vorgelegt. Ihre pessimistischen Einschätzungen zur Reichtumsverteilung in Deutschland von damals sind von der realen Entwicklung noch übertroffen worden. 2007 ist die Kluft zwischen Reich und Arm weiter gewachsen. Dazwischen lebt eine Mittelschicht, die sich in ihrer Mehrheit von der näherrückenden Armut bedroht fühlt.**

**Dorothee Beck/Hartmut Meine: Armut im Überfluss. Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft, Steidl Verlag, Göttingen 2007, 352 Seiten, 18 Euro**

### ZUWANDERER AUS OSTEUROPA: Oft als Selbstständige tätig

**In Deutschland leben über eine halbe Millionen Menschen, die Staatsbürger eines der ost- oder mitteleuropäischen EU-Länder sind. 90 Prozent von ihnen kommen aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Obwohl für die ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Ländern der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bis Ende 2011 eingeschränkt ist, ist fast jeder zweite von ihnen (44 Prozent) erwerbstätig. Bei Zuwanderern aus anderen Ländern gilt das nur für 30 Prozent. Der Grund: Ein großer Teil arbeitet als Selbstständige.**

Erwerbsstatus und Selbstständigenquote von Zuwanderern aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Beitrittsländern im Vergleich zu anderen Herkunftsländern (in Prozent)\*



\* 16- bis 64-Jährige; Zuwanderung nach Deutschland zwischen Frühjahr 2004 und Frühjahr 2005

Quelle: DIW Berlin

© DGB einblick 21/07

### personalien

### 14 TAGE

••• **Norbert Haak**, 57, seit 1991 Leiter des Bereichs Finanzen des DGB, ist am 10. November nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben. Der gelernte Groß- und Einzelhandelskaufmann begann seine hauptamtliche Gewerkschaftslaufbahn 1974 als Revisor im Berufsbildungswerk des DGB. Nach dem Studium der Betriebswirtschaft war Norbert Haak als Prüfungsleiter und Steuerberater bei der Allgemeinen Treuhandgesellschaft mbH tätig, bevor er 1991 zum DGB wechselte.

••• **Helmut Dittke**, 54, Schornsteinfegermeister, seit April 2007 Bezirksschornsteinfeger in Illingen/Saarland, ist ab dem 1. Januar 2008 politischer Referent für den Bereich Handwerk des DGB.

**25.-28.11.** dbb beamtenbund und tarifunion, Gewerkschaftstag 2007, Berlin

**27.11.** IG Metall, Jahrestagung der Mitbestimmungsakademie „Für Beschäftigung: Unternehmensstrategien beeinflussen, Innovationsfähigkeit im Unternehmen verbessern“, Frankfurt/M.

**29./30.11.** Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Herbstforum „Armut, Reichtum und Sozialstaat. Ist die soziale Spaltung noch lösbar?“, Berlin

**30.11.-1.12.** Hans-Böckler-Stiftung und Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin, Kongress Armut und Gesundheit „Teilhabe stärken – Empowerment fördern – Gesundheitschancen verbessern!“, Berlin

**1.12.** IG BCE, migrationspolitische Tagung „Integration statt Assimilation“, Recklinghausen

**1.12.** ver.di, Selbstständigentag 2007 „Aufschwung? Auch für Selbstständige?“, Köln

**3.12.** ver.di Hessen, Podiumsdiskussion mit ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske „Luxus, auf den man gern verzichten könnte: Arbeit“, Frankfurt/M.

**5.12.** GEW Niedersachsen, Diskussion „Das Bundesbeamtengesetz ist tot – kommt jetzt die Kleinstaaterei? Zukunft der Besoldung, Versorgung und Laufbahnen in Niedersachsen“, Hannover

**5./6.12.** Otto-Brenner-Stiftung, Jahrestagung „Begegnung mit Otto Brenner – Gewerkschaften

zwischen Tradition und Moderne“, Hannover

**6.12.** DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, BUND und NABU, Diskussion „Wo liegen die Leitlinien für eine gute Umweltpolitik in Niedersachsen?“, Hannover

**7.12.** DGB Berlin – Brandenburg und TU Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt, tarifpolitische Konferenz „Fair statt prekär – Warum öffentliche Auftraggeber Sozialstandards einhalten müssen“, Berlin

**8.12.** GEW Nordrhein-Westfalen, Tagung „Die Bildungssituation von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund vor Ort verbessern“, Essen

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

### Schlusspunkt.

„Ein Arbeiterführer reicht in Nordrhein-Westfalen.“

Franz Müntefering (SPD) bei der Pressekonferenz anlässlich seines Rücktritts von allen Regierungämtern am 13. November auf die Frage eines Journalisten, ob er nun bei der nächsten Landtagswahl in NRW gegen Jürgen Rüttgers (CDU) antreten werde.

Einkommensverteilung

## Mehr Armut trotz Aufschwung

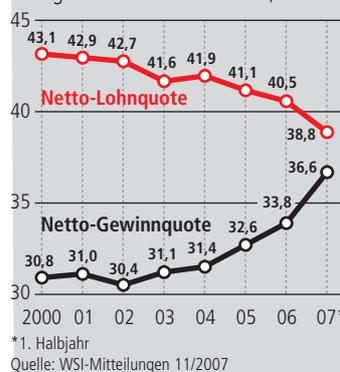
Sie treiben es bunt: Ob Schwarz-Rot, Rot-Grün oder Schwarz-Gelb – die Verteilungspolitik der Bundesregierungen vergangener Jahrzehnte trägt Früchte. Der Reichtum wächst, die Armut auch.

Die Freude über den Wirtschaftsaufschwung – die Zahl der Arbeitslosen sank binnen Jahresfrist um 620 000 auf 3,4 Millionen – ist schnell verhallt. Denn der Aufschwung kommt bei den Beschäftigten nicht an. Die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen ist auf ein historisches Tief gefallen. Das geht aus dem neuen Verteilungsbericht hervor, den das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegt hat. Der Lohnanteil am Volkseinkommen betrug 2006 nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben nur noch 40,5 Prozent. 1990 hatte die Nettolohnquote 48,5 Prozent betragen. Zeitgleich stieg die Gewinnquote, der Anteil der Einnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen, auf ein neues Rekordhoch, sie legte von 30 auf 37 Prozent zu.

Die Umverteilung von unten nach oben hat Tradition in Deutsch-

### Kaufkraft sinkt

Nettolohn- und -gewinnquote 2000 – 2007 (in Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens)



**Seit 2000 ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – das Kaufkraftpotenzial der Arbeitseinkommen – um vier Prozentpunkte gesunken, der Einkommensanteil aus Gewinn und Vermögen aber um sechs Punkte gestiegen.**

land. Von 1960 bis 2006 stieg die Steuerbelastung der Löhne von 6,3 auf 17,5 Prozent, die Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen sank hingegen von 20,0 auf 7,1 Prozent. Die Einkommensschere klafft immer weiter auseinander. Eine Trendwende ist „nicht absehbar“, sagt WSI-Verteilungsexperte Claus Schäfer, obwohl die große

Koalition „ein schlechtes Gewissen“ erkennen lasse und „eine gewisse Nervosität“ an den Tag lege, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I verlängert habe und über Mindestlöhne diskutiere. Das sei völlig unzureichend. Schäfer: „Im Grunde geht die Politik die Bekämpfung von Verteilungsungleichheiten nur halbherzig an, genauer hartherzig.“ So gönnt die Bundesregierung den Hartz-IV-Empfängern nicht einmal den Ausgleich der Inflationsrate. Die Mehrwertsteuererhöhung, die Kürzung der Pendlerpauschale und die Senkung des Sparerfreibetrags belasten kleine Einkommen überproportional. Die Unternehmenssteuerreform, die Abgeltungssteuer bei Kapitaleinkünften und die Erbschaftssteuerreform begünstigen hingegen große Einkommen und Vermögen.

Was die Politik nicht kassiert, frisst die Inflationsrate: Bei durchschnittlichen Tariflohnsteigerungen von 2,4 Prozent 2007 „fallen die Reallohnsteigerungen nur minimal aus“, sagt DGB-Chefökonom Dierk Hirschel. Laut Statistischem Bundesamt betrug die Inflationsrate im November 3,0 Prozent, sie ist so hoch wie seit 14 Jahren nicht mehr.

Sind die Einkommen schon ungleich verteilt, so ist die Verteilung der Vermögen noch „wesentlich ungleicher“, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) festgestellt. Zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung haben kein oder nur ein sehr geringes Vermögen, 20 Prozent gelten als arm. Die reichsten zehn Prozent besitzen hingegen knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens. ●

Seite 3

### Staatlich programmierte Armut

**Trotz privater Vorsorge werden die Einkommen der künftigen RentnerInnen weiter sinken. Sechs Millionen Menschen droht sogar der Absturz in die Altersarmut**

Seite 5

**DGB-Regionen stärken Empfehlungen für die künftige Arbeit in den DGB-Regionen hat das Trendwende-Projekt „Weiterentwicklung Organisationsstrukturen“ vorgelegt**

Seite 7

### Protest hat sich gelohnt

**In letzter Minute hat die große Koalition abgewendet, dass Arbeitslose mit 58 Jahren zwangsweise in Rente geschickt werden**

## plusminusBERLIN

**+** **Marco Bülow, umwelt-politischer Sprecher der SPD-Fraktion, fordert, dass Umweltbelastungen, die durch Dienstflüge von Parlamentariern entstehen, mit Investitionen in Klimaschutzprojekte ausgeglichen werden. Ähnliches praktiziert bereits die Bundesregierung.**

**-** **Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) will den Buß- und Bettag wieder als gesetzlichen Feiertag einführen. Umsonst gibt es das bei Beckstein aber nicht: Zum Ausgleich müsse man über Mehrarbeit oder die Streichung eines Urlaubstags nachdenken.**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetung](http://www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetung)  
**Der Einkommens-Check für Auszubildende auf einen Blick**

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
**„Kinder fördern statt Ehen: Gerechte Besteuerung einführen!“ Erklärung von Gewerkschaften und Sozialverbänden gegen ein Familiensplitting**



Unsere **Gewerkschaft TRANSNET** braucht Verstärkung. Wir suchen Menschen, die sich aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen und mit politischen und sozialen Engagement ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen besser geht. Und wir suchen Menschen, die unserer Gewerkschaft TRANSNET ein Gesicht geben, die unseren Weg in die Zukunft begleiten und tragen.

**Wir bieten eine Stelle ab sofort befristet für 24 Monate als**

## **Gewerkschaftssekretär/in**

**mit Arbeitsschwerpunkten im Bezirk Niedersachsen/Bremen. Arbeitsort ist Hannover.**

Näheres zur Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil finden Sie unter **[www.transnet.org](http://www.transnet.org)**.

Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die TRANSNET Beschäftigten gültigen Bedingungen. Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens 18.12.2007 an

**Gewerkschaft TRANSNET  
Zentrale Frankfurt am Main**  
Bereich Personal, Planung  
und Steuerung  
Weilburger Straße 24  
60326 Frankfurt.

Fragen werden gern vorab unter 069/7536-230 beantwortet.

## Präventionsgesetz

### **Arbeitsumfeld kommt zu kurz**

Das geplante Präventionsgesetz steht innerhalb der Koalition immer noch auf der Kippe, obwohl die Bundesregierung es Ende August zu einem der wichtigsten Vorhaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode erklärt hatte. Mit dem Gesetz sollen Gesundheitsförderung und Vermeidung von Krankheiten de facto zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen werden.

Das Bundesgesundheitsministerium hat nun einen neuen Referentenentwurf vorgelegt. Er sieht unter anderem einen „Nationalen Präventionsrat“ vor, der von den Sozialversicherungsträgern – mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung – finanziert werden soll. Im Präventionsrat vertreten wären die Sozialversicherungen sowie Bund, Länder und Kommunen.

Der DGB begrüßt grundsätzlich die Zielsetzung der Bundesregierung. Auf dem Gebiet der Prävention gebe es „in Deutschland Nachholbedarf“, heißt es in einer DGB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Die Pläne des Ministeriums seien aber noch verbesserungswürdig.

So bemängelt der DGB, dass Prävention im beruflichen Umfeld noch zu wenig berücksichtigt wird. Präventionsansätze für die Arbeitswelt müssten übergreifend von allen Sozialversicherungszweigen angegangen werden. Eine „Verbindung von Prävention und betrieblicher Gesundheitsförderung“ zwingt sich in manchen Bereichen geradezu auf, stellt der DGB fest. Besonders chronische Erkrankungen seien nicht selten vom sozialen Status abhängig. Chronisch Kranke seien deshalb auf ein Arbeitsumfeld angewiesen, das ihnen Chancen auf eine lange Erwerbstätigkeit eröffnet.

Weiterer Kritikpunkt des DGB ist, dass sich die positiven Ansätze aus der Gesundheitsreform zur integrierten Versorgung im Präventi-

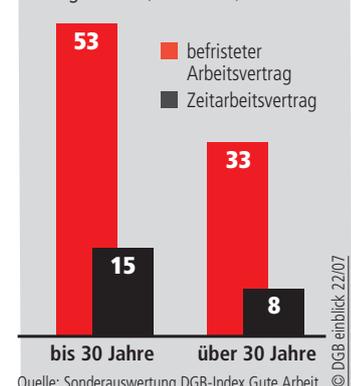
onsgesetz nicht wieder finden. Es sei dringend notwendig, für „alle auf dem Gebiet der Prävention tätigen Akteure“ eine Plattform zur Kooperation zu schaffen.

Außerdem will der DGB neben den Sozialversicherungsträgern, Bund, Ländern und Kommunen möglichst alle zur effizienten Umsetzung von Präventionskonzepten wichtigen Institutionen verbindlicher in die Präventionsarbeit einbinden: Schulen, die Kinder- und Jugendhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, Kirchen und Sozialverbände, Sportverbände sowie Gewerkschaften.

In einem weiteren Schritt fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund einen nationalen Aktionsplan im Sinne einer „modernen Präventionspolitik“. Darin sollen nach einer Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten künftige Gesundheits- und Präventionsziele festgelegt werden. ●

### **Prekäre Vorreiter**

Anteil der Beschäftigten, die mindestens schon einmal einen befristeten oder einen Zeitarbeitsvertrag hatten (in Prozent)



**Junge Beschäftigte werden immer häufiger zu unfreiwilligen Vorreitern für die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das ergab eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit, den die DGB-Jugend in Auftrag gegeben hat. Bei jüngeren ArbeitnehmerInnen (bis 30 Jahre) sind befristete Arbeit und Leiharbeit weiter verbreitet als bei Beschäftigten über 30 Jahre. Die Studie online: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)**

### Staatlich programmierte Armut

Jahrelang war die Rentenpolitik auf die Senkung der Beitragssätze fixiert. Die Ende November vorgestellte Studie „Altersvorsorge in Deutschland“ (AVID) könnte den Blick wieder auf die wirklichen Probleme lenken: Sie belegt, dass das Rentenniveau der heute 40- bis 60-Jährigen auch dann weiter sinkt, wenn sie betrieblich und privat vorsorgen. Sechs Millionen droht sogar der Absturz in die Altersarmut.

Die Daten der gemeinsam von der Deutschen Rentenversicherung und vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenen AVID-Studie sprechen eine deutliche Sprache. Erstmals wurde mit Hilfe konkreter Falldaten analysiert, wie sich die von der Politik in den vergangenen Jahren beschlossene Senkung des Rentenniveaus von derzeit 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der ArbeitnehmerInnen auswirkt. Und welche Chancen die nächste Rentnergeneration – die zwischen 1942 und 1961 Geborenen – hat, um die Senkung des Rentenniveaus durch zusätzliche betriebliche und private Altersvorsorge zu kompensieren.

Gelingen wird das nur einem Teil der heute über 40-Jährigen. Nämlich nur denjenigen, die bis zum Erreichen des Rentenalters nicht oder nur kurzzeitig arbeitslos sind und die gleichzeitig über ein so hohes Einkommen verfügen, dass sie neben der betrieblichen Altersvorsorge zumindest so viel Geld in eine zusätzliche private Altersvorsorge investieren können, dass sie die Riester-Förderung ausschöpfen. Aber selbst dann bleibt das Gesamtversorgungsniveau nur auf gleicher Höhe wie bei den heutigen RentnerInnen, wenn sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Gleichzeitig muss die Riesterrente mindest fünf Prozent Verzinsung abwerfen. Sinkt hingegen die Verzinsung auf 2,75 Prozent und entwickelt sich der Arbeitsmarkt normal, verringert sich das Alterseinkommen der nächsten Rentnergeneration. Trotz privater Vorsorge werden dann beispielsweise die Einkünfte der Männer in den alten Bundesländern auf 91 Prozent des heutigen Niveaus sinken

und die der Frauen in den neuen Bundesländern auf 93 Prozent.

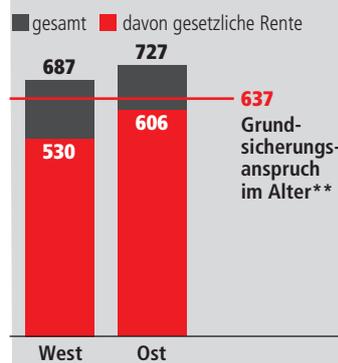
Wesentlich dramatischer ist die Situation für diejenigen, die nicht zusätzlich vorsorgen, weil sie das Problem der schnell sinkenden Rentenansprüche unterschätzen oder weil ihnen schlicht das Geld dafür fehlt. Zwar ist die Zahl der Riesterverträge in den vergangenen Jahren stark gestiegen, aber noch immer haben fast ein Viertel der heute 40- bis 60-Jährigen keine zusätzliche Altersvorsorge. Im Westen gilt das für 15 Prozent der Männer, im Osten sogar für 27 Prozent. Auch bei den Frauen sieht es nicht besser aus. Im Westen sind 24 Prozent der Frauen im Alter ausschließlich auf die gesetzliche Rente angewiesen, im Osten sind es 18 Prozent. Kommen bei ihnen Zeiten mit Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung oder geringer Entlohnung hinzu, liegt ihr Rentenanspruch kaum oberhalb des Grundsicherungsniveaus.

Altersarmut ist in Zukunft kein Randphänomen, sondern „wird für einen wachsenden Teil der Bevölkerung zu einem existenziellen Problem“, warnt deshalb DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach. Nach Berechnungen des DGB sind bis zu sechs Millionen Menschen von Altersarmut bedroht. Neben den 1,3 Millionen Langzeitarbeitslosen und den 2,5 bis drei Millionen Geringverdienern, deren Armutslöhne kaum zur Finanzierung des täglichen Lebens reichen, zählt der DGB dazu auch die rund zwei Millionen Soloselbstständigen, die wegen fehlender Einnahmen oft nicht fürs Alter vorsorgen können.

Der DGB sieht seine Befürchtungen, dass die erfolgreich zurückgedrängte Altersarmut in Deutsch-

#### Von Altersarmut bedroht

Monatliche Nettoalterseinkommen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge der unteren 20 Prozent der künftigen Rentengeneration\* (in Euro)



\*Geburtsjahrgänge 1942 bis 1961

\*\*abhängig von Bundesland und Wohnkosten; hier: durchschnittlicher Regelsatz von 293 Euro plus Kosten für Unterkunft und Heizung von 300 Euro und Zuschlag für einmaligen Bedarf  
Quelle: Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 2005)

© DGB einblick 22/07

**Wer wenig verdient, bekommt im Alter nicht nur eine niedrige Rente, sondern er kann auch kaum privat oder betrieblich vorsorgen. In Zukunft ist ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung akut von Altersarmut bedroht.**

land wieder zu einem Massenphänomen werden könnte, durch die AVID-Studie bestätigt. „Bei ostdeutschen Männern nimmt der Anteil der Renten unter 600 Euro von vier auf 28 Prozent zu“, zitiert Buntentbach die Ergebnisse der Studie, „bei den ostdeutschen Frauen verdoppelt sich der Anteil auf 36 Prozent“. Auch im Westen wird es enger. Der Anteil der Männer mit niedrigen gesetzlichen Renten zwischen 500 und 800 Euro steigt von acht auf 15 Prozent.

Um das zu verhindern, hält der DGB eine andere Arbeitsmarktpolitik für notwendig, die der Prekariisierung der Arbeit entgegen wirkt. Und eine Rentenpolitik, die die soziale Absicherung von Risikogruppen stärker in den Blick nimmt. ●

### Renten armutsfest gestalten

**Wer 75 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient, muss heute 35 Jahre lang arbeiten, um als RentnerIn das Grundsicherungsniveau zu erreichen. Geringverdiener, die nur die Hälfte des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens erzielen, bleiben selbst nach 40 Versicherungsjahren deutlich darunter und sind im Alter dauerhaft auf staatliche Transferleistungen angewiesen.**

**Um Altersarmut zu verhindern, prüft der DGB zurzeit ein Modell, nach dem Versicherungszeiten mit niedrigem Einkommen um das bis zu 1,5-fache auf 0,75 Entgeltpunkte aufgewertet werden. Für Versicherte, die 35 Jahre lang Vollzeit gearbeitet haben und dabei ein Einkommen von 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes erreicht haben, würde der Rentenanspruch von 460 auf 690 Euro steigen – und damit zumindest oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen.**

**Auch bei Langzeitarbeitslosen sieht der DGB Korrekturbedarf. Deren Rentenansprüche müssten auf 0,3 bis 0,5 Entgeltpunkte pro Jahr angehoben werden, um Altersarmut zu vermeiden.**



#### Im Internet

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Altersvorsorge in Deutschland 2005. Die AVID-Studie im Wortlaut

Publikationen

## Zukunft der Sozialpolitik

Der Arbeitskreis „Zukunft der Sozialpolitik“ wurde 1993 von der Hans-Böckler-Stiftung gegründet. Seitdem haben ExpertInnen aus Wissenschaft und Politik, Gewerkschaften und Unternehmen, Sozialverbänden und Kommunen die jeweils aktuellen Fragen der deutschen, europäischen und internationalen Sozialpolitik erörtert. Der von Erika Mezger und Diether Döring geleitete Arbeitskreis hat

zudem eine Reihe von Studien veröffentlicht: „Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich“ von Hans-Jürgen Andreß und Anne Krüger erschien bei edition sigma (ISBN: 3-89404-999-5) und kostet 12,90 Euro. Im selben Verlag veröffentlichten Irene Becker und Richard Hauser „Dunkelziffer der Armut“ (ISBN: 3-89404-995-2), 16,90 Euro. •

[www.arbeitskreis-sozialpolitik.de](http://www.arbeitskreis-sozialpolitik.de)

Konferenz

## Chancen nutzen

Bei der Arbeitsmarktkonferenz des DGB-Bildungswerks am 10. Dezember im Volkshaus Dresden sollen unter dem Titel „Beteiligung bedeutet Wachstum! Integration von Migrantinnen und Migranten als Chance für den Arbeitsmarkt“ die positiven Aspekte von Arbeitsmigration diskutiert werden. Wie können die Potenziale von MigrantInnen besser genutzt werden? Welche Vorteile ergeben sich aus Interkulturalität? Das sind nur zwei der Fragen, auf die GewerkschafterInnen, VertreterInnen aus Kammern und

Migrantenorganisationen sowie Personalverantwortliche Antworten suchen wollen. Die Konferenz findet im Rahmen des Projektes „Die 2. Chance – Interkulturell und gemeinsam vor Ort“ des Bundesprogramms Xenos statt. •

[www.migration-online.de/konf\\_dresden](http://www.migration-online.de/konf_dresden)

Tagung

## Co-Management

Betriebliche Interessenvertretungen übernehmen vielfältige Aufgaben. Als „Co-ManagerInnen“ treten sie auf, wenn es darum geht, im Interesse der Arbeitsplatzsicherung Tarifverträge flexibel anzuwenden oder höhere Arbeitszeit gegen niedrigeres Entgelt zu akzeptieren. Die Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg veranstaltet am 25. Januar eine Tagung zum Thema „Das Ende des Co-Managements? Veränderte Herausforderungen für betriebliche Interessenvertretungen“. Es werden unter anderem Britta Rehder vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Michael Vassiliadis von der IG BCE über die veränderte Situation der betrieblichen Interessenvertretungen referieren. In einer Podiumsdiskussion kommen als Praktiker vier Betriebsräte zu Wort. •

Anmeldung bis 19.1.:

[heike.wiese@uni-oldenburg.de](mailto:heike.wiese@uni-oldenburg.de)

## interregio

••• Das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“, an dem sich auch der **DGB Berlin-Brandenburg** beteiligt, verleiht 2008 zum 15. Mal die **Auszeichnung** „Band für Mut und Verständigung“. Geehrt werden Aktionen von Brandenburger und Berliner BürgerInnen, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit und für die Verständigung unterschiedlicher Kulturen engagieren. Vorschläge können vom 1. Januar bis zum 1. März 2008 eingereicht werden.

[www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/archive/48](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/archive/48)



**Zum Ende des Jahres die ersten Lesetipps für das kommende: Vier Bücher, die 2008 auf den Büchertisch passen – mal politisch, mal sportlich, mal jugendgerecht.**

Jubiläumsjahre für Europa: 2007 feierte die EU 50 Jahre Römische Verträge, 2008 begehen das Europäische Parlament und andere Institutionen fünfzigstes Jubiläum. Für die Jüngsten unter uns ist der Beginn der europäischen Integration längst ein fernes historisches Ereignis – das trotzdem anschaulich vermittelt und so neu entdeckt werden kann. Der französische Historiker Jacques Le Goff macht in seinem Buch **Die Geschichte Europas** (Campus, 16,90 Euro) mit seinen jugendlichen LeserInnen eine spannende Reise durch 3000 Jahre.

Lohndumping, prekäre Beschäftigung, Standortverlagerungen – Phänomene, die zweifeln lassen, ob es heute noch sozial verantwortlich handelnde UnternehmerInnen gibt. Der Autor Hannes Koch hat sie gesucht und gefunden. In **Soziale Kapitalisten** (Rotbuch, 19,90 Euro) porträtiert er Arbeitgeber, die nicht nur reden, sondern auch sozial handeln – und an denen sich andere

Unternehmer 2008 ein Beispiel nehmen können.

2008 wird mit der Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz wieder ein Fußballjahr. Jürgen Mittag und Jörg-Uwe Nieland haben hinter die Kulissen geschaut und zeigen, dass Fußball längst mehr als ein Spiel ist. In **Das Spiel mit dem Fußball** (Klartext, 27,90 Euro) beschreiben sie gut recherchiert die Wechselwirkungen zwischen Sport, Politik, Gesellschaft und Medien.



Das erste Jahr hat das neue Elterngeld in Deutschland hinter sich – und wird von vielen als Erfolg verbucht. Auf was junge Eltern auch in 2008 achten müssen und wie sie die nicht ganz einfachen Anträge bewältigen, zeigt der Ratgeber **Rechte für Mütter und Väter** (Bund Verlag, 19,90 Euro) von Jost Ebener.

Alle weiteren Infos zu den Lesetipps: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

Programm 2008

## DGB-Jugend bildet

Ein vielfältiges Angebot haben mit dem Bildungsprogramm für 2008 DGB-Jugend und der Bereich Jugendbildung im DGB-Bildungswerk zusammengestellt. Haupt- und Ehrenamtlichen aus der Gewerkschaftsjugend bietet das Programm Seminare und Workshops aus den Bereichen Qualifizierung, Politik,

Europa und Internationales sowie Projekte der DGB-Jugend. In der Rubrik Politik finden sich etwa Angebote zu „Gewerkschaften und prekäre Beschäftigung“, „Neonazis und die soziale Frage“ sowie „Organizing“. Praxisbezogen sind die Qualifizierungsreihen „Rhetorik und Moderation“, „Kreativ Konflikte lösen“ und „Social Justice Training“. •

Bestellung: [www.dgb-jugendbildung.de/jugendbildung@dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-jugendbildung.de/jugendbildung@dgb-bildungswerk.de)

# GEWERKSCHAFTEN

Projekt: Weiterentwicklung Organisationsstrukturen

## Die Arbeit der DGB-Regionen stärken

Die finanziellen und personellen Ressourcen von DGB und Gewerkschaften werden geringer, die Aufgaben kaum. Empfehlungen, wie DGB und Gewerkschaften als Ansprechpartner vor Ort und als Akteure in der regionalen Struktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik präsent bleiben, hat die Projektgruppe „Weiterentwicklung Organisationsstrukturen“ im Rahmen der Initiative Trendwende vorgelegt.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen – und damit auch der Ressourcen – hat Konsequenzen für die Vertretung von DGB und Gewerkschaften vor Ort. So sind bundesweit DGB und Gewerkschaften zwar nach wie vor in über 300 Orten präsent, aber nicht jede Gewerkschaft ist für ihre Mitglieder in direkter Umgebung erreichbar. Auch die Zahl der DGB-Regionen hat sich auf 88 verringert. In acht Regionen leben weniger als 30 000 Mitglieder, flächenmäßig werden die von den DGB-Regionen vertretenen Gebiete immer größer.

Ein weiterer Rückzug aus der Fläche kann kaum die Antwort auf die künftigen Herausforderungen sein. Darin sind sich die mehr als 100 Akteure aus DGB-Regionen, Bezirken und Gewerkschaften einig, die über ein Jahr lang in dem Trendwende-Projekt (einblick 10/06) – etwa in den 20 Pilotprojekten – mitgearbeitet haben. „Mitgliederorientierung, Transparenz, Konzentration und Optimierung“ fasst Josef Bergmann, Leiter der Projektgruppe beim DGB, die Leitgedanken des Konzeptes zusammen.

Der Bericht setzt keine neuen Ziele, wohl aber neue Schwerpunkte. Das „Kerngeschäft“ der DGB-Regionen soll stärker als bisher gebündelt werden (siehe Grafiktext). Damit DGB und Gewerkschaften kampagnenfähig bleiben, sollten sich die DGB-Regionen auf ihre organisationspolitischen Aufgaben konzentrieren. Zwei übergeordnete Ziele bestimmen dabei ihre gesamte Arbeit: die Koordination der regionalen gewerkschaftlichen Arbeit in branchenübergreifenden

Feldern sowie die Imagepflege von DGB und Gewerkschaften als kompetente Interessenvertretung und Partner der Menschen in allen Fragen rund um das Thema Arbeit.

Wie bisher soll etwa die Hälfte der personellen Ressourcen des DGB, also rund 300 Vollzeitstellen, den Regionen zugewiesen werden. Für die Verteilung auf die einzelnen Regionen schlägt der Bericht einen neuen bundeseinheitlichen Schlüssel vor, der neben den Mitgliedern, die in der Region wohnen (ein Hauptamtlicher für 20 000 Mitglieder), auch die Zahl der nicht organisierten abhängig Erwerbstätigen sowie die der Land- und Stadtkreise berücksichtigt. Um arbeitsfähig zu bleiben, sollten Teams mit mindestens fünf Hauptamtlichen gebildet werden können. Außerdem

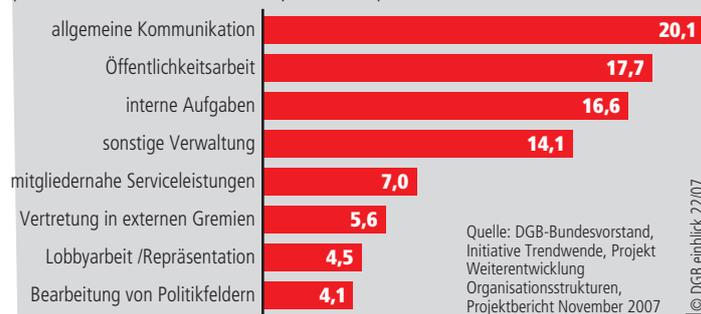
soll eine DGB-Region in der Regel mindestens 30 000 Mitglieder umfassen und maximal 10 000 Quadratkilometer groß sein.

Unter diesen Vorgaben müsste ein Großteil der bestehenden DGB-Regionen Veränderungen einleiten. Als Alternative zu weiteren Fusionen von DGB-Regionen schlägt der Bericht verbindliche Kooperationen zwischen verschiedenen Regionen und/oder mit den Gewerkschaften in der Region vor, um so die notwendige Größe der Teams zu erreichen. Und damit die Regionsvorsitzenden ihren Gestaltungs- und Koordinierungsaufgaben gerecht werden können, brauchen sie Akzeptanz: Deshalb sollten sie wie bisher durch die regionalen Gewerkschaften gewählt werden.

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat sich im November mit dem Bericht befasst. Für die nächsten Wochen ist eine intensive Debatte mit den Gewerkschaften vorgesehen. Im Frühjahr 2008 soll das endgültige Konzept beschlossen werden. •

### Wenig Zeit für Politik

Arbeitsaufwand in den DGB-Regionen für verschiedene Aufgaben 2006 (Anteil an der Gesamtarbeitszeit, in Prozent)



**Die örtlichen Gewerkschaften sind zufrieden mit der Arbeit der DGB-Regionen. Das hat die Analyse des Arbeitsaufwandes in den DGB-Regionen für die verschiedenen Aufgaben sowie die Abfrage der Erwartungen der Mitgliedsgewerkschaften vor Ort im Rahmen des Projektes ergeben. Insgesamt wünschen sich die Gewerkschaften aber darüber hinaus, dass sich die DGB-Regionen stärker als bisher um übergreifende organisationspolitische Ziele kümmern. Der Projektbericht schlägt deshalb vor, den Arbeitsaufwand für „Imagepflege“, für die Ausbildung „einer“ gewerkschaftlichen Stimme für den Bund der Gewerkschaften, für die Vorfeldarbeit an Schulen und Hochschulen sowie für den Mitgliederservice zu verstärken. Reduziert werden soll der Aufwand vor allem bei DGB-internen Aufgaben – durch eine Effektivierung von Arbeitsabläufen, die Bildung größerer Teams und die Einführung technischer Neuerungen.**

## Die Pilotprojekte

**In 20 Pilotprojekten, an denen 22 DGB-Regionen und sechs DGB-Bezirke beteiligt waren, wurden von Mitte 2006 bis Sommer 2007 neue Formen der Zusammenarbeit von DGB und Gewerkschaften sowie die Nutzung von Synergien entwickelt und erprobt. Mithilfe von gemeinsamen Anlaufstellen etwa könnte die Arbeit mit Ehrenamtlichen intensiviert und die Erreichbarkeit verbessert werden – vor allem in ländlichen Regionen. Die Aufgaben in den Regionen sind vielfältig und häufig kaum noch von den wenigen Beschäftigten dort zu leisten. Eine Entlastung könnten neue Formen der Kooperation zwischen DGB-Regionen und/oder örtlichen Gewerkschaften bieten. Andere Projekte beschäftigten sich mit der gewerkschaftlichen Vorfeldarbeit in Schulen und Hochschulen. Erprobt wurden auch organisations- und ebenenübergreifende Kompetenzcenter etwa zur Verkehrs- oder Bildungspolitik. Sie sollen helfen, Synergien zu nutzen und die Qualität der gewerkschaftlichen Angebote trotz knapper personeller Ressourcen zu verbessern.**

**In Kürze erscheinen verschiedene Broschüren, die die Ergebnisse der Pilotprojekte detailliert vorstellen.**

Mehr Infos zum Projekt gibt es auf den Intranetseiten der Initiative Trendwende, auf die alle Beschäftigten von DGB und Gewerkschaften Zugriff haben: [www.initiative-trendwende.de](http://www.initiative-trendwende.de)

## kurz & bündig

DGB

Das Motto für den 1. Mai 2008 steht fest: „Gute Arbeit

muss drin sein“. Und auch die Plakatismotive werden demnächst vorgestellt. Sobald es soweit ist, online anschauen unter: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)



Die IG Metall hat auch in diesem Jahr wieder die tatsächlichen Einstiegsgehälter von Hochschulabsolventen in der Auto-, IT-, Elektro-, Maschinenbau-, Stahl- und Telekommunikationsbranche verglichen. Die Ergebnisse online: [www.jugend.igmetall.de](http://www.jugend.igmetall.de)

Die GEW zieht eine gemischte Bilanz der aktuellen Schulleistungsstudie PISA. Die Länder hätten seit der ersten PISA-Studie sechs Jahre verstreichen lassen, „ohne dass sich für Migrantenkinder irgendetwas zum Besseren gewendet hat“. Positiv bewertet die GEW, dass Deutschlands 15-Jährige in den Naturwissenschaften über dem OECD-Durchschnitt liegen. Dies sei aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit seitens der Kultusminister.



Die IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die jüngsten Kurskorrekturen der großen Koalition begrüßt und weitere Reformschritte in Richtung soziale Gerechtigkeit gefordert. Zugleich warnte Schmoldt SPD und Union davor, angesichts der kommenden Landtagswahlen in Stillstand zu verfallen und sich gegenseitig zu blockieren.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die jüngsten Kurskorrekturen der großen Koalition begrüßt und weitere Reformschritte in Richtung soziale Gerechtigkeit gefordert. Zugleich warnte Schmoldt SPD und Union davor, angesichts der kommenden Landtagswahlen in Stillstand zu verfallen und sich gegenseitig zu blockieren.



Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die jüngsten Kurskorrekturen der großen Koalition begrüßt und weitere Reformschritte in Richtung soziale Gerechtigkeit gefordert. Zugleich warnte Schmoldt SPD und Union davor, angesichts der kommenden Landtagswahlen in Stillstand zu verfallen und sich gegenseitig zu blockieren.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat die jüngsten Kurskorrekturen der großen Koalition begrüßt und weitere Reformschritte in Richtung soziale Gerechtigkeit gefordert. Zugleich warnte Schmoldt SPD und Union davor, angesichts der kommenden Landtagswahlen in Stillstand zu verfallen und sich gegenseitig zu blockieren.

## 1. Mai-Aktion

### Satire vor Gericht

Eine Satireaktion des DGB anlässlich des 1. Mai 2007 in Fulda hat gerichtliche Konsequenzen. Sechs GewerkschafterInnen wurden von einem Fuldaer Unternehmer – unter anderem wegen Beleidigung – zivilrechtlich verklagt.

Der Hintergrund: Seit Längerem engagieren sich die Gewerkschaften in der Region Fulda gegen zunehmende Tarifflicht und Lohndumping bei örtlichen Unternehmen. Im Rahmen der Maidemonstration stellten GewerkschafterInnen ein Bild des Unternehmers Lutz Helmig (ATON Beteiligungsgesellschaft) symbolisch an den Pranger. Diese satirische Aktion sei „unmittelbar in den Kontext des

unternehmerischen Handelns von Herrn Helmig“ gestellt worden, so die DGB-Region Südostthessen. Helmig verklagte daraufhin sieben GewerkschafterInnen. Eine der Anzeigen wurde inzwischen zurückgezogen, weil der Betreffende offenkundig nicht an der Aktion beteiligt war. Auch drei weitere Beklagte haben nach Angaben des DGB nicht einmal an der Maidemonstration in Fulda teilgenommen.

Der DGB-Regionsvorsitzende Frank Herrmann vermutet hinter der Klage den Versuch, die Gewerkschaften in Fulda zu beeindrucken und ruhig zu stellen. Der DGB werde sich aber auch nach dem Prozess „dem Thema widmen, um das es eigentlich geht“, sagte Herrmann. „Den niedrigen Löhnen und Gehältern.“ Die Urteilsverkündung vor dem Landgericht Fulda ist für den 20. Dezember anberaumt. ●

## Spenden

### Gewerkschaften helfen

Seit 2002, dem Jahr der Flutkatastrophe an der Elbe, hat sich der Verein „Gewerkschaften helfen“ der direkten Hilfe für durch Katastrophen in Not geratene Menschen verschrieben. Mit Hilfe von Spenden trägt der Verein dazu bei, den Opfern wieder eine Perspektive zu geben.

2002 mussten längs der Elbe tausende Menschen evakuiert werden, Häuser und Wohnungen waren nachher nicht mehr nutzbar. Durch Beiträge von weit über 2000 SpenderInnen konnte der schnell ge-

gründete Verein über 1200 betroffenen GewerkschafterInnen helfen. Kindergärten, Jugendeinrichtungen, aber auch die tschechischen Gewerkschaften wurden unterstützt. 2004 engagierte sich der Verein in Indonesien und Sri Lanka, um den Opfern der Tsunamikatastrophe beizustehen. Gegenwärtig wird eine Hilfsaktion in Nicaragua vorbereitet. Dabei geht es um die Unterstützung von Tornado-Opfern im Gebiet der Miskitoindianer. Schulen und andere Einrichtungen wurden zerstört, Schulmaterialien und die Unterkünfte der Lehrer vernichtet. ●

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen!, SEB Düsseldorf, Konto: 1 756 906 400, BLZ 300 101 11



Anlässlich der Preisverleihung des Fotowettbewerbs „Ich putze Deutschland“ hat IG BAU-Vorstandsmitglied Frank Wynands eine positive Bilanz der ersten fünf Monate Mindestlohn in der Gebäudereinigung gezogen. Seit dem 1. Juli fällt die Branche unter das Entsendegesetz. Die Arbeitgeber hielten sich weitgehend an die Mindestlöhne von 7,87 Euro in Westen und 6,36 Euro im Osten. Dennoch gebe es immer wieder „schwarze Schafe“, die mit Tricks den Sockellohn unterlaufen – vom viel zu hohen Putzpensum bis hin zu unbezahlten Überstunden. Mit dem Foto der Kino-Putzfrau errang der Bremer Uwe Zaepnick den zweiten Preis im Fotowettbewerb. Mehr Fotos: [www.igbau.de](http://www.igbau.de)



Mit „Zuversicht für Deutschland“ sandte die Mindestlohninitiative Grübe an den CDU-Parteitag in Hannover. Neben der Broschüre „Was spricht gegen den gesetzlichen Mindestlohn? – Die wichtigsten Argumente“, die GewerkschafterInnen in Hannover verteilen, ergänzte die Mindestlohnkampagne den Parteitag noch durch einen begleitenden Internet-Auftritt ganz im CDU-Design: [www.zuversichtfuerdeutschland.de](http://www.zuversichtfuerdeutschland.de) Die Broschüre online: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

## Aktionsplattform

### Neuer Flyer

Gewerkschaftsübergreifende Aktionen, Termine und Planungsdaten auf einen Klick – das bietet die Online-Plattform [www.aktionintern.de](http://www.aktionintern.de) allen Hauptamtlichen in DGB und Mitgliedsgewerkschaften. Steigende Zugriffszahlen zeigen, dass der Service bei der Zielgruppe ankommt. Ein neuer Flyer stellt jetzt die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten vor. Die Aktionsplattform ist ausschließlich für gewerkschaftliche Hauptamtliche zugänglich. Der Zugang funktioniert ohne zusätzliches Login über die Intranets von DGB und Gewerkschaften.

Der Flyer zum Download: [www.aktionintern.de/flyer/data/unser\\_service.pdf](http://www.aktionintern.de/flyer/data/unser_service.pdf)

Kompromiss zur Zwangsverrentung

## Protest hat sich gelohnt

Als Erfolg des gewerkschaftlichen Protestes und des öffentlichen Drucks wertet Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, den Kompromiss der großen Koalition in Sachen Zwangsverrentung älterer Arbeitsloser.

Lange sah es so aus, als würde sich gar nichts bewegen. Doch jetzt, kurz vor Weihnachten, kommt die frohe Kunde: Die **Zwangsverrentung soll entschärft werden**. Seit Monaten hatten DGB und Gewerkschaften versucht, die Koalition dazu zu bewegen, dass ältere Langzeitarbeitslose nicht in eine Frührente mit lebenslangen Abschlägen von bis zu 18 Prozent gezwungen werden. Hintergrund ist die so genannte 58er-Regelung, nach der Arbeitslose ab 58 Jahre bislang ALG II beziehen konnten, bis sie abschlagsfrei in Rente gehen, ohne der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen zu müssen.

Da die so genannte 58er-Regelung zum 1. Januar 2008 ausläuft, wären ohne das Einlenken der Koalition Jahr für Jahr bis zu 150 000 Langzeitarbeitslose, insbesondere Frauen und Schwerbehinderte, automatisch in eine Rente mit hohen Abschlägen gezwungen worden. Dafür sorgt ein Mechanismus im Sozialrecht, nach dem Leistungen der Sozialversicherung grundsätzlich Vorrang vor steuerfinanzierten Transferleistungen wie dem ALG II haben. Das heißt, die Rente hätte Vorrang vor dem ALG II. Der DGB hat die Koalition bis zuletzt aufgefordert, **diesen Automatismus zu beenden**, um älteren Arbeitslosen, von denen die meisten trotz aller Bemühungen keine Chance am Arbeitsmarkt haben, erhebliche finanzielle Einbußen im Ruhestand zu ersparen. Denn die Abschläge bei der Rente würden bis zum Lebensende bleiben und letztlich die Lebensleistung älterer Arbeitsloser missachten. Die Kernforderung war deshalb eine gesetzliche Klarstellung, damit Arbeitslose **nicht gegen ihren Willen in eine Altersrente mit Abschlägen gezwungen werden dürfen**.

Die Koalition hat das Problem gerade noch rechtzeitig erkannt und will es nun wenigstens entschärfen. Durch den öffentlichen Druck hat sich insbesondere auch die CDU/CSU, die sich lange taub stellte, doch noch bewegt. Die vereinbarte Neuregelung **vermeidet die Zwangsverrentung nicht vollständig**, wie wir es fordern, doch sie engt den Kreis der Betroffenen erheblich ein. Denn zukünftig soll Langzeitarbeitslosen eine Rente mit Abschlägen nicht vor dem 63. Lebensjahr zugemutet werden. Dies hilft vor allem Frauen und Schwerbehinderten,

denen sonst eine Zwangsverrentung mit 60 Jahren drohen würde. Anders als heute sollen 58-jährige Arbeitslose dem Arbeitsmarkt künftig ein Jahr weiter zur Verfügung stehen. Wenn ihnen in dieser Zeit kein Angebot gemacht werden kann, sollen sie bis 63 weiter ALG II beziehen können. Doch auch nach diesen zwölf Monaten sollen den älteren Arbeitslosen weiterhin alle Integrationsangebote zur Verfügung stehen. Ein Fallmanager soll zweimal im Jahr prüfen, ob, wie es heißt, nicht doch Arbeits- oder Fördermöglichkeiten bestehen.



**Annelie Buntenbach, 52, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Sozialpolitik zuständig.**

Welche Tücken möglicherweise im Detail stecken, ist allerdings noch offen. Dies betrifft zum Beispiel die Frage, welche Arbeitsangebote für über 58-Jährige als zumutbar gelten und wie Arbeitslose behandelt werden, die schon vor dem 58. Lebensjahr arbeitslos sind. In jedem Fall gelten sie nach den ersten zwölf Monaten offiziell nicht mehr als arbeitssuchend, sie werden also auch gegen ihren Willen aus der Statistik gestrichen. Mit diesem neuen Statistiktrick **will man weiterhin die Arbeitslosenzahlen schönen**, auch wenn sich die Arbeitsmarktsituation für Ältere nicht bessert. Ein Aspekt, der insbesondere bei der Arbeitsmarktprüfung im Rahmen der Rente mit 67 zu beachten sein wird. Fraglos positiv ist jedoch, dass eine Zwangsrente vor dem 63. Lebensjahr nach den Vereinbarungen der Koalition grundsätzlich ausgeschlossen sein soll, das gilt auch für die so genannten Aufstocker. Für diejenigen, die ergänzend zu ihrem geringen Arbeitseinkommen ALG II beziehen, soll per Rechtsverordnung eine Härtefallregelung erlassen werden. Offen ist, ob möglicherweise noch weitere Personengruppen unter eine solche Regelung fallen.

Alles in allem ist **der Kompromiss der Koalition ein deutlicher Fortschritt**. Es ist zumindest ein Teilerfolg, dass die Zahl der von Zwangsrenten bedrohten Arbeitslosen deutlich verkleinert und auch die möglichen Abschläge auf maximal 7,2 Prozent verringert werden konnten. Im Gesetzgebungsverfahren werden nun noch wesentliche Details zu klären sein. Doch schon jetzt lässt sich sagen, dass sich der Aufwand gelohnt hat, um die Koalition mit guten Argumenten zu bewegen. ●

## Einigung in letzter Minute

Ältere Arbeitslose müssen nicht länger fürchten, ab 1. Januar 2008 mit 58 Jahren zwangsweise in Rente geschickt zu werden. Union und SPD verständigten sich am 29. November auf eine Neuregelung. Danach können Hartz-IV-Empfänger nun erst ab dem 63. Lebensjahr von den Arbeitsagenturen auf ihre Rente verwiesen werden.

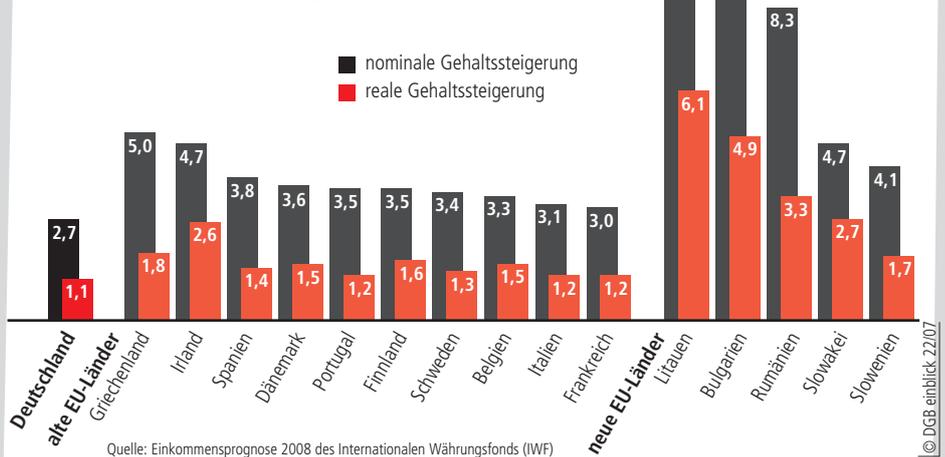
Nach dem Kompromiss gelten alle ALG-II-EmpfängerInnen ab dem 58. Lebensjahr nicht mehr als arbeitssuchend, falls ihnen nicht innerhalb von zwölf Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Der zuständige Arbeitsvermittler hat zudem alle sechs Monate zu prüfen, ob nicht doch ein Maßnahme- oder Arbeitsangebot gemacht werden kann.

Die SPD habe „die Zwangsrente mit 58 Jahren“ gestoppt, erklärte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck. Dagegen halten Gewerkschaften, Sozialverbände und „Die Linke“, die massiv gegen die drohende Zwangsverrentung protestiert hatten, den Kompromiss nur für einen Schritt in die richtige Richtung, der längst nicht ausreicht. So hat der Sozialverband VdK den Aufschub der Zwangsverrentung auf das 63. Lebensjahr scharf kritisiert.

### LOHNPROGNOSE: Deutschland bleibt abgehängt

**Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden die Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen in Deutschland im kommenden Jahr lediglich um 1,1 Prozent steigen. In den meisten anderen EU-Staaten soll der Reallohnzuwachs hingegen deutlich höher ausfallen. Falls die Inflationsrate – wie in den vergangenen Monaten – 2008 höher sein sollte als die in der Prognose unterstellten 1,6 Prozent, könnte die Preissteigerung den Lohnzuwachs sogar ganz aufzehren.**

Voraussichtliche Nominal- und Reallohnentwicklung 2008 in Deutschland und in anderen Mitgliedsländern der EU (in Prozent)



### personalien

### 35TAGE

••• **Thorben Albrecht**, 37, seit März 2003 politischer Referent für den Bereich EGB/Koordinierung der Europapolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Dezember Büroleiter der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles.

••• **Birgitt Beier**, 47, Mitarbeiterin der Bundesknappschaft in Bochum sowie stellvertretende Vorsitzende der CDA-Frauen in NRW, ist am 23. November zur stellvertretenden DGB-Vorsitzenden in NRW gewählt worden. Sie folgt **Elke Hannack**, 46, die im Oktober in den ver.di-Bundesvorstand gewählt worden ist.

**10.12.** Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus „Mach meinen Kumpel nicht an“, Preisverleihung zum Wettbewerb „Gelbe Hand“, Düsseldorf

**10.12.** DGB-Bildungswerk, Arbeitsmarktkonferenz „Beteiligung bedeutet Wachstum! Integration von Migrantinnen und Migranten als Chance für den Arbeitsmarkt“, Dresden

**10.12.** ver.di, „Aktionstag für Menschen- und Gewerkschaftsrechte bei Discountern“, europaweit

**13.12.** Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, „Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik“, Konferenz zum 110. Geburtstag von Viktor Agartz, Remscheid

**13.12.** DGB Bildungswerk, Multiplikatorenkonferenz „Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der Baustelle – gesund älter werden!“, Heinsberg

**13./14.12.** Hans-Böckler-Stiftung und Deutsche Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung, Jahrestagung 2007 „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Kontroversen um Effizienz und Sicherheit“, Berlin

**14.12.** Bund-Verlag, AiB-Fachtagung „Konfliktmanagement

als Zukunftsaufgabe für Interessenvertretungen“, Bergisch Gladbach

**17.12.** ver.di, Aktionstag „Jetzt sind wir dran! Auftakt Besoldungsrunde 2008“, Berlin

**17.-19.12.** DGB Bildungswerk, Fachforum für Betriebsräte „Junges Gemüse – alte Falter – Der demografischen Entwicklung im Betrieb kompetent begegnen“, Hamburg

**18.12.** DGB, Praxisforum für Betriebsräte „Zwischen Beruf und Familie passt kein Oder“, Berlin

**14./15.1.** DGB, Klausursitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV), Potsdam

**23./24.1.** DGB, Klausursitzung des Bundesvorstands (BV), Neu-Hardenberg

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

**Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes:** An der einblick Verlagsgesellschaft mbH ist die BGAG Info & Know GmbH, Frankfurt am Main, zu hundert Prozent beteiligt. Die BGAG Info & Know GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH, Frankfurt am Main.

**Der nächste einblick erscheint am 14. Januar 2008.**



### Schlusspunkt.

**„Die Zeitarbeit ist ja ein anderer Weg, den Kündigungsschutz zu flexibilisieren.“**

Baden-Württembergs Ministerpräsident Günter Oettinger (CDU) am 30. November gegenüber der Nachrichtenagentur dpa über die Gründe, warum der Einsatz von ZeitarbeiterInnen nicht gesetzlich reglementiert werden dürfe.